

**Wahied Wahdat-Hagh**

**Der iranisch-islamistische Totalitarismus**

**Eine Dokumentation von Medienanalysen und  
Übersetzungen aus der persischen Sprache**



Der iranische Islamismus ist in der Tat eine dritte Form des totalitären Herrschaftssystems. In den letzten vier Jahrzehnten wurden immer wieder die Hoffnungen auf eine Reformierbarkeit des politischen Systems zerstört. Tatsächlich ist der Iran heute stärker als jemals zuvor und das islamistische System entwickelt sich zu einer immer größer werdenden Herausforderung auch für Europa.

### **Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

1. Aufl. - Göttingen: Cuvillier, 2018

© CUVILLIER VERLAG, Göttingen 2018

Nonnenstieg 8, 37075 Göttingen

Telefon: 0551-54724-0

Telefax: 0551-54724-21

[www.cuvillier.de](http://www.cuvillier.de)

Alle Rechte vorbehalten. Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages ist es nicht gestattet, das Buch oder Teile daraus auf fotomechanischem Weg (Fotokopie, Mikrokopie) zu vervielfältigen.

1. Auflage, 2018

Gedruckt auf umweltfreundlichem, säurefreiem Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft.

eISBN 978-3-7369-8866-8



1) Totalitäre Ideologie und Legitimation.....	4
1.1. Der totalitäre Machtanspruch.....	6
1.2. Das politische System.....	8
1.3. Soziale Konflikte und Armut.....	16
1.4. Systematische Verfolgung der Bahai.....	19
1.5. Antizionistischer Antisemitismus.....	30
1.6. Christenverfolgung.....	98
2. Einbindung und Mobilisierung.....	111
2.1. Das politische Scheitern der Einbindungsstrategie.....	113
2.2. Machtkämpfe.....	139
3. Repression und die Abweichler.....	183
3.1. Repressionsorgane: Geheimdienste, Revolutionsgardisten.....	205
4. Die europäischen Helfer.....	210
4.1. Iran goes East.....	239
5. Öl und Diktatur.....	263
6. Die Atomverhandlungen.....	273
7. Fazit: Der islamistische Totalitarismus.....	308



## 1. Totalitäre Ideologie und Legitimation

Der hier verfolgte Ansatz der Analyse ist ein normativer. Der Kulturrelativismus wird abgelehnt. Es wird davon ausgegangen, dass ein Gros der iranischen Gesellschaft seit 150 Jahren sowohl kulturell als auch politisch einen Wandel der Gesellschaft und des Staates anstrebt. Die Demonstrationen nach der umstrittenen Präsidentschaftswahl<sup>1</sup> von Juni 2009 haben zweierlei gezeigt: Die iranische Geschichte endet nicht mit dem totalitären Anspruch der iranischen Islamisten, dass das politische System der absoluten Herrschaft des Klerus das Ende der Geschichte und gar ein Modell für die politischen Systeme der Welt ist. Auch wenn die Machthaber des Iran immer wieder zugeben, dass sie die Ideale der islamistischen Utopie noch nicht realisiert haben, muss festgehalten werden, dass die islamistische Utopie selbst eine totalitäre Ideologie<sup>2</sup> ist.

Es wird davon ausgegangen, dass im Rahmen der Verfassung der „Islamischen Republik Iran“ eine Demokratisierung des Iran nicht möglich ist. Zudem werden neue Kriterien für den neuen Totalitarismus definiert, die deutlich machen unter welcher diktatorischen Herrschaft die iranische Gesellschaft leidet.

### Religiös sich legitimierender Totalitarismus

Folgende Elemente sind für den sich religiös legitimierenden Totalitarismus charakteristisch:

Führerprinzip; islamistische Ideologie und Propaganda; totalitäre Organe wie Wächterrat, nationaler Sicherheitsrat, Geheimdienst, Revolutionsgardisten und Bassiji; Massenbewegung und Massenmobilisierung; (k)ein Parteiensystem; Geheimpolizei und Terror nach innen und nach außen; der Terror nach außen wird im Namen des islamischen Revolutionsexports und der Schaffung der islamischen „Nation“ („Ummat“) geführt; Antisemitismus im Sinne eines eliminatorischen Antizionismus; Anti-Bahaismus; geschlechtsspezifische Verfolgung von Frauen; Zerschlagung der unabhängigen Arbeiterbewegung und der Gewerkschaften.

### Totalitäre Ideologie und Legitimation

Geschichtsfälschung gehört zu den Merkmalen der totalitären Geschichtspolitik. Die Legitimation der Staatsideologie soll durch Geschichtsklitterung und Uminterpretation der religiösen Lehren hergestellt werden. Einer der Grundwidersprüche der „Islamischen Republik Iran“ ist der Widerspruch zwischen der iranisch-nationalistischen und der religiösen Idee. Das Konzept des „Velayate Faqih“, der absoluten Herrschaft des Klerus, stellt einen Bruch mit der islamischen Geschichte dar. Zudem werden historische Überlieferungen und die kollektive Erinnerung der

---

<sup>1</sup> Wahdat-Hagh, Wahied, Scheitern des Chomeinismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 49/2009, 30. November 2009, S.17

<sup>2</sup> Wahdat-Hagh, Wahied, Der islamistische Totalitarismus, Über Antisemitismus, Anti-Bahaismus, Christenverfolgung und geschlechtsspezifische Apartheid in der „Islamischen Republik Iran“, Berlin 2012, S.35



Iraner immer wieder negiert. Indem beispielsweise die nationale Identität der Iraner, die sich auch auf die Geschichte der alten Dynastien bezieht, geleugnet wird. Gleichzeitig werden ideologische Mythen aus der Geschichte willkürlich idealisiert. Der iranische Revolutionsführer Ali Khamenei forderte Ende August 2011 die Regierung Ahmadinejad auf sich in ihrer politischen Argumentationsweise mehr auf den Iran nach der Islamisierung des Iran durch arabische Eroberungen ab etwa 630 (n.Chr.) zu konzentrieren und nicht etwa auf den Iran vor dem Islam. Dies zeigte auf eklatante Weise in welcher ideologischer Zwickmühle das „Mutterland des Islamismus“, so wie sich die herrschende Doktrin versteht, befindet. Gleichzeitig zeigt dies wie der Islam erneut als Legitimationsfaktor für die Macht des Führers instrumentalisiert wird.

Eine totalitäre Diktatur kann man an ihren geschichtspolitischen Charakteristika erkennen.<sup>3</sup> Ayatollah Khomeini vollzog einen Bruch mit der islamischen und der iranischen Geschichte, Theologie und Philosophie. Sein Ziel war die Schaffung eines neuen Typs des Muslims. Die khomeinistischen Islamisten fordern, dass die soziale Wirklichkeit durch den Rückgriff auf die anachronistischen islamischen Werte neu konstruiert wird. Die islamistischen Staatsideologen versuchen die iranische Geschichte und das historische Bewusstsein der Iraner zu zerstören. Dies dient der Legitimation der islamistischen Herrschaft.

Folgendes Beispiel macht das Problem sichtbar: Historisch betrachtet gibt es eine tiefe kulturelle Verbundenheit des Judentums mit der iranischen Geschichte. Einer der heiligsten Orte des Judentums befindet sich im Iran. Es handelt sich um die Grabstätte von Esther und Mordechai in Hamedan, die ca. 2500 Jahre alt ist. Juden aus dem Iran und aller Welt unternehmen bis heute Pilgerreisen dorthin. Mordechai war der Onkel von Esther, er deckte der Überlieferung zufolge eine Verschwörung gegen den Schah auf. Haman, ein Minister des Schahs, wollte sich rächen und plante, alle iranischen Juden an einem einzigen Tag töten zu lassen. Als Esther dies erfuhr, unterrichtete sie den Schah, der den Minister verhaften ließ. Seitdem feiern die Juden weltweit das Purim-Fest, das auch als Fest der Freiheit bezeichnet und zeitgleich mit Chaharschanbe Suri, einem persischen Neujahrsfest, gefeiert wird. Man spricht daher von einer gemeinsamen historisch-kulturellen Tradition von Juden und Iranern.

Aber die iranischen Islamisten verdrehen die Geschichte, um ihr eine antisemitische Wendung zu geben. Als Beispiel sei Mahmoud Qassemi genannt, Vorsitzender der paramilitärischen Bassij-Organisation der Provinz Hamedan. Auf einer Versammlung der Bassij-Studenten, die den „Kampf gegen den Zionismus“ propagierte, änderte er die Darstellung, obwohl laut Koran auch das Alte Testament ein heiliges Buch ist. Qassemi sagte, dass Esther eine „verdorbene Frau“ gewesen sei und Mordechai den Tod von 75.000 Iranern zu verantworten habe. Zehn Prozent der iranischen

---

<sup>3</sup> Vgl. Backes, Uwe, Geschichtspolitik als Kernelement der Herrschaftslegitimation autokratischer Systeme, in: Totalitarismus und Demokratie, Göttingen 2009, S.285



Bevölkerung seien auf Befehl von Esther umgebracht worden. Er behauptet ernsthaft, dass ein Holocaust in Hamadan stattgefunden habe, an dem die Juden Schuld trügen. Deswegen solle eine "Holocaust-Tafel" in der Provinz Hamedan angebracht werden. Qassemi unterstellt, dass die Zionisten mit dem Purim-Fest diesen "Holocaust" feiern würden<sup>4</sup>, die Provinz Hamedan als ihren Besitz betrachteten und diese erobern wollten. Das Staatskonzept der „Islamischen Republik Iran“ ist im doppelten Sinne ahistorisch, national und religiös. Ihre Herrschaftsform wird rein ideologisch legitimiert.

Die Staatsideologie der „Islamischen Republik Iran“ ist weder islamisch noch republikanisch. Die khomeinistische Ideologie versteht sich als eine antiwestliche, antiliberale und antikoloniale Ideologie, die mit einer fundamentalistischen Interpretation des Islam die Wiederherstellung der goldenen Zeit des Islam propagiert. Als Modell für die islamistische Diktatur von heute gilt das Kalifat von Imam Ali. Ihm zufolge ist die islamische Herrschaft gleichzusetzen mit der Herrschaft des göttlichen Gesetzes über die Menschen. Der „Führer“ („Rahbar“) als das totalitäre Oberhaupt der Diktatur ist die zentrale Figur des islamistischen Totalitarismus. Er dient als Stellvertreter Gottes auf Erden der ideologischen Legitimation des Herrschaftsapparates.

Khomeini schrieb in seinem Hauptwerk Velayate Faqih, dass die islamische Herrschaft die einzig wahre „Herrschaft des Gesetzes“ sei.<sup>5</sup> Eine solche Herrschaft gehöre Gott und unterstehe dem Gottesbefehl. Khomeini hatte revolutionäre Ideen und lieferte eine Neuinterpretation des schiitischen Islam. Während der quietistische Klerus auf einen Messias wartete, forderte Khomeini, dass der Kampf gegen die ungerechten Verhältnisse und gegen den Imperialismus begonnen werden müsse, damit der Messias komme. Khomeini forderte den sofortigen Sturz des prowestlichen Schahregimes, eine islamische Herrschaft und die „Herrschaft der Gerechtigkeit“, die auf dem Islam beruhen müsse.<sup>6</sup>

## 1.1. Der totalitäre Machtanspruch

Heute sind einflussreiche Ayatollahs wie Ayatollah Javadi-Amoli und Ayatollah Mesbah Yazdi dabei eine weitere Dimension der Islamisierung der Universitäten durchzusetzen. Sie sind eingefleischte Khomeinisten. Die heutige Zuspitzung der Lage kann man nur verstehen, wenn man Khomeinis Denken mit kritischem Abstand versteht.

Khomeinis totalitäres Verständnis von Freiheit, das mit einer freiheitlichen Vorstellung einer modernen menschenrechtsorientierten Demokratie nicht zu vereinbaren ist, ist

---

<sup>4</sup> Farsnews, 3.12.2010

<sup>5</sup> Khomeini, Velayate Faqih, Teheran 1997, S.34, Siehe auch: Wahdat-Hagh, Wahied, „Die Islamische Republik Iran“, Die Herrschaft des politischen Islam als eine Spielart des Totalitarismus, Berlin 2003, S.200

<sup>6</sup> Ebenda, S.39f



bis heute nicht verstanden worden. Es lohnt sich ein Zitat von Khomeini ausführlich zu dokumentieren. Diese Sätze, die er am 17. August 1979 sagte, machen die Schärfe seines totalitären Denkens deutlich, Sätze, die für die paramilitärischen Bassij-Generäle auch heute noch richtungsweisend sind: *„Der Fehler, den wir begangen haben, war, dass wir nicht revolutionär gehandelt haben. Wir haben diesen verdorbenen Schichten zu viel Zeit gegeben. Die revolutionäre Regierung, die revolutionäre Armee, die revolutionären Pasdaran haben alle nicht revolutionär gehandelt. Wenn wir von vornherein dieses verdorbene Regime vernichtet, diesen verdorbenen Damm zerstört und revolutionär gehandelt hätten, wenn wir alle verdorbenen Medien verboten hätten und ihre Direktoren verurteilt hätten und alle verdorbenen Parteien verboten hätten und sie zur Rechenschaft gezogen hätten und die Galgen auf großen Plätzen errichtet hätten und die Verdorbenen hingerichtet hätten, hätten wir heute weniger Mühe. Ich entschuldige mich bei Gott, ich entschuldige mich bei unserem lieben Volk. Ich entschuldige mich, dass wir solche Fehler begangen haben. Wir waren kein revolutionäres Volk. Unsere Armee ist nicht revolutionär. Unsere Polizei ist nicht revolutionär. Unsere Pasdaran sind nicht revolutionär. Wenn wir revolutionär wären, würden wir nicht erlauben, dass sie sich überhaupt rühren. Wir hätten alle Parteien verboten. Wir hätten alle Fronten verboten. Es gibt nur eine Partei und das ist die Hisbollah, die Partei der armen Massen. Und ich warne alle verdorbenen Schichten im ganzen Land, dass wenn sie sich nicht richtig verhalten, wir revolutionär handeln werden.“*<sup>7</sup>

Der Khomeinismus ist ein pseudoreligiöser Totalitarismus. Die Khomeinisten erklärten die islamistische Staatsdoktrin zur absoluten Wahrheit. Die totalitäre Interpretation des Islam wird als das einzige gültige Wort Gottes verabsolutiert. Das islamische Gesetz bestimmt demnach das Ende der menschlichen Geschichte. Totalitär ist die khomeinistische Ideologie, weil die demagogisch vermittelte religiöse und weltanschauliche Überzeugung vorherrscht, der Islam sei die wahre Demokratie und daher die "Islamische Republik Iran" das demokratische Modell für alle islamischen Gesellschaften, das den einzig wahren Weg zu Wahrheit und sozialer Gerechtigkeit weise. Khomeinisten sind Antisäkularisten, Antidemokraten, Antikommunisten, Antifeministen, Antisemiten und Feinde der Bahai, sie verachten die westliche Konzeption der Menschenrechte und setzen ihr die Scharia als das Gesetz entgegen, das den Menschen seiner Rechte beraubt.

Der Machtanspruch des Staates und der Wille zur Beherrschung der gesamten Gesellschaft sind totalitär, besonders dann, wenn dieser Wille religiös verbrämt und damit menschlicher Einflussnahme entzogen wird. Die Religionisierung der Politik dient der Legitimation der Herrschaft. Totalitäre Herrscher versuchen, auf der ideologischen Ebene eine gemeinsame Identität mit den Beherrschten herzustellen, sei es mit Folter, Gefängnisstrafe oder der Angst vor Hinrichtung. Sogar die harten Strafen werden kraft der islamischen Strafgesetzgebung legitimiert. Genannt sei das Problem der Steinigung und der willkürlichen Hinrichtungen, die ebenfalls religiös

---

<sup>7</sup> Ettelaat, 18.8.1979



verbrämt und dadurch legitimiert werden. Ein solcher Voluntarismus der Macht ist zwar von den Totalitarismen des 20. Jahrhunderts nicht realisiert worden.

Während die nazistische Ideologie teilweise mit sozialistischem Vokabular arbeitete, versuchen islamistische Ideologen, demokratische und sozialistische Versatzstücke in ihre Dogmatik einzubauen: Die Mostasafin (die Armen) stehen für das Proletariat, Estekbar (Arroganz) steht für den Imperialismus, Rechte der Menschen (im Sinne der Scharia) für Menschenrechte, islamische Gleichberechtigung (patriarchale Rollenverteilung plus Zwangsverschleierung) für Gleichberechtigung, islamische Volksherrschaft (nach dem Modell des ersten islamischen Staatswesens in Medina) für Demokratie, islamische Gerechtigkeit (Korporatismus) für soziale Chancengleichheit. All diese Vorstellungen haben nichts mit der Idee einer demokratischen Zivilgesellschaft und der Menschenrechte zu tun.

Was Islamisten verschiedener Schattierungen zusammenhält, ist der Wille zur Sicherung der Macht der totalitären Diktatur. Wenn aber islamistische Fraktionen (oder Faktionen) dem Revolutionsführer nicht gehorchen, dann werden sie und ihre gesellschaftliche Basis genauso zum Feind erklärt wie die nicht systemimmanenten Rivalen. In diesem Fall können sogar Islamisten, die sich auf Khomeini berufen und diesem zu Lebzeiten gedient haben, zum Feind, zu "Zionisten" und "Imperialisten" erklärt werden. Die Khomeinisten bedienen sich zur Erhaltung ihrer Alleinherrschaft rigider Methoden, wenn es eine Machtverteilung zu verhindern gilt oder um die Sicherung der religiös verbrämten, vermeintlich von Gott gegebenen Macht geht.

Totalitäre Ideologien geben ihren Anhängern eine quasi-religiöse Orientierung, die dem Menschen eine überhöhte Gewissheit geben soll, um ihn am eigenständigen Denken zu hindern. Die Machtorgane sollen das politische System der Diktatur in jeder Hinsicht stabilisieren und ideologisch legitimieren. Dies erfordert eine technologische Modernisierung der Wirtschaft und des Militärs sowie der gesamten staatlichen Strukturen.

## 1.2. Das politische System

Das islamistische Herrschaftssystem des Iran legitimiert und stabilisiert sich durch eine Reihe von Institutionen, wie den Wächterrat, die Versammlung zur Erkennung der Systeminteressen, den Obersten Rat der nationalen Sicherheit, den Expertenrat, Justiz, Militär/Geheimdienst und das Majless.

Khomeini war ein charismatischer Führer, während Khamenei auf die militärische Stärkung seiner Machtposition setzt. Die Staatsideologie ist eine Säuberungsideologie: Die Liquidierung aller systemfremden politischen Kräfte kurz nach der Revolution, die langsame Beseitigung der nationalreligiösen Kräfte bis in die 90er Jahre hinein und die Beseitigung der reformislamistischen Kräfte vom Zentrum der Macht seit der zweiten Hälfte der Präsidentschaft von Ahmadinejad, macht eine solche Säuberungsideologie deutlich. Erinnerung sei auch an die islamische Kulturrevolution und Säuberung der Universitäten kurz nach der Revolution und erneut verstärkt unter Präsident Ahmadinejad.





Eine totalitäre Interpretation des Islam und des göttlichen Willens bestimmt seit über 33 Jahren das Handeln der iranischen Machtmonopolisten, die jegliche Volkssouveränität aufgehoben haben.

Im Juni endet die Amtszeit Mahmoud Ahmadinejads als Präsident des Iran. Um seine Nachfolge findet ein innerislamistischer Machtkampf statt. Säkulare oder fortschrittliche Kräfte werden erst gar nicht an der Wahl teilnehmen können.

Die Präsidentschaftswahlen in der Islamischen Republik Iran finden alle vier Jahre statt, am 14. Juni dieses Jahres zum elften Mal. Die Wahlen haben im Iran lediglich kosmetischen Charakter, denn die Bevölkerung darf nur die Kandidaten der verschiedenen islamistischen Gruppierungen wählen, die von der totalitären Institution des Wächterrates zugelassen werden. Dennoch gibt es innerislamistische Machtkämpfe. Diese eskalierten in letzter Zeit derart, dass Ali Khamenei am 16. Februar öffentlich einschreiten musste. Khamenei, als »Revolutionsführer« das Staatsoberhaupt des Iran, verpasste den Kontrahenten jeweils einen Rüffel. So habe Mahmoud Ahmadinejad gegen das religiöse Gesetz verstoßen, als er im Majless, dem islamistischen Pseudoparlament, mit quasi-geheimdienstlichen Methoden Korruptionsvorwürfe gegen Ali Larijanis Bruder erhoben hatte. Larijani ist immerhin Vorsitzender des Majless. Tatsächlich wird es, wie am Dienstag bekannt wurde, zu einem Verfahren gegen Larijanis Bruder kommen – ein Erfolg für Ahmadinejad. Ali Khamenei verurteilte insbesondere die Proteste gegen Larijani, die stattfanden, als dieser bei einer öffentlichen Kundgebung in Qom, der »heiligen Stadt« des schiitischen Klerus, eine Rede halten wollte. Bei den Protestierenden handelte es sich offensichtlich um Anhänger Ahmadinejads, Khamenei forderte daher, man müsse die Kräfte gegen die wahren Gegner richten.

Trotz der Schlichtungsversuche des »Revolutionsführers« bleiben die Konflikte bestehen, weil sie strukturelle gesellschaftliche Ursachen haben. Die islamistischen Fraktionen werden in »Prinzipialisten« oder »Prinzipientreue« und in »Reformislamisten« eingeteilt, die Prinzipialisten wiederum in drei Gruppen.

Die erste prinzipialistische Gruppe besteht aus der »Gesellschaft der Kämpfenden Geistlichkeit« (Jameye Rohaniat Mobarez), der »Gesellschaft der Lehrenden des wissenschaftlichen Kreises in Qom« (Jameye Modaressin Hoseye Elmiye Qom) und der »Front der Anhänger der Linie des Imam und des Führers« (Jebeheye Peyrawane Khate Imam wa Rahbari). Diese Organisationen schlagen zwar nicht immer gemeinsame Kandidaten vor, weil sie sich selten einig sind, konnten sich aber immerhin bei der vorigen Präsidentschaftswahl auf Ahmadinejad einigen. Sie konzentrieren sich auf den Staatsklerus. Die Favoriten dieser Organisationen, die im Iran als »rechte Traditionalisten« bezeichnet werden, für die kommenden Wahlen sind Ali Akbar Velayati, Manouchehr Mottaki und Mostafa Pour-Mohammadi.



Als zweite prinzipialistische Fraktion kann die »Einheit der Förderer des Wandels und der Standhaftigkeit« (Etehade Tahawolkhahwa Paydari) genannt werden. Diese Gruppe gehörte zunächst zu den engen Verbündeten Ahmadinejads, inzwischen will sie jedoch unabhängig agieren. Ayatollah Masbah Yazdi, der zunächst ebenfalls Ahmadinejad unterstützte, gilt als ihr wichtigster Mentor. Masbah Yazdi war einer der Befehlshaber bei der Ermordung von Schriftstellern und Politikern Ende der neunziger Jahre. Die von ihm angeordneten sogenannten Kettenmorde wurden vom iranischen Geheimdienst ausgeführt. Gholam Ali Haddad-Adel (ehemaliger Sprecher des Majless), Saeed Jalili (ehemaliger stellvertretender Außenminister), Kamran Bagheri Lankarani (ehemaliger Gesundheitsminister) und Parviz Fattah (ehemaliger Energieminister) zählen zu den wichtigen Anführern dieser Gruppe. Zu ihrer Basis gehören viele junge Kleriker und Studenten.

Die Politiker, die man zu dieser Fraktion zählen kann, sind oft in verschiedenen Organisationen aktiv. Haddad-Adel, ein fanatischer Feind der religiösen Minderheit der Bahai, ist beispielsweise auch Mitglied der Gruppe »Einheitsfront« unter den Prinzipialisten. Gerne würde ihn die radikal-prinzipialistische Gruppe der »Rahpuyan Enqelabe Eslami« (Die Wegweiser der Islamischen Revolution) für sich gewinnen. Ihr gehört auch der Israelhasser Mehdi Taeb an.

Die dritte prinzipialistische Fraktion bilden die Anhänger der Regierung Ahmadinejads. Seyyed Hassan Mousavi und Ali Akbar Salehi zählen zu ihren Kandidaten. Die »Freigebigen« (Jamate Issargaran) stellen ein Sammelbecken für die Parteigänger Ahmadinejads dar. Aber selbst hier stößt der amtierende Präsident auf immer mehr Widerspruch. Der Kandidat, der von Ahmadinejad favorisiert wird, ist sein enger Freund und ehemaliger Stellvertreter Esfandiar Rahim Machai. Er droht jedoch disqualifiziert zu werden. Der Vorsitzende des Wächterrates, Ayatollah Ahmad Jannati, sagte, falls er selbst vor den Präsidentschaftswahlen sterben sollte, werde noch seine Seele die Wahl von Maschai verhindern. Dafür können einige Minister aus dem Regierungskabinett von Ahmadinejad, etwa der Regierungssprecher Gholam-Hussein Elham und der Außenminister Ali Akbar Salehi, hoffen, vom Wächterrat akzeptiert zu werden.

Auch bei den »Reformislamisten« besteht alles andere als Einigkeit. Diese zweite Hauptgruppe neben den Prinzipialisten wird in Moderate und Radikale eingeteilt. Zu den radikalen Reformislamisten werden Behzad Nabavi und Saeed Hajjarian gezählt. Inzwischen gibt es Stimmen, die meinen, dass sich die beiden von dem politischen System der Islamischen Republik Iran verabschiedet hätten. Ihr Präsidentschaftskandidat könnte Kamal Kharazi werden. Zu den moderaten Reformislamisten zählen diejenigen, die sich von den Protesten gegen die Wahl Ahmadinejads distanziert haben, unter ihnen Seyyed Hassan Khomeini und Majid Ansari. Einigen Berichten zufolge soll Hassan Rohani, ein früherer Atomunterhändler, ihr Präsidentschaftskandidat werden.



Es ist aber noch nicht klar, ob überhaupt ein Kandidat der Reformislamisten vom Wächterratt zugelassen wird. Die großen reformislamistischen Organisationen, wie die »Partizipationsfront« und die »Organisation der Mojahedin der islamischen Revolution«, sind längst verboten. Es ist nicht zu erwarten, dass ein reformislamistischer Präsident gewählt werden könnte.

Eine weitere Gruppierung, die im Machtgefüge des Iran eine Rolle spielt, sind die Wächter der islamischen Revolution (Pasdaran), die sich weder einer prinzipialistischen Gruppe unterordnen noch sich als reformistisch verstehen wollen und sich daher als neutral darstellen. Die politische Führung liegt bei ehemaligen militärischen Kadern der Pasdaran wie Mohammed Bagher Ghalibaf, Ali Larijani und Mohsen Rezaei.

Es gibt natürlich noch viele andere Organisationen mit Einfluss, wie etwa die islamistische Arbeitervereinigung, die sich »Haus der Arbeiter« nennt. Diese islamistische Pseudogewerkschaft steht politisch Hashemi Rafsanjani nahe, einem der reichsten Unternehmer des Iran, und befürwortet die Zerschlagung der unabhängigen Arbeiterbewegung. Die Vereinigung will offenbar Hussein Kamali, der unter den Präsidenten Rafsanjani und Khatami Arbeitsminister war, als Präsidentschaftskandidaten vorschlagen.

Wer am Ende tatsächlich Präsident werden könnte, weiß gegenwärtig niemand im Iran. Es hängt sicherlich auch davon ab, wie die Wahlen manipuliert werden. Auf jeden Fall werden die Revolutionswächter eine wichtige Rolle dabei spielen und die Befehle Khameneis und des Wächterrates ausführen. Über einige Personen wird dennoch derzeit heftig spekuliert: Aus dem Lager der Prinzipialisten soll Saeed Jalili gute Chancen haben. Er ist gegenwärtig Vorsitzender des Nationalen Sicherheitsrates. Zudem soll auch Gholam Ali Haddad-Adel gut im Rennen sein. Der Vater seines Schwiegersohnes ist immerhin der »Revolutionsführer« Ali Khamenei. Haddad-Adel hat aber einen entschlossenen Gegner: Ali Larijani.

Interessant ist, dass sich einige Politiker auch quer zu den großen Fraktionen verbünden. Als Beispiel sei das Bündnis »2 plus 1« genannt, das aus Gholam Ali Haddad-Adel, Mohammed Bagher Ghalibaf und Ali Akbar Velayati besteht. Diese wollen jeweils zugunsten eines Mitglieds der Dreiergruppe zurücktreten, so dass wenigstens einer von ihnen Präsident wird. Sie legen aber auch Wert darauf, zu erfahren, ob Ali Khamenei einen von ihnen bevorzugt. Falls der Favorit des Führers bekannt würde, würden die beiden anderen ihren Wahlkampf aufgeben und den von Khamenei Erkorbenen unterstützen. Haddad-Adel hat wegen seiner Verwandtschaft mit dem »Revolutionsführer« gute Karten. Alle drei versprechen sich von dem Deal, dass zwei von ihnen wichtige Posten erhalten, falls einer Präsident wird.

Haddad-Adel kann nicht nur auf Unterstützung von Khamenei hoffen. Er hat sich mit Ahmad Jannati, dem Vorsitzenden des Wächterrates, mit Mohammed Reza Mahdavi Kani, dem Vorsitzenden des Expertenrates, und sogar mit Asgar Oladi, dem



Vorsitzenden der »Front der Anhänger der Linie des Imam und des Führers«, abgesprochen. Sie wollen ihn unterstützen. Doch auch die Chancen von Ali Akbar Velayati sind nicht zu unterschätzen. Er hielt sich aus den Konflikten zwischen Ahmadinejad und Rafsanjani sowie Ahmadinejad und Ali Larijani heraus. Diese Haltung stärkte seine Position in allen Lagern. Und Mohammed Bagher Ghalibaf zählt zu den Politikern, die einen sehr großen medialen Einfluss haben. Die meistgelesene Zeitung in Teheran, Hamschahri, steht ihm sehr nahe. Diese Zeitung greift regelmäßig den größten Rivalen Qalibafs an: den Präsidenten Ahmadinejad.

Auch Ahmadinejads Vorgänger im Präsidentenamt, Mohammed Khatami, könnte sich als Kandidat ins Gespräch bringen. Um Erfolg zu haben, müsste er sich aber vollständig von der Protestbewegung gegen Ahmadinejad distanzieren und vor Unruhen warnen.

Tatsächlich handelt es sich bei allen genannten Gruppierungen um islamistische Fraktionen, die zusammen nur einen kleinen Teil der iranischen Gesellschaft repräsentieren und hauptsächlich die verschiedenen Kräfte innerhalb des islamistischen Establishments repräsentieren. Die iranische Gesellschaft umfasst jedoch auch eine Vielfalt verschiedener linker säkularer Organisationen, säkularer bürgerlich-nationalistischer und republikanischer Kräfte sowie Anhänger einer parlamentarischen Monarchie nach spanischem oder schwedischem Modell. Sie alle werden bei der bevorstehenden Wahl keine Rolle spielen. Mit einer Wahl im demokratischen Sinne hat die am 14. Juni geplante Abstimmung nichts zu tun.

### **Die Volkssouveränität ist im Iran aufgehoben.**

Als das eigentliche Volk gilt die Umma, die islamische Gemeinschaft, die Gott, dem Propheten, den Imamen und dem Revolutionsführer gehorchen muss. Gemäß Artikel 107 der iranischen Verfassung wählt ein Expertenrat den Revolutionsführer, der religiöse Interpretationen und politische Direktiven liefert. Der Expertenrat wählt den Revolutionsführer per Akklamation, d.h. er wird in sein Amt berufen (Entessabi). Ayatollah Amoli ist der Meinung, dass Gott den Expertenrat bei der Wahl des Revolutionsführers lenke. Die rationale Wahl treffe aber der Expertenrat. Für Ayatollah Mesbahe Yasdi, den ideologischen Mentor des Präsidenten Ahmadinejad, geht der Ansatz von Ayatollah Amoli nicht weit genug: »Die Legitimität der Regierung in der Zeit der Abwesenheit des zwölften Imams ist von Gott bestimmt. Die Legitimität wird nicht durch die Wahl der Bevölkerung, sondern durch ein göttliches Urteil definiert. (...) Wahlen haben lediglich die Funktion, den Führer zu entdecken, verleihen ihm jedoch keine Legitimität.«<sup>8</sup>

Die Kleriker des Expertenrates haben also lediglich die Aufgabe, den wahren Auserwählten zu »entdecken«. Diese Lehre geht davon aus, dass der verborgene Imam den richtigen Revolutionsführer aussuche. Da die Mitglieder des Expertenrates

---

<sup>8</sup> Feirahi, Nesame Siasi wa Dolat dar Eslam, Politisches System und Staat im Iran, Teheran 2003, S.275 (Persisch)



eine besondere Nähe zum verborgenen Imam haben, würden dessen Anweisungen ihnen durch Eingebungen übermittelt.

Der Revolutionsführer verleihe wiederum qua Amt dem politischen System Legitimität. Dieser bestimme über die drei Gewalten der Judikative, der Legislative und der Exekutive. Diese formal vorhandenen staatlichen Gewalten sind aber vom Revolutionsführer abhängig, sie sind also keine unabhängigen Organe. Der Revolutionsführer steht an der Spitze der drei Gewalten.<sup>9</sup> Ayatollah Mesbahe Yasdi ist der festen Überzeugung, dass er von Gott geleitet werde. Laut Verfassung übt der Revolutionsführer eine "absolute" Macht in Form der Velayate Faqih aus. Politische Legitimation bekommt das politische System nicht durch Rechtsstaatlichkeit einer modernen Demokratie, sondern kraft einer religiös verbrämten Ideologie.

Dabei gehören zur Volkssouveränität auch ein demokratisches Parteiensystem und eine freie und aktive Zivilgesellschaft. In den 80er Jahren war der Iran ein Ein-Parteiensystem. Die Islamisch-Republikanische Partei (IRP) war eine Art Dachorganisation einiger islamistischer Gruppierungen. Sie war am 17.2. 1979 gegründet worden. Das Organ dieser Zeitung die Jomhuriye Eslami, wird heute noch veröffentlicht. Aber Khomeini verbot noch vor seinem Tode am 3.6.1988 die Partei, da er der Meinung war, dass der innerislamistische Streit nur dem Feind nütze.

Das Majless und das Amt des Präsidenten sind nur oberflächlich betrachtete wählbare Institutionen. Denn die Bevölkerung wählt nicht ihre Kandidaten, sondern die Kandidaten der Diktatur. Am 16. November 2011 sagte Ali Khamenei, dass möglicherweise das Amt des Präsidenten in Zukunft abgeschafft werde. Die Rivalitäten zwischen dem islamistischen Pseudo-Parlament und dem Präsidenten könnten zur Delegitimierung des politischen Systems führen. Außerdem sollen Wahlen dem Revolutionsführer zufolge das politische System nicht destabilisieren. Kurzerhand gab der Führer der wissenschaftlichen Abteilung des Majless die Aufgabe auszuarbeiten wie eine solche Prozedur aussehen könnte. Zuvor hatte sich der Majlesssprecher, Ali Larijani dafür stark gemacht wieder wie in den achtziger Jahren das Amt eines Ministerpräsidenten einzuführen, der direkt vom Majless gewählt wird. Ein solches Verfahren würde die Legitimation des Herrschaftssystems steigern.

Zwar betonte Ayatollah Khomeini immer wieder, dass er keine westliche Demokratie befürworte, aber die wenigen iranischen Demokraten, die sich an der Revolution gegen die Schahdiktatur beteiligt hatten, sahen nicht die Dimension des neuen politischen Problems, als Khomeini am 5. November 1978 selber hervorhob, dass die islamische Demokratie „vollständiger“ sei als die westliche.<sup>10</sup> Nicht nur die ideologische Propaganda, die die Wirklichkeit der iranischen Gesellschaft verdreht,

---

<sup>9</sup> Tabnak, 8.12.2010

<sup>10</sup> Taliye Enqelabe Eslami, (Die Vorposten der Islamischen Revolution) Interviews von Khomeini in Najaf, Paris und Qom, Tehran 1983, S.261



ist ein Merkmal des neuen Totalitarismus, sondern auch die ideologische Geschichtsfälschung kann als eine Konstante aller totalitärer Herrschaftsformen betrachtet werden.

### **Nicht reformierbar 11**

*Im Iran finden am 14. Juni 2013 Präsidentschaftswahlen statt. Obwohl das Regime nur ausgewählte Kandidaten zulässt, gibt es große Machtkämpfe im Vorfeld des Urnengangs. Das umstrittene Ergebnis der letzten Wahlen führte zu Massendemonstrationen der Grünen Bewegung, die in der Folge brutal unterdrückt wurde. Wahied Wahdat-Hagh erklärt, warum die Wahl im Iran eigentlich keine ist, und wie es um Reformen im Land steht.*

GW: Denken Sie, dass es im Zusammenhang mit den Wahlen im Juni erneut zu Massendemonstrationen der Grünen Bewegung kommen wird, oder ist die Angst vor möglicher Verhaftung und Folter zu groß?

Wahied Wahdat-Hagh: Ich kann nicht in die Zukunft schauen. Fakt ist, dass die iranische Polizei und die Bassij-Kräfte schon seit Wochen angekündigt haben, jede gesellschaftliche Regung zu unterdrücken. Noch nicht mal Mohammad Khatami hat sich getraut wieder zu kandidieren. Das im Iran im Namen Gottes und des Islam herrschende politische System ist ein totalitäres und lässt sich nun mal nicht reformieren. Denn Reformen würden nur zu einem Kollaps und vielleicht gar zu einer neuen Revolution führen. Aber die Diktatur ist brutal. Ihre Macht und ihre Grausamkeit gegenüber der eigenen Untertanen wird hierzulande beschönigt, von der Politik, von der Wissenschaft und vom Journalismus.

Gibt es für das aktuelle Regime und die geistlichen Führer überhaupt eine realistische Chance die Wahlen ohne Manipulationen zu gewinnen beziehungsweise zu überstehen?

Nein. Manipulation gehört zum System, aber das ist sogar zweitrangig. Denn Sie müssen sich vorstellen, dass der Iran eine starke linke, rechte und bürgerlich nationalistische Bewegung hat, die alle zwar unter sich zerstritten, aber immerhin alle säkular sind. Diese Kräfte sind seit 1979 verboten, spätestens seit 1982. Die Auseinandersetzungen finden in den islamistischen Wahlen nur zwischen Islamisten statt, die zwar unterschiedliche Strategien haben, aber alle auf den Machterhalt des schiitischen Islamismus einsetzen. Auch wenn auch die Islamisten unter sich zerstritten sind und unterschiedliche Taktiken haben, wie sie jeweils die Macht des Führers erhalten und stabilisieren wollen.

Gibt es momentan einen Reformer-Flügel mit eigenen Kandidaten? Haben die Reformer-Kandidaten der letzten Wahl, Mussawi und Karrubi, überhaupt eine Möglichkeit ihre ihre Meinung kund zu tun?

Mussawi und Karrubi stehen noch unter Hausarrest. Die potentiellen Reformkandidaten, die zu ihren besten Zeiten, als Mohammad Khatami an der Macht war, das System nicht reformieren konnten, sind zugunsten von Rafsanjani

---

<sup>11</sup> <http://europeandemocracy.eu/2013/05/iran-cfd-senior-fellow-says-reform-is-impossible-in-the-islamic-republic/> 14.05.2013



zurückgetreten. D.h. Mohammad Khatami, Mohammad Schariatmadari, Hassan Rohani und Mohammadreza Aref treten zugunsten von Rafsanjani nicht an.

Wie bewerten Sie die Bewerbung Rafsanjanis als Präsidentschaftskandidat?

Rafsanjani wurde in einem deutschen Gericht als einer der Drahtzieher des Mykonos-Attentats genannt. Er hatte gemeinsam mit Ali Khamenei den Mordauftrag gegeben. Er wurde in Europa und insbesondere in Deutschland populär, weil er in den 90er Jahren Joint Ventures einführte. Die Politik und die Wirtschaft, vom Journalismus ganz zu schweigen, glaubten an die Zauberformel Wandel durch Handel und Annäherung. Das Gegenteil trat ein: Die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der totalitären Diktatur stabilisierte die Diktatur und öffnete nicht das System. Falls Rafsanjani gewählt wird, wird er die Ära Ahmadijad als eine verlorene Zeit darstellen. Er gehört schon heute zu den Kritikern Ahmadijads. Durch seine Wahl wird die Geschichte ironischerweise zurückgedreht. Er würde die Karikatur seiner eigenen Selbst werden.

Wie werten Sie die Machtkämpfe zwischen den Machtlagern von Chamenei und Ahmadijads? Schwächt die Zunahme solch zynischer Machtkämpfe, die inzwischen immer öffentlicher ausgetragen werden, am Ende den Machtapparat?

Die islamistisch-totalitäre Diktatur hat zwar immens ihre politische Legitimation verloren, aber eine legitime Herrschaft war die Islamische Republik schon vorher nicht gewesen. Im Namen des Islam werden seit 34 Jahren vor allem die Muslime unterdrückt. Religiöse Minderheiten, wie die der Bahai sind harten Verfolgungen ausgesetzt. Man kann die heutige politische und soziale Lage im Iran mit den 30er Jahren im Nationalsozialismus vergleichen.

Halten Sie eine sinnvolle Reform des bestehenden politischen Systems für möglich, oder könnte es im Iran sogar zu einer Revolution wie in Tunesien oder Ägypten kommen?

Ich schließe die Reformierbarkeit der „Islamischen Republik Iran“ aus. Damit habe ich mich in meiner Dissertation auseinandergesetzt, die 2003 im Litverlag erschien. Daran hat sich nichts verändert. Ansonsten kann ich nicht in die Zukunft schauen. Ich fürchte, dass das repressive System im Iran die Menschen so eingeschüchtert hat, dass in absehbarer Zeit keine Revolution möglich ist. Aber die Entwicklung der menschlichen Geschichte ist prinzipiell offen.

Was für einen Iran wünschen Sie sich, und was erhoffen Sie sich für die Zukunft des Landes?

Ob republikanisch oder royalistisch, denke ich, dass der Iran ein parlamentarisches System verdient hat, in dem auch säkulare Parteien von links und rechts aktiv werden können.



### 1.3. Soziale Konflikte und Armut

#### Iran: Armenbekämpfung statt Armutsbekämpfung<sup>12</sup>

Die Armut im Iran wächst, und soziale Proteste werden nicht geduldet. Auf die Missachtung der Arbeiterrechte und die Verelendung wies jüngst die neue „Internationale Kampagne zur Unterstützung der Rechte der Arbeiter“ hin. Die Kampagne kritisiert die Folgen der Kürzung der staatlichen Subventionen und die Privatisierung. Die iranischen Arbeiter würden immer weniger Geld verdienen.

Die Nobelpreisträgerin Shirin Ebadi sagte in einem Interview mit Radio Farda: „Der Arbeitslohn, den sie für die Arbeiter bestimmt haben, ist sogar niedriger als die Armutsgrenze.“ Arbeiteraktivisten würden permanent verhaftet und müssten lange Haftstrafen absitzen. Die Kampagne kritisiert auch die Verfolgung von aktiven Mitgliedern der Lehrgewerkschaft sowie der Bus- und Transportgewerkschaft. Shirin Ebadi sagt, dass das iranische Regime ein „sehr dunkles Zeugnis“ aufzuweisen habe. Die iranische Regierung ignoriere sogar die eigene Verfassung. Es gebe keinen Arbeitsschutz.

Besonders tragisch ist die Lage der iranischen Heimarbeiterinnen beklagt eine im Exil in Deutschland lebende Arbeiteraktivistin gegenüber Radio Farda. Ihr Verdienst würde noch nicht mal ausreichen, um Strom oder Wasser eines Haushaltes zu finanzieren. Dabei würden sie in den meisten Fällen bis zu 14 Stunden am Tag arbeiten. Im Iran gebe es mehr als drei Millionen Kinder unter 15 Jahren, die arbeiten müssen. Besonders tragisch sei die Lage der afghanischen Arbeiter im Iran, die noch weniger Geld verdienen würden als die iranischen Arbeiter.

Arbeiteraktivisten befürchten, dass die Löhne weiterhin so niedrig bleiben. Sogar die Arbeiter der petrochemischen Industrie fürchten, dass trotz der hohen Inflation ihre Löhne auch in diesem Jahr nicht steigen werden. Immer wieder werden Hunderte Arbeiter entlassen, die zuvor monatelang keinen Lohn erhalten haben.

**Arbeitsplatz verloren.** In der „Islamischen Republik Iran“ haben in den letzten 12 Monaten rund 100.000 Arbeiter ihren Arbeitsplatz verloren, berichtet Radio Farda. Diese Zahl stammt direkt aus dem Iran und geht auf eine Veröffentlichung der staatlichen Arbeitervereinigung „Khaneye Arbeit“ („Haus der Arbeit“) zurück. Wie Alireza Mahjub, Vorsitzender dieser Vereinigung, mitteilt, befinden sich die „Produktionseinheiten des Iran in einer großen Krise. 100.000 Arbeiter sind aus mehr als 1000 Produktionseinheiten entlassen worden“.

Die Frauenarbeitslosigkeit ist mindestens doppelt so hoch wie die der Männer. Zudem würden die Frauen, insbesondere in den Teppichmanufakturen, lediglich zwei Drittel des gesetzlich vorgeschriebenen Lohnes bekommen. Aber da sie Angst hätten, ihren Arbeitsplatz zu verlieren, würden sie nicht protestieren.

**Schlechte medizinische Versorgung.** Zudem kümmere der Staat sich nicht um die medizinische Versorgung der Arbeiter am Arbeitsplatz. Die Regierung soll umgerechnet rund 613.500 Euro, die für das iranische Gesundheitsministerium vorgesehen waren, auf das Konto des Ministeriums für Verkehr überwiesen haben. Dies haben iranische Zeitungen wie „Sharq“ ebenfalls berichtet. Die Krankenhäuser

---

<sup>12</sup> <http://europeandemocracy.eu/2013/04/iran-poverty-on-the-rise/> 30.04.2013





sind insbesondere in Städten wie Amol, Chalus, Behshahr oder Qaemshahr in einem sehr schlimmen Zustand und meist über 50 Jahre alt.

**Unterernährung und Armut.** Etwa 800.000 iranische Kinder unter sechs Jahren leiden an Unterernährung. Mehr als die Hälfte der Kinder leben in sehr armen Verhältnissen. Sie haben Ernährungsdefizite. Damit das Bild der gesellschaftlichen Armut nicht sichtbar ist, werden sozial Benachteiligte, Arme und Drogensüchtige brutal aus der Öffentlichkeit verdrängt und von den Straßen entfernt. Oft sind es Menschen, die aus Verzweiflung wegen der Ungerechtigkeiten, die in der totalitären Diktatur vorherrschen, auch zu Kleinkriminellen werden. 95 Prozent von ihnen sind unter 25 Jahre alt. Manche von ihnen sind in der Tat auch Diebe, Drogendealer und Mörder. Sie werden oft hingerichtet.

Ayatollah Khomeini, der Gründer der „Islamischen Republik Iran“, hat den Iranern versprochen, die Armut abzuschaffen. Auch Ahmadinejad hat den armen Schichten Wohlstand versprochen. Die iranische Gesellschaft ist jedoch weder freier noch reicher als vor der islamischen Revolution von 1979.

### **Iran: Bauernaufstand wegen Wassermangel 13**

In der Provinz Isfahan gab es in den letzten Tagen Bauernaufstände. Am 23. Februar wurde gemeldet, dass Bauern aus Ost-Isfahan Wasserrohre, die von Isfahan in die Städte Yazd und Rafsanjan führten, gesprengt haben. Daraufhin wurden einige Bauern verhaftet. Protestierende stürmten dann die Polizeistation, die Verhafteten wurden entlassen.

Die Nachrichtenagentur Farsnews berichtet, dass angeblich der Gouverneur der Provinz Isfahan sich mit den Bauern geeinigt habe. Jedenfalls habe er deutlich gemacht, dass „ein aufgeregtes Klima“ nichts nütze. Wie BBC-Farsi meldet, sind die Bauern sehr unzufrieden, weil ihnen „der Wasserzufluss abgeschnitten“ worden ist. Tatsächlich wird das Wasser in andere Regionen umgeleitet.

Die Bauern haben verschiedene technische Einrichtungen, die das Wasser von „Sayande Rud“ in Isfahan nach Yazd umleiten, zerstört. Inzwischen wird das Wasser in Yazd rationiert. Die Revolutionsgardisten geben den örtlichen Behörden die Schuld für die Aufstände, die offenbar andauern. Inzwischen haben die Bauern in Isfahan inzwischen auch Busse in Brand gesetzt.

### **Iran: Lizenz zum Schummeln oder wie im „Wirtschaftsjihad“ Sanktionen umgangen werden sollen<sup>14</sup>**

Es ist für das iranische Regime schwerer geworden, im Westen Waffen und Militärtechnologie zu erwerben. Unmöglich ist es jedoch offenbar trotz der Sanktionen nicht. Wie Spiegel online berichtet, hat die Bundesanwaltschaft Anklage gegen einen Deutsch-Iraner erhoben, der Flugmotoren für militärische Drohnen nach Teheran geliefert haben soll. Sein Komplize in Teheran soll diese weiterverkauft

<sup>13</sup> <http://europeandemocracy.eu/2013/03/iran-farmer-rebellion-due-to-water-scarcity/> 01.03.2013

<sup>14</sup> <http://europeandemocracy.eu/2013/02/irans-desperate-call-for-economic-jihad/> 21.02.2013



haben. Sicher nicht an Privatpersonen, sondern offensichtlich an die iranischen Revolutionsgardisten.

Mit der Frage, wie sensible Verkaufsgespräche geführt werden sollen, beschäftigen sich die Machthaber intensiv. Eine neue Studie des Majless, des iranischen Pseudo-Parlaments, empfiehlt, Geschäftsleute und Firmen des privaten Sektors einzusetzen, um die Sanktionen zu umgehen und verbotene Waren in den Iran zu importieren: „Der einfachste Weg, die Sanktionen zu umgehen, ist, wenn eine Person oder ein Unternehmen den Namen und die Anschrift des Unternehmens, das von der Sanktion betroffen ist, ändert. So können ausländische Vermittler für den Import von Waren und fortschrittlichen Technologien benutzt werden. (...) Das Wachstum des privaten Sektors kann bis zu einem bestimmten Ausmaß beim Umgehen der Sanktionen effektiv sein, denn die Sanktionen greifen in der Regel den Staat an und die privaten Unternehmen können weiterhin die Vorteile des Handels genießen.“

Es ist die wissenschaftliche Abteilung des „Parlaments“, die hier zum Betrug ermuntert, eines „Parlaments“, zu dem auch Mitglieder des Bundestags als Angehörige der deutsch-iranischen Parlamentariergruppe Beziehungen unterhalten. Diese Bundestagsabgeordneten können nun aus einer offiziellen Quelle zur Kenntnis nehmen, dass ihre iranischen Gesprächspartner von Ehrlichkeit nicht viel halten. Denn die Studie betrachtet den Betrug als frommes Werk, sogar als religiöse Pflicht. Sie konstatiert, dass die US-Regierung die Verantwortung für die Sanktionen trägt, die das Ziel verfolgen, die iranische Wirtschaft zu schwächen. Dagegen wird „wirtschaftlicher Widerstand“, auch „Wirtschaftsjihad“ genannt, propagiert. Revolutionsführer Ali Khamenei hat diese Begriffe geprägt und die wissenschaftliche Abteilung des Majless legte in einem 41seitigen Bericht dar, was daraus zu folgern sei.

Nach islamischem Recht sei „jede Form der Herrschaft der Ungläubigen über Muslime auf jeglichem Gebiet, sei es auf politischem, sozialem, kulturellem, wirtschaftlichem und militärischem, nicht erlaubt“. Doch „leider herrscht ein fremdes Wirtschaftssystem über die Muslime. Und diese bittere Wahrheit resultiert daraus, dass die Muslime nicht gemäß ihren Glaubenspflichten handeln.“

Die wissenschaftliche Abteilung des Majless ist der Ansicht, dass gemäß der islamischen Rechtsprechung die „Frommen verpflichtet sind, sich zu bemühen insbesondere ihre wirtschaftlichen Abhängigkeiten abzuschütteln.“ Zum Konzept des „Wirtschaftsjihad“ gehört auch die „Mäßigung“ des Konsumverhaltens. Ein „wirtschaftlicher Widerstand“ zeichne sich dadurch aus, dass das gesamte Wirtschaftssystem nicht lahm liegen dürfe, wenn ein Sektor angegriffen worden sei. Insbesondere müsse die Landwirtschaft autark sein.

Auf jedem Markt herrsche das Prinzip des Profits. Der einfachste Weg sei eine Änderung des Namens des Unternehmens, das von Sanktionen betroffen sei. Man könne die iranischen Schiffe unter der Flagge eines kleineren Staates fahren lassen oder das Öl in einem anderen Land lagern. In diesem Fall könnte das Öl unter dem Namen des Unternehmens eines anderen Staates verkauft werden. Auch der Privatsektor könne dafür sorgen, dass die Sanktionen umgangen werden. Beispielsweise würden die Geldwechselstuben eine große Rolle beim Import von ausländischen Devisen spielen.

Die iranische Regierung trage die Verantwortung, international zu agieren, um die Sanktionen zu blockieren und zu stoppen, heißt es in der Studie. Es wird vorgeschlagen, dass das iranische Versicherungssystem für Exportwaren,



insbesondere für Öltanker, verbessert werden müsse, damit im Falle von Sanktionen die Öltanker gute und international anerkannte Versicherungsfirmen haben. Die iranische Regierung solle auch dafür sorgen, dass andere Ölstaaten nicht mit den USA zusammenarbeiten.

Weiterhin empfiehlt die Studie, den Konsum der Bevölkerung zu senken. Der Iran müsse alles tun, damit sich nicht noch mehr Staaten dem Sanktionsregime anschließen. Beispielsweise gebe es in Europa schwache Staaten wie Griechenland, Portugal, Spanien und Irland, denen der Iran sich annähern könnte, um die Front der feindlichen Staaten zu schwächen. Ausdrücklich wird erläutert, dass eine „genaue Erkennung des objektiven und des potentiellen Feindes“ sehr wichtig sei und einen Bestandteil des „wirtschaftlichen Widerstands“ darstelle. Dem Iran würden Studiengänge wie „Westforschung und Israelforschung“ fehlen.

Auch die Arbeitslosigkeit müsse gesenkt werden, um den „Wirtschaftsjihad“ zu stärken. Außerdem solle dem brain drain, der Emigration qualifizierter Arbeitskräfte, ein Riegel vorgeschoben werden. Wenn gut ausgebildete Iraner das Land verlassen, sei dies vergleichbar mit der Flucht von Offizieren aus dem Kampfgebiet.

In einer anderen Studie, die von derselben wissenschaftlichen Abteilung des Majless zur wirtschaftlichen Lage des Iran verfasst worden ist, wird auf der Basis der Statistiken des Internationalen Währungsfonds (IWF) konstatiert, dass die Inflationsrate im Iran eine der höchsten der Welt ist. In dem Bericht heißt es, dass „seit Jahren das Phänomen der Inflation eine der wichtigsten Herausforderungen und Probleme der Wirtschaft“ sei.

Im Iran seien die Preise schon seit 1971 gestiegen, als die Öleinnahmen des Landes zugenommen haben. Interessant ist, dass das Problem der Inflation in einem staatlichen Bericht des Iran nicht auf Sanktionen, sondern auf den Anstieg der Ölpreise zurückgeführt wird. Im Jahr 2012 habe der Iran auf Platz 6 der Länder mit den weltweit höchsten Inflationsraten gestanden.

Tatsächlich ist die wirtschaftliche und soziale Lage im Iran schlecht, das kann nicht einmal mehr die staatliche Propaganda gänzlich leugnen. ISNA schrieb am 18. Februar 2013, dass es im Iran rund „30 Millionen Analphabeten und wenig alphabetisierte Menschen gibt.“

Radio Farda berichtet am 20. Februar, dass über 20 Prozent der Drogensüchtigen im Iran Frauen seien. 65 Prozent von ihnen würden von ihren Ehemännern und 35 Prozent von Freunden die Drogen bekommen. Insgesamt seien 1,375 Millionen Menschen im Iran drogensüchtig. Auch die Prostitution gedeiht im iranischen Gottesstaat. Dank der staatlichen Unterstützung und Förderung der Polygamie geraten immer mehr Frauen in die Prostitution.

Dass nun der „Wirtschaftsjihad“ ausgerufen und das Verlassen des Iran mit Landesverrat gleichgesetzt wird, zeigt die Sorge der Machthaber der totalitären Diktatur vor erneuten Protesten. Doch auch mit staatlich legitimiertem Betrug wird das Regime die sozialen und wirtschaftlichen Probleme des Iran nicht lösen können.

#### **1.4. Systematische Verfolgung der Bahai.**

Die Geschichte der systematischen Unterdrückung und Verfolgung der Bahai in der „Islamischen Republik Iran“ stellt eine blutige Geschichte von Pogromen dar. Die



zentrale These ist, dass die systematische Verfolgung der Bahai seit der islamischen Revolution von 1979 mit der Lage der Juden in den 30 Jahren im deutschen Nationalsozialismus vergleichbar ist.

Die Bahai werden als Anhänger einer monotheistischen Weltreligion, die u.a. einen Frieden unter den Religionen und die Gleichberechtigung der Geschlechter fordert, seit der Gründung der Bahai Religion im Jahr 1863 verfolgt. Ayatollah Khomeini hatte schon vor der Revolution die Bahai-Religion zu einem Feindbild stilisiert.

Das politische Ziel der Machthaber im Iran ist es, die iranische Bahai-Gemeinde zu zerstören. Die Bahai werden systematisch daran gehindert, an den Universitäten zu studieren. Dies trifft die Bahai besonders hart, weil Bildung für sie einen hohen Stellenwert besitzt. Ihnen wird immer wieder jede Form von wirtschaftlicher Tätigkeit untersagt. Zudem werden ihre heiligen Stätten und ihre Friedhöfe zerstört. Das *Iran Human Rights Documentation Center* hat ein Dokument veröffentlicht, das am 7. August 2005 von General Seyyed Hassan Firusabadi, dem Oberbefehlshaber der iranischen Armee, unterzeichnet wurde. Ausdrücklich ordnet der General an, die Bassij-Einheiten sollten sich um die "Identifizierung aller Bahai" bemühen.<sup>15</sup>

Die Frage stellt sich welches Interesse paramilitärische Einheiten der Revolutionsgardisten an der Identifizierung von einzelnen Bahai im Iran haben könnten. Die Antwort liegt auf der Hand. Nachdem sie über Jahrzehnte dämonisiert wurden, ist die reale Option gegeben, dass diese eines Tages individuell von der Gesellschaft selektiert werden.

In den achtziger Jahren durften viele Kinder und Jugendliche aus den Bahai-Gemeinden keine Schulen besuchen. Die private Bahai-Hochschule wurde zerschlagen.

Seit 2002 werden die regulären islamischen Universitäten streng kontrolliert, damit kein Bahai sich an den Zulassungsprüfungen beteiligen kann. Der Ausschluss von den Hochschulen bleibt eine gängige Praxis.<sup>16</sup> Seit Jahren werden die Bahai gezwungen, eigene private Universitäten aufzubauen, die Fernstudien auch mit Lehrkräften aus dem Ausland anbieten. In den letzten Jahren wurden einheimische Lehrkräfte engagiert, die dem Regime jedoch als Kriminelle gelten. Ein islamisches Revolutionsgericht verurteilte sieben dieser Hochschullehrer im Oktober 2011 zu Haftstrafen zwischen vier und fünf Jahren.<sup>17</sup>

Inzwischen werden Menschenrechtsaktivisten, die sich für das Recht auf Bildung für alle Iraner einsetzen, inhaftiert und oft zu hohen Haftstrafen verurteilt. Denn Menschenrechtsaktivitäten werden im Iran als Fitna (Spaltung oder Aufstand)

---

<sup>15</sup> Iran Human Rights Documentation Center, *A Faith Denied: The Persecution of the Bahais of Iran*, New Haven 2006, Appendix 8.

Bahai International Community, *Closed Doors*, Irans Feldzug gegen das Recht auf höhere Bildung, 2005, <http://denial.bahai.de/002.php>

<sup>17</sup> <http://news.bahai.org/story/860>



dargestellt, auch vom angeblich moderaten Ayatollah Haschemi Rafsanjani: "Schaut, welche Unruhe die Bahai stiften."<sup>18</sup> Dabei setzen sich die Bahai lediglich beispielsweise für das Recht auf Bildung für alle Iraner ein. Immer wieder hetzen muslimische Hassprediger einfache Gläubige gegen die Bahai auf. Die staatlichen Medien spielen bei der Verbreitung der Hasspropaganda gegen die Bahai eine zentrale Rolle. Der Hass der Islamisten macht vor den Toten keinen Halt. Viele Friedhöfe der Bahai wurden zerstört, Grabsteine wurden gestohlen.

Das Blut der Bahai zu vergießen, gilt als „mobah“, als gottgefällig.<sup>19</sup>

Gemäß dem Römischen Statut des Internationalen Strafgerichtshofs (Teil 2, Artikel 6) über den Völkermord trifft auf das Vorgehen gegen die Bahai zu. Dort heißt es, dass vom Völkermord immer dann gesprochen werden kann, wenn Mitglieder einer religiösen Gruppe getötet werden, wenn die Verursachung von schwerem körperlichem oder seelischem Schaden an Mitgliedern der Gruppe, wenn „vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen für die Gruppe, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen,“ nachgewiesen werden kann.<sup>20</sup> Auch Artikel 7 über Verbrechen gegen die Menschlichkeit trifft auf die systematische Verfolgung der Bahai zu. Dies trifft zu, wenn jede der folgenden Handlungen, die im Rahmen eines systematischen Angriffs gegen die Zivilbevölkerung und in Kenntnis des Angriffs begangen wird: „Verfolgung einer identifizierbaren Gruppe oder Gemeinschaft aus politischen, rassistischen, nationalen, ethnischen, kulturellen oder religiösen Gründen.“<sup>21</sup>

In Anbetracht der Tatsache, dass das khomeinistische Regime die Vernichtung der Bahai-Gemeinde im Iran systematisch durchsetzen will, mit Erfolg auch die gesamte administrative Struktur der Gemeinde zerstört und Tausende in ihrem Recht auf Eigentum, Bildung, berufliche Tätigkeit und persönliche Freiheit gänzlich eingeschränkt hat, kann man von einem Genozid sprechen.

Ein Genozid findet in einem Prozess statt, dem die iranischen Bahai gegenwärtig ausgesetzt sind. Amir Taheri schrieb: „A totalitarian regime cannot tolerate the existence of any space where it does not enjoy full control. [...] The reason is that a growing number of Iranians, especially the young, are converting to Zoroastrianism or Christianity.“<sup>22</sup> In der Tat werden zwar auch die traditionellen Kirchen im Iran

---

<sup>18</sup> ISNA, 17.8.2008

<sup>19</sup> U.S. Commission on International Religious Freedom, Annual Report 2012, S.82, <http://www.uscifr.gov/images/Annual%20Report%20of%20USCIRF%202012%282%29.pdf>

<sup>20</sup> Tomuschat, Christian (Hrsg.) Menschenrechte, Eine Sammlung internationaler Dokumente zum Menschenrechtsschutz, Bonn 2002, S.545f.

<sup>21</sup> Ebenda, S.546

<sup>22</sup> Taheri, Amir, The Persian Night, Iran under the Khomeinist Revolution, New York 2009, S.343



diskriminiert, aber ernsthaft gefährdet sind die Iraner, die kein Muslim mehr sein wollen und beispielsweise Bahai oder Christen werden.<sup>23</sup>

## 10000 Tage hinter Gittern

Am 1. April 2012<sup>24</sup> waren die sieben führenden Bahai insgesamt 10.000 Tage in den berüchtigten iranischen Gefängnissen Gohardascht, Qarchak und in Evin. Sie sind Bahai, Angehörige einer im Iran unterdrückten Religion, und das ist Grund genug, sie zu inhaftieren.

Aus diesem Anlass hat die Kampagne „United4Iran“ am Sonntag, dem 1. April weltweit Aktionen zur Verteidigung von Gefangenen, die aus Gewissensgründen in Haft sitzen, durchgeführt. Die Aktionen fanden in zwölf Weltstädten (Berlin, Amsterdam, Brasilia, Johannesburg, Pretoria, Cape Town, London, Paris, Sydney, Washington, Wellington und New Delhi) statt. In Berlin haben einige Menschenrechtler an einer Fahrradaktion teilgenommen. Auf einem Plakat war ein Foto von den sieben Bahai abgebildet. Darauf war zu lesen: „Freiheit für die Bahai. Gefangene aus Gewissensgründen in Iran. Wegen ihrer Religion zu 20 Jahren Haft verurteilt. 1. April 2012: 10.000 Tage unschuldig in Haft.“ In den Gesichtern der abgebildeten Bahai-Gefangenen wurden Hunderte kleine Fotos von anderen politischen Gefangenen abgebildet, Fotos von Schriftstellern, Anwälten, Gewerkschaftlern, Studenten, Frauenaktivistinnen, religiösen Persönlichkeiten und Führern der politischen Opposition des Iran.

Einige Bahai haben auch einen offenen Brief an den Bundesaußenminister Guido Westerwelle geschrieben und darin betont, dass die inhaftierte informelle Führung der über 300.000 Bahai im Iran unschuldig sei und sich lediglich um die notwendigsten religiösen und sozialen Belange ihrer Mitglieder gekümmert habe. Weiterhin heißt es in dem offenen Brief: „Selbst ihr Anwalt, der Preisträger des Nürnberger Menschenrechtspreises 2009, Abdolfattah Soltani, wurde unlängst zu einer 18-jährigen Haftstrafe verurteilt!“

Die Verfasser des Schreibens an Westerwelle sind besorgt, dass „die vielen weiteren Gefangenen aus Gewissensgründen im Iran von der internationalen Staatengemeinschaft vergessen werden“. Allzu oft sei der Iran mit seinem Nukleardossier ein Thema von Politik und Medien gewesen, die Menschenrechtsverletzungen würden aber kaum die gleiche öffentliche Aufmerksamkeit bekommen. Die Verfasser des Briefes befürchten ferner, dass „Kritik in den Gremien der Vereinten Nationen oder in Gesprächen mit iranischen Offiziellen

<sup>23</sup> Wahied Wahdat-Hagh, Christenverfolgung in der Islamischen Republik, in: Ursula Spuler-Stegemann (Hg.) Feindbild Christentum im Islam, Eine Bestandsaufnahme, Freiburg im Breisgau 2009, S.111-128

<sup>24</sup> <https://iran.bahai.de/2012/04/weltweite-forderung-nach-freilassung-der-sieben-bahai/>



nicht mehr genügt“. Schon lange habe die iranische Regierung jegliche Glaubwürdigkeit verloren.

In dem Schreiben wird auch an Romeo Dallaire erinnert, einen kanadischen Senator, der während des Völkermords im Jahr 1994 Kommandant der UN-Friedenstruppen in Ruanda war und von einem „ideologischen Genozid“ im Iran spricht. Dazu heißt es in dem Schreiben: „In den letzten Jahren hat die iranische Regierung hierzu systematisch alle notwendigen Vorbereitungen getroffen: enge elektronische Überwachungen, Aufstachelungen zum Hass, gezielte Schläge gegen einzelne Bahai und ihre Einrichtungen, um Angst und Schrecken zu verbreiten.“

Sarah Shourd, die gemeinsam mit zwei Freunden im Juli 2009 an der irakisch-iranischen Grenze bei einer Wanderung festgenommen wurde, gehört zu den Unterstützern der Menschenrechtskampagne. Bei ihrer Rückkehr in die USA im September 2010 entschloss sie sich, sich für die politischen Gefangenen im Iran einzusetzen. Sarah Shourd lernte im iranischen Gefängnis Fariba Kamalabadi kennen. Shourd schreibt: „Ich wurde gemeinsam mit Frau Kamalabadi mit verbundenen Augen in das Gefängnis-Krankenhaus geführt. Sie streichelte voller Liebe meine Schultern und bedauerte mit einem Lächeln, dass ich in Einzelhaft bin. Dann stellte sie sich vor.“

Als Shourd gegen eine Kautions von 500.000 US-Dollar freigelassen wurde und in die USA zurückkehrte, informierte sie sich über die Lage der Bahai in Iran. Sie beschloss, sich für alle politischen Gefangenen einzusetzen, die aus Gewissensgründen in iranischen Gefängnissen einsitzen, gleich, ob sie aus rein religiösen Überzeugungen oder anderen politischen Gründen als Andersdenkende inhaftiert wurden. Shourd fordert die Freilassung aller politischen Gefangenen im Iran und sagt über die verhafteten Bahai: „Sie werden lediglich wegen ihrer religiösen Überzeugung festgehalten. Sie sind im Gefängnis, weil sie die Bürgerrechte und das Recht auf Studium der Bahai verteidigen.“

### **Die Angst der iranischen Machthaber vor einem Gebet<sup>25</sup>**

In den letzten Wochen hat die systematische Verfolgung der Bahai im Iran zugenommen. Immer wieder werden Bahai unter falschen Vorwürfen verhaftet und ins Gefängnis gesteckt. Diese Politik dient im Kern den Zielen der Verbreitung von Angst und Schrecken und der gänzlichen Vernichtung der iranischen Bahai-Gemeinde.

Besonders grausam ist die Tatsache, dass den Bahai immer wieder die Bestattung ihrer Angehörigen nach den Bahairegeln verboten wird. Erst kürzlich wurden die Familienangehörigen einer verstorbenen Bahai informiert, dass die Leiche nach

---

<sup>25</sup> 23 Juli 2012, <https://iran.bahai.de/2012/07/die-angst-der-iranischen-machthaber-vor-einem-gebet/>



islamischem Gesetz beigesetzt wird. Dabei sind die Bahai-Regeln nicht kompliziert. Die Toten werden in ein Tuch eingewickelt und dann in einen Sarg gelegt. Zudem sprechen die Angehörigen ein Bahai-Gebet für die Toten. Dies widerspricht nach der Meinung der islamistischen Inquisitoren dem islamischen Gesetz.

Die Frage ist welche Angst die islamistischen Herrscher treibt? Offenbar handelt es sich um die Angst vor einem anderen Verständnis von Religion und vor der gesellschaftlichen Entwicklung, denn die Bahai treten nicht für den Krieg ein, sondern für Frieden und Emanzipation.

Allein die Mitgliedschaft in der iranischen Bahai-Gemeinde reicht aus, um in der "Islamischen Republik Iran" kriminalisiert und verfolgt zu werden: Frau Faran Hessami wurde am 15. Juli 2012 verhaftet. Sie war dabei den Behörden eine Vollmacht ihres Ehemannes Kamran Rahimian zu übergeben als sie selbst verhaftet wurde. Kamran Rahimian sitzt im berüchtigten Rejaischahr-Gefängnis eine vierjährige Haftzeit ab, nur weil er an die Bahai-Religion glaubt. Beide waren zuvor gegen eine hohe Kaution von jeweils rund 100.000 Euro frei gelassen worden, um dann bald wieder verhaftet zu werden. Der Vater von Herrn Kamran Rahimian war 1984 wegen seiner Zugehörigkeit zur Bahai-Religion hingerichtet worden, berichtete die exiliranische Menschenrechtsorganisation Human Rights Activists News Agency (HRANA).

Erst am 10. Juli 2012 waren neun Bahai in Teheran verhaftet worden. Die Sicherheitskräfte der totalitären Diktatur stürmten Wohnungen und Büros. Computer, Kameras, private Photoalben, Eheverträge, Eigentums- und Bankunterlagen, Ausweise wurden beschlagnahmt. Die neun Bahai wurden zu einem unbekanntem Ort gebracht.

Bei den verhafteten Personen handelt es sich um Adel Naimi und seine Frau Elahe Farahani, Sarang Etehadi und seine Ehefrau Assim Ascharafi, Shahab Dehghani und seine Frau Schamsi Mohajer, um Amir Maghamifard, Amir Moseydi und Jinus Rahimi.

Am 18. Juli 2012 trat Frau Sarah Mahbubi eine zehnmonatige Haftstrafe in der Stadt Sari an. Wie HRANA berichtet, gehört Sarah Mahbubi zu den Studentinnen, die wegen der islamistischen Gesinnungsjustiz nicht studieren dürfen.

Am 22. Juli 2012 berichtete HRANA von der Inhaftierung von Gudarz Beydagh. Dieser Bahai ist etwa sechzig Jahre alt. Er wurde zu einem Jahr Haftstrafe verurteilt und wurde für weitere zwei Jahre aus seiner Stadt Semnan verbannt. Seine Tochter Rufia Beydagh wurde vor rund zwei Monaten verhaftet. Beide wurden allein wegen ihres Glaubens an die Bahai-Religion zu einem Jahr Haft verurteilt.

Im Iran dürfen seit der islamischen Revolution von 1979 die Angehörigen der Bahai-Religion nicht studieren. Sie dürfen keine staatlichen Berufe ausüben und werden





zudem aus der privaten Wirtschaft systematisch verdrängt. Sogar ihre Friedhöfe werden zerstört.

Trotz der diktatorischen Repressionen ist die Sympathie der iranischen Bevölkerung für die Bahai-Religion, die für Gleichberechtigung von Mann und Frau eintritt, gewachsen. Die iranische Bahai-Gemeinde ist von einer genozidalen staatlichen Politik im Iran bedroht.

### **Ein Barometer für Freiheit und Gleichheit in Ägypten<sup>26</sup>**

Kann die Diskriminierung und Verfolgung der Bahai als Barometer für die Freiheit einer islamischen Gesellschaft wie Ägypten dienen? Diese Frage muss mit ja beantwortet werden.

Als Anfang August 2012 die US-Außenministerin Hillary Clinton die Menschenrechtsverletzungen von religiösen Minderheiten in Ägypten ansprach, wurde ihr prompt von Mahmoud Ghozlan, Sprecher der ägyptischen Muslimbrüder, widersprochen. Dieser warf Clinton vor, die Unwahrheit zu sagen und behauptete ernsthaft: "Nicht-Muslime bekommen in Ägypten dieselben Rechte wie die Muslime."

Mahmoud Ghozlan brachte aber deutlich zum Ausdruck, dass die ägyptischen Bahai ihre Religion nicht frei ausüben dürfen und sollen, berichtete die englischsprachige ägyptische Zeitung Daily News. Ghozlan geht fälschlicherweise davon aus, dass die Bahai-Religion vom "Zionismus abstammen" würde. Die Bahai-Religion versteht sich vielmehr als die jüngste Offenbarungsreligion, die Gleichheit der Geschlechter und aller Menschen befürwortet. Zudem setzen sich Bahai für die Umsetzung von universellen Menschenrechten ein, was manchen fundamentalistischen Muslime ein Dorn im Auge ist.

Verfolgung der Bahai in Ägypten: Es gibt rund 2000 Angehörige der Bahai-Religion in Ägypten. Verglichen mit schätzungsweise 170.000 Bahai in den Vereinigten Staaten von Amerika, 300.000 im Iran und mehr als zwei Millionen in Indien ist dies eine kleine Zahl. Und dennoch ist die Behandlung dieser Minderheit signifikant für die Freiheit von Andersdenkenden in einem islamischen Land wie Ägypten.

Tatsächlich hat sich für die Bahai der arabische Frühling in einen kalten Winter verwandelt, vor allem in Ägypten. Es lohnt sich daher, einen kurzen Blick auf die Geschichte der Verfolgung der ägyptischen Bahai zu werfen: Schon im Jahr 1960 wurden infolge des sogenannten Präsidenten-Dekrets Nummer 263 alle Bahai-Institutionen aufgelöst und das Eigentum der Bahai wurde konfisziert. Laut dem

---

<sup>26</sup>

<http://honestlyconcerned.info/bin/articles.cgi?ID=IR103312&Category=ir&Subcategory=19>  
<http://europeandemocracy.eu/2012/07/the-iranian-regimes-fear-of-prayer/>



Dekret sollten öffentliche Bahai-Aktivitäten strafrechtlich verfolgt werden, was mit harten Maßnahmen durchgesetzt wurde. In den sechziger Jahren wurden Dutzende ägyptische Bahai verhaftet, allein wegen ihrer Religionszugehörigkeit, schreibt Naseem Kourosh in der Zeitschrift *International Law News* (Volume 41, 2012).

Ähnlich wie in der „Islamischen Republik Iran“ werden in Ägypten noch nicht einmal die Bahai-Ehen anerkannt, mit tragischen Folgen für die Familienangehörigen. Im Jahr 1975 wurde ein weiteres Gesetz erlassen, das den Bahai auch im privaten Rahmen verbot, ihre Religion zu praktizieren.

Im Jahr 2003 gab das wissenschaftliche Zentrum der Al-Azhar Universität, der bedeutendsten theologischen Hochschule des sunnitischen Islam, eine Fatwa gegen die Bahai-Religion aus, die eine weitere Grundlage für Diskriminierung und Verfolgung der Bahai darstellt. Darin wurde erklärt, dass die Bahai-Religion eine „tödliche spirituelle Epidemie“ sei, die vom Staat „vernichtet“ werden müsse. Dabei setzen sich die Bahai für den Frieden zwischen den Religionen ein, mit der Begründung, dass alle den gleichen göttlichen Ursprung haben.

**Ägyptischer Personalausweis:** Naseem Kourosh betont in der Zeitschrift *International Law News*, dass Bahai ihre religiöse Identität nicht leugnen. Dies wurde dann besonders problematisch, wenn sie gegenüber dem Staat ein religiöses Bekenntnis ablegen mussten. Die Religionszugehörigkeit muss beispielsweise auf ägyptischen Personalausweisen angegeben werden, es existieren nur die Kategorien Jude, Christ und Muslim. Wer sich zu keiner dieser Kategorien bekennen will, ist aus staatlicher Sicht theoretisch nicht existent, in der Praxis muss er mit Repressalien rechnen.

Seit dem Präsidenten-Dekret des Jahres 1960 bestimmte der ägyptische Staat, dass die Bahai sich nicht als Bahai registrieren lassen durften. Wenn Bahai daher ihre Personalausweise bekamen, wurden sie mal als Christen, mal als Juden und mal als Muslime eingetragen, manchmal auch als Atheisten – dies alles nicht freiwillig.

Erst 1983 bekamen die Bahai in Ägypten eine staatliche Genehmigung, sich als Bahai oder als „anders“ in ihren Ausweisen identifizieren zu lassen. Es gab aber ein Problem, denn Bahai gelten als Apostaten, auch in Ägypten. Als Apostaten dürfen sie nicht studieren.

Im Jahre 2004 zog der ägyptische Staat diese Genehmigung wieder zurück. Wenn ein Ägypter einen Personalausweis neu beantragte, durfte er oder sie nur einer der drei anerkannten Religionen angehören, also dem Judentum, dem Christentum oder dem Islam. Nun durften Bahai sich auch nicht mehr als „anders“ identifizieren oder das Feld zur Religionszugehörigkeit auf dem Formular einfach freilassen.

Die Probleme der ägyptischen Bahai wurden immer ernster: Da Bahai ihre Religion nicht leugnen, waren sie faktisch nicht mehr berechtigt, einen Personalausweis zu



besitzen. Das hatte tragische Konsequenzen: Bahai-Kinder bekamen keine Geburtsurkunde und durften daher keine Schulen besuchen, sogar medizinische Impfungen wurden ihnen verwehrt.

Bahai-Jugendliche und Erwachsene bekamen natürlich auch keinen Personalausweis, mit der Folge, dass sie keine Arbeit bekamen, nicht studieren durften und keine medizinische Versorgung in staatlichen Krankenhäusern in Anspruch nehmen konnten. Sie konnten auch keinen Führerschein machen. Sie bekamen noch nicht einmal eine Bescheinigung, dass ein Familienmitglied verstorben ist. Dies alles war aus der Sicht der Herrschenden nützlich. Denn die legitimen Erben verloren dadurch ihr Recht auf die Erbschaft. Der Besitz der Bahai ging in Staatseigentum über.

Erst im April 2006 bekamen die ägyptischen Bahai das Recht auf eine religiöse Identität, die offiziell in den staatlichen Dokumenten registriert werden konnte. Aber da die Muslimbrüder und die Al-Azhar Universität gegen diese staatliche Entscheidung protestierten, wurde sie bereits im Dezember 2006 wieder rückgängig gemacht. Erneut sollten nur diejenigen staatliche Dokumente erhalten, die dem Islam, dem Christentum oder dem Judentum angehören.

Verschiedene Menschenrechtsorganisationen sowie der Jahresbericht der US-Regierung über religiöse Freiheiten prangerten im Jahr 2007 die Zustände in Ägypten an. Bisher ohne Erfolg. Negativ betroffen von den schlimmen religiösen Vorurteilen sind nicht nur die Bahai, sondern auch Kopten und neu konvertierte Christen.

Erst im August 2009 bekamen die Bahai Personalausweise, die die Religionszugehörigkeit offen ließen. Das war ein Fortschritt, weil die Bahai wenigstens einen Personalausweis bekamen, auch wenn ihre Religion nicht eingetragen werden konnte und nur als ein Bindestrich (-) registriert wurde.

Mit dem „arabischen Frühling“ hat sich die Lage der Bahai nicht verbessert, eher ist das Gegenteil der Fall. Der „arabische Frühling“, der in Tunesien begann und auch in Ägypten Präsident Hosni Mubarak stürzte, scheint aber mitnichten Demokratie und Menschenrechte mit sich zu bringen. Besonders wenn man das blutige Chaos und die Gewalt in Libyen, Bahrain und insbesondere in Syrien betrachtet und auch einen genaueren Blick auf Ägypten wirft, kann man feststellen, dass mittelfristig eine positive Entwicklung in der arabischen Welt kaum zu erwarten ist.

Die Situation der Angehörigen der Bahai-Religion in Ägypten ist in der Tat ein Lackmustest für die gesamte Entwicklung einer islamischen Gesellschaft. Wie Nassim Kourosh feststellt, werden gegenwärtig die positiven Maßnahmen des Jahres 2009 in Bezug auf die Behandlung der Bahai wieder zurückgenommen. Die Bahai werden im „arabischen Frühling“, der sich ziemlich schnell in einen Winter verwandelt, immer noch nicht mit den Angehörigen der anderen drei Religionen



gleichgestellt. Bürgerrechte sind im „arabischen Frühling“ noch ein Fremdwort. Auch im heutigen Ägypten bekommen die Bahai keinen Personalausweis, in dem ihre Religionszugehörigkeit, wie bei den anderen drei anerkannten Religionen, eingetragen werden kann. Es gäbe auch die Möglichkeit, dass der Staat auf die Identifizierung der Religion in den Ausweisen gänzlich verzichtet, aber auch dies ist im gegenwärtigen Ägypten nicht denkbar.

**Angriffe und Brandstiftungen:** Wenn der Staat als ideologischer Brandstifter auftritt, braucht man sich nicht zu wundern, wenn die Bürger eines solchen Staates tatsächlich zu Brandstiftern werden. In Ägypten ist ein Anstieg von Angriffen auf die Bahai zu verzeichnen. In manchen ägyptischen Dörfern wurden die Häuser von Bahai angegriffen und in Brand gesteckt. Die Muslimbrüder, die die meisten Stimmen bei den Parlamentswahlen bekamen, wollen die Situation der Bahai nicht verbessern. Weder die Muslimbrüder noch die Salafisten wollen den Artikel 2 der ägyptischen Verfassung ändern, wonach der Islam Staatsreligion ist und das islamische Gesetz als Staatsgesetz zur Geltung kommt. Der Salafist Abdel Moneim al-Shahat dämonisiert die Bahai und bezeichnet sie als eine „Bedrohung der nationalen Sicherheit“. Dieser Salafist bezog sich sogar auf eine Fatwa der Al-Azhar Universität, wonach die Bahai wegen „Hochverrat“ verfolgt werden sollten.

Es ist sehr wahrscheinlich, dass sich die Lage der ägyptischen Bahai verschlechtern wird. In der Tat ist die Verfolgung von Minderheiten in einer islamischen Gesellschaft ein Barometer für das Maß an (Un-)Freiheit und (Un-)Gleichheit, das dort herrscht.

### **Iran: Gewalt gegen Bahai bleibt straflos <sup>27</sup>**

Die Bahai International Community (BIC) hat im März 2013 einen neuen Bericht über die Menschenrechtsverletzungen gegen die Bahai im Iran veröffentlicht. Angriffe auf Angehörige dieser religiösen Minderheit bleiben straflos. Zu den Tätern gehören übereifrige religiöse Fanatiker, die in den Gefängnissen als Wärter fungieren, Mitglieder der Bassij-Miliz und zivil gekleidete Geheimdienstler, die den Auftrag bekommen, zuzuschlagen und Dissidenten zu erniedrigen. Selbst einfache Bürger gehören zu den Tätern.

Seit mehr als drei Jahrzehnten werden die Bahai in der „Islamischen Republik Iran“ systematisch verfolgt. Seit 1979 wurden über 200 Bahai hingerichtet, Hunderte wurden inhaftiert und gefoltert. Zehntausende dürfen nicht arbeiten. Bahai dürfen nicht studieren. Die Bahai werden vom islamistischen Regime als eine „häretische Sekte“ bezeichnet, obwohl unter Experten fast unumstritten ist, dass sie Anhänger einer neuen Weltreligion sind, die in demokratischen Staaten respektiert wird.

Vom Anfang 2005 bis Ende 2012 wurden mehr als 660 Bahai verhaftet. Etwa 300 der verhafteten Personen bekamen Gefängnisstrafen. Im März 2013 waren noch etwa 115 Bahai in Haft. Weitere 140 warten auf Gerichtsurteile und etwa 280 Personen warten auf ein Gerichtsverfahren.

---

<sup>27</sup> <http://europeandemocracy.eu/2013/03/iran-violence-against-the-bahai-goes-unpunished-part-1/> 07.03.2013



Die Bahai werden allein wegen ihres abweichenden Glaubens verfolgt. Die BIC hat 52 Fälle von Folteropfern dokumentiert. Ferner wurden in 52 Fällen körperliche Angriffe von Zivilbeamten auf Bahai dokumentiert. In 49 dokumentierten Fällen zündeten Brandstifter Häuser von Bahai an. Überdies wurden durch Vandalismus 30 Häuser und 42 Bahai-Friedhöfe zerstört. Hunderte von Bahai-Kindern wurden in Schulen schikaniert.

Hunderte Geschäfte, die Bahai gehörten, wurden geschlossen. Diese Verbrechen wurden von staatlichen Behörden abgesegnet. Ganz gleich, ob das Verbrechen im Auftrag des Geheimdienstministeriums durchgeführt wurde oder ein Resultat der Hasspropaganda des Regimes war – die Regierung unternahm nichts, um die Gewaltverbrechen aufzuklären. Eines der vielen ungeheuerlichen Verbrechen ist die Verhaftung der Personen gewesen, die mit dem Bahai Institute for Higher Education zu tun hatten. Es handelt sich dabei um eine Universität, die mit ausländischen Universitäten nach dem Modell der „fliegenden Universitäten“ zusammengearbeitet hat. Da die Bahai nicht an staatlichen Universitäten studieren dürfen, wählten sie diesen Weg, der ihnen nun auch verschlossen bleibt.

In dem BIC-Bericht wird hervorgehoben, dass die Propaganda der iranischen Medien eine wichtige Rolle bei der Verfolgung der Bahai spielt. Die Verfolgung der Bahai wird in eine Reihe mit dem Unrecht gestellt, das im Iran vorherrscht. Es wird auf die Verfolgung von iranischen Journalisten, Menschenrechtsverteidigern, Studenten, Gewerkschaftlern und Frauenaktivistinnen hingewiesen und auf die Diskriminierung der anderen religiösen Minderheiten eingegangen. Ausdrücklich wird zudem die Diskriminierung der Araber, Azeri, Belutschen und Kurden genannt. Diese werden insbesondere auf den Gebieten der Erziehung, der Meinungs- und Religionsfreiheit sowie der staatlichen Gesundheits- und Arbeitspolitik benachteiligt. Es wird z.B. aufgezeigt, dass, obwohl die Kurden und Belutschen überwiegend Sunniten sind, es nicht einmal eine sunnitische Moschee im ganzen Land gebe.

Sich auf Berichte von christlichen Gemeinden stützend, geht der Bericht der Bahai International Community auf Verhaftungen von Christen ein. Im Dezember 2012 haben demnach zivil gekleidete Sicherheitskräfte die Häuser von 25 Christen, die der Hauskirchenbewegung und auch der armenischen Kirche angehören, gestürmt. Elf Christen seien freigelassen, aber 14 seien monatelang festgehalten worden. 60 weitere Christen seien in Teheran, Mashad, Isfahan und Orumieh verhaftet worden. Pfarrer Youcef Nadarkhani, der 2010 wegen Apostasie, der Abkehr vom Islam, zum Tode verurteilt worden war, wurde schließlich nach drei Jahren Haft wieder freigelassen, vermutlich weil sein Fall internationale Aufmerksamkeit und Empörung erregt hatte.

BIC geht ferner auf die Verhaftung von iranischen Journalisten ein und zitiert dabei den Bericht des UN-Menschenrechtsrates vom März 2012. Darin habe Ahmed Shaheed die Inhaftierung von 42 Journalisten angeprangert. Nirgendwo in der Welt sei die Zahl der verhafteten Journalisten so hoch wie im Iran.

Zitiert wird auch ein Bericht der International Federation for Human Rights (FIDH), dem zufolge wegen Meinungsdelikten Inhaftierte routinemäßig gefoltert werden. Der Gefangene Mehdi Mahmoudian sei im Gefängnis mit gebundenen Augen verhört worden, dabei mit besonders dreckigen Wörtern beschimpft, sexuell erniedrigt und vergewaltigt worden. Um aus ihm Geständnisse herauszupressen, hätten die Verhörbeamten Lügengeschichten erzählt und gedroht, Familienangehörige zu verhaften. Man habe gedroht, ihn zu töten. Zudem würden die Ehefrauen von Gefangenen aufgefordert, ihre Scheidung einzureichen. Gefangene würden an den



Genitalien mit Elektroschocks gefoltert oder Psychopharmaka bekommen. Im kalten Winter würden die Gefangenen ganze Nächte nur mit Unterwäsche bekleidet überleben müssen.

## 1.5. Antizionistischer Antisemitismus

### Iranischer Antisemitismus auf Deutsch

Die Propaganda des iranischen Regimes zielt nicht nur auf die eigene Bevölkerung. Der Sender „Islamic Republic of Iran Broadcasting“ (IRIB) kann weltweit empfangen werden, er sendet in deutscher und in weiteren 26 Sprachen. Das deutsche Programm von IRIB zeichnet sich durch antisemitische Hetze aus. IRIB hat einen Sitz im Bundespressehaus Berlin.

Der islamistische Antisemitismus ist ein Bestandteil der iranischen Herrschaftsideologie. Auch in Deutschland leben Islamisten, German-IRIB bietet ihnen Hasspropaganda „Made in Iran“. Zu dieser Hasspropaganda gehören die Verherrlichung der terroristischen Gewalt, die als „Widerstand“ verbrämt wird, ferner die Leugnung des Holocaust, um Israel und die westlichen Demokratien zu verteufeln und das Existenzrecht Israels in Frage zu stellen.

**Antisemitische Vernichtungsdrohungen gegen Israel:** Der Iran erkennt das Existenzrecht Israels nicht an und ruft zur Vernichtung Israels auf. Wie die offizielle iranische Politik stellt der deutschsprachige Dienst von IRIB das Existenzrecht Israels in Frage. Israel wird dämonisiert und der islamistische Terrorismus verherrlicht.

Wie die Politik der totalitären Diktatur der „Islamischen Republik“ verherrlicht IRIB die terroristische Gewalt und verteidigt die terroristischen Aktionen der palästinensischen Organisationen, von der marxistisch-leninistischen PFLP bis zur Hamas und der Gruppe Islamischer Jihad. Die Organisationen Hamas und Islamischer Dschihad seien gegründet worden, um „den Kampf gegen das zionistische Regime bis zur völligen Befreiung Palästinas fortzusetzen“ (IRIB, 17. November 2011). Selbstverständlich werden auch die Aktionen der libanesischen Hizbollah verherrlicht. Der Tod von islamistischen Terroristen wird als „Märtyrertod“ glorifiziert, als ob Terroristen wirklich Vorbilder für Muslime auch in Deutschland sein könnten.

IRIB spiegelt die totalitäre Ideologie des im Iran als Staatsdoktrin herrschenden khomeinistischen Islamismus wieder. Für IRIB gehören daher die islamistischen Terrorbewegungen zu einer Widerstandsbewegung, die die Sharia als Staatsgesetz einführen will. Am 7. Oktober 2011 wurde Ayatollah Ahmad Khatami, als Leiter der Freitagsgebets in Teheran einer der wichtigsten Propagandisten des Regimes, in German-IRIB affirmativ mit folgenden Sätzen zitiert: „Manche Länder sind bestrebt, durch die Überlassung von weniger als 18 Prozent der besetzten Gebiete an die



palästinensische Regierung dem zionistischen Regime eine Legalität zu verleihen, damit dieses Krebsgeschwür in der Region weiterhin bestehen bleibt.”

Israel wird regelmäßig als „Krebsgeschwür“ bezeichnet, beispielsweise vom Revolutionsführer Ali Khamenei am 21. Februar 2011. German-IRIB schrieb: „Das geehrte Revolutionsoberhaupt verwies auf die Bestrebungen und Ziele der USA und der anderen Herrschsüchtigen in der Region und fügte hinzu: „Das falsche (unrechtmäßige) zionistische Regime hat wie ein Krebsgeschwür Krankheit und Schäden in der Region verursacht.“ Am 30. August 2010 schrieb German-IRIB, dass Ayatollah Khomeini, das „Oberhaupt der Islamischen Revolution“, gesagt habe: „Der Fußmarsch am al-Quds-Tag ist der Protestruf der Muslime gegen das Krebsgeschwür Israel in der islamischen Welt.“

Tatsächlich hatte Ayatollah Khomeini schon in den sechziger Jahren die Zerstörung Israels gefordert (siehe dazu: Wahied Wahdat-Hagh, Der islamistische Totalitarismus. Berlin 2012). Sein Nachfolger Ali Khamenei sagte am 4. Juni 2010: „Der Imam (Khomeini) sagte direkt, dass Israel ein Krebsgeschwür ist. Was macht man mit einem Krebsgeschwür? Gibt es ein Heilmittel, außer das Geschwür herauszuschneiden?“

IRIB behauptet, dass die „Anführer des zionistischen Regimes und ihre westlichen Unterstützer“ den palästinensischen „Widerstand“ als Terrorismus bezeichnen. (IRIB, 11. Juli 2011) Die westlichen Regierungen würden die Welt in die Irre führen. Ihr Ziel sei es, eine „intervenierende Weltpolitik“ zu rechtfertigen und den „israelischen Staatsterrorismus zu unterstützen“.

German-IRIB delegitimiert den Staat Israel, wenn dessen Gründungsgeschichte in Frage gestellt wird und wenn von einem „falschen (unrechtmäßigen) israelischen Regime“ die Rede ist. German-IRIB zufolge haben sich die Zionisten als „unterdrückt und entrechtet ausgegeben, um dadurch sowie unter Ausnutzung der Propaganda westlicher Regierungen ihre Verbrechen an den Palästinensern vertuschen zu können“. (IRIB, 11. Juli 2011)

IRIB schreibt, dass die Zionisten mittels „ihres illegalen und inhumanen Vorgehens sowie durch die Einflussnahme ihrer westlichen Unterstützer auf die Vereinten Nationen schließlich im Mai 1948 den unrechtmäßigen Staat Israel ausrufen“ konnten. (German-IRIB, 10. August 2011) Behauptet wird, dass die Israelis seit den fünfziger Jahren eine „Massenvernichtung von Palästinensern“ betrieben. Die iranische Nachrichtenagentur spricht von „Massenmord an den Palästinensern“. German-IRIB schrieb am 22. September 2011, dass die „Strategie des israelischen Besatzerregimes seit seiner illegalen Gründung der Genozid an den Palästinensern“ sei.

Der deutschsprachige iranische Sender agitiert auch gerne gegen den Frieden. Am 12. Oktober 2011 wendet sich ein IRIB-Journalist gegen Friedensabkommen



zwischen Israel und der arabischen Welt, wenn er schreibt, dass Anwar Sadat dem „antizionistischen Kampf“ durch die „Unterzeichnung des Camp-David-Abkommens“ einen heftigen Schlag versetzt hätten. Das Abkommen sei erniedrigend gewesen. Erst der Sieg der islamischen Revolution im Iran habe den Menschen, die „gegen das Besatzerregime von al-Quds (Jerusalem) kämpften“, Hoffnung gebracht.

Solche Aussagen sind heute von größter Bedeutung, denn die Frage ist, ob die neue islamistische Regierung in Ägypten auch weiterhin am Erhalt des Friedens mit Israel interessiert ist.

Eine Ablehnung des Friedens mit Israel ist im Sinne des iranischen Revolutionsführers Ali Khamenei, der, wie IRIB am 1. Oktober 2011 propagierte, den Camp-David-Vertrag als eine „verräterische Kapitulation mancher arabischer Regime“ bezeichnete. Khamenei hatte German-IRIB zufolge gesagt: „Der Entwurf beider Regierungen ist nichts anderes als Ignorierung der Rechte der palästinensischen Flüchtlinge, eine Verletzung der Rechte der Palästinenser, die seit 1948 hier leben, und er bedeutet, dass ein Krebsgeschwür in der Region erhalten bleibt und sich das wiederholt, was das unschuldige palästinensische Volk in den vergangenen Jahrzehnten erlitten hat.“ (IRIB, 1. Oktober 2011) Für German-IRIB sind Friedensabkommen mit Israel und den Palästinensern die „gefährlichste Bedrohung für die Palästinenser“. (German-IRIB, 2. November 2011)

**Holocaust-Leugnung:** Die islamistische Holocaust-Leugnung hat eine innere Logik, wenn es in perfidester Form darum geht zu behaupten, dass die Israelis diejenigen sind, die „Massenmord“ an den Palästinensern begehen. Am 26. Oktober 2011 warf IRIB der deutschen Regierung vor, dass sie „Nachforschungen über den Holocaust“ bestrafe. Unter „Nachforschungen“ versteht das iranische Regime Geschichtsrevisionismus im Stil Robert Faurissons. Während iranische Islamisten sich auf rechtsextremistische Holocaust-Leugner berufen, werfen sie nun über ihr Sprachrohr IRIB der deutschen Regierung vor „diejenigen, die sich mit den Tatsachen des Holocaust beschäftigen bzw. ihn aufgrund von Nachforschungen in Frage stellen“, zu bestrafen. German-IRIB veröffentlicht stattdessen Holocaust leugnende Reden des Präsidenten Mahmoud Ahmadinejad, der beklagt, dass manche Länder „im Namen des Holocaust den Zionisten weiterhin Schmerzensgeld“ zahlen. (30. September 2011) IRIB relativiert den Holocaust, wenn beispielsweise den „Zionisten“ vorgeworfen wird, mit Hitler kooperiert zu haben. IRIB behauptet, dass die Zionisten am Holocaust mitgewirkt hätten, um „eine Heimat für die Juden zu fordern“. (22. Dezember 2010)

Zwar ist nicht bekannt, wie viele Bürger der Bundesrepublik der antisemitischen Hasspropaganda des Iran lauschen und diese lesen, aber es gibt eine lange Liste von Interviewpartnern, die IRIB in Deutschland hoffähig machen. Immerhin haben berühmte Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft und Journalismus diesem antisemitischen Sender Interviews gegeben: Andreas von Bülow, Shraga Elam, Jochen Hippler, Haiko Hasan Hoffmann, Wolfgang Huber, Jamal Karsli, Gudrun





Krämer, Felicia Langer, Mohssen Massarrat, Georg Meggle, Wolf-Dieter Narr, Otfried Nassauer, Yavuz Özoguz, Peter Phillip, Irmgard Pinn, Ruprecht Polenz, Sabine Schiffer, Peter Scholl-Latour, Peter Schütt, Udo Steinbach, Willi Wimmer, Gerhard Wisnewski und Andreas Zumach.

Falls manche dieser Persönlichkeiten über German-IRIB einen mäßigenden Einfluss nehmen wollten, muss heute festgestellt werden, dass sie mit diesem Vorhaben gescheitert sind. Wie groß der Konsumentenkreis unter den in Deutschland lebenden Muslimen ist, lässt sich nur erahnen.

Signifikant und virulent zugleich ist die Ideologie und Praxis des genozidalen Antisemitismus, der untrennbar ist von der Unterstützung von Terrorbewegungen gegen Israel, wie Hamas und Jihade Islami.

Während der Herrschaftsanspruch im eigenen Land bis heute mit Terror nach innen abgesichert wird, wird der regionale und hegemoniale Herrschaftsanspruch nach außen durch Unterstützung von Terrororganisationen umgesetzt. Dabei zeugt der Terror nach innen von einem hierarchisch unkontrollierten und willkürlichen Machtanspruch. Der Terror nach außen stützt sich auf und wird von den inneren militärischen Machtstrukturen, der Wächter der Revolution, getragen. Am 26. August 2011 sprach der iranische Präsident Ahmadinejad auf der Teheraner Freitagsgebetsveranstaltung. Seine Aussagen machen den Zusammenhang zwischen dem genozidalen Antizionismus und dem islamistischen Herrschaftsanspruch deutlich: „Die Zeichen der Vernichtung des zionistischen Regimes sind sichtbar.“ Es sei offensichtlich, dass das „zionistische Regime ein auf Lügen beruhendes Regime“ sei. Zudem sei das „zionistische Regime eine Achse aller Kolonialisten und kulturlosen Hegemonialmächte.“<sup>28</sup> Islamistische Ideologen des Iran gehen davon aus, dass die wahre und einzige Antwort auf den Westen die Gründung eines islamistischen Staates sein kann.

Es seien die westlichen Hegemonialmächte gewesen, die für die Gründung Israels verantwortlich seien. Ahmadinejd unterstellte in seiner Rede, dass Israel für den „Westen“ einen „heiligen“ Stellenwert besitze. Europa habe Israel gegründet, um sich noch mehr Reichtum anzueignen. Konsequenter fährt Ahmadinejad fort: „Dieses Regime ist die Verkörperung aller Eigenschaften des kapitalistischen und des materialistischen Westens sowie dessen Kulturlosigkeit und die Manifestation der bestialischen Schritte der Westler.“ Der iranische Präsident leugnete in seiner Rede wiederholt den Holocaust und bezeichnete diesen als eine der „großen Lügen“ des Westens. Israel sei ein „Hort von Mikroben und von Krebszellen.“ Und wenn auch eine Handbreite davon in Palästina übrigbleiben sollte, werde der Krebs wieder ausbrechen.

---

<sup>28</sup> Farsnews, 26.8.2011.



Tatsächlich hatte schon Ayatollah Khomeini lange vor der Islamischen Revolution von 1979 die Zerstörung Israels gefordert.<sup>29</sup> Auch Ali Khamenei, der gegenwärtige Revolutionsführer des Iran sagte am 4. Juni 2010: „Der Imam [Khomeini] sagte direkt, dass Israel ein Krebsgeschwür ist. Nun, was macht man mit einem Krebsgeschwür? Gibt es dagegen ein Heilmittel außer das Geschwür herauszuschneiden.“<sup>30</sup>

Die Beispiele haben gezeigt, dass der regionale Herrschaftsanspruch der „Islamischen Republik Iran“ einhergeht mit einer Zerstörungsideologie. Die iranischen Islamisten haben seit der Machtübernahme im Jahr 1979 die Ideologie propagiert, dass Israel eine Barriere für das Ziel der Reislamisierung der islamischen Welt sei. Der Islamisierungsanspruch ist lediglich machtpolitischer Natur und entbehrt jeglicher Form eines religiösen oder tatsächlich theologischen Anspruchs.

### **Die Botschaft der Ayatollahs<sup>31</sup>**

Unter den vermeintlichen Studenten, die in Teheran die britische Botschaft angriffen, wurden Mitglieder der paramilitärischen Bassiji identifiziert. Mit der Aktion wollte das iranische Regime seine Entschlossenheit im Kampf gegen den Westen demonstrieren.

Deeskalation gehört nicht zum üblichen strategischen Repertoire der iranischen Polizei im Umgang mit Protestierenden. Doch als am Dienstag der vergangenen Woche die britische Botschaft in Teheran gestürmt wurde, hielten sich die Sicherheitskräfte zurück. Als »protestierende Studenten« wurden die Angreifer von den staatlichen Medien bezeichnet, doch handelte es sich um Bassiji, Mitglieder einer paramilitärischen Einheit, die den Revolutionswächtern unterstellt ist. Die Revolutionswächter wurden von den islamistischen Machthabern als Gegengewicht zur regulären Armee aufgebaut, sie und ihre Hilfstruppen werden oft gegen Oppositionelle und für Propagandaaktionen des Regimes eingesetzt.

Im Iran, wo bereits ein locker sitzendes Kopftuch zu einer Verhaftung führen kann, ist eine militante Aktion dieses Ausmaßes ohne Genehmigung der Machthaber undenkbar. Einige der Angreifer wurden vorläufig festgenommen, doch weder der religiöse Führer Ali Khamenei noch Präsident Mahmoud Ahmadinejad haben den Sturm auf die britische Botschaft verurteilt. Großbritannien und andere europäische Staaten zogen vorläufig ihr Botschaftspersonal ab.

Einige Angreifer konnten mittlerweile identifiziert werden. Der iranische Blogger Digarban veröffentlichte ein Foto, das Hussein Qadyani beim Sturm auf die Botschaft

---

<sup>29</sup> Siehe: Wahdat-Hagh, Wahied, Der islamistische Totalitarismus, Berlin 2012, S.194-206

<sup>30</sup> Sieh dazu: Bundesministerium des Innere, Antisemitismus in Deutschland, Bericht des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus, Berlin 2011, S.50

<sup>31</sup> <https://jungle.world/artikel/2011/49/die-botschaft-der-ayatollahs>



zeigt. Qadyani ist Vorsitzender der studentischen Organisation der Bassiji, hält sich also tatsächlich an einer Universität auf, allerdings vornehmlich, um dort im Auftrag der Revolutionswächter oppositionelle Aktivitäten zu unterbinden. Die Bassiji werden seit den Demonstrationen gegen die Wahlmanipulation im Juni 2009 verstärkt gegen die demokratische Studentenbewegung und soziale Proteste eingesetzt. Auf anderen von Digarban veröffentlichten Fotos sind Männer zu sehen, die offenbar zu den engen Mitarbeitern des Teheraner Bürgermeisters Mohammad Baqer Qalibaf gehören.

Ali Larijani, Sprecher des Majless, des islamistischen Pseudoparlaments, äußerte Verständnis für die Erstürmung der Botschaft: »Diese studentische Bewegung ist ein Sinnbild des geistigen Klimas im Iran.« Nicht zufällig richtete sich der Angriff gegen die Briten, sie sind nach den Israelis und Amerikanern das größte Feindbild der iranischen Islamisten. Ali Larijani habe aber hinzugefügt, dass die »Studenten« in Zukunft ihren berechtigten Zorn gegen die Briten auf gesetzlichen Wegen kundtun sollten, wie die Tageszeitung Kayhan berichtete. Weniger Verständnis hat Larijani für die Proteste der westlichen Staaten, er bezeichnete sie als »opportunistisch«.

**Ähnlich urteilte Ayatollah Ahmad Khatami**, derzeit einer der einflussreichsten Geistlichen im Iran: »Prinzipiell war diese Hassäußerung der Studenten passend und würdig.« Er begründete dies damit, dass die »Hände der Kolonialisten von den islamischen Ländern so schnell wie möglich kürzer« gemacht werden müssten, wie es die islamische Strafgesetzgebung bei Dieben vorsieht. Doch wie Larijani distanzierte er sich halbherzig, der Angriff auf eine ausländische Botschaft sei nicht angemessen. Dabei hatte er beim Teheraner Freitagsgebet gefordert, »nicht nur ›Tod Amerika‹ zu rufen, sondern auch ›Tod England‹«. »Tod Israel« gehört ohnehin zu den Standardparolen dieser Freitagspredigten.

Ayatollah Makrem Schirazi betonte, dass »die britische Regierung zu den alten Feinden« des Iran zähle. In der Zeitung Alef bezog sich der Kommentator Farhad Dadjou auf Ayatollah Khomeini, der einst zu Studenten gesagt haben soll, dass er den »revolutionären Hass« junger Menschen verstehe. Aber diese sollten ihren Kampf »wissenschaftlich« führen. Das Ergebnis dieses »wissenschaftlichen« Hasses war damals die Hinrichtung von Tausenden Andersdenkenden.

Dadjou begrüßt die Entscheidung des islamistischen »Parlaments«, das britische Botschaftspersonal auszuweisen. Er zitiert Khamenei, der gesagt habe, dass ein »Bassiji revolutionär sein muss, aber nicht illegal handeln« dürfe. Die Verantwortung für den Schutz der Botschaft trage die Regierung, sie falle nicht den Studenten zu. Doch die »revolutionäre Antwort« müsse adäquat sein. Solange der Feind keine Gewalt angewandt habe, dürfe man dies auch nicht tun.

**Dadjou meint, die Studenten dürften selbst aktiv werden**, wenn sie zu dem Ergebnis kämen, dass die Regierung die Ziele der islamischen Revolution nicht mehr verfolge. Er vergleicht den Angriff auf die britische Botschaft mit der Besetzung der



US-Botschaft und der Geiselnahme von 52 Diplomaten am 4. November 1979. Damals hätten die Revolutionäre richtig gehandelt, denn die provisorische Regierung sei nicht wirklich revolutionär gewesen. Heute habe die Regierung von Ahmadinejad zwar viele Probleme, doch sei sie nicht mit der damaligen Regierung von Mehdi Bazargan zu vergleichen.

Die staatliche Nachrichtenagentur Mehrnews, die Ahmadinejad nahesteht, bezeichnete die Angreifer als »Studenten der Linie des Imam« – gemeint ist Khomeini. Die westlichen Reaktionen seien erstaunlich. Ausführlich werden die Besetzung der iranischen Botschaft in London durch iranische Oppositionelle im Mai 1980, eine Protestaktion im Juli 2009 vor der iranischen Botschaft in Stockholm und die Tötung von iranischen Diplomaten in Afghanistan durch al-Qaida – die als ein westliches Produkt betrachtet wird – mit dem Sturm auf die britische Botschaft in Teheran verglichen und gleichgesetzt.

Den Zweck des Angriffs erläuterte Mohammed Ismael Kossari, Vorsitzender der Kommission für nationale Sicherheit des Majless. Er sagte, dass »England und dessen Verbündete von dieser studentischen Aktion lernen sollten«, und warnte: »Wenn das Verhalten der westlichen Regierungen sich nicht ändert, muss man weitere Ereignisse erwarten.« Fatima Alia, die ebenfalls dieser Kommission angehört, forderte eine sofortige Abstimmung über die Verurteilung von 25 weiteren Botschaftern, die gegen die Gewalttaten protestiert hatten. Der Sprecher des iranischen Außenministeriums hat den Protest der Diplomaten als eine »Karnevalsveranstaltung« bezeichnet.

**Die Propaganda entspricht dem im Iran in solchen Fällen üblichen Muster.** Der religiöse Führer Khamenei schweigt, lässt aber seine Mitarbeiter den Angriff auf die Botschaft ideologisch rechtfertigen. Die ansonsten rivalisierenden Fraktionen sind sich in dieser Hinsicht einig: Das Regime hat sich für eine harte Antwort auf die neuen Sanktionen der Europäischen Union entschieden und reagiert aggressiv. Dass »weitere Ereignisse« folgen könnten, ist eine ernstzunehmende Drohung.

Da das antisemitische Regime immer die »Zionisten« für alle Probleme verantwortlich macht, ist es kein Zufall, dass Mohammed Reza Naqdi, der von Khamenei ernannte Kommandant der Bassiji, am vergangenen Freitag an die Forderung Khomeinis erinnerte, eine Armee von einer Million Freiwilligen für die »Befreiung« Jerusalems aufzustellen. Dies werde nun geschehen, versprach Naqdi nach Angaben der Nachrichtenagentur Farsnews. Überdies warnte Seyyed Hassan Firuzabadi, ein General der Bassiji, dass die ballistischen Raketen des Iran bereit ständen, um den »Feind zu bekämpfen«. Die Botschaftsbesetzung sollte die Entschlossenheit des Regimes im Kampf gegen den Westen deutlich machen.



## Iran: "Ein Modell des islamischen Widerstandes"<sup>32</sup>

Iran unterstützt unbeirrt Terrororganisationen und ignoriert die EU-Sanktionen. Am 31. Januar 2012 traf sich der iranische Revolutionsführer Ali Khamenei mit dem weltweit gesuchten Topterroristen Ramadan Abdullah Mohammad Shallah, dem Generalsekretär der Organisation des Palästinensischen Islamischen Jihad (PIJ). Ramadan Abdullah, der in London in Volkswirtschaft promoviert hat, wird steckbrieflich vom FBI gesucht. Der PIJ ging aus der ägyptischen Muslimbruderschaft hervor und pflegt seit Jahren enge Verbindungen mit der „Islamischen Republik Iran“.

**Khamenei verteidigt Assad:** Wie Farsnews am 31. Januar berichtete, vertrat Ayatollah Khamenei bei seinem Treffen mit Ramadan Abdullah die Überzeugung, dass das „Hauptziel Amerikas in Syrien die Zerschlagung der Widerstandsfront“ sei. Eine palästinensische Delegation begleitete Ramadan Abdullah Mohammad Shallah bei seinem Treffen mit Ayatollah Khamenei am Dienstag. Syrien unterstütze den „palästinensischen Widerstand und den islamischen Widerstand in Libanon“, betonte Khamenei. Mit „Widerstandsbewegungen“ meint er die libanesische Hizbollah, die Hamas und die PIJ, die nicht nur vom Iran, sondern auch vom Regime Assads unterstützt werden. Tatsächlich hat der PIJ in Syrien seine Zentrale.

**„Islamisches Erwachen“:** Für Khamenei gehört der Terrorismus des PIJ zum „islamischen Erwachen“. Der Revolutionsführer meint, dass die USA und die westlichen Staaten sich wegen des „islamischen Erwachens“ in Ägypten und Tunesien an Syrien rächen wollten. Dies sei der Grund, warum die Regierung von Präsident Assad gestürzt werden solle. Bei seinem Treffen mit Ramadan Abdullah Mohammad Shallah betonte Ali Khamenei, dass der Iran große technologische Erfolge erzielt habe. Er hoffe, dass solche Erfolge bald auch in Ägypten, in Tunesien und in Libyen möglich sein werden, damit die „islamische Umma (Gemeinschaft) einen hohen technologischen und wissenschaftlichen Stand“ erreicht. Ayatollah Khamenei verspricht der arabischen Welt damit nicht zum ersten Mal, dass auch sie in den Genuss des technologischen Fortschritts und damit auch der Ergebnisse des iranischen Atomprogramms kommen werde. Alarmierend ist, dass er dies ausgerechnet auch gegenüber dem Führer einer Terrororganisation vertritt. Weniger großzügig ist das iranische Regime gegenüber der Internationalen Atomenergiebehörde, deren Delegation bei ihrem dreitägigen Besuch keine iranische Atomanlage besuchen konnte.

**Der Pol der muslimischen Völker:** Wie aber ist die ideologische Wahrnehmung des Iran in Bezug auf den Wandel in der arabischen Welt? Am 31. Januar veröffentlichte

---

<sup>32</sup> <http://honestlyconcerned.info/2012/02/01/iran-ein-modell-des-islamischen-widerstandes/> 2012



Farsnews ein Interview mit Seyyed Yahya Safawi, in dem dieser den iranischen Standpunkt erläuterte. Safawi ist ein bedeutender Brigadegeneral und früherer Oberbefehlshaber der „Wächter der islamischen Revolution“, auch Revolutionsgardisten genannt.

Er ist der Meinung, dass ein neuer „Pol der Macht“ entstanden sei, der sich als „Pol der muslimischen Völker“ im gegenwärtigen Weltsystem immer stärker herausbilde. Die USA und andere westliche Staaten seien wegen dieser Entwicklung sehr besorgt und würden deswegen Schritte gegen den Iran unternehmen. Safawi liefert eine ideologische Analyse der arabischen Bewegungen und stellt fest, dass das „islamische Erwachen“ in Tunesien begonnen habe. Zwar ist der in Tunesien vorherrschende malikitische Islam eine sunnitische Richtung, aber der iranische General behauptet, dass die Religion der zehn Millionen Tunesier dem schiitischen Islam im Iran nahestehe.

Safawi erkennt an, dass die Islamisten in Tunesien schwach seien, weil Tunesien Europa und dessen Kultur nahe stünde. Im Vergleich gebe es weniger Islamisten in Tunesien als in Libyen. In Tunesien sei ein liberaler Islam vorherrschend, in Libyen aber würden die Islamisten die militärischen Einrichtungen, die Sicherheitsinstitutionen und die Polizei kontrollieren, auch wenn sie dort nicht die Mehrheit stellen. Die „Zionisten“ und die US-amerikanische Regierung würden in Libyen - vermittelt durch die französische Regierungspolitik - Einfluss auf die libysche Gesellschaft ausüben.

Ganz anders sei es in Ägypten, wo die Salafisten und die Muslimbrüder eine starke politische Macht darstellen. Die Salafisten würden ein islamisches Kalifat errichten und die Sharia im Rahmen eines islamischen Staatsystems einführen wollen. Die Muslimbrüder würden gelegentlich auch die Einführung der Scharia als Staatsgesetz fordern. In Ägypten sei zwar die Spitze des Militärapparates auf der Seite des Westens, aber die unteren Ränge seien auf der Seite des „Volkes“. Wenn der General vom Volk spricht, meint er die Islamisten.

In Jemen sei die Lage besonders kompliziert, so der iranische General. Die saudi-arabische Regierung versuche, Einfluss auf die drei sehr unterschiedlichen Regionen im Jemen zu nehmen. Der General betont, dass die westlichen Staaten nach dem Zerfall des Osmanischen Reiches Nordafrika und den Nahen Osten unter sich aufgeteilt haben. Aber langfristig könnten neue Konstellationen in der Region entstehen, die nicht im Sinne der westlichen Staaten und des „zionistischen Staates“, d.h. Israels seien, hofft Safawi. Der Westen und das „zionistische Regime“ würden versuchen, die Revolutionen in der arabischen Welt in ihrem Sinne zu lenken. Sie wollten verhindern, dass die Islamisten an die Macht kommen, was ihnen aber nicht gelungen sei.

Der iranische General meint, dass das „zionistische Regime besonders besorgt um seine weitere Existenz“ sei. Beispielsweise sähe sich Israel inzwischen konfrontiert



mit Ägypten, das eine Bevölkerung von 80 Millionen Menschen habe. Ägypten sei einer der ernsthaftesten "Feinde des zionistischen Regimes", allein wegen seiner kulturellen islamischen Wurzeln. Die größte Sorge des Westens sei die Zukunft Israels und wie man ohne die Stellvertreterregierung von Mubarak Israels Interessen sichern könne.

Der frühere ägyptische Präsident Mubarak habe jährlich drei Milliarden Dollar bekommen, damit Ägypten die "Sicherheit des zionistischen Regimes gewährleistet". Dies alles sei nun vorbei: "Die Schwäche des Westens geht einher mit der Stärke der Islamisten." Wenn der "Wille der muslimischen Völker endlich herrscht, wird vor allem vom zionistischen Regime Abstand genommen. Denn der Volksgeist und der Geist der Kleriker sowie der Intellektuellen sind gegen das zionistische Regime gerichtet. Deswegen kann man sagen, dass der Verlierer dieses Regime (Israel) sein wird."

**Vom iranischen zum islamischen Widerstand:** Der iranische General behauptet, dass die Unipolarität, die gegenwärtig das Weltsystem beherrsche, mit dem Aufkommen des „islamischen Erwachens“ aufgebrochen worden sei. Die Welt sei gegenwärtig multipolar: Die Europäische Union, Russland, China, Indien und die islamische Welt, die aus 57 Staaten bestünde, würden weitere Pole darstellen. Die Multipolarität der Welt führe dazu, dass der Einfluss des Iran in der Region steige: "Wie wir sehen, hat sich das Modell des iranischen Widerstands in ein Modell des islamischen Widerstands verwandelt."

Die US-Amerikaner seien besorgt gewesen, dass die islamische Revolution exportiert werde, dies sei aber längst geschehen. Ägypten als einer der wichtigsten arabischen Staaten marschiere in die Richtung der islamischen Revolution, und diese Tatsache sei die wichtigste Warnung an die Adresse des Westens und insbesondere an die Adresse des „zionistischen Regimes“.

Der Westen übe Druck auf Syrien aus, damit keine "strategische Achse" aus dem Iran, Irak, Syrien, Ägypten und dem Libanon entstehen könne. Anders als die genannten Staaten würden die Regierungen Saudi-Arabiens, der Türkei und Katars den "Westen" unterstützen. Die Militärs seien in den meisten islamischen Staaten die letzte Bastion des Westens. Daher sollten, so der iranische General, die muslimischen Völker ihre Beziehungen mit den Militärs endlich überprüfen. Zudem müssten die Muslime es schaffen, ihre nationalen Verfassungen ohne den Einfluss des Westens selber zu formulieren.

**Katar und die Türkei gegen Syrien:** Die Regierung von Katar habe der Türkei Milliarden Dollar überwiesen, damit die türkische Regierung die Aufständischen in Syrien unterstütze. Man könne sagen, dass die USA der saudi-arabischen, der türkischen und der katarischen Regierung die Aufgabe gegeben habe, den Wandel in der arabischen Welt zugunsten des Westens und gegen die Interessen des Iran zu beeinflussen. Besonders die Türkei handele gegen die Interessen der syrischen



Regierung und des syrischen Volkes. Aber genau dies werde der Grund sein für zukünftige Proteste der türkischen Muslime, meint der iranische General optimistisch.

Auch Jordanien habe neben Saudi-Arabien, Katar und der Türkei die Aufgabe bekommen die "Achse des Widerstandes zu schwächen". Diese Strategie werde aber sicherlich in Zukunft Probleme für den Westen schaffen.

**Der General träumt von der islamischen Weltmacht:** Safawi prophezeit am Ende des Interviews, dass auch das Ende der saudischen Königsfamilie bald komme werde. Der iranische General schlägt vor, dass "die islamische Umma innerhalb von unabhängigen politischen Grenzen eine objektive Strategie der islamischen Weltmacht" verfolgen müsse, in der religiöse Intellektuelle sich organisieren können. Unter "religiösen Intellektuellen" verstehe er nicht nur Kleriker und Akademiker. Die religiösen Intellektuellen hätten nun eine besonders wichtige Aufgabe.

**Ali Khamenei als Führer der islamischen Welt:** Der iranische General hebt die Rolle des Revolutionsführers Ali Khamenei besonders hervor, der bei der Unterstützung der Intifada eine zentrale Rolle gespielt habe. Als einziger Führer in der islamischen Welt habe er "entschlossen gegen die USA und gegen das zionistische Regime" gehandelt, in Khamenei sieht er einen „qualifizierten Führer für die islamische Welt“. Daher müssten die Völker, die gegenwärtig revoltieren, auf den iranischen Revolutionsführer blicken, um "Führung" für ihr Handeln zu bekommen. Der General wiederholte Sätze Ayatollah Khomeinis, der zu seinen Lebzeiten und während des Iran-Irak-Krieges (1980-88) sagte: "Der Weg nach Jerusalem geht über Kirbala." Safawi meint, dass heute der Weg zu der irakischen Stadt Kirbala offen sei und hoffentlich mit "Hilfe der Märtyrer, die die muslimischen Völker hervorbringen, auch der Weg nach Jerusalem geöffnet" werde. Der iranische General ermutigt Terroristen, als „Märtyrer“ zu sterben, um den Weg nach Jerusalem zu öffnen.

Historische Entwicklungen kann man nicht voraussehen, aber Diktaturen sind immer irgendwann überwunden worden. Der Irak wurde von einer Diktatur befreit. Wenn der Iran eines Tages frei sein wird, werden auch die Iraner nicht nur nach Kirbala sondern auch frei nach Jerusalem reisen können.

### **„Eine objektive Pflicht“: Iranischer Ex-Gouverneur fordert einen Präventivschlag gegen Israel<sup>33</sup>**

Alireza Forqani, bis Januar 2012 Gouverneur der Insel Kish, hat in einem Beitrag für die iranische Nachrichtenagentur *Alef* einen Angriffskrieg gegen Israel religiös begründet. Er fordert die Regierung von Ahmadinejad auf, noch in ihrer Amtszeit bis

---

<sup>33</sup> <http://europeandemocracy.eu/2012/02/an-objective-duty-iranian-ex-governor-calls-for-a-pre-emptive-strike-against-israel/>, 08.02.2012





2014 Israel anzugreifen und zu zerstören. Der Iran könne mittels seiner Mittel- und Langstreckenraketen innerhalb von neun Minuten Israel gänzlich zerstören.

Der Informatiker Alireza Forqani ist mit 14 Jahren Mitglied der paramilitärischen Bassij-Milizen geworden. Diese Milizen sind inzwischen eine Abteilung der Revolutionsgardisten. Er war aktives Mitglied der Ansare Hizbollah. Forqani behandelt in seinem Artikel, der hier zusammenfassend wiedergegeben wird, die Möglichkeiten eines iranischen Angriffs auf Israel. Dafür sucht er krampfhaft eine religiöse Begründung, der einige Leser in ihren Kommentaren, die weiter unten in diesem Text übersetzt werden, deutlich widersprechen. Er diskutiert taktische Schritte für einen militärischen Angriff auf Israel.

**Die religiöse Verbrämung des islamistischen Vernichtungsantisemitismus:** Der Beitrag, der am 4. Februar 2012 im Nachrichtenportal Alef.ir erschienen ist und zuvor auf der Website des Autors veröffentlicht wurde fängt mit einem langen Zitat von Ayatollah Khomeini an. Mohammad, der Prophet der Muslime wies zu seinen Lebzeiten seine Anhänger an, nicht in Richtung Jerusalem, sondern in Richtung Mekka zu beten. Ayatollah Khomeini politisierte aber dieses Thema und bezeichnete Jerusalem als „die erste Qibla“ (Gebetsrichtung) und Mekka als die zweite. Khomeini brauchte diesen ideologischen Kniff, um seine antiisraelische Politik der „Befreiung“ Jerusalems und der Zerstörung Israels zu begründen. Forqani zitiert Khomeini, der Israel als ein „Krebsgeschwür“ darstellte. Khomeini forderte „alle Muslime“ auf, sich gegen Israel militärisch zu rüsten und bezeichnete Israel als einen „Stoff der Verderbtheit“, der „um jeden Preis beseitigt werden muss“.

**Zwei Formen des militärischen Jihad:** Um die Zerstörung Israels religiös zu legitimieren, zitiert Forqani aus dem Heiligen Buch der Muslime, dem Koran. Dort seien die Muslime in Sure 2, Vers 19 aufgefordert worden, die Unterdrücker zu bekämpfen und zu töten. Er erklärt, dass es wirtschaftliche, politische, kulturelle und militärische Formen des Jihad gebe und konzentriert sich dabei auf den militärischen Jihad.

Der primäre militärische Jihad richte sich gegen diejenigen, die die muslimische Propaganda bekämpfen. Das Ziel dieses „primären“ Jihad sei, die Ungläubigen zur Annahme des Islam „einzuladen“, wohlgemerkt militärisch. Hier geht es um einen „Angriff auf Nicht-Muslime, um aus ihnen Muslime zu machen“. Diese Form des Jihad bezeichnet er als „Wajeb Kifai“ (qualifizierte Pflicht). Ein solches Handeln ist nach islamischem Recht nur für manche Muslime Pflicht, die qualifiziert sind, bestimmte Aufgaben zu erfüllen. Forqani meint, dass das klerikale Oberhaupt des Iran den Befehl zu einem solchen primären Jihad geben dürfe.

**„Die objektive Pflicht“:** Es gibt aber eine andere Form des militärischen Jihad, die Forqani zufolge unter der Kategorie der „Wajebe ayni“ fällt, also nach islamischem Recht eine „objektive Pflicht“ für jeden Muslim sei. Wenn eine militärische Aktion als



eine objektive Pflicht eingeordnet wird, muss tatsächlich nach islamischem Recht jeder Muslim danach handeln.

Forqani spricht in diesem Fall von einem „Verteidigungsjihad“. Die Muslime seien verpflichtet, diejenigen „feindlichen Invasoren“ zu bekämpfen, die die „Interessen der Muslime gefährden“. Die Muslime müssen Forqani zufolge die „muslimischen Gebiete“ verteidigen.

**Ein präventiver Erstschlag gegen Israel:** Der dritte schiitische Imam Ali habe angeordnet, wenn „ein kriegerischer Angriff des Feindes bevorsteht und es sicher ist, dass der Feind angreift, dann muss der Feind angegriffen werden“. Forqani verbrämt mit religiöser Argumentation einen Präventivkrieg gegen Israel. Ein solcher Schlag gegen Israel, so hebt er hervor, sei als ein „Verteidigungskrieg“ zu betrachten. Ein solcher Angriff sei eine „Wajeb ayni“, d.h. eine „objektive Pflicht.“ Alle Muslime seien verpflichtet, an einem solchen Krieg teilzunehmen.

Er zitiert Ayatollah Khomeini, der in diesem Zusammenhang schrieb: „Wenn die Feinde die muslimischen Städte und Grenzen angreifen, sind alle Muslime verpflichtet, alle Mittel, ihr Leben und Hab und Gut, einzusetzen. Um diesen Akt zu vollziehen ist die Erlaubnis des Rechtsgebers nicht notwendig.“

**Die Staaten der Ungläubigen:** Forqani hebt hervor, dass im Islam die Staaten nicht nach politischen Einheiten voneinander differenziert werden, vielmehr gebe es nur „muslimische Staaten und Staaten von Ungläubigen“. Er schreibt: „Alle Muslime und die muslimischen Länder stellen eine Einheit dar. Daher ist die Verteidigung der territorialen Ganzheit der Muslime eine Pflicht aller Muslime der Welt. Jeder Angriff auf ein Gebiet eines muslimischen Volkes ist als ein Angriff auf alle Muslime zu betrachten.“ Daher müssen Alireza Forqani zufolge alle Muslime an diesem „Verteidigungsjihad“ teilnehmen.

**Wenn ein Angriffskrieg zum Akt der Verteidigung verdreht wird:** Unter dem Abschnitt „Widerstand gegen die israelische Eroberung der palästinensischen Gebiete“ leugnet Forqani das Existenzrecht Israels und bezeichnet es als ein „künstliches Regime“. Israel sei ein „Krebsgeschwür“, das die Besetzung von weiteren islamischen Regionen plane.

Er betont immer wieder, dass ein militärischer Angriff gegen Israel lediglich der „Verteidigung der palästinensischen Muslime“ und der Vermeidung der Schäden, die eine Expansion Israels anrichten könnte, diene. Forqani meint, dass ein militärischer Angriff auf Israel eine „objektive Pflicht“ sei, weil das „künstliche zionistische Regime expansiv ist und auf jeden Fall den Muslimen der Welt schadet“.

**Die militärische Taktik eines Erstschlages:** Forqani geht zudem auf die „taktische Dimension eines militärischen Angriffs auf Israel“ ein. Israel sei für einen Angriff auf den Iran auf die Unterstützung der „USA und des Westens“ angewiesen. Der Iran



müsse den Staat Israel jetzt angreifen, denn gegenwärtig seien der Westen und die USA isoliert, weil die "arabische Welt erwacht" sei. Ein Angriff auf Israel müsse noch vor 2014, also in der Regierungszeit von Ahmadinejad, erfolgen.

Forqani schreibt, dass Israel sich in einer Reichweite von 2600 Kilometern befinde. Der Iran müsse seine Langstreckenraketen einsetzen. Es klingt nicht nur abenteuerlich, sondern auch erschreckend, wenn Forqani die Vernichtung der Israelis fordert. Er schlägt vor, dass der Iran mit Schahab 3- und Qadr-Raketen Tel Aviv, Jerusalem und Haifa angreifen müsse, um dann mit anderen Raketen wie Sejil die israelische Infrastruktur zu zerstören. Unter Infrastruktur versteht Forqani explizit das Eisenbahnnetz, die Flughäfen und die Atomanlagen Israels. Der Iran sei schon seit zehn Jahren militärisch in der Lage, diese Ziele zu vernichten. Das allererste Ziel müsse die israelische Atomanlage Dimona sein.

Forqani meint, dass der Iran auch die israelischen Schiffe und U-Boote gleichzeitig angreifen müsse. Diese Angriffe sollen von iranischen Schiffen, von Spezialeinheiten, die weltweit agieren sollen, gestartet werden. Iranische Schiffe und U-Boote sollen gleichzeitig ferngelenkte Minen in den Gewässern legen, in denen die israelische Marine unterwegs ist. Das iranische Militär habe sich längst entschieden, sich auf die Massenproduktion von Mittel- und Langstreckenraketen zu konzentrieren. Diese Raketen seien in der Lage Israel, das "Krebsgeschwür vollständig zu zerstören".

**Das Nachrichtenportal *Alef.ir*:** Welche politischen Kräfte unterstützen aber die Ansichten von Forqani? Immerhin hat Forqani seinen Artikel nicht nur auf seinem Weblog, sondern auch auf *Alef.ir* veröffentlicht. Ahmad Tawakoli gründete das Nachrichtenportal *Alef.ir* im September 2006. Tawakoli hat in Großbritannien in Volkswirtschaft promoviert. Er war zunächst Direktor von *Alef.ir*. Er ist gegenwärtig Mitglied des islamistischen Pseudo-Parlaments, des Majless. Er ist ein Cousin von Ali Larijani, gegenwärtig Vorsitzender des Majless.

Tawakoli ist berühmt dafür, dass er sich stets für die Durchsetzung der Sharia wie das Amputieren von Körperteilen eingesetzt hat. Er gehörte zum Kabinett des früheren Ministerpräsidenten Amir Hussein Moussawi, der gegenwärtig als islamistischer Rivale von Ahmadinejad in Haft ist. Vor *Alef.ir* gründete Tawakoli die Zeitung *Resalat*. Vor der ersten Wahl von Ahmadinejad gehörte Tawakoli zu dessen Verteidigern. Inzwischen ist er ein Kritiker sowohl der sogenannten Grünen Bewegung als auch der Wirtschaftspolitik von Ahmadinejad. Er zählt zu den Prinzipialisten im Spektrum der islamistischen Totalitaristen.

Derzeit ist Seyyed Amir Sayyah der Chefredakteur von *Alef.ir*. Er ist ebenfalls promovierter Ökonom und Experte der wissenschaftlichen Abteilung des iranischen Majless. Er gehört wie Tawakoli zu den Kritikern der Wirtschaftspolitik von Ahmadinejad.

### **Die Leserkommentare:**



Ein Leser schreibt: "Tod Israel. Wir sind bereit, den Märtyrertod zu sterben. Wir zählen die Sekunden bis der letzte Krieg gegen Israel beginnt. Habt keine Angst. Gott ist mit uns und er wird jeden Israeli einzeln zerstückeln."

Sakine: "Wir werden bis zum letzten Blutstropfen kämpfen."

Sima: "Um ein paar Tage länger am Leben zu bleiben und um ein paar Kilogramm mehr Fleisch zu essen, werden wir nicht nachgeben. Die Welt muss wissen, dass wir Anhänger von Imam Hussein sind."

Sahar: "Bis zum letzten Atemzug werden wir den Islam und den Iran verteidigen."

Einer Leser schreibt unter Pseudonym Imam Khomeini: „Khomeini sagte: Wenn jeder Muslim einen Eimer voll Wasser auf Israel gießt, wird es überschwemmt.“

Ahmad: "Oh Gott, beschütze uns vor unseren einheimischen Don Quichottes."

Sadegh: "Die englische Übersetzung und der Artikel kann nicht von einer Einzelperson geschrieben worden sein. Suspekte Hände sind im Spiel, die es ihnen zeigen wollen. Solche Beiträge schaden unseren nationalen Interessen."

Mostafa fordert von der Redaktion, dass die Leser von *Alef.ir* über folgende Fragen abstimmen sollten: „Sind sie für die Vernichtung Israels? Sind Sie der Meinung, dass Israel untergehen wird und wir nur helfen müssen, diesen Untergang zu beschleunigen, ohne einen militärischen Angriff? Sind Sie dafür, dass man Israel als UN-Staat anerkennt und die arabischen Staaten isoliert? Sind Sie der Meinung, dass man die Entscheidung der palästinensischen Regierung respektieren sollte?“

Mohammad Hussein: „Die Reichen kritisieren bestimmt den Artikel, die Armen aber verteidigen immer ihre Heimat.“

Hamed Amelnik: "Unsere menschliche Pflicht ist es, Schritte zur Vernichtung Israels zu unternehmen."

Hakim: "Israel wird wie die Sowjetunion untergehen. Was den Wind gebracht hat, wird der Wind auch wieder mitnehmen. Der Tag wird kommen, an dem Amerika und Europa gar keine Gelegenheit haben werden Israel zu verteidigen. Dieses System wird von innen zerstört werden. Wir brauchen keine Raketen dafür."

Hamid: „*Alef.ir* ist gezwungen worden, einen solchen Artikel zu veröffentlichen.“

Anonym: "Bruder Forqani, ich habe einen super Plan für dich. Du kannst doch so tolle mutige Artikel schreiben. Binde dir einige Granaten um deinen Gürtel, stehe auf und gehe nach Israel und töte sie alle. Man muss solche Leute wie dich, die an Völkermord glauben, Verderber auf Erden nennen. Überall sonst in dieser Welt würdest du für diesen Artikel in den Knast gehen."



Anonym: „Gott hat gesagt, dass eine Stunde Nachdenken besser ist als 70 Stunden Gebet.“

Ansari: “Imam Khomeini hat gesagt, wenn wir einen Schritt zurückschreiten, werden sie 100 Schritte vorwärts gehen. Wir dürfen keine Angst vor ihnen haben.”

Anonym: “Ihr habt den Text sogar auf Englisch übersetzt. Das ist genau das, was die Kriegstreiber in Amerika und in Israel wollen.”

Früherer Antiamerikaner: “Nach dem Lesen dieses Artikels bin ich zu der Überzeugung gekommen, dass Amerika und Israel recht haben, wenn sie sagen, dass Iran nicht ein Atomstaat werden darf. Herr Forqani, wenn Sie das bezweckt haben, waren Sie richtig erfolgreich.”

Schaki: “Besser kann man den Israelis nicht dienen. Morgen kannst du auch in *Haaretz* schreiben, dass die israelische Bevölkerung sterben muss.”

Anonym: “Warum sind unsere Ingenieure so faul? Wir müssen noch in der Friedenszeit viel mehr Raketen bauen.”

Anonym: “Ich meine, dass wir direkt Amerika und Europa angreifen sollten. In 90 Minuten sollten wir sie dann vernichten. Und dann werden wir eine Supermacht. Bruder, wo bist du denn? Das ist doch nicht zu machen. Wir können uns doch nicht in die Katastrophe stürzen, die nur Millionen Menschen vernichten wird.”

Amin: “Wir werden noch vor dem Krieg unter Druck von Inflation, Arbeitslosigkeit und Einsamkeit sterben. Lass uns lieber im Jihad sterben.”

Anonym: “Iran hegt überhaupt keine Feindschaft gegenüber dem jüdischen Volk. Iran will mit ihnen friedlich zusammenleben, wie mit anderen Völkern dieser Welt. Falls Israel Gebiete besetzt hält, dann muss die Besetzung aufhören. Aber wir können doch keinen Völkermord am jüdischen Volk begehen. Die Iraner waren in ihrer gesamten Geschichte nicht blutrünstig. Wir waren immer die Opfer.”

Anonym: “Israel kann man nicht zerstören. Denn erstens wird es vom Westen verteidigt. Zweitens hat es 400 Atombomben. Auch wenn wir 200 Stück von ihren Atombomben zerstören sollten, haben sie noch 200 Atombomben.”

Anonym: “Dieser Artikel ist wirklich von einem sehr hohen wissenschaftlichen Wert. Aber ich habe einige Fragen an den Autor. Was haben Sie gemacht, als Sie den Artikel schrieben? Ihnen geht wohl zu gut.”

Mariam: “Es tut mir sehr leid, dass Sie diesen Blödsinn veröffentlicht haben. Das sind nur Parolen. Dieser Mensch weiß nicht, was ein Krieg bedeutet. Er vernichtet Israel in neun Minuten, wahrscheinlich Amerika in 18 Minuten und in 30 Minuten zerstört er dann die Welt der Ungläubigen, die aus drei Vierteln der Erdbevölkerung besteht.



Gott möge das iranische Volk schützen, dass solche Gedanken nicht in die Köpfe unserer verantwortlichen Politiker und der Regierung geraten. Das Ergebnis eines solchen Denkens ist die Vernichtung des Iran.“

Anonym: “Kennt der Autor sich überhaupt wirklich mit dem islamischen Recht aus? Freunde, wenn es eines Tages kein Israel geben sollte, was soll dann der iranische Geheimdienst der Protestbewegung gegen die Wahlen vorwerfen? Aber ohne Witz, was für Pläne haben wir für unsere Kinder und die kommenden Generationen, die angeblich von Israel verhindert werden, so dass wir Israel zerstören müssen? Israel liefert unseren Beamten die größte Hilfe. Und Sie helfen auch Israel, indem Sie die Kriegstrommel schlagen. Warum erniedrigt ihr unsere Bevölkerung, als ob wir alle dumm wären. Was denkt ihr, wie viel Prozent unserer Bevölkerung für die Vernichtung Israels sind? Wenn ihr mutig seid, macht ein Referendum und befragt unsere Bevölkerung. Ich nehme an, dass der Autor Phantasien entwickelt hat nachdem er eine x-Pille genommen hat.”

Anonym: “Wir können noch nicht mal unsere untergehenden Fischerboote retten.”

Anonym: “Welcher kluger Kriegstreiber legt seine Strategien offen auf den Tisch?”

Mehdi: “Dieser Artikel ist nur eine Warnung. Warum müssen wir immer nur von den anderen bedroht werden?”

Anonym: “Löscht den Artikel schnell von eurer Website, sonst wird der Feind ihn missbrauchen.”

Anonym: “Niemand konnte den Israelis besser dienen als du. Wenn du Geld bekommen hast, bist du wohl ein Spion. Ansonsten bist du ein unbezahlter Diener des Mossad.”

Anonym: “Geh doch nach Israel und vernichte dich. Wir werden dich bejubeln.”

Anonym: “Ach, wie sehr liebe ich die westlichen Demokratien, die ihre eigenen Interessen kennen.”

Anonym: “Herr Forqani. Wir wissen, dass du Englisch kannst. Aber um Englisch zu üben, brauchst du solche Artikel nicht mehr zu übersetzen.”

Anonym: „Nur nach der Vernichtung Israels ist ein Frieden möglich. Außerdem ist Israel auch eine Belastung für die USA.“

Said: “Wir Iraner sind friedlich. Was haben wir eigentlich für ein Problem mit den Israelis?”

Salar: “Das soll wohl eure psychologische Kriegsführung sein?”



Sara: "Wir sind eine zerstörte Generation. Wir sind Kinder von Kanonen und Panzern. Wir sind Kinder von roten Sirenen, wir sind Kinder von Granaten. Wie teuer ist eigentlich ein Kilogramm von uns? Wir waren damals im Krieg ihre Spielzeuge. Jetzt sind wir auch ihre Spielzeuge. Damals hatten wir Angst und versteckten uns hinter unseren Müttern, heute müssen wir unsere Kinder in den Arm nehmen, damit wir gemeinsam pulverisiert werden.... Zerstört Israel und die israelische Bevölkerung..... Bringt religiöse Gründe dafür..... Diskutiert.... Erzeugt Angst.... Wie teuer ist ein Kilogramm Mensch?"

Nasser: "Man kann religiöse Gründe für die Zerstörung des iranischen Volkes vorbringen."

Nasser: "Die Antwort auf einen solchen Schritt wird die Vernichtung der Teheraner Bevölkerung sein."

Anonym: "Wie alt warst du im Krieg?"

Anonym: "Bruder, gehe alleine in den Jihad und schicke uns bitte nicht in den Krieg."

Muslim: "Die Israelis sind Tiere. Der Tod ist das Geringste, was sie verdient haben."

Anonym: "Du Verrückter, lass uns in Ruhe. Wir müssen jetzt aufpassen, dass der Wind unseren Hut nicht wegfegt. Lass solche klugen Pläne für später."

Iraner: "Onkelchen, geh nach Hause. Gott möge dich heilen. Du weißt gar nicht, in welcher Lage wir uns gerade befinden."

Abbas: "Wenn wir ohne Atombomben in neun Minuten Israel vernichten können, dann können die Israelis alle unserer Städte in neun Sekunden zerstören. Die Schuld an Millionen Toten würden Sie dann tragen, Herr Schriftsteller."

Anonym: "Ich will Krieg, genau wie in der Zeit als ich ein Kind war, Krieeeeeeegggg."

Anonym: "Amerika wird den Sumpf des Nahen Ostens nicht verlassen."

Qafel: "Amerika hat mehrfach erklärt, Israel zu verteidigen. Herr Forqani, Sie haben nicht daran gedacht, wie Sie auf den Angriff der USA antworten werden."

Parham: "Die Araber werden im Falle eines Krieges schweigen, wenn sie stillschweigend nicht den Israelis helfen."

Hakim: "Es gibt auch Juden im Iran. Niemand schmeißt Bomben auf Juden. Wenn alle islamischen Länder sich einigen, kann man ganz einfach Israel zerstören. Vielleicht kommt es dann noch nicht einmal zum Krieg. Die Europäer und die Amerikaner werden schließlich den Zionisten auch nicht helfen. Die Zionisten werden dann fliehen."



Anonym: „Was hat der Dialog unter Khatami und das Moratorium der Urananreicherung gebracht? Wenn nicht gehandelt wird, werden die zionistischen Hunde die iranischen Muslime vergewaltigen.“

### **Hamas weiterhin im Boot mit Iran und Syrien<sup>34</sup>**

Es gibt einen Machtkampf zwischen Khaled Mashaal und Ismail Haniya, zwei Führern der Hamas. Khaled Mashaal hatte sich Anfang Dezember 2011 entschieden Syrien zu verlassen und das Politbüro in Damaskus teilweise aufzulösen. Dies wurde von einigen Experten als ein Bruch mit dem Assad-Regime und Iran gewertet. Aber Ismail Haniya hat den Machtkampf gegen Khaled Mashaal gewonnen und hat sich für den Iran entschieden. Das Hamas-Politbüro in Syrien wird daher aufrechterhalten.

Zwar hatte Mashaal nie dem Terrorismus abgeschworen, aber inzwischen ist es eindeutig: Hamas setzt ihre Strategie des Terrors gemeinsam und mit Hilfe des Iran fort. Auch wenn die Finanzstärke des Iran bei Hilfsleistungen für Hamas nachgelassen hat, geben die iranischen Machthaber Millionen für den Terrorismus aus, um die islamische Revolution zu exportieren.

**Hamas zwischen Mashaal und Haniya:** Die Hamas ist der palästinensische Zweig der ägyptischen Muslimbruderschaft. Die wichtigsten drei Führungspersonlichkeiten der Hamas sind gegenwärtig Khaled Mashaal (Bisher Leiter des Politbüros), Ahmad Al-Jabari (Oberbefehlshaber des militärischen Flügels der terroristischen Organisation der Iz-al-Din-al Qassem Brigaden) und Ismail Haniya (Ministerpräsident). Über den politischen Persönlichkeiten steht ein Organ, das sich „Schura“ nennt. Die islamistischen Politiker der Hamas müssen ihre individuellen Entscheidungen dort absegnen lassen. Mashaal hatte seine Entscheidungen Syrien zu verlassen und sich in Doha mit Mahmoud Abbas zu treffen angeblich nicht von der „Schura“ absegnen lassen.

**Mashaal verlässt Syrien:** Unter Druck der syrischen Muslimbrüder und des Aufstandes der Bevölkerung, aber auch aus Angst vor einem Sturz der Assad-Regierung entschied Mashaal Anfang Dezember 2011 sein Büro in Damaskus zu evakuieren. Immerhin hatte der in Qatar lebende und einflussreiche Ideologe der Muslimbruderschaft Scheich Yusuf al-Qaradawi schon im März 2011 zu einer islamischen Revolution gegen das Assad-Regime aufgerufen.

Das Dilemma von Khaled Mashaal war perfekt. Einerseits hatte sich die syrische Regierung des Diktators Assad als Unterstützer des Terrorismus bewährt, denn über Damaskus konnte beispielsweise iranische Finanz- und Militärhilfe auf einem

---

<sup>34</sup> <http://europeandemocracy.eu/wp-content/uploads/wp-post-to-pdf-enhanced-cache/1/hamas-maintains-relations-with-iran-and-syria.pdf>, 15.02 2012





sicheren Weg an palästinensische Terrororganisationen fließen. Andererseits ist die syrische Bevölkerung gegen das Regime aufgestanden und unter ihnen sind nicht nur Demokraten, sondern auch Islamisten, die eine islamistische Form der Diktatur errichten wollen.

Mashaal ging einen anderen Weg als Haniya und setzte auf eine „nationale Versöhnung“ mit Präsident Abbas. Mashaal unterzeichnete am 6. Februar 2012 eine Kompromissvereinbarung, wonach Präsident Mahmoud Abbas Ministerpräsident einer gemeinsamen Übergangsregierung der Organisationen Hamas und Fatah werden soll. Mashaal besuchte dann auch den jordanischen König. Sicher ist, dass Mashaal deswegen nicht dem Terrorismus abgeschworen hat. Er hatte über die Jahre in Syrien gerne die finanzielle Hilfe aus dem Iran akzeptiert, wollte aber offenbar unabhängig vom Iran bleiben.

Mashaal ist aber deswegen nicht für einen Erfolg des Friedensprozesses mit Israel. Er will die politische Verhandlungsmacht der Palästinenser stärken ohne gleichzeitig dem Terrorismus abzuschwören. Er respektierte den Präsidenten der Fatah-Fraktion Mahmoud Abbas als vorläufigen Präsidenten seiner Regierung, weil er davon ausging, dass er durch eine solche Einheit Israel besser bekämpfen könne.

Einige Nahost-Experten machten sich Hoffnungen, dass sich die Hamas, wegen der Politik Mashaals ändern könnte und ahnten nicht, dass Mashaal inzwischen gar nicht mehr für die anstehenden Wahlen für die Entscheidung einer zukünftigen Führung der Hamas zur Verfügung steht. Wer wahrscheinlich die Geschichte der Hamas bestimmen wird, sind u.a. Ismail Haniya und Jabbari.

**Haniyas Reisen:** Ismail Haniya reiste im Dezember 2011 nach 4,5 Jahren aus Gaza heraus und besuchte die Türkei, den Sudan, Tunesien und Ägypten. Es zeichnete sich aber sehr schnell ab, dass Haniya seine antisemitische Vernichtungsideologie gegenüber Israel nicht aufgeben will.

In seinem Treffen mit dem ägyptischen Muslimbruder Mohammad Badii hob er hervor, dass Hamas niemals die territoriale Souveränität Israels anerkennen werde. Er erklärte in Ägypten, dass er persönlich bereit sei im Kampf gegen Israel zu sterben. Im Sudan traf Haniya den Präsidenten Omar al-Baschir. Dort betonte er, dass er keinen Zentimeter palästinensischen Bodens aufgeben werde.

In der Türkei traf er sich mit dem Premierminister Tayyip Erdogan und mit Vertretern der islamistischen Organisation IHH, die in Deutschland verboten ist. Haniya wünschte der Hamas und der Türkei in seinem „Gebet“, das auch in Youtube bewundert werden kann, ein Islamisches Kalifat. Er forderte unter seinen türkischen Freunden nicht nur ein osmanisches Reich, sondern auch die „Befreiung“ Jerusalems aus den Händen der „Unterdrücker.“



Und in Tunesien traf sich Haniya mit Rashid al-Ghanouchi, Vorsitzender der al-Nahda-Bewegung. Haniya sprach sich in Tunesien für ein Groß-Palästina vom „Jordanfluss bis zum Mittelmeer“ aus. Haniyas Hauptziel bei seinen Reisen war laut eigener Bekundungen Unterstützung für Gaza zu bekommen.

**Haniya in Teheran: „Die Waffe ist die einzige Antwort“:** Die Hamas-Anhänger gehören dem sunnitischen Islam an. Haniya setzt aber nicht auf religiöse Credos, sondern auf politische Formeln. Wie die iranischen Machthaber, die auf panislamistische Losungen setzen, sucht sich Haniya seine Kooperationspartner nach dem Schema, wer der Feind meines Feindes ist, ist mein Freund. Kein Wunder, dass er als Sunnit von iranischen Machthabern zum 33. Tag der islamischen Revolution in Teheran hofiert wurde.

In Teheran traf der Stargast Haniya u.a. Ali Khamenei, Präsident Mahmoud Ahmadinejad, Außenminister Ali Akbar Salehi und Vorsitzender des Obersten nationalen Sicherheitsrates Said Jalili.

Ali Khamenei empfahl Haniya: „Man muss aufpassen, dass die versöhnlerischen Elemente den Körper des Widerstandes nicht befallen, denn dies könnte eine langsam wachsende Krankheit verursachen.“ Bei seinem Treffen mit dem iranischen Präsident Ahmadinejad sagte Haniya: „Palästina leistet stellvertretend für die ganze Welt Widerstand gegen das zionistische Regime.“

Bei seinem Treffen mit Haniya sagte der iranische Außenminister Ali Akbar Salehi, dass der „Schlüssel des Sieges gegen das zionistische Regime“ die Einheit der palästinensischen Gruppierungen sei. Haniya enttäuschte die iranischen Machthaber nicht, wenn er beispielsweise sagte, dass die Hamas „nicht den Weg der gestürzten prowestlichen Regierungen“ gehen werde. Die Hamas werde nie eine „versöhnlerische Politik“ gegenüber Israel annehmen.

In Teheran sagte Haniya: „Vom Sieg der Islamischen Revolution des Iran über den Widerstand Palästinas bis zum Frühling der arabischen Staaten hört man überall eine Botschaft, die betont, dass der Islam seine Türen für alle Kinder der islamischen Ummat geöffnet hat, damit sie auf der Grundlage des Islam ihrer Bewegung zum Sieg verhelfen.“

Haniya sagte: „Nur der Widerstand, der Jihad und der Kampf stellen die strategische Wahl der islamischen Ummat dar und der einzige Weg ist die Befreiung Jerusalems und der Al-Aqsa-Moschee.“ Haniya sagte ferner: „Wir werden gegen alle Einmischungsversuche der Fremden in die Angelegenheiten der arabischen und der islamischen Welt Widerstand leisten und werden permanent die islamische Einheit fordern.“



Haniya hob in Teheran hervor, dass die Hamas bestrebt sei den „Gang der arabischen Revolution in ihre Hauptrichtung zu bringen. Wir müssen diese Revolutionen von zwei Problemen befreien. Wir dürfen nicht erlauben, dass der Westen und Israel diese Revolutionen neutralisieren. Und wir dürfen nicht erlauben, dass das islamische Erwachen ein Problem für die islamischen Länder selbst wird“ sagte Haniya.

Das Ziel müsse sein die islamische Welt gegen Israel zu einigen, so Haniya und er sagte weiterhin: „Die Ursache für alle existierenden Probleme ist die Existenz des zionistischen Regimes auf dem Gebiet Palästinas. Das Problem ist dieses Regime, dieses Krebsgeschwür, das nicht nur das Gebiet Palästinas besetzt hält, sondern sein Gebiet bis zum Euphrat erweitern will.“

Dann fügte Haniya hinzu: „Es dürfen keine Gespräche mit Israel stattfinden. In Wirklichkeit ist die Waffe die einzige Antwort auf das zionistische Regime. Wir sind in unserer Geschichte zu dem Ergebnis gekommen, dass nur der Weg des Kampfes und des bewaffneten Widerstandes zum Ziel führen kann.“ Haniya betonte, dass die „zionistischen Besatzer keine Zukunft auf dem Gebiet Palästinas haben.“ Er beteuerte zudem, dass Hamas „niemals das Existenzrecht Israels anerkennen werde.“

Ismail Al-Ashqar, führendes Mitglied der Hamas, verteidigte den Besuch von Haniya mit folgenden Worten: „Der Iran unterstützt den Widerstand und gehört zu den Freunden des palästinensischen Volkes.“ Der Iran habe die palästinensische Front gegen das „zionistische Regime gestärkt.“

Auch ein Vertreter der palästinensischen Organisation „Al-Saiqa“ verteidigte den Besuch von Haniya in den Iran. „Al-Saeghe“ ist eine prosyrische palästinensische Organisation, die der semifaschistischen Baath-Partei nahesteht. Er hob hervor, dass das Ziel der westlichen Regierungen gegen den Iran und gegen Syrien darin bestehe den „Widerstand in Gaza“ zu brechen.

**Haniya auf Khomeini-Kurs:** Haniya ist ideologisch auf Khomeini-Kurs, auch als Sunnit. Er hob mehrfach hervor, dass Ayatollah Khomeini den Quds-Tag gegründet habe, um Jerusalem zu befreien. Mit panislamistischem Vokabular spricht Haniya von der „islamischen Ummat“ und von einer „letzten Schlacht“, die geschlagen werden müsse. Wie *Farsnews* berichtete, sagte er: „Wir müssen das Potential der islamischen Ummat für die ultimative Schlacht gegen den Feind zur Befreiung Jerusalems und der Aqsa-Moschee nutzen. Wir müssen untereinander die religiösen Unterschiede im Gespräch lösen.“

**Die Vereinbarungen in Doha haben nichts mit den Oslo-Verträgen zu tun:** Auf dem Höhepunkt seiner Macht spricht sich Haniya diplomatisch noch nicht einmal gegen die Vereinbarung aus, die Mashaal und Abbas in Doha getroffen haben, um eine provisorische Regierung zu bilden. In zwei bis drei Monaten würden dann



Wahlen stattfinden. Die Fatah beschreibe einen anderen Weg als die Hamas, so Haniya. Aber es gehe um die „nationale Einheit“ der Palästinenser. Er hob auch hervor, dass die Vereinbarungen von Doha „das Recht auf Widerstand nicht einschränken“ würden. Die Vereinbarung von Doha habe auch nichts mit den Oslo-Verträgen zu tun. Die Vereinbarung zwischen Abbas und Mashaal gehe auf die gesamtpalästinensischen Vereinbarungen zurück, die im letzten Jahr in Kairo unternommen worden seien. Das Ziel sei die Bildung einer palästinensischen Regierung, der Wiederaufbau der palästinensischen Sicherheitsapparate, der Wiederaufbau der PLO, die nationale Versöhnung und die Organisation von Parlamentswahlen.

Haniya gab am 13. Februar auch bekannt, dass das Hamas-Politbüro in Syrien bleibe. Die Beziehungen mit dem Iran seien keineswegs getrübt.

Kein Wunder: Nach der katastrophalen russischen und chinesischen Entscheidung den Diktator Assad zu stützen, braucht die Hamas keine Angst zu haben, dass die syrische Diktatur instabil wird. Hamas hat sich für den proiranischen Kurs entschieden. Sie ist weiterhin eine islamistisch-totalitäre Bewegung, die auf Terrorismus und Diktaturen setzt.

### **Eine antisemitische Konferenz<sup>35</sup>**

Am 2. Februar 2012 fand in Teheran die zweite „Konferenz über Hollywoodismus und Kino“ statt. Diese Konferenz war ein Teil des „Internationalen Fajr Festivals.“ An der Konferenz nahmen 48 Akademiker aus den USA, GB, Frankreich, Kanada, Belgien, Griechenland, Spanien, Tunesien, Italien, Ägypten, Russland, Libanon, Azarbaijan und den palästinensischen Gebieten teil.

Mohammad Khazali, Direktor des „Internationalen Fajr Festivals“ sagte, dass „Hollywood heute nicht nur ein Instrument der Unterhaltung oder der Propaganda, sondern ein aktives Instrument der militärischen Industrie der USA und Israels sei.“ Hollywood propagiere die Macht des Zionismus.

Auch der iranische Minister für Kultur und islamische Führung Dr. Mohammad Hussein nahm an dieser Hass-Konferenz teil. Er sagte, dass „hinter der schönen Maske des Hollywood-Kinos die Philosophie des Kapitalismus steckt.“

Ein anderer iranischer Redner meinte, dass Hollywood die Traditionen der Gesellschaft zerstöre. Das Kino müsse das „islamische Erwachen“ behandeln.

---

<sup>35</sup> <http://europeandemocracy.eu/2012/03/iran-an-anti-semitic-conference-aimed-at-hollywood/> , 1.3.2012



**Ahmadinejad eröffnet die Konferenz:** Kein Geringerer als der iranische Präsident Ahmadinejad eröffnete und leitete die Konferenz. Er sprach von der „Verantwortung des Künstlers“ und definierte sogar was Kunst sein müsse: „Kunst muss den Menschen erkennen.“ Der iranische Präsident philosophierte, dass „die Herrschenden bestimmen würden, was der Mensch und die Kunst“ bedeuten müssen. Ahmadinejad zählt sich nicht zu ihnen und meint, dass die Perspektive der Herrschaft davon ausginge, dass der „Mensch geschaffen worden sei, um aus allem Profit zu ziehen, den Maximalprofit.“ In seiner Kritik gegen Hollywood gebiert sich der iranische Präsident als ein Vertreter des islamistischen Pauperismus, der die Armen und ihre Armut verteidigt.

Wie erwartet, verbrämte Ahmadinejad die antisemitische Konferenz mit religiösen und antikapitalistischen Sprüchen: „Gott hat das ganze Leben für den Menschen geschaffen. Gott hat den Menschen mit Fähigkeiten ausgestattet, so dass dieser Gott widerspiegeln.“ Die Kriege seien in der Welt zustande gekommen, weil es den Blick der Herrschenden gäbe, der auf Profitsucht ausgerichtet sei.

Daraufhin steigert sich der iranische Präsident indem er sagt, dass dieser herrschende Blick im Marxismus und im Liberalismus zu finden sei. Denn weder die Marxisten noch die Liberalen würden menschliche Werte kennen. Die Marxisten würden die Schuld an 20 Millionen Tote tragen und die Liberalen die Schuld an 70 Millionen Toten infolge von Kriegen. Diese zwei Sichtweisen, der Liberalen und der Marxisten, würden sich auch im Film widerspiegeln.

**Ahmadinejads Messianismus gegen Hollywood:** Ahmadinejad versprach dann, dass der „gerechte Herrscher kommen wird, der die Welt gerecht regieren wird. Jemand der eine neue Weltordnung mit sich bringen wird. Denn die Welt braucht eine neue Weltordnung.“ Ahmadinejad bezog sich auf den antisemitischen Ayatollah Khomeini, der gesagt habe, dass „wir alle Menschen lieben.“ Khomeini habe gesagt: „Wir werden überall auf der Welt allen unterdrückten Menschen helfen sich zu befreien. Aber der Westen führt seit Jahren mit all seiner Kraft gegen uns Krieg.“

Ahmadinejad fuhr fort, dass in Hollywood nur „Egoisten“ am Ruder seien. Die „Völker der Welt haben keine Probleme miteinander, nur ihre Herrscher sind sich untereinander nicht einig“, so Ahmadinejad. Er sagte, dass diese Konferenz dazu diene, dass „die Völker der Welt sich die Hände reichen, um die Wahrheit zu erkennen und in Richtung Gerechtigkeit und Liebe zu marschieren.“

**Die Gäste Ahmadinejads:** Golamreza Montazemi, einer der Organisatoren der „Konferenz über Hollywoodismus und Kino“ sagte, dass die iranischen Intellektuellen „die neuen Bewegungen im Westen“ kennenlernen müssen und sprach damit die anwesenden antisemitischen Gäste wie den Holocaustleugner Robert Faurisson an.

Faurisson sagte: „Sie sagen, dass sechs Millionen Menschen im Holocaust ermordet worden seien. Woher haben sie diese Zahl? Sie haben diese Zahl, die unmöglich ist,



von den Toten in den Jahren 1910, 1920 und 1930. D.h. sie rechnen die Zahlen, die sich auf den Zeitraum von vor dem zweiten Weltkrieg beziehen, mit ein.“ Man habe im Nürnberger Prozess wichtige Zeugen nicht vorgeladen, die das Gegenteil beweisen könnten. Faurisson fuhr fort: „Die größte Errungenschaft von Hollywood war die Erfindung des Holocaust“. Es handele sich dabei um eine große „amerikanische Lüge und ein großes Geschäft für die Zionisten und für Hollywood.“ Daher sei die Politik von Hollywood beschämend.

Solche Aussagen sind für Herrn Ahmadinejad offenbar Aussagen, die der Völkerfreundschaft dienen und Gerechtigkeit bedeuten.

Marie Bruchet, eine Mitarbeiterin des Revisionisten und Holocaustleugners Vincent Reynouard sagte: „Hollywood versucht alles negativ zu zeigen. Dieses Hollywoodkino will die Köpfe der Menschen waschen.“ Sie will gemeinsam mit dem iranischen Präsidenten die Zionisten entlarven.

Der US-amerikanische Antizionist Webster Tarpley verglich die „Verbrechen von Netanyahu“ mit den Verbrechen von Hitler und meinte, dass Netanjahu natürlich schlimmer sei.

Auch der italienische Professor Claudio Moffa war in den Iran gereist, um auf dieser antisemitischen Konferenz zu sprechen. Er sagte: „Die Beziehung zwischen dem Nahen Osten und dem Holocaust ist sehr wichtig. Ich habe den Massenmord nicht geleugnet und leugne ihn auch nicht. Aber nicht alles, was über den Holocaust geschrieben worden ist, ist wahr. Die Zahl von 6 Millionen ist eine Übertreibung. Sie haben wegen dieser falschen Zahl Reparationszahlungen von Deutschland gefordert.“ Moffa meinte, dass in Italien oft die Frage aufgeworfen worden sei, warum er frei an der Universität unterrichten könne, aber Faurisson nicht.

Man ließ auch den ultrafundamentalistischen antiisraelischen jüdischen Rabbiner Arnold Leon Cohen auf der Konferenz auftreten, der zwischen „Juden und Zionisten“ unterscheidet. Er sagte, dass „Hollywood nur die Zionisten darstellen wolle.“ Sie würden sogar behaupten, dass „Antizionismus mit Antijudaismus“ gleichzusetzen seien. Cohen bestand darauf, dass „nicht alle Juden Zionisten“ seien.

Eingeladen waren Antisemiten wie Robert Faurisson, Vincent Reynouard, Arnold Leon, Marie Bruchet, Maria Pumié, Eric Blanrue, Beatrice Pignede und der französische Komiker Dieudonné M'bala M'bala.

In einer Erklärung haben die Teilnehmer der Konferenz tatsächlich behauptet, dass Hollywood die „moralischen Werte“ der Menschen zerstöre und die „Konsumindustrie“ darstelle. Iran habe aber das „Potential das Produktionszentrum von siegreichen antizionistischen Werken für alle freiheitsliebenden Regisseure und Schauspieler der Welt zu werden.“ Die iranische Regierung könne diese Kräfte



zusammenbringen, damit „bessere Filme gedreht werden, die der Menschlichkeit dienen.“

Ein Blick auf den neuesten Bericht von Amnesty International über den Anstieg der Hinrichtungen im Iran macht die Absurdität der unheiligen Allianz von Rechtsradikalen und den islamistischen Machthabern im Iran deutlich.

### **Will der globale Marsch nach Jerusalem „Märtyrer“ schaffen?<sup>36</sup>**

„Ich hoffe, dass dieser Marsch eine Bewegung schafft, die das zionistische Regime stürzt.“ Dieser Satz stammt von Hussein Scheich ul-Islam. Er ist der Direktor der iranischen Organisation des Marsches nach Jerusalem.

Am 30. März 2012 soll der sogenannte Marsch nach Jerusalem stattfinden. German-IRIB, das deutschsprachige Propagandamedium des iranischen Regimes, schrieb am 18. März: „Am gestrigen Samstag sind mehr als hundert asiatische Friedensaktivisten aus verschiedenen Organisationen, die am globalen Marsch nach al-Quds teilnehmen, in Teheran eingetroffen.“ Nach Angaben der staatlichen Nachrichtenagentur Farsnews laufen die Vorbereitungen für dieses Treffen in Teheran und die Weiterreise an die israelische Grenze seit über einem Jahr. Rund 500 Gruppen und Organisationen aus fünf Kontinenten sollen an dieser Aktion teilnehmen. Zudem sollen in vielen Hauptstädten der Welt parallel laufende Aktionen stattfinden.

Der asiatische Marsch, auch Karawane genannt, hat nach Informationen von Farsnews in Indonesien angefangen und sich über Pakistan bis in den Iran fortgesetzt. Tatsächlich sind Demonstranten aus Indien, Pakistan, den Philippinen, Indonesien und Azerbaijan nach Teheran gereist. Die Demonstranten der asiatischen „Karawane“ werden bis zu einem türkischen Hafen marschieren und von dort mit Schiffen in den Libanon fahren, um dann an die israelische Grenze zu gehen.

Die Marschierenden werden aus verschiedenen Ländern kommen und in den Libanon, nach Jordanien, Ägypten oder nach Syrien gehen, um von dort aus am 30. März an die israelische Grenze zu laufen. Sie wollen die Staatsgrenze Israels überschreiten und nach Jerusalem marschieren. Laut der offiziellen deutschsprachigen Website des „globalen Marsches nach Jerusalem 2012“ stammt die Idee eines solchen Marsches von Feroze Mithiborwala, einem indischen Linksaktivisten.

---

<sup>36</sup> <http://www.digberlin.de/will-der-globale-marsch-nach-jerusalem-martyrer-schaffen/>, 30.03.2012



**Das große Vorbild eines solchen Marsches** stellt aber ein iranischer Islamist, Navab Safavi, dar. Es war Safavi, der 1948 einen Marsch nach Jerusalem organisierte, gemeinsam mit 70 Begleitern, unter ihnen der damalige indonesische Präsident Ahmad Sukarno. Nachdem der Zug die israelische Grenze erreicht hatte, fragte Sukarno den iranischen Revolutionär Safavi, warum er denn darauf bestanden habe, an die israelische Grenze zu gehen. Er antwortete, dass er „mit dieser Aktion Märtyrer schaffen wollte“.

Safavi ist ein Vorbild für die islamischen Revolutionäre und Machthaber der „Islamischen Republik Iran“. Er organisierte in den fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts einen islamistischen Terrorismus gegen iranische Generäle und säkulare Intellektuelle. Zudem reiste er durch die arabische Welt und propagierte die islamische Revolution und die Gründung einer „internationalen Organisation der islamischen Revolution“, die dazu dienen sollte die Vernichtung Israels zu organisieren.

Wollen die Organisatoren, die Unterstützer und die Teilnehmer dieses provokativen Marsches am 30. März etwa auch Märtyrer schaffen? Die iranischen Machthaber würden dies sicher begrüßen.

**Die iranische Führung tritt als einer der Hauptinitiatoren auf:** Präsident Mahmoud Ahmadinejad sagte bei seinem Treffen mit den Demonstranten, dass „die Existenz Israels, auch wenn nur auf einer Handbreite palästinensischen Bodens, illegal“ sei, berichtete Farsnews. Kein Geringerer als Ali Akbar Velayati, der außenpolitische Berater des Revolutionsführers Ali Khamenei, stellte den Marsch nach Jerusalem in den Kontext der islamischen Revolution und hob hervor, dass Ayatollah Khomeini schon „seit 1963 über die Rückkehr der islamischen Werte und Zivilisation und parallel dazu über die Freiheit Palästinas gesprochen“ habe, berichtete Farsnews.

Velayati weist darauf hin, dass nach der islamischen Revolution von 1979 Ayatollah Khomeini zunächst die israelische Botschaft geschlossen habe. Am 25. Januar 2012 habe das ägyptische Parlament beschlossen, alle Beziehungen zu Israel abzubrechen. Für Velayati ist dies alles der Beweis für den Erfolg des „islamischen Erwachens.“ Er war von 1981-1997 iranischer Außenminister.

Das Berliner Kammergericht kam zu dem Ergebnis, dass er einer der Drahtzieher der staatsterroristischen Hinrichtung von drei kurdischen Sozialdemokraten und ihres Übersetzers im Berliner Mykonos Restaurant am 17. September 1992 war.

**Der „moderate“ Larijani** nahm am 17. März an dem Treffen von asiatischen Gruppen für den „Globalen Marsch auf Jerusalem“ in Teheran teil. Wie Khabaronline, die Larijani nahesteht, berichtete, sagte er bei diesem Treffen: „Israel hat nicht den Mut, den Iran anzugreifen. Das zionistische Regime hat gegenüber der kleinen Gruppe der Hizbollah eine Niederlage erlitten und wird daher nicht den Fehler





machen, mit seinem eigenen Schicksal zu spielen und damit sein gesamtes Ansehen aufs Spiel zu setzen. Sie machen viel Krach, haben aber keinen Mut. Hunde, die viel bellen, greifen nicht an.“

Larijani lobte die Mitglieder der Initiative dieses „Marsches“ und sagte: „In der heutigen Welt gibt es Menschen, die auf Stimmen ihres Gewissen antworten. Sie können Ungerechtigkeit nicht dulden. Daher ist dieser Schritt, der mit eurem Gewissen beginnt, sehr wertvoll. (...) Das zionistische Regime versucht seit einigen Jahren, Jerusalem zu judaisieren. Dieser Schritt ist eine Beleidigung für die Muslime und betrifft nicht nur Palästina, sondern den Islam.“

Larijani meinte, wenn man sich im Hinblick auf das Problem Jerusalem „träge“ verhalte, dann würden auch „Koranverbrennungen wie in Afghanistan“ stattfinden und die Beleidigungen sich häufen. Die Muslime dürften nicht erlauben, dass der „Islam zum Angriffsziel wird“. Larijani hetzte weiter: „Überall in der Welt müssen die Menschen deswegen aufstehen und einen Aufstand anzetteln. Das Problem des zionistischen Regimes wird, solange die Muslime keine Einheit geschaffen haben, nicht gelöst werden. Die unschuldige palästinensische Bevölkerung hat ein Existenzrecht.“ Die US-Amerikaner und die westlichen Staaten hätten seit einigen Dekaden Probleme für die muslimischen Völker geschaffen und Diktaturen in ihren Ländern unterstützt, weil sie nicht wollten, dass die Muslime selbst ihr Schicksal in die Hand nehmen. Die Amerikaner, so Larijani, würden Menschenrechtsparen ausgeben, aber sie „sind niemals bereit, einen Schritt zu unternehmen, um die Morde zu verhindern.“

Larijani sagt, dass das irakische Volk ein mutiges Volk sei, denn es habe den Amerikanern „einen Schlag auf den Mund versetzt und sie aus dem Land getrieben“. Das sei ein Signal für die USA gewesen, damit sie nirgendwo mehr militärisch intervenieren. Die US-amerikanische Regierung habe ihren Soldaten erlaubt in Afghanistan „Massenmord zu begehen“. Die Amerikaner seien wie „wilde Kühe“ über die afghanische Bevölkerung hergefallen. Die meisten von den USA abhängigen Regierungen seien gestürzt worden, nur einige Diktaturen seien noch übrig geblieben, die auch bald vom „islamischen Erwachen“ eingeholt würden. Denn die USA könnten nicht den „Vulkan des Erwachens“ auslöschen.

Larijani fuhr fort: „Heute ist das zionistische Regime isoliert und hat keine Macht, sich zu bewegen. Sie müssen heute Gaza angreifen, um zu zeigen, dass sie noch leben. Wenn es nicht so handelt, hat es das Gefühl, dass es schon begraben ist. Also muss es ein Zeichen von sich geben, um zu zeigen, dass es noch da ist. Das zionistische Regime befindet sich heute in einer schlimmen Situation.“

Larijani meinte ferner, dass die Amerikaner „keine neuen Verhältnisse für die palästinensische Bevölkerung“ schaffen können. Es werde ein „Tag kommen, an dem Palästina frei sein wird und die palästinensische Bevölkerung ihre Ziele mit erhobenem Haupte erreichen wird. Wenn wir zurückblicken, sehen wir, dass die



palästinensische Bewegung nach vorne geht und das zionistische Regime umringt ist“, so der angeblich moderate Ali Larijani.

**Ali Khamenei** ist der Meinung, dass Israel heute „umzingelt“ sei, berichtete Farsnews am 20. März. Das „zionistische Regime“ sei der „Feind Nummer eins“ des Iran, meint der iranische Revolutionsführer. Die Regierungen, die gegen den Iran seien, würden große Probleme bekommen.

**Iranische Siegesgewissheit:** Tatsächlich argumentiert das iranische Regime mit einer solchen Siegesgewissheit, weil es sich nicht nur auf Syrien, sondern auch auf terroristische Bewegungen wie die Hamas verlässt. Umgekehrt garantiert die Hamas dem iranischen Regime, mit der terroristischen Gewalt nicht aufzuhören. Beispielsweise versicherte Mahmoud al-Zahar bei seinem Treffen mit Ali Larijani, Präsident Ahmadinejad und Ali Akbar Salehi, dem iranischen Außenminister, der gleichzeitig Vorsitzender des „Obersten Rates der nationalen Sicherheit“ ist, dass die „Hamas niemals auf den Widerstand“ verzichten werde, berichtete die Zeitung Kayhan am 17. März.

Die Hamas werde nur dann „auf den Widerstand verzichten, wenn Palästina gänzlich befreit“ sei, so Zahar. Dieser hob hervor, dass er sich mit Ali Larijani über die „Notwendigkeit der Einheit der islamischen Welt einig“ sei. Auch habe er bei seinem Treffen mit Larijani betont, es sei notwendig, dass die „palästinensische Gesellschaft zu einer Einheit“ finde. Der iranische Außenminister Ali Akbar Salehi wiederum versicherte laut Kayhan, dass der „Iran Palästina in jeglicher Hinsicht helfen“ werde. Ali Salehi bezeichnete Israel als ein „illegitimes Regime.“

**Die Mobilisierung in Deutschland läuft auf Hochtouren:** Die deutschen Organisatoren wiederum gehen bei der Mobilisierung geradezu subversiv vor. Sie schreiben auf ihrer Website: „Schreiben Sie uns eine E-Mail! Schicken Sie uns auch Ihre Telefonnummer. Wir werden Sie dann persönlich kontaktieren, um Fragen zu beantworten und das weitere Vorgehen zu besprechen. Siehe Kontakt für unsere E-Mail-Anschriften.“ Sie versprechen immerhin auch eine Unterkunft in einem Drei-Sterne-Hotel in Beirut.

Unter den deutschen Unterstützern finden sich bekannte Namen wie Felicia Langer, Evelyn Hecht-Galinski und Prof. Prof. Dr. Norman Paech, Jürgen Aust (Linke), Eberhard Buddee (Linke), Annette Groth (Linke) und Prof. em. Dr. Werner Ruf, um nur einige zu nennen. Publizistische Unterstützung bekommt dieser Marsch beispielsweise von Zeitungen wie „Die rote Fahne“ und „Junge Welt“.

Safavis Spruch ist heute wieder aktuell. Die Frage ist, ob diese unheilige Allianz von Islamisten und der stalinistischen Linken „Märtyrer“ schaffen will.



## Der General<sup>37</sup>

Der iranische General Qassem Soleimani ist nicht irgendwer. Er ist Oberbefehlshaber der als terroristische Organisation eingestuftes Qods-Einheit der Armee der „Wächter der iranischen Revolution“, auch Revolutionsgarden genannt. Die US-Regierung hat gegen ihn Sanktionen verhängt. Bei einer Ausreise in die USA würde er verhaftet werden und falls der General dort Konten besitzt, werden diese gesperrt.

Er wird gemeinsam mit drei anderen Mitgliedern der Qods-Einheiten beschuldigt, für die Anschlagpläne gegen den saudischen Botschafter in den USA verantwortlich zu sein. Die Qods-Einheiten wurden schon im Oktober 2007 wegen der Unterstützung von terroristischen Organisationen auf die Sanktionsliste der US-Regierung gesetzt. Am 28. März 2012 verhängte die US-Regierung noch mehr Sanktionen gegen drei weitere Revolutionsgardisten und setzte zwei iranische Unternehmen auf ihre Sanktionsliste. Auch die Europäische Union hat im August 2011 Sanktionen gegen die Qods-Einheiten verhängt.

**Der General fürchtet keinen Luftangriff:** Am 15. März 2012 berichtete Mashreghnews von einem Militärmanöver der Revolutionsgardisten. Überraschenderweise ging es nicht darum, ob die iranischen Nuklearanlagen mit Luftschlägen angegriffen werden, sondern um Übungen an den östlichen Grenzen des Iran. Mashreghnews schreibt, dass der „Feind das Verteidigungspotential des Iran an den östlichen Grenzen nicht so stark wie in anderen Gebieten einschätze“. Das Manöver finde an den Grenzen zu Afghanistan und Pakistan statt, weil befürchtet werde, dass von dort Bodentruppen in den Iran einmarschieren könnten. Kein Wunder, dass neun Tage später Präsident Mahmoud Ahmadinejad in Kabul forderte, dass die „afghanische Bevölkerung die US-amerikanischen Soldaten aus dem Land verjagen“ müsse und die USA „Reparationszahlungen an Afghanistan“ zahlen müssen.

Der iranische General Soleimani wollte mit dem Manöver „die iranische Ehre“ und die „militärischen Potentiale des Iran“ unter Beweis stellen. Laut Mashreghnews könnte der Westen mit Bodentruppen über die Ostgrenzen des Landes den Iran angreifen. General Soleimani meint, dass der Iran einem solchen Angriff mit Infanterie, Panzertruppen und Hubschraubern Herr werden könne. A. Savyon und Y. Mansharof (Memri) gehen davon aus, dass dieses Manöver die „Inferiorität“ der mit veraltetem Kriegsgerät ausgerüsteten iranischen Bodentruppen bewiesen habe, aber den Sinn gehabt hätte die iranische Bevölkerung zu beruhigen.

Die ostiranischen Grenzgebiete zu Pakistan und Afghanistan sind ohnehin ein gefährliches Pflaster. Benjamin Weinthal und Thomas Joscelyn zeigen in einem

---

<sup>37</sup> [https://www.achgut.com/artikel/ein\\_iranischer\\_general\\_will\\_den\\_maertyrertod\\_sterben](https://www.achgut.com/artikel/ein_iranischer_general_will_den_maertyrertod_sterben), 30.03.2012



Artikel in *The Weekly Standard*, wie in den ostiranischen Grenzgebieten zu Pakistan und Afghanistan Al-Qaida ungestört ihre Aktivitäten organisieren kann. Die Al-Qaida Krieger organisieren sich ungestört in der Stadt Zahedan in der Provinz Belutschistan.

Seit längerer Zeit ist bekannt, dass Al-Qaida den Iran als Transitland benutzt. Nun wird immer mehr klar, dass die Al-Qaida-Krieger sich mit Zustimmung der iranischen Revolutionsgardisten in Zahedan aufhalten. Weinthal und Joscelyn berichten über ein afghanisch-deutsch-iranisches Netzwerk, das von Zahedan aus operiert. Tatsächlich wird auch dieses Problem gegenwärtig vor einem Koblenzer Gericht verhandelt. Fest steht, dass sich im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet Al-Qaida-Krieger mit Wissen und Unterstützung der iranischen Revolutionsgardisten ausruhen und Terrorpläne schmieden, auch gegen Europa.

Das System der Revolutionsgardisten stellt im Iran eine Diktatur in der Diktatur dar. Niemand kann sie kontrollieren. Die Qods-Einheiten der Revolutionsgardisten leisten weltweit nicht nur logistische Hilfe für Terroristen, von Afrika über Lateinamerika und die USA bis nach Europa und Asien. Sie helfen der syrischen Regierung, Demonstrationen niederzuschlagen und unschuldige Kinder und Frauen zu ermorden, um Angst und Schrecken zu verbreiten.

**General Solaimani will den Märtyrertod sterben:** Es ist bezeichnend, wie Soleimani in Anwesenheit von 50.000 Bassiji betet. General Soleimani: "Oh Gott, tue etwas, damit die Feinde deiner Religion mich zum Märtyrer auf deinem Weg machen."

Wie Marshregnews am 9. November 2011 berichtete, hat der iranische Revolutionsführer Ali Khamenei, sich General Soleimani zuwendend, gesagt: "Herr Soleimani, Sie sind für uns wie ein Märtyrer. Sie sind ein lebender Märtyrer. Ja, Sie sind ein Märtyrer. Sie sind im Krieg mehrfach den Märtyrertod gestorben."

Soleimani erinnert seine Zuhörer gerne an die "Märtyrer" und Helden der "Heiligen Verteidigung" im Krieg gegen den Irak (1980-88). Er vergleicht diesen Krieg mit der Schlacht um Kerbala, wo Imam Hussein, eine zentrale Figur der Schia, im Jahr 680 getötet wurde. Soleimani zitiert auch gerne Ayatollah Khomeini, der, nachdem die iranische Stadt Khoramshahr zurück erobert worden war, sagte: "Gott hat Khoramshahr befreit." Damit gemeint ist, dass nicht die Kämpfe der Soldaten sondern der Wille Gottes der Grund für den Erfolg waren.

Mashregnews zitierte General Soleimani am 3. März 2012: "Früher waren der Nationalismus, der Marxismus und der Liberalismus und Personen wie Lenin und Che Guevara Vorbilder für viele. Aber heute ist es anders. Unsere Fahne mit der Aufschrift 'Gott ist groß' wurde zur Ursache des Wandels in der Region. Wahrlich, die Hizbollah ist aus dieser Bewegung geboren worden."



Dieser General ist der Meinung, dass die Muslime bis zum Untergang des Osmanischen Reichs im Jahr 1917 eine islamische Herrschaft hatten. Heute stelle die "Islamische Republik Iran" eine islamische Herrschaft dar, die der "Macht der Kreuzzügler" entkomme.

### **Iranische Studie befürwortet Terrorismus gegen Israel<sup>38</sup>**

Eine im April 2012 erschienene Studie der wissenschaftlichen Abteilung des iranischen Pseudo-Parlaments untersuchte die Sicherheitsprobleme Israels. Das Land sei weniger von der militärischen Macht seiner arabischen Nachbarstaaten bedroht als von „asymmetrischen Kriegen“. Die Autoren der Studie gehen davon aus, dass Israel große „Sicherheitssorgen“ an seinen Grenzen mit den arabischen Staaten habe. Ein besonderes Problem für Israel stellten die „moderaten Muslimbrüder und die radikalen Salafisten“ dar.

Die Autoren der Studie gehen davon aus, dass Israel über den „arabischen Frühling nicht erfreut“ sei. Insbesondere fürchte die israelische Regierung das Ende des Waffenstillstands mit Ägypten und Syrien. Die Studie konzentriert sich auf Sicherheitsprobleme Israels an der syrischen und der ägyptischen Grenze. Zwar gebe es kein syrisch-israelisches Friedensabkommen, aber beide Seiten würden ihre „Sicherheitssensibilitäten“ kennen. Dies könnte sich aber ändern, weil die „Islamisten keine Angst vor einer radikalen Politik haben“ und die ägyptischen und die syrischen Muslimbrüder sich annähern und einigen könnten.

Auch die syrische Regierung habe Angst vor einem Erstarren der syrischen Muslimbrüder und sogar vor der syrischen al-Qaida. Hier muss angemerkt werden, dass der syrische Flügel der al-Qaida nach Meinung des al-Qaida-Experten Guido Steinberg Unterstützung aus dem Iran bekommt.

Die Autoren der Studie schreiben, dass die Regierung von Bashar al-Assad in Syrien bisher auf die „Verhinderung von Gewalt“ gegen Israel gesetzt habe. Wenn Assad stürze, würden sich die syrischen Muslimbrüder den Salafisten annähern.

Die Autoren meinen auch, dass die israelische Regierung insbesondere einen größeren Einfluss der Muslimbrüder auf die ägyptische Armee befürchte. Nicht nur Israel fürchte den „arabischen Frühling“, sondern auch Jordanien, Marokko und Saudi-Arabien seien beunruhigt. Saudi-Arabien fürchte die Islamisierung und habe daher gemeinsame Sicherheitsinteressen mit Israel. Insbesondere befürchte Saudi-Arabien die türkische Regierungspolitik und die Politik der Regierung von Katar. Auch die USA hätten große Probleme, denn das Demokratisierungsprogramm des

---

<sup>38</sup> <http://europeandemocracy.eu/2012/05/iranian-study-endorses-terrorism-against-israel/> , 4. 05.2012



„Greater Middle East“ sei gefährdet. Zur Erklärung sei hinzugefügt, dass die US-Regierung im Jahre 2004 auf einem G8 Treffen in Sea Island ein Programm zur Demokratisierung der islamischen Welt durchsetzen wollte. Dieses Programm richtete sich ausdrücklich gegen islamistische Extremisten.

Die iranischen Wissenschaftler schreiben nun, dass die Regierung Barack Obamas sowohl Israel unterstützen müsse als auch die Kontrolle über den arabischen Frühling nicht verlieren wolle. Diese US-Politik sorge aber für Unruhe bei der israelischen Regierung. Dennoch sind sich die Autoren der iranischen Studie sicher, dass die USA auch unter Obama immer noch das Programm des „Greater Middle East“ verfolgen. Dieses Programm werde aber durch die islamischen Bewegungen gefährdet. Ein „Greater Middle East“ würde sich ohnehin auch gegen die russischen und chinesischen Interessen in der islamischen Welt stellen.

Die Autoren dieser Studie scheuen sich auch nicht, in ihrem Bericht die Formen der Gewalt zu nennen, die tatsächlich Israel gefährden könnten. Sie zählen die von türkischen Islamisten dominierte „Gaza Flotilla“, die einen Angriff auf das Schiff „Mavi Marmara“ provozierte, zu den asymmetrischen Aktionen, die die militärische Stärke Israels überwinden könnten. Ferner werden die Zerstörung der ägyptischen Pipelines, die Gas nach Israel liefern, und „palästinensische und libanesische Guerillaangriffe“ dazu gezählt. Interessant ist, dass die Autoren solche Gewaltaktionen auch deswegen gutheißen, weil sie israelische Reaktionen wie Luftangriffe auf Gaza oder den Libanon provozieren würden, die wiederum Israel mit einer Kritik der internationalen Gemeinschaft konfrontierten.

Da die Hamas sich nach der Entmachtung von Khaled Meshal mehr stärker in Richtung Iran bewegt, muss man davon ausgehen, dass die Unterstützung von terroristischen Bewegungen ein Hauptbestandteil der iranischen Politik bleibt.

In der Studie ist anstatt von Israel nur vom „Jerusalem besetzenden Regime“ die Rede.

### **Weltdrogentag und Antisemitismus im Iran<sup>39</sup>**

Es gibt einen iranisch-islamistischen Rassismus, der sich gegen Juden, Europäer und sogar gegen Afghanen richtet. Dieser Rassismus wird von Ahmadinejad und seinen Anhängern propagiert. Sie argumentieren sowohl nationalistisch als auch islamistisch. Zwar war schon Ayatollah Khomeini in seiner Ideologie des genozidalen Antizionismus antisemitisch, aber bei Ahmadinejad und seinen Anhängern hat der Nationalismus neben Islamismus einen weiteren Schwerpunkt erhalten.

---

<sup>39</sup> <http://europeandemocracy.eu/2012/06/anti-semitism-in-iran-and-international-day-against-drug-abuse-and-illicit-trafficking/>, 28.06.2012



Einer der Vertreter dieses iranisch-islamistischen Rassismus ist der Sekretär des iranischen Präsidenten Mohammadreza Rahimi. Dieser macht die Juden für alles Übel in der Welt verantwortlich. Er hat den Weltdrogentag am 26. Juni zum Anlass genommen, um die „Zionisten für die Verbreitung von Drogen“ verantwortlich zu machen.

Mohammadreza Rahimi argumentiert nicht nur antiisraelisch, sondern antijüdisch, wenn er sagt, dass man von den „Lehren des zionistischen Talmud“ lernen könne, wie man Drogen verbreitet. Dabei behauptet er, nichts gegen Juden zu haben.

Rahimis Antisemitismus kennt keine Grenzen: Er meint, dass die Gewalttaten der Juden sich nicht nur auf die Verbreitung von Drogen beschränken würden. Um Juden generell für das Elend in der Welt verantwortlich zu machen, propagiert er, achtzig Prozent des US-amerikanischen Reichtums befinde sich in den Händen von „sechs Prozent von Juden der Welt.“ Ein „jüdischer Frauenarzt“ habe sogar achttausend Indianer kastriert und zwar auf der „Grundlage des Talmud.“

Rahimi meint, dass die „Lehren des Talmuds sich gegen das Christentum und gegen den Islam“ richten. Auch die „Arbeiterbewegung und all das, was in Russland geschah“ führt Rahimi auf „jüdische Maßnahmen“ zurück. Schamlos argumentiert Rahimi: „Überall dort, wo Blut vergossen wird, ist ein Muslim anwesend und hinter der Bühne ein Jude.“ D.h. der Muslim ist in seiner antisemitischen Verschwörungstheorie immer ein Opfer und der Jude ein heimlicher Täter.

Rahimi sagt über die Juden, dass die „Destruktivität sich nicht nur auf Drogenprobleme beschränkt, sondern ein kulturelles Problem ist.“ Die Juden würden die „Weltmedien beherrschen, um das Judentum zu verbreiten und um die kulturellen Reichtümer der Staaten zu plündern.“ Es seien die „Juden, die die Konflikte zwischen Juden und den Sunniten schaffen“ würden. Es seien Juden, die verantwortlich für die Probleme der Drogensucht in Europa seien. In seiner Argumentation gibt es keine inhaltliche Kohärenz außer der Artikulation des Hasses gegen Juden.

Juden sind in Rahimis Weltbild Stellvertreter für alles, was mit dem Westen zusammenhängt. Er kritisiert die Verhältnisse in Afghanistan und macht Juden dafür verantwortlich. Seit der Invasion Afghanistans würde sechzig Mal mehr Opium in Afghanistan produziert werden, behauptet Rahimi. Interessanterweise droht er, dass der Iran einen Transitweg für afghanische Drogen nach Europa öffnen könnte. Der Iran würde dies aber nicht tun, weil dies gegen die islamische Moral sei.

Moralisch ist aber offenbar die Hinrichtung von Menschen, die mehr als drei Mal Alkohol getrunken haben. Rahimi meint, wenn im Iran Drogendealer hingerichtet würden, „zionistische Medien“ dies zu Unrecht kritisierten.



Rahimi macht die „Zionisten“ dafür verantwortlich, dass „10 Prozent der US-Amerikaner süchtig“ seien, dass „drei Millionen Afghanen im Iran als Gäste“ leben würden. Ohne die Afghanen hätte der Iran überhaupt keine Arbeitslosigkeit.

Am Weltdrogentag hat Mohammadreza Rahimi eine antisemitische Rede gehalten und die Juden für die Drogenprobleme der Welt verantwortlich gemacht. Er kritisierte auch die Sanktionspolitik der Europäischen Union. Unter dem Strich hat er eine zentrale Idee preisgegeben, dass der Iran zumindest in der Lage sei einen Drogentransit nach Europa zu öffnen, um Europa mit Drogen aus Afghanistan zu überschwemmen. Vielleicht als Rache für die Ölsanktionen, die am 1. Juli beginnen?

### **Iran will den israelisch-syrischen Konflikt verschärfen<sup>40</sup>**

Das Hauptziel des islamistischen Regimes im Iran ist, den Einfluss des Westens in der islamischen Welt zu verringern. Um dieses Ziel zu erreichen, setzen iranische Politiker ganz opportunistisch nicht nur auf die Assad-Regierung, sondern auch auf die syrischen Muslimbrüder. Zudem schürt das iranische Regime den syrisch-israelischen Konflikt und setzt auf Radikalisierung und Polarisierung der Fronten.

Mohammad Jahad al-Laham, Mitglied des syrischen Parlaments, traf am 3. Juli in Teheran ein. Eine syrische Delegation begleitete ihn bei seiner viertägigen Reise nach Teheran. Zunächst traf er Said Jalili, den Vorsitzenden des „Obersten Nationalen Sicherheitsrates des Iran“. Jalili, der während des Iran-Irak-Krieges zu den damals noch paramilitärischen Einheiten der Bassij gehörte, später zum Atomunterhändler und Verhandlungspartner von Javier Solana aufstieg, meinte, dass „Syrien in letzter Zeit zu der Hauptachse des Widerstands gegen das zionistische Regime“ avanciert sei. Es sei „natürlich, dass sich die westlichen Regierungen und Amerika an der syrischen Regierung und dem syrischen Volk rächen wollten“, so Dr. Said Jalili, der den Revolutionsführer Ali Khamenei vertritt.

Jalili will den israelisch-syrischen Konflikt polarisieren, wenn er sagt, dass Syrien „gegenwärtig den Preis des Widerstands gegen die Besatzer“ zahle. Jalili spricht sich für eine Reformierung der Assad-Regierung aus. Was er unter Reformierung versteht, liegt auf der Hand: Langsam müssen die Islamisten an der Macht beteiligt werden, bis sie irgendwann, wie im Iran, die ganz Macht monopolisiert haben.

Mohammad Jahad al-Laham traf auch den iranischen Präsidenten Ahmadinejad. Dieser posaunte, dass die „Feinde der Völker“ sich bemühen würden, das „zionistische Regime vor der Gefahr der Vernichtung zu retten.“ Ahmadinejad griff

---

<sup>40</sup> <http://europeandemocracy.eu/wp-content/uploads/wp-post-to-pdf-enhanced-cache/1/irans-desire-to-ratchet-up-the-syrian-israeli-conflict.pdf>, 06.07.2012





ferner die „Regierungen in der Region“ an, die „mit dem zionistischen Regime heimlich Kontakt“ haben.

**Iran setzt auf Terrororganisationen:** Faktisch isoliert, stützt sich die totalitäre Diktatur des Iran auf Terrororganisationen wie die Volksfront zur Befreiung Palästinas-Generalkommando. Die staatliche Nachrichtenagentur Farsnews zitierte den Führer dieser Terrorgruppe Ahmad Jibril, der vor einer „ausländischen Intervention“ in Syrien warnt. Er garantiert, dass sich seine Organisation auf der syrischen Seite an diesem Kampf beteiligen wird, und zwar gemeinsam mit dem Iran und der libanesischen Hizbollah.

Jibril droht, ein türkischer Angriff oder eine militärische Einmischung der NATO werde dazu führen, dass seine Organisation den bewaffneten Kampf auf der Straße aufnimmt. Er betont, dass er sich über dieses Thema mit dem iranischen Präsidenten Ahmadinejad und mit Nasrallah, dem Generalsekretär der Hizbollah verständigt habe. Jibril meint, dass die „Befreiung“ von „Palästinensern in Teheran begonnen“ habe und „in Bagdad und Damaskus weitergehen“ werde. Auf jeden Fall würden die „zionistisch-amerikanischen“ Pläne am Ende durchkreuzt werden, so der Terroristenchef.

**Mit oder ohne Syrien:** Es gibt auch politische Führer des Iran, die Pläne für die Zeit nach dem Sturz Assads hegen. Ein Beispiel dafür ist Ex-General Rezai. Auch er hält nichts von Lösungsstrategien des Westens. Aber er setzt nicht alles auf Assad. Zwar spricht er von den „Terroristen“, wenn er syrische Oppositionelle kritisiert. Aber schließlich macht er deutlich, dass seine Zukunftsvision die eines islamistischen Syriens ist, in dem die syrischen Muslimbrüder an der Macht sind.

Ali Larijani fordert den Untergang der USA und Israels: Am Donnerstag haben faktisch alle führenden Politiker, Staatskleriker und Generäle der Revolutionsgardisten an der achten Konferenz des „Messianismus“ in Teheran teilgenommen. Der angeblich moderate Ali Larijani, Vorsitzender des islamistischen Pseudo-Parlaments, forderte mit denselben Worten wie früher Ahmadinejad, dass „Amerika und Israel, die beide Punkte der Finsternis in unserer Zeit darstellen, aus der Geschichte gelöscht werden“, berichtete die Nachrichtenagentur IRNA. (1) Mit dem Unterschied, dass Ali Larijani sogar den Untergang der USA fordert. Er meint, dass das Untergangsszenario ein Sujet für die Kunst werden muss.

Ali Larijani meint, dass Amerika vorhabe, die islamische Welt zu spalten: „Die Westler mischen sich in Syrien nur ein, weil dieser Staat gegen das zionistische Regime Widerstand leistet.“ Daher versuche Amerika, den Widerstand Syriens zu brechen. Larijani bezeichnete syrische Oppositionelle als Ungläubige. Diese sollten gegen die „Hauptsäulen der arroganten Mächte“ kämpfen und nicht gegen die syrische Regierung. Westliche Mächte werden im ideologischen Sprachgebrauch der Islamisten als „arrogante Mächte“ bezeichnet.



Die iranischen Machthaber wissen, dass die libanesische Hizbollah geschwächt wird, wenn die Regierung von Assad eines Tages doch fällt und die totalitäre Macht der „Islamischen Republik Iran“ dann bald Geschichte werden könnte.

(1) „Emruz Saman fara raside ast qarb wa regime zahionisti ke do noqte zolmat dar asr haser hastand as sahne ruzegar mahv schawand.“

### **Die iranische Führung droht Israel mit Vernichtung<sup>41</sup>**

Der antisemitische Aufmarsch zum Al Quds-Tag soll angeblich in über 70 Staaten dieser Welt stattfinden. Dort sind Islamisten khomeinistischer Provenienz am Werk. Ayatollah Khomeini hatte diesen antiisraelischen Tag am 8. August 1979 ins Leben gerufen und zur Vernichtung Israels aufgerufen. Seitdem demonstrieren khomeinistische Islamisten am letzten Freitag des islamischen Fastenmonats gegen den Staat Israel.

Der iranische Revolutionsführer, Ayatollah Ali Khamenei, hat am Mittwoch, dem 15. August 2012 erneut die Zerstörung Israels gefordert. Über den Al-Quds-Tag sagte das iranische Staatsoberhaupt ganz undiplomatisch: „Auch in diesem Jahr wird das islamische Volk des Iran am Al-Quds Tag mit der Faust in den Mund der Feinde des Islam und Palästinas schlagen.“ Ali Khamenei sagte, dass „der künstliche und zionistische Auswuchs sicher von der Landkarte vernichtet wird.“

General Ahmad Vahidi, iranischer Verteidigungsminister, ist der Meinung gewesen, dass „das usurpatorische zionistische Regime zusammenstürzen“ wird, wurde am 14. August 2012 berichtet. Am selben Tag berichtete ISNA, Qolamreza Jalali, ein iranischer „Verteidigungsstratege“ habe gesagt, dass, es „keinen anderen Weg gibt außer die Zerstörung Israels.“

Die islamistischen Vernichtungsphantasien sind ein Bestandteil der islamistischen Staatsdoktrin im Iran, die auch von Präsident Ahmadinejad wiederholt wird, wie am 1. August 2012 vor Vertretern und Botschaftern der islamischen Welt. Er rief alle islamischen Regierungen dazu auf antiisraelische Al-Quds-Demonstrationen in ihren Staaten zu organisieren.

Ahmadinejad sagte: „Seit etwa 400 Jahren ist eine furchterregende zionistische Bewegung dabei die Geschicke dieser Welt zu leiten und hinter den Bühnen befinden sich die Hauptzentren der Macht, der Politik, der Medien, des Geldes und der Bankenwelt, so dass der Präsidentschaftskandidat eines großen Landes, das

---

<sup>41</sup> <http://europeandemocracy.eu/wp-content/uploads/wp-post-to-pdf-enhanced-cache/1/iranian-leaders-threaten-israel-with-destruction.pdf>, 16.08.2012



eine riesige Wirtschaft besitzt und über 300 Millionen Einwohner hat, um die Wahlen zu gewinnen, die Füße der Zionisten küssen muss.“ Es sollte niemanden wundern, dass der iranische Präsident damit dem US-amerikanischen Präsidenten unterstellte die „Füße von Zionisten zu küssen.“

Ahmadinejad fuhr fort: „Wenn die Stimme der Bevölkerung zählt, warum muss dann ein Präsidentschaftskandidat heimlich die Füße der Zionisten küssen. Ihre gesamte Würde, ihre Parolen und ihre Werte sind dem Zionismus geopfert worden, um die Verbrechen dieses Regimes zu verklären.“ Das „zionistische“ Regime sei das Symbol des die Welt beherrschenden Zionismus, der die Herrschaft der Arroganten in der Region und in der Welt ausbreiten will.“

Ahmadinejad meinte, dass die „Feinde der Menschheit“ dabei seien mit all ihrer Macht die „Richtung der Forderungen der Völker zu ändern.“ Dies bedeute, dass schließlich das Ergebnis dieser Politik die „Rettung des zionistischen Regimes“ sein soll.

Der iranische Präsident geht wie andere islamistische Ideologen des Iran davon aus, dass die arabische Welt dem Modell der islamischen Revolution von 1979 im Iran folgen wird. Sie beschuldigen westliche Regierungen dies verhindern zu wollen. Tatsache ist, dass es einige Zeichen dafür gibt, dass die arabische Welt sich immer mehr von Iran distanziert.

Ahmadinejad greift in seiner Rede vom 1. August zudem die NATO an und meint, dass die „NATO niemals und nirgendwo Gerechtigkeit und Freiheit“ herstellen wollte.

Ahmadinejad konnte nicht auf seine aggressiven Vernichtungsphantasien verzichten: „Der Al-Quds-Tag ist die Lösung der Weltprobleme und man muss nicht davon ausgehen, dass dieser Tag nur eine Lösung für die Probleme Palästinas ist. Jeder, der freiheitsliebend und gerecht ist, muss um Gerechtigkeit und Freiheit herzustellen, etwas tun, damit das zionistische Regime nicht mehr existiert.“

Ahmadinejad meint, dass das „zionistische Regime „heute das Übel der menschlichen Gesellschaft“ sei. Wenn er europäische Politiker träfe, so Ahmadinejad, würde er gebeten werden über alles zu reden nur nicht über „das zionistische Regime.“ Daraus schlussfolgert der iranische Präsident, dass „das zionistische Regime die Achse ihrer Einheit und Herrschaft“ sei.

Ahmadinejad sprach die Botschafter der islamischen Regierungen an, die bei seinem Vortrag anwesend waren und sagte, dass er hoffe, dass am Al-Quds-Tag überall in Ägypten, in Libyen, in Tunesien und Sudan Demonstrationen organisiert würden.

Die iranischen Islamisten wollen eine Reislamisierung der islamischen Welt durchsetzen. Der Al-Quds-Tag macht den islamistischen Monopolherrschaftsanspruch und das Superioritätsgefühl deutlich.



Der Al-Quds-Tag ist in der Tat der Tag der Ideologie des genozidalen Antisemitismus.

### **Ahmadinejad: Im Mittleren Osten wird keine Spur von Amerika und von den Zionisten übrig bleiben<sup>42</sup>**

Zwar ist Ahmadinejad kein Kleriker, dennoch hielt er anlässlich des Al-Quds-Tages auf der Freitagsgebetsveranstaltung eine Rede.

Der iranische Präsident Ahmadinejad sagte: “Der Al-Quds-Tag umfasst alle Dimensionen der menschlichen Existenz, der Erkenntnis Gottes und aller sozialer Verantwortung.” Er fuhr fort: “Heute ist für alle ersichtlich, dass der Zionismus ein Kontrapunkt der menschlichen Vollkommenheit und der Gesellschaft ist.” Der Zionismus sei die “Hauptursache des Verfalls der Völker.” Ahmadinejad sagte über die Zionisten: “Eine verdorbene, verführerische, inhumane, sich gegen die göttlichen Werte richtende Gruppe hat sich organisiert.”

Ahmadinejad fuhr fort: “Seit mindestens 400 Jahren hat eine kleine Gruppe von Zionisten in der menschlichen Gesellschaft die größten Schäden angerichtet.” Er meint, dass die “Zionisten angefangen haben, die ganze Welt unter ihre Kontrolle zu bringen, seitdem sie Amerika beherrschen.”

Ahmadinejad meint, die “Zionisten” würden “alle Zentren der Macht der Welt, die mächtigen Staaten der Welt, die wichtigen Zentren, die Banken und die wichtigsten Medien der Welt in der Hand haben.” Und sie würden all diese Instrumente benutzen, um die “Kulturen, die Werte und die Völker” der Welt zu zerstören.

Ahmadinejad ist der Meinung, dass der Zionismus eine “teuflische Partei von sieben oder achttausend Personen” sei, die alle kontrolliere. Heute sei der “Widerstand gegen die Existenz von Zionismus und des künstlichen zionistischen Regimes in Wirklichkeit der Schutz der Rechte aller Menschen und die Verteidigung der menschlichen Würde und die Öffnung der Türen zur Rettung der ganzen Menschheit vor Kolonialismus, Arroganz und Armut.”

Ahmadinejad sagt, dass die “westlichen arroganten und kolonialen Mächte” sich verpflichtet hätten das “zionistische Regime” zu verteidigen. Der iranische Präsident meint, dass erst seit der islamischen Revolution von 1979 im Iran die “Philosophie der Gründung dieses Regimes in Frage gestellt worden ist.”

---

<sup>42</sup> <http://europeandemocracy.eu/2012/08/ahmadinejad-wants-no-trace-of-america-or-zionists-in-middle-east/>  
20.08.2012



Ahmadinejad meint ernsthaft, dass die “meisten Regierungen in den USA, in Europa und im Westen Untergebene der Zionisten sind. Die Menschen dort haben kein Wahlrecht. Sie haben ein paar Parteien gegründet. Wenn sie eine Partei satt haben, müssen sie zur nächsten fliehen.”

Ahmadinejad ist auch ausdrücklich gegen eine Zweistaatenlösung in der Palästinafrage: “Sie sind dabei einen sehr komplizierten und verführerischen Plan zur Gründung einer ‘Zweistaatenlösung’ durchzuführen, so dass die Zionisten ein Krebsgeschwür in Palästina bleiben und so dass sich nichts in Zukunft ändert.” Er fuhr fort: “Die Präsenz der Zionisten auf nur einer Handbreite des palästinensischen Bodens ist gefährlich und erst recht, wenn sie eine offizielle und legale Regierung bekommen.”

Ahmadinejad meint: “Auch wenn die Palästinenser 90 Prozent und die Zionisten 10 Prozent der besetzten Gebiete bekommen, bleibt die Gefahr trotzdem bestehen, denn die Idee der Zweistaatenlösung ist eine historische Chance für den Wiederaufbau der Zionisten.”

Ahmadinejad, der gleichzeitig der Vorsitzende des einflussreichen und totalitären Organs des Nationalen Sicherheitsrates des Iran ist, sagte: “Die Akzeptanz von zwei Staaten bedeutet, dass über 100 Jahre Widerstand zunichte gehen. Wer diesen Ansatz auch akzeptiert, muss wissen, dass er nicht mehr auf der Linie mit den Interessen der Völker ist und sich in der Region gegen die Völker positioniert.”

Ahmadinejad sprach sich auch gegen die NATO aus. Der iranische Präsident forderte die westlichen Regierungen auf sich von Israel zu distanzieren.

Ahmadinejad konnte sogar die Zukunft voraussagen: “Bald werden die Völker die usurpatorischen Zionisten in Palästina erledigen. Die Westler wollen einen neuen Mittleren Osten und wir wollen auch einen neuen Mittleren Osten, der sich sicher formieren wird. Aber mit Hilfe Gottes und mit der Hilfe der Völker wird in diesem Mittleren Osten keine Spur von Amerika und von den Zionisten übrig bleiben. Es ist nur zu ihrem Gunsten, wenn sie aufhören die Zionisten zu unterstützen und das iranische Volk zu beleidigen. Denn das iranische Volk hat alle seine Feinde in der Geschichte begraben und jetzt wird das iranische Volk auch den Feind, der gar schwächer ist als die Übeltäter aus früheren Zeiten, begraben.“

Ahmadinejad meinte abschließend: “Genauso wie der Kommunismus zu Ende gegangen ist, wird der Kapitalismus und der Zionismus untergehen und die amerikanische Vorherrschaft wird zu Ende gehen und Jerusalem befreit werden.”

**Ayatollah Ahmad Khatami will auch Israel zerstören:** Zwar ist es bisher nicht bekannt, dass im Heiligen Buch der Muslime etwas über Zionismus steht, aber Ayatollah Seyyed Ahmad Khatami hat in seinem “Freitagsgebet”, das eher eine Hassrede darstellte, am sogenannten Al-Quds-Tag gesagt: “Der Koran sagt, dass ihr



Euch mit Gewalt mit den Zionisten auseinandersetzen solltet und sie so auf den Weg Gottes bringen solltet.”

Ahmad Khatami meint, dass “in den letzten 60 Jahren Besetzung Palästinas nur die Intifada eine Antwort darstellte.”

Im selben “Gebet” sagte er dann, dass der Koran empfohlen habe, dass man “Juden und Fremde nie in seine Geheimnisse einweihen” dürfe.

Ähnlich wie Revolutionsführer Ali Khamenei und Präsident Ahmadinejad sieht Ahmad Khatami den gesamten Staat Israel als Besatzer und ruft zu dessen Vernichtung durch ein Ende der Besetzung auf.

Khatami sagte: “Ich muss zu Beginn sagen, dass wir zwischen der jüdischen Minderheit, die in unserem Land lebt, die gesetzestreu ist und wie sie selbst gesagt haben, an den Al-Quds-Demonstrationen teilnehmen und den Zionisten unterscheiden,” berichtete Kayhan am 18. August 2012.

Ahmad Khatami fügte hinzu: “Es gehört zu den Charakteristika der Zionisten, dass Morde und die Tötung von Frommen zu ihrer Geschichte gehören. Die Zionisten haben so viele Menschen getötet, dass der Schandfleck niemals aus ihrer Geschichte getilgt werden kann.”

Ahmad Khatami meint, dass die “Zionisten” noch nicht einmal verbindlich die “kolonialistischen” Verträge von Oslo, Madrid, Camp David und Scharm al-Scheich eingehalten hätten.

Dann sagte Ahmad Khatami: “Wenn die Welt des Islam eine Einheit erreicht, werden die Muslime mit Gottes Hilfe das Potential bekommen Israel von der Bildfläche des Alltags auszulöschen.”

In der Tat ist es eine der Varianten der Ideologie des genozidalen Antisemitismus, die schon Präsident Ahmadinejad, Ayatollah Ali Khamenei und Ayatollah Khomeini predigten.

Aber was lernen wir aus diesen Hassreden? Es gibt hierzulande Wissenschaftler, Journalisten und Politiker, die seit 30 Jahren die „Islamische Republik Iran“ unterstützen und verteidigen. Sie verteidigen eine totalitäre Macht, die das eigene Volk unterdrückt, iranische Frauen entrechtet und die Angehörigen der Bahai-Religion im Iran vernichten will, um einige eklatante Beispiele zu nennen.

In letzter Zeit spielen sich manche Apologeten des neuen Totalitarismus sogar als Friedensengel auf, als ob eine Gefahr für die Welt nicht von den totalitären Machthabern im Iran ausginge. Wenn eines Tages die dunkle islamistische Herrschaft im Iran Geschichte geworden ist, werden die Verteidiger der Diktatur nicht mehr sagen können: „Wir wussten es nicht.“



Erläuterung: Den Nahen Osten nennt man im Iran den Mittleren Osten.

### **Iran: „Wir brauchen einen Vorwand und 24 Stunden Zeit um Israel zu vernichten“<sup>43</sup>**

Der Kleriker Ali Schirasi soll über fünfzig Bücher geschrieben haben und zu den engen Mitarbeitern des iranischen Revolutionsführers Ali Khamenei gehören. Vom religiösen Rang her ist er ein Hojatulislam Walmuslemin und vertritt den „Rahbar, „den Führer“ bei den Quds-Brigaden, die in Syrien helfen den Kampf der Opposition blutig zu zerschlagen.

Die US-Regierung hat die Quds-Brigaden auf die Liste von terroristischen Organisationen gesetzt und die Europäische Union hat im September 2011 gegen sie Sanktionen verhängt. Die EU-Sanktionen wurden wegen der Hilfe, die die „Islamische Republik Iran“ dem Assad-Regime zukommen lässt, verhängt. Das alles stört aber die iranischen Machthaber nicht. Sie geben Milliarden Dollar dafür aus, Assad an der Macht zu halten.

Schirasi sagt, dass für den Iran noch keine Notwendigkeit entstanden sei, in Syrien so wie im Libanon oder in Gaza zu intervenieren. Die syrische Regierung und Armee seien stark genug, um gegen ihre Feinde zu kämpfen.

Schirasi betont, dass der Iran allen Staaten, auch Syrien, die Erfahrungen der Islamischen Revolution zur Verfügung stelle. Er meint, dass die syrische Regierung Probleme bei der Bekämpfung der syrischen „Terroristen“, gemeint ist die syrische Opposition, habe, weil Syrien nicht über solche Volkseinheiten wie die Bassij-Kräfte verfügen würde. Ali Schirasi geht eigentlich davon aus, dass niemand einen Krieg gegen den Iran wagen würde und daher die Wahrscheinlichkeit eines Krieges nur gering sei. Der islamistische Staatskleriker meint aber, dass die israelische Regierung möglicherweise einen Fehler machen könnte, der zum Krieg führen würde. Im Falle eines Krieges würde die muslimische Ummat den Krieg gewinnen, denn die islamische Welt habe erkannt, dass es keinen Sinn mache zwischen Sunniten und Schiiten zu unterscheiden. Dies alles ist zwar nur iranische Staatsideologie und hat wenig mit der gespaltenen Realität in der islamischen Welt zu tun, dennoch zeigen die Worte des iranischen Staatsklerikers wie entschlossen die iranischen Machthaber in den Krieg ziehen könnten.

Schirasi pocht darauf, dass der Iran die sunnitische Welt nie zur Schia bekehren wollte, denn die Sunniten seien auch Muslime. Der Iran habe die Sunniten in Afghanistan und in Irak und auch die Muslimbrüder in Ägypten unterstützt.

---

<sup>43</sup> <http://europeandemocracy.eu/2012/10/iran-we-only-need-an-excuse-and-24-hours-to-destroy-israel/>, 03.10.2012



Die ägyptischen Muslimbrüder seien iranische Verbündete, wenn sie gegen Israel kämpfen würden. Das Ziel sei, den Kampf gegen Israel und gegen die USA mit allen verbündeten muslimischen Regierungen fortzusetzen.

Ali Schirasi meint, dass der Iran nicht wie die USA militärische Basen in anderen Ländern errichte, sondern beispielsweise in Syrien nur beratend präsent sei. Die iranischen Quds-Einheiten würden Syrien nicht besetzen, sondern die syrische Armee nur beraten.

Ali Schirasi gibt dabei zu, dass der Iran nicht nur in Syrien aktiv sei, sondern auch in den USA einflussreiche Kräfte besitze. Er hat aber nicht verraten, wen er meint.

**Genozidaler Antisemitismus:** Ali Schirasi betont, dass der Iran jede Kraft unterstützen werde, die irgendwo auf der Welt gegen Israel kämpfen wolle.

Der iranische Staatskleriker sagte: „Wir brauchen einen Vorwand und 24 Stunden Zeit um Israel zu vernichten.“

Die „islamische Republik Iran“ ist bestrebt das technologische Potential zum Bau einer Atombombe zu erlangen.

Der Vorsitzende der Kommission für Außenpolitik und Nationale Sicherheit, Mansour Haqiqatpur, hat indessen die 5+1-Gruppe gewarnt. Der Iran würde, falls in Zukunft die Verhandlungen scheitern, die Urananreicherung auf 60 Prozent erhöhen. Ein iranischer General hatte schon vor einigen Monaten bekannt gegeben, dass iranische Kriegsschiffe für ihren Motor hoch angereichertes Uran brauchen. Experten halten dies für eine Ausrede und gehen davon aus, dass der Iran langsam die rote Linie überschreiten, die „Zone der Immunität“ erreichen und in den Besitz einer Atombombe kommen könnte.

Der diplomatische Zug von Ahmadinejad, wieder an den gescheiterten Verhandlungen von Istanbul anzuknüpfen, ist nicht mehr als ein Trick, denn der Iran will sein Urananreicherungsprogramm nicht beenden. Ahmadinejad hat die Bereitschaft gezeigt, dass der Iran 1.200 Kilogramm niedrig angereichertes Uran in die Türkei exportieren würde, ohne sein Anreicherungsprogramm zu beenden. Als Gegenleistung solle der Iran 120 Kilogramm Uran mit einem Anreicherungsgrad von 20 Prozent für medizinische Zwecke erhalten. Das wäre für den Iran eine doppelte Gewinnsituation. Die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) hätte weder die Kontrolle des iranischen Atomprogramms durchgesetzt, noch das iranische Urananreicherungsprogramm gestoppt. Zumal kein Labor in der Welt Hunderte von Kilogramm angereicherten Urans für medizinische Zwecke einsetzen kann.

Damit geht das Problem des iranischen Atomprogramms in die nächste Eskalationsstufe.





Indessen berichten iranische Exilmedien am 3.10.2012, dass es in Teheran zu Demonstrationen gekommen sei. Die Proteste richten sich gegen die staatliche Wirtschaftspolitik und gegen den Verfall der iranischen Währung. Die iranische Anti-Aufstandspolizei schießt scharf auf die Demonstranten.

### **Propaganda für eine Terrororganisation aus dem Bundespressehaus?<sup>44</sup>**

Darf eine deutschsprachige Nachrichtenagentur mit Sitz im Bundespressehaus in Berlin offen Propaganda für eine Organisation betreiben, die vom Bundesgerichtshof als eine terroristische Organisation eingestuft worden ist?

Laut einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 3.12.2004 gilt die Hamas als eine terroristische Organisation. Sie wurde deshalb verboten. Im Urteil des Bundesverwaltungsgerichts heißt es: „HAMAS ist ein einheitliches Gebilde, bei dem die sozialen Aktivitäten, die von den der Organisation zuzuordnenden so genannten Sozialvereinen entfaltet werden, nicht von dem militärischen (terroristischen) und politischen Vorgehen von HAMAS getrennt werden können. Mithin ist eine Unterstützung solcher Sozialvereine als mittelbare Unterstützung der terroristischen Aktivitäten von HAMAS anzusehen.“

In einem anderen Abschnitt heißt es in dem Urteil, dass bestimmte Sozialvereine anhand von „Indizien“ der Hamas zugeordnet werden können. Es heißt: „Solche Indizien sind insbesondere das Bestehen einer personellen Identität zwischen führenden Vereinsmitgliedern und HAMAS-Führern oder HAMAS-Aktivisten, die Übernahme und das Propagieren ideologischer Grundüberzeugungen von Hamas...“

Es geht um <http://german.irib.ir/>. Diese staatliche Nachrichtenagentur der „Islamischen Republik Iran“ ist mit iranischen Nachrichtenagenturen wie Farsnews oder Mehrnews gleichgeschaltet und übernimmt deren Berichterstattung. Es geht nicht darum, dass IRIB als Sozialverein der Hamas zugeordnet wird, sondern darum dass IRIB die politische Identität der HAMAS affirmativ propagiert. Es geht um Propaganda für eine in Deutschland verbotene Terrororganisation.

Iran unterstützt offen die Terrororganisation der Hamas. Eine politische Nähe der iranischen Staatsdoktrin zur Hamas-Ideologie in puncto der ideologischen Zielsetzung der Zerstörung Israels kann kaum geleugnet werden.

Darf in Deutschland eine islamistische Nachrichtenagentur in deutscher Sprache terroristische Gewaltanwendung zur Durchsetzung politischer, religiöser und sonstiger Belange unterstützen?

---

<sup>44</sup> <http://europeandemocracy.eu/2012/10/is-terror-propaganda-being-openly-disseminated-in-germany/>  
19.10.2012



Muss nicht die propagandistische Arbeit der iranischen Nachrichtenagentur, die vom Bundespressehaus agierend den Terrorismus gegen Israel verherrlicht, als Volksverhetzung verurteilt und verboten werden? Darf aus dem Haus des Bundespresseamtes offen Propaganda für Hamas und Islamischer Jihad gemacht werden?

Eine besonders aktuelle Form des Antisemitismus richtet sich gegen den Staat Israel und ist antizionistisch. Diese fordert in verschiedenen Formen die Zerstörung Israels. Die Ideologie dieser Organisationen artikuliert sich und handelt in Form des Vernichtungsantisemitismus. Darf diese Form der Volksverhetzung in der Bundesrepublik Deutschland ungestraft bleiben?

Bundesinnenminister Friedrich verurteilte am 17.10.2012 im deutschen Bundestag den Antisemitismus dieses Genres als er sagte: „Das Thema Antisemitismus wird aber auch von außen an unser Land herangetragen. Für islamistische Aktivisten und Organisationen weltweit sind Antisemitismus und Ressentiments gegen Juden ein nahezu selbstverständlicher Bestandteil ihrer Propaganda und ihrer Ideologie.“

Darf eine im Bundespressehaus agierende Nachrichtenagentur des Iran offen und nur scheinbar neutral Propaganda für die Hamas betreiben? Wird diese Form der staatlichen Terrorpropaganda und des Antisemitismus nicht durch IRIB an Deutschland herangetragen?

Wenn am 17.10.2012, als der Bericht des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus im Bundestag diskutiert wurde, doch keine Sonntagsreden gehalten wurden, wie ernst will denn dann die deutsche Politik den „Kampf gegen Antisemitismus“ führen?

Ist German.trib nicht der verlängerte ideologische Arm der Propagandamaschinerie einer totalitären Diktatur, wenn sie sich brüstend warnt, dass Hamas „zukünftig Soldaten des zionistischen Regimes festnehmen und an einen unbekanntem Ort bringen“ werde? Geradezu jubelnd warnt die iranische Nachrichtenagentur vom doch so schicken Bundespressehaus aus, dass Abu-Obaida, Sprecher der militärischen Abteilung der Hamas „ähnliche Entführungen wie den Fall von Gilad Schalit ankündigt.“ Eine solche Warnung wurde just am 18. Oktober 2012 von IRIB an die deutschsprachige Kundschaft vermittelt.

Das Klientel von IRIB versteht die Botschaften der iranischen Nachrichtenagentur in Berlin besser als manche hierzulande es wahr haben wollen. Unter einem Text der German.trib, der noch im Oktober erschien, schrieb ein deutschsprachiger Leser:

“Die Israehölle ist ein illegitimes Gebilde, es dürfte sie eigentlich gar nicht geben.”

Gibt es etwa die Chance in der Bundesrepublik Deutschland, dass Volksverhetzung als Volksverhetzung anerkannt wird, auch wenn es mit der Diktatur, die diese Form



der Hasspropaganda seit Jahrzehnten nach Deutschland exportiert, immer noch gute diplomatische und wirtschaftliche Beziehungen gibt?

### **Iran finanziert den asymmetrischen Krieg gegen Israel und die USA<sup>45</sup>**

Der Export der islamischen Revolution ist ein zentrales Ziel der Staatsdoktrin der „Islamischen Republik Iran.“ Deswegen werden seit Jahren terroristische Organisationen wie die Hamas und Hisbollah vom islamistischen Regime des Iran unterstützt. Für die totalitären Machthaber des Iran machen solche Investitionen in den Terrorismus Sinn. Damit können sie ihrem antisemitischen Wahn der Zerstörung Israels einen Schritt näher kommen: Allein im Jahr 2012 feuerten Hamas und die mit ihr befreundeten militanten Splittergruppen über 800 Raketen auf Israel ab. Die iranischen Machthaber sind die Hauptprofiteure der terroristischen Gewalt gegen Israel.

Das iranische Regime hat seit Jahren mit dem Export von Raketen Hamas und die Hisbollah militärisch gestärkt, damit diese einen Stellvertreterkrieg für die totalitäre Diktatur führen, die im Schatten eines neuen Nahostkrieges ihr Atomprogramm weiter ausbauen kann. Tatsächlich führen Hamas und die Hisbollah seit Jahren einen Kleinkrieg gegen Israel. Bei den Raketenangriffen der Hamas, aber auch der Hisbollah, gegen Israel handelt es sich längst um eine Form des Kleinkrieges. Denn welche Terrororganisation verfügte jemals in der Geschichte über Tausende von Raketen wie die Hamas und die Hisbollah, die sich aus dem Iran beliefern lassen.

**Iranische Medien propagieren den Terrorismus.** Die iranischen Islamisten verbreiten mit Hilfe ihrer staatlichen Propagandamaschinerie die Ideologie des Märtyrertodes und der terroristischen Gewalt. Ein Beispiel dafür lieferte ein iranischer Experte der „nationalen Sicherheit“, Delawar Pureqdam Mostafa, am 13.11.2012 in der iranischen Nachrichtenagentur Farsnews, die von Revolutionsgardisten geführt wird. Der Beitrag dieses Propagandisten der Todeskultur des islamistischen Terrorismus wurde in Dutzenden von iranischen Medien erneut veröffentlicht. Solche Berichte finden sehr schnell auch Eingang in islamistische Medien der arabischen Welt. Das Verständnis vom „Widerstand“ des Experten D.P. Mostafa widerspiegelt die iranische Staatsdoktrin.

**Religiöse Verbrämung des Terrorismus.** D.P. Mostafa propagiert die Kultur des „Märtyrertums, die zu einer neuen Form der militärischen Verteidigung“ führe und in iranischen Militärstudien unter dem Begriff der „Doktrin der asymmetrischen Verteidigung“ bekannt geworden sei. Es muss an dieser Stelle angemerkt werden,

---

<sup>45</sup> <http://europeandemocracy.eu/wp-content/uploads/wp-post-to-pdf-enhanced-cache/1/iran-financing-an-asymmetrical-war-on-israel-and-the-us.pdf> 16.11.2012



dass Islamisten die von ihnen ausgeführte Gewalt stets als Verteidigung legitimieren, damit die terroristische Gewalt auch religiös verbrämt werden kann. Dem iranischen „Experten“ D.P. Mostafa zufolge werde der „asymmetrische Krieg“ geführt, um „den Feind zu schwächen und von dessen Schwachstellen Nutzen zu ziehen.“

**Asymmetrischer Krieg gegen Israel und USA.** Der iranische Sicherheitsexperte schreibt, der „asymmetrische Krieg“ sei so wichtig, dass sich sogar das US-amerikanische Verteidigungsministerium damit befasse. Die Kampfmethoden der „Islamischen Republik Iran“, der libanesischen Hisbollah und der Hamas würden auf der „asymmetrischen Verteidigungsdoktrin“ beruhen. Die „Islamische Republik Iran“ setze diese Strategie der „asymmetrischen Verteidigung“ gegen den US-amerikanischen Feind ein und Hamas und Hisbollah würden mit derselben Strategie gegen Israel kämpfen, so Mostafa, der iranische Experte.

**Wie aus einem Lehrbuch für Terroristen.** Der iranische Experte meint, dass der asymmetrische Krieg der Hamas, der Hisbollah und des Iran Lehren aus den „Prinzipien der Guerilla und des Partisanen-Krieges“ gezogen hätten. Man dürfe sich niemals in eine Symmetrie mit dem Feind begeben. Die Kämpfer müssten tragbare Ausrüstung haben und auch auf unteren Ebenen selbständige Entscheidungen treffen können. Mostafa schreibt: „Die Märtyreroperationen gegen amerikanische Militärs in Beirut sind ein Beispiel für den asymmetrischen Krieg. Diese Strategie habe dazu geführt, dass die Amerikaner Libanon verlassen mussten. Er gibt damit zu, dass die Bombenanschläge auf die multinationalen Hauptquartiere in Libanon am 23. Oktober 1983, von der Hisbollah getätigt worden sind, mit iranischer Unterstützung. Dabei starben 241 US-Soldaten und 58 Franzosen. Mostafa, der iranische Experte, jubelt, dass die libanesische Hisbollah es sogar geschafft habe „geheime militärische Informationen aus Israel“ zu bekommen, was die „israelischen Strategen zur Verzweiflung“ gebracht habe.

**Die Raketenrüstung der Hisbollah und der Hamas stammt aus dem Iran.** Mostafa schreibt ganz offen, dass die libanesische Hisbollah beispielsweise beim Angriff am 12. Juli 2006 erfolgreich „iranische Raketen“ eingesetzt habe. Die Raketenabwehr Israels sei nicht für die Kurzstreckenraketen geeignet, die Iran der Hamas und der Hisbollah geliefert habe, sondern sei gebaut worden, als Saddam Hussein 1991 einen Raketenangriff gegen Israel durchführte. Im Juli 2006 habe die Hisbollah Raketen von „mobilen Abschussrampen“ aus geschossen. Es sei daher für Israel sehr schwierig diese Raketen abzufangen.

**Iranische Marine gegen die USA.** Der iranische „Experte“ Mostafa malt sich einen vielschichtigen Krieg aus. Hamas und Hisbollah gegen Israel und der Iran gegen die USA. Mostafa glorifiziert die militärischen Kunststücke der iranischen Marine. Schnellboote könnten Sprengstoff transportieren, Ausrüstung für U-Boote liefern, magnetische Mienen anbringen. Der Iran verfüge zudem über Boote, die dem



feindlichen Radar entkommen können und „elektronische Kriege“ durchführen können, berichtet wohlgermerkt Farsnews.

Tatsächlich besitzen die von D.P. Mostafa beschriebenen Methoden der iranischen Marine höchst subversiven Charakter. Beispielweise schreibt er, dass die Marine, ihre mit Kanonen ausgerüsteten Boote so verdecken könne, dass diese nicht als militärische Boote erkannt werden könnten. Damit könnten diese leichter große Schiffe im Persischen Golf angreifen. Die Zielscheibe sind die USA und ihre Marine. Der gegenwärtige Konflikt im Nahen Osten ist vor allem ideologisch bedingt. Das Mutterland des Islamismus - so das Selbstverständnis der iranischen Islamisten - unterstützt und finanziert seit Jahren Terrorbewegungen wie Hamas und Hisbollah. Der Islamismus ist die größte Barriere für einen Frieden im Nahen Osten. Europa hat Hamas als eine terroristische Organisation eingestuft. Es wird Zeit, dass die Europäische Union auch die Hisbollah als eine Terrororganisation klassifiziert.

### **20.000 iranische Bassij-Kämpfer wollen nach Gaza, um gegen Israel zu kämpfen<sup>46</sup>**

Der Iran leistet seit Jahren militärische Hilfe für terroristische Organisationen, wie die Hamas und Hisbollah. Die Machthaber der „Islamischen Republik Iran“ wollen Gaza zu einer iranischen Front gegen Israel aufbauen.

20.000 Bassij, eine Reservearmee der iranischen Revolutionsgardisten, haben sich laut Farsnews bereit erklärt nach Gaza zu gehen, um dort gegen Israel zu kämpfen. Am letzten Freitag haben Tausende Menschen auf einer antiisraelischen Demonstration in Teheran gerufen: „Israel, die Armee des Islam steht bereit.“ Und an „Tod Israel und Tod Amerika“ Parolen hat es auch nicht gemangelt. Iranische Jihadisten warten offenbar auf den Befehl des Revolutionsführers Ali Khamenei nach Gaza zu ziehen.

**„Tod ist besser als Schande und Erniedrigung“.** Es ist keineswegs erstaunlich, dass 20.000 iranische Jihadisten als Freiwillige in Gaza gegen Israel kämpfen wollen, wenn iranische Politiker ständig gegen Israel Propaganda betreiben und den Krieg gegen Israel schüren: Kein Geringerer als der Vorsitzende des Islamischen Pseudoparlaments, Ali Larijani, forderte sogar, dass „die islamischen Staaten militärische Hilfe für Palästina leisten sollten.“ Er sagte laut Farsnews: „Tod ist besser als Schande und Erniedrigung.“

Ali Larijani legitimierte den Krieg gegen Israel mit einem historischen Vergleich, mit Yezid und Shemr. Zur Erklärung: Die Schiiten gedenken am zehnten Tag des

---

<sup>46</sup> <http://europeandemocracy.eu/2012/11/20000-basij-fighters-ready-to-fight-israel/> 18.11.2012



islamischen Monats Muharram dem Tod von Imam Husain in Kerbala. Zu den Feinden von Imam Hussein zählten Yezid und dessen Militärführer Shemr. Ali Larijani vergleicht Israel mit den religiösen und historischen Hauptfeinden der Schiiten, Yezid und Shemr, um den Krieg gegen Israel religiös zu legitimieren und militärisch zu schüren.

**Iranische Religionspolitiker hetzen gegen Israel:** Allaedin Borujerdi, Mitglied der Kommission für nationale Sicherheit und Außenpolitik des islamistischen Pseudoparlaments, sagte gegenüber Farsnews, dass die Krise in Syrien erzeugt worden sei, damit die „Achse des Widerstandes“ geschwächt werde. Syrien sei die „erste Linie der Front gegen das zionistische Regime und ein Unterstützer von Hamas, von Jihade Islami und von Hisbollah.“

Der iranische Staatskleriker Hojatulislam walmuslimin Ali Akbar Wossugi sagte: „Jetzt ist die Zeit der Einheit der islamischen Welt gegen die Zionisten“, berichtete Farsnews.

Ein anderer iranischer Staatskleriker Hojatulislam Mohammad Hamidinejad sagte, dass „alle freiheitsliebenden Muslime aufstehen müssen.“ Es zeugt nur von der Perfidie iranischer Religionspolitiker, die von „freiheitsliebenden Muslimen“ sprechen, als ob die Iraner nicht seit 34 Jahren die Unfreiheit des im Iran herrschenden Islamismus genossen hätten.

### **Terroristenkonferenz in Teheran<sup>47</sup>**

In Teheran fand am 28.11.2012 eine Konferenz zur Auswertung des achttägigen Gaza-Krieges statt. Stargäste waren Khaled Ghodumi, Vertreter der Hamas und Nasser Abu Scharif, Vertreter der „Bewegung des palästinensischen Islamischen Jihad“.

Salah Zawawi, der palästinensische Botschafter in Teheran nahm auch an dieser Konferenz teil. Die iranische Nachrichtenagentur ISNA zitierte den palästinensischen Botschafter Zawawi wie folgt: „Ich erkläre hiermit mit Stolz, dass der militärische Flügel der Hamas nach einem Syrer benannt ist. Er heißt Izzedine al-Qassam, ein Held der islamischen Welt.“

Salah Zawawi sagte: „Wenn der Iran uns eine Rakete gibt, dann müssen die arabischen Regierungen uns zehn Raketen geben.“ Er sagt, dass die Hamas den „Krieg wegen den iranischen Waffen gewonnen habe.“ Natürlich würden die arabischen und andere islamischen Regierungen helfen, aber nicht genug.

---

<sup>47</sup> <http://europeandemocracy.eu/2012/11/terrorist-conference-in-tehran/> 30.11.2012



**Waffenstillstand ist nicht das Ziel.** Nasser Abu Scharif sagte gegenüber der ISNA, dass die „Widerstandsformen“ sich verändert hätten. Während der Oslo-Verhandlungen und den beiden Intifada-Aufständen seien noch „Märtyreraktionen“, gemeint sind terroristische Selbstmordanschläge, üblich gewesen. Abu Scharif betont, dass inzwischen unterschiedliche Kampfmethoden eingesetzt werden würden. Die Organisation der Jihade Islami habe Raketen gebaut und diese bei verschiedenen kriegerischen Auseinandersetzungen eingesetzt, wie z.B. im Jahr 2008. Abu Scharif betont, dass Jihade Islami aus Gaza Tel-Aviv und Jerusalem mit Raketen angegriffen hat und damit „alle roten Linien überschritten habe.“ Eine solche Überschreitung der roten Linien ist für Abu Scharif natürlich ein positiver Schritt.

Abu Scharif sagte: „Aus der Perspektive der Widerstandsbewegungen sind ein Waffenstillstand und eine Waffenruhe nicht das Ziel und sind vielleicht nur eine vorläufige Station. Wir müssen zunächst die Bedürfnisse der Menschen verstehen. Dann müssen wir uns für einen ernsthaften Kampf gegen Israel und für die Befreiung des gesamten palästinensischen Gebiets vorbereiten. Wir hoffen, dass bald alle Vorkehrungen getroffen werden und wir aus der gegenwärtigen Ruhe den höchsten Nutzen ziehen können. Wir müssen das palästinensische Volk und die arabische Ummat für den letzten Kampf gegen die Zionisten vorbereiten.“

Laut ISNA ist für Scharif die „einzige Alternative zum Widerstand der Widerstand.“ Er sagte erneut: „Im Kampf gegen den zionistischen Feind werden wir nicht auf das geringste Stück Erde verzichten bis das gesamte palästinensische Gebiet befreit ist. Abu Scharif meinte: „Aus unserer Sicht, ist die Existenz von Israel illegal.“

**Hamas: Islamische Regierungen sollen keine Verbindung mit Israel haben.** Khaled Ghodumi, Vertreter der Hamas in Teheran meinte: „Jeder Sieg von uns gehört allen Muslimen.“ Auf die Frage, ob Ghodumi mit der gegenwärtigen Politik der arabischen und islamischen Regierungen zufrieden sei, antwortete er: „Es mag sein, dass manche Regierungen uns finanzielle Hilfen leisten wollen und uns vielleicht Waffen geben wollen, aber für uns ist es wichtig, dass die arabischen und islamischen Regierungen nicht die geringste Verbindung mit dem zionistischen Regime haben.“

Ghodumi meint: „Israel muss seine vollständige Isolation fühlen und sich als ein unbeliebtes Element betrachten.“ Ghodumi gab zu, dass in Gaza Raketen gebaut würden, die eine Reichweite von 75 km haben.

Es muss an dieser Stelle vermerkt werden, dass im Gazastreifen die aus dem Iran importierten Teile montiert werden. D.h. Gaza hat eine iranische Raketenmontageindustrie, die keineswegs der Wirtschaft der Hamas nutzt.

**„Künstlicher Staat Israel“.** Aus Anlass der Abstimmung über einen palästinensischen Beobachterstaat bei der UN-Vollversammlung ließ der iranische Präsident Ahmadinejad seine Rede vorlesen. Darin stellte er das Existenzrecht



Israels in Frage. Er sprach erneut von einem „künstlichen Gebilde“, das zur „Ursache der Instabilität und des Aufruhrs in der Region“ werde. Ahmadinejad meinte, dass der „beste Weg für die Lösung des palästinensischen Themas freie Wahlen“ seien. Er forderte, dass „alle Palästinenser, muslimische, christliche und jüdische“ an den Wahlen zur Gründung eines palästinensischen Staates teilnehmen sollten.“ Der militante Weg zur Zerstörung Israels ist in der iranischen Staatsdoktrin die notgedrungene Alternative.

Ahmadinejad sagte: „Ohne Zweifel ist die Zeit des Zionismus und der Besatzung vorbei.“

Tatsächlich fordern iranische Islamisten neben ihrer Zerstörungsideologie ein Referendum, an dem alle Palästinenser, auch die Kinder von palästinensischen Flüchtlingen, die in Rom, London oder Berlin geboren sind, teilnehmen sollten. Damit wird fiktional auf ein Mehrheitsvotum gesetzt, um schließlich den Staat Israel aufzulösen.

### **Iran: Ali Larijani spricht von Israel als „Krebsgeschwür“<sup>48</sup>**

Ali Larijani, Vorsitzender des iranischen Pseudo-Parlaments, besuchte die achte Konferenz der „Islamischen inter-parlamentarischen Union“ am 21. und 22. Januar 2013 in der sudanesischen Hauptstadt Khartum. Dort hetzte er insbesondere gegen die USA und gegen Israel.

In der sudanesischen Hauptstadt Khartum warnte der iranische Politiker Larijani vor einer Spaltung der islamischen Staaten. Davon würden nur die Großmächte profitieren. Er forderte eine einheitliche Politik der islamischen Staaten gegenüber dem Westen.

Gleichzeitig verteidigt Ali Larijani die Expansion der militärischen Aktivitäten des Iran. Er sagte in Bezug auf das militärische Manöver, das der Iran im Roten Meer durchführen will: „Solche militärischen Manöver stellen einen Teil der Übungen dar, die eine effektive Kraft besitzt, die die Notwendigkeiten der Zeit erkennt,“ berichtet das Forschungszentrum des iranischen Pseudo-Parlaments, Majless am 23. Januar 2013. Zudem geht Ali Larijani nicht auf die Rolle iranischer Revolutionsgardisten bei der Aufstandsbekämpfung in Syrien ein.

Er betonte, dass der Iran eine andere politische Position habe als manche arabische Staaten in Bezug auf Syrien. Iran sei „gegen eine ausländische Intervention“ in Syrien. Larijani begründete seine Ablehnung einer militärischen Einmischung in Syrien wie folgt: „Nur Amerika und der Weltzionismus sind die Nutznießer“ einer westlichen militärischen Aktion, berichtete das Forschungszentrum des iranischen Pseudo-Parlaments am 23.1.2012.

---

<sup>48</sup> <http://europeandemocracy.eu/2013/01/chair-of-the-iranian-parliament-israel-is-a-cancerous-tumour/>

23.01.2013





Larijani ging auch nicht auf die Frage ein, warum der Iran ein atomares Anreicherungsprogramm braucht, das mitnichten für ein ziviles Atomprogramm eingesetzt werden kann. Stattdessen beruhigte er seine Zuhörer damit, dass das Kraftwerk in Bushehr ungefährlich sei und „gemäß der internationalen Standards“ arbeite und daher keine radioaktive Strahlengefahr davon ausgehe.

Larijani meint, dass die Atomtechnologie des Iran einheimisch sei. Iran reagiere daher nicht auf Druck. Er fuhr fort: „Sie haben gesehen, dass der wirtschaftliche Druck keine Ergebnisse zeitigte. Iran wird seine Technologie weiterentwickeln.“

In Bezug auf Israel bleibt Ali Larijani weiterhin hart und antisemitisch. Er ist der Meinung, dass „eine Versöhnung mit Israel den Palästinensern keine Errungenschaft gebracht habe und bringen werde.“

Larijani sagte: „Israel ist für den Nahen Osten wie das Problem eines Krebsgeschwürs. Die Islamische Republik Iran hat von Anbeginn der Revolution die Muslime vor dieser Gefahr gewarnt.“ Es sei daran erinnert, dass der iranische Revolutionsführer Ali Khamenei die Muslime aufgefordert hatte, ein solches „Krebsgeschwür“ heraus zu operieren.

Larijani sagte ferner: „Sie wissen alle, dass die Palästinenser nichts von den Vorstellungen halten, die eine Versöhnung mit Israel verfechten.“

Er fügte hinzu: „Wir haben verschiedene Kräfte, unter anderem die Hamas, Jihade Islami, Hisbollah unterstützt und heute können wir nach den 8-tägigen, den 22-tägigen und den 33-tägigen Kriegen beurteilen, welche Ideen realistisch sind.“

Er sagte, dass „der Westen die beißende Antwort des Iran auf einen militärischen Angriff fürchtet.“ Iran habe zwar wirtschaftliche Probleme, habe aber ausreichend technologisches Potential um Staaten wie dem Sudan zu helfen. Der Sudan ist ähnlich wie der Iran eine „Islamische Republik“ und zählt zu den Waffenlieferanten der terroristischen Organisation der Hamas.

Tatsächlich hatten vor einigen Monaten iranische Politiker zugegeben, dass iranische „Militärberater“ in Syrien aktiv seien. Russland und die „Islamische Republik Iran“ halten an der Macht des Assad-Regimes fest.

### **Islamistischer Antisemitismus made in Iran<sup>49</sup>**

Deutlicher kann der iranische Antisemitismus nicht sein. Weil das französische Magazin *Charlie Hebdo* zum dritten Mal Mohammad-Karikaturen veröffentlicht, will der Iran erneut ein antisemitisches Karikaturen-Festival zum Thema Holocaust organisieren.

Wie die Farsnews berichtete, kündigte Masud Schojai Tabatabai an, dass er als Reaktion auf die Arbeit des französischen Magazins ein Karikaturen-Festival organisieren will.

---

<sup>49</sup> <http://europeandemocracy.eu/2013/01/made-in-iran-islamist-anti-semitism/> 10.1.2013



Nach den Aussagen von Schojai wurde das erste Karikaturen-Festival als Reaktion auf die Mohammad-Karikaturen der dänischen Tageszeitung *Jyllands-Posten* organisiert.

Es gibt keine Erklärung für eine solche antisemitische Reaktion. Man könnte bestenfalls annehmen, dass die Logik der iranischen Staatsfunktionäre wie Masud Schojai Tabatabai ist, dass wenn der Westen die Tabus der islamistischen Diktatur durchbricht, wird auch der Iran das Tabu der Holocaustleugnung brechen. Zudem setzt Schojai an der antisemitischen Staatsdoktrin des Iran an, wenn es um antiisraelische Propaganda geht.

**Antisemitische Propaganda oder was hat das Schulmassaker in Newtown mit Juden zu tun?** Die antisemitische iranische Staatspropaganda rechnet willkürlich das Blutbad an einer Schule in Newton direkt Juden zu. Ali Haj Mohammadi, der Autor eines Beitrages der staatlich finanzierten iranischen Website *qodsna.com* meint tatsächlich, dass die von Zionisten kontrollierten Medien in den USA nicht die Wahrheit geschrieben hätten. Der Mörder von Newton, Adam Lanza sei „ein Jude gewesen. Er ist in einer jüdischen Familie und in einer jüdischen Familienatmosphäre aufgewachsen.“

Adam Lanza sei an einer Krankheit namens Asperger erkrankt, die unter den „westlichen Juden“ sehr verbreitet sei. Die aschkenasischen Juden seien dieselben Juden, die in den „besetzten Gebieten die Palästinenser weiter unterdrücken.“ Weiterhin heißt es: „Lanza war auch ein aschkenasischer Jude, der die anderen hasste. Aber niemand hat seine Krankheit erkannt.“ Aber auch die Opfer des Massakers seien hauptsächlich jüdische Kinder gewesen.

In einem weiteren Artikel, der ebenfalls in qodsna.com erschienen ist, schreibt ein antisemitischer Autor, dass die „zionistische Lobby in den USA Druck ausübt um neue Waffengesetze durchzusetzen.“ *Qodsna* schreibt, dass die Rabbiner der jüdischen Gemeinden in den USA diesen Schritt jetzt unternommen hätten, weil Lanza ein Jude gewesen sei. Dies würde aber den Hass der US-Amerikaner gegen Juden noch mehr steigern. Zudem behauptet der Autor des Beitrages, dass der Zorn der US-Amerikaner gegen Juden wachse, weil viele sehen würden, dass die „Juden sich in Palästina wie Nazis verhalten.“

Wayne Madson, ein US-amerikanischen Islamist, der regelmäßig Beiträge für den iranischen Auslandssender *Presstv* schreibt, hat auch Anhänger unter den antisemitischen Islamisten der *Qodsna*. Eine Frau, Parvane Karimi, übersetzte seinen Beitrag für *Qodsna.com*. Darin vergleichen *Presstv* und *Qodsna.com* Israels Siedlungspolitik mit dem Weltmachtanspruch der Nazis. *Qodsna.com* zählt zu den offen antisemitischen, d.h. antijüdischen und antiisraelischen Websites des Iran, die staatlich finanziert werden.



## **Iran: Antisemitische Propaganda gegen jüdische Organisationen<sup>50</sup>**

Mashreghnew veröffentlichte am 22. August 2013 einen Artikel mit dem Titel „Die zionistischen Amerikaner“. Dieser Artikel widerspiegelt den puren Antisemitismus der iranischen Staatsdoktrin.

Die ideologische Zielsetzung des Artikels sollte die Europäer nachdenklich machen. Denn es wird behauptet, dass nur zionistische Kreise ein Interesse an Sanktionen gegen den Iran haben. Jüdische Organisationen werden zu den Schuldigen erklärt, die die Sanktionen gegen den Iran zu verantworten haben. Sie würden die US-Regierung und die europäischen Regierungen zwingen sich gegen eine Normalisierung der US-amerikanisch-iranischen Beziehungen auszusprechen. Es wird höchste Zeit, dass die europäischen und die US-amerikanische Regierungen deutlich machen, dass nicht die „Zionisten“ verantwortlich sind für die Sanktionspolitik.

American Jewish Community, Zionist Organization of America (ZOA) und The Jewish Institute For National Security Affairs (JINSA) werden als drei Organisationen genannt, die die Sanktionspolitik gegen den Iran beeinflussen würden.

Mashreghnews nennt auch Namen wie David A. Harris, Roberta Elman (AJC), Morton Klein (ZOA) und Eric Edelman (JINSA). Diese Organisationen sind für die einflussreiche iranische Zeitung „Pressuregroups“, die die US-Regierungspolitik zugunsten Israels beeinflussen. Sie werden als „zionistische Lobbyorganisationen“ bezeichnet. Diese hätten nicht nur politische Institutionen, sondern auch Wirtschaftsunternehmen unterwandert. Die „Lobbyorganisationen“ seien ein „untrennbarer Bestandteil der US-amerikanischen Außenpolitik gegenüber dem Iran.“ Sie würden versuchen Iran als eine „Bedrohung für die Welt“ darzustellen.

Die „Sicherheit des zionistischen Regimes“ habe die „größte Priorität“ bei der Arbeit von AJC. Diese „Lobbyorganisation“ sei einer „der einflussreichsten Arme des zionistischen Regimes in Amerika und weltweit.“ Weiter heißt es: „Diese zionistische Organisation ist faktisch der diplomatische Arm des internationalen Zionismus.“ AJC täusche vor eine „humanistische“ Organisation zu sein, um so das „Ansehen des zionistischen Regimes zu steigern.“ Davis Harris würde immer wieder über die Relevanz der Sanktionen gegen den Iran sprechen. Die „zionistischen Organisationen“ würden zudem regelmäßig US-amerikanische Politiker zu ihren Konferenzen einladen.

Die ZOA habe in den USA rund 30.000 Mitglieder schreibt Mashreghnews. Morton Klein sei einer der „schärfsten Gegner der Verbesserung der amerikanisch-iranischen Beziehungen.“ Die ZOA kämpfe „gegen die Hamas und Fatah und verfolge die Sanktionen gegen den Iran.“ Die ZOA wird von Mashreghnews kritisiert, weil sie gegen den Antisemitismus kämpfe, indem sie in Schulen und Universitäten versuche die „arabische Propaganda“, die antisemitisch ist, zu stoppen.

---

<sup>50</sup> <http://europeandemocracy.eu/2013/08/anti-semitic-propaganda-in-iran/> 26.08.2013



Die JINSA sei eine andere zionistische Organisation, die im US-amerikanischen Verteidigungsministerium aktiv sei, schreibt Mashreghnews. Diese Organisation habe sich zum Ziel gesetzt sich für die „Sicherheit Amerikas und die Stärkung Israels einzusetzen.“ Die Organisation würde jährlich Reisen von hohen Offizieren der US-amerikanischen Armee nach Israel organisieren.

Auch die Kommentare, die Leser auf Persisch unter den in Mashreghnews erschienen Artikel geschrieben haben, widerspiegeln den im Iran herrschenden Antisemitismus:

Ein Leser bezeichnet die Juden und die Zionisten als „Mäuse“ – im Übrigen ein klassisches antisemitisches Stereotyp.

Ein anderer Leser schreibt, dass „Gott prophezeit hat, dass der Jude leiden wird, weil er die Propheten Gottes getötet und ihnen nicht gehorcht hat.“

Ein anderer Leser dreht die Parole iranischer Demonstranten im Jahre 1999 um, die sich von dem Einsatz iranischer Revolutionsgardisten in Gaza und in Libanon distanziert hatten. In Maschreghnews heißt es nun: „Sowohl Gaza als auch Libanon, ich opfere mein Leben für den Iran. Weder Westen noch Osten, nur die Islamische Republik.“

In einem anderen Artikel, der am 14. August 2013 in Mashreghnews erschienen ist, wurde die Vermutung ausgesprochen, dass der „Held Israels“, der ägyptische General Abdel Fattah al-Sisi „ein Jude“ sei.

Der „Jude“ ist per se ein Feindbild für die Islamisten. Auch die Verwendung des Begriffs „Zionist“ ist als purer Antisemitismus zu bewerten, wenn angesehene jüdische Organisationen wie der AJC als „zionistische Lobbyorganisationen“ in antisemitischer Wendung bezeichnet werden.

Der Einfluss der antisemitischen Presse des Iran auf die arabische Presse ist ebenfalls nicht zu unterschätzen. Al-Jazeera beispielsweise propagierte drei Tage nach Mashreghnews am 17. August 2013 eine solche antisemitische These, wie Memri berichtete.

Mashreghnews verbirgt indessen auch nicht seine stillschweigende Sympathie für Al-Qaida, wenn sie jubelnd am 22. August 2013 berichtet, dass Aiman Az-Zawaheri, früher Chef der Terrororganisation des Islamischen Dschihad und heute einer der Führer der Al-Qaida, die ägyptischen Muslimbrüder verteidigt und ankündigt General Al-Sisi durch einen Terroranschlag zu töten.

In Krisenzeiten nähern sich die islamistischen Terrororganisationen wieder an. Hamas wird nach kurzer Zeit wieder von Iran unterstützt und Al-Qaida will den ägyptischen Muslimbrüdern zur Hilfe kommen. Auch der Iran verschweigt seine Unterstützung von Mursi nicht, auch wenn Mursi zu „moderat“ für die iranischen „Moderaten“ war. Es ergibt sich ein offensichtliches Bild: Die meisten islamistischen Kräfte scheinen gegen die Entmachtung Mursis zu sein. Die Unterstützung der Al-Qaida für die ägyptischen Muslimbrüder erinnert an den Terrorchef Mughnia, der



eine Schlüsselfigur war, die die Fronten der Hisbollah mit denen der Al-Qaida und der „Islamischen Republik Iran“ verbinden wollte.

### **Iran: Al-Quds-Tag 2013 51.**

Der Al-Quds-Tag ist ein Novum in der islamischen Geschichte und wurde von Ayatollah Khomeini erfunden. Der Al-Quds-Tag ist ein Tag der weltweiten Mobilisierung gegen Israel. Der Al-Quds-Tag ist eine der Säulen der antisemitischen Staatsdoktrin des Iran.

Am 8.8.1979 veröffentlichte die iranische Zeitung Ettelaat folgende Sätze des ersten iranischen Revolutionsführers Ayatollah Khomeini: „Ich fordere alle Muslime der Welt und alle islamischen Regierungen auf, den Usurpatoren und ihren Unterstützern die Hände abzuhacken.

Und ich lade alle Muslime der Welt dazu ein, gemeinsam den letzten Freitag im heiligen Monat Ramadan zum Al-Quds-Tag zu machen und ihre internationale muslimische Solidarität zur Unterstützung der legitimen Rechte des muslimischen palästinensischen Volkes zu erklären.“(Ettelaat, 8.8.1979)

Ayatollah Khomeini, der zur „Befreiung“ Jerusalems aufrief, sagte: „Wenn alle Muslime der Welt gemeinsam am Al-Quds-Tag einen Eimer Wasser auf Israel kippen, wird Israel im Wasser versinken.“ Am 31.Juli 2013 zitierte Farsnews Ayatollah Khomeini, der Israel als ein „Krebsgeschwür“ bezeichnet hatte.

Tatsächlich hatte Ayatollah Khomeini in verschiedenen Formulierungen die Vernichtung Israels gefordert. Farsnews zitierte Khomeini, der sagte, dass „alle Regierungen der Region sich ausrüsten sollen, um Israel von der Landkarte auszulöschen.“

Tatsächlich lebt Khomeinis antisemitische Ideologie bis heute weiter. Kein Geringerer als der Bassij-General Seyyed Masud Jaseeri sagte am 31. Juli 2013: „Es wird nicht lange dauern bis das künstliche und usurpatorische zionistische Regime zusammenbricht.“

Auch das totalitäre Organ des Wächterrates rief in einer Erklärung zur Partizipation an den Al-Quds-Demonstrationen gegen die „Verschwörungen des blutrünstigen zionistischen Regimes“ auf. Der iranische Wächterrat geht von der „illegitimen Präsenz Israels auf palästinensischem Boden“ aus. Alle Muslime sollen gegen das „zionistische Regime“ kämpfen, schreibt der Wächterrat und hebt hervor, dass dessen Mitglieder an den Demonstrationen teilnehmen werden.

Ramezan Scharif, Direktor des „Quds-Stabes“, der für die Organisation des Al-Quds-Tages zuständig ist, sagte laut Farsnews am 31. Juli 2013, dass „Frieden, Stabilität und Sicherheit nicht gesichert werden können, solange das usurpatorische zionistische Regime in der Region existiert.“ Er ist ferner der Meinung, dass die „Zionisten nur die Sprache der Gewalt verstehen.“ Ramezan Scharif ist gegen eine friedliche Lösung des Nahost-Konfliktes.

---

<sup>51</sup> <http://europeandemocracy.eu/2013/07/iran-al-qods-day/> 31.07.2013



Farsnews zitiert ferner aus einer Erklärung der Hamas, wonach diese Organisation „niemals die Waffen des Widerstands beiseitelegen werde.“

Die „Wächter der islamischen Revolution“ auch Revolutionsgardisten genannt, gehörten zu den ersten Gruppen, die im Jahr 2013 zur Mobilisierung der Massen aufgerufen haben. In einer Erklärung der Revolutionsgardisten der Stadt Qom wird daran erinnert, dass Khomeini vor 34 Jahren aufgerufen habe an diesem Tag zu demonstrieren. Weiterhin heißt es da: „Die intensiven Bemühungen seitens Amerikas, des zionistischen Regimes und der westlichen Staaten um die syrische Volksregierung zu stürzen und die schweren Konflikte in Ägypten und die unvernünftige Bewegung der Europäischen Union in Hinblick auf die Einstufung der Hisbollah als eine terroristische Organisation haben bewiesen, dass die Einheit der Muslime notwendig ist,“ schrieb Farsnews am 30. Juli. Dabei bezeichnen sie die Hisbollah als das „wahre Symbol des Widerstandes.“

Wie Farsnews am 30. Juli 2013 berichtete, sagte der sunnitisch-afghanische Kleriker Seyyed Ahmad Akhundzadeh aus Herat: „Jerusalem ist das Symbol der Einheit der Muslime.“ Er sagt, dass die Tatsache, dass die „Juden“ es bisher geschafft haben ihre „Besatzungspolitik“ fortzusetzen, an der „Uneinheit der Muslime liege.“

Auch in Deutschland mobilisiert die staatliche iranische Nachrichtenagentur IRIB in persischer, arabischer und deutscher Sprache für den Al-Quds-Tag in Berlin.

### **„Israel muss sich auf einen neuen Holocaust vorbereiten“<sup>52</sup>**

Mashreghnews veröffentlichte am 25. Juni 2013 einen Artikel, in dem vom „Märchen vom Holocaust“ die Rede ist. Ein solches „Märchen“ diene dazu Deutschland zu zwingen Wiedergutmachungen zu zahlen.

Mashreghnews interessiert sich nicht für die Verbrechen, die im Namen des deutschen Volkes begangen wurden. Nein, die iranische Zeitung orientiert sich an rechtsradikalen und neonazistischen Positionen.

Das „Märchen“ vom Holocaust. Mashreghnews schreibt: „Das Märchen vom Holocaust erlaubt den Juden Milliarden von Dollar als Entschädigung von Deutschland und von anderen Ländern zu bekommen.“ Die „Zionisten“ seien immer noch bestrebt unter dem „Vorwand“ des Holocaust das „Bewusstsein der nordamerikanischen und der europäischen Bevölkerung zu beeinflussen, damit diese die Aggressionen Israels akzeptieren.“

Holocaustmuseen seien „Instrumente der Propaganda“, die weltweit aufgebaut würden. Eines der bekanntesten dieser Museen, YadVashem, sei auf den Bergen von En-Kerem in Jerusalem errichtet worden. Die äußeren Wände des Museums seien wie zwei Flügel gebaut worden. Diese Form sei „metaphorisch und betont die Fortsetzung des Lebens nach der Erfahrung des Todes“, schreibt Mashreghnews.

Allein die sprachliche Form, wie die Ermordung von Juden im Nationalsozialismus beschrieben wird, ist höchst zynisch. Es wird immanent unterstellt, dass die Seelen der ermordeten Juden nicht in den Himmel steigen können.

---

<sup>52</sup> <http://europeandemocracy.eu/2013/07/iran-anti-semitism-in-the-media/> 04.07.2013



Man habe in dem Museum ein „dramatisches Klima“ erzeugen wollen, indem die Namen von Millionen Juden, die Opfer des Holocaust geworden sind, aufgelistet seien.

Es wird moniert, dass Google helfe die Erinnerung an den Holocaust wachzuhalten: Ariel Sharon habe zu seiner Regierungszeit sein großes Interesse für eine Zusammenarbeit Israels mit Google hervorgehoben. Die „zionistischen Direktoren“ von Google würden im Dienste von YadVashem stehen. Google arbeite eng mit YadVashem in Jerusalem zusammen. Es sei geplant, dass das „gesamte Archiv des Museums über das Märchen vom Holocaust auf einem Server von Google gespeichert wird.“ Die Zusammenarbeit habe längst begonnen, auch mit Youtube.

Holocaustleugnung. Tatsächlich zitiert Mashreghnews den rechtsradikalen französischen Revisionisten Robert Faurisson, der feierlich als ein weltbekannter Professor gefeiert wird. Faurisson habe in seinem Buch bewiesen, dass die Existenz von Gaskammern eine „Lüge“ gewesen sei. Er habe bewiesen, dass „die Geschichte der Ermordung von Juden in Nazi-Deutschland eine große historische Lüge sei und eine schamlose Überlistung des öffentlichen Bewusstseins.“

Mashreghnews spricht ferner von den „wilden Zionisten, die natürlich solche Lügen verbreiten können.“

Die iranische Zeitung moniert, dass die Generalversammlung der Vereinten Nationen im November 2005 die Leugnung des Holocaust verurteile und den 27. Januar zum Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust erklärt habe.

Mashreghnews schreibt, dass die „zionistische Bewegung“ bestrebt sei die Juden als „unschuldige Unterdrückte“ hinzustellen. Eine solche Wahrnehmung habe dazu geführt, dass der „illegitime zionistische Staat“ entstanden sei. Mit dieser „Methode“ hätten die „Zionisten es geschafft, alle ihre Verbrechen zu verdecken.“

Der Revolutionsführer Mashreghnews zitiert den Revolutionsführer Ali Khamenei, der gesagt hat: „Die Zionisten haben vom ersten Tag an einen propagandistischen Trick angewandt, der Demut und Unterdrückung von Unschuldigen vortäuscht. Viele Märchen und Geschichten wurden erfunden. Sie haben Nachrichten fabriziert. Die anderen haben dann gesagt, dass die Juden wegen des Drucks der Jahrhunderte lang auf ihnen lastete, psychische Probleme bekommen haben und deswegen psychische Sicherheit bräuchten. Die Zionisten haben in ihren Gesprächen mit der Führung der westlichen Welt und dann später in ihren Gesprächen mit den islamischen und arabischen Regierungen das Problem der psychischen Sicherheit thematisiert. Sie haben gesagt, dass sie eine psychische Sicherheit bräuchten. Sie können jede Maßnahme, die sich gegen sie richtet, unter dem Vorwand der psychischen Sicherheit neutralisieren.“

Deswegen werde Israel dauernd bevorzugt. Mashregh zitiert weiterhin Ali Khamenei: „Die deutsche Regierung hat 150 Milliarden Mark Entschädigung an die Juden bezahlt. Aber die Reparationszahlungen haben immer noch kein Ende gefunden. Sie verhalten sich ständig als Gläubiger. Was die Juden Deutschland angetan haben, haben sie auch gegenüber Österreich, der Schweiz und gegenüber Frankreich wiederholt. Sie haben sich sogar gegenüber dem Vatikan ähnlich verhalten. Diese Entschädigungszahlungen nehmen kein Ende. Alle Politiker, Journalisten, Intellektuelle, Beamte und Eliten des Westens müssen sich vor den Gedenkstätten der Brennöfen verbeugen, d.h. vor Geschichten, deren Wahrheit nicht bewiesen ist. Ihre Propaganda besteht darin, dass sie sich als Unschuldige darstellen und dann als



Gläubiger auftreten“, so der angeblich moderate iranische Revolutionsführer Ali Khamenei.

Ray Goodwin.Mashregnews zitiert ferner den US-amerikanischen Professor Ray Goodwin, der gesagt habe, dass Israel 1948 wegen „Mitgefühl, das auf dummen Behauptungen wie Völkermord basiert, gegründet worden ist.“ Goodwin wird weiterhin zitiert: „England hat die palästinensischen Gebiete den Zionisten gegeben, damit sie dort eine Heimat für die Juden aufbauen. Die Palästinenser sind – ähnlich wie die Deutschen – Opfer einer großen Lüge geworden und sind seitdem heimatlos und werden gefoltert. Sie sind nicht nur Opfer des Zionismus geworden, sondern Opfer einer unwissenden Welt, die nichts von ihrem Leiden wissen will.“ Goodwin habe gesagt, dass der „Holocaust nicht mehr als eine Lüge sei,“ schreibt Mashregh.

Für Goodwin sei der Holocaust ein „großer finanzieller Handel, wovon viel profitiert“ werde und der obendrein Mitgefühl erzeuge. Zudem helfe er das Palästina-Problem zu verdrängen und den Zionisten und den Juden Macht zu verleihen, um Einfluss auf die Medien der Welt auszuüben. Es handele sich um eine „Holocaust-Industrie.“ Auch die Zahl von „sechs Millionen Opfer“ sei ein „Märchen.“

Die US-amerikanische Regierung und andere internationale Netzwerke hätten aber eine große Rolle bei der „Erfindung des Märchens des Völkermords“ gespielt. Ausgestattet mit Steuergeldern seien sie bestrebt den „Holocaust zu lehren.“ Jüdische Organisationen würden zusätzlich die US-Regierung unter Druck setzen, damit Gesetze erlassen werden, dass Holocaustleugnung auch in den USA strafrechtlich verfolgt werde.

Der antisemitische den Holocaust leugnende Artikel in Mashregnews wurde mit einigen Photos ausgestattet. Photos von Politikern, die in YadVashem waren, wie US-Präsident Obama, der Papst, Bundeskanzlerin Merkel, der Dalai Lama, Ex-Außenministerin Hillary Clinton, Nicolas Sarkozy, Bush-Junior und Putin, wurden abgedruckt. Alle halten nach Meinung der islamistischen Zeitung des Iran zu Unrecht die Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus aufrecht. Ein Leser schrieb über sie, dass sie alle „Diener des Zionismus“ seien, weil sie YadVashem besucht haben.

Interessant sind auch einige kurze Leserbriefe in dieser Zeitung, die unter dem Artikel veröffentlicht worden sind:

„Gott möge dem Messias helfen, die Wurzel des verbrecherischen Israel auszutrocknen.“

„Der wahre Holocaust wartet in der Hölle auf sie.“

„Israel muss sich auf einen neuen Holocaust vorbereiten und zwar zu Recht.“

### **Iranische Drohungen: Tausende Raketen gegen Israel 53**

Die „Einmischung der überregionalen und ausländischen Mächte“ werde „in der Region nur das Feuer entfachen“, droht der iranische Revolutionsführer Ali Khamenei anlässlich der Debatte über einen Militärschlag gegen das syrische Regime auf

---

<sup>53</sup> <http://europeandemocracy.eu/2013/08/iran-threatens-retaliation-against-israel/> 29.08.2013





seiner offiziellen Website. Dies sagte Khamenei am 28. August bei einem Treffen mit der neuen iranischen Regierung, in Anwesenheit des Präsidenten Hassan Rohani.

Khamenei sagte ferner: „Amerika hat ja in Bezug auf Syrien gedroht. Sie wollen sich einmischen. Dies wird mit Sicherheit eine Katastrophe für die Region mit sich bringen.“

Die Amerikaner hätten schon in Irak und in Afghanistan große Verluste erlitten. Die Einmischung der „überregionalen“ Mächte würde nur den „Hass der Völker“ gegen die Angreifer verstärken. Außerdem seien keine eindeutigen Vorhersagen für die Zukunft möglich. Die Region sei ein „Pulverfass“, sagt Ali Khamenei. Er hofft, dass die Region von der „Bosheit Amerikas und des Zionismus und all denjenigen, die das Übel wollen, verschont“ bleibe.

Mashreghnews propagiert am 29. August auch den möglichen Krieg und zitiert Khamenei, der gesagt habe, dass „alle Optionen für den Iran offen seien“, in Bezug eines Krieges gegen Israel.

Ähnlich argumentierte Hussein Schariatmadari, Herausgeber der Zeitung „Kayhan“, die als Sprachrohr Khameneis gilt. Schariatmadari schrieb am 28. August 2013 in der im Iran erscheinenden Kayhan und bezog sich zunächst auf einen Artikel, der in der amerikanischen Zeitschrift Forbes erschienen ist, wonach die USA im Irak mehr als 2500 Soldaten verloren haben. Der Krieg habe die USA 5000 Milliarden US-Dollar gekostet. Dabei habe man obendrein den Hauptfeind Irans, Saddam Hussein, beseitigt.

Natürlich freut sich Schariatmadari darüber und zitiert daher den saudischen Außenminister, der davon sprach, dass die USA den Irak „auf einem Silbertablett dem Iran überlassen haben“. Zudem sei sogar die CIA zu dem Ergebnis gekommen, dass der Krieg gegen den Irak „gegenteilige Effekte“ mit sich gebracht habe.

Schariatmadari schrieb, dass trotz des Stellvertreterkriegs, der von der Türkei, Katar, Jordanien und später sogar von Ägypten unter Mursi im Auftrag der USA gegen Syrien geführt werde, existiere die syrische Regierung immer noch. Zudem habe bisher der Krieg gegen Syrien den Effekt gehabt, dass neue Kräfte, die vergleichbar seien mit den iranischen Bassij-Kräften, ins Feld gezogen seien. Er nennt die Gruppe der „Defa al-Watani“, die als quasi freiwillige Einheiten die syrische Regierung verteidigen würden. Diese Gruppe habe Tausende Kämpfer.

Die Frage ist, ob diese Jihadisten tatsächlich vom Iran ausgebildet werden. Denn es ist bewiesen, dass die iranischen Revolutionsgardisten in Syrien sehr aktiv sind.

Indessen wolle „Amerika mit seinen Verbündeten die syrische Achse des Widerstands“ brechen, heißt es in dem Artikel. Schariatmadari, der persönliche Propagandist des Revolutionsführers, behauptet, dass die chemischen Waffen in Syrien von „Terroristen“ eingesetzt worden seien.

Schariatmadari setzt sich dann mit den Folgen eines Krieges gegen Syrien auseinander:



„Amerika kann einen Krieg anfangen, aber die Beendigung des Krieges ist nicht in den Händen Amerikas und seiner Verbündeten.“ Schariatmadari findet auch Gleichgesinnte bei der Zeitung „Neues Deutschland“. Diese Zeitung habe erkannt, dass Amerika nach dem Abzug aus dem Irak und Israel nach seinen Erfahrungen in Libanon gesehen haben, dass man einen Krieg nicht einfach gewinnen könne.

Schariatmadari warnt, dass im Falle eines Krieges „täglich Tausende von Raketen“ gegen Israel eingesetzt werden würden. Dann könnten auch die israelischen Abwehrsysteme nicht verhindern, dass Raketen durchkämen und Tel Aviv treffen würden.

Dies muss als Drohung verstanden werden, dass im Fall eines westlichen Militärschlags gegen das syrische Regime die Hizbollah mit ihrem vom Iran gelieferten Arsenal Israel angreift, auch wenn dieses Land sich nicht an einer Intervention beteiligt.

Propagandistisch schreibt Schariatmadari, dass die „islamische Welt endlich direkt gegen die Zionisten kämpfen wolle.“ Zwar ist das Gegenteil der Fall, aber das interessiert den Demagogen nicht. Er schreibt, dass ein Angriff gegen Syrien „die goldene Chance für die muslimischen Völker ist, Israel zu umzingeln“. Allerdings muss Schariatmadari einräumen, dass Jordanien und die Türkei sich am Krieg gegen Syrien beteiligen würden. Er glaubt, dass das „islamische Erwachen“ dazu führe, dass die muslimischen Völker solche Regierungen stürzen würden.

Auch die Salafisten und andere sunnitische Gruppierungen, die er als falsche Muslime bezeichnet, müssten letztendlich ihre Waffen gegen die USA und Israel richten, sonst würden auch sie von den Massen besiegt werden. Verblindet von seiner totalitären Ideologie oder im propagandistischen Größenwahn behauptet Schariatmadari, dass das „gemeinsame amerikanisch-israelische Projekt zusammenstürzen wird.“ Daher könne man einen möglichen Angriff Amerikas und seiner Verbündeten auf Syrien als ein „gutes Omen“ sehen. Denn dann sei „das jahrlange Abwarten vorbei, um Rache zu üben“.

In einem weiteren Leitartikel, den Hussein Schariatmadari am 29. August 2013 in „Kayhan“ geschrieben hat, geht er auf die militärischen Ziele der USA in Syrien ein. Syrien habe daraufhin deutlich gemacht, dass Israel sich auf einen syrischen Angriff gefasst machen müsse. Schariatmadari fügt hinzu, dass ein solcher Angriff gegen Israel in jedem Fall erfolgen müsse. Interessanterweise beruft sich ausgerechnet der Sprecher des Führers Khamenei auf das Kapitel 7 der UN-Charta und schreibt, dass eine militärische Antwort der syrischen Regierung als eine „legitime Verteidigung“ zu sehen sei. Für ihn sind alle Staaten, die auf der Seite der USA einen Krieg gegen Syrien unterstützen, als „bellizistisch“ einzustufen.

Somit sei eine „legitime Verteidigung“ gegen diese Staaten, d.h. ein Krieg gerechtfertigt. Eine Ausweitung des Krieges sei unabdingbar, da „legitim“. Explizit werden auch Staaten wie Saudi-Arabien, Türkei, Jordanien und Katar genannt, die Ziele eines syrischen Angriffs werden. Und natürlich würde auch „das Jerusalem besetzende Regime“, d.h. Israel, das nur eine „Militärbasis“ der USA sei, angegriffen



werden. Beispielsweise werden explizit der Flughafen von Tel Aviv und das Atomzentrum Dimona genannt. Schariatmadari meint, dass auch strategische Ziele Saudi-Arabiens wie Öltanker und die Ölindustrie angegriffen werden müssen.

Auch die libanesische Hizbollah solle aktiv werden und ihre Raketen gezielt einsetzen, schlägt Schariatmadari vor, um beispielsweise israelische Kriegsschiffe im Mittelmeer zu zerstören. Natürlich sind auch militärische Ziele in Jordanien aus der Sicht Schariatmadaris angriffswürdig, ebenso wie die US-amerikanische Marine.

Schariatmadari meint, dass Amerika eigentlich finanziell nicht in der Lage sei, einen solchen Krieg zu führen. Er schließt mit einem Zitat des verstorbenen Ayatollah Khomeini: „Starrt mit offenen Augen den Feind an und lass ihn nicht in Ruhe, denn wenn ihr ihn in Ruhe lasst, werden sie euch keinen Moment in Ruhe lassen.“

Auch andere iranische Medien rührten kräftig die Kriegstrommel mit an. Wie Bassijnews am 28. August berichtete, warnte General Hassan Firusabadi, dass im Fall eines Angriffs auf Syrien die „Zionisten vom Feuer erfasst werden“.

Der Iran verrät seine Militärstrategie für den Ernstfall nicht. Bekannt ist, dass der Iran Militärlieferungen für Syrien und terroristische Organisationen wie die Hizbollah liefert. Es ist auch richtig, dass es Fraktionen und Personen in der islamistischen Diktatur des Iran gibt, die seit langer Zeit gegen eine Unterstützung des Assad-Regimes sind. Rafsanjani ist einer von ihnen. Aber die Unterstützung Assads und der libanesischen Hizbollah sowie anderer Terrororganisationen ist machtpolitisch rational, wenn auch im Fall des syrischen Regimes ideologisch inkonsequent, da die Ba'ath-Partei eigentlich antiislamistisch ist.

Möglicherweise sollen die Drohungen nur abschrecken. Doch niemand kann gegenwärtig mit Sicherheit davon ausgehen, dass der Iran, dessen Truppen bereits in Syrien kämpfen, auf eine westliche Intervention nicht mit dem Versuch reagieren wird, die Lage durch Angriffe auf Staaten der Region zu eskalieren. Die iranischen Hilfstruppen der Hizbollah stehen wohl bereit, auch wenn sie viel zu verlieren haben.

### **Hisbollah online 54**

Das Shia-Forum.de tritt als eine religiöse Vereinigung auf und verbreitet alle religiösen und politischen Mythen der totalitären Herrscher im Iran in deutscher Sprache. Sie sind Anhänger von Ayatollah Khomeini, Gründer der islamistischen Diktatur im Iran. Sie gehorchen dem heutigen Revolutionsführer Ali Khamenei und glauben an die Heiligkeit der Jamkaran-Moschee. Diese Moschee gewann unter Präsident Ahmadinejad eine besondere Rolle. Denn sie steht für den schiitischen Messianismus. Der Mythologie nach verschwand der 12. Imam, genannt Mahdi in einen Brunnen und zog sich in die Verborgenheit zurück. Bis heute warten die Schiiten auf seine Wiederkunft.

---

<sup>54</sup> <http://europeandemocracy.eu/2013/05/hizbollah-activism-online/> 16.05.2013



Das Shia-Forum.de ist aber nicht nur eine religiöse Vereinigung, die in einer rechtsstaatlichen Demokratie Religionsfreiheit genießen darf, sondern es vertritt die politische Ideologie der totalitären Machthaber des Iran. In den Texten, die dort erscheinen, wird gegen den Westen und gegen Israel gehetzt.

Das Shia-Forum organisiert Demonstrationen. Beispielsweise in Berlin am 16. März 2013. In einem Aufruf bezeichnete es Erdogan als den „größten Verräter“. In einem Aufruf des Vereins hieß es auch, dass „der Westen“ das Projekt des arabischen Frühlings entworfen hätte und dies eigentlich mit dem Projekt des „Greater Middle East“ gleichzusetzen sei. Der Westen würde die Al-Qaida und Al Nusra-Front und sogar die Hamas finanzieren. Wörtlich wurden dann auch die Verantwortlichen benannt:

*„Finanziert von Katar, Saudi Arabien, USA, Israel und dem größten Verräter (ErDogan) Türkei.“*

Es ist auch interessant zu lesen, was die Mitglieder dieser islamistischen Website auf Deutsch posten. Beispielsweise schreibt jemand:

*„Salam alle Zusammen, wie ich gerade im Fernsehen gesehen habe hat Israel Syrien beschossen. Was für eine Katastrophe. Diese Schweine schrecken vor nichts zurück. Ich bete dafür das Iran sich endlich meldet und Stellung bezieht, Denn das geistliche Oberhaupt ( möge Allah swt. ihn behüten ) hat gesagt das Israel bei einem Angriff auf Syrien mit Reaktion vom Iran rechnen muss. oHH YA MAHDI BITTE BEEILE DICH, wsalm“*

Wer soll sich beeilen und warum? Mahdi, der Messias soll sich beeilen. Und warum? In der schiitischen Mythologie soll nach seiner Wiederkunft die letzte Schlacht gegen die ungläubige Welt geführt werden.

Und was schreibt der nächste Islamist?  
*„inshallah soll unser khamanai eine tole antwort geben .zinonisten sind die größten schweine der welt.“*

Abgesehen von der Rechtschreibung, fällt der pure Antisemitismus auf.

Der nächste schreibt: *„Salam Ein erneuter Beweis das dieses ganze Theater in Syrien nur passiert um den Iranisch-syrisch-hizbollah Pakt zu zerschlagen. Hoffen wir mal das Syrien vereint bleibt um dieses Vorhaben zu verhindern.“*

Manchmal will das Shia-Forum Objektivität vorgaukeln. Als ein Mitglied beispielsweise nach der Suche nach den „Protokollen der Weisen von Zion“ fragt, wird er darauf hingewiesen, dass es eine Hetzschrift sei.

Gut, denkt der unbefangene Interessent der schiitischen Website, aber dann wird deutlich, dass man durchaus etwas gegen die deutschen Nazis hat, jedoch antisemitisch argumentieren kann. Es wird zwischen Judentum und Zionismus unterschieden. Dort heißt es dann von einem anderen Mitglied:

*„Klar haben wir ein Zionismusproblem und sicher läuft einiges in den Hintergründen. Aber eine jüdische Weltverschwörung, runtergebrochen auf die religiöse Ebene des Judentums – nee.“*

Dennoch tauchen immer wieder Kommentare auf, die deutlich machen, dass bei einigen Mitgliedern doch eine Neigung zum Nationalsozialismus existiert. Beispielsweise gibt es auch eindeutig antijüdische Beiträge, wenn Shia-Forum die deutsche Geschichte diskutiert:



*„Die Deutschen hat man gehasst!!! Angestachelt wurde dieser Hass von den Zionisten in Amerika. Schon 1933 als Hitler grad mal 10 Tage an der Macht war, hat das internationale Judentum Deutschland den Krieg erklärt und Boykotte ausgerufen. Was danach alles passierte ist von langer Hand geplant gewesen, da bin ich mir sicher.“*

Weiterhin wird lamentiert, dass die „Zionistenpresse“ den Iran kritisiert. Und es heißt dann:

*„Das arme Israel ist das Opfer, Iran der Täter. Damals wie heute sind die Opfer die gleichen. Täter sind immer die anderen. Durch die zementierte Opferrolle der Juden durch die Shoa haben die Zionisten praktisch Narrenfreiheit und sind beinahe unantastbar geworden. Schon im alten Testament steht geschrieben... ihr (die ISRAELIS) werdet mit 6Millionen weniger in euer Land zurückkehren.“*

Ferner heißt es auf Shia-Forum: *„Angestachelt wurde dieser Hass von den Zionisten in Amerika. Schon 1933 als Hitler grad mal 10 Tage an der Macht war, hat das internationale Judentum Deutschland den Krieg erklärt und Boykotte ausgerufen. Was danach alles passierte ist von langer Hand geplant gewesen, da bin ich mir sicher. Hitler ist systematisch in den Krieg getrieben wurden. Glaubst Du im Ernst der Krieg mit dem „Brudervolk“ England war gewollt?“*

Aber tatsächlich wird dem widersprochen. Es gehe nicht um das Judentum und um Verschwörungstheorien. Das Problem sei der Zionismus. Es heißt: *„Wir sind Gegner des modernen Zionismus und nichts weiter.“*

Einer sucht in Khomeinistischer Manier nach dem wahren Schuldigen, tatsächlich hatte schon Khomeini vom großen Teufel Amerika und dem kleinen Teufel Israel gesprochen.

Da heißt es auf Schia-Forum: *„Nicht die Zionisten sind die Dratzier der Dämonisierung des Iran, sondern ganz schlicht und einfach die US-Regierung.“*

Es wird oft darüber diskutiert, ob es Antisemiten unter den Muslimen gebe. Es ist eine Tatsache, dass das Shia-Forum zu einem der wichtigsten antisemitischen und muslimischen Websites in Deutschland gehört.

Interessiert sich eigentlich jemand dafür, wie der antiisraelische Antisemitismus auf solchen Websites in Deutschland grassiert? Glaubt jemand hierzulande ernsthaft, dass man heute das Judentum von Israel trennen kann? Schia-Forum sympathisiert auch stark mit der libanesischen Hisbollah. Einerseits hat die deutsche Politik sicherheitspolitische Bedenken gegen die Hisbollah andererseits wird auch nichts unternommen, um wenigstens Hasskampagnen solcher Foren zu stoppen.

Shia-Forum.de ist ein Nährboden für das Wachstum der Hisbollah, einer terroristischen Organisation, in Deutschland.

### **Der Iran rekrutiert Terroristen<sup>55</sup>**

Eine iranische Website, die dem Revolutionsführer Ali Khamenei zugeordnet wird, rekrutiert mit Plakaten und propagandistischen Texten Terroristen, die gegen den „salafitischen Abschaum“ und „zionistische Hunde“ kämpfen sollen. In der Erklärung wird an den „Stolz der jungen Iraner“ plädiert, die ihre „revolutionäre Pflicht erledigen“

<sup>55</sup> <http://europeandemocracy.eu/2013/05/online-recruitment-of-iranian-militants/> 08.05.2013



sollen und „Widerstandszellen“ bilden und nach Syrien reisen sollen, um dort gegen Israel zu kämpfen.

Nach eigenen Angaben der Website, <http://valieamr.com>, verstehen sich die Terroristen als „Fedaiyan“, als Märtyrer. Angeblich seien die Anfragen der freiwilligen Bewerber so groß gewesen, dass die Website zeitweise überlastet und ausgefallen sei. Daraufhin seien die Bewerber aufgefordert worden sich per SMS zu bewerben.

In der Erklärung heißt es, dass Ali Khamenei gesagt habe: „Die Konfliktparteien in Syrien sind nicht Sunniten und Schiiten, sondern die Anhänger des antizionistischen Widerstandes auf der einen Seite und ihre Gegner auf der anderen Seite.“

**Iranische Drohungen.** Syrien soll militärisch auf den israelischen Angriff antworten, wenn es nach dem Geschmack der iranischen Politiker geht.

Beispielsweise sagte der Vorsitzender der Bassij-Organisation Mohammadreza Naqdi am 7. Mai 2013: „Der Zionismus hat mit seinem Angriff gegen Syrien den Sieg der globalen islamischen Bewegung und die Befreiung Jerusalems um acht Jahre vorgeschoben.“

Wie genau die Jahresangabe von acht Jahren zustande kommt, hat der Bassij-General nicht verraten.

Naqdi sagte weiterhin: „Wenn jemand ein wenig Stolz und Menschlichkeit verspürt, wird er gegen Israel in den Krieg ziehen. Die Medien müssen dies den Menschen sagen, damit diejenigen, die sich versteckt halten und nur reden in die Kampfarena kommen.“

Auch der iranische Verteidigungsminister Ahmad Vahidi meldete sich am 5. Mai zu Wort und sagte: „Das zionistische Regime hat vor seinem Angriff grünes Licht aus Amerika bekommen.“ Er fuhr fort, dass die „antizionistischen Wellen stärker werden und die Lebenszeit des künstlichen Regimes verkürzt werden.“

**Nasrallah droht.** Hassan Nasrallah, Führer der libanesischen Hisbollah, sagte: „Die libanesisch Hisbollah wird einen untrennbaren Bestandteil der syrischen Antwort auf Israel liefern.“ Nasrallah meint, dass der „Iron Dome schwächer als ein Spinnennetz“ sei. Die USA und Israel wollten die „Achse des Widerstandes“ angreifen.

Und ein syrischer Militärexperte, Turki Hassan, sagte in einem Interview mit Farsnews, dass „jeder Fleck in Israel in der Reichweite der syrischen Armee“ sei. Und kein Iron Dome oder Patriot könne auf den syrischen Angriff reagieren.

## **Iran: Islamistischer Antisemitismus, Purimfest und Holocaustleugnung <sup>56</sup>**

Im Islam werden das Judentum und das Christentum anerkannt. Jahrhundertlang wurden in der islamischen Welt das Alte und das Neue Testament respektiert. Auch das Buch Ester wurde nicht in Frage gestellt. Seit der Islamischen Revolution von 1979 ist es nun anders. Die staatliche Geschichtsfälschung, die in der „Islamischen Republik Iran“ systematisch betrieben wird, erstreckt sich inzwischen auf das Buch Ester des Alten Testaments.

---

<sup>56</sup> <http://europeandemocracy.eu/2013/04/how-islamists-deny-the-holocaust/> 03.04.2014



Es geht um die Rettung der Juden vor ihrer Vernichtung und ihrer anschließenden Rache. Xerxes 1. war zuerst mit Königin Washti verheiratet. Er soll im Weinrausch beabsichtigt haben die Schönheit seiner Frau seinen Gästen vorzuführen. Washti weigerte sich. Der König suchte sich später eine neue Frau. Im Alten Testament heißt es, dass König Xerxes Ester heiratete. Sie war seine zweite Frau. Einer der Hofbediensteten, der Haman hieß, plante ein Pogrom gegen die Juden.

Der Grund soll banal gewesen sein. Er fühlte sich beleidigt, weil der Vormund und Pflegevater von Ester, genannt Mordechai, sich einmal nicht vor ihm verbeugt hatte. Ester informierte den König. Daraufhin wurden der Judenhasser Haman und seine Söhne hingerichtet. Tatsächlich kann man im Alten Testament lesen, dass die iranischen Juden ihre Feinde vernichteten und rund 75.000 Menschen bei den Auseinandersetzungen zu Tode kamen. Das Purimfest wurde eingeführt, um diesen Sieg der Juden über ihre Feinde, die sie vernichten wollten, zu feiern.

Es war der persische König Xerxes, der den Juden ein friedliches Leben im Iran ermöglichen wollte. Xerxes verhinderte damit einen Genozid an den iranischen Juden. Die Gräber von Ester und Mordechai in Hamedan sind bis heute in Iran erhalten. Sie gehören theoretisch zu den zweitwichtigsten jüdischen Pilgerstätten.

Indessen hat die islamistische Regierung des Iran verboten diese religiösen Stätten als Pilgerstätten zu betrachten und zu besuchen. Auch das Schild „Pilgerstätte“ wurde dort entfernt. Dieser Schritt, der nach der islamischen Revolution von 1979 erfolgte, ist einmalig in der 2500jährigen Geschichte von Ester und Mordechai, die kulturhistorisch das Judentum mit dem Iran verbindet.

Wie Islamisten den Holocaust leugnen. Seit einigen Jahren verfälschen und verdrehen iranische Medien und Historiker die Geschichte des Purimfestes. Sie unterstellen, dass Juden einen Genozid an Iranern ausgeübt hätten. Die Juden würden das Purimfest feiern, weil an diesem Tag „500.000 Iraner ermordet“ worden seien. Abgesehen davon, dass die iranischen Juden in einer Verteidigungsmaßnahme ihr eigenes Überleben sicherten, ist die Zahl 500.000 maßlos übertrieben und entspricht nicht der Zahl, die im Alten Testament historisch überliefert ist.

Ein „wahrer Holocaust“ sei vor 2500 Jahren von Juden begangen worden, schreibt Mashregh am 1. April 2013.

Diese einflussreiche Zeitung verdreht nicht nur den wahren Hintergrund des Purimfestes. Es wird sogar eine erfundene Beziehung zwischen dem Purimfest und dem altiranischen Fest, das am 13ten Tag eines neuen Jahres begangen wird, geknüpft.

Kurz: Am 13ten Tag eines jeden neuen Jahres feiern die Iraner ein vorislamisches Fest, indem sie ins Grüne und aufs Land gehen, um den dreizehnten Tag ohne Beschwerden und mit Freude hinter sich zu bringen. Die Zahl 13 gilt auch im Iran als eine Unglückszahl.

Die islamistischen Historiker kommen nun auf die absurde Idee, dieses vorislamische Fest mit dem Purimfest in Verbindung zu bringen. Die Juden hätten die Morde am 13ten des neuen Jahres begangen. Deswegen hätten die Iraner das iranische Fest eingeführt und fliehen am 13ten des ersten Monats vor dem Bösen, d.h. vor den Juden, in die Natur.



Dies ist mehr als weit hergeholt. Hier sollen die Juden wahrlich dämonisiert werden, denn so wie an Sylvester das Feuerwerk dazu dienen soll das Böse zu vertreiben, gegen die Iraner an diesem Tag aufs Land, um die Natur zu genießen, ohne Stress. Mit Juden hat es nichts zu tun.

Der islamistische Antisemitismus kennt keine Grenzen. Mashregh scheut sich nicht, auch eine Verbindung mit der israelischen Regierung herzustellen. Mashreghnews schreibt, dass seit der Gründung des „künstlichen israelischen Regimes in den besetzten Gebieten das Purimfest eine neue Farbe angenommen hat.“ Auf dem Purimfest würden die Juden mit „ihren Tänzen auf dem vergossenen Blut von Zehntausenden Iranern trampeln.“ Zwei Juden hätten vor 2500 Jahren den Hof von Xerxes unterwandert und die Verschwörung gegen die Iraner organisiert.

Gleichzeitig veröffentlicht Mashregh Photos von Netanjahu, von tanzenden und trinkenden Rabbinern, von jungen Menschen, die wie beim Halloween-Fest Blut trinken.

Der Autor des Artikels versteht den heutigen karnevalistischen Witz eines Purimfestes nicht und spricht von „Zombis“ und „Kannibalen“, die beim Purimfest ein antiiranisches Fest feiern würden. Er schreibt ernsthaft vom „Symbol der blutrünstigen Juden.“

Er setzt am antisemitischen Bild eines Blutsrituals an, dabei essen junge Menschen an diesem Tag roten Pudding.

Mashreghnews schreibt über die Zeit von vor 2500 Jahren, dass die „Juden sich damals geweigert haben Steuern zu zahlen.“ Und deswegen habe Haman, der Minister von König Xerxes war, sie unter Druck gesetzt. Haman habe sogar über einige Juden wegen „Steuerhinterziehung“ das Todesurteil verhängt.

Ester, Xerxes und Mossad. Ungeheuerlich banal, virulent und gefährlich sind die historischen Bezüge von Ester zur heutigen Zeit. Ester sei ein „jüdisches Mädchen“ gewesen, das dem König Xerxes von Juden, die den Hof unterwandert hatten, aufgezwungen worden sei. Der „schwächliche“ König Xerxes sei damals von der Schönheit von Ester geblendet und überlistet worden. Ähnlich wie angeblich im Jahr 2010 ein jüdischer Rabbiner jüdischen Frauen, die angeblich für den Mossad arbeiteten, erlaubt habe mit politischen Feinden, die bespitzelt werden sollen, sexuelle Beziehungen zu führen.

Damit wird die Geschichte von Ester, die mit König Xerxes vor 2500 Jahren verheiratet war, mit vermeintlichen Aktivitäten des israelischen Geheimdienstes Mossad verglichen und dämonisiert.

Mashregh schreibt, dass die Juden vor 2500 Jahren den Hof kontrolliert hätten. Nach diesem antisemitischen Denkmuster war König Xerxes somit nicht der starke persische König, sondern ein von Juden beeinflussbarer schwacher König.

Der Code. Mashregh zitiert aus einer Meldung von Reuters, wonach Netanjahu Anfang März 2013 dem US-Präsidenten das Buch Ester geschenkt habe. Netanjahu habe dazu bemerkt, dass die Iraner schon mal die Juden vernichten wollten, aber die Juden hätten sich zur Wehr gesetzt.

Mashregh verdreht nun die historischen Tatsachen und unterstellt, dass das Purimfest schon seit 2500 ein „Code“ für die Vernichtung der Iraner sei. Mashregh schreibt: „Ein Großteil der Politik und der Handlungen der Zionisten nach 2500 Jahren bestehen stets aus Mordsymbolen.“





Mashregh schreibt tatsächlich, dass „die Behauptung, dass im künstlichen Holocaust 6 Millionen Juden gestorben seien, der Höhepunkt des unreinen und aufrührerischen Verhaltens der Zionisten darstellt, damit sie ihre unheilvollen Weltherrschaftsziele erreichen.“

Ein Blick auf die Leserbriefe macht die antisemitischen Ziele der Zeitung deutlich: Der Artikel will antisemitischen Hass säen.

Leserbriefe. Zunächst kritisiert ein Leser mit dem Namen Behnam den Artikel:

„Ihr Taliban, ihr wollt den Iranern die Freude nehmen.“  
Die Antworten werden dann umso deutlicher:

„Behnam, du bist doch Iraner. Gibt es die bloß 1-prozentige Möglichkeit, dass dieses Fest zur Ermordung der Iraner gefeiert wird. Warum schimpfst du anstatt die Juden und den Zionismus zu verdammen. Unsere Feinde sind wach und sie wollen die Behnams töten. (Behnam ist ein iranischer Name; hier stellvertretend für die Iraner) (...) Mit Hilfe von iranischen Soldaten werden wir sie alle vernichten.“

„Jedes Mal, wenn die Juden und die Zionisten kritisiert werden, werden sie von den Bahai verteidigt, Denn sie haben gemeinsame Wurzeln.“

„Behnam, da steht es geschrieben, dass sie die Iraner töten wollen. Behnam, in Amerika lebst du gefährlicher als wir hier im Iran. Komm zurück. Aber wenn du dich mit uns anlegen willst, ist es besser, wenn du da bleibst. Das Leben ist kurz.“

„Gott soll die Zionisten entwurzeln. Diese unreinen Hunde.“

„Unsere Leute kaufen HyperStar und Nestle Produkte und wissen nicht, dass sie die Taschen der Juden damit füllen.“

„Ich bin ein Universitätsprofessor. Vor 2500 Jahren sind die Iraner am 13ten Tag des neuen Jahres vor den Juden aufs Land geflohen.“

„Das ist konstruiert und Quatsch.“

„Die Israelis haben doch schon vor den kleinen Katjuscha-Raketen Angst. Und erst recht vor unseren großen Raketen.“

„Verdammt seien alle jüdischen Zionisten.“

„Tod dem unreinen Hund. Wir werden bald Tel-Aviv und Haifa dem Erdboden gleichmachen, mit unseren Raketen.“

„Tod für Israel.“

„In der Hoffnung auf die Vernichtung dieses Krebsgeschwürs.“

„Hoffentlich wird der Tag kommen, an dem wir das Blut aller blutrünstigen Juden vergießen und dieses Verbrechen von damals rächen.“

„Alle Juden sind unrein. Sie sind nicht mehr als Parasiten für die Menschheit. Man muss sie alle am Tag der Auferstehung töten.“  
Auf eine Bemerkung eines Lesers, dass man doch in Wikipedia über das Buch Ester nachlesen sollte, schreibt einer:

„Wikipedia wird doch von den Zionisten kontrolliert.“

„500.000 Menschen getötet? Welche Waffen haben sie denn gehabt? Nicht dass sie Atomwaffen eingesetzt haben.“



„Ich bin bereit mit jedem einzelnen Israeli zu kämpfen.“

„Wenn die Juden und die Zionisten einen Fehler machen, werden wir sie in Stücke reißen.“

„Wie der Führer es gesagt hat, wird Israel von der Bühne der Geschichte erlöschen.“

„Tod dem Zionismus. Tod dem inländischen Zionismus.“

„Ester und Mordechai sind nur Märchenfiguren. Sie tauchen im Alten Testament auf. Sie sind aber historisch nicht belegbar.“

„Tod dem Judentum.“

„Man muss die Gräber dieser zwei Bastarde, Ester und Mordechai zerstören.“

„Verdammt sei Xerxes, der diesen Stamm vor Vernichtung gerettet hat.“

„Adolf Hitler hat das Purimfest verboten. Er hat in einer Rede am 10. November 1938 darauf hingewiesen, dass Juden 75.000 Perser in einer Nacht ermordet haben. Im Jahre 1942 wurden 10 Juden hingerichtet, weil die zehn Söhne von Haman getötet worden sind. Hitler hat viele Juden getötet. Es war die Rache für die Ermordung von Haman und seinen Söhnen.“

Die Leserbriefe umfassen mehr als das 100fache von dem, was an dieser Stelle übersetzt worden ist. Es sollte lediglich gezeigt werden, dass der antisemitische Hass, den diese Zeitung bei ihren Lesern säen wollte, sofort aufgegangen ist.

## 1.6. Christenverfolgung

### Zionistische Kirchen mit Satellitenanschluss: Iran schließt Hauskirchen und warnt Europa<sup>57</sup>

Farsnews meldete am 15. Oktober 2012, dass in den letzten zwei Monaten zwei Hauskirchen in der Stadt Schiraz und in Kowar entdeckt worden seien. Die „Anführer“ und die „Betreiber“ dieser Kirchen seien inzwischen verhaftet worden.

Farsnews, die den Geheimdiensten der iranischen Revolutionsgardisten nahesteht, warf in einer Verleumdungsaktion den Hauskirchen vor „geistig schwache Personen anzuziehen.“ Es seien die „verletzbaren Teile der Gesellschaft, die psychische Probleme haben“, die von solchen Hauskirchen angezogen würden.

Farsnews schreibt, diese „illegalen Netzwerke gehören zu abhängigen zionistischen Institutionen, die im Ausland stationiert sind.“ Diese Hauskirchen würden von den „USA und England unterstützt werden und mit zionistischen Satellitensystemen in Verbindung stehen, die gegen die heilige Religion des Islam und gegen das System der Islamischen Republik aktiv sind.“

---

<sup>57</sup> <http://europeandemocracy.eu/2012/10/iran-closes-christian-home-churches-warns-europe-on-further-sanctions/> 16.10.2012



Die iranischen Machthaber stellen jedes andere Verständnis von Religion oder jede Weltanschauung, die anders ist als die islamistische Staatsideologie als eine Gefahr für die "nationale Sicherheit" dar. Die totalitären Herrscher sprechen von der "Verführung der Jugend". Muslime, die ihre Religion wechseln, können zum Tode verurteilt werden. Denn ein Abfall vom Islam wird als Apostasie bezeichnet, wofür die Todesstrafe vorgesehen ist.

Die islamistische Diktatur im Iran reagiert manchmal auch auf internationalen Druck. Pfarrer Yusef Naderkhani, der wegen Apostasie hingerichtet werden sollte, wurde tatsächlich am 8. September 2012 freigelassen. Gleichzeitig aber verstärkten die iranischen Machthaber die Kontrollen der Kirchen und die Jagd auf Hauskirchen wurde intensiviert.

Während die islamistische Diktatur selbst ihre totalitäre antisemitische Ideologie über verschiedene Satellitensysteme exportiert, wirft sie iranischen Exilmedien vor die iranische Jugend verführen zu wollen.

Eutelsat verbietet iranisches Fernsehen: Am 15. Oktober 2012 wurde gemeldet, dass die Betreibergesellschaft Eutelsat keine iranischen Fernsehprogramme mehr übertragen werde. Die französische Regierung hatte angeordnet, dass die iranische Fernsehanstalt Sahar 1 nicht mehr über Eutelsat übertragen dürfe. Tatsächlich verbreiten iranische Medien weltweit staatlich-islamistische Hasspropaganda und verherrlichen Terrorbewegungen.

Die Nachrichtenagentur Mehrnews berichtete am 16. Oktober 2012, dass Hotbird auf jeden Fall weiterhin das iranische Fernsehen Al-Alam übertragen werde.<sup>[1][2][3][4][5][6][7][8][9][10][11][12][13][14][15][16][17][18][19][20][21][22][23][24][25][26][27][28][29][30][31][32][33][34][35][36][37][38][39][40][41][42][43][44][45][46][47][48][49][50][51][52][53][54][55][56][57][58][59][60][61][62][63][64][65][66][67][68][69][70][71][72][73][74][75][76][77][78][79][80][81][82][83][84][85][86][87][88][89][90][91][92][93][94][95][96][97][98][99][100]</sup>Es sei daran erinnert, dass der SWR-Intendant und federführende Intendant der ARD für Online Peter Boudgoust und der ZDF-Intendant Markus Schächter sich im Juli 2010 mit dem Oberzensor des iranischen Rundfunks (IRIB) Ezzatollah Zarghami getroffen haben und diesen hofierten. Es vergingen knapp zwei Jahre bis die Europäische Union den Revolutionsgardisten Zarghami am 24. März 2012 auf die Sanktionsliste der 27 europäischen Nationen setzte. Neben Zarghami wurden damals 16 weitere iranische Beamte auf die Sanktionsliste gesetzt, weil sie für Menschenrechtsverletzungen verantwortlich erklärt wurden. Weder die ARD noch das ZDF berichteten darüber, dass ihr ehemaliger Gast nun auf der Sanktionsliste der Europäischen Union steht.

Am 16. Oktober 2012 erklärte Mohammad Sarfaraz, der für die internationale Abteilung der staatlichen Medien des Iran zuständig ist, dass die iranischen Medien wegen "unterschiedlicher Perspektiven der westlichen und der iranischen Medien verboten" worden seien, berichtete Farsnews.

Sarfaraz meint, dass der "Westen gegen Meinungsfreiheit" sei. Die Befehle zum Verbot iranischer Sendungen seien von den europäischen Regierungen gekommen, weil die "iranischen Medien in der Welt sehr einflussreich geworden seien." Sarafraz



kündigte aber an, dass die iranischen Medien auf jeden Fall weiterhin die Stimme des Iran auch in Europa verbreiten würden.

Europa verhängt Sanktionen und Iran warnt Europa: Am 15. Oktober 2012 wurde bekannt, dass die Europäische Union weitere Strafmaßnahmen gegen den Iran verhängt, damit das iranische Regime bei den Atomverhandlungen einknickt und einlenkt. Damit erhöht Europa den Druck auf den Iran. Die Strafmaßnahmen richten sich gegen 35 juristische und natürliche Personen, d.h. gegen 34 Unternehmen und eine Person, die Verbindungen mit dem iranischen Staat haben. Weiterhin wurden Restriktionen für Überweisungen auf iranische Bankkonten ausgesprochen. Auch die Auflagen für Lebensmittel- und Medikamentenbeschaffung wurden verschärft. Europäischen Unternehmen wird nun auch untersagt Öltanker an den Iran zu liefern.

Nader Sodani, Mitglied der Energiekommission des islamistischen Pseudo-Parlaments, hat indessen gewarnt, dass der Iran präventiv kein Gas mehr nach Europa liefern werde. Europa erweitere die Sanktionen nur, weil die Ölsanktionen gescheitert seien.

Es gibt keine genauen Statistiken über die Zahl der Christen im Iran. Die Schätzungen betragen etwa zwischen 280.000 bis 600.000 iranische Christen. Ich werde in meinem Vortrag nicht sehr stark auf die ethnischen Christen, sprich auf die armenischen und die chaldäisch-assyrischen Christen eingehen, sondern eher auf die missionarischen Christen oder die Probleme derjenigen Iraner, die neu zum Christentum übergetreten sind. Es ist nicht möglich das Thema in etwa 20 Minuten vertiefend darzustellen. Ich empfehle meinen Text im Band Feindbild Christentum im Islam, herausgegeben von Prof. Ursula Spuler-Stegemann.

Präsident Ahmadinejad und andere islamistische Würdenträger des Iran beteuern immer wieder, dass die religiösen Minderheiten Mitglieder der "iranischen Familie" seien. Eine solche Darstellung gehört zur staatlichen Ideologie, entspricht jedoch nicht den realen Verhältnissen, die im Iran vorherrschen. Es ist zwar richtig, dass das islamistische Pseudo-Parlament drei Sitze für Christen und jeweils einen Sitz für Juden und Zoroastrier vorsieht. Im Islam werden Christen, Juden und Zoroastrier als Angehörige der Buchreligionen anerkannt. Dennoch leben insbesondere die Christen und die Juden mit der ständigen Bedrohung des Vorwurfs der Agententätigkeit, von den Angehörigen der Bahai-Religion ganz zu schweigen.

Der iranische Kleriker Hojatoleslam Mohssen Kadivar meint: "Wenn jemand eine Garantie für sein Leben, seinen Besitz, seine Ehre und seinen Ruhm haben will, muss er Muslim werden."<sup>58</sup> Kurz: Im Islam haben nicht alle Menschen die gleichen Rechte, ihr Rechtsstatus hängt von ihrer Religion ab.

---

<sup>58</sup> Kadivar befürwortet die Reformierung der islamischen Gesetze. Seine Reformvorstellungen stellte er in der Juli 2003 Ausgabe der persischsprachigen Zeitschrift Aftab vor.



Laut dem Bericht von Ahmed Shaheed, UN Sonderberichterstatter für Menschenrechte im Iran vom 28. Februar 2013<sup>59</sup> betont die iranische Regierung, dass die Anerkennung des Christentums in der iranischen Verfassung nicht „juristische Immunität“ bedeute. D.h. im Islam und in der iranischen Verfassung gibt es z.B. nicht die Freiheit sich vom Islam zu verabschieden. Vorweg: In den Augen des iranischen Regimes ist der Bericht von Ahmad Shahid eine „Wiederholung der Worte der Amerikaner und der Israeli.“ Der Bericht habe den „Islam beleidigt“ und die Verfasser hätten Kontakte mit „terroristischen Gruppen“. Alle, die in dem Bericht verteidigt worden seien, hätten „terroristische Verhaltensweisen“ gehabt. Der Bericht sei ein „konterrevolutionäres“ Machwerk.<sup>60</sup>

Laut dem Bericht befinden sich mindestens 13 protestantische Christen gegenwärtig im Gefängnis, mehr als 300 Christen sind seit 2010 verhaftet worden. Zu ihnen gehören Pfarrer Behnam Irani und Pfarrer Farschid Fathi. Sie sollen beide gegen die „nationale Sicherheit des Staates“ agiert und agitiert haben. Ihnen wird wie üblich vorgeworfen die „nationale Sicherheit“ des Iran zu gefährden. Dabei hatte Fathi lediglich persischsprachige Bibeln unter iranischen Christen verteilt. Zudem hatte er für Kirchenmitglieder Auslandsreisen organisiert, wo sie religiöse Seminare und Konferenzen besuchen konnten. Auch assyrische und armenische Kirchen werden immer wieder aufgefordert nicht auf Persisch zu predigen. Am 19. Mai 2012 wurden die Gemeinden von Janat Abad, der Gotteskirche in Teheran geschlossen, weil sie persischsprachige Messen abgehalten haben. Die Förderung des Christentums ist im Iran streng verboten.

Wenn ein fundamentalistischer Pfarrer, wie Terry Jones von der Winz-Gemeinde damit droht den Koran zu verbrennen, gibt es geradezu Massenaufstände in der islamischen Welt. Aber wenn iranische Revolutionswächter die Bibel verbrennen, schreckt man zurück oder schweigt.

Am 8. Februar 2011 verbrannten Revolutionswächter in der Nähe der türkischen Grenze Hunderte Bibeln. Diese heiligen Bücher des Christentums waren als Schmuggelware in den Iran gelangt. Schon im Juni 2010 waren Hunderte Bibeln in der Provinz Sardasht beschlagnahmt und verbrannt worden.<sup>61</sup> Die Bibelverbrennungen werden nicht als Beleidigung der Christen verstanden. Persischsprachige Bibel dürfen im Iran nicht verlegt werden.

Ali Golchin wurde im April 2010 von Zivilbeamten verhaftet. Er hatte persischsprachige Bibeln besessen und diese gezielt verteilt. Auch er wurde in der Haft geschlagen und gefoltert. Die Verteilung von persischsprachigen Bibeln reichte

---

<sup>59</sup> A/HRC/22/56, Human Rights Council, Twenty-second session, Human rights situations that require the Council's attention, Report of the Special Rapporteur on the situation of human rights in the Islamic Republic of Iran,

<sup>60</sup> [http://www.fcnn.com/index.php?option=com\\_content&view=article&id=3093:1391-12-27-00-52-31&catid=113:2009-12-05-06-37-57&Itemid=489](http://www.fcnn.com/index.php?option=com_content&view=article&id=3093:1391-12-27-00-52-31&catid=113:2009-12-05-06-37-57&Itemid=489)

<sup>61</sup> Farsi Christian News Network, 11.3.2011



aus, um ihm „Propaganda gegen den Staat“ und „Handlung gegen die nationale Sicherheit“ vorzuwerfen.

Golchin wurde mehrfach verhaftet und gegen Kaution freigelassen. Bis er schließlich aus dem Iran floh.

Der ehemalige Innenminister Mostafa Purmohammadi forderte die Ausbildungsstätten für Kleriker auf, sich auf die Gefahr der missionarischen Christen vorzubereiten. Denn die iranische Jugend sei in Gefahr.<sup>62</sup> Kein Geringerer als der iranische Revolutionsführer Ali Khamenei hat immer wieder vor der Hauskirchenbewegung im Iran gewarnt. Das ist kein Wunder, denn das Interesse junger Iraner am Christentum wächst.

Immer wieder werden Iraner, die zum Christentum übergetreten sind, verhaftet. Hauskirchen werden überfallen, die Mitglieder werden verhaftet, erkennungsdienstlich behandelt, Fingerabdrücke registriert, nur weil sie sich für das Christentum interessieren. Zum Christentum Konvertierte werden oft in Einzelzellen festgehalten. Sie werden mit der Todesstrafe bedroht.

Bekannt wurde der Fall des christlichen Pfarrers Yussef Naderkhani, der m.E. exemplarisch ist, in jeglicher Hinsicht. Mit 19 Jahren trat er zum Christentum über und wurde im Jahr 2001 Pfarrer. Er leitete eine kleine Gemeinde von 400 Christen im Norden des Iran. Im Juli 2011 gab die iranische Justiz bekannt, dass Naderkhani nur dann nicht wegen Apostasie hingerichtet werde, wenn er seinen Übertritt bereue und wieder zum Islam zurückkehre. Ansonsten solle das Todesurteil vollstreckt werden. Pfarrer Naderkhani war verhaftet worden, weil er sich darüber beschwert hat, dass sein Kind in der Schule islamisch indoktriniert wird. Dann wurde er im Gefängnis mit einem Buch der Indoktrination, das die absolute Wahrheit des Islam beweisen soll, konfrontiert. Nun sollte er selbst indoktriniert werden. Anfang November sollte Naderkhani im Gefängnis das Buch Besharate Ahdain lesen, um die Wahrheit des Islam kennenzulernen.<sup>63</sup> Dieses Buch ist von einem Mullah Mohammad Sadegh geschrieben worden, um insbesondere die Christen davon zu überzeugen, dass der Islam die wahre Religion und die letzte göttliche Religion sei. Interessant ist auch, dass das Buch in den 50er Jahren geschrieben wurde und 1957 veröffentlicht worden ist. Der Inhalt dieses Buches wurde von Ayatollah Borujerdi kurz nach seiner Veröffentlichung gelobt. Es sollte als „Material für die islamische Propaganda in den christlichen Staaten“ dienen.<sup>64</sup> Insbesondere wurde das Buch in Europa und in den

---

<sup>62</sup> ISNA, 19.11.2010

<sup>63</sup> Siehe dazu: Weinthal, Benjamin, Iran presses pastor: Islam or death, in; Jerusalem Post, 7.11.2011  
Weitere Texte:

[http://www.weeklystandard.com/blogs/irans-revolutionary-guards-cracks-down-christians\\_647184.html](http://www.weeklystandard.com/blogs/irans-revolutionary-guards-cracks-down-christians_647184.html)

<http://www.jpost.com/LandedPages/SearchResults.aspx?q=Youcef%20Nadarkhani>

<http://www.jpost.com/MiddleEast/Article.aspx?id=297740>

<http://www.jpost.com/LandedPages/SearchResults.aspx?q=Nadarkhani>

<sup>64</sup> Mullah Sadegh, Mohammad, Besharate Ahdain, Ghom 2011, S.2 (Persisch)



USA unter den Muslimen verbreitet. In diesem Buch werden nicht nur Argumente gegen die zoroastrische, jüdische und christliche Religion geliefert, sondern selbstverständlich ist es auch ein Anti-Bahai-Buch. In dem Buch werden Zitate aus dem alten und neuen Testament zusammengestellt, die die angebliche absolute Wahrheit des Islam für alle Ewigkeit beweisen sollen.

Um zu zeigen, wie das islamistische Regime auch in Einzelfällen reagiert, ist es wichtig sich in Erinnerung zu rufen, dass Naderkhani am 8. September 2012 auf internationalen Druck, beispielsweise auch mit Hilfe der Beiträge von Benjamin Weinthal in der internationalen Presse und auf politischen Druck von Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder freigelassen wurde. Kourosh Lahouti, Sprecher der iranischen Kirchen, äußerte damals seine Hoffnung, dass Naderkhani vom Vorwurf der Apostasie freigesprochen werde. Schließlich wurde Naderkhani Weihnachten 2012 erneut verhaftet. Dann aber wieder am 7. Januar 2013 wieder freigelassen. Diese Einschüchterungsstrategie hat sicher ihre Wirkung. Die Freude dauerte nicht lange, denn am 26. September wurde der nächste Pfarrer verhaftet. Er heißt Saeed Abedini und gilt als eine der Integrationsfiguren der Hauskirchenbewegung, die besonders verteufelt wird.

Der US-amerikanisch-iranische Pfarrer Abedini wurde im September letzten Jahres verhaftet, als er heimkehrte, um seine Eltern aufzusuchen. Der Evangelist wurde zu acht Jahren Haft verurteilt. Es gibt auch Meldungen, wonach er möglicherweise hingerichtet werden könnte. Abedini konnte in den letzten Jahren rund 100 Hauskirchen in 20 verschiedenen iranischen Städten bei seinen Iran-Besuchen betreuen.

Abedini war schon in den Jahren vor 2009 mehrfach verhaftet worden. Als Abedini in Juni 2012 über Georgien in den Iran einreisen wollte, wurde er verhaftet. Man nahm ihm seinen Passport weg. Er sollte zunächst am 26. September vor Gericht gestellt werden. Stattdessen überfielen Sicherheitsbeamte sein Haus, konfiszierten Dokumente, Computer und andere persönliche Dinge und brachten ihn ins Evin-Gefängnis. Im Evin-Gefängnis war er zuerst in Einzelhaft und wurde später in die berüchtigte Abteilung 209 verbracht. Man versuchte mit allen Tricks das Geständnis zu erzwingen, dass er ein Spion sei. Man raubte ihm den Schlaf. Er wurde geschlagen und wurde medizinisch nicht behandelt, berichtet Ahmad Shahid.

Mohabat News berichtete am 27. Januar 2013, dass Abedini zu acht Jahren verurteilt worden ist. Das Gericht hat nicht akzeptiert, dass er gegen Kautions freigelassen wird. Er soll inzwischen in der Abteilung 3 des Evin-Gefängnisses sein. Seine Frau sagte gegenüber Mohabbat-News, dass ihr Ehemann „seitdem er zum Christentum übergetreten sei als ein Verbrecher“ gelte.

Wie zuvor erwähnt, darf im Iran nicht auf Persisch gepredigt werden. Dies führt dazu, dass die Hauskirchenbewegung, die am wenigsten kontrollierbar ist, gänzlich diskriminiert wird und verboten ist. Man fürchtet ein unkontrolliertes Wachstum der



christlichen Gemeinden. Das Ziel ist eine „Säuberung“ der Kirchen von persischsprachigen Christen.

Im Dezember 2012 wurde gemeldet, dass der Vertreter der assyrischen Christen im Iran, Beyt Kolya, sich im Dezember 2012 zum ersten Mal öffentlich kritisch geäußert habe. Er warf den staatlichen Medien im Iran vor die religiösen Minderheiten zu beleidigen. Alle waren sehr erstaunt. Beispielsweise schrieb die FCNN (Farsi Christian News Network), Beyt Kolya sei sogar mit Mohammad Javad Ardeschir Larijani, der die iranische Menschenrechtskommission, sozusagen die Scharia-Menschenrechts-Kommission leitet, gemeinsam aufgetreten, und habe behauptet, dass die Christen im Iran sogar freier seien als die Muslime. Unter anderem griff das Farsi Christian News Network dieses Thema auf und kritisierte den Vertreter der assyrischen Christen als einen Opportunisten, der nicht nur nicht die Christen im Iran verteidigen würde, sondern auch mit den islamistischen Machthabern zusammenarbeite.

Aber die Unterdrückung der Christen geht weit über die Probleme der Kollaboration mit der totalitären Diktatur hinaus.

FCNN (Farsi Christian News Network) meldete am 15. September 2012, dass nicht nur neue Christen, sondern auch eine offizielle Patriarchenkirche (orthodox) in Schiraz immer mehr Probleme bekomme. Es handelt sich um die Schamun Qayur. Staatliche Beamte haben dort das Taufbecken geschlossen. D.h. eine Taufe kann dort nicht mehr durchgeführt werden. Einer der Gründe warum in solchen Fällen immer wieder Christen verhaftet werden, ist, dass sie Muslime getauft haben. Zudem hat die Diktatur einen Beamten in die Kirche abgestellt, der sich „Mirdehgan“ nennt, wahrscheinlich ein Pseudonym. Er ordnet, wer welche Aufgaben in der Kirche übernehmen darf und wer die Kirche nicht betreten darf. Dieser Beamte bestimmt sogar wer sich wo hinsetzen darf. Der Beamte führt unangemeldete Besuche durch, um zu kontrollieren, was in der Kirche passiert. Er kontrolliert sogar welche Kirchenlieder gesungen werden. Nach Aussagen von FCNN hat dieser „Geheimdienst- und Sicherheitsbeamte dem Pfarrer der Kirche jegliche Autorität genommen und hat faktisch den noblen Pfarrer von seinen Verwaltungspflichten der Kirche enthoben.“<sup>65</sup> Er behandelt die Kirchenbesucher sehr schlecht und will ihnen die Freude an einem Kirchenbesuch nehmen. Er soll gesagt haben, dass er dafür sorgen werde, dass die Christen „diese Kirche nicht besuchen“. Wörtlich übersetzt hört sich der benutzte Ausdruck dafür sehr makaber an, nämlich dass er „dafür sorgen werde, dass den Christen die Beine abgehackt werden.“ Er hat sogar die

---

<sup>65</sup> [http://www.fcnn.com/index.php?option=com\\_content&view=article&id=2983:1391-06-25-21-35-25&catid=104:iranianchristian&Itemid=500](http://www.fcnn.com/index.php?option=com_content&view=article&id=2983:1391-06-25-21-35-25&catid=104:iranianchristian&Itemid=500), 15.9.2012

محدودیت‌های بی سابقه در کلیساهای اسقفی شیراز و هشتمین ماه بازداشت نوکیشان مسیحی آن شهر  
 مامور فوق‌برخوردهای شخصی بدی با ایمانداران قدیمی کلیسا دارد و با آنها طوری رفتار می‌کند که به قول خودش پایشان از کلیسا قطع  
 (شود).





alten Kirchenmitglieder aufgefordert ihre Kinder nicht mehr in die Kirche mitzunehmen. Es sollen keine Generationen von Kirchenbesuchern nachwachsen. Falls die Kirchenmitglieder ihm nicht gehorchen, meldet er dem Geheimdienst die Namen derjenigen, die eigenständig gehandelt haben. Auf diese Weise erzeugt er wie es in dem Bericht heißt „Angst unter den Gläubigen.“ Er warnt, dass die „Christen ihm entweder gehorchen und seine Befehle Haar um Haar ausführen, oder sie werden auf einen Besuch der Kirche verzichten müssen.“ Viele Gläubige der Schamun Qayur Kirche verzichten aus Angst vor Repressalien inzwischen auf den Besuch der Kirche in Isfahan. FCNN berichtet, dass die iranischen Sicherheitsbeamten mit „solchen Taktiken“ auch in Isfahan und in Teheran gegen die Kirchen vorgehen. FCNN schreibt:

„Sie verfolgen das Ziel, und sie bemühen sich keineswegs es zu verstecken, die Kirchen leer zu bekommen und die Gläubigen täglich mehr unter Druck zu setzen, damit die alten Kirchen allmählich von innen in sich zusammenfallen und geschlossen werden.“

In der Tat haben die islamistischen Machthaber des Iran von der chinesischen Kulturrevolution gelernt. Denn die antikirchlichen Methoden gehen einher mit der gewalttätigen Reislamisierung der iranischen Gesellschaft, die zu einer immer wieder neu belebten Strategie der islamischen Revolution gehören. Diese werden an den Universitäten, in Schulen und in allen Dimensionen der Gesellschaft eingesetzt.

Offizielle iranische Medien, wie die Farsnews, die den Revolutionsgardisten nahestehen, berichten, dass Hauskirchen lediglich „schwache Personen“ anziehen würden. Muslime, die konvertieren wollen, werden pathologisiert. Es seien die „verletzbaren Teile der Gesellschaft, die psychische Probleme haben“, die von solchen Hauskirchen angezogen würden. Am 15. Oktober 2012 schrieb Farsnews, diese „illegalen Netzwerke gehören zu abhängigen zionistischen Institutionen, die im Ausland stationiert sind.“ Diese Hauskirchen würden von den „USA und England unterstützt werden und mit zionistischen Satellitensystemen in Verbindung stehen, die gegen die heilige Religion des Islam und gegen das System der Islamischen Republik aktiv sind.“

Die iranischen Machthaber stellen jedes andere Verständnis von Religion oder jede Weltanschauung, die anders ist als die islamistische Staatsideologie als eine Gefahr für die „nationale Sicherheit“ dar. Die totalitären Herrscher sprechen von der „Verführung der Jugend“. Muslime, die ihre Religion wechseln, können zum Tode verurteilt werden. Denn ein Abfall vom Islam wird als Apostasie bezeichnet, wofür die Todesstrafe vorgesehen ist.

Laut der iranischen Nachrichtenagentur Mehrnews sagte kein Geringerer als der einflussreiche Ayatollah Mesbahe Yazdi, der nach der Meinung mancher Experten angeblich ein Kandidat für den zukünftigen Führer des Iran sein soll, am 12. Mai 2011: „Im Kampf gegen das Christentum, das sich in manchen Provinzen verbreitet, ist einiges unternommen worden und sind auch Gelder dafür ausgegeben worden.“



Aber da es noch kein Programm gibt und keine Aufsicht über die Arbeit, ist es ergebnislos geblieben.“<sup>66</sup> Ayatollah Mesbahe Yazdi, der zunächst zu den Mentoren des Präsidenten Ahmadinejad gehörte, aber wegen den „abweichlerischen nationalistischen Tönen“ von Ahmadinejad sich von ihm distanziert hat, hat im politischen System des Iran mehr zu sagen als ein Präsident oder dessen Außenminister. Es war Ayatollah Mesbahe Yazdi, der damit zur Systematisierung der Verfolgung der Christen aufrief. Eine solche Forderung erinnert an das Golpayegani-Memorandum, das die systematische Verfolgung der Bahai forderte, ohne alarmistisch wirken zu wollen.

Solche Rufe tauchen gehäuft auf: Am 9. März 2011 sagte der ebenfalls sehr einflussreiche Groß-Ayatollah Vahid Khorassani laut Aftabnews: „Dieses Christentum verführt mit seinen Wurzeln in diesem Land unsere Jugend.“ Dann fügte er hinzu, dass es niemanden gäbe, der erklären würde „was diese ganze Propaganda des irrenden Christentums eigentlich bedeuten soll?“ Dann beschwerte sich der Großayatollah, dass jeder sich nur um seine eigene Machtposition kümmere und fügte hinzu: „Die Propaganda-Vorstellung des Christentums muss in diesem Land beendet werden, sonst werde ich niemand's Ehre schonen.“<sup>67</sup> (Die Ehre aller angreifen)

Die islamistische Diktatur setzt aus ihrer Perspektive auf eine biologische Lösung der Minderheiten. Die Mission, der Urgeist des Christentums, ist im Iran verboten, weil ein Wachstum der christlichen Gemeinden verhindert werden soll.

Anhand der genannten Fälle wird deutlich, dass die iranischen Machthaber keinen Dialog mit Christen suchen, sondern die Christen nur von der Superiorität des Islam überzeugen wollen.

Die Diskriminierung der Christen ist im Iran nicht zu trennen von der geschlechtsspezifischen Apartheidspolitik gegenüber den iranischen Frauen, von der systematischen Verfolgung der Bahai, die von einem Genozid bedroht sind, von der Verfolgung aller säkularen Andersdenkenden. Die Diskriminierung der Christen ist auch nicht zu trennen von der antiisraelisch-antisemitischen Praxis und der politischen Propaganda des genozidalen Antizionismus der islamistischen Staatsdoktrin des Iran.

<sup>66</sup> <http://old.mehrnews.com/fa/NewsDetail.aspx?NewsId=1309988>

in der راستای مبارزه با مسیحیتی که دارد در بعضی استان ها رواج پیدا می کند کارهایی انجام گرفته و هزینه هایی هم صرف شده، اما به این دلیل که برنامه و نظارتی وجود ندارد بازدهی نداشته است.

<sup>67</sup> <http://www.aftabnews.ir/vdcjy8evvuqe8mz.fsfu.html>

این مسیحیت با این ریشه در این کشور جوانان شیعه را گمراه می کند و اینها روی ریاست خود دعوا دارند، یکی نیست به این دستگاه ... بگوید " این همه تبلیغات مسیحیت ضال و مضل حتی در قم به چه معناست؟ اینها را دارند به خورد این امت می دهند و درقبال اسلام، این دستگاه با این بساط اگر یکجایی یک کلمه بویی برای تزلزل مقام من باشد همه آنجا حاضر می شوند، اما دین و ایمان از مغز این جوان ها برده می شود همه در خفقان و خوابیده اند " دنبال مقام و مالند دم از اسلام می زنند، بساط تبلیغ مسیحیت باید از این مملکت برچیده شود والا ابرو برای ... نخواهم گذاشت



## Iran: Religions-un-freiheit im islamischen Gottesstaat<sup>68</sup>

Die Autoren eines 371-seitigen Berichts der US-amerikanischen Kommission für internationale Religionsfreiheit (USCIRF, United Commission on International Religious Freedom) widmen rund 13 Seiten der Religionsunfreiheit im iranischen Gottesstaat.

Es wird festgehalten, dass die iranische Regierung weiterhin systematisch die Religionsfreiheit verletzt. Im Iran werden Angehörige religiöser Minderheiten in den Gefängnissen gefoltert und hingerichtet. Im vergangenen Jahr haben sich die Verhältnisse insbesondere für die Bahai, für Christen und für Sufi-Muslime verschlimmert. Sogar die anerkannten religiösen Minderheiten wie Juden, Armenier, assyrische Christen und Zoroastrier werden immer mehr unterdrückt, diskriminiert und willkürlich verhaftet. Zudem verstärken der Antisemitismus iranischer Politikern und die wiederholte Holocaustleugnung von hochrangigen Staatsbeamten das Klima der Angst unter iranischen Juden.

Ferner geraten die Anwälte der Angehörigen von religiösen Minderheiten unter Druck, werden selbst verhaftet und in den Kerker geworfen.

In dem Bericht der USCIRF wird festgehalten, dass die Repression gegen die sunnitischen Muslime andauert. Insbesondere die sunnitischen iranischen Araber, Belutschen, Kurden und Turkmenen sind von der Diskriminierung betroffen. Grundlos werden sunnitische Geistliche verhaftet. Der Anteil der Sunniten an der Gesamtbevölkerung von rund 80 Millionen beträgt etwa 9 Prozent.

Auch die Sufi-Muslime werden unterdrückt. Prominente Sufi-Führer sitzen in Haft, ihre Gebetszentren werden oft zerstört. Hunderte von Sufi-Muslimen der NematollahiGonabadi Derwische wurden in den letzten Jahren verhaftet. Der Sufismus wird in den iranischen Medien dämonisiert und als Feind des Islam bezeichnet. Tatsächlich stellt der Sufismus eine andere Interpretation des Islam dar.

Die Diskriminierung und Verfolgung von Nicht-Muslimen. Nicht-Muslime sind im Iran gesellschaftlicher und staatlicher Diskriminierung und Verfolgung ausgesetzt. Insbesondere die Bahai haben im herrschenden islamischen Blutgesetz nicht die gleichen Rechte wie die anderen Bürger. Das Blut eines Bahai gilt als „mobah“, d.h. ein Bahai kann getötet werden ohne dass der Täter strafrechtlich verfolgt werden würde.

USCIRF berichtet, dass der Revolutionsführer Ali Khamenei im Oktober 2010 gesagt habe, dass „die Feinde des Islam den Sufismus, die Bahai-Religion und die Hauskirchenbewegung verbreiten, um den Glauben der jungen Menschen zu schwächen.“ Ayatollah Ahmad Jannati, der dem Wächterrat vorsteht, sprach von ihnen sogar als „sündige Tiere.“

Die Angehörigen der Bahai-Religion gelten im Iran als Häretiker und Apostaten. Offiziell gibt es im Iran rund 300.000 Bahai. Über 200 Bahai wurden seit der Islamischen Revolution von 1979 hingerichtet. Mehr als 10.000 Bahai haben ihre Arbeit bei der staatlichen Verwaltung oder an Universitäten verloren. Die religiösen Zentren wurden zerstört. Um die Bahai finanziell auszurotten, ist es ihnen nicht erlaubt ihr Eigentum zu vererben. Die Bahai-Friedhöfe werden zerstört. Die

---

<sup>68</sup> <http://europeandemocracy.eu/2013/05/iran-no-freedom-of-religion/> 14.05.2013



Friedhofsschändungen fanden in Teheran, in Ghaemshahr, Marvdasht, Semnan, Sari, Yazd, Najafabad und Isfahan statt. Seit 2005 wurden mehr als 650 Bahai willkürlich verhaftet. Im Februar 2013 waren mindestens 110 Bahai in Haft, nur weil sie eine andere Religion haben als den Islam. Auch im Jahr 2012 und Anfang 2013 wurden das Eigentum und die Häuser von Bahai willkürlich in Brand gesteckt und zerstört. Infolge der staatlichen Propaganda und der diskriminierenden Gesetzgebung fühlen sich manche Muslime immer wieder dazu aufgefordert und berechtigt Bahai physisch anzugreifen. Der Bericht geht auf einige Überfälle vom Oktober 2010 in Rafsanjan ein. Dort wurden über 20 Bahai-Häuser angegriffen und in Brand gesteckt. Viele Läden von Bahai wurden zerstört. Einzelne Bahai bekamen Briefe, dass sie mit Konsequenzen zu rechnen hätten, wenn sie sich mit Muslimen anfreunden würden.

USCIRF geht zudem ausführlich auf die Zerschlagung des Bahai Institute for Higher Education (BIHE) ein. Einige Lehrer dieser privaten Universität wurden zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt. Zudem wird hervorgehoben, dass sieben Führungsmitglieder der iranischen Bahai-Gemeinde seit Mai 2008 willkürlich im Gefängnis festgehalten werden.

In dem Bericht wird zudem die Diskriminierung von Christen angeprangert. Insbesondere Evangelikale und andere protestantische Christen würden im Iran diskriminiert werden. Aber auch die assyrischen und armenischen Christen würden immer mehr unter Druck geraten. Seitdem Präsident Ahmadinejad erklärt hat, dass dem Fortschritt der christlichen Gemeinden im Iran ein Ende gesetzt werden müsse, würden auch assyrische und armenische Christen diskriminiert werden. Seit 2010 seien etwa 300 Christen willkürlich verhaftet worden. Im Januar 2011 sei der Pfarrer Behnam Irani verhaftet worden. Er sitzt bis heute im Gefängnis. Ihm wird vorgeworfen persischsprachige Bibeln und christliche Schriften verbreitet zu haben. Auch der Fall von Pfarrer Yousef Nadarkhani wird in dem Bericht ausführlich behandelt.

Zoroastrier und SabaeischeMandaeener werden im Iran immer mehr diskriminiert. Oft werden sie gezwungen zum Islam überzutreten.

Iranische Juden leiden zunehmend unter Antisemitismus. Der staatliche Antisemitismus ist in den letzten Jahren stark gestiegen, heißt es in dem Bericht des USCIRF. Mitglieder der jüdischen Gemeinde werden gezielt angegriffen, wenn ihnen Kontakte nach Israel vorgeworfen werden. Präsident Ahmadinejad und andere iranische Politiker haben immer wieder den Holocaust gelehrt und mit der Zerstörung Israels gedroht. In dem Bericht wird auch erwähnt, dass eine iranische Zeitung einen antisemitischen Karikatur-Wettbewerb organisiert hat. Iranische Zeitungen würden die Juden stereotypisch dämonisieren.

Die Autoren des Berichts empfehlen der US-Regierung sich offen für Religionsfreiheit im Iran einzusetzen, auch in den bilateralen diplomatischen Gesprächen mit dem Iran.

Die US-Regierung solle Projekte finanzieren, die den Iranern einen schnellen Zugang zum Internet über Satelliten gesteuerte Systeme ermöglichen. Initiativen, die sich für Religionsfreiheit im Iran einsetzen sollen finanziell besser ausgestattet werden. Auch die persischsprachigen Dienste von Voice of America und Radio Free Europe/Radio Farda sollen eine bessere Finanzierung für die Arbeitsbereiche bekommen, die sich mit der Religionsfreiheit beschäftigen.



Gleichzeitig sollte die US-Regierung ihre menschenrechtsorientierte Sanktionspolitik verstärken, empfehlen die Experten der USCIRF.

Beispielsweise sollen Personen, die für die Verletzung von Menschenrechten und Religionsfreiheit verantwortlich sind, unter eine menschenrechtsorientierte Sanktionspolitik gestellt werden. Die folgende Liste von Personen, die wegen massiven Menschenrechtsverletzungen auf einer Sanktionsliste landen sollen, solle in Zukunft vervollständigt werden. Vorläufig werden in dem Bericht folgende Namen genannt:

- Revolutionsführer Ayatollah Ali Khamenei
- Präsident Mahmoud Ahmadinejad
- Sadegh Ardeshir Larijani, Justizchef
- Ayatollah Ahmad Jannati, Vorsitzender des Wächterrates
- Ayatollah Mohammad Taqi Mesbah Yazdi, Expertenrat
- Hossein Shariatmadari, Chefredakteur von Kayhan
- Mohammad Moghiseh, Islamisches Revolutionsgericht
- Abbas Pir-Abbassi, Islamisches Revolutionsgericht
- Abolghassem Salavati, Islamisches Revolutionsgericht

Die Konten der oben genannten Personen und weiteren noch nicht identifizierten Personen, die für massive Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind, sollen in den Vereinigten Staaten von Amerika gesperrt werden. Ihnen soll zudem ein Einreiseverbot in die USA erteilt werden.





## 2. Einbindung und Mobilisierung

Die totalitäre Mobilisierungsstrategie umfasst den Herrschaftsanspruch über die islamische Welt und letztlich gar den Islamisierungsanspruch der ganzen Welt.

Zurück zur Geschichte und zum Beginn der Einbindungsstrategie von Ayatollah Khomeini: Als am 16. Januar 1979 der Schah den Iran verließ, erklärte Ayatollah Khomeini in den Iran reisen zu wollen. Er beeinflusste die Anti-Schah-Bewegung für seine eigene Mobilisierungsstrategie mit Videos und Reden. Khomeini mobilisierte die Massen mit Hassreden gegen den Westen, gegen die Sowjetunion und gegen Israel. Auch der antizionistische Antisemitismus<sup>69</sup> diente zur Mobilisierung der Massen. Spätestens ab diesem Zeitpunkt bis zum Verbot der moskauorientierten Tudehpartei im Mai 1983 kann von der Phase der wechselseitigen aktiven Einbindung und des schleichenden Verbots der systemfremden säkularen Organisationen und Parteien gesprochen werden. Das Gros der säkularen Opposition, d.h. der potentiellen iranischen Zivilgesellschaft, musste aber bald entweder ins Exil oder in die innere Emigration gehen oder sie wurde eingekerkert, wenn nicht exekutiert. Breite Demokratie fordernde Massen konnten mobilisiert und eingebunden werden, bis sie gleichzeitig und nacheinander verboten wurden. Säkulare aller Schattierungen, Kommunisten, Sozialisten und Nationalisten beteiligten sich an der Anti-Schah-Bewegung, gegen die Modernisierungsdiktatur des Schahs und für den unbekanntem Faktor einer „Islamischen Republik Iran.“ In der historischen Perspektive kann heute festgehalten werden, dass Ayatollah Khomeini faktisch alle anti-Schah Gegner in der revolutionären Phase zunächst einbinden konnte, die im Rückkehrschluss den allumfassenden hierarchischen und totalitären Herrschaftsanspruch von Ayatollah Khomeini nicht erkannt haben. Ein Herrschaftsanspruch, der heute mit der Zuspitzung der totalitären Macht immer deutlicher wird. Wenn wenige Jahre nach der Islamischen Revolution der Abstand zu den säkularen Organisationen, Parteien und Intellektuellen die rote Linie darstellte, ist heute die rote Linie für das politische System der Abstand von der „Grünen Bewegung“, deren Anhänger von den khomeinistischen Machthabern als „Fetnegaran“, als die den „Islam verletzenden Aufständischen“ bezeichnet werden.

### Die Wildheit des Westens: Der iranische Parlamentspräsident Ali Larijani und die Menschenrechte<sup>70</sup>

Drei deutsche Parlamentarier wollen am 27. Oktober in den Iran reisen. Einer ihrer Gesprächspartner dort ist der Parlamentspräsident Ali Larijani, der in westlichen

<sup>69</sup> Vgl. Pfahl-Traugher, Armin, Ideologische Erscheinungsformen des Antisemitismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Antisemitismus, 30. Juli 2007, S.9

<sup>70</sup> <http://europeandemocracy.eu/wp-content/uploads/wp-post-to-pdf-enhanced-cache/1/president-of-the-iranian-parliament-ali-larijani-and-human-rights.pdf> 26.10.2012



Medien oft als „Gemäßigter“ bezeichnet wird. Es ist bekannt, dass im Iran Homosexuelle hingerichtet werden. Weniger bekannt ist, dass Ali Larijani einer der Scharfmacher im Staatsapparat ist, der den Hass gegen Homosexuelle propagiert. Als Diplomat hat er allerdings das Problem, dass er im Ausland auf Menschen trifft, die nach iranischem Recht hingerichtet oder wenigstens ausgepeitscht werden müssten. Wie er diesen Gewissenskonflikt realpolitisch bewältigt, erläuterte Ali Larijani am 22. Oktober 2012 seiner offiziellen Website am Beispiel des deutschen Außenministers Guido Westerwelle:

„Auf der internationalen Bühne treffen wir nicht auf Leute, die die ganze Nacht beten. Einer trinkt Alkohol und einer ist homosexuell.“ Dann erzählt Larijani von einem seiner Erlebnisse: „Einer der europäischen Außenminister, den ich getroffen habe, war homosexuell. Was sollen wir denn machen? Wir müssen sie treffen, damit wir ihnen das sagen können, was wir ihnen sagen wollen. Dennoch akzeptieren wir nicht das, was sie sonst tun.“

Am 24. Oktober 2012 schrieb Ali Larijani über den Menschenrechtsbericht der UNO: „Außer der Tatsache, dass der Bericht keine tiefe Verbindung mit den Prinzipien der Vereinten Nationen hat in Hinblick auf den Schutz der Rechte der Menschen und den Respekt gegenüber der Pluralität der Kulturen, propagiert und verbreitet dieser Bericht eine internationale Barbarei.“

Larijani sagte: „Der Berichterstatter der UNO für Menschenrechte hat in Teilen seines Berichts dem Majless vorgeworfen, dass es eine Barriere für die Durchsetzung der Menschenrechte sei, ebenso wie das islamische Strafgesetz, das im Majless beschlossen worden ist oder auch das Internetgesetz des Iran eine solche Barriere ist.“ Ali Larijani fuhr fort: „Wichtiger als alles andere, der Bericht hat erklärt, dass die Beleidigung des göttlichen Propheten und der Heiligtümer ebenso wie Gotteslästerungen keine Verbrechen darstellen, die strafrechtlich verfolgt werden könnten.“

Dann fügte Larijani hinzu: „Es ist bedauerlich, dass die UNO so weit gekommen ist, dass deren Berichterstatter die islamische Strafgesetzgebung als eine Sache darstellen, die die Menschenrechte verletzt.“

Larijani sagte weiterhin: „Vertritt denn die UNO nicht den Respekt vor den Kulturen? Soll denn etwa das iranische Volk, das stolz auf die Gesetze Mohammads ist, Gesetze anderer Kulturen für seine eigene Lebensweise übernehmen? Und offenbar erwartet ihr, dass wir die Wildheit des modernen Westens wie die Homosexualität in unserer Gesetzgebung legalisieren.“

Larijani sagte über die Mitglieder des Majless, des iranischen Pseudo-Parlaments: „Die Vertreter des Volkes sind stolz darauf, dass sie die Strafgesetzgebung auf der Grundlage des Koran strukturiert haben, und das iranische Volk ist stolz darauf, dass es sich gegen die Wildheit und den kulturellen Leichtsinn der westlichen Welt





einstimmig über die Beleidigung des Propheten empört hat, und wir sind bereit, auf diesem Gebiet unser Leben einzusetzen, um gegen diese große Ungerechtigkeit gegenüber dem heiligen Propheten Widerstand zu leisten.“

Ali Larijani fuhr fort: „Wenn der Berichterstatter der UNO auch Hunderttausendmal solche Berichte vorbereitet, wird dies nicht den geringsten Einfluss auf den Willen des Volkes haben, und wir sind entschlossen, unseren Kampf gegen diese beispiellose Ungerechtigkeit gegenüber dem Propheten fortzusetzen.“

Larijani: „Herr Generalsekretär, Sie können vielleicht eine Zeitlang mit Hilfe der USA erfolgreich sein, wenn Sie solche Berichte international verbreiten, aber seien Sie sich sicher, dass Sie die Grundlagen der UNO erschüttert haben und mit Ihrem politischen Tanz die Identität der Vereinten Nationen lächerlich machen. Sie müssen die unterschiedlichen Kulturen der Welt respektieren und dürfen nicht versuchen, diesen Kulturen zugunsten der verächtlichen und armseligen Kultur des Westens den Glanz zu nehmen.“

Larijani weiß natürlich auch, was die die wirkliche Aufgabe der UNO sein sollte: „Statt diese politischen Spiele um die Menschenrechte zu treiben, soll sich die UNO doch um die Rechte des palästinensischen Volkes kümmern, das seit einigen Dekaden unter der härtesten und schärfsten Gewalt der militärischen Herrschaft eines Banditen steht.“

Gut zu wissen, dass man es mit einem Gemäßigten zu tun hat. Man hätte es sonst vielleicht nicht bemerkt. Aber vielleicht hat Larijani ja Verständnis für die Anliegen seiner deutschen Besucher, das Goethe-Institut wieder zu eröffnen und mal zu schauen, wie die Iraner Autos bauen. Wenig Verständnis für den das Regime aufwertenden Besuch dürften die unzähligen aus politischen und religiösen Gründen oder wegen ihrer von der islamistischen Doktrin abweichenden Lebensweise Verfolgten im Iran haben.

## **2.1. Das politische Scheitern der Einbindungsstrategie.**

Die Mobilisierung und die Einbindung sollen die fanatisierten Massen zu loyalen Untertanen der Diktatur machen. Die islamistischen Machthaber versuchen zudem mittels einer Spaltpilzpolitik die Europäischen Regierungen zu zwingen sich von den USA und Israel zu entsolidarisieren.

Islamistische Herrscher fordern die „Indienstnahme der ganzen menschlichen Existenz für die große politische Vision“.<sup>71</sup> Dies ist in der Tat das zentrale

---

<sup>71</sup> Backes, Uwe, Geschichtspolitik als Kernelement der Herrschaftslegitimation



Charakteristikum totalitärer Herrschaft auch in der „Islamischen Republik Iran“. Der Einsatz für die Revolution, für die Ummat und für Gott dient als ideologische Vision der Mobilisierung gegen westliche Demokratien und ihrer Anhänger im Iran.

Das khomeinistische System konnte bis zu Beginn der 90er Jahre unter Rafsanjani noch Teile der nationalreligiösen Bewegung für die eigene Sache mobilisieren. Insbesondere konnten im Namen des Reformislamismus große Massen eingebunden werden. Die Forderungen der Massen gingen unter Khatami aber weit über die Versprechen hinaus, die Khatami einlösen konnte. Eine neue Stufe der Erfolglosigkeit der Einbindungsstrategie setzte mit dem Anwachsen der innerislamistischen Konflikte ein. Der Herrschaftszugang wurde weiterhin eingeschränkt, die Zuspitzung der Diktatur nahm unter der Präsidentschaft Ahmadinejads neue Dimensionen an. Die Herrschaftsausübung war mit Beginn der Revolution anachronistisch und terroristisch. Die Beseitigung der systemfremden säkularen Opposition konnte nur mit Terror nach innen durchgeführt werden. Es handelte sich um eine anachronistische Ideologie, die laut iranischer Verfassung einen globalen Anspruch der Befreiung der unterdrückten Massen und der Islamisierung besitzt.

Das sich religiös legitimierende System muss den Angehörigen der Buchreligionen einen offiziellen Status im islamischen Staat geben. Deswegen haben die iranischen Juden, die Zoroastrier und die armenischen Christen jeweils einen „Abgeordneten“ im Majless sitzen, die assyrischen und kaldonischen Christen werden gemeinsam von einem Abgeordneten vertreten. Im gesellschaftlichen Leben werden die Christen, die Juden und die Zoroastrier diskriminiert, weil sie sich nicht gemäß ihren religiösen Maßstäben bewegen können. Die christlichen Hauskirchen sind vollständig verboten. In den Kirchen darf nicht auf Persisch gebetet werden. Mitglieder der Kirchen bekommen staatliche Mitgliedsausweise, um zu verhindern, dass Konversion stattfindet. Die Juden sollen sich von Israel distanzieren, fordern die khomeinistischen Ideologen. Jeder Kontakt nach Israel wird hart bestraft. Willkommen ist der antiisraelische Rabbiner Cohen der fundamentalistischen Sekte der Neturei Karta, der auch in diesem Jahr am Al-Quds-Tag gegen Israel aktiv wurde. Die Neturei Karta vertritt sicherlich nicht das heutige Judentum.

Nicht vollständig eingebunden sind auch die ethnischen Minderheiten, wie die Kurden, die Araber, die Azeris und die Belutschen. Regimetreue politische Führer gibt es aber auch unter diesen Minderheiten, wobei die Einbindung sehr eingeschränkt ist.

Eingegliedert sind aber die Staatsbediensteten, vor allem mittelständische und hochrangige Militärs, die wirtschaftliche Vorteile bekommen und unternehmerische Tätigkeiten mit Staatsgeldern durchführen können. Der militärische Arm der



absoluten Herrschaft des Klerus zählt heute zu der Oberschicht des Iran, aus jungen islamistischen Revolutionären wurden schon zu Beginn der 80er Jahre mittelständische Wohnungs- Haus- und Landbesitzer, dank der sogenannten revolutionären Enteignungen. Kraft einer klassischen Kriegswirtschaft konnten Militärs der Revolutionsgardisten, Wächter der Islamischen Revolution genannt, dank billiger Kredite und staatlicher Subventionen, Unternehmer werden.

Der Anspruch der totalitären Ideologie des Khomeinismus ist zu Beginn der Revolution die Einbindung der Massen gewesen. Ideologisch geht es seit 33 Jahren nicht nur um die Einbindung der Massen der iranischen Gesellschaft, sondern um die ideologische Solidarität und die Einbindung der „Mostasafin“, der Armen der Welt. Diesen Anspruch übernahm der erste islamistische Herrscher der Welt Ayatollah Khomeini von den Kommunisten. Der Anspruch die „Mostasafin“, die Armen zu befreien, ist gleichzusetzen mit dem Anspruch der Befreiung des Weltproletariats.

Nach dem achtjährigen Krieg gegen Irak (1980-88) lag zunächst die iranische Wirtschaft am Boden. Die Akteure der islamistischen Diktatur sahen keinen anderen Ausweg als auf das internationale Kapital zu setzen und Jointventures mit ausländischen Unternehmen zu unterzeichnen. Dennoch hat sich die Macht der totalitären Diktatur zugespitzt.

### **IRNA über das ZDF-Interview mit Ahmadinejad<sup>72</sup>**

Die staatliche Nachrichtenagentur des Iran IRNA hat am 21. März das Interview des ZDF Journalisten Claus Kleber mit dem iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinejad kommentiert. Das Interview wird als ein Erfolg für den iranischen Präsidenten gefeiert. Im Folgenden wird der Artikel dokumentiert:

#### **„Deutscher Reporter: Ich habe im iranischen Bazar keine Spur von Sanktionen erlebt**

Der erfahrene Journalist und Moderator des ZDF hat nach eigenen Angaben Jahre lang versucht ein Exklusiv-Interview mit dem iranischen Präsidenten zu bekommen bis er schließlich nun einen Erfolg in dieser Hinsicht erzielen konnte. Das ZDF ist ein sehr viel gesehenes Programm. In seinem Report berichtet er über seine Reise nach Teheran und er gesteht, dass die westlichen Sanktionen gegen den Iran wirkungslos sind.

Claus Kleber hat am 18. März 2012 in einem Exklusiv-Interview mit Dr. Mahmoud Ahmadinejad über das Atomprogramm und über die Menschenrechte diskutiert. Teile

---

<sup>72</sup> <http://europeandemocracy.eu/2012/03/iranian-state-news-agency-irna-on-zdf-interview-with-ahmadinejad/>  
26.03.2012



dieses 45-minütigen Interviews wurden Montagnacht und das gesamte Interview um 23 Uhr desselben Abends vom Zweiten Deutschen Fernsehen (ZDF) gesendet. Die Zielgruppen waren das deutsche und das europäische Publikum.

Bevor das eigentliche Interview begann, wurden einige Bilder von der Spazierfahrt des erfahrenen Reporters des deutschen Fernsehens gezeigt. Es wurden Bilder von Straßen und von dem Teheraner Bazar gezeigt. Dort befragte der Reporter einige Menschen, die mit Kommentaren des Reporters versehen, ausgestrahlt wurden. Darin gab es interessante Punkte.

Zu Beginn des Berichts, als Klaus Kleber in seinem Auto durch die Straßen Teherans fuhr und die Bevölkerung auf den Straßen, die ihre Freude vor dem iranischen Neujahrsfest zum Ausdruck brachte, beobachtete, sagte er: „Iran soll unter Sanktionen leiden. Aber auf dem Bazar bekommt man diesen Eindruck nicht.“

Die Fragen an den iranischen Präsidenten waren vorher nicht abgesprochen gewesen. Der Präsident antwortete auf die Fragen des deutschen Reporters so entschlossen, fest und authentisch, dass der Präsident dem Reporter vorhielt wie die europäischen Politiker zu sprechen.

Kleber konnte auf den Präsidenten nicht einreden und bekam auch keine Gelegenheit die Antworten des Präsidenten für sein Manövrieren zu benutzen. Kleber blieb erfolglos und sagte am Ende des Interviews, sich auf den iranischen Präsidenten beziehend: „Sehr geehrter Präsident, ich habe ein bisschen mehr Verständnis dafür bekommen, dass die westlichen Diplomaten sagen, dass es besonders schwierig ist mit iranischen Diplomaten zu verhandeln, eine Herausforderung.“

Der deutsche Reporter hat auch in einer widersprüchlichen Meinungsäußerung zu Beginn seines Berichts, obwohl er seine eigenen Bilder zeigte, wie er durch die Straßen Teherans spazierte und obwohl er zugab, dass er die Erlaubnis bekommen hatte sich frei in der Stadt zu bewegen, behauptet, dass er nicht filmen dürfe.

Das Interview des deutschen Reporters war nach seinen eigenen Aussagen sehr tiefgehend und interessant und obwohl es 20 Minuten länger wurde als ursprünglich geplant war, schaffte der Interviewer es nicht Syrien zu thematisieren.

Kleber stellte Ahmadinejad in diesem Interview als „ernst, „entschlossen“, aber auch „geduldig“ und „freundlich“ dar.

Kleber hat nach dem Interview mit dem Präsidenten ein gemeinsames Erinnerungsfoto mit den fähigen und freundlichen Kollegen, die Kleber einen liebevollen Empfang vorbereitet haben, gemacht. Er betonte, dass die Härte im Ton des Präsidenten sich nur auf die Zeit während des Interviews beschränkte.



Der Reporter des deutschen Fernsehens hat zudem in seinem Bericht erklärt und hervorgehoben, dass Ahmadinejad in Bezug auf das Atomprogramm in keinem Punkt einen Rückzieher gemacht habe. ZDF berichtete auch, dass Ahmadinejad sehr selten westlichen Reportern Interviews gebe und hat hinzugefügt: Das letzte Interview eines deutschen Mediums mit dem iranischen Präsidenten fand im Jahr 2010 statt.

Peter Frey, Chefredakteur dieses Fernsehsenders sagte in Bezug auf dieses Interview: Seit einigen Jahren versuchte unser Nachrichtensender ein Exklusiv-Interview mit dem iranischen Präsidenten zu bekommen. Er sagte, dass Ahmadinejad einer der wichtigsten Politiker der Region des Persischen Golfes sei und sagte: Aber aus verschiedenen Gründen blieben unsere Bemühungen für lange Zeit erfolglos.

Der iranische Präsident hat einem der europäischen Fernsehsender mit sehr hoher Einschaltquote ein Interview gegeben. Er hat darin seine ernste Kritik an der Hegemonialpolitik des Westens hervorgebracht und die Botschaft übermittelt, dass die iranische Bevölkerung auf die revolutionären Prinzipien und Werte und auf die selbstverständlichen Rechte der Bevölkerung pocht. Der Präsident hat bei der Indienstnahme eines westlichen Mediums seine Botschaft bestens vermittelt.

Ahmadinejad hat schon mehrfach seine anspruchsvollen Interviewer der ausländischen Medien, die tendenziöse und gezielte Fragen stellen, in Staunen versetzt. Erneut hat der iranische Präsident bewiesen, dass er in der Lage ist ausländische Medien zu nutzen, um die Botschaft des iranischen Volkes kunstvoll in die Welt zu transferieren.

Prof. Hamid Molana, Berater des Präsidenten hat auf den Scharfsinn des iranischen Präsidenten in solchen Interviews hingewiesen und hat an das Interview mit Larry King von CNN im letzten Jahr erinnert. Er sagte: Damals hat Ahmadinejad das Interview so beherrscht, dass die Mitarbeiter des Interviewers im Hintergrund 13 Mal das Interview unterbrochen haben. Trotzdem haben sie es nicht geschafft Ahmadinejad in die Richtung zu lenken, die sie gerne hätten.

Auch das zionistische Radiofarda musste gestehen, dass der iranische Präsident das Interview voll beherrscht hat und das ausländische Medium benutzen konnte, um seine eigene Botschaft zu vermitteln. Dieser Sender (Radiofarda/Radio Free Europe) hat gestanden: Keiner der bekannten Interviewer, von Christiane Amanpour bis Larry King und Charlie Rose, die alle berühmt sind, konnte bisher den Präsidenten in die Enge treiben.

Radio Farda, das Organ der amerikanischen Spionageorganisation des CIA, erklärte: Einige der westlichen Reporter gehen immer noch davon aus, dass die Reporter keinen Erfolg in Gesprächen mit Ahmadinejad erzielen konnten und dass der iranische Präsident den größten Nutzen von diesen Interviews hatte.



Die Website von Radio Farda schrieb: Die nicht-iranischen Reporter, die mit dem iranischen Präsidenten in Berührung gekommen sind, haben betont, dass Ahmadinejad in seinen Begegnungen mit ihnen die Situation meisterhaft beherrscht habe und sich im Falle von tendenziösen Fragen wie ein flinker Fisch gezeigt habe, der der Falle jeglicher Fragen mit Leichtigkeit entrinnen kann.“

### **Die Drogengeschäfte der Partei Gottes<sup>73</sup>**

Die Hizbollah finanziert sich nicht nur mit Hilfe von Geldern aus dem Iran, sondern auch aus dem Drogengeschäft. Tarnkonten einer libanesischen Bank dienten nach Angaben der US-Behörden dazu, schmutzige Drogengelder zu waschen. Die Drogen, hauptsächlich Kokain, wurden und werden in den USA abgesetzt. Aufgrund der Intervention der US-Behörden wurde einer der vielen Kanäle der zwielichtigen Geschäfte der libanesischen Hizbollah geschlossen. Die libanesische Bank, die als *Lebanese Canadian Bank* bekannt ist, diente über Jahre als eine Drehscheibe für die Geldwäsche. Ursprünglich war das Institut von der *Royal Bank of Canada* gegründet worden.

Auf Druck der USA wurden die Machenschaften dieser Bank beendet. Bis vor kurzem spielte die *Lebanese Canadian Bank* offenbar eine zentrale Rolle für das Drogengeschäft der libanesischen Hizbollah. Nun benutzt diese Terrororganisation andere libanesischen Banken für ihre Drogen- und Waffengeschäfte. Laut *New York Times* haben leitende Mitarbeiter der *Lebanese Canadian Bank* direkte Verbindungen zur Hizbollah.

Viele Experten propagieren seit Jahren, dass die Hizbollah eine karitative islamische Organisation sei. Es gibt aber handfeste Beweise dafür, dass die libanesischen Partei Gottes ihre Operationen auch mit Drogengeldern zahlt. Offenbar reicht das Geld, das die iranische Regierung an die Organisation zahlt, nicht aus. Anhand der offen gelegten Bankkonten der Hizbollah kann inzwischen nachgewiesen werden, dass diese Terrororganisation eine libanesischen Bank als Drehscheibe für die Wäsche von Millionen Dollar benutzt hat.

Bisher wurde angenommen, dass die Anhänger der Hizbollah weltweit Millionen Dollar aus teils legalen, teils illegalen Geschäften in den Libanon transferiert haben. Es war auch bekannt, dass die „Islamische Republik Iran“ und Syrien jährlich rund 200 Millionen Dollar für die Hizbollah in den Libanon schicken. Nun ist bekannt geworden, dass die Hizbollah viel direkter in den Drogenhandel in Lateinamerika verstrickt ist als bisher angenommen.

---

<sup>73</sup> <http://europeandemocracy.eu/wp-content/uploads/wp-post-to-pdf-enhanced-cache/1/the-drug-business-of-hezbollah.pdf> 18.01.2012



Mitarbeiter der *Lebanese Canadian Bank*, die von der Hizbollah auf ihre Posten gehievt worden waren, haben gezielt Konten eröffnet, die dazu dienten, Millionen Dollar aus dem südamerikanischen Kokainhandel zu waschen. Die Hizbollah nutzte für die Geldwäsche über 200 getarnte Bankkonten. Die Gelder wurden willkürlich hin und her geschoben, um die Spuren des Geldes zu verwischen.

Eines der spektakulärsten Geschäfte in der Geschichte Libanons tätigte der Libanese Nazem Said Ahmad, berichtete die *New York Times*. Er kaufte ein riesiges Grundstück im christlichen Gebiet, das wichtig für die Militärstrategie der Hizbollah ist. Im Dienste der „Partei Gottes“ erwarb er Land im Wert von 240 Millionen Dollar von einem Christen namens Robert Mouawad. Nazem Said Ahmad ist mit Ali Tajeddine, einem früheren Hizbollah-Kommandeur, eng verwandt. Nazem Said Ahmad hatte sein Geld keineswegs durch fromme Geschäfte verdient, sondern er griff auf ein Tarnkonto der Hizbollah zurück. Die Gelder stammten aus dubiosen Diamanten- und Drogengeschäften.

Wie die Mafia stellt die Hizbollah im Libanon einen Staat im Staate dar. Doch anders als in Italien ist ihre Armee stärker als die nationale Armee. Ihre Macht wird durch den Drogenhandel stabilisiert. Laut dem Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung sind die Anhänger der Hizbollah weltweit im Drogenhandel tätig. Sie sind aktiv in Europa und in den USA, aber auch in Kolumbien, Venezuela, Brasilien, Paraguay, in Argentinien und in westafrikanischen Staaten wie Benin und Gambia.

Eine zentrale Figur im organisierten Drogenhandel ist Chekri Mahmoud Harb. Er hatte Verbindungen mit kolumbianischen Drogenkartellen und der mexikanischen Gang Los Zetas. Er sitzt inzwischen in den USA in Haft. Eine andere schillernde Figur ist Ayman Joumaa. Er ist noch auf freiem Fuß. Joumaa lebt im Libanon. Die USA haben seine Auslieferung beantragt, mit guten Gründen. Aber ein Auslieferungsabkommen zwischen dem Libanon und den USA existiert nicht. Joumaa ist ein sunnitischer Muslim, der mit der Hizbollah eng zusammenarbeitet, beispielsweise mit Abu Abdallah. Dieser ist zuständig für die Drogen-Operationen der Hizbollah. Das eingesetzte Geld stammt teilweise aus dem Autogeschäft. Abu Abdallah leitet einen Ring von Mittelsmännern, die in den USA Autos kaufen und diese in Afrika wieder verkaufen. Die Gelder wurden bisher in der *Lebanese Canadian Bank* gewaschen und wieder im Drogen- und Waffenhandel eingesetzt. Heute dienen andere libanesische Banken solchen kriminellen Machenschaften. Ein US-amerikanisches Gericht wirft Joumaa vor, nicht nur den Autohandel zwischen den USA und Afrika koordiniert, sondern auch Handel mit den berüchtigten mexikanischen Los Zetas organisiert zu haben. Die Los Zetas-Gang ist auf den Kokainhandel spezialisiert.

Die US-amerikanische Zeitung *ProPublica* hebt in einem Artikel hervor, dass die Aktivitäten der Hizbollah wie auch des iranischen Geheimdienstes in Lateinamerika besorgniserregend seien. Immerhin hat nach Angaben der US-Behörden der



iranische Agent Mansoor Arbabsiar im Auftrag des iranischen Geheimdienstes einem mexikanischen Drogenkartell den Auftrag gegeben, den Botschafter Saudi-Arabiens in den USA zu töten. Der Auftrag an eine unpolitische Drogenmafia, die nur an Geld interessiert ist und keinen Mord scheut, schien dem iranischen Geheimdienst offenbar am ungefährlichsten zu sein. Wie kompliziert und undurchsichtig die politischen Beziehungen beider Länder tatsächlich sind, zeigt die Tatsache, dass just am 14. Dezember 2011 der iranische Geheimdienstminister Haydar Maslahi seinen saudischen Kollegen Prinz Naif Ibn Abdel Aziz besuchte, um die entstandenen Probleme zwischen beiden Staaten zu lösen.

### **Europäische Sanktionen und Iran** <sup>74</sup>

Seit Anfang Juli gelten schärfere Sanktionen gegen den Iran. Vertreter des Regimes erklären sie für wirkungslos, doch die Öleinnahmen gehen zurück und die Unzufriedenheit der Bevölkerung wächst.

Die Repräsentanten des iranischen Regimes geben sich weiterhin gelassen. Am 1. Juli traten neue Sanktionen in Kraft, doch Ölminister Rostam Qassemi behauptet, dass der Iran weiterhin »genug Freunde in der Welt« habe. Neue Kundschaft könne gefunden werden, um die durch das Embargo entstandenen Verluste zu kompensieren, zudem verfüge der Iran über ausreichende Devisenreserven.

Zwar versäumten Vertreter des Regimes, wie Mohammed Reza Rahimi, erster Sekretär des Präsidenten Mahmoud Ahmadinejad, nicht, darauf hinzuweisen, dass die »Westler und die Zionisten für die Sanktionen verantwortlich« sind. Doch zugleich versuchen sie, den Eindruck zu erwecken, all diese angeblich nicht gerechtfertigten Maßnahmen hätten keinen bedeutenden Einfluss auf die wirtschaftliche Lage.

Doch die Sanktionen zeigen nun Wirkung. Es hat lange gedauert, bis die zunächst eher symbolischen Maßnahmen um Bestimmungen ergänzt wurden, die zu einer Beeinträchtigung der Geschäfte des iranischen Regimes führten. Denn jahrelang waren die islamistischen Machthaber recht erfolgreich in ihrem Bestreben, eine gemeinsame Politik der EU, der USA und Israels zu verhindern. Das Regime und seine Sympathisanten setzten auf gemeinsame Interessen, die die islamistische Diktatur und die europäische Wirtschaft verbanden. So forderten iranische Experten und Politiker eine Stärkung des Euro gegenüber dem Dollar. Es wurde ein begrenzter Konsens erreicht, die EU betrieb lange eine Appeasement-Politik, die zur Stärkung und Stabilisierung der islamistischen Diktatur beitrug.

---

<sup>74</sup> <http://europeandemocracy.eu/2012/07/european-sanctions-and-iran/>, 12.07.2012





Doch die europäischen Sanktionen, die am 1. Juli in Kraft getreten sind, zeigen, dass nicht immer alles so läuft, wie die islamistischen Ideologen und ihre heimlichen und offenen Unterstützer es sich vorstellen. Staaten und Unternehmen der EU dürfen kein iranisches Öl mehr kaufen, überdies dürfen iranische Öltransporte nicht mehr von europäischen Firmen versichert werden.

Die iranisch-europäische Krise hat 2010 begonnen, im Januar dieses Jahres wurden die Sanktionen beschlossen, die nun in Kraft getreten sind. Bereits in den neunziger Jahren hatte die US-Regierung, die den Einfluss des Iran im Nahen Osten zurückdrängen wollte, Druck auf Europa ausgeübt, um die Investitionen in die iranische Öl- und Gasförderung einzuschränken. Präsident Bill Clinton verbot im April 1995 Investitionen im und Handelsbeziehungen mit dem Iran, ein Jahr später wurden 20 Millionen Dollar übersteigende Investitionen in den iranischen Energiesektor unter Strafe gestellt, 1996 beschloss der Kongress den Iran and Libya Sanctions Act, der zehn Jahre später in Iran Sanctions Act umbenannt wurde.

Zwar funktionierte die transatlantische Zusammenarbeit gegen die islamistische Diktatur immer noch nicht, aber der Druck der USA auf Europa wurde stärker. In den neunziger Jahren verkauften europäische und japanische Firmen neue Technologien für den Ausbau der Gas- und Ölförderung an den Iran. Die US-Regierung kritisierte solche Geschäfte, verhängte aber noch keine ökonomischen Strafmaßnahmen gegen die Firmen, die sie tätigten.

Im Mai 1998 betonte die Europäische Union in einer Erklärung die Bedeutung der transatlantischen Zusammenarbeit, bestand aber auf infrastrukturellen Investitionen im Iran. Erst im Jahr 2001 beschlossen die EU und die USA gemeinsam Sanktionen gegen das iranische Bankensystem. Seit Juli 2006 hat der UN-Sicherheitsrat sechs Resolutionen gegen den Iran verabschiedet. Doch Russland und China übernahmen die frühere Rolle der EU, beide Staaten haben ihre Handelsbeziehungen mit dem Iran ausgeweitet.

Wirksame Sanktionen müssen daher bilateral oder von einer »Koalition der Willigen« verhängt werden. Im Juli 2010 verbot die EU Investitionen in die iranische Öl- und Gasindustrie und erließ Handelsbeschränkungen für dual use-Güter, also Waren, die auch militärischen Zwecken dienen können. Frachtflüge in die EU wurden verboten, Banküberweisungen von mehr als 40 000 Euro wurden genehmigungspflichtig und die Reisefreiheit für eine Reihe von Funktionären des Regimes wurde eingeschränkt. Weitere Handelsbeschränkungen kamen hinzu, und im März dieses Jahres wurden auf einer Sanktionsliste geführte iranische Banken aus dem internationalen Geldtransfersystem ausgeschlossen. Die belgische Swift, faktisch die einzige Institution weltweit, die juristisch abgesicherte internationale Finanztransaktionen ermöglicht, darf seitdem nicht mehr für den Geldtransfer in den Iran eingesetzt werden.





## US-Sanktionen und der iranische Terrorismusexport<sup>75</sup>

Die US-Regierung hat neue Sanktionen gegen iranische Fluggesellschaften verhängt, die militärische Ausrüstung nach Syrien transportiert haben. 117 iranische Flugzeuge sind von den Sanktionen betroffen. Mit dieser Maßnahme soll die syrische Regierung daran gehindert werden, mit iranischen Waffen gegen die eigene Bevölkerung vorzugehen, berichtet Radio Farda, der persischsprachige Dienst von Radio Free Europe, am 20. September 2012.

Der Transport der militärischen Ausrüstung erfolgt unter Kontrolle der iranischen Revolutionsgardisten. Die Flugzeuge gehören den iranischen Fluggesellschaften „Iran Air“, „Mahan Air“ und „Yas Air“. Das Eigentum dieser Fluggesellschaften ist in den USA beschlagnahmt worden und US-amerikanische Unternehmen dürfen nicht mehr mit ihnen zusammenarbeiten.

Die Flugzeuge seien einzeln sanktioniert worden, damit die irakische Regierung das Eindringen dieser Flugzeuge in den irakischen Luftraum verbieten kann. Schon am 13. September verhängte die US-Regierung Sanktionen gegen Führungspersonlichkeiten der libanesischen Hisbollah, die eine militärische Basis der islamistischen Diktatur des Iran im Libanon darstellt. Mitte August hatte die US-Regierung Sanktionen gegen eine libanesisch-kanadische Bank mit Sitz im Libanon verhängt und deren Kapital beschlagnahmt. Es wird davon ausgegangen, dass über diese Bank massiv Geldwäsche betrieben worden ist. Mit Hilfe der Bank wurden Drogengelder gewaschen.

Die Hisbollah bezieht einen Teil ihrer Einnahmen aus dem Verkauf von Kokain in westafrikanischen Staaten, meldete BBC-Farsi. Woher kommen aber die Drogen?

**Kriminelle Strukturen und islamistischer Terrorismus:** Die libanesische Hisbollah versucht zudem ihren Einfluss in der Karibik, in Zentralamerika und in Mexiko zu vergrößern, um dadurch leichter in die Vereinigten Staaten eindringen zu können. Die Hisbollah ist dort eng mit lateinamerikanischen kriminellen Netzwerken von Auto- und Drogenhändlern verknüpft und versucht sich durch kriminelle Aktivitäten eine zusätzliche Finanzressource zu beschaffen. Zudem versucht diese Organisation ihren religionspolitischen Einfluss in Lateinamerika auszuweiten. Am Ende landen die Profite aus den kriminellen Geschäften in den Taschen der libanesischen Hisbollah. Und die islamistische Terrororganisation bezahlt mit den kriminellen Geldern ihre Söldner, die weltweit in meist gegen jüdische Einrichtungen und Israelis gerichtete Terroraktivitäten verstrickt sind. Manchmal sind auch iranische Oppositionelle ihre Opfer, wie im Falle des Mykonosattentats am 17. September 1992.

---

<sup>75</sup> <http://europeandemocracy.eu/wp-content/uploads/wp-post-to-pdf-enhanced-cache/1/us-sanctions-and-the-iranian-export-of-terrorism.pdf> 20.09.2012



Die libanesische Hisbollah unterstützt die syrische Assad-Diktatur: Während die Europäische Union sich dagegen wehrt die libanesische Hisbollah auf die Terrorliste zu setzen, geht die US-Regierung zu Recht davon aus, dass das iranische Regime und die libanesische Hisbollah den Nahen Osten destabilisieren, indem sie die syrische Diktatur unterstützen und Israel bedrohen. Die iranischen Revolutionsgardisten bilden seit 1982 die libanesische Hisbollah aus.

In Syrien leistet die libanesische Hisbollah Vorarbeit für die militärisch-terroristischen Aktivitäten der Quds-Einheiten der iranischen Revolutionsgardisten. Es war General Mohammad Ali Jafari, Oberbefehlshaber der iranischen Revolutionsgardisten, der am 16. September bekannt gab, dass Einheiten der iranischen Revolutionsgardisten in Syrien präsent seien. Jafari nahm kein Blatt vor den Mund und sagte: „Alle wissen, dass die Revolutionsgardisten eine Einheit haben, die mit dem Ziel gegründet worden ist, den Armen der Welt zu helfen und die islamische Revolution zu exportieren.“

Wie ISNA meldete, fuhr Jafari fort: „Seitdem die Quds-Einheiten gegründet worden sind, ist das Ziel dieser Kraft die Unterstützung der bescheidenen Völker, speziell der Muslime. Eine Anzahl der Quds-Einheiten hält sich gegenwärtig in Syrien auf, aber das bedeutet nicht, dass wir dort militärisch präsent sind.“

Radio Farda hatte schon am 27. Mai 2012 den stellvertretenden Befehlshaber der Quds-Einheiten, Ismael Ghaani, zitiert, der zugegeben hatte, dass Teile seiner militärischen Einheiten in Syrien aktiv seien. Zynisch hatte er damals gesagt, dass die Quds-Einheiten sich nicht aus militärischen Gründen in Syrien aufhielten. Seine Einheiten wollten nur „das Töten der Menschen“ verhindern.

Der islamistische Revolutionsexport ist in der Tat in der iranischen Verfassung festgelegt. Auf der Grundlage dieser verfassungsmäßig festgelegten Verpflichtung exportiert der Iran seit über 30 Jahren eine gewalttätige islamistische Revolution, die mit dem Aufbau, der Ausbildung und Finanzierung der Terrororganisation Hisbollah zweifelhaften weltweiten Ruhm erlangte.

Die Unterstützung solcher terroristischer Aktivitäten verstößt gegen die UN-Resolution 1747, die Waffenexporte verbietet. Der Iran baut seit 30 Jahren im Libanon eine Terrororganisation auf, die sich inzwischen auf weltweite kriminelle Strukturen stützen kann. Es handelt sich um eine Terrororganisation, die so stark geworden ist, dass Europa aus sicherheitspolitischen Gründen sogar Angst hat diese terroristische Bewegung zu verbieten. Denn diese könnte in Europa zurückschlagen.

Bisher wurde die Hisbollah in Europa geduldet, denn sie sollte hierzulande keine militärischen Aktivitäten unternehmen. Nach Ausführungen des früheren BND-Mitarbeiters und Terrorismusexperten Wilhelm Dietl in seinem neuen Buch die „Schattenarmeen“ ist die libanesische „Partei Gottes“ heute „die mächtigste und gefährlichste Terrororganisation der Welt.“



Es strafft sich, dass Europa sich niemals bemüht hat die Resolution 1559 des UN-Sicherheitsrates umzusetzen, die eine Entwaffnung der Hisbollah fordert.

Fakt ist, dass im Falle einer Krise der Iran einen Stellvertreterkrieg aus dem Südlibanon, Syrien und von Gaza gegen Israel starten will.

**Der Iran bereitet sich auf einen Krieg vor:** Der iranische Verteidigungsminister General Ahmad Vahidi kündigte am 19. September an, dass der Iran „für einen großen Krieg bereit“ sei. Der iranische Generalsekretär sprach ähnlich messianisch wie Präsident Ahmadinejad: „Da wir uns im Zeitalter des Wiedererscheinens des Imam Mahdi (Messias) befinden, wird dieser Krieg einer der sehr wichtigen Kriege sein.“

Vahidi sagte weiterhin: „Wir sind bereit uns mit voller Macht zu verteidigen und den Feind in seinem eigenen Haus zu unterwerfen. Wir haben keine Angst vor dem Feind. Unser Volk ist bereit für den Jihad.“

Gegenüber all dieser terroristischen und militärischen Gewalt, die von den totalitären Machthabern der „Islamischen Republik Iran“ ausgeht, klingt es geradezu harmlos, dass General Rahim Yahya Safavi indessen dazu aufrief US-amerikanische Waren zu boykottieren.

### **Ali Khamenei: Sanktionen haben nichts mit dem Atomprogramm zu tun**<sup>76</sup>

Ali Khamenei spielt den Einfluss der Sanktionen auf den Iran mit dem Argument herunter, dass diese seit 1979 in verschiedenen Formen verhängt worden seien. Sanktionen würden auch beschlossen werden, wenn das Atomprogramm gestoppt werde, sagte der Revolutionsführer in einer Rede am 10. Oktober 2012. Tatsächlich denken die iranischen Machthaber nicht an eine Offenlegung des Atomprogramms. Sie konzentrieren sich immer mehr auf die innere Lage des Landes und setzen dabei auf die Stabilisierung der Diktatur.

**Ali Khamenei wirft dem Westen vor, zu lügen:** Ali Khamenei ist der Meinung, dass Sanktionen gegen die „Islamische Republik Iran“ schon in einer Zeit verhängt wurden, „als es überhaupt nicht um die Atomenergie ging“. Er fuhr der staatlichen Nachrichtenagentur Farsnews zufolge fort: „Sie lügen, wenn sie behaupten, dass die Sanktionen aufgehoben werden, falls das Atomprogramm beendet wird. Es ist eine Lüge, dass die Sanktionen etwas mit dem nuklearen Problem zu tun haben.“ Er verglich die Sanktionen mit einem Krieg. Diese würden Probleme schaffen, die aber bewältigt werden könnten. Er forderte die europäischen Regierungen auf sich von den USA zu distanzieren.

---

<sup>76</sup> <http://europeandemocracy.eu/2012/10/ali-khamenei-sanctions-have-nothing-to-do-with-the-nuclear-programme/> 10.10.2012



Dies kann als ein Hinweis auf die zukünftige iranische Diplomatie in Bezug auf die Verschärfung der Sanktionen aufgefasst werden. Denn das islamistische Regime ist weiterhin nicht bereit, seine Militäranlagen, in denen Produktionsstätten für ein geheimes Atomprogramm vermutet werden, der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) zugänglich zu machen. Das Regime setzt weiterhin auf Zeitgewinn, um das technologische Potential für den Bau einer Atombombe zu erringen. Tatsächlich könnte nach Einschätzung des Washingtoner „Institute for Science and International Security“ (ISIS) der Iran in wenigen Monaten ausreichend hoch angereichertes Uran für eine Atombombe produzieren. Probleme könnte der Iran jedoch beim Bau des Sprengkopfes bekommen. Dies könnte mehrere Monate dauern. Die offene Frage ist aber, ob die Prozesse parallel oder nacheinander ablaufen. Fest steht, dass die Kriegsdiskussion auch im Iran negative Folgen zeitigen könnte, wenn es darum geht, Zeit zu gewinnen und auf Machterhalt zu setzen.

**Das Machtwort des Generals:** Hassan Firuzabadi hat ein Machtwort gesprochen. Führende Revolutionsgardisten sollen nicht mehr leichtsinnig Kriegsdrohungen gegen Israel aussprechen und behaupten, dass der „Krieg eine beschlossene Sache“ sei, berichtete die Nachrichtenagentur ISNA am 8. Oktober 2012.

Hassan Firuzabadi ist eigentlich Tierarzt und kein Militär, bekleidet aber das sensible Amt des „Oberbefehlshabers des Generalstabs der bewaffneten Kräfte der Islamischen Republik Iran“. Damit besetzt er als Koordinator aller militärischen Kräfte des Iran die höchste militärische Position nach dem Revolutionsführer Ali Khamenei. Dieser hievte 1989 Firuzabadi in diese Position.

Ohne Namen zu nennen, sagte Firuzabadi, dass manche Personen auf eine Art und Weise sprächen, als ob es bald einen Krieg gäbe. Es sei falsch, so zu reden. Man müsse sich darüber bewusst sein, dass solche Aussagen zu falschen politischen Analysen führen könnten. Firuzabadi ist der Meinung, dass die USA und Israel noch keine Entscheidung über einen Krieg gegen den Iran getroffen haben.

Laut ISNA sagte Firuzabadi: „Wir haben alle schwachen Punkte der USA und Israels und unserer Feinde identifiziert. Wir verfügen auch über die adäquaten Waffen, um die Schwachstellen anzugreifen.“ Ein militärischer Angriff sei aber von den politischen Entscheidungen abhängig, die zum gegebenen Zeitpunkt getroffen werden müssen. Beispielsweise habe der Iran in den letzten 20 Jahren keinen Krieg geführt.

**Die islamistischen Machthaber verschiedener Couleur rücken zusammen:** Die totalitären Machthaber des Iran reagieren auf die Sanktionen, die Demonstrationen der Bazaris sowie auf vereinzelte Arbeiterstreiks mit der Strategie des Machterhalts der Diktatur um jeden Preis. Beispielsweise widersprach der reformislamistische Politiker Mohammadreza Khatami, Bruder des Ex-Präsidenten Mohammad Khatami, einigen seiner Kritiker aus den Kreisen der Revolutionsgardisten, die den Reformislamisten umstürzlerische Ziele vorgeworfen hatten.



Mohammadreza Khatami sagte der Zeitung Etemad: "Sogar wenn das politische System des Iran nicht reformierbar ist, wird die Reformbewegung nichts unternehmen, um in eine neue Phase einzutreten." Die Reformislamisten würden "niemals, ich betone niemals, in die Phase des Systemsturzes eintreten. Wir haben in der Front der Reformer die Fahne des Systemsturzes für alle Zeiten heruntergezogen."

Mohammadreza Khatami hob hervor, dass "dieses System hauptsächlich uns gehört". Das System der "Welayate Faqih", der Herrschaft des Klerus, könne auch "demokratisch" werden. Er schließt ähnlich wie Ali Khamenei und die Revolutionsgardisten selbstverständlich aus, dass säkulare Kräfte, ob republikanisch oder royalistisch, ob nationalistisch oder sozialistisch, zum iranischen Volk gehören und ein Recht auf parlamentarische Partizipation haben.

In den letzten 33 Jahren gehörte es stets zu den Aufgaben der Reformislamisten, die totalitäre Diktatur des Islamismus im Iran zu legitimieren und den Anschein zu erwecken, dass die sogenannten Linksislamisten eine "demokratische Alternative" für den Iran sein könnten. Zwar schließen die meisten Beobachter eine Regierungsübernahme der Reformislamisten aus, aber es wird immer mehr darüber gemunkelt, dass Ex-Präsident Rafsanjani bei den nächsten Präsidentschaftswahlen ein Comeback erleben könnte. Inzwischen wird auch davon gesprochen, dass der Teheraner Bürgermeister Mohammad Baqer Qalibaf ein Kandidat der Präsidentschaftswahl im nächsten Jahr werden könnte.

Letztlich wird der Revolutionsführer Ali Khamenei bestimmen, wer der nächste iranische Präsident wird, denn eine Diktatur, die in einem Spannungsfeld zwischen Sanktionen und Krieg lebt, wird nur einen Präsidenten dulden, der gegenüber dem "Führer" absolut loyal ist.

Diese Entwicklungen machen deutlich, dass sich auf der einen Seite die Reihen des islamistischen Establishments immer mehr schließen, sich aber auf der anderen Seite der Konflikt mit der eigenen Bevölkerung verschärft. Der Widerspruch zwischen den totalitären Machthabern, zu denen die geschwächten reformislamistischen Herrscher gehören, und großen Teilen der Bevölkerung, die einen Wandel und damit eine säkulare parlamentarische Demokratie fordern, wird immer größer.

### **Iran: Gute Geschäfte trotz Sanktionen<sup>77</sup>**

Nach langem Zögern hat sich auch Deutschland zur Verhängung von Sanktionen gegen den Iran durchgerungen. Iranische Kommentatoren und Politiker sagen, dass die Sanktionen zwar die Wirtschaft treffen, aber mitnichten zu einer Kursänderung der Diktatur führten. Der Iran werde seinen Handel umorientieren. Doch im Fall

---

<sup>77</sup> <http://europeandemocracy.eu/2012/11/iran-trade-instead-of-sanctions/> 02.11.2012



Deutschlands scheint die Umorientierung auf sich warten zu lassen, die deutsch-iranischen Handelsbeziehungen sind weiterhin stabil. Unter Ahmadinejad waren sie sogar besser als zu den besten Zeiten der Herrschaft der Pahlavi-Dynastie. Dennoch wachsen die wirtschaftlichen Probleme des Iran.

**Kein Platz für die USA und für Israel.** Ali Akbar Welayati, ehemaliger Außenminister und derzeit außenpolitischer Berater des religiösen Führers Ali Khamenei, gilt als einer der Drahtzieher des staatsterroristischen „Mykonos-Attentats“, bei dem 1992 in Berlin vier iranische Oppositionelle ermordet wurden. Weiterhin setzt er auf islamistischen „Widerstand“.

Welayati ist der Meinung, es sei vorauszusehen gewesen, dass die vom Westen abhängigen Regierungen in der islamischen Welt eines Tages gestürzt werden. Die westlichen Kolonialherren können sich ihm zufolge „nicht mehr auf gehorsame arabische Regierungen“ stützen. Die Gruppen, die an die Macht gekommen seien, wollten islamische Werte umsetzen. Und wenn dies geschehe, gäbe es „keinen Platz mehr für die opportunistischen Hegemonialmächte der USA und Israels in der Region“.

Der Westen setze den ägyptischen Präsident Mursi unter Druck. Mursi habe auf Druck des US-amerikanischen Präsidenten Obama den Camp-David-Vertrag nicht aufgehoben. Welayati will nicht, dass Ägypten in Frieden mit Israel lebt und sagt daher, dass „hoffentlich der Widerstand des ägyptischen Volkes dazu führt, dass Ägypten nicht nachlässig in seiner Politik gegenüber Israel“ werde.

**Welayati sprach auch über die gegen den Iran verhängten Sanktionen.** „Amerika ist Amerika. Und wir haben in den letzten 34 Jahren unterschiedliche amerikanische Präsidenten erlebt, ob Demokraten oder Republikaner. Wir sind auf ihre Liebe nicht angewiesen.“ Welayati meint, dass „die Gier des Westens unermesslich“ sei. Iran werde weiterhin gegen die USA Widerstand leisten: „Wir haben eine klare Logik. Sie sagen, wir sollen kein friedliches Atomprogramm haben. Aber das ist das Recht des Iran. Und wir werden das Atomprogramm auf keinen Fall aufgeben. Angenommen, wir würden das Atomprogramm vorübergehend stoppen, dann würden sie einen anderen Vorwand finden.“ Es nütze nichts, wenn der Iran das Urananreicherungsprogramm einmal aussetze. Iran sei einer der 20 Staaten, die in der Welt das technologische Know How für ein Atomprogramm besitzen.

**Nur Managementprobleme.** Hussein Schariati ist ebenfalls ein Berater des Revolutionsführers Ali Khamenei. In einem Leitartikel der Zeitung Kayhan, die er herausgibt, schrieb er am 31. Oktober: „Man kann die direkten und indirekten Auswirkungen der Sanktionen nicht leugnen.“ Aber er kritisierte die iranische Regierung, weil keine staatlichen Maßnahmen unternommen worden seien, um dem Problem der immensen Preissteigerungen zu begegnen. Er machte in seinem Kommentar sowohl die „Sanktionen als auch das einheimische Managementsystem“





für die Preissteigerungen verantwortlich. Hussein Schariati ist der Meinung, dass der Iran die Sanktionen umgehen kann.

Schamsoldin Husseini, Kommentator der Zeitung Kayhan, schrieb am 1. November, dass der Westen die „politische Führung des Iran spalten“ wolle und dass „Einheit das größte Ziel“ sei, um den „Intrigen der Feinde“ zu begegnen.

Die wirtschaftliche Misere kann auch von den Propagandisten des Regimes nicht mehr geleugnet werden: Laut dem iranischen Wirtschaftsminister exportieren iranische Schmuggler illegal Benzin ins Ausland, meldete die Nachrichtenagentur Farsnews am 30. Oktober. Denn die iranische Währung Rial hat an Wert verloren. Die Sanktionen haben nicht nur die Ölexporte des Iran reduziert, auch die Kosten für Importe sind gestiegen.

Husseini warnte auch davor, dass die iranische Exportpolitik sich umorientieren und sich stärker auf die Region und nach Osten anstatt nach Westen orientieren werde. Beispielsweise würden in Zukunft die iranisch-türkischen Handelsbeziehungen verstärkt werden. Und weil die Devisenprobleme so groß seien, schlägt der Wirtschaftsminister Tauschhandel vor. Der Iran könnte Öl gegen andere Waren direkt tauschen und dadurch die Devisenprobleme und das Problem des Dollarmangels umgehen. Diese Methode wurde im Iran insbesondere in Bezug auf den Ölverkauf kritisiert, weil ein Tauschgeschäft die Diversität der Waren, die der Iran erhalten könnte, einschränken würde.

**Die deutsch-iranischen Beziehungen unter Ahmadinejad waren besser als zu Shah-Zeiten.** Zu diesem Ergebnis kommt man, wenn die Zahlen des Statistischen Bundesamt in Wiesbaden miteinander verglichen werden. Deutschland exportierte im Jahr 1977 rund 3,24 Milliarden Euro und im Jahr 1978 rund 3,46 Milliarden Euro in den Iran. Dies waren Spitzenjahre der deutschen Beziehung mit der Monarchie. Nie zuvor exportierte Deutschland so viel in den Iran. 1976 hatten die deutschen Exporte in den Iran einen Wert von 2,94 Milliarden Euro, 1975 waren es 2,64 Milliarden.

Am 17. Juni 2005 wurde Ahmadinejad Präsident. Seitdem stieg das deutsche Geschäft mit der totalitären Diktatur der Islamisten. Folgende Zahlen beruhen auf Statistiken des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden über die deutschen Exporte in den Iran:

1997: 1,52 Milliarden Euro. 1998: 1,24 Milliarden Euro. 1999: 1,12 Milliarden Euro. 2000: 1,56 Milliarden Euro. 2001: 1,92 Milliarden Euro. 2002: 2,23 Milliarden Euro. 2003: 2,26 Milliarden Dollar. 2004: 3,57 Milliarden Euro. 2005: 4,37 Milliarden Euro. 2006: 4,15 Milliarden Euro. 2007: 3,6 Milliarden Euro. 2008: 3,9 Milliarden Euro. 2009: 3,78 Milliarden Euro. 2010: 3,78 Milliarden Euro. 2011: 3,08 Milliarden Euro.

Nach einer Statistik von Eurostat betragen die deutschen Exporte in den Iran von Januar bis Juli 2012 rund 1,37 Milliarden Euro, für das ganze Jahr könnten die Exporte – trotz verschärfter Sanktionen – wieder die Grenze von drei Milliarden



überschreiten. Es ist interessant, dass in der ersten Jahreshälfte 2012 die deutschen Exporte höher waren als die gesamten Exporte des Jahres 1973, die lediglich 964 Millionen Euro betragen.

Fest steht, dass trotz der Sanktionen das deutsche Exportgeschäft blüht, auch wenn insgesamt ein Rückgang zu verzeichnen ist. Diese Exporte stabilisieren die Macht der totalitären Diktatur im Iran.

### **Iran: Kauft keine Waren aus westlichen Staaten 78**

Der iranische Revolutionsführer Ali Khamenei hat Fatwas zu Themen wie Zionismus, Bahai-Religion, Musik und Satellitenschüsseln erlassen, die von verschiedenen iranischen Websites gegenwärtig verbreitet werden. Eine Fatwa ist ein islamisches Rechtsgutachten. Etwa 493 Fatwas von Ali Khamenei wurden am 30. Juli 2013 von der TasnimNewsagency veröffentlicht. Die meisten Fatwas beziehen sich auf religiöse Zeremonien und schreiben vor, wie der Muslim sich im Alltag zu verhalten habe.

Wie erwartet, befindet sich darunter keine Fatwa über die Frage der Atombombe. Die bisherigen Aussagen Khameneis, dass Atombomben mit der islamischen Moral nicht zu vereinbaren seien, sind daher nur als politische, also nicht nach religiösem Recht verbindliche Aussagen. Offenbar will sich Khamenei nicht festlegen. Es lohnt sich aber, einen Blick auf einige Fatwas zu werfen.

In den Fatwas Nummer 15 bis 18 heißt es zusammengefasst, dass die Machtposition des Revolutionsführers in der Tradition der Herrschaft des Propheten Mohammad stehe. Die Muslime müssen dem Revolutionsführer gehorchen, wenn es um Befehle geht, die die Belange des Staates betreffen. Solange der Mahdi (Messias) nicht erschienen sei, sei der Revolutionsführer, derzeit Ali Khamenei, verpflichtet, die islamischen Hadd-Strafen beispielsweise in Bezug auf Unzucht staatlich durchzusetzen. Im Klartext bedeutet dies auch die Durchsetzung der Steinigung, die in der Strafgesetzgebung festgeschrieben worden ist.

Die Fatwa Nummer 258 bezieht sich auf den Kauf von westlichen Waren. Wenn der Kauf solcher Waren zur Stärkung der westlichen Staaten führe, die „kolonialistisch, ungläubig und Feinde des Islam und der Muslime“ sind, sollen Muslime den Kauf solcher Waren vermeiden. Hier wird unterstellt, dass der staatliche Import aus dem Westen – 2012 kaufte der Iran für 7,3 Milliarden Euro in der EU ein, das Interesse des Regimes an Handelsbeziehungen wird auch in der Kritik an den Sanktionen deutlich – nur den Interessen des Iran dient und europäische Mächte vom Handel mit dem Iran nicht profitieren. Der private Konsum von nicht-islamischen Waren soll eingeschränkt werden.

Die Fatwa Nummer 259 ist „zionistischen Unternehmen“ gewidmet. Darin heißt es, dass „der Kauf und Verkauf von jedweder Ware von der usurpatorischen zionistischen Regierung verboten“ (haram) sei.

---

<sup>78</sup> <http://europeandemocracy.eu/2013/08/irans-supreme-leader-issues-fatwas/> 01.08.2013



Die Fatwa Nummer 260 bezieht sich auf den sozialen Verkehr und Umgang mit Bahai. Kein Geringerer als Ali Khamenei, der von manchen Iran-Experten als „moderat“ bezeichnet wird, hat in seiner neu veröffentlichten Sammlung von Rechtsgutachten den Muslimen befohlen, dass „jeglicher Verkehr mit Bahai zu vermeiden“ sei. Dabei stellen immer mehr Muslime fest, dass die Bahai zwar einer anderen Religion anhängen, aber deswegen nicht dämonisiert werden dürfen.

In der Fatwa 363 heißt es über die Kopfbedeckung der Frauen: Die Frauen müssen ihren gesamten Kopf und Körper, außer das Gesicht und die Hände bis zum Handgelenk, bedecken, so dass sie nicht auffallen. Weiterhin heißt es, dass die Frauen zwar Schmuck tragen dürfen, aber nicht in der Öffentlichkeit. Es heißt, dass „unvertraute“ Personen den Schmuck der Frauen nicht sehen dürfen. (Fatwa 366)

Die Männer sollen ihren Bart nicht rasieren (Fatwa 453-455), das Hören von einer Musik, die von Gott ablenke, ist ebenfalls nicht erlaubt. (Fatwa 456-457) Musikinstrumente dürfen der Fatwa Nummer 462 zufolge nur dann benutzt werden, wenn sie religiösen, revolutionären, pädagogischen und kulturellen Zwecken dienen. Sie sollen nicht die Menschen erregen. Frauen dürfen nicht in Anwesenheit von Männern auf einer Veranstaltung tanzen (Fatwa Nummer 470). Und der Tanz und die Musik dürfen auch nicht dem reinen Genuss dienen.

Der Besuch von Sufi-Zentren (Khangah) ist verboten. (Fatwa 475) Nichtislamische und westliche Kleidung ist verboten. Männer dürfen keine Krawatte tragen. (Fatwa 478)

Das Anschauen von Filmen, die die „Heiligtümer der Islamischen Republik beleidigen“, ist verboten. (Fatwa 482)

Den Fatwas 491 und 492 zufolge ist es nicht erlaubt, Satellitenschüsseln zu kaufen, zu verkaufen, zu installieren und zu benutzen. Dies wird damit begründet, dass eine Satellitenschüssel es ermöglicht, verbotenen Sendungen anzuschauen.

Die Betreiber von Internet-Cafés dürfen es ihren Kunden nicht ermöglichen, verbotene Internet-Seiten zu lesen.

### **Iran: Interpol im Dienste der islamistischen Polizei<sup>79</sup>**

Die iranische Polizei will iranische Schauspielerinnen, die sich unislamisch kleiden, weltweit verfolgen, mit Hilfe von Interpol.

Wenn es nach Said Montazer'ul'Mehdi ginge, müsste Interpol jetzt aktiv werden und die iranischen Frauen, zumindest die berühmten Schauspielerinnen, die mit unislamischer Kleidung auf internationalen Bühnen auftreten, verhaften. Grund: Sie könnten ein Vorbild werden für Frauen im Iran.

Immerhin ist Montazer'ul'Mehdi Stellvertreter des iranischen Polizeichefs. Er will iranische Schauspielerinnen weltweit verhaften und in den Iran überführen lassen, damit sie nach islamischem Recht verurteilt werden, berichtete die iranische Zeitung Sharq am 16. April 2013.

Die international bekannten Schauspielerinnen würden „nicht-islamische Werte“ verbreiten. Der iranische Polizeibeamte ist sich sicher, dass Interpol in Zukunft auf diesem Gebiet aktiv werden wird.

---

<sup>79</sup> <http://europeandemocracy.eu/2013/04/iranian-regime-targets-actresses/> 17.04.2013



Wie Radio Farda am 10. Juni 2012 berichtet hatte, beschwerte sich schon im letzten Sommer ein iranischer Polizeioffizier namens Bahman Kargar über das Verhalten iranischer Schauspielerinnen im Ausland. Er sagte damals: „Wenn eine iranische Künstlerin auf einem Festival in Cannes oder auf einem anderen Festival mit einem schändlichen Kleid und einer ungeeigneten Kopfbedeckung auftritt und wenn diese Nicht-Muslimen die Hände schüttelt, kann dies ein Vorbild werden.“ Tatsächlich war damals Leila Hatami in Cannes aufgetreten.

Angesprochen ist zudem Golshifte Farahani, die sich aus Protest gegen die islamistische Diktatur ohne Hemd fotografieren ließ.

Solche Fotos und Filmmaterialien dringen in den Iran ein und der Polizist fürchtet, dass dies auch im Iran Schule machen könnte.

Und da die iranischen Frauen wegen der islamischen Zwangsverschleierung auch in diesem Sommer stark unter der heißen Sonne leiden werden, fürchtet Said Montazer'ul'Mehdi erneut auftretende Wasserspiele in den Parkanlagen Teherans. Er warnte am 15. April 2013 in Teheran, dass die Facebookseiten von Iranern von der Internetpolizei kontrolliert würden.

Tatsächlich hatten sich im Sommer 2011 einige iranische Jugendliche für sogenannte Wasserfeste in öffentlichen Parkanlagen über Facebook verabredet. Sie trafen sich in den Parkanlagen und bespritzten sich mit Wasserpistolen Made in China. Damals wurden Dutzende Jugendliche verhaftet.

Aus Angst davor, dass es im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen zu erneuten Protesten kommen könnte, versucht die iranische Polizei auf allen Ebenen repressiv gegen die iranische Bevölkerung vorzugehen und setzt dabei an den wehrlosesten Gliedern der Gesellschaft an: Frauen und Jugendliche. Diese könnten heute noch eine zivilgesellschaftliche Kraft entfalten, die die Sittengesetze und die Sittenpolizei der totalitären Herrschaft im Iran außer Kraft setzen könnte.

## **Iranischer Agent verhaftet – und keiner will es wissen <sup>80</sup>**

Wie die österreichische Zeitung heute.at am 5. April berichtete, wurde ein iranischer Agent in Sofia verhaftet. Diese Nachricht, die von der deutschsprachigen Presse bisher vollständig ignoriert wird, wurde am 1. April 2013 von Jerusalem Post, die sich auf eine Studie des Washington Institutes bezieht, veröffentlicht.

Der iranische Agent half bei den Vorbereitungen für einen Anschlag auf eine Synagoge in Bulgarien und steht unter dem dringenden Verdacht mit dem Terror-Attentat auf einen israelischen Reisebus in Sofia in Verbindung zu stehen.

Das Attentat geschah am 18. Juli 2012. Dabei starben sechs Menschen. Der iranische Agent ist Mitglied der iranischen Al-Quds-Brigaden. Diese Einheit ist eine militärische Abteilung der iranischen Revolutionsgardisten und ist für Auslandseinsätze zuständig. Sie bildet terroristische Einheiten der Hisbollah im Libanon oder paramilitärische Truppen der Regierung von Assad aus.

---

<sup>80</sup> <http://europeandemocracy.eu/2013/04/no-word-on-iranian-agent-detained-in-bulgaria/> 05.04.2013



Die Al-Quds-Brigaden sind für den iranischen Staatsterrorismus in Südamerika, in Israel, im Sudan, aber auch in Deutschland und darüber hinaus in Europa, verantwortlich.

### **Iran: Dialog mit Amerika oder Tod für Amerika? 81**

Am Donnerstag, dem 21. März 2013 schloss der iranische Revolutionsführers faktisch jeglichen Dialog mit den USA aus. Er sagte, dass die USA das „Zentrum“ der Feindseligkeiten gegen den Iran seien. Er knüpfte damit an die aktuelle iranische Politik beruhend auf der khomeinistischen Staatsdoktrin an, wonach die USA der „große Teufel“ und Israel der „kleine Teufel“ seien.

Nachdem Khamenei die USA als den Hauptfeind des Iran bezeichnete, sagte er: „Manchmal bedrohen uns auch die Führer des zionistischen Regimes. Sie drohen mit einem militärischen Angriff. Aber ich denke, sie wissen auch selbst und wenn sie es nicht wissen, sollen sie es wissen, dass wenn sie einen Fehler machen, die Islamische Republik Tel Aviv und Haifa dem Erdboden gleichmachen wird.“ Und die Massen riefen: „Allah'u' Akbar, Khamenei ist der Führer, Tod für Amerika. Tod für Israel.“

Khamenei sagte dann, dass er sich zwar einem Dialog mit den USA „nicht widersetzen“ werde. Aber der Vorschlag für einen Dialog sei nur eine „amerikanische Taktik.“ Die USA müssten „erst beweisen, dass sie „aufrichtig“ sind und nicht „ihre eigenen Positionen durchsetzen wollen.“

**Annäherung kaum möglich.** Aus ideologischen Gründen kann sich die „Islamische Republik Iran“ kaum dem Westen annähern, stattdessen stützt sich der Iran auf Russland und China.

Der Antiamerikanismus wird ideologisch definiert, aber die Zusammenarbeit mit Russland wird geradezu pragmatisch und eher opportunistisch legitimiert.

Die islamistischen Machthaber können der US-Regierung kaum zugeständnisse machen. Am 18. Februar 2013 veröffentlichte <http://www.ammariyon.ir/> eine Reihe von früheren Zitaten von Ali Khamenei, die die Feindschaft der iranischen Islamisten gegen die USA legitimieren sollen.

Nach Meinung von Ali Khamenei bekämpft die US-Regierung die „Islamische Republik Iran“, weil die iranische Staatsdoktrin die „säkulare Ethik“ ablehne. Zudem habe die iranische Regierung eine „islamische Identität“ und würde die „Unterdrückten“ verteidigen. Aus der ideologischen Perspektive des Iran ist „Amerika der große Abgott in der Welt.“

Der „große Abgott“ habe den „Zionismus“ erfunden. Khamenei sagte tatsächlich: „Wir werden nicht mit Supermächten verhandeln.“ Khamenei will die Spielregeln eines Dialoges bestimmen. Er sagte am 18. August 2010: „Sie sollen das Supermachtgebaren beiseitelegen.“

**Wie die russisch-iranischen Beziehungen legitimiert werden.** Mehdi Sanai ist Leiter eines iranisch-eurasischen Wissenschaftsinstituts. Er begründet die Relevanz

---

<sup>81</sup> <http://europeandemocracy.eu/2013/03/what-is-the-future-for-us-iranian-relations/> 22.03.2013



der russisch-iranischen Beziehungen wie folgt: Sanai hebt hervor, dass Russland zwar die S-300n Flugabwehrraketen nicht an den Iran geliefert habe, aber die russisch-iranischen Beziehungen würden sich positiv entwickeln.

Die Außenminister beider Staaten hätten regen Kontakt. Zudem gäbe es eine Zusammenarbeit über die mittelasiatischen und kaukasischen Regionen. Mehdi Sanai schreibt offen, dass Iran mit Russland in puncto Unterstützung der syrischen Regierung zusammenarbeite. Russland und Iran haben Sanai zufolge bewiesen, dass sie gemeinsam eine wichtige Rolle bei der „Verhinderung der einseitigen Rolle der USA und der Schäden, die der Westen dort anrichtet“ spielten.

Es seien auch einige Verträge in Bezug auf die Umweltprobleme, die am Kaspischen Meer vorherrschen, unterzeichnet worden. Es gäbe auch viele Gespräche über den Öl-Handel. Es seien auf jeden Fall Vereinbarungen über zukünftige Pläne getroffen worden. Die Gespräche hätten aber noch keine Ergebnisse gezeitigt. Auch gäbe es neue Pläne für den Bau neuer Atomkraftwerke im Iran.

Russland habe beispielsweise erfolgreich Elektrobahnen im Iran gebaut. Zudem seien für das iranische Jahr, das am 20. März 2013 begonnen hat, russische Kulturwochen im Iran geplant.

Sanai bedauert, dass das Volumen der russisch-iranischen Handelsbeziehungen sehr niedrig sei, und die Grenze von 3 Milliarden US-Dollar kaum überschreite. Dabei betrage das Volumen der russischen-türkischen Handelsbeziehungen 40 Milliarden und der russisch-chinesischen Handelsbeziehungen sogar 100 Milliarden Dollar. Und das iranisch-türkische Handelsvolumen betrage 20 Milliarden Dollar und das iranisch-chinesische Handelsvolumen sogar 40 Milliarden Dollar.

Das russisch-iranische Handelsvolumen sei sogar um 40 Prozent gesunken. Die russischen Firmen seien wegen der Sanktionspolitik gegen den Iran sehr besorgt und deshalb sind die Investitionen in den iranischen Markt gesunken. Es gäbe dennoch Überlegungen, einen „Gas-OPEC“ gemeinsam mit Russland zu gründen. Die Idee werde aber gegenwärtig vernachlässigt.

Der iranische Wissenschaftler schlägt vor, die russisch-iranischen Beziehungen besser auszubauen. Vor dem Hintergrund des Atomkonfliktes entsteht in der Tat die Frage, welche Chancen der Ausbau der russisch-iranischen Beziehungen habe.

Eine verstärkte iranisch-russische Annäherung ist realistischer, als ein iranisch-US-amerikanischer Dialog, der zur Lösung der Probleme beitragen könnte.

### **Eine iranische Zeitung lobt den „Freitag“<sup>82</sup>**

In der Ausgabe der Zeitung Kayhan vom 14. Februar wird über einen Artikel der deutschen Wochenzeitung Freitag berichtet – triumphierend, denn man stellt Einigkeit fest: „Eine deutsche Zeitschrift schrieb in einem Bericht, dass die Iraner recht haben, dem lügnerischen Vorschlag Amerikas für einen Dialog nicht zu glauben.“

---

<sup>82</sup> <http://europeandemocracy.eu/2013/02/iranian-newspaper-praises-german-paper-freitag/> 15.02.2013



Das erfreut die iranischen Machthaber, zumal in Emran Feroz' Artikel „Verlogenes Angebot“ bereits im Vorspann behauptet wird, „dass die Wortlaute iranischer Führer gerne aus dem Kontext gerissen werden“. Kayhan, eines der wichtigsten Propagandaorgane des Regimes, beklagt ebenfalls, dass westliche Medien die Worte des „Revolutionsführers (Rahbare Enqelab) des Iran, Ali Khamenei“ verdrehen. Ein wenig fehlt es dem Freitag, nach Eigenangabe ein „Meinungsmedium“, noch an Rechtgläubigkeit, denn: Es kann nur einen Führer geben, nämlich den Revolutionsführer Khamenei.

Interessant ist, dass Kayhan, das Meinungsmedium Khameneis, den iranischen Lesern vorenthält, dass der Freitag-Autor einen persischen Namen hat. Aber es ist kein Wunder, dass Kayhan die publizistische Unterstützung zu schätzen weiß. „Als Beobachter sollte man sich demnach die Frage stellen, wie ernst die Verhandlungsangebote der Amerikaner überhaupt waren“, schreibt Feroz, der Khamenei attestiert, er lehne „keineswegs grundsätzliche Verhandlungen mit den USA ab (...). Es wird gerne der Eindruck erweckt, dass Khameneis Reden voll mit irgendwelchen ideologischen Hasstiraden seien. Jene, die Persisch verstehen oder neutrale Übersetzungen gelesen haben, wissen, dass dem nicht so ist.“

Die „neutrale Übersetzung“, die an dieser Stelle verlinkt ist, findet sich auf der offiziellen Homepage von Ali Khamenei. Der „Führer“ macht sich die Mühe, seine Ansichten auch einem deutschsprachigen Publikum zugänglich zu machen. In einem anderen Beitrag steht:

„Ayatollah Chamenei bezeichnete den illegalen zionistischen Staat Israel als ein gefährliches Krebsgeschwulst und fuhr fort: ‚Der einzige Weg, sich gegenüber diesem tödlichen Krebs und seinen Förderern zu verteidigen, besteht darin, zum Islam zurückzukehren und den Halt in den Lehren des geehrten Propheten des Islams zu suchen.‘“

Handelt es sich hier aus der Sicht des Freitag und Jakob Augsteins nicht um eine Hasstirade? Ein Übersetzungsfehler ist es jedenfalls nicht, zu anderen Anlässen bediente sich Khamenei der gleichen Ausdrucksweise:

„Das Revolutionsoberhaupt sagte mit Hinweis auf die zahlreichen gemeinsamen Grundsätze der Islamischen Völker: ‚Es liegen auch Unterschiede zwischen den muslimischen Völkern vor und angesichts der geografischen, geschichtlichen und sozialen Verschiedenheiten gibt es kein gemeinsames Modell für alle islamischen Länder, aber wichtig ist, dass alle gegen die diabolische Vorherrschaft der Zionisten und Amerikaner sind und das israelische Krebsgeschwulst nicht dulden.‘“

Noch deutlicher wurde er anlässlich des 21. Todestages seines Vorgängers Khomeini, hier schlicht als „der Imam“ bezeichnet: „Ajatollah Khamenei sagte mit Hinweis auf den Mut des Imams, die Islamische Bewegung und Revolution als universal vorzustellen, dass dieser Schritt des Imams von einer Einmischung in die internen Angelegenheiten anderer Länder und dem Export der Revolution in Form eines Imperialismus absolut verschieden sei und der Imam damit meinte und erreichen wollte, dass die Völker auf der Welt die schöne Atmosphäre, welche diese historische Bewegung verströmt, nutzen und bewusst ihren Pflichten nachgehen. Er weiter: ‚Die logische und selbstlose Unterstützung des palästinensischen Volkes seitens des Imams stellt ein Beispiel für seinen universalen Blick auf die Islamische Revolution dar. Der Imam hat offen Israel als Krebsgeschwür bezeichnet und es versteht sich von selber, dass die Behandlung eines Krebsgeschwürs in seiner Entfernung besteht.‘“



„Kein klar denkender Mensch würde in einem solchen Fall einen vermeintlichen Verhandlungspartner Vertrauen schenken“, schreibt Feroz. Aber damit meint er natürlich die Amerikaner. Wer etwas über das iranische Regime erfahren will, wird bei Khameneis „neutralen Übersetzungen“ eher fündig als im Freitag. Umso erstaunlicher ist die Dreistigkeit, mit der behauptet wird, dass der iranische Revolutionsführer nur den Frieden will, während die Amerikaner „in den vergangenen Jahren kein Interesse an ernsthaften Friedensgesprächen zeigten“. Diese politische Haltung ist nicht nur makaber, sondern eine Verhöhnung der Menschlichkeit und eine Verteidigung der islamistischen Diktatur.

### **Der iranische Außenminister warnt den Westen 83**

Der iranische Außenminister Ali Akbar Salehi besucht die 49. Münchner Sicherheitskonferenz, die vom 1.-3. Februar 2013 stattfindet. Zudem wird er in Berlin auf einer Veranstaltung der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) sprechen.

Wer ist aber Salehi und was sagt er? Ali Akbar Salehi studierte an der Amerikanischen Universität in Beirut Ingenieurwissenschaften. Er gehörte zwischen den Jahren 1982-1983 und 1989-1993 dem wissenschaftlichen Rat der Technischen Scharif-Universität in Teheran an und lehrte zudem Atomphysik an der Schahid-Beheshti Universität. In der Regierungszeit von Mohammad Khatami vertrat er die „Islamische Republik Iran“ in der Internationalen Atomenergie Behörde (IAEA). Er unterschrieb 2003 das Zusatzprotokoll zum Nichtverbreitungsvertrag (NPT), der aber nie ratifiziert worden ist. Offenbar gehörte die Unterzeichnung des NPT-Vertrages zur Verzögerungsstrategie des Iran.

Zwischen 2007-2009 war er Generalsekretär der „Organisation der Islamischen Konferenz“. Im Jahr 2009 übernahm er die Leitung der Iranischen Atomenergiebehörde. Im Dezember 2010 wurde er Außenminister in der Regierung des Präsidenten Ahmadinejad.

*Iranian Foreign Minister, Ali Akbar Salehi, will attend a security conference in Munich 1st-3rd February 2013. While there, he will also speak at the German Council of Foreign Relations. According to him, Israel is the biggest problem in the Middle East, not terrorism.*

**Salehi und das iranische Atomprogramm.** Als Salehi im Dezember 2003 das Zusatzprotokoll zum Nichtverbreitungsvertrag unterzeichnete, den der Revolutionsführer Ali Khamenei und seine Berater nie ratifizieren wollten, wusste Salehi, dass der Iran ein militärisches Programm verfolgt hatte. Tatsächlich hatte das islamistische Regime 18 Jahre lang verleugnet ein Programm zum Bau einer Atombombe zu verfolgen. Heute ist bekannt, dass auch die Internationale Atomenergie Behörde (IAEA) nicht ausschließen kann, dass der Iran ein militärisches Atomprogramm besitzt. Die islamistische Diktatur des Iran wehrt sich bis heute, ihr Urananreicherungsprogramm von 20 Prozent zu stoppen.

---

<sup>83</sup> <http://europeandemocracy.eu/2013/01/iranian-foreign-minister-warns-the-west/>  
29.01.2013





Auch das Zusatzprotokoll zum Nichtverbreitungsvertrag wird nicht ratifiziert. Im Gegenteil verspricht der Iran vorwiegend der islamischen Welt sein technologisches Know-how zu transferieren. Terrororganisationen bekommen seit drei Jahrzehnten militärische Ausrüstung. Niemand kann die Frage beantworten, welche Verbreitung radioaktives Material und mögliche khomeinistische Atombomben unter islamistischen Terroristen und Herrschern bekommen könnte, falls der Iran eines Tages die Atombombe testet.

**Salehi über Israel.** Ali Akbar Salehi ist ein Mann des Präsidenten Ahmadinejad, der immer wieder von der Vernichtung Israels spricht. Salehi warf am 30. Juli 2012 dem „israelischen Regime“ vor, für „Verschwörungen zur Beseitigung der syrischen Regierung und für das Chaos, das in Syrien vorherrscht,“ verantwortlich zu sein.

Wie Al-Arabiya News am 21. Oktober 2012 berichtete, gab Salehi Israel die Verantwortung für einen Bombenanschlag in Libanon. Der iranische Außenminister meinte die Bombenexplosion vom 19. Oktober 2012, die acht Menschen das Leben kostete. Mehr als 80 Menschen waren verletzt worden. Das Hauptziel des Anschlags war Wessam Al-Hassan, der sunnitische Geheimdienstchef der Polizei. Er stand den Saad Hariri und der prowestlichen Allianz nahe und war 2005 für die Sicherheit des früheren Präsidenten Hariri zuständig, der ebenfalls einem Terroranschlag zum Opfer gefallen ist. Das Ziel des Anschlages war, einen Gegner der Hisbollah und der syrischen Regierung zu vernichten. Dies lässt erahnen, welche Kräfte den Anschlag ausgeübt haben. Es waren Feinde des Westens und Israels und Feinde der prowestlichen Kräfte in Libanon.

Der iranische Außenminister Salehi verdrehte aber die Tatsachen und lastete den Anschlag den „Zionisten“ an. Es war auch Außenminister Salehi, der die Hisbollah-Drohne verteidigte, die am 6.10.2012 über Israel flog und Militärspionage für den Iran ausführte. Kein Wunder, es handelte sich um eine Drohne Made in Iran. Salehi sagte: „Die Drohne, die es vor einiger Zeit geschafft hat in die besetzten Gebiete einzudringen, hat die Zionisten in Schrecken versetzt und ihre Schwächen deutlich gemacht.“

Am 5. September 2012 berichtete Farsnews, dass der iranische Außenminister Salehi die Palästinenser aufgefordert habe Jerusalem zu befreien. Salehi warnte, dass der „Zionismus sich in der ganzen Welt allmählich ausbreite, aber der islamische Widerstand halte dagegen.“ Salehi fügte hinzu: „Die Fahne des Islam und der islamischen Revolution ist in der Hand der iranischen Nation.“

Javanonline meldete am 16. März 2012, der iranische Außenminister Ali Akbar Salehi habe gesagt: „Das Regime in Tel-Aviv ist so klein, dass es noch nicht einmal eine Woche lang einen echten Krieg aushalten würde. Der Angriff dieses Regimes auf den Iran würde in Israels Zerstörung enden.“ Tatsache ist aber, dass Ayatollah Khomeini lange vor der Gründung der „Islamischen Republik Iran“ zur Zerstörung Israels aufgerufen hat. Diese ideologische Forderung wurde in den letzten 34 Jahren von den meisten iranischen Politikern immer wieder wiederholt.

Auch wenn Günter Grass und Jakob Augstein und ihre Anhänger es nicht wahrhaben wollen: Die islamistische Herrschaft im Iran ist die größte Gefahr für den Nahen Osten und für die Welt und nicht zuletzt für die Iraner.

Mehrnews zitierte den iranischen Außenminister am 3. Oktober 2012 wie folgt: „Alle Verschwörungen, um eine künstliche Bedrohung im Persischen Golf gegen den Iran



aufzubauen, sind zum Scheitern verurteilt. Iran ist eine Quelle der Sicherheit für diese Gewässer und für die Region.“

Welchen Begriff von Sicherheit der iranische Außenminister hat, hat der Iran bei seiner Politik des Exports der islamischen Revolution bewiesen. Eine Außenpolitik, die die Unterstützung des Terrorismus zum Ziel hat. Salehi meinte, dass Israel über 200 Atombomben verfüge und damit „die höchste Quelle der Unsicherheit in der Region ist und in Wirklichkeit sogar ein Problem für die US-amerikanische Nahost-Politik darstellt.“

Mag sein, dass er auch an dieser Stelle, viel Beifall von Günter Grass und Jacob Augstein bekommen könnte, aber in seiner Analyse liegt er sicher falsch.

**Salehi und Syrien.** Salehi ist entschieden gegen einen Sturz der Assad-Regierung. Nicht etwa weil nach Assad islamistische Kräfte an die Macht kommen könnten, sondern weil Assad die sicherste Garantie für den Iran ist, um seine Politik der Unterstützung von Terrororganisation fortzusetzen. Zumal der Iran befürchtet, dass nach Assad eine prowestliche Regierung an die Macht kommen könnte. Salehi sagte: „Iran wird jeden westlichen Plan, der zum Sturz des syrischen Präsidenten Bashar al Assad führt, vereiteln“, berichtete Mehrnews am 17. Dezember 2012. Iran werde „alle seine Ressourcen“ einsetzen, um eine „Änderung des politischen Systems des arabischen Staates zu verhindern.“

Diese Politik des iranischen Außenministeriums hat weniger damit zu tun, dass Assad ein Alewit ist und die Alewiten eher den Schiiten nahestehen, als den Sunniten. Denn Assad steht in der Tradition der Baath-Partei, die eher semifaschistisch war und ist. Iran dagegen unterstützt auch sunnitische Terrororganisationen wie die Hamas. Der Grund warum das islamistische Regime im Iran Assad unterstützt, liegt lediglich in der Qualität seiner Machtpolitik, die auf die Achse Hisbollah – Hamas – Jihade Islami plus Syrien angewiesen ist.

Laut dem iranischen Auslandssender PRESSTV vom 5.7.2012 sagte Salehi, dass „das zionistische Regime die Weltbevölkerung einer Gehirnwäsche“ unterziehen wolle. Salehi hielt auf dem „Festival des islamischen Widerstandes“ in der Stadt Isfahan, die Partnerstadt von Freiburg ist, eine Rede.

Wie Iran Diplomacy am 27. Januar 2013 meldete, ist der iranische Außenminister Salehi strikt gegen eine ausländische westliche Einmischung in Mali. Er hat sich zwar dafür ausgesprochen, dass das Blutvergießen aufhöre, aber er warnte vor einem „militärischen Feldzug des Westens in Mali.“

Aus der machtpolitischen Perspektive des Iran soll Afrika nicht prowestlich sein, sondern proislamistisch. Genau deswegen trifft sich Ali Salehi gerne mit den Machthabern in Sudan. Der Ex-Al-Qaida-Chef Bin Laden fand Unterschlupf in dem Terrorstaat Sudan, der zu den guten Freunden der totalitären Diktatur der „Islamischen Republik Iran“ gehört.



## 2.2. Machtkämpfe

### Eine Analyse der islamistischen Machtgruppen 84

Die Präsidentschaftswahlen in der Islamischen Republik Iran finden alle vier Jahre statt, am 14. Juni dieses Jahres zum elften Mal. Die Wahlen haben im Iran lediglich kosmetischen Charakter, denn die Bevölkerung darf nur die Kandidaten der verschiedenen islamistischen Gruppierungen wählen, die von der totalitären Institution des Wächterrates zugelassen werden. Dennoch gibt es innerislamistische Machtkämpfe. Diese eskalierten in letzter Zeit derart, dass Ali Khamenei am 16. Februar öffentlich einschreiten musste. Khamenei, als »Revolutionsführer« das Staatsoberhaupt des Iran, verpasste den Kontrahenten jeweils einen Rüffel. So habe Mahmoud Ahmadinejad gegen das religiöse Gesetz verstoßen, als er im Majless, dem islamistischen Pseudoparlament, mit quasi-geheimdienstlichen Methoden Korruptionsvorwürfe gegen Ali Larijanis Bruder erhoben hatte. Larijani ist immerhin Vorsitzender des Majless. Tatsächlich wird es, wie am Dienstag bekannt wurde, zu einem Verfahren gegen Larijanis Bruder kommen – ein Erfolg für Ahmadinejad. Ali Khamenei verurteilte insbesondere die Proteste gegen Larijani, die stattfanden, als dieser bei einer öffentlichen Kundgebung in Qom, der »heiligen Stadt« des schiitischen Klerus, eine Rede halten wollte. Bei den Protestierenden handelte es sich offensichtlich um Anhänger Ahmadinejads, Khamenei forderte daher, man müsse die Kräfte gegen die wahren Gegner richten.

**Trotz der Schlichtungsversuche des »Revolutionsführers«** bleiben die Konflikte bestehen, weil sie strukturelle gesellschaftliche Ursachen haben. Die islamistischen Fraktionen werden in »Prinzipialisten« oder »Prinzipientreue« und in »Reformislamisten« eingeteilt, die Prinzipialisten wiederum in drei Gruppen.

Die erste prinzipialistische Gruppe besteht aus der »Gesellschaft der Kämpfenden Geistlichkeit« (Jameye Rohaniat Mobarez), der »Gesellschaft der Lehrenden des wissenschaftlichen Kreises in Qom« (Jameye Modaressin Hoseye Elmiye Qom) und der »Front der Anhänger der Linie des Imam und des Führers« (Jebeheye Peyrawane Khate Imam wa Rahbari). Diese Organisationen schlagen zwar nicht immer gemeinsame Kandidaten vor, weil sie sich selten einig sind, konnten sich aber immerhin bei der vorigen Präsidentschaftswahl auf Ahmadinejad einigen. Sie konzentrieren sich auf den Staatsklerus. Die Favoriten dieser Organisationen, die im Iran als »rechte Traditionalisten« bezeichnet werden, für die kommenden Wahlen sind Ali Akbar Velayati, Manouchehr Mottaki und Mostafa Pour-Mohammadi.

Als zweite prinzipialistische Fraktion kann die »Einheit der Förderer des Wandels und der Standhaftigkeit« (Etehade Tahawolkhahwa Paydari) genannt werden. Diese Gruppe gehörte zunächst zu den engen Verbündeten Ahmadinejads, inzwischen will sie jedoch unabhängig agieren. Ayatollah Masbah Yazdi, der zunächst ebenfalls Ahmadinejad unterstützte, gilt als ihr wichtigster Mentor. Masbah Yazdi war einer der Befehlshaber bei der Ermordung von Schriftstellern und Politikern Ende der neunziger Jahre. Die von ihm angeordneten sogenannten Kettenmorde wurden vom iranischen Geheimdienst ausgeführt. Gholam Ali Haddad-Adel (ehemaliger Sprecher des Majless), Saeed Jalili (ehemaliger stellvertretender Außenminister), Kamran

---

<sup>84</sup> <http://europeandemocracy.eu/2013/02/sham-elections-for-a-new-form-of-totalitarian-rule/> 21.02.2013



Bagheri Lankarani (ehemaliger Gesundheitsminister) und Parviz Fattah (ehemaliger Energieminister) zählen zu den wichtigen Anführern dieser Gruppe. Zu ihrer Basis gehören viele junge Kleriker und Studenten.

Die Politiker, die man zu dieser Fraktion zählen kann, sind oft in verschiedenen Organisationen aktiv. Haddad-Adel, ein fanatischer Feind der religiösen Minderheit der Bahai, ist beispielsweise auch Mitglied der Gruppe »Einheitsfront« unter den Prinzipialisten. Gerne würde ihn die radikal-prinzipialistische Gruppe der »Rahpuyan Enqelabe Eslami« (Die Wegweiser der Islamischen Revolution) für sich gewinnen. Ihr gehört auch der Israelhasser Mehdi Taeb an.

Die dritte prinzipialistische Fraktion bilden die Anhänger der Regierung Ahmadinejads. Seyyed Hassan Mousavi und Ali Akbar Salehi zählen zu ihren Kandidaten. Die »Freigebigen« (Jamate Issargaran) stellen ein Sammelbecken für die Parteigänger Ahmadinejads dar. Aber selbst hier stößt der amtierende Präsident auf immer mehr Widerspruch. Der Kandidat, der von Ahmadinejad favorisiert wird, ist sein enger Freund und ehemaliger Stellvertreter Esfandiar Rahim Machai. Er droht jedoch disqualifiziert zu werden. Der Vorsitzende des Wächterrates, Ayatollah Ahmad Jannati, sagte, falls er selbst vor den Präsidentschaftswahlen sterben sollte, werde noch seine Seele die Wahl von Maschai verhindern. Dafür können einige Minister aus dem Regierungskabinett von Ahmadinejad, etwa der Regierungssprecher Gholam-Hussein Elham und der Außenminister Ali Akbar Salehi, hoffen, vom Wächterrat akzeptiert zu werden.

**Auch bei den »Reformislamisten« besteht alles andere als Einigkeit.** Diese zweite Hauptgruppe neben den Prinzipialisten wird in Moderate und Radikale eingeteilt. Zu den radikalen Reformislamisten werden Behzad Nabavi und Saeed Hajjarian gezählt. Inzwischen gibt es Stimmen, die meinen, dass sich die beiden von dem politischen System der Islamischen Republik Iran verabschiedet hätten. Ihr Präsidentschaftskandidat könnte Kamal Kharazi werden. Zu den moderaten Reformislamisten zählen diejenigen, die sich von den Protesten gegen die Wahl Ahmadinejads distanziert haben, unter ihnen Seyyed Hassan Khomeini und Majid Ansari. Einigen Berichten zufolge soll Hassan Rohani, ein früherer Atomunterhändler, ihr Präsidentschaftskandidat werden.

Es ist aber noch nicht klar, ob überhaupt ein Kandidat der Reformislamisten vom Wächterrat zugelassen wird. Die großen reformislamistischen Organisationen, wie die »Partizipationsfront« und die »Organisation der Mojahedin der islamischen Revolution«, sind längst verboten. Es ist nicht zu erwarten, dass ein reformislamistischer Präsident gewählt werden könnte.

Eine weitere Gruppierung, die im Machtgefüge des Iran eine Rolle spielt, sind die Wächter der islamischen Revolution (Pasdaran), die sich weder einer prinzipialistischen Gruppe unterordnen noch sich als reformistisch verstehen wollen und sich daher als neutral darstellen. Die politische Führung liegt bei ehemaligen militärischen Kadern der Pasdaran wie Mohammed Bagher Ghalibaf, Ali Larijani und Mohsen Rezai.

Es gibt natürlich noch viele andere Organisationen mit Einfluss, wie etwa die islamistische Arbeitervereinigung, die sich »Haus der Arbeiter« nennt. Diese islamistische Pseudogewerkschaft steht politisch Hashemi Rafsanjani nahe, einem der reichsten Unternehmer des Iran, und befürwortet die Zerschlagung der unabhängigen Arbeiterbewegung. Die Vereinigung will offenbar Hussein Kamali, der



unter den Präsidenten Rafsanjani und Khatami Arbeitsminister war, als Präsidentschaftskandidaten vorschlagen.

**Wer am Ende tatsächlich Präsident werden könnte**, weiß gegenwärtig niemand im Iran. Es hängt sicherlich auch davon ab, wie die Wahlen manipuliert werden. Auf jeden Fall werden die Revolutionswächter eine wichtige Rolle dabei spielen und die Befehle Khameneis und des Wächterrates ausführen. Über einige Personen wird dennoch derzeit heftig spekuliert: Aus dem Lager der Prinzipialisten soll Saeed Jalili gute Chancen haben. Er ist gegenwärtig Vorsitzender des Nationalen Sicherheitsrates. Zudem soll auch Gholam Ali Haddad-Adel gut im Rennen sein. Der Vater seines Schwiegersohnes ist immerhin der »Revolutionsführer« Ali Khamenei. Haddad-Adel hat aber einen entschlossenen Gegner: Ali Larijani.

Interessant ist, dass sich einige Politiker auch quer zu den großen Fraktionen verbünden. Als Beispiel sei das Bündnis »2 plus 1« genannt, das aus Gholam Ali Hadad-Adel, Mohammed Bagher Ghalibaf und Ali Akbar Velayati besteht. Diese wollen jeweils zugunsten eines Mitglieds der Dreiergruppe zurücktreten, so dass wenigstens einer von ihnen Präsident wird. Sie legen aber auch Wert darauf, zu erfahren, ob Ali Khamenei einen von ihnen bevorzugt. Falls der Favorit des Führers bekannt würde, würden die beiden anderen ihren Wahlkampf aufgeben und den von Khamenei Erkorbenen unterstützen. Haddad-Adel hat wegen seiner Verwandtschaft mit dem »Revolutionsführer« gute Karten. Alle drei versprechen sich von dem Deal, dass zwei von ihnen wichtige Posten erhalten, falls einer Präsident wird.

Haddad-Adel kann nicht nur auf Unterstützung von Khamenei hoffen. Er hat sich mit Ahmad Jannati, dem Vorsitzenden des Wächterrates, mit Mohammed Reza Mahdavi Kani, dem Vorsitzenden des Expertenrates, und sogar mit Asgar Oladi, dem Vorsitzenden der »Front der Anhänger der Linie des Imam und des Führers«, abgesprochen. Sie wollen ihn unterstützen. Doch auch die Chancen von Ali Akbar Velayati sind nicht zu unterschätzen. Er hielt sich aus den Konflikten zwischen Ahmadinejad und Rafsanjani sowie Ahmadinejad und Ali Larijani heraus. Diese Haltung stärkte seine Position in allen Lagern. Und Mohammed Bagher Ghalibaf zählt zu den Politikern, die einen sehr großen medialen Einfluss haben. Die meistgelesene Zeitung in Teheran, Hamschahri, steht ihm sehr nahe. Diese Zeitung greift regelmäßig den größten Rivalen Qalibafs an: den Präsidenten Ahmadinejad.

Auch Ahmadinejads Vorgänger im Präsidentenamt, Mohammed Khatami, könnte sich als Kandidat ins Gespräch bringen. Um Erfolg zu haben, müsste er sich aber vollständig von der Protestbewegung gegen Ahmadinejad distanzieren und vor Unruhen warnen.

Tatsächlich handelt es sich bei allen genannten Gruppierungen um islamistische Fraktionen, die zusammen nur einen kleinen Teil der iranischen Gesellschaft repräsentieren und hauptsächlich die verschiedenen Kräfte innerhalb des islamistischen Establishments repräsentieren. Die iranische Gesellschaft umfasst jedoch auch eine Vielfalt verschiedener linker säkularer Organisationen, säkularer bürgerlich-nationalistischer und republikanischer Kräfte sowie Anhänger einer parlamentarischen Monarchie nach spanischem oder schwedischem Modell. Sie alle werden bei der bevorstehenden Wahl keine Rolle spielen. Mit einer Wahl im demokratischen Sinne hat die am 14. Juni geplante Abstimmung nichts zu tun.



## **Machtkampf und Korruption in Iran 85**

Gegenwärtig sind in der „Islamischen Republik Iran“ innerislamistische Machtkämpfe und politische Rivalitäten verquickt mit einem Korruptionsskandal, der einmalig ist in der iranischen Geschichte. Es geht um die Veruntreuung von mindestens 2,6 Milliarden Dollar.

Eine totalitäre Justiz bekämpft die für die Korruption verantwortlichen Personen mit antikapitalistischen Untertönen. Man kann nur vermuten, wie vielschichtig die Dimensionen des seit Monaten schwelenden Problems sind. Es ist offen, ob die Justiz selbst und dem Revolutionsführer Ali Khamenei nahe stehende Personen in diesen Geld- und Machtskandal verstrickt sind. Der Status Quo ist: Die Machtmonopolisten um Khamenei sind am längeren Hebel und schwächen ihre Rivalen.

**Korruption in einer totalitären Diktatur:** Im Iran existiert ein Bankensystem, das hauptsächlich staatlich und nur teils privat ist. Auch die privaten Bankenchefs sind insofern staatlich gelenkt als sie linientreu sein müssen. Gleichzeitig werden loyale Ex-Militärs oder Ex-Beamte in die höchsten Riegen von Wirtschaftsunternehmen gehievt, wenn sie a) politisch loyal sind und b) die besten Kontakte in die Bankenwelt haben.

Faktisch handelt es sich um eine orientalische Form des Staatskapitalismus, der weniger von einer geordneten Staatsbürokratie, als vielmehr von einflussreichen Machtcliquen innerhalb des islamistischen Establishments gesteuert wird. Diese Machtcliquen sind oft miteinander im politischen Streit und haben Widersprüche und tauchen untereinander als wirtschaftliche Konkurrenten auf.

Ein solches Klientelsystem innerhalb eines totalitären Herrschaftsapparates funktioniert solange bis ein Konflikt im inneren Machtbereich auftaucht. Dann kann auch mal der Bock zum Gärtner gemacht werden. Die totalitäre Justiz, die für die Hinrichtung von Tausenden von unschuldigen Menschen verantwortlich ist, stilisiert sich zum Kämpfer gegen kapitalistische Ungerechtigkeit.

**Wenn der Chef der Banke Melli ins Ausland flieht:** Der Verwaltungsdirektor der iranischen Banke Melli, Mahmoud Khavari ist vor rund vier Monaten aus dem Iran geflohen und lebt inzwischen irgendwo in Kanada. Angeblich hat er sich dort ein Schloss gekauft.

---

<sup>85</sup> <http://europeandemocracy.eu/wp-content/uploads/wp-post-to-pdf-enhanced-cache/1/power-struggles-and-rivalries-in-iran.pdf> 22.12.2012 (Quellen: BBC-Farsi, Farsnews, IRNA, Kayhan, ISNA)



Der Herausgeber der Zeitung *Iran*, Ali Akbar Javanfekr, der Präsident Ahmadinejad beraten hat, hatte kritisiert, dass der geflohene Mahmoud Khavari sich mit Wissen und Hilfe der Justiz und des Revolutionsführers aus dem Staub gemacht habe. Khavari hätte ausreisen dürfen, obwohl er kurz davor 12 Stunden lang verhört worden sei.

Gab es tatsächlich einen Deal zwischen Teilen des iranischen Justizapparates, dem Revolutionsführer nahestehenden Beamten und dem geflohenen Bankenchef? Durfte der Chef der iranischen Bank Melli ausreisen, weil er zu viel darüber wusste, wie die herrschende Klasse von Militärs und Technokraten sich mit billigen Krediten bereichert hat?

Javanfekr, der als enger Freund Ahmadinejads sicher kein Freund der Humanität ist, unterstellte, dass die Falschen, damit meint er einige Freunde Ahmadinejads, systematisch von der Justiz beschuldigt werden, zu den Abweichlern zu gehören und für die größte Korruption in der iranischen Geschichte verantwortlich zu sein.

Javanfekr behauptete ferner, dass der Verwaltungsdirektor von Bank Saderat, Mohammad Jahrami, den religiös-konservativen Gegnern von Ahmadinejad und sogar der Zeitung *Farsnews*, die den Revolutionsgardisten nahesteht, Geld gegeben habe, damit diese Ahmadinejads Regierung die Verantwortung für die Korruption zuschieben sollen. Dabei war Jahrami selbst im Kabinett der ersten Regierung von Ahmadinejad als Minister für Arbeit tätig. Er wechselte offenbar seine Freunde.

Javanfekr bekam eine Gefängnisstrafe von einem Jahr wegen Beleidigung des Revolutionsführers Ali Khamenei. Er hatte behauptet, dass Khamenei nahestehende Personen in einem Korruptionsskandal verstrickt seien. Khamenei jedenfalls forderte eine schnelle Beendigung der Diskussion. Niemand weiß, ob auch er etwas zu verbergen hat. Wahrscheinlich ist ein breiter Teil der herrschenden Faktionen im islamistischen Establishment in diese 2,6 Milliarden Dollar Korruption verstrickt. Die Tatsache, dass sieben Banken verdächtigt werden, macht das Ausmaß des Skandals deutlich.

**Die Bauernopfer:** Vor dem Gericht steht gegenwärtig Mehafarid Khosrawi, der mit seinen Brüdern billige Kredite bekommen hat und innerhalb von wenigen Jahren über 40 Firmen aufbauen konnte, berichtet *BBC-Farsi*. Die Familie Khosrawi soll so gute Beziehungen zum Staat gehabt haben, dass sie auch einige Staatsfirmen übernehmen konnte.

Arya soll Akkreditive, sogenannte letters of credits mit hohen Summen von der Banke Saderat kostenlos bekommen haben, um diese in ein Stahlunternehmen zu investieren. Arya hat die Papiere offenbar an eine andere und zwar an die Banke Melli verkauft. Das System schien perfekt zu sein. Die Herren hatten scheinbar alles in der Hand. Sogar die Firma, in die investiert werden sollte, wurde von einem Gruppenmitglied geführt.



Die Bank Saderat hat lediglich ein Eigenkapital von rund zwei Milliarden Dollar. Die Korruptionssumme ist aber mindestens 2,6 Milliarden Dollar hoch. Es müssen also noch andere iranische Banken verstrickt sein. Noch ist kein Licht am Ende des islamistischen Tunnels der Korruptionen zu sehen.

Der Chef der Banke Melli, Mahmoud Khavari, hat sich wie oben erwähnt nach Kanada abgesetzt und der Chef der Bank Saderat Jahrami ist zurückgetreten und steht vor Gericht.

**Korruption im Gottesstaat:** In einem islamischen Staat darf es keine Korruption geben, nicht gemäß der Ideologie. Einige Bankdirektoren wurden verhaftet. Gegenwärtig stehen 22 Personen vor Gericht. Fünf von ihnen sollen hingerichtet werden.

Die 22 Inhaftierten sind nur die Spitze des Eisbergs. Wahrscheinlich sind viele Staatsbedienstete, linientreue Diener des Revolutionsführers, des Präsidenten, der iranischen Zentralbank und diverser anderer Banken dank ihrer Beziehungen in Politik und Wirtschaft reich geworden.

Die khomeinistische Justiz wirft nun einigen Mitarbeitern des Präsidentenbüros vor in diese große Korruptionsgeschichte verstrickt zu sein. Einige Konkurrenten von Ahmadinejad, die im islamistischen Pseudo-Parlament sitzen, wollten auch den Präsidenten Ahmadinejad in den Skandal hineinziehen. Kein Geringerer als Revolutionsführer Ali Khamenei verhinderte dies.

**Ahmadinejads Ring:** Tatsächlich hatte Ahmadinejads Wirtschaftsminister Shamsoldin Hussein zu einem früheren Zeitpunkt einige inzwischen verhaftete Personen gelobt und in Schutz genommen. Beispielsweise hatte er die zentrale Figur in diesem Korruptionsfall, Amir Mansour Arya, als einen "Held der Industrialisierung" des Iran bezeichnet. Arya habe viele Arbeitsplätze geschaffen.

Die Dimensionen dieses Korruptionsfalls sind bisher nicht wirklich ans Tageslicht gekommen. Aber Sadeq Larijani, Chef der Justiz, hat den iranischen Staatsanwalt Qolamhussein Mohsseni Ejei beauftragt diese Korruptionsakte zu überwachen.

Auch Isfandiar Rahim Mashai, enger Mitarbeiter von Ahmadinejad, soll zu früheren Zeiten Ministerien schriftlich dazu aufgefordert haben mit der Gruppe von Amir Mansur Arya zusammenzuarbeiten. Mashai gehört zu einer Truppe um Ahmadinejad, die im Iran als die "abweichlerische Gruppe" bezeichnet wird.

Die Anhänger von Ali Khamenei bezeichnen Mashai als Chef der Gruppe. Der Sohn von Ahmadinejad ist mit der Tochter von Mashai verheiratet. Mashai hatte sich einen Namen gemacht, weil er gesagt hatte, dass das iranische Volk keine Feindschaft gegen das israelische Volk hege. Dies hatte für sehr viel Konfusion gesorgt. Mashai befürwortet genauso wie sein Freund Ahmadinejad die Vernichtung Israels. Nach





einiger Kritik wiederholte Mashai abermals, dass er natürlich für die Vernichtung Israels sei.

Ferner hatte Mashai als Nationalist davon gesprochen, dass die Zeit des Islamismus vorbei gehe und eine Periode der "iranischen Schule" kommen werde. Er hat deswegen viel Kritik von Khamenei und seinen Anhängern bekommen, aber noch wird er von Khamenei geduldet.

Zu dieser abweichlerischen Gruppe um Ahmadinejad zählen weiterhin Hamid Baghai, Mojtaba Samare Hashemi, Ali Saidlu, Mohammadreza Rahimi, Ali Akbar Javanfekr und Masud Saribafan.

Hamid Baghai hat unter anderem für den iranischen Geheimdienst gearbeitet. Baghai hatte beispielsweise gesagt, dass die Türkei tatsächlich einen Massenmord an den Armeniern ausgeführt habe, was für Ärger mit der türkischen Regierung gesorgt hat. Hier setzte der nationalistische Baghai auf antitürkische Ressentiments.

Mojtaba Samare Hashemi war in der ersten Periode der Präsidentschaft Ahmadinejads einer seiner engsten Berater. Es heißt, dass Hashemi beispielsweise vorgeschlagen hatte, dass Ahmadinejad Briefe an Frau Merkel und Herrn Bush schreiben solle, was er auch tat. Hashemi ist zudem ein treuer Anhänger von Ayatollah Mesbahe Yazdi. Dieser galt zunächst als Mentor von Ahmadinejad, konnte aber als Panislamist die nationalistischen Tendenzen von Ahmdinejad nicht mittragen.

Ali Saidlu ist gegenwärtig der außenpolitische Berater von Ahmadinejad. Der Präsident wollte, dass Saidlu das Ölministerium leitet, aber das Majless stimmte dieser Entscheidung nicht zu.

Mohammadreza Rahimi ist ein kurdischer Politiker, der eng mit Ahmadinejad verbunden ist. Er ist erster Sekretär von Ahmadinejad. Ihm werden verschiedene Korruptionsfälle vorgeworfen, aber Ahamdinejad hält zu ihm. Rahimi hat seine Treue zu Ahmadinejad mal mit folgender Aussage unter Beweis gestellt. In Syrien, sagte Rahimi, habe ein "Muslim zu ihm gesagt, dass wenn ein Prophet nach Mohammad kommen wird, wird es Ahmadinejad sein."

Ali Akbar Javanfekr ist Verwaltungsdirektor der staatlichen Nachrichtenagentur *IRNA* und zudem Direktor der Zeitung *IRAN* und Medienberater des Präsident Ahmadinejad. Javanfekr kritisierte in einem Interview mit der Zeitung *Etemad* das eintägige Verbot der Zeitung *IRAN*. Daraufhin sollte er verhaftet werden, Ahmadinejad stellte sich aber hinter ihn. Er wurde dennoch zu einem Jahr Haftstrafe und zwei Jahren Berufsverbot verurteilt. Javanfekr hatte immer wieder zum Ausdruck gebracht, dass sich die Politik von Ahmadinejad von der des Revolutionsführers in puncto Amtsbesetzung unterscheide. Beispielsweise hatte er hervorgehoben, dass Ahmadinejad durchaus befürwortet



habe, dass der Geheimdienstminister Heydar Maslahi gehe, aber Ali Khamenei habe darauf gedrängt, dass Maslahi bleibe.

Masud Saribafan gehört ebenfalls zur Seilschaft von Ahmadinejad und ist gegenwärtig sein Sekretär.

**Korruptionsskandale und islamische Revolution.** Der gegenwärtige Korruptionsskandal ist nicht der erste Fall in der Geschichte der „Islamischen Republik Iran“. Ahmadinejad wurde das erste Mal zum Präsidenten gewählt, weil er den verarmten Massen die totalitäre Utopie der Befreiung der Armen der Welt im Namen des Islam versprach. Tatsächlich hat der Iran wegen des Anstiegs des Ölpreises zwar immense Öleinnahmen gehabt, aber die iranische Gesellschaft ist in der Regierungszeit Ahmadinejads ärmer geworden. Dennoch wird der antisemitische Revolutionsführer Khamenei seinen antisemitischen Präsidenten kaum fallen lassen. Er will nicht, dass die Machtbalance innerhalb der totalitären Diktatur verloren geht, zumal Ahmadinejads Amtszeit im Sommer 2013 zu Ende sein wird.

Die Korruptionsskandale in der Regierungszeit von Ahmadinejad haben aber gezeigt, dass Macht- und Geldgier unter totalitär denkenden und handelnden Islamisten weit verbreitet sind.

### **Pseudo-Wahlen<sup>86</sup>**

Bei den Parlamentswahlen konnten sich die Iraner nur zwischen Anhängern des - religiösen Führers Ali Khamenei und des Präsidenten Mahmoud Ahmadinejad entscheiden. Hoffnung auf Reformen im Rahmen des Systems gibt es längst nicht mehr, doch auf den Straßen blieb es ruhig.

Bevor im Iran die Bevölkerung wählen darf, werden erst einmal die Kandidaten ausgewählt. Sie müssen sich zum herrschenden System bekennen, doch kommen inoffizielle Ausschlusskriterien hinzu. So hat das iranische Innenministerium nur 3 444 von 5 392 registrierten Bewerbern zugelassen. Am 2. März waren nun etwa 48 Millionen Iranerinnen und Iraner aufgerufen, die 290 Abgeordneten des islamistischen Parlaments, des Majless, zu wählen.

Während die Reformislamisten zum ersten Mal in der Geschichte der Islamischen Republik die Wahlen mehrheitlich boykottieren, haben die konservativ-fundamentalistischen Rivalen des Präsidenten Mahmoud Ahmadinejad die Wahlen gewonnen. Die Wahlbeteiligung betrug nach offiziellen Angaben immerhin 64,5 Prozent. Das Regime wertet dies als Erfolg, Ahmadinejad lobte die hohe

---

<sup>86</sup> <http://europeandemocracy.eu/2012/03/iranian-pseudo-elections/> 08.03.2012



Wahlbeteiligung, sie habe die Gegner der »islamischen Revolution zur Verzweiflung gebracht«. Wegen des starken Drucks des Repressionsapparats gab es kaum Proteste gegen die Wahl. In der Provinz Fars soll es zu vereinzelt Aktionen gekommen sein. Dort habe die Polizei auf Protestierende geschossen, berichtet Iranpressnews.

Die Wahlen waren alles andere als frei, dennoch gibt es Gewinner und Verlierer. Ali Larijani, der bisherige Sprecher des Majless, wurde mit 270 382 Stimmen erneut ins Parlament gewählt. Parvin Ahmadinejad, die Schwester des Präsidenten, sowie Ahmad Nateq Nuri, ein bisher einflussreicher rechtsislamistischer Politiker, erlangten keinen Sitz im neunten Majless, berichtete die staatliche Nachrichtenagentur Irna.

Dafür hat es Qolamreza Hadad-Adel geschafft, ein Gegner Ahmadinejads aus den Reihen der Prinzipalisten, einer Gruppe konservativer Hardliner. Hadad-Adel, der Vorsitzender des siebten Majless war, soll die meisten Stimmen in Teheran bekommen haben. Auch Ali Motahari, der seit Jahren zu den schärfsten Kritikern Ahmadinejads gehört, wurde gewählt. Dabei war er zunächst vom Wächterrat disqualifiziert worden, weil bei ihm »ein Mangel an tatkräftigem Gehorsam gegenüber dem Islam und dem Führer« ausgemacht worden war.

Die Iraner hatten die Wahl zwischen den Anhängern des religiösen Führers Ali Khamenei und den Verbündeten Ahmadinejads. Der Sieger ist Khamenei, dessen Kandidaten etwa drei Viertel der Abgeordnetenmandate gewannen. Beide Fraktionen hatten zuvor gemeinsam dafür gesorgt, dass die Reformislamisten aus dem Machtzentrum entfernt wurden. Die ideologischen Differenzen sind marginal, beide Gruppierungen zählen zu den sogenannten Konservativen, und Ahmadinejad hat immer wieder seine Treue zu Khamenei bekundet, der sich öffentlich nie gegen ihn wendete.

Doch in den vergangenen vier Jahren kam es immer wieder zu offenen Konflikten zwischen dem Majless und der Regierung. Dabei wurden die politischen Kontroversen zwischen Ali Larijani, dem Sprecher des Majless, und Ahmadinejad deutlich. Sie treten mit unterschiedlichen Koalitionen gegeneinander an. Ahmadinejad will den iranischen Nationalismus mit der religiösen Herrschaftsideologie der Islamisten versöhnen, was ihm nicht gelingt. Er hat sich mit rechtsextremen Holocaust-Leugnern und Antisemiten verbündet und versucht, einen islamistischen Arierkult aufzubauen.

**Dem Präsidenten wird auch Misswirtschaft vorgeworfen**, seine engsten Mitarbeiter und Anhänger verstrickten sich in ausgedehnte Korruptionsskandale. Ahmadinejad genießt jedoch wegen seiner antisemitischen und antiwestlichen Hasstiraden große Sympathien ausgerechnet bei Bauern und Arbeitern sowie in den vom Wohlstand ausgeschlossenen Schichten der iranischen Gesellschaft.



Die Anhänger Ahmadinejads stellten vier Listen auf, die »Front der Einheit und der Gerechtigkeit«, die »Front der Unterstützer der islamischen Regierung«, »Die jungen Berater des Präsidenten« und die »Front für Gerechtigkeit und Wohlstand«. Die andere Fraktion, die Unterstützer des »Revolutionsführers« Ali Khamenei, zu deren Führern Ali Larijani zählt, bildeten eine »Einheitsfront«, bestehend aus der »Front der Einheit der Prinzipalisten« und der »Front des Widerstands«, in der sich ehemalige Verbündete des Präsidenten sammeln, die sich wegen der ultranationalistischen Positionen von Ahmadinejad abwandten. Sie wird geführt von Ayatollah Mohammed Taghi Mesbah Yazdi, der sich bis vor kurzem als Mentor Ahmadinejads verstand.

Die Reformislamisten, die von 1997 bis 2005 mit Mohammed Khatami den Präsidenten stellten, sind von der offiziellen Politik weitgehend ausgeschlossen worden. Dennoch gab Khatami seine Stimme ab, während die meisten Anhänger von Mir Hussein Mousawi und Mehdi Karroubi, die sich im Hausarrest befinden, die Wahlen boykottierten.

Khatami hat den Ausschluss seiner Anhänger kritisiert, aber auch seine Loyalität bekundet: »Die Reformer können und dürfen keine Kandidaten auf den Wahllisten aufstellen. Dies bedeutet aber nicht, dass man die Wahlen boykottieren sollte. Diejenigen, die die Revolution prinzipiell lieben, dürfen niemals die Wahlen boykottieren.« Der ehemalige Präsident forderte auch die Entlassung der reformislamistischen Gefangenen aus der Haft.

Dass Khatami dennoch an den Wahlen teilgenommen hat, erfreute die den Revolutionswächtern nahestehende Nachrichtenagentur Farsnews, dies habe »die Aufständischen aufgewühlt«. Damit hat der ehemalige Präsident sich faktisch von den Anhängern Mousawis und Karroubis distanziert. Farsnews forderte, Khatami müsse nun klar zwischen den Reformern und der »Grünen Bewegung«, die Mousawi und Karroubi unterstützt, unterscheiden und sich deutlich von letzterer distanzieren.

Einige wenige Reformislamisten durften kandidieren. Zu ihnen gehört Mostafa Kawakabian, der vor den Wahlen geäußert hatte, dass es für die Reformer nur den Weg der Teilnahme gebe. Doch einer Meldung von BBC-Farsi zufolge wurde er nicht in den Majless gewählt.

### **Der Kreis der Machthaber in der islamistischen Diktatur wird immer kleiner.**

Nach der Revolution von 1979 beseitigten die Islamisten zunächst die Linken, die Liberalen und die säkularen Nationalisten. Dann wurden die Organisationen der Nationalreligiösen zerschlagen. Machtkämpfe gab es jedoch auch zwischen den islamistischen Fraktionen, sie wurden oft im Parlament ausgetragen. Schon im zweiten Majless, der 1984 zusammentrat, gab es einen Konflikt zwischen den Reformislamisten, die als »Linie des Imam Khomeini« auftraten, und der iranischen Hizbollah, die sich rechtsislamistisch nannte. Im dritten Majless ab 1988 stellten die Linksislamisten die meisten Abgeordneten, in den folgenden Legislaturperioden gab



es wechselnde Mehrheiten, doch seit 2004 werden die Reformislamisten langsam aber sicher verdrängt, überdies hat sich ihre Fraktion gespalten.

Gab es früher Hoffnung auf wenigstens minimale Reformen, so ist mittlerweile klar geworden, dass die Wahlen nicht einmal mehr eine Alternative im Rahmen des islamistischen Systems bieten. Die Anhänger von Mir Hussein Mousawi und Mehdi Karroubi, die beide mit ihren Ehefrauen zum Wahlboykott aufgerufen hatten, blieben daher zu Hause. Die Machthaber befürchteten jedoch, dass es zu erneuten Protesten kommen könnte. Khamenei hatte bereits im August vorigen Jahres gefordert, die Wähler sollten »nicht zulassen, dass die Wahlen unsere Sicherheit gefährden«. Die Stimmabgabe wurde zur religiösen Pflicht erhoben: »Wählen ist wie das Sprechen eines Gebets. Wer früher wählen geht, handelt tugendhafter.«

»Es gibt zahlreiche Strömungen und Koalitionen, die sich gebildet haben, um an den Wahlen teilzunehmen«, sagte der Geheimdienstminister Heydar Moslehi im November vergangenen Jahres. Diese ständen dem System feindlich gegenüber, Moslehi sprach von »amerikanischen Reformern und Abweichlern, die nicht mit der Führung und dem System konform gehen«. Diese Bewegungen seien sehr unterschiedlicher Natur, würden aber gemeinsam gegen die Führung kämpfen. Er sah die »sensibelsten Wahlen« seit der islamischen Revolution auf sich zukommen.

Khamenei und die Revolutionswächter haben in den vergangenen Monaten immer wieder gemahnt, dass sich Szenen wie nach der Präsidentschaftswahl vom 12. Juni 2009 nicht mehr ereignen dürften. Damals gingen Millionen Menschen auf die Straßen und demonstrierten gegen Khamenei und Ahmadinejad, die Stimmung in Teheran ließ eine Revolution möglich erscheinen. Die Machthaber nannten die Demonstrationen Fetne, Aufruhr, ein religiös konnotierter Begriff, der impliziert, dass die Protestierenden die »Gemeinschaft der Gläubigen« spalten wollen.

**Dies alarmierte das Regime**, das nun fast so wie in der Phase nach 1979 hart gegen jegliche Abweichungen vorgeht. Überdies hat sich die ohnehin miserable wirtschaftliche Lage weiter verschlechtert, da es erstmals wirksame Sanktionen des UN-Sicherheitsrats, der USA und der EU gibt. Nun geht es darum, Angst und Schrecken in der Bevölkerung zu verbreiten. Die Boroumand-Stiftung, die Exekutionen im Iran dokumentiert, zählte 2010, im Jahr nach dem Massenaufstand, 814 Hinrichtungen und 648 im vorigen Jahr. Die große Zahl öffentlicher Hinrichtungen soll die Bevölkerung einschüchtern. Die Reaktionen sind unterschiedlich. Es gibt begeisterte Zuschauer, die diesem islamistischen public viewing gerne beiwohnen. Andererseits zeigt dies der Bevölkerung auch, wie wenig ein Menschenleben im iranischen Gottesstaat wert ist.

Einschüchterung und Repression verhinderten öffentliche Proteste, und mit Khatami hat sich der wichtigste Repräsentant der Reformislamisten von der »Grünen Bewegung« distanziert. Es hätte schlechter laufen können für die Machthaber. Intern zerstritten, außenpolitisch unter Druck und unfähig, die drängenden ökonomischen



Probleme zu lösen, dürften sie sich jedoch nicht lange über die erfolgreiche Abhaltung der Scheinwahlen freuen können.

### **Vor der iranischen Präsidentschaftswahl** <sup>87</sup>

#### Priorität der Prinzipien

Abweichungen von der islamistischen Doktrin sind bei der iranischen Präsidentschaftswahl nicht gestattet. Dennoch wird darüber gestritten, wer kandidieren darf.

Die Amtszeit Mahmoud Ahmadinejads geht zu Ende, er darf bei den Präsidentschaftswahlen im Juni nicht wieder kandidieren. Über den Nachfolger wird derzeit im Iran heftig gestritten – unter den Machthabern, denn Oppositionelle haben ohnehin keine Chance, vom Wächterrat, der Anfang Mai über die Kandidaten entscheidet, zugelassen zu werden. Dass es in einer totalitären Diktatur einen solchen Streit gibt, mag erstaunlich erscheinen. Doch es gibt ideologische Differenzen und einen personalisierten Konkurrenzkampf zwischen Interessengruppen, der umso härter ausgetragen wird, je tiefer das Regime in die Krise gerät.

So wird Ahmadinejad kritisiert, weil er versucht hat, dem Islamismus eine stark nationalistische Note zu verleihen. Sogar den Hitlerkult iranischer Nationalsozialisten, die die Perser als Arier betrachten, hat er zeitweise geduldet. Der Nationalismus sollte jene Iraner an Ahmadinejad binden, die dem Islamismus distanziert gegenüberstehen und sich auf ein mythisches Persertum berufen wollen. Die islamistische Intoleranz durch nationalistische Überheblichkeit zu ergänzen, steigert allerdings nur die ideologische Aggressivität des Regimes.

Einfach so abtreten will Ahmadinejad nicht, er möchte den Vater der Ehefrau seines Sohnes, Esfandiar Rahim Mashai, an die Macht bringen. Mashai ist jedoch bei den Prinzipialisten, einer orthodoxen islamistischen Gruppe der Machthaber, unbeliebt und wird einer »abweichlerischen Strömung« zugeordnet.

Kritisiert wird auch Ahmadinejads Regierungsbilanz. Unter seiner Herrschaft wurde die Bevölkerung noch ärmer und die Korruption verbreitete sich weiter. Am 14. April widersprach ein iranischer Wirtschaftsexperte den von der Regierung veröffentlichten Statistiken. Es seien nicht wie behauptet sechs Millionen, sondern bestenfalls 14 000 neue Arbeitsplätze pro Jahr geschaffen worden. Der iranische Ökonom Masud Nili durfte im Staatsfernsehen mahnen, dass das Wirtschaftswachstum im vorigen Jahr unter 0,5 Prozent gelegen habe und die Inflationsrate des Iran die dritthöchste in der Welt sei.

An Geld mangelte es Ahmadinejad nicht, die erheblich gestiegenen Öleinnahmen – zwischen 2005 und 2012 nach Angaben von Akbar Türkan, einem ehemaligen Staatssekretär im iranischen Ölministerium, 531 Milliarden Dollar – halfen seiner Regierung. Allerdings vor allem bei der Finanzierung der konventionellen und atomaren Rüstungsprogramme, ansonsten versickert viel Geld in korrupten Kanälen.

---

<sup>87</sup> <http://europeandemocracy.eu/2013/04/iran-awaits-presidential-elections/> 25.04.2013



Doch Ahmadinejad lässt sich von den materiellen Problemen der Bevölkerung nicht beirren. Er überreichte bei einer seiner Propagandareisen in der Provinz Semnan seinem Wunschnachfolger Mashai symbolisch eine iranische Fahne. Auf diese Aktion reagierte prompt Hassan Firouzabadi, der Generalstabschef der Armee. Er warnte, dass die Handlungsweise des Präsidenten das »Volk und die Staatsbeamten« spalten könne, berichtete die Nachrichtenagentur Farsnews am 13. April.

Ahmadinejads Gegner werfen ihm vor, dass er die Wahlen am liebsten verschieben wolle, um Präsident zu bleiben. Mohammed Reza Bahonar, stellvertretender Vorsitzender des Majless, des islamistischen Pseudoparlaments, sprach am 10. April von solchen Bestrebungen: »Es gab bedeutendere Personen als Ahmadinejad, die die Wahlen gerne verschoben hätten, aber sie haben es nicht geschafft.«

Ahmadinejad hat die Unterstützung des »Revolutionsführers«, des Staatsoberhauptes Ali Khamenei, verloren. Ein weiteres Experiment mit Reformislamisten, die Veränderungen innerhalb der Diktatur anstreben, scheint das Regime auch nicht wagen zu wollen. Eine erneute Kandidatur des ehemaligen Präsidenten Mohammed Khatami ist jedoch denkbar. Dessen Anhänger schreiben ihm Unterstützungsbriefe, doch er hat sich offenbar noch nicht entschieden. Selbst seine bescheidenen Reformbemühungen wurden in seiner Amtszeit von 1997 bis 2005 blockiert, nun ist sogar seine Zulassung zur Wahl fraglich.

So warnte Ayatollah Mohammed Taghi Mesbah Yazdi die Reformislamisten, dass sie »keine Chance haben, zu gewinnen«, und prophezeite, dass sie »sicherlich disqualifiziert werden«. Als Direktor des Khomeini-Instituts in Qom und Mitglied des Expertenrates, der den »Revolutionsführer« wählt, dürfte er über Insiderwissen verfügen. Auch für ihn hat die Ideologie Vorrang. Bei den Präsidentschaftswahlen spiele die Wirtschaftslage nur »eine zweitrangige Rolle«, wichtig sei die Frage, wie »die islamischen Gesetze durchgesetzt werden können«.

Von einem Ausschluss der Reformislamisten geht auch Großayatollah Makarem Shirazi aus: »Bei den Wahlen in diesem Jahr gibt es keine zwei Pole. Die Rivalen stammen nur aus dem prinzipialistischen Lager.« Er warnte die Präsidentschaftskandidaten, sie sollten nichts äußern, was »Frauen, die sich schlecht verschleiern, ermutigen« würde, denn solche Frauen betrieben »Vielgötterei«. Der Großayatollah kritisierte die westliche Demokratie, die verlange, »dass man das Volk zufriedenstellen muss. Auch wenn das Volk sich gegen die Religion entscheidet, gilt seine Stimme.« Deshalb könne sogar die Homosexualität legalisiert werden. In solchen Grundsatzfragen herrscht noch Einigkeit, auch der Reformislamist Mohammed Khatami meint, dass Homosexuelle hingerichtet werden müssen.

Kritisiert wird hingegen die Regierungspraxis Ahmadinejads. »Was ist das denn für ein Zustand, der in unserer Außenpolitik vorherrscht?« klagte Ali Akbar Velayati, der von 1981 bis 1997 als Außenminister mitverantwortlich für staatsterroristische Aktionen im Ausland war und nun außenpolitischer Berater Khameneis ist. Der potentielle Präsidentschaftskandidat will dafür sorgen, dass die Sanktionen gelockert werden. Er gehört mit Qolamali Hadadadel und Mohammad Baqer Qalibaf der Koalition »1+2« an.

Ein konkurrierendes Bündnis der Prinzipialisten ist die »Fünferkoalition«, die beanspucht, die Mehrheit dieser Strömung zu repräsentieren. Ihr gehören ehemalige Minister und hohe Funktionäre an, einer von ihnen soll bis zum 5. Mai als Prä-



sidentschaftskandidat aufgestellt werden. Der Ex-General Mohsen Rezai, ein weiterer potentieller prinzipialistischer Präsidentschaftskandidat, will auf seine Weise das Volk zufriedenstellen. Er verspricht, dass jede iranische Familie fünf Millionen Tuman (umgerechnet mehr als 3 000 Euro) bekommen werde, falls er die Wahl gewinnt.

Einflussreich unter den Prinzipialisten ist zudem die »Front der Standhaften«, zu deren wichtigsten Mentoren Ayatollah Mesbah Yazdi zählt. Den »Standhaften« liegt vor allem der Kampf gegen marxistische und liberale Gruppen am Herzen, die allerdings ohnehin seit 33 Jahren verboten sind. Standhaftigkeit in falscher Sache kann allerdings auch der »Vereinigung der Gefolgsleute der Islamischen Revolution« nicht abgesprochen werden, die sich auch »Einheit für Gerechtigkeit und Fortschritt« nennt. Zu deren Gründern gehört Hojateleslam Mehdi Taeb, ein besonders gefährlicher Israel-Hasser, der in seinen Vernichtungsphantasien manchmal sogar Ahmadinejad zu übertreffen vermag.

Wer auch immer letztlich kandidieren will und darf, der Präsidentschaftswahlkampf wird personalisiert sein. Umstritten sind neben den Pfründen jedoch nur einige Aspekte der herrschenden Doktrin und die Frage, wie die Ziele des Regimes am besten durchgesetzt werden können. Einig sind sich alle potentiellen Kandidaten darüber, dass der Ideologie Vorrang vor dem Wohlergehen der Bevölkerung gebührt. Eine Änderung der Innen- und Außenpolitik ist von ihnen nicht zu erwarten.

### **Iran: Ahmadinejad will die Präsidentschaftswahlen verzögern** <sup>88</sup>

Ahmadinejad will offenbar die elften Präsidentschaftswahlen, die am 14. Juni stattfinden sollen, verzögern. Das wirft ihm jedenfalls Hussein Mozafar vor, berichtet Mehrnews. Immerhin ist er Aufsichtsratssekretär des iranischen Majless, des islamistischen Pseudoparlaments.

Die Regierung hätte schon Anfang März ein zentrales Exekutivbüro zur Durchführung der Wahlen bilden müssen, sagt Mozafar. Ahmadinejad lässt sich aber offenbar Zeit dafür. Dieses Gremium besteht unter anderem aus dem Innenminister und dem Geheimdienstminister und sieben religiösen und politischen Persönlichkeiten, die das Vertrauen der Bevölkerung genießen.

Gemäß Artikel 31 der iranischen Wahlgesetzgebung muss das zentrale Exekutivbüro fünf Monate vor dem Ende der Präsidentschaftsperiode gegründet werden. Dieses Gremium muss schließlich auch die Wahlergebnisse bestätigen, die dann vom Innenministerium bekannt gegeben werden.

Nasimonline, die den Revolutionsgardisten nahestehende Zeitung, zitierte Hussein Safar Harandi, Ex-Minister für Kultur und islamische Führung, dass „heute manche vorhaben könnten die Wahlen zu verzögern.“ Der Revolutionsführer werde ihnen aber eine harte Antwort geben.

**Armeechef gegen Ahmadienjad.** Der iranische Armeechef Firuzabadi warnt Präsident Ahmadinejad und wirft ihm vor das „öffentliche Bewusstsein zu verwirren.“

---

<sup>88</sup> <http://europeandemocracy.eu/2013/04/ahmadinejad-attempts-to-postpone-elections/> 24.04.2013





Firuzabadi ist Generalstabschef der bewaffneten Streitkräfte des Iran. Tatsächlich hatte Ahmadinejad am Dienstag indirekt ohne Namen zu nennen zu einem Gegner gesagt, er solle „still halten, sonst werden wir Dich erledigen.“ Nun fordert Firuzabadi ihn auf „mit diesem Gerede aufzuhören.“

Ahmadinejad hatte am 21. April in einer Rede gesagt, dass er sich wünsche, dass „Tausende Ahmadinejads Opfer von einem Tropfen Gerechtigkeit“ werden. Er würde weiterhin im „Dienste der Revolution, der Gerechtigkeit stehen und dem Weg des Führers folgen.“ Ahmadinejad war kritisiert worden, weil er durch das ganze Land reise, obwohl seine Amtszeit zu Ende gehe. Tatsächlich macht er Werbung für den Vater der Ehefrau seines Sohnes, Esfandiar Rahim Maschai, der das Ruder übernehmen soll, wenn es nach Ahmadinejad ginge. Und Maschai meint, dass die Position von Ahmadinejad nach den nächsten Wahlen „viel höher ist als der Posten eines Präsidenten.“

**Reformislamisten gespalten.** Bei den siebten Präsidentschaftswahlen 1997 war Majid Mohtaschemi Sprecher der Reformislamisten. Er war Wahlstabsleiter für Mohammad Khatami. In einem Interview mit der iranischen Zeitung Tasnimnews distanzierte er sich von der „Grünen-Bewegung“ und bezeichnete sie als „umstürzlerisch“.

Mohtaschemi behauptet, dass „bestimmte Kräfte nicht wollen, dass sich die Reformer wieder einigen.“ Er teilt die politischen Gruppen im Iran in „Prinzipialisten und Reformer“ ein. Ferner gäbe es Gruppen, die generell gegen das Regime seien und Gruppen, die die Grundlagen des politischen Systems akzeptieren würden.

Er sagt, dass Mir Hussein Moussawi und Mehdi Karoubi nicht zu denjenigen gehörten, die das System abschaffen wollten. Sie hätten der Islamischen Revolution große Dienste erwiesen. Die Kräfte der Grünen Bewegung, die das System abschaffen wollten, hätten nur im Trüben fischen wollen.

Er kritisiert einerseits Moussawi und Karoubi, weil diese den gesetzlichen Weg nicht gegangen seien, sondern den Weg des Protests auf der Straße gewählt hätten. Aber andererseits würden die Reformer davon ausgehen, dass man auf der Grundlage der Verfassung Änderungen herbeiführen könne.

Mohtaschemi kritisiert die Grüne Bewegung, die eine „iranische Republik“ statt einer „islamischen Republik“ durchsetzen wolle. Aber Karoubi und Moussawi seien für eine „islamische Republik.“

Mohtaschemi sagt zudem, dass der Philosoph Soroush kein „Konterrevolutionär“ sei. Man dürfe nicht „das nationale Kapital“ verdrängen. Man sollte nicht „jeden Apfel, der einen schwarzen Flecken“ hat, wegwerfen.

Akbar Ganji dagegen habe „umstürzlerische Vorstellungen“, sagt Mohtaschemi. Aber nicht jeder, der Kritik ausübe, wolle die „Islamische Republik“ stürzen.

Er teilt auch die Reformer, die das herrschende politische System akzeptieren in zwei Gruppen ein. Eine Gruppe würde sagen, dass sie nur dann an den 11. Präsidentschaftswahlen teilnehmen würde, wenn ihr Wunschkandidat dabei sei. Die andere Gruppe, zu der er sich selbst zählt, wolle auf jeden Fall an den Wahlen teilnehmen. Das Problem ist, dass Mohammad Khatami sich noch nicht entschieden hat, ob er an den Wahlen teilnehmen wird oder nicht.

Mohtaschemi zufolge haben die Reformer „kein einheitliches Format.“ Die Reformbewegung habe kein „Charta.“



Mohtaschemipur ist für eine Änderung des Tons in der Außenpolitik. Man solle Obama nicht mehr als „KakaSiah“, das heißt abfällig als „schwarzer Bruder“ bezeichnen. Er sagt, es sei unislamisch, wenn zwischen weißer und schwarzer Hautfarbe unterschieden werde.

### **Iranischer Revolutionsführer: „In welchem Staat sind die Wahlen freier als im Iran?“<sup>89</sup>**

Ali Khamenei warnt: „Sagt nicht dauernd die Wahlen müssen frei sein.“ Der iranische Revolutionsführer Ali Khamenei fragte laut ISNA am 8.1.2013: „In welchem Staat sind die Wahlen freier als im Iran?“

Ali Khamenei empfahl iranischen Politikern nicht immer von freien Wahlen zu sprechen. Er sagte: „Natürlich müssen die Wahlen frei sein. Seit Beginn der Revolution hatten wir 34 Wahlen. Welche von ihnen waren nicht frei?“

Khamenei warnte diejenigen, die der „Bevölkerung einreden wollen, dass die Wahlen nicht gut genug sind.“ Denn ihre „Kritik würde der Realisierung der Ziele der hochmütigen Regierungen dienen.“ Die Bevölkerung könnte davon ausgehen, dass es „sich nicht lohnt, wählen zu gehen.“ Er forderte den potentiellen Präsidentschaftskandidaten auf sich „wirklich dem System und der Verfassung zu widmen.“

Und doch lassen sich die politischen Lügen eines totalitären Führers wie Ali Khamenei nur mit den Lügen des Big Brothers von George Orwell messen. Auf die Partizipation der Massen ist die Diktatur angewiesen. Die Mobilisierung der Massen funktioniert aber immer schlechter.

Tatsächlich ist in der „Islamischen Republik Iran“ der innerislamistische Streit durchaus üblich. Es waren Akbar Hashemi Rafsanjani, Mohammad Khatami und sogar Mahmud Ahmadinejad, die davon gesprochen haben, dass es im Iran freie Wahlen geben sollte, weil sie alle befürchten, dass ihr islamistisches Klientel in Zukunft keine größere Rolle spielen werde. Sie meinen natürlich jeweils nur ihre eigene Freiheit, wenn sie von der Wahlfreiheit sprechen und nicht die Freiheit von säkularen Iranern unterschiedlichster Couleur.

**Revolutionsgarden werden die Wahlen organisieren.** Ali Saidi ist nicht irgendwer. Er vertritt den Revolutionsführer in der Organisation der iranischen Revolutionsgardisten, die alle Schlüsselindustrien des Landes kontrollieren. Nun sollen sie auch offiziell die nächsten Wahlen technisch kontrollieren. Es sei eine

---

<sup>89</sup> <http://europeandemocracy.eu/wp-content/uploads/wp-post-to-pdf-enhanced-cache/1/iranian-leader-ali-khamenei-maintains-that-in-no-other-country-are-elections-are-as-free-as-in-iran.pdf> 09.01.2013



„wesentliche Pflicht der Revolutionsgardisten die Wahlen logisch und rational technisch zu organisieren“, so Ali Saidi, berichtete ISNA am 8.1.2013.

Saidi besteht aber darauf, dass die Revolutionsgardisten die Wahlen nicht beeinflussen würden, obwohl schon bei den letzten Wahlen manche Reformislamisten den Revolutionsgardisten vorwarfen die Wahlen zu manipulieren.

Der Kleriker Saidi fordert von den Reformislamisten, dass sie „das Rahmenwerk des Systems akzeptieren. Er warnt vor einem Aufstand wie bei den letzten Präsidentschaftswahlen im Jahr 2009. Saidi spricht von der „Wachsamkeit“ des Volkes, das aufpasse, dass kein Aufstand sich wiederhole.

**Polizeichef verspricht Software zur Kontrolle der sozialen Netzwerke.** General Ismael Ahmadi Moqadam, Polizeichef des Iran, will explizit die „sozialen Netzwerke mit Hilfe einer intelligenten Technik“ kontrollieren, berichten diverse iranische Zeitungen. Er will verhindern, dass Iraner, die in sozialen Netzwerken im Internet aktiv sind die vom Staat blockierten Websites knacken. Dafür verspricht er technologische Gegenmaßnahmen zu treffen.

Einige den Freiheitswillen mancher Iraner nicht besonders schätzende Experten und Journalisten in Deutschland mögen sagen, die „Islamische Republik“ sei eine halbe Demokratie, andere mögen sagen, die Menschenrechtsverletzungen seien nur ein Vorwand, wenn Sanktionen gegen die Diktatur verhängt werden. Sie alle geben den israelischen und US-amerikanischen Regierungen die Schuld, dass die islamistische Diktatur seit 34 Jahren das eigene Volk terrorisiert und den Terror im Namen der islamischen Revolution exportiert. Tatsache bleibt, dass solche Experten und Wissenschaftler die Gefahr der totalitären Diktatur verkennen. Denn die islamistischen Machthaber im Iran sind eine Gefahr nicht nur für die Iraner, sondern auch für die Welt.

### **Iran: Pragmatisch, aber machtbewusst 90**

Nach dem Amtsantritt des neuen Präsidenten Hassan Rohani wird auch in iranischen Politforen über einen möglichen iranisch-amerikanischen Dialog diskutiert, allerdings nur in dem engen Rahmen, den das islamistische Regime vorgibt. Es gibt jedoch offenbar Meinungsverschiedenheiten über die Frage, ob man überhaupt mit den USA reden sollte und wenn ja, mit welchem Ziel. Der iranische Experte für internationale Beziehungen Kayhan Barzegar hat in einem Beitrag die Möglichkeiten eines iranisch-US-amerikanischen Dialoges analysiert. Barzegar lehrt an der Teheraner „Freien Universität“ und ist Direktor des Forschungsinstituts für strategische Studien des

---

<sup>90</sup> <http://europeandemocracy.eu/2013/08/outlining-us-iranian-dialogue/> 15.08.2013



Mittleren Ostens. Seine Analyse erschien am 13. August 2013 in der Nachrichtenagentur Tabnak.

Barzegar schreibt, dass manche für einen Dialog seien, weil sie sich davon die Aufhebung der Sanktionen und eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage des Iran erhoffen. Manche Iraner seien aber auch gänzlich gegen einen Dialog mit den USA. Solche Gespräche würden die politisch-ideologischen Interessen des Iran gefährden, argumentierten sie. Somit habe sich die Frage, ob ein Dialog mit den USA geführt werden soll, zu einem sehr komplizierten Thema entwickelt. Ein Dialog sei nur dann möglich, wenn zwischen den verschiedenen im Iran vorherrschenden Positionen ein Konsens gefunden werden könne.

Barzegar schreibt, dass aus der Perspektive der Reformer, gemeint sind die Reformislamisten, „Amerika eine Supermacht“ sei, die die „Schlüsselrolle bei den Atomverhandlungen mit der Gruppe 5+1“, den fünf ständigen Mitgliedern des UN-Sicherheitsrats und Deutschland, spiele. Die USA sei die „Hauptkraft, die hinter der Weltkoalition für die Bewilligung der Wirtschaftssanktionen gegen den Iran steht“. Diese Gruppe denke, dass eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage des Iran von den Beziehungen zu den USA abhängen.

Die Prinzipialisten, die man im Iran „Osulgara“ nennt, würden dagegen jenseits der Wirtschaftsprobleme das Atomprogramm in den Mittelpunkt stellen und betrachteten es als ein politisch-ideologisches Problem, das die iranisch-amerikanischen Beziehungen berühre. Die Prinzipialisten gehen Barzegar zufolge davon aus, dass das Hauptziel der US-Regierung die „Schwächung der islamischen Revolution“ sei. Die US-Regierung benutze das Atomthema als ein Vorwand, um ein Regime Change im Iran zu realisieren.

Barzegar zufolge gibt es zudem einen dritten „gemäßigten“ Weg, der von dem neuen Präsidenten Rohani vertreten werde. Rohani würde zwar den iranisch-amerikanischen Dialog als ein „notwendiges“ Problem betrachten. Er sei aber bestrebt, zwischen den beiden ersten Positionen ein „Gleichgewicht“ herzustellen. Der neue Präsident werde versuchen einen „Zwischenweg“ einzuschlagen, der „allmählich den Dialog mit Amerika verfolgt.“ Barzegar fügt hinzu, dass wenn die amerikanische und die iranische Regierung sich auf das Atomprogramm konzentrieren würden, dies „spürbare sicherheitspolitische und wirtschaftliche Vorteile in kurzer Zeit mit sich bringen würde“.

Iran könnte in dem Fall sein Atomprogramm transparenter gestalten, betont Barzegar. Gleichzeitig könnte Rohani versuchen, innenpolitisch Punkte zu machen, wenn der Erfolg seiner Strategie langsam sichtbar werde. Wenn schließlich die sicherheitspolitische Bedrohung des Iran durch das Ausland abgenommen haben, müsse Rohani versuchen, Probleme des Atomprogramms zu lösen, in dem er ein Gleichgewicht herstelle zwischen dem „Recht auf Urananreicherung auf iranischem Boden“, was eine iranische Forderung sei und der Verhinderung eines militärischen Atomprogramms, was amerikanischen Interessen entspräche. Das Problem sei ferner, ob die US-Regierung oder der Iran den ersten Schritt zum Dialog gehen



werde. Iran jedenfalls werde nur im Falle einer Win-win-Situation in einen Dialog eintreten.

Dank seiner Erfahrung im Nationalen Sicherheitsrat des Iran und als Diplomat wisse Rohani sehr gut, wie er die „Interessen und die nationale Sicherheit des Iran vertritt“, schreibt Barzegar. Der iranische Politikwissenschaftler hebt auch hervor, dass manche Experten im Iran der Meinung seien, dass der Dialog zunächst über weniger brisante Themen wie über Syrien oder Afghanistan geführt werden sollte.

Barzegar meint, dass der Iran seine strategischen Interessen gegenüber den USA nur aus einer Position der Stärke durchsetzen könne. Er stellt die „Islamische Republik Iran“ und die USA auf die gleiche Stufe. Beide Staaten hätten entgegengesetzte ideologische und sicherheitspolitische Interessen und solange sie versuchten, die Machtposition des jeweils anderen in der Region zu schwächen und sie sich gegenseitig bedrohten, würden sie sich voneinander entfernen und nicht einander annähern.

Barzegar hebt hervor, dass die „aktive Präsenz des Iran in der Region direkt mit den nationalen Sicherheitsinteressen des Iran zusammenhängt“. Zudem würden auch die „geopolitischen Vorteile“ des Iran zum Zug kommen. Er schlussfolgert, dass die „Regionalpolitik des Iran komplizierter ist, als dass diese nach dem Willen der USA verändert werden könnte“. Daher schlägt er vor, dass diese Interessen nicht in den iranisch-amerikanischen Dialog eingebracht werden sollten, denn dies würde die „Gespräche schwächen“. Wenn die US-Regierung aber bei den Atomverhandlungen den Iran davon überzeugt, dass keine Bedrohung für den Iran existiert, d.h. wenn die USA für Vertrauen sorgten, dann könnten auch andere Themen diskutiert werden.

Barzegar schlägt vor, die Gespräche mit der US-Regierung nur auf das Atomprogramm zu beschränken. Barzegar meint, dass Rohani „ernsthaft bereit ist, mit der US-Regierung zu diskutieren“. Die Obama-Regierung müsse diese Gelegenheit nutzen. Sie müsse die ersten Schritte machen, die Sanktionen gegen den Iran aufheben, damit ein „Gleichgewicht in der iranischen Innenpolitik hergestellt werde und Grundlagen geschaffen werden, damit bilaterale Gespräche zwischen der amerikanischen und der iranischen Regierung stattfinden können.“ Ansonsten würden sich sehr bald diejenigen Kräfte im Iran durchsetzen, die gegen einen Dialog mit den USA seien.

Barzegars Ideal ist ein Gleichgewicht der Macht der totalitären Diktatur und eine Anerkennung der totalitären Diktatur als gleichberechtigter Partner. Schon Mohammad Khatami und sogar Ahmadinejad sahen einen potentiellen Dialog mit der US-Regierung als eine Herausforderung für die Machtposition der islamistischen Diktatur. Dank der Fortschritte des iranischen Atomprogramms fühlt sich die islamistische Diktatur des Iran heute stärker als jemals zuvor. Es ist weniger die Frage nach Pragmatismus oder ideologisches Handeln, sondern eine reine Machtfrage, die am Ende zwei Fliegen mit einem Schlag erledigen will: Rohani will als Atommachtpolitiker pragmatisch handeln, einen Dialog führen, um die Macht der ideologischen und totalitären Diktatur des Islamismus zu stabilisieren.



Die Hauptverlierer dieses diplomatischen Spiels werden diejenigen Iraner sein, die sich nach Freiheit sehnen.

### **Iran: Hassan Rohani bezeichnet Israel als eine Wunde im Körper der islamischen Welt 91**

Am Al-Quds-Tag verbrennen Demonstranten US-amerikanische und israelische Fahnen auf offener Straße. Sie skandieren Parolen wie „Tod für Israel“ und „Tod für Amerika“.

Am 2. August nahmen bekannte iranische Politiker an der Teheraner Al-Quds-Demonstration teil.

Der iranische Präsident Rohani sagte: „Der Plan der Versöhnung ist gleichzusetzen mit dem Wesen der Aggressivität Israels.“ Er fügte dann hinzu: „Diejenigen, die behaupten einen Versöhnungsplan zu gestalten, demonstrieren nur nach außen hin eine Neigung zur Versöhnung, aber innerlich werden sie ihre Aggressivität gegen Palästina fortsetzen.“

Rohani sagte ferner: „Im Schatten der Besetzung der heiligen Erde von Palästina und von Jerusalem existiert eine Wunde im Körper der islamischen Welt.“ (Farsnews, 2. August 2013)

Auch Ayatollah Ahmad Khatami sprach sich in seinem „Freitagsgebet“ gegen Nahost-Friedensverhandlungen aus. Er rief alle Muslime auf folgende Parolen auszurufen: „Tod für Israel“, „Tod für Amerika“. Ayatollah Ahmad Khatami ist der Meinung, dass Israel kein Recht auf Existenz habe. Ahmad Khatami erklärte, dass der zukünftige Präsident des Iran, Hassan Rohani und seine gesamte Regierung, heute an der Al-Quds-Demonstration teilgenommen habe.

Hashemi Rafsanjani, der möglicherweise nach dem Tode von Ali Khamenei Revolutionsführer werden will, marschierte neben Rohani in Teheran und sagte: „Wenn die palästinensische Bevölkerung diese Solidarität und diese Präsenz sieht, bekommt sie Energie.“ (ISNA, 2. August 2013)

Und tatsächlich solidarisierten sich auch die Hamas und die Jihade Islami mit den Demonstranten in Teheran: Farsnews zitierte Mahmud Alsahar, Mitglied des politischen Büros der Hamas, dass der Al-Quds-Tag eine „Mahnung an die islamische Umma“ sei, damit sie eine „Einheit“ herstelle.

Nasser Abuscharif von der Jihade Islami hob ebenfalls die „Einheit der islamischen“ Welt hervor und sagte, dass falls die „islamische Ummat an ihre Einheit glaubt“, sie dem zionistischen Feind begegnen könne und die muslimischen Gebiete und Heiligtümer befreien“ wird.

Der noch amtierende iranische Staatsminister Mostafa Mohammad Najar meinte: „Die israelischen Besatzer müssen wissen, dass sie dieses Gebiet verlassen müssen.“

Tatsächlich hatte Ali Khamenei immer wieder betont, dass Palästina nicht nur aus

---

<sup>91</sup> <http://europeandemocracy.eu/2013/08/iran-president-rohanis-anti-israel-rhetoric/> 02.08.2013



den „besetzten Gebieten“ bestünde, sondern das ganze Gebiet des israelischen Staates als besetzt gelte.

Auch Ahmadinejad meldete sich ausführlich zu Wort. Er stellte Israel in den Kontext der Kolonialgeschichte und sagte: „Wir müssen die Existenz des zionistischen Regimes und die Rolle, die dieses Regime spielt, in einem historischen und globalen Kontext analysieren.“ Er meinte: „In Palästina hat sich eine Besetzung ereignet. Es handelt sich dabei um die Front des Teufels, der Falschheit, der Arroganten, der Expansionisten, die sich gegen die Front des Rechts und der Völker stellt.“

Die Geschichte der „Front des Teufels“ habe „vor 400 Jahren mit der Sklaverei begonnen und Dutzende Millionen Menschen getötet.“ Ahmadinejad erwähnt nicht, dass die Sklaverei ein fester Bestandteil gerade der islamischen Geschichte ist, konzentriert sich aber auf die europäische Kolonialgeschichte. Ahmadinejad bestreitet auch, dass die Gründung des Staates Israel im Kontext des Zweiten Weltkrieges und des Holocaust gesehen werden muss. Ahmadinejad sagte, dass der Wunsch ein „zionistisches Regime“ zu gründen sogar „ein paar Hundert Jahre alt“ sei, berichtete Farsnews am 2. August 2013.

Ahmadinejad sagte weiterhin: „Es geht um das Schicksal der Menschheit. Es geht nicht um ein paar Kilometer Erde, sondern um die Beherrschung und Ausbeutung der Erde. Alle Führer Europas und von Amerika sind Zionisten. Wir wissen, dass Zionismus nicht mit jüdischen Hardlinern gleichgesetzt werden dürfen. Die Zionisten glauben an keine Religion außer an ihre schmutzigen Interessen. Sie lügen, wenn sie behaupten, dass sie Juden seien.“ Er sagte weiterhin: „Alle wirtschaftlichen Zentren gehören den Zionisten. Der Präsident eines großen Landes, das sogar die Welt beherrschen will, muss sich vor seinem Amtsantritt vor den Zionisten verbeugen.“

Ahmadinejad sagte: „Das zionistische Regime ist das Wesen und die Wahrheit des kapitalistischen Systems und das wahre Gesicht der Kolonialisten und der Sklavenhalter. Die Wahrheit des materialistischen Denkens des Westens manifestiert sich im zionistischen Regime.“ Ahmadinejad fragte, was denn die „Tötung von 60 Millionen Menschen im Zweiten Weltkrieg überhaupt mit Palästina zu tun habe.“

In dem Zusammenhang erwähnte Ahmadinejad dieses Mal erst gar nicht die Ermordung von 6 Millionen Juden.

Ahmadinejad warnte: „Die Zionisten sollten nicht davon ausgehen, dass sie Zeit haben gerettet zu werden. Eure Freude wird nicht lange dauern. Die Hauptwelle des Erwachens ist unterwegs.“ In seiner bekannten antisemitischen Art sprach Ahmadinejad die Israelis an und sagte: „Bald werden alle Völker eure Pläne zunichtemachen. Ihr habt keinen Platz in der Region. Ihr habt Wind gesät und werdet Sturm ernten. Ich werde Euch informieren. Gott weiß, dass ein Sturm, der die Fundamente zerstören wird, unterwegs ist und dieser wird euer Fundament zerstören“, berichtete Farsnews, am 2. August 2013.



## **Der iranische Präsident Rohani fragt: „Wir sollen das Atomprogramm gestoppt haben?“ 92**

Viele Experten, Journalisten und Wissenschaftler gehen davon aus, dass der Iran 2003 sein Atomprogramm gestoppt habe und Verhandlungen mit dem neuen iranischen Präsident Hassan Rohani, der am 3. August sein Amt antrat, erfolgsversprechend seien, zumal Rohani als Leiter der iranischen Delegation bei den Gesprächen über das Atomprogramm eine konziliante Haltung gezeigt habe. Kurz vor den Präsidentschaftswahlen, die am 14. Juni 2013 stattfanden, gab Hassan Rohani dem iranischen Fernsehen ein Interview, das etwa 45 Minuten dauerte. In den letzten zwölf Minuten sprach der Präsident über das iranische Atomprogramm und erläuterte seine Verhandlungsstrategie. Selbstverständlich spricht er in diesem Interview gemäß der propagandistischen Linie von einem friedlichen Atomprogramm, er bekennt jedoch offen, dass scheinbare Zugeständnisse nur dem Zweck dienen, ungestört weiter an diesem Programm arbeiten zu können.

Rohani sagte: „Das Prinzip war, dass wir die Bedrohungen in Gelegenheiten umwandeln. Wir müssen die Bedrohung neutralisieren, wenn wir sie nicht in eine Gelegenheit umwandeln können. Dann müssen wir die Störung neutralisieren und aus dieser Situation eine Gelegenheit entwickeln. Unsere Politik war in den 22 Monaten unter der Aufsicht des Revolutionsführers – damals war ich der Vertreter von Ayatollah Khamenei im Obersten Nationalen Sicherheitsrat, heute bin ich auch in dieser Rolle –, das Ziel war, die Bedrohungen abzuwehren, die Verschwörung Amerikas zu brechen.“

Rohani spricht den Interviewer persönlich an und sagt: „Herr Abedini! Wo auch immer die amerikanische Verschwörung gebrochen wird, ist das sehr schön, unser Volk genießt das dann, und was kann Amerika schon tun. Amerika wollte unsere Akte an den UN-Sicherheitsrat senden, Amerika hat die Akte bis vor die Tore von New York gebracht.“

Mit den iranischen Vertragsverstößen hatte sich zunächst die Atomenergiebehörde IAEA in Wien befasst. Die Überweisung der Akte an den Sicherheitsrat hätte bedeutet, dass die iranische Politik in diesem Gremium als potentielle Gefahr für den Frieden diskutiert wird.

Rohani: „Wir wollten diese Bedrohung in eine Gelegenheit umwandeln. Wir wollten verhindern, dass die Akte an den UN-Sicherheitsrat geschickt wird. Wir wollten verhindern, dass der Iran einen Krieg erlebt, dass dem Land Sanktionen auferlegt werden. Was wollte Amerika? Amerika wollte doch dasselbe Unglück, das sie Libyen auferlegt haben, auch über uns bringen. Amerika wollte verhindern, dass unsere Atomtechnologie vervollständigt wird. Und (Amerika) wollte, dass wir auch das, was wir erreicht haben, herausgeben. Wir wollten aber eine Gelegenheit schaffen, damit diese Technologie vervollständigt werden kann.“

Tatsächliche Zugeständnisse, etwa ein Verzicht auf die Urananreicherung, standen nach Rohanis Darstellung also für das iranische Regime nie zur Debatte. Vielmehr sei die Gelegenheit genutzt worden, die noch rudimentäre Anreicherungstechnologie auszubauen:

„An dem Tag, als wir die drei europäischen Außenminister eingeladen haben, waren

---

<sup>92</sup> <http://europeandemocracy.eu/2013/08/president-rohani-admits-iranian-nuclear-ambitions/> 07.08.2013





nur zehn Zentrifugen (zur Urananreicherung) in Natanz im Betrieb. Wir konnten noch nicht mal ein Gramm UF<sub>4</sub> und UF<sub>6</sub> (Uranhexafluorid, ein für die Verarbeitung notwendiges Zwischenprodukt) produzieren. Wir hatten damals kein Schwerwasser. Wir konnten damals noch nicht den gelben Kuchen (ein weiteres Zwischenprodukt im Verarbeitungsprozess) produzieren. Die Anzahl der Zentrifugen im gesamten Land betrug nur 150 Stück. Wir wollten dies alles vervollständigen. Wir haben Gelegenheiten gebraucht. Wir wollten die Bedrohung in eine Gelegenheit verwandeln. Was wollte Amerika tun? Amerika wollte sagen, dass die Iraner hinter der Bombe her sind. Was wollten wir tun? Wir wollten sagen: Amerika lügt. Iran ist nicht hinter der Bombe her. Heute nicht und morgen auch nicht. Weil die Führung des Systems gesagt hat, dass es verboten ist. Iran will sich entwickeln, will Technologie. Wir wollten beweisen, dass wir hinter der friedlichen nuklearen Technologie her sind. Wir haben dies mit Gottes Hilfe und der Führung des Revolutionsführers, gemeinsam und im Konsens mit den politisch Verantwortlichen geschafft.“

Rohani sagt weiter: „Herr Al-Baradei (der damalige Vorsitzende der IAEA) hat es in seinen Erinnerungen niedergeschrieben. Herr Fischer und Herr Straw (die damaligen Außenminister Deutschlands und Großbritanniens) haben es auch geschrieben, alles ist veröffentlicht worden. Herr Fischer sagt, wir sind nach Teheran gefahren und haben dem Iran versprochen, dass wir nicht zulassen werden, dass die Akte an den UN-Sicherheitsrat geschickt wird. Die haben eigentlich sogar viel mehr versprochen. Fischer sagt die Wahrheit, denn er war nicht permanent bei den Verhandlungen dabei. Aber Frankreich und England haben uns bei einem offiziellen Treffen versprochen, ihr Veto (als permanente Mitglieder des UN-Sicherheitsrats) einzulegen. Sie sagten, wir werden Amerika widerstehen. Wir werden nicht zulassen, dass diese Akte weiter verschickt werden, wenn Amerika es versucht, werden wir unser Veto einlegen. Diese Themen sind offiziell protokolliert worden in den offiziellen Verhandlungssitzungen mit den drei Ländern. Das ist genau das, was ich sage, dass eine Bedrohung in eine Gelegenheit umgewandelt werden muss. Herr Al-Baradei sagt in seinem Buch, das auch auf Persisch übersetzt worden ist, er schreibt, dass die drei europäischen Minister zu mir kamen und sagten, wir sind für den Iran wie menschliche Schutzschilder, damit Amerika den Iran nicht angreifen kann.“

Rohani rühmt sich, einen Krieg verhindert zu haben: „Wir haben nicht zugelassen, dass Iran angegriffen wird. Und das unter den schwierigen Bedingungen, bitte denken Sie daran, wann das war. Da war Amerika, und da war auch noch Bush, mit seiner ganzen Verrücktheit, die diese Neocon-Regierung hatte. Sie erinnern sich, sogar die Europäer sagten, die sind verrückt. Sie sagten, die Amerikaner sind irrsinnig. Sie hatten Afghanistan erobert, hatten Irak besetzt, in drei Wochen. Sie freuten sich innerlich, dass morgen oder übermorgen Iran drankommt. Sie dachten, sie würden die iranische Akte in den UN-Sicherheitsrat bringen, dann würden sie dort etwas verabschieden und dann könnten sie angreifen. Ich will nicht sagen, dass wir Angst vor Amerika haben. Wir haben keine Angst vor Amerika. Wir haben vor niemanden Angst. Aber, soweit wir können, dürfen wir nicht zulassen, dass es einen Krieg gibt. Und wenn eines Tages der Feind uns einen Krieg aufzwingt, stehen wir im Krieg unseren Mann. Wir werden ihnen widerstehen. Ich bin derselbe Koranschüler (Talebe), der als Soldat in der Heiligen Verteidigung war. (Iran-Irak-Krieg) Und ich habe auch als ein einfacher Soldat gedient. Also haben wir damals nicht zugelassen, dass sie die Akte an den UN-Sicherheitsrat schicken.“



Rohani stellt sich als den im Vergleich zu Ahmadinejad geschickteren Vertreter iranischer Interessen dar: „Wir haben den friedlichen Charakter des Nuklearprogramms binnen eines Tages in Präsenz der USA bewiesen. Der Gouverneursrat (das leitende Gremium der IAEA) hat im November 2004 im Konsens festgestellt, dass die iranische Atomaktivität friedlich ist. Und wenn der Iran an einer Stelle nicht ausreichend informiert hat, hat er alles wieder gut gemacht. Dies war die Niederlage Amerikas. Das ist dieselbe Geschichte, die Frau Rice (damals Beraterin Bushs für nationale Sicherheit) erzählte: Wir wollten Iran isolieren, aber Iran hat uns isoliert.“ Rohani trägt hier etwas dick auf, denn die IAEA stellte nur zufriedenstellende Fortschritte bei der iranischen Kooperationsbereitschaft und einen Stopp der Urananreicherung fest. Die IAEA-Resolution war jedoch ein diplomatischer Erfolg für den Iran.

Indirekt wirft Rohani Ahmadinejad vor, den Verhandlungserfolg verspielt zu haben: „Was müssen wir aber heute unternehmen? Auch heute müssen wir die Drohungen in Gelegenheit umwandeln. Aber es gibt natürlich auch Unterschiede. Damals haben wir es verhindert, dass die Akte an den UN-Sicherheitsrat geschickt wird, doch hat der Feind die Akte dahin gebracht. Wir müssen uns jetzt mehr anstrengen. Die Akte muss dem UN-Sicherheitsrat wieder entzogen werden. Die grausamen Sanktionen müssen aufhören. Sie sind grausam und illegal. Es ist das Hegemonialbestreben Amerikas, das so etwas hervorbringt. Leider. Das ist die Unterdrückung durch den UN-Sicherheitsrat und durch diejenigen, die einseitige Sanktionen verhängen. Damals führten wir Dialoge mit Ministern, um unsere Ziele zu erreichen. Dann gingen wir und führten die Dialoge mit den Chefs. Wir führten Dialoge mit Chirac und mit Schröder, um etwas zu erreichen. Heute müssen wir dies auch tun. Heute müssen mit den Oberhäuptern der fünf Staaten Dialog führen. Es sind fünf Oberhäupter, im Iran gibt es nur eines, das eine viel höhere Position hat, die fünf sind alle Regierungschefs. Wir müssen die Chefs erreichen, das ist machbar, wenn wir alle eine Einheit bilden. Wir dürfen den Dialogführer nicht alleine lassen. Das Volk muss sich hinter den Dialogführer stellen. Dann wird der Dialogführer siegreich sein. In diesem Kampf werden wir mit der Leitung des Führers, mit starkem Willen, mit der Einheit des Volkes, mit Scharfsinn und vernünftiger Überlegung, nicht mit groben Sprüchen und Parolen diese Bedrohung in eine Gelegenheit umwandeln.“

Rohani kommt nun darauf zu sprechen, dass er die „internationale Gemeinschaft“ hereingelegt hat. Ein scheinbares Zugeständnis, der Verzicht auf die Urananreicherung in den wenigen und noch nicht ausgereiften Zentrifugen, habe die technologische Weiterentwicklung des Atomprogramms ermöglicht. Es empört Rohani, dass ihm im Wahlkampf der Verzicht auf das Atomprogramm vorgeworfen wurde: „Sie wissen doch, dass dies eine Lüge ist. In Saadabad, d.h. bei den Teheraner Verhandlungen, gab es überhaupt keinen Vertrag. Nur Analphabeten behaupten so etwas.“

Dann wendet sich Rohani erneut direkt an den Interviewer des staatlichen Fernsehen des Iran: „Sie sind doch ein Insider. Vielleicht flüstert Ihnen jemand über den Kopfhörer etwas zu. Dann weiß er nicht wirklich Bescheid. Aber Sie wissen es doch. (...) Es hieß Teheran Declaration. Erklärung von Teheran. In der Teheraner Erklärung wurde beschlossen, dass alles gestoppt werden muss. Wir haben es aber nicht zugelassen. Wir haben nur die 10 Zentrifugen in Natanz und zwar auch nur deren Erträge gestoppt.“

Interviewer: Aber UCF (Uranium Conversion Facility) wurde auch gestoppt.



Rohani: "Wirklich? Wo waren Sie denn damals? Wir haben UCF vervollständigt. Wissen Sie, wann UCF angefangen wurde? Es wäre gut, wenn Sie die Geschichte lesen würden. Wir haben die Teheraner Verhandlungen im Oktober 2003 durchgeführt. Wissen Sie, wann mit der ersten Phase von UCF begonnen worden ist? Im April 2004. Und wissen Sie, wann die nächste Phase gestartet wurde? Herbst 2005. Wissen Sie, wann UCF vollständig war? Im April 2005. Und was war mit der Schwerwasserproduktion? Wissen Sie, wann Schwerwasser produziert wurde? Sommer 2004. Wissen Sie, wann der gelbe Kuchen produziert wurde? Winter 2004. Wissen Sie, wann die Zentrifugen die Zahl 3000 erreichten? Winter 2004. Wir sollen das Atomprogramm gestoppt haben? Wir haben die Technologie vervollständigt. Wenn ich wir sage, meine ich nicht mich. Ich meine die Atomwissenschaftler. Unsere Lieben, deren Hände wir küssen. Diejenigen, die ihr Leben auf diesem Weg gegeben haben. Wir ehren unsere Märtyrer. Wir verbeugen uns vor ihnen. Aber wir haben die Gelegenheit geschaffen. Ich meine mit wir das System. Nicht Hassan Rohani. Wenn ich wir sage, meine ich die Führung. Ich meine alle. Deswegen hat der Führer nach den Teheraner Verhandlungen, zwölf Tage danach, am 2. November 2003, gesagt: Bei diesen Gesprächen wurde die Verschwörung von Amerika und Israel gebrochen. Die Arbeit war sehr gut. Man hat sich nicht ergeben. Man hat Worte, die mit Gewalt durchgesetzt werden sollten, nicht akzeptiert. Wenn Sie wollen, kann ich Ihnen sogar die genauen Zitate des Führers vorlesen." (...)

Interviewer: Ich habe Ihr Buch schon von Anfang bis Ende zwei Mal gelesen.

Rohani: „Sehr gut, lies es noch mal. Wir haben die nukleare Technologie vervollständigt, in diesem Sinne, dass wir die nötige Gelegenheit geschaffen haben, damit die UCF von Isfahan vervollständigt wird, damit UF4 produziert wird, UF6 produziert wird. Als ich die Akte verließ, standen mehr als 1700 Zentrifugen bereit, als ich die Akte annahm, hatten wir etwa 150 Zentrifugen.“

Die von Rohani genannten Zahlen sind nicht überprüfbar. Seine Darstellung entspricht jedoch den mittlerweile bekannt gewordenen Fakten. Einen Stopp des Atomprogramms hat es nie gegeben. Das wirft zwei Fragen auf: Wie kam es zu den damaligen positiven Beurteilungen der iranischen „Zugeständnisse“, an die auch die US-Geheimdienste weitgehend glaubten? Vor allem aber: Warum will man sich ein zweites Mal von einem Betrüger hereinlegen lassen, der sich so offen zu seinem Betrug bekennt?

### **Iran: Der Neue macht das Alte Hassan Rohani regiert wie seine Vorgänger<sup>93</sup>**

Nach 34 Jahren islamistischer Herrschaft liegt die Wirtschaft im Iran darnieder. Kein Wunder, dass der neue Präsident, Hassan Rohani, in seiner Wahlpropaganda versprach, der Isolation des Landes ein Ende zu setzen. Schließlich sind dank westlicher Sanktionen die Öleinnahmen um 40 Prozent gefallen, neue Sanktionen könnten sie auf null reduzieren.

Da stieß es im Westen zumindest teilweise auf Verwunderung, dass vom neuen Präsidenten alte Töne zu hören waren. Ausdrücklich sprach er sich gegen

<sup>93</sup> <http://europeandemocracy.eu/2013/08/president-rohani-follows-his-predecessor/> 08.08.2013



Friedensverhandlungen im Nahen Osten aus, denn: »Im Schatten der Besetzung der heiligen Erde von Palästina und von Jerusalem existiert eine Wunde im Körper der islamischen Welt.« Der Satz muss nicht irritieren, beweist Rohani doch nur, dass er in alter Gesellschaft geblieben ist.

Vor ihm hatten sowohl Ayatollah Khomeini als auch Mahmud Ahmadinedschad Israel schon mit einem »Krebsgeschwür« verglichen, und das faktische Staatsoberhaupt Ali Khamenei schlug vor, dieses Geschwür herauszuoperieren. Überhaupt macht Rohani im Wesentlichen alles wie seine Vorgänger: Er fordert beispielsweise, ohne an irgendein Zugeständnis zu denken, die Rücknahme aller Sanktionen, also den weltweiten Respekt für seine islamistische Diktatur.

Hassan Rohani ist als machiavellistischer Machtpolitiker mit atomarer Option angetreten, und nun tut er alles dafür, dass keine ideologische Kluft zu seinem Vorgänger entsteht. Dem bisherigen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad verschaffte Khamenei höchstselbst einen Posten im Schlichtungsrat, der zwischen dem islamistischen Pseudoparlament und dem mächtigen Wächterrat vermitteln soll. Mit Syriens Diktator Baschar al-Assad erklärte sich Rohani ebenso solidarisch wie mit der Hisbollah, und auch in der Atomfrage gilt: Selbst wenn Rohani anbieten sollte, die Urananreicherung auf 3,5 Prozent zu reduzieren, bliebe die Frage offen, was mit der unbekanntem Menge von längst auf 20 Prozent angereichertem Uran passieren soll. So wie die Frage nach dem Bau einer Plutoniumbombe.

Auch innenpolitisch ist der Iran heute unfreier als jemals zuvor. Andersdenkende können weiterhin unter dem einfachen Vorwurf der »Gefährdung der nationalen Sicherheit« nach Artikel 286 der Strafgesetzgebung zum Tode verurteilt und hingerichtet werden. Der angebliche Hoffnungsträger Hassan Rohani ist schlicht keiner.

### **„Dem Imam verpflichtet“: Hassan Rohani, ein Gegner der Demokratiebewegung<sup>94</sup>**

In einem Monat wird der neue iranische Präsident Hassan Rohani ins Amt eingeführt und vereidigt, in etwa 45 Tagen muss er sein neues Kabinett vorstellen. Die Zeitung Kayhan, die als das Sprachrohr des Revolutionsführers Ali Khamenei bekannt ist, schrieb am 3. Juli in einem Leitkommentar, dass Rohani schon jetzt mit der Wahl seiner Minister entscheiden könne, ob er viel oder wenig Handlungsspielraum als regierender Präsident haben werde.

Kayhan schreibt: „Die US-amerikanische Regierung, die nicht unabhängig ist, weil der Kongress unter Druck der zionistischen Lobby von AIPAC steht, hat seit letztem Montag eine neue Serie von grausamen Sanktionen gegen den Iran begonnen. (...) Sie verstehen nur die Sprache der Gewalt.“ Daher müsse die zukünftige Regierung an die „Steigerung der Macht“ des iranischen Staates, aber auch an Diplomatie denken.

Kayhan schlägt dem Präsidenten die Einführung einer „Kriegswirtschaft“ vor. Genauso wie in der Zeit des achtjährigen Krieges gegen den Irak (1980-88) müsste nun ein „jihadistischer Geist“ herrschen. Zwei Kräfte werden als Feinde des Systems

---

<sup>94</sup> <http://europeandemocracy.eu/2013/07/iran-president-rohanis-anti-democratic-past/> 03.07.2013



und des neuen Präsidenten identifiziert. Eine Gruppierung in der iranischen Gesellschaft wolle den neuen Präsidenten herausfordern, sie akzeptiere die Gesetze des Landes nicht und sei mit der westlichen Welt der „Arroganz“ verbunden. Eine andere Gruppierung sei zwar nicht mit dem Westen verbunden, verhalte sich aber illoyal und „aristokratisch“. Beide Kräfte seien an den Aufständen in den Jahren 1999 und 2009 maßgeblich beteiligt gewesen.

Ferner hebt Kayhan etwas hervor, was dank der „Reformierung“ der iranischen Strafgesetzgebung tatsächlich Fakt ist, und liefert eine religiöse Legitimation für die Ermordung von Andersdenken. Laut Koran könne ein Mord mit der Hinrichtung bestraft werden. Es gebe aber ein schlimmeres Verbrechen, nämlich „Fitne“. Fitne bedeutet in dem Zusammenhang so viel wie Unruhe, Verschwörung und Komplott. Wer nach der Meinung der iranischen Gesetzeher und der Zeitung Kayhan nun „das Recht des Staates“ absichtlich verletze, müsse wie ein Mörder bestraft, d.h. hingerichtet werden. Dies wird tatsächlich auch dank der neuen Strafgesetzgebung möglich.

Kayhan schreibt, Rohani sei „nicht Mohammad Khatami“ (der reformislalistiche Präsident, der von 1997 bis 2005 amtierte), vielmehr fühle sich der neue Präsident dem „Islam, der Revolution, der Verfassung, dem Imam und dem Führer verpflichtet“. Er habe 1999 und 2009 die Aufständischen hart kritisiert und sie als die „Agenten Amerikas, Israels und Englands bezeichnet“. Tatsächlich war und ist Rohani gegen die Bewegung, die weltweit als Grüne-Bewegung bekannt geworden ist. „Naivität gegenüber den ausländischen Feinden“ könne das „Fundament der Macht des Präsidenten zerbrechen“, schreibt Kayhan.

## **Iran: Ein machiavellistischer Atom-Machtpolitiker fordert die Kapitulation des Westens 95**

Der zukünftige iranische Präsident Hassan Rohani wird als ein „rationaler und moderater“, als ein „kompromissbereiter und pragmatischer“ Diplomat gefeiert. Die Frage ist nur welche Rationalität der machiavellistische Machtpolitiker der totalitären Diktatur der iranischen Islamisten verfolgt.

Rohani entpuppt sich schon jetzt als eine gute Mischung aus allen drei vorherigen Präsidenten. Manchmal erinnert er schon jetzt an Mohammad Khatami und manchmal an Rafsanjani, aber hier und dort schimmert auch schon Ahmadinejad durch. Hinzu kommen einige Merkmale eines Machtpolitikers.

Rohani will ein Frauenministerium gründen. Niemand fragt, ob er als Kampfgenosse des verstorbenen Ayatollah Khomeini wirklich bereit sein wird, die Zwangsverschleierung und die diskriminierenden Gesetze gegen die iranischen Frauen, die das geschlechtsspezifische Apartheidsystem ausmachen, aufzuheben. Wird er jemals die frauenfeindliche Arbeit der islamistischen Sittenpolizei, die teilweise auch aus islamistischen Frauen besteht, vollständig aufheben?

Natürlich nicht, denn auf seiner ersten Pressekonferenz pochte er darauf, dass er den Iranern „Freiheiten“ im Rahmen der Verfassung und der Strafgesetzgebung

---

<sup>95</sup> <http://europeandemocracy.eu/2013/06/irans-new-machiavellian-president/> 19.06.2013



geben will. Gesetze, die die totalitäre Herrschaft und die Unfreiheit in Paragraphen zementieren.

Er verspricht auch der Jugend helfen zu wollen, was ebenfalls an Khatami erinnert. Aber er meint die Freiheit der studentischen Bassij-Organisationen und der Revolutionsgardisten, die jegliche Menschenrechts- und Frauenaktivität in der Gesellschaft bisher zerschlagen haben.

Denn auch sein Modell der Freiheit der Jugend und der Studenten wird von solchen totalitären Institutionen wie den Bassij-Verbänden und den Revolutionsgardisten vorgelebt. Zumal die iranische Jugend nicht vergessen wird, dass Rohani die Zerschlagung der Studentenproteste immer begrüßte. Rohani hatte sich vehement gegen die Demonstranten gestellt, die nach der Wiederwahl von Präsident Ahmadinejad auf die Straßen gingen. Er bezeichnete die Demonstranten der sogenannten Demokratiebewegung des Iran als Staatsfeinde.

Rohani versprach die Freiheit der politischen Gefangenen. Wie kann ein Religionspolitiker wie Rohani, der dafür sorgte, dass der verstorbene Ayatollah Montazeri Hausarrest bekommt, sich heute für die Freiheit von politischen Gefangenen einsetzen? Würde er sich etwa dafür einsetzen, dass all die unschuldigen Andersdenkenden und Andersgläubigen aus den iranischen Gefängnissen freigelassen werden, die in den letzten Jahren verhaftet worden sind? Es wird abzuwarten sein, ob er überhaupt dafür sorgen wird, dass Mir Hussein Mousawi und Mehdi Karoubi freigelassen werden. Immerhin wurde Rohanis Pressekonferenz unterbrochen, als ein Anwesender die Freiheit von Mousawi und Karoubi forderte.

Muss man nicht etwa davon ausgehen, dass der nächste Präsident des Iran die Hinrichtung von abertausenden Andersdenkenden in den letzten 34 Jahren auch in Zukunft verteidigen wird. Die neue Strafgesetzgebung hat die Hinrichtung all derjenigen gesetzlich legalisiert, die angeblich die „Sicherheit des Staates gefährden?“

Und wenn es um Israel und um die USA geht, erinnert Rohani durchaus direkt an Ahmadinejad. Israel bezeichnet er als den „großen zionistischen Satan“. Hier passt die antisemitische Form der Dämonisierung genau in die Staatsdoktrin und Denkstrukturen von Ayatollah Khomeini und Ali Khamenei.

Wahrscheinlich wird sich Rohani als der größte machiavellistische Atom-Machtpolitiker unter den letzten iranischen Präsidenten gebärden. Tatsächlich bezeichnete Rohani die Sanktionen als „grausam und ungerecht“. Ausdrücklich sagte er, dass er nicht bereit sei das Urananreicherungsprogramm zu stoppen. 2005 haben Deutschland und Frankreich zugestimmt, dass die Urananreicherung des Iran fortgesetzt werden dürfe, so Rohani, aber die britische Regierung habe auf Druck der USA nicht nachgegeben und dem nicht zugestimmt.

Wie man auf seiner offiziellen Website erfahren kann, bezog er sich schon am 20. Februar 2013 bei einem Vortrag vor Studenten auf Ali Khamenei, der seine Atompolitik gelobt habe.

Rohani plädiert für die Fortsetzung der Atomgespräche und für ein Ende der Sanktionen. Die Sanktionen seien „ein reaktionäres Instrumentarium, das nicht mehr zeitgemäß sei.“ Die Sanktionen würden „dem Westen schaden und wenn sie überhaupt einen Nutzen haben, dann nur für Israel.“



Rohani zitierte Ayatollah Khamenei, den Revolutionsführer, der ihm recht gegeben habe, dass seine Strategie als Atomunterhändler im Jahre 2003 dazu geführt habe, dass die „Verschwörungen der Amerikaner und der Zionisten eine Niederlage erlitten haben.“ Khamenei habe versichert, dass Rohani „bei Sinnen“ sei und „aufpasse, dass nichts geschehe, was den Grundlagen und den Fundamenten des Systems widerspreche.“

War Rohani nicht derjenige gewesen, der mitverantwortlich ist für das geheime militärische Atomprogramm, das unter Druck der USA eingestellt wurde? Rohani war so „rational“, dass er listige Pläne zur Umgehung des Drucks schmiedete. Tatsächlich war es Rohani gewesen, der als ein Meister der Diplomatie der totalitären Diktatur Verhandlungen als ein Instrument nutzte, um das Atomprogramm heimtückisch, aber noch stärker als jemals zuvor, zu forcieren. Aus der Position der islamistischen Macht brüstete er sich doch zu Recht damit, dass er während der Verhandlungen mit den Europäern gleichzeitig dafür sorgte, dass der Bau der Atomanlage in Isfahan voranschritt.

Rohani ist ein Atomstratege, der versuchen wird eine Atompolitik durchzuführen, die möglich machen werde, dass der Iran gleichzeitig seine immensen Wirtschaftsprobleme löst. Hier wird er versuchen teilweise Rafsanjanis Investitionspolitik nachzuahmen, damit ausländische Unternehmen wieder in den iranischen Markt investieren können. Eine große Propagandamaschinerie, die auch von manchen iranischen Exilanten unterstützt wird, verkauft das iranische Atomprogramm als ein friedliches. Der Westen solle Rohani und der Diktatur Glauben schenken und die Sanktionen aufheben. Damit will Rohani denselben Effekt erreichen, den Rafsanjani erreichte, nämlich die wirtschaftlichen Grundlagen der totalitären Diktatur stabilisieren und die Mittelklasse beruhigen.

Rohani sagte bei seiner ersten Pressekonferenz, dass er in seiner kommenden Regierungszeit versuchen werde, bestimmte Verantwortlichkeiten auf die gesellschaftlichen Vereinigungen zu übertragen. Die „gesellschaftlichen Institutionen sollen Mäßigkeit“ ausüben und der „Staat soll sich nicht so viel in Wirtschaftsfragen einmischen.“ Und langfristig müsse die Wirtschaft mehr in den Binnenmarkt investieren, um die Produktion zu steigern.

Wer sich vom nächsten Präsidenten eine staatliche Investitionspolitik wünscht, muss zumindest davon ausgehen, dass er das Gegenteil angekündigt hat. Aber sicher wird er versuchen in seiner Atomdiplomatie so vorzugehen, dass er die europäischen Unternehmer und Politik beruhigt, ohne das Atomprogramm wirklich zurückzuschrauben. Damit soll die Lösung der wirtschaftlichen Probleme des Landes nicht gefährdet werden.

Rohani kündigte auch an, dass er die Beziehungen zu den arabischen Ländern und den Golf-Anrainer-Staaten, insbesondere mit Saudi-Arabien verbessern wolle. Seine Haltung gegenüber Syrien macht aber deutlich, dass er seine Außenpolitik auf keinen Fall prowestlich gestalten wird. Denn der Westen müsse sich, wenn es nach Rohani geht aus Syrien gänzlich heraushalten. Da unterscheidet er sich ganz und gar nicht von anderen Politikern des Iran, die wie Mohammad Khatami einen „Islamic Middle East“ und den Abzug aller westlichen Soldaten aus dem Nahen Osten gefordert haben.

Der zukünftige iranische Präsident forderte von der US-Regierung, dass diese sich in die nationalen Angelegenheiten des Iran nicht einmischen solle. Auch hier fordert er die totale Kapitulation vor der totalitären Diktatur. Die US-Regierung soll weder die



Menschenrechtsverletzungen im Iran anprangern noch den Export des Terrorismus und die Unterstützung von terroristischen Bewegungen wie die der Hisbollah anprangern, denn das alles versteht der khomeinistische Machiavelli als Einmischung in die nationalen Angelegenheiten.

Rohani ist kein kompromissbereiter Politiker, wie manche intellektuelle Blender vortäuschen wollen. Hassan Rohani ist ein echter Machtpolitiker der totalitären Diktatur, wenn er der US-Regierung vorschreibt, was zu tun ist. Erst wenn sie vor der islamistischen Diktatur gänzlich kapituliert, die Menschenrechtsverletzungen nicht kritisiert, das Atomprogramm akzeptiert, dann ist Rohani auch bereit sich mit dem US-Präsidenten an einen Tisch zu setzen.

Der Revolutionsführer der iranischen Islamisten, Ali Khamenei, wird in der Tat mit Rohani zufrieden sein, denn nur ein Religionspolitiker wie Rohani kann zumindest versuchen weiterhin Zeit zu gewinnen, um mit Hilfe der ausländischen Unternehmen die Wirtschaft des Iran anzukurbeln, Sanktionen aufzuheben und das Atomprogramm voranzubringen. Es ist dann nur noch die Frage, ob Rohani eines Tages offen die Akzeptanz einer khomeinistischen Atombombe von der Welt fordert.

### **„Im Iran gibt es keine freien Wahlen“<sup>96</sup>**

#### **Im Juni finden die iranischen Präsidentschaftswahlen statt. Was hat sich seit 2009 geändert?**

Der bekannte ‚reform-islamistische‘ Politiker Mostafa Tajzadeh schrieb vor wenigen Tagen einen offenen Brief aus dem Gefängnis und sagte, dass es sich nicht lohnen würde, an den Wahlen teilzunehmen. Die ‚links-islamistischen‘ Organisationen sind ohnehin verboten. Mir Hossein Mousawi und Mehdi Karoubi, die Kandidaten der letzten Präsidentschaftswahlen, sind in Haft. Mohammad Khatami, der Vorgänger von Ahmadinejad, hat sich nicht aufstellen lassen. Mohamadrezas Arefs Rede im Fernsehen wurde vor wenigen Tagen unterbrochen. Ob es wirklich ein technischer Fehler war, ist unklar. D. h. der große Mythos des dualistischen Systems der Islamischen Republik Iran (IRI), das angeblich aus dem ‚reform-islamistischen‘ Lager und den sogenannten Hardlinern besteht, ist nun endgültig Fiktion. Dies sollte Folgen haben für die EU-Außenpolitik, die stets von einer Reformierbarkeit der totalitären Diktatur ausging und damit ihre wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Iran legitimierte. Dies wurde von einigen linken und rechten europäischen Parteien unterstützt. Es war aber eine falsche Politik, die einen hohen Preis hatte: Die Stabilisierung der totalitären Diktatur wird sich immer schwerer zurückschrauben lassen.

#### **Das ‚reformistische Lager‘, auf das westliche Medien und auch viele in der iranischen Bevölkerung 2009 die Hoffnung gesetzt haben, hat also keine Relevanz. Insofern macht es keinen Unterschied, ob der nächste Präsident aus dem reformistischen oder konservativen Lager kommt?**

Mohammadreza Aref und Hassan Rohani, die für manche Pro-‚Reformislamisten‘ als Oppositionspolitiker gelten, sind Karikaturen von ‚Reformern‘, die ein System

<sup>96</sup> <http://europeandemocracy.eu/2013/06/in-iran-there-are-no-free-elections/> 17.06.2013





demokratisieren könnten. Nein, es gibt keine Kräfte unter den Kandidaten, die einen Demokratisierungsprozess einleiten könnten. Dieser müsste durch gesellschaftlichen Druck entstehen, aber der Druck der totalitären Machthaber ist größer. Im Iran gibt es keine freien Wahlen. Die IranerInnen dürfen nur die Kandidaten der Diktatur wählen. In der IRI gab es noch nie freie Wahlen. An freien Wahlen hätten RoyalistInnen, KommunistInnen, SozialdemokratInnen, Liberale, Grüne – alle diese Parteien sind im Exil oder im Iran im Untergrund – teilnehmen müssen. Viele europäische ExpertInnen versuchen, die säkularen Kräfte des Iran aus der Diskussion herauszuhalten. Dies wird sich aber historisch strafen. Denn die IslamistInnen erklären zwar gerne das Ende der Geschichte. Sie meinen, dass die iranische Geschichte mit ihrer fundamentalistischen Interpretation des Islam enden werde, aber da irren sie sich. Die Geschichte wird eines Tages auch im Iran weitergehen und die Islamische Republik wird überwunden werden.

**Seit den Protesten wegen der gefälschten Präsidentschaftswahlen 2009 ist die Herrschaftslegitimation stetig gesunken. Wissen Sie Genaueres über die jetzige Lage im Iran?**

In der iranischen Gesellschaft herrscht ein Klima der Angst. Die IRI war von der Stunde null an eine totalitäre Diktatur und ist es bis heute geblieben. Schon zu Beginn war dieses System keine legitime Herrschaftsform. Denn was Khomeini erfand war ein Novum in der islamischen Geschichte. Es gab ähnliche Ansprüche am Ende des 19. Jahrhunderts, die sich nicht durchsetzten. Man darf nicht vergessen, dass nach der islamischen Revolution auch schiitische Ayatollahs im Gefängnis landeten, weil sie der khomeinistischen Interpretation des Islam widersprachen.

Max Weber hatte für traditionelle Gesellschaften eine legitime islamische Herrschaftsform ausfindig gemacht. Aber der Iran war in den 1970er Jahren keine traditionelle, sondern eine zerrissene Gesellschaft, zwischen Modernität und rückschrittlicher, religiöser Tradition. An diesem Widerspruch ist der Iran zerbrochen. Das Ergebnis war die IRI, die von Anfang an eine historische Katastrophe für den Iran war. Daher nimmt aus der Sicht der islamistischen Machthaber vielleicht die Herrschaftslegitimation ab, weil noch nicht einmal die ‚Reformislamisten‘ mehr im engsten Zirkel der Macht dabei sind.

**Die Situation von 2009, bei der es zu Massenprotesten kam, wird sich also Ihren Einschätzungen nach nicht wiederholen?**

Die totalitäre Diktatur hat sich massiv auf Demonstrationen vorbereitet und ist bereit, jede Bewegung mit brutaler Gewalt im Keim zu ersticken. Dabei wird natürlich jeglicher Protest gegen die islamistische Regierung im Namen Gottes religiös denunziert. Als ob diejenigen, die Freiheit und Demokratie und Menschenrechte wollten, sich gegen den Willen Gottes richten würden. Aber Revolutionen und Kriege kann man nicht wirklich vorhersagen.

**Wie sieht es gegenwärtig mit der Oppositionsbewegung im Iran aus?**

Die säkulare Oppositionsbewegung wurde vor 30 Jahren eliminiert. Die StudentInnen und MenschenrechtsaktivistInnen und ihre AnwältInnen sitzen in Haft. Die FrauenaktivistInnen ebenfalls. Und die ArbeiterInnenbewegung meldet sich sporadisch. Eine totalitäre Diktatur kann eine Opposition nicht dulden.

**Sie forschen u. a. zur Verfolgung der Bahai im Iran. Wer sind die Bahai und**



## **warum gelten sie im Iran als Apostaten und sind permanenter Verfolgung ausgesetzt?**

Die Bahai glauben, dass Baha'u'llah ein neuer Offenbarer ist, der mit der Bahai-Religion eine religiöse Basis für die globalisierte Welt bieten kann. Sie treten für die Gleichberechtigung von Mann und Frau und für den Dialog der Religionen ein. Die iranischen IslamistInnen verfolgen die Angehörigen der Bahai-Religion, weil sie der Meinung sind, dass Mohammad der letzte Prophet Gottes gewesen sei. Es gibt theologische und gesellschaftspolitische Gründe für die Verfolgung, weil beispielsweise die Bahai-Frauen unter anderen Umständen keine Kopf bedeckung tragen und frei leben würden. Aber auch die Haltung zu einer parlamentarischen Demokratie spielt eine Rolle: Die Bahai verteidigen eine freie demokratische Zivilgesellschaft oder eine parlamentarische Demokratie, auch wenn sie selbst nicht Mitglied von Parteien werden und eher auf zivilgesellschaftliche Aktivitäten setzen.

## **Wie sieht die Lage von anderen Minderheiten aus?**

Im Iran werden AnhängerInnen des Christentums, Judentums und Zoroastrismus zwar anerkannt, aber stehen auch unter Druck. Erst kürzlich wurde ein armenischer Pfarrer verhaftet. Ansonsten werden neukonvertierte ChristInnen stark verfolgt, weil ihnen Apostasie vorgeworfen wird. Und wenn Juden und Jüdinnen sich mit Israel, der Heimstatt der Juden identifizieren, bekommen sie große Schwierigkeiten. Die Bahai gelten als vogelfrei.

## **Vor kurzem wurde der jüngste Bericht der International Atomic Energy Agency veröffentlicht. Er besagt, dass der Iran trotz internationaler Kritik weiter an seinem Atomprogramm arbeite. Die Behörde kritisiert auch, dass die iranische Regierung den Inspektoren keinen Zugang zu Anlagen gewährt hat, in denen die Fortsetzung dieses Programms vermutet wird. Wie sehen Sie angesichts dessen ein Vorgehen der USA und der EU?**

Ich nehme an, dass die US-Regierung es ernst meint, wenn sie sagt, dass sie keine iranische Bombe dulden wird. Zumindest hat der US-amerikanische Präsident auch von roten Linien in Bezug auf den Iran gesprochen. Dabei sind die USA sehr kompromissbereit und würden mit den iranischen Machthabern sprechen. Aber die iranische Führung will und kann aus ideologischen Gründen nicht mit den USA und dem Westen in Frieden leben. Erst recht nicht mit Israel. Auch hier ist eine Vorhersage sehr schwierig. Die PolitikerInnen, auch der westlichen Regierungen, wissen oft nicht, was sie am nächsten Tag machen. Daher werden politische Entscheidungen in Bezug auf den Nahen Osten sehr zeitnah zu den betreffenden Ereignissen getroffen. Deswegen kann man Tendenzen der Gegenwartsgeschichte erkennen und diese benennen, aber eine Entwicklung nicht wirklich vorhersagen. Ich würde sagen, dass sich die Geschichte der friedlichen Koexistenz, die zwischen dem sozialistischen Lager und dem Westen beispielsweise im 20. Jahrhundert existierte, nicht per se auf den Iran und den Westen übertragen lässt. Die Tendenz ist, dass der Westen unwillig ist, die khomeinistische Atombombe einfach zu schlucken, und dass der Iran seine ideologische Herrschaftsform nicht aufgeben kann und immer extremer wird.

## **Im Vorgehen der EU wird insbesondere aufgrund des Anschlags in Burgas 2012 die Forderung laut, die Hisbollah auf die EU-Terrorliste zu setzen. Hat diese Forderung Aussicht auf Erfolg und was würde das Blacklisting der Hisbollah bedeuten?**



Die europäischen Regierungen sind in einer Zwickmühle. Sie haben Angst vor dem Terror der Hisbollah in Europa. Das ist ein Grund, warum sie die Hisbollah nicht auf die Terrorliste setzen möchten. Aber vielleicht werden sie es tun. In Deutschland gibt es immer mehr Stimmen von der politischen Klasse, die zumindest den militärischen Flügel auf die Terrorliste setzen wollen. Dabei kann man im Falle von Hisbollah nicht zwischen militärischem und politischem Flügel trennen. Nach meinen Analysen ist die Hisbollah eine Terrororganisation und nicht wirklich eine wohltätige Organisation. Sicherlich ist in der Masse der AnhängerInnen der Hisbollah in Libanon nicht jeder ein Terrorist. Manche von ihnen glauben als Mitglieder an Khomeini und Khomeini. Aber nichtsdestotrotz, auch das ‚normale Mitglied‘ unterstützt den Terror der Hisbollah und ist als Mitglied einer Terrororganisation zu betrachten.

### **Ist die Argumentation der EU in diesem Sinne nicht fadenscheinig? Immerhin gibt es den Terror der Hisbollah ja auch in Europa.**

Europa hat wirtschaftliche Interessen insbesondere auf dem iranischen Markt. Die Sanktionen kamen auf Druck der USA zustande und Fakt ist, dass Europa immer noch gute Handelsbeziehungen mit dem Iran hat, auch wenn die Zahlen eindeutig zurückgegangen sind. Ein Verbot der Hisbollah könnte auf jeden Fall die Beziehungen mit dem Iran trüben. Daher hat man in einem verbalen Burgfrieden quasi über Jahrzehnte die Hisbollah agieren lassen, unter der Bedingung, dass sie keine Gewaltakte gegen und in Europa ausführt. Nach Burgas nimmt dies vielleicht ein Ende. Vielleicht entscheiden sich immer mehr europäische Regierungen für ein Verbot der Hisbollah. In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage nach der Relevanz des Al-Quds Tags, an dem auch in Wien Hisbollah-Fahnen zu sehen sein werden.

An diesem Tag mobilisiert die Hisbollah gemeinsam mit Hilfe der iranischen Diktatur zu Demonstrationen in Europa. Der Al-Quds Tag ist ein politischer Tag, den Khomeini erfunden hat, um eine Massenbewegung gegen Israel zu organisieren. Immer wieder wird an diesem Tag unverhohlen zur Zerstörung Israels aufgerufen. Das iranische Regime und khomeinistische, islamistische Organisationen in Europa mobilisieren an diesem Hasstag gegen Israel. An diesem Tag marschieren Hisbollah und die JubelislamistInnen auf den Straßen, beispielsweise in Berlin und London, und demonstrieren gegen Israel. Bis vor wenigen Jahren hat man auf deutschen Straßen, ganz wie in Teheran, israelische und US-amerikanische Fahnen verbrannt. Dies wurde in Berlin vom Innenministerium verboten, aber es ist tragisch, wie IslamistInnen die Meinungsfreiheit nutzen, um auch in Europa ihre totalitäre Ideologie und ihren Antisemitismus zu verbreiten.

### **Der Verlierer steht schon fest 97**

Wählen können die Iraner am Freitag nur zwischen Kandidaten des Regimes. Auch mit internationalem Haftbefehl gesuchte Terroristen sind darunter.

Im Iran finden am Freitag die elften Präsidentschaftswahlen statt. Sie sehen zwar aus wie Wahlen, aber demokratisch sind sie nicht. Die iranischen Machthaber nennen sie »islamische Wahlen«. 130 000 Wahlurnen werden an 285 Orten aufgestellt, und die

---

<sup>97</sup> <http://europeandemocracy.eu/2013/06/iran-fixing-the-election/> 13.06.2013



Iraner dürfen zwischen den Kandidaten ihrer Unterdrücker wählen. Für die Vertreter der Diktatur sind die Wahlen eine »große Heldentat, die durch das Volk gegen den blutrünstigen Feind vollbracht wird«. Der Iran hat etwa 73 Millionen Einwohner. Dem iranischen Innenminister Mostafa Mohammed Najjar zufolge gibt es 50 483 192 Wahlberechtigte. Die Wahlen dienen lediglich der Mobilisierung der Bevölkerung, sie soll mit ihrer Teilnahme die Diktatur legitimieren. Das Wahlalter ist allerdings von 16 Jahren wieder auf 18 Jahre heraufgesetzt worden. Offenbar traut man den jungen Menschen doch nicht so ganz über den Weg.

Acht von 686 Kandidaten, die sich um das Amt des Präsidenten beworben hatten, wurden vom Wächterrat ausgewählt: Saeed Jalili, Ali Akbar Velayati, Mohammed Bagher Ghalibaf, Gholam Ali Haddad-Adel, Mohsen Rezai, Mohammed Gharazi, Hassan Rohani und Mohammed Reza Aref. Aref trat jedoch am Montagabend, wie zuvor schon Gholam Ali Haddad-Adel, von seiner Kandidatur zurück. Neben Aref zählt nur noch Rohani im weitesten Sinne zu den Reformislamisten, dessen Chancen nun durch den Verzicht Arefs steigen sollen. Alle anderen Kandidaten gehören zu den Prinzipalisten und den Revolutionswächtern (Jungle World 17/2013).

Rohani war vom Oktober 2003 bis zum August 2005 Unterhändler der Regierung von Präsident Mohammed Khatami bei den Verhandlungen des Iran mit der EU über dessen Atomprogramm. Er verhandelte mit britischen, französischen und deutschen Außenministern. Dabei trat er einerseits für die Forcierung des iranischen Atomprogramms und andererseits für eine Entspannungspolitik und Zusammenarbeit mit der EU ein. So vereinbarte er am 21. Oktober 2003 mit den Außenministern Frankreichs, Großbritanniens und Deutschlands in Saadabad, dass die Nuklearanlagen von der Internationalen Atomenergiebehörde IAEA plombiert werden und auch die Urananreicherung vorläufig eingestellt wird. Der Iran stand wegen seines militärischen Atomprogramms unter starkem Druck. Das Ziel von Rohani war daher vor allem, dass die iranische Atomakte nicht an den UN-Sicherheitsrat übergeben wird.

Rohani wurde für seine als zu defensiv bewertete Rolle als Unterhändler zuletzt scharf kritisiert. Und auch schon 2005 kritisierte »Revolutionsführer« Ali Khamenei, die Europäer hätten bei den Verhandlungen mit Rohani zu viel gefordert und der Iran habe zu früh nachgegeben. Daher wurde auch am letzten Tag der Amtszeit von Mohammed Khatami im Jahr 2005 das Atomprogramm wieder aufgenommen. Anfang Juni nun widersprach Rohani seinen Kritikern, indem er erklärte, dass das iranische Atomprogramm heute nur deswegen so weit gediehen sei, weil er in seiner Zeit die Grundlagen für diesen Erfolg geschaffen habe. Rohani glaubt, dass der Iran sein Atomprogramm besser entwickeln könne, wenn der Westen beruhigt werde und am besten noch Technologie liefere, so dass der Iran im Rahmen einer »Entspannungspolitik« sein Atomprogramm entwickeln kann. Auch hier zeigt sich wieder deutlich, dass die Reformislamisten eigentlich nur intelligenter handeln wollen als die Prinzipalisten.

Saeed Jalili, ein Präsidentschaftskandidat, dem etwas mehr Chancen eingeräumt werden, die künftige Regierung des Iran zu führen, war ab Oktober 2007 Atomunterhändler. Er forcierte in den vergangenen Jahren das Atomprogramm. 2007 war die iranische Akte bereits längst auf dem Tisch des UN-Sicherheitsrats. Saeed Jalili verhandelte zwar auch mit den Europäern, aber die IAEA verwies inzwischen immer deutlicher auf die Gefahren des iranischen Atomprogramms. Seit Juli 2006 gab es die ersten Sanktionen gegen den Iran. Jalili sollte nun auf Befehl Ali Khameneis das längst wiederaufgenommene Urananreicherungsprogramm forcieren. Von



Jalili ist daher kaum zu erwarten, dass er das Atomprogramm einstellt, falls er Präsident wird.

Mit Jalili unmittelbar verbündet ist der kurzfristig von seiner Kandidatur zurückgetretene Golam Ali Haddad-Adel. Er gehört zur Gruppe der »Einheit der Förderer des Wandels und der Standhaftigkeit« (Paydari). Wie Jalili steht auch Haddad-Adel dem »Revolutionsführer« Khamenei sehr nahe, ist sogar mit ihm verschwägert. Haddad-Adels Tochter ist mit dem Sohn Khameneis verheiratet. Jalili wiederum ist Khamenei loyal ergeben und wird als heimlicher Kandidat Mahmoud Ahmadinejads betrachtet. Auch die Paydari-Gruppe gehört zu den engsten Unterstützern von Ahmadinejad. Das Team aus Haddad-Adel, der regelmäßig gegen die religiöse Minderheit der Bahai hetzt, und Jalili, der ein engagierter Israel-Hasser ist, könnte sich nach den Präsidentschaftswahlen daher als trojanisches Pferd Ahmadinejads entpuppen.

Ali Akbar Velayati, der als Mitglied eines islamischen Ärztevereins und der »Front der Anhänger der Imam-Linie und des Führers« auftritt und von 1981 bis 1997 Außenminister war, ist unter den Kandidaten der einzige Vertreter des Kreises der »rechten, konservativen Traditionalisten«. Manouchehr Mottaki, Außenminister von 2005 bis 2010, der ebenfalls zu den »Traditionalisten« gehört und gerne als Präsident kandidiert hätte, war vom Wächterrat disqualifiziert worden. Die »konservativen Traditionalisten« erfahren allerdings wenig Unterstützung durch die Bassij-Milizen und die Revolutionswächter, weil sie älteren Jahrgangs sind. Velayati ist neben Rafsanjani und Ali Khamenei einer der Drahtzieher des staatsterroristischen Mordes im Berliner Restaurant Mykonos am 17. September 1992. Zudem wird Velayati vorgeworfen, zu einer Gruppe von iranischen Politikern zu gehören, die ein Geheimdienstnetzwerk in Lateinamerika aufgebaut haben, um dort Terroranschläge insbesondere auf jüdische und israelische Einrichtungen zu verüben.

Velayati und dem ehemaligen General der Revolutionswächter, Mohsen Rezai – ein weiterer Präsidentschaftskandidat, der vom Wächterrat abgesegnet worden ist –, wird zudem vorgeworfen, in Zusammenarbeit mit dem 2008 verstorbenen Terroristen der Hizbollah, Imad Mughniyah, das Selbstmordattentat gegen die israelische Botschaft in Buenos Aires am 17. März 1992 geplant zu haben. Dabei starben 29 Menschen, etwa 200 wurden verletzt. Auch die Explosion einer Autobombe am 18. Juli 1994 in Buenos Aires vor dem jüdischen Zentrum geht unter anderem wohl auf das Konto des Präsidentschaftskandidaten Velayati. Bei diesem Attentat starben 85 Menschen, einige hundert wurden verletzt.

Im Wahlkampf präsentiert sich Velayati als Retter der islamischen Nation. Er hatte zunächst gemeinsam mit Gholam Ali Haddad-Adel und Bagher Ghalibaf die »Union 2+1« gebildet. Das Zweckbündnis der Kandidaten wurde jedoch am 3. Juni wieder aufgelöst. Bagher Ghalibaf war früher Revolutionswächter und gibt auf Bassij-Treffen zuweilen damit an, dass er Studentenaufstände zusammengeknüppelt habe.

Während völlig unklar ist, wer als Sieger aus der Wahl hervorgehen wird, steht der Wahlverlierer bereits fest: Es ist die iranische Zivilgesellschaft. Bevor gewählt wird, wurde eine neue Strafgesetzgebung beschlossen. Unabhängig davon, wer Präsident wird, können in Zukunft nach Artikel 286 der jüngst verabschiedeten neuen islamischen Strafgesetzgebung Menschenrechtsaktivisten, Andersdenkende und Andersgläubige unter dem einfachen Vorwurf der Gefährdung der »nationalen Sicherheit« nach Artikel 286 zum Tode verurteilt und hingerichtet werden.



## “Iraner müssen Kandidaten ihres Diktators wählen”<sup>98</sup>

Der deutsch-iranische Publizist Wahdat-Hagh über Ahmadinejads “trojanisches Pferd” und die Unreformierbarkeit des Regimes

Am 14. Juni wird Präsident Mahmoud Ahmadinejad abgelöst. 50 Millionen Iranerinnen und Iraner können dann entscheiden, wer ihm nachfolgen darf. Die Auswahl an Kandidaten ist jedoch nicht nur zahlenmäßig, sondern auch ideologisch beschränkt. Im Interview mit derStandard.at analysiert **WahiedWahdat-Hagh**, in Deutschland lebender Publizist mit iranischen Wurzeln, die Ausgangslage vor der Präsidentschaftswahl.

**derStandard.at:** Der Wächterrat hat ausschließlich ihm wohlgesonnene konservativen Kandidaten für die Präsidentschaftswahl zugelassen. Wie wird das iranische Volk darauf reagieren?

**Wahdat-Hagh:** Ich bin mit Spekulationen sehr vorsichtig, weil alle Prophezeiungen in Bezug auf den Iran sich in der Vergangenheit nicht bewahrheitet haben. Das iranische Volk hat in den vergangenen Jahren an den Wahlen teilgenommen, obwohl es keine Parteien gibt und alle säkularen Parteien seit 34 Jahren verboten sind. Aber inzwischen sind auch die Reformislamisten aus dem engsten Machtkreis ausgestoßen. Das ist die Zuspitzung der totalitären Diktatur. Es könnte deshalb sein und es wäre zu wünschen, dass die Wahlbeteiligung abnimmt.

**derStandard.at:** Wie kann eine geringere Wahlbeteiligung das Regime schwächen?

**Wahdat-Hagh:** Die Teilnahme an den Wahlen ist eine Bestätigung des politischen Systems. Deswegen rufen alle Vertreter des Regimes auf, an den Wahlen teilzunehmen. Das ist die Mobilisierungsstrategie der Diktatur. Die Wahlen haben nicht die Funktion, wie wir sie in westlichen Demokratien kennen. Sie haben die Funktion zu mobilisieren. Eine Massendiktatur wie der Iran legitimiert sich unter anderem durch die Wahlpartizipation.

**derStandard.at:** Der ehemalige Präsident Rafsanjani darf bei der Wahl nicht antreten, er hätte gute Chancen gehabt. Wohin werden seine Wähler wandern?

**Wahdat-Hagh:** Rafsanjani hat die Zusammenarbeit mit Assad kritisiert. Außerdem saßen sein Sohn und seine Tochter schon in Haft. Rafsanjani war aber auch gemeinsam mit Khamenei in einem Spezialkomitee, das Terroraufträge im Ausland vergeben hat. Es kann sein, dass seine Wähler nun Hassan Rohani oder Mohammad Reza Aref wählen, die eher noch als Reformislamisten bezeichnet werden. Genauso gut könnten sie sich aber auch für die Hardliner Mohammad Bagher Ghalibaf oder gar Ali Akbar Velayati entscheiden. Man kann die Denkschablonen demokratischer Wahlen nicht auf den Iran übertragen. Ich spreche im Fall des Iran von der Fiktion von Wahlen. Die Iraner müssen ja die Kandidaten ihres Diktators und ihrer Unterdrücker wählen.

**derStandard.at:** Auf welchen Kandidaten wird Ahmadinejad setzen?

**Wahdat-Hagh:** Man sagt, Jalili. Er sei nach Mashaei, der disqualifiziert worden ist, sein heimlicher Kandidat.

---

<sup>98</sup> <http://europeandemocracy.eu/2013/06/the-dictators-candidates/> 05.06.2013



**derStandard.at:** Welcher Kandidat hat derzeit die größten Chancen auf einen Sieg?

**Wahdat-Hagh:** Es hängt von der Wahlmanipulation ab. Auf jeden Fall ist Saeed Jalili bekannt dafür, dass er ein sehr loyaler Mann gegenüber Khamenei ist. Kandidat Gholam Ali Haddad-Adel, der bis 2008 auch Parlamentspräsident war, ist mit Revolutionsführer Khamenei verwandt, seine Tochter ist mit dem Sohn von Khamenei verheiratet. Das ist genau der Sohn, Mojtaba, von dem einige sagen, dass er der nächste Führer werden könnte.

**derStandard.at:** Könnten die Proteste von 2009 wiederaufleben?

**Wahdat-Hagh:** Ich weiß es nicht, aber die Bevölkerung hätte genug Gründe dafür. Die diktatorische Repression ist aber immens. Der Filmemacher Abbas Kiarostami hat gesagt, dass die Lage im Iran "noch nie so dunkel war wie heute". Immer mehr Iraner wissen, dass die Islamische Republik Iran nicht reformierbar ist. Die iranische Wirtschaft, die sozialen Probleme waren noch nie so groß wie heute.

**derStandard.at:** Wie bereitet sich das Regime auf eventuelle Proteste vor? Wie will man solche im Vorhinein verhindern?

**Wahdat-Hagh:** Militärisch. Die Aufstandsbekämpfungspolizei, die Bassiji-Milizen – alle stehen bereit, um jede gesellschaftliche Regung im Keim zu ersticken. Just am vergangenen Samstag wurden zwölf Personen vom iranischen Geheimdienst verhaftet, die angeblich Sabotage bei der Wahl betreiben wollten. Am 4. Juni wurden vier national-religiöse Aktivisten, die dem Reformlager zuzurechnen sind, verhaftet.

**derStandard.at:** Wie werden der syrische Bürgerkrieg und der Arabische Frühling im Iran von den Wählerinnen und Wählern wahrgenommen? Steigert oder hemmt das den Willen, eine "Revolution" oder Proteste zu starten?

**Wahdat-Hagh:** Die Demonstrationen nach den Wahlen 2009 haben doch gezeigt, dass die demokratischen Forderungen des Iran weitergehend sind. Beispielsweise formulierten die säkularen Republikaner einen Verfassungsentwurf, in dem es keinen Führer, keine Scharia als islamisches Gesetz gibt. Alle totalitären Organe wie der Wächterrat und der Expertenrat kommen darin nicht mehr vor. Aber in Europa unterschätzen Mann und Frau die Grausamkeit einer totalitären Diktatur. Während die Machthaber propagieren, dass die Islamische Revolution ein Vorbild für die islamistischen Bewegungen in den arabischen Staaten ist, hofft sicher ein Gros der Bevölkerung, dass die Iraner eines Tages die islamistische Diktatur abschütteln und in Freiheit leben, ob in einer säkularen republikanischen oder royalistisch-parlamentarischen Demokratie, ist noch offen.

**derStandard.at:** Wie hat sich die Opposition seit 2009 entwickelt? Was ist davon noch vorhanden? Und wie stark ist der Rückhalt in der Bevölkerung?

**Wahdat-Hagh:** Die eigentliche Opposition, die säkulare, wurde vor 34 Jahren vernichtet. Sie sind aber da, ob Royalisten, ob bürgerliche Nationalisten, ob Sozialisten und Kommunisten. Sie sind da, dürfen aber nicht politisch in ihrer Heimat agieren. Sie organisieren sich im Exil und werden sicher eines Tages in ihre Heimat zurückkehren.

**derStandard.at:** Was hat sich für Minderheiten wie die Bahai während der Amtszeit Ahmadinejads verändert?

**Wahdat-Hagh:** Die Bahai werden seit 34 Jahren im Iran systematisch verfolgt. In den ersten Jahren wurden mehr als 200 unschuldige Menschen hingerichtet, die einfach



einen anderen Glauben hatten als den Islam. Die Bahai-Institutionen wurden direkt zu Beginn der Islamischen Revolution zerschlagen und verboten. Unter Ahmdinejad ist die Unterdrückung dennoch schlimmer geworden. Die Diktatur versucht inzwischen die wirtschaftliche Grundlage der Bahai im Iran zu vernichten. Das heißt, abgesehen davon, dass die Bahai im Iran nicht studieren dürfen, dürfen sie auch keine Läden besitzen. Die persönlichen und direkten Angriffe auf die Bahai sind wieder da, private Häuser werden angezündet, Bahai-Friedhöfe werden zerstört. Manchmal dürfen die Bahai sogar ihre Toten nicht begraben.

**derStandard.at:** Wie moderat ist Kandidat Rohani wirklich? Wären von ihm Reformen zu erwarten?

**Wahdat-Hagh:** Meines Erachtens geht es nicht um die Kandidaten. Das politische System des Iran, das ein totalitäres System ist, erlaubt keine Reformen. Die totalitäre Diktatur ist nicht reformierbar. Es ist ein Hohn, von Chancen auf Reformern zu sprechen. Das System wurde in den vergangenen 34 Jahren nicht reformiert, obwohl in Europa immer die Hoffnung der Reformierbarkeit und des demokratischen Prozesses aufrechterhalten wurde, um die wirtschaftlichen Beziehungen mit der Diktatur zu legitimieren.

**derStandard.at:** Was wird von Ahmadinejads Amtszeit in Erinnerung bleiben?

**Wahdat-Hagh:** Holocaust-Leugnung. Die Fantasie, Israel vernichten zu wollen, die aber schon Khomeini und Khamenei predigten. Hass gegen Andersdenkende, was auch zur Natur der totalitären Diktatur der Islamisten gehört. Auf jeden Fall ist unter Ahmdinejad der Iran wirtschaftlich ärmer geworden. Die Unterdrückung des Volkes hat hingegen zugenommen. Der Wächterrat hat zum Beispiel die Steinigung in der islamischen Strafgesetzgebung des Iran wieder festgeschrieben. Ein Mann oder eine Frau kann bei mehrmaligem außerehelichem Geschlechtsverkehr hingerichtet oder gesteinigt werden.

**derStandard.at:** Das Verhältnis von Ahmadinejad und Khamenei ist angespannt. Ahmadinejads Favorit Mashaei wurde vom Wächterrat abgelehnt, die ihm nahestehende Zeitung "Iran" darf sechs Monate nicht erscheinen. Ist hier noch eine Retourkutsche während des Wahlkampfes zu erwarten?

**Wahdat-Hagh:** Zeitungen werden immer wieder im Iran verboten. Ahmadinejad hat einen zweiten Kandidaten, eine Art trojanisches Pferd, und der heißt Saeed Jalili. Er ist genauso ein Antisemit wie Ahmadinejad. Er hasst den Westen genauso wie Ahmadinejad, und er ist sehr loyal.

**derStandard.at:** Wird der antiwestliche Kurs fortgesetzt werden und die Isolation des Iran fortschreiten, oder gibt es die Chance auf einen "Neuanfang" – Stichwort: Atomprogramm, Sanktionen?

**Wahdat-Hagh:** Meines Erachtens steht es in der Logik der totalitären Diktatur, dass das totalitäre Organ des Wächterrats inzwischen schon bei der Auswahl der Kandidaten die Reformislamisten ausgesiebt haben. Die Diktatur hat längst Risse bekommen, umso härter reagieren die Revolutionsgardisten und die Bassiji, die die Macht des Staatsklerus stützen. Und genau deswegen dürfen die Zügel der totalitären Macht nicht gelockert werden. Der Iran wird in Zukunft, unabhängig davon, wer Präsident wird, das Atomprogramm und seine antiwestliche und antidemokratische Politik verstärken und forcieren. Für die Machthaber gibt es keinen Weg zurück. Sie müssen ihre totalitäre Logik der Macht fortsetzen, sonst werden sie





vom demokratischen Willen der Bevölkerung überholt.(Teresa Eder, derStandard.at, 5.6.2013)

### **Keine Angst vor den Feinden: Der iranische Präsidentschaftskandidat Saeed Jalili**<sup>99</sup>

Acht Kandidaten hat der Wächterrat, in der totalitären Diktatur des Iran zuständig für die Überwachung von Regierung und Verwaltung, zur elften Präsidentschaftswahl zugelassen. Revolutionsführer Ali Khamenei hat die Möglichkeit, Bewerber wie Rafsanjani und Mashaie, die vom Wächterrat disqualifiziert wurden, nachträglich zuzulassen. Doch er hat sich bei den disqualifizierten Kandidaten bedankt. Dies wird als ein Zeichen gedeutet, dass Khamenei keinen Kandidaten nachträglich absegnen wird.

Bassiji-Denken stärken und Israel austrocknen. Saeed Jalili steht Ali Khamenei besonders nahe. Jalili meinte, dass der „Staatsapparat das Bassij-Denken fördern“ und das „Bassij-Denken in der gesamten Bürokratie umsetzen müsse“. Die iranische Politik solle sich auf die „Idee der islamischen Revolution“ stützen.

Die Bassiji sind paramilitärische Einheiten von Freiwilligen, die im Iran-Irak-Krieg als Kanonenfutter und Selbstmordattentäter eingesetzt wurden. Sie wurden später zum Vorbild der libanesischen Hisbollah und vieler terroristischer Selbstmordattentäter. Offenbar fordert Jalili größere Opferbereitschaft und eine kompromisslos an ideologischen Zielen orientierte Politik.

Jalili meint, dass die „islamische Revolution auf der Basis eines göttlichen Willens“ durchgeführt worden ist. Wie die Nachrichtenagentur ISNA am 29.Mai 2013 berichtete, sagte Jalili: „Es war ein göttliches Versprechen, dass das Volk ein neues Leben bekomme, wenn es Gott eine positive Antwort gebe. Unser Volk hat Gott in den letzten 34 Jahren eine positive Antwort gegeben.“ Das iranische Volk sei einen „Weg des Widerstands“ gegangen.

Zwar kritisiere der „Feind“, dass es keine Medienfreiheit im Iran gäbe, diesen Eindruck wolle der Westen mit Hilfe von Satellitensystemen bei der iranischen Bevölkerung erwecken, doch mangle es im Iran nicht an Freiheit. In seiner Rede bezieht sich Jalili auch auf die Khaybar-Schlacht und gibt dabei dem Revolutionsführer Ali Khamenei recht, der gesagt hatte, dass der Iran sich heute in derselben Lage befände, wie die Muslime zur Zeit dieser Schlacht. Die Khaybar-Schlacht ereignete sich im 7. Jahrhundert zu Lebzeiten des Propheten Mohammad. In der Oase Khaybar lebten hauptsächlich Juden, bis sie von Mohammads Armee besiegt wurden. Die Juden mussten den muslimischen Machthabern Sondersteuern zahlen, um überleben zu dürfen, einige Jahre später wurden sie vertrieben. Diese Schlacht gilt vielen islamischen Theologen als Beleg für die Berechtigung, Sondersteuern von Nichtmuslimen zu erheben, kann aber auch Gewalt gegen Andersgläubige, vor allem Juden, legitimieren, die das Land von Muslimen „besetzen“.

Die Existenz Israels gilt den iranischen Islamisten als illegitim, und Jalili sagte in einer anderen Rede schon am 26. Mai dass die „Befreiung“ des Südlibanon und die Siege

---

<sup>99</sup> <http://europeandemocracy.eu/2013/05/saeed-jalili-and-israel/> 31-05.2013



der „Widerstandsfront gegen das zionistische Regime“ etwas mit dem Vorbild der islamischen Revolution zu tun hätten. Jalili zitierte auch Ayatollah Khomeini, der „eine Weltarmee und das imperialistische System“ ablehnte. Khomeini habe auch gesagt, dass es um die „Vergrößerung des islamischen Einflusses und die Verminderung des Einflusses des imperialistischen Systems in der Welt“ ginge. Jalili fügte dann hinzu, dass er das Ziel der „Austrocknung der Wurzeln des zionistischen Regimes“ verfolge und „keine Angst vor den Feinden“ habe. Es gehe um die „Verbreitung des prophetischen Systems“, heißt es auf Jalilis offizieller Website.

Das Atomprogramm dient Jalili zufolge der „Verteidigung der Rechte aller Iraner“ – Menschenrechte gewährt das politische System den Iranern nicht. Jalili meint, dass die iranische Regierung keine Entspannungspolitik betreiben müsse. Es seien „manche andere Staaten, die ihre Haltung gegenüber dem Iran entspannen müssen“.

Ähnlich wie Ayatollah Khomeini sagt Jalili, dass er an die „Freiheit der politischen Parteien“ glaube, aber das Gesetz müsse „ihnen ihre Grenzen bestimmen“. Bei den letzten Präsidentschaftswahlen hätten „Demonstranten die Gesetze verletzt“ und dem „System Unrecht getan“. Nach den Wahlen im Jahr 2009 war es zu Massenprotesten gekommen, die islamistische Diktatur hat den Ansatz einer demokratischen Bewegung im Keim erstickt.

### **Iran: Ein unvergesslicher Präsident** <sup>100</sup>

Ahmadinejad konnte durch viele Versprechen an die armen Bevölkerungsteile des Iran, durch Drohungen gegen Israel und die USA, durch eine aggressive Atom- und Aufrüstungspolitik und nicht zuletzt durch antisemitische Hasstiraden weltberühmt werden.

Es lohnt sich einen Blick auf die abenteuerliche Politik seiner Regierungszeit zu werfen. Vahid Pourostad geht in einer dreißigteiligen Reihe, die in Radio Farda/Radio Free Europe erscheint und im folgenden zusammengefasst wird, auf die achtjährige Regierungszeit von Präsident Ahmadinejad ein.

**Keine Sommerzeit.** Es bleibt ein Rätsel, ob es psychologische Gründe hatte, warum Ahmadinejad sich im Juni 2005 in einer seiner ersten Amtshandlungen entschied den Befehl zu geben, dass die Winterzeit nicht auf die Sommerzeit umgestellt werden soll. Dabei gab es die Umstellung der Uhrzeit schon vor der islamischen Revolution von 1979. Nach der Revolution wurde die Zeitumstellung abgeschafft, weil die Zeit an die Schariaregeln angepasst werden sollte. 1990 führte Rafsanjani erneut die Zeitumstellung ein.

Während die Regierung von Ahmadinejad behauptet, dass eine Zeitumstellung besonders die Iraner auf dem Land nur verwirren würde und zudem keine Geldersparnis sei, setzte ihm der iranische Energieminister Jamshid Assadi entgegen, dass eine Anpassung der Arbeitszeit an die Tageslichtverhältnisse durchaus eine Energieersparnis mit sich bringe. Er berief sich dabei auch auf die Erfahrungen, die die ganze Welt damit mache. Aber Ahmadinejad setzte sich durch und verhinderte, dass in den Jahren 2006 und 2007 eine Zeitumstellung erfolgt. Ahmadinejad wollte offenbar Flagge zeigen. Er änderte die Bürozeiten für die

---

<sup>100</sup> <http://europeandemocracy.eu/2013/05/the-legacy-of-ahmadinejad/> 29.05.2013



staatliche Bürokratie und für die Banken. Er wollte nur neue Spielregeln einführen, um jeden Preis.

**Der Nimbus.** Im September 2005 reiste Präsident Ahmadinejad in die USA, um an der Generalversammlung der Vereinten Nationen teilzunehmen. Kurz nach seiner Rückreise in den Iran besuchte er Ayatollah Abdollah Amoli in Qom. Zunächst wurde berichtet, dass Ahmadinejad dem Ayatollah Amoli gesagt habe, dass er einen Heiligenschein bekommen habe. Kurz danach dementierte der Präsident, dass er von einem Heiligenschein gesprochen habe. Immerhin war er wegen einer solchen Aussage hart kritisiert worden.

Ahmadinejad bekam kontra von Ayatollah Amoli, der eine Infotelefonnummer einrichten ließ, wo Journalisten anrufen konnten, um bestätigt zu bekommen, dass Ahmadinejad tatsächlich gegenüber dem Ayatollah gesagt habe, dass er von einem Leuchtring umgeben worden wäre. Und schon war der erste Konflikt zwischen einem Staatskleriker und Ahmadinejad da. Ayatollah Amoli sagte, Ahmadinejad habe ihm gegenüber behauptet, dass er quasi von Gott erleuchtet worden sei. Aber Ahmadinejad dementierte dies immer und immer wieder.

**Entlassung eines Bankdirektors.** Im Oktober 2006 fängt Ahmadinejad an die Privatwirtschaft immer aggressiver zu kritisieren. Er entlässt Abdollah Talebi, den Direktor der Parsian-Bank, der größten Privatbank.

Tatsächlich besaß eine iranische Autofirma etwa 28 Prozent der Aktien dieser Bank. Die Autofirma erklärt, dass sie ihre Aktien an der Börse verkaufen will. Ahmadinejad kritisierte die Bank dafür, dass private Schuldner der Bank, die selbst hohe Kredite bei der Bank aufgenommen hätten, nun an der Börse die zu versteigernden Aktien, d.h. 28 Prozent des Bankeigentums kaufen wollten.

Die iranischen Zeitungen, die für Ahmadinejad waren, schrieben zu diesem Zeitpunkt, dass Ahmadinejad über den Direktor der Bank besonders erbost sei, weil er der Bank vorwarf seine Rivalen bei den Wahlen unterstützt zu haben. Andere schrieben, dass wahrscheinlich diese Bank, die sehr beliebt in der Bevölkerung war, Ahmadinejad bei der Wahl nicht unterstützt hatte.

**Frauen und Fußball.** Tatsächlich war es Ahmadinejad, der sich dafür aussprach, dass Frauen in Fußballstadien Männerfußball anschauen dürfen. Das gefiel dem Klerus nicht, denn die Frauen durften seit 1979 keinen Männerfußball anschauen. Namhafte Staatskleriker meldeten sich: Ayatollah Safi Golpayegani, Ayatollah Makarem Schirasi, Ayatollah Mesbahe Yazdi waren unter ihnen. Der Grundtenor war, dass eine Frau den Körper eines Mannes prinzipiell nicht betrachten dürfe. Umgekehrt natürlich auch nicht.

Tatsächlich sind viele iranische Frauen vom Fußballspiel begeistert. Es gab immer wieder Beispiele von Frauen, die in Männerkleidung in das Stadion gelangt waren. Ahmadinejad missbrauchte dieses Interesse, um populärer zu werden. Ahmadinejad wollte so tun, als ob er sich auch um die Jugend kümmere. Er behauptete gar, seinen Vorschlag mit dem Revolutionsführer abgestimmt zu haben. Aber der Klerus habe schließlich dagegen gestimmt.

**Zentralisierung.** Im Oktober 2005 gibt Ahmadinejad den Befehl, eine Organisation, die quasi das Entwicklungsministerium des Iran ist, faktisch aufzulösen. Die Organisation, die schon seit 60 Jahren für die Planung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der iranischen Provinzen zuständig war, wurde quasi über Nacht den Provinzgouverneuren unterstellt. Diese werden vom Revolutionsführer



ernannt und unterstehen der Zentralregierung. Ahmadinejad räumte damit auch mit Kritikern seiner Politik in den Provinzen auf.

Er organisierte damit seinen späteren Erfolg auf dem Land, indem er eine Entwicklungsinstitution für seine Propagandamaschinerie benutzte. Der Präsident sagte, dass nun die Entwicklungsstrategie von „oben“ geplant und durchgeführt werde.

### **Iran: Die Logik der totalitären Macht<sup>101</sup>**

Viele hielten es nicht für möglich. Wie konnte der reichste und einer der mächtigsten Männer des Iran, Hashemi Rafsanjani, von den Präsidentschaftswahlen ausgeschlossen werden? Immerhin hat er an der islamistischen Verfassung des Iran mitgearbeitet, hat über die Fortdauer des achtjährigen Krieges gegen den Irak bestimmt, hatte gar Ali Khamenei in die Position des Revolutionsführers gehoben.

Rafsanjani hat sich tatsächlich in einer entscheidenden Frage gegen Khamenei gestellt. Er kritisierte die Unterstützung des Assad-Regimes in Syrien. Dies hatte aber auch Mohssen Rezai getan, der dennoch qualifiziert worden ist. Sicher ist aber Rezai kein ernstzunehmender Konkurrent von Khamenei. Denn die Frage, wer im Iran Präsident wird, hat weniger mit Religion zu tun, als mit totalitären Machtfragen. Und diese haben ihre eigene Logik.

Was haben aber Ali Khamenei und Rafsanjani gemeinsam? Beide werden als Ayatollahs bezeichnet, haben aber noch nicht einmal den religiösen Rang eines Hojatulislam absolviert. Als Machtpolitiker haben sie sich den Namen Ayatollah einfach zuschreiben lassen.

Tatsächlich hatte Ahmad Jannati, Vorsitzender des totalitären Organs des Wächterrates, am 17. Mai angedeutet, dass Rafsanjani nicht gewählt werden könne. Er kritisierte die Lebensweise der Reichen. Ein Präsident könne nicht „mit Mercedes Benz ankommen und wieder abfahren.“ Ein Präsident müsse „einfach leben, nicht aristokratisch. Er muss ein Direktor sein und leiten können. Er muss klar Position beziehen gegen Aufruhr und Verderbtheit.“

Da ist die Familie von Rafsanjani nicht wirklich frei von solchen Lastern. Sein Sohn hat wegen Korruption in Haft gesessen. Seiner Tochter wirft man vor lesbisch zu sein und zudem verkehrt sie in fragwürdigen Kreisen. Hashemi Rafsanjani selbst hat sich nicht entschieden von den in Haft sitzenden Mir Hussein Moussawi und Mehdi Karoubi distanziert. Dies nimmt man ihm besonders übel. Dabei ist er gemeinsam mit Khamenei verantwortlich für das Mykonos-Attentat in Berlin.

Zur Verteidigung von Rafsanjani hat sich inzwischen sogar die Tochter des Diktaturgründers Ayatollah Khomeini gemeldet. In einem Brief an Khamenei schreibt sie, ihr Vater Khomeini habe gedacht, dass Rafsanjani sogar die Position eines Revolutionsführers verdient habe. Khamenei soll noch einmal intervenieren. Es ginge nicht, dass er nun disqualifiziert worden sei, sogar für das Amt des Präsidenten. Sie schreibt in ihrem offenen Brief, den sie in einer Zeitung veröffentlicht hat, sie behaupte nicht, dass „Herr Rafsanjani heute derselbe ist wie zu Lebzeiten von

---

<sup>101</sup> <http://europeandemocracy.eu/2013/05/iran-the-logic-of-totalitarian-power/> 23.05.2013



Ayatollah Khomeini.“ Aber die Trennung von Rafsanjani und Khamenei füge der „Revolution und dem System einen großen Schaden zu.“

Auch der Enkelsohn von Khomeini, Hassan Khomeini, hat die Disqualifizierung von Rafsanjani als „unglaublich“ bezeichnet. Hassan Khomeini zeigte sich dennoch loyal indem er sagte, dass er optimistisch sei, denn erst die Zukunft werde den Sinn des Ausscheidens von Rafsanjani verdeutlichen.

Ist er etwa optimistisch, weil Rafsanjani sich auf das Amt des Revolutionsführers vorbereiten könnte?

Ferner verurteilte der konservative Politiker Ali Motahari die Disqualifizierung von Rafsanjani. Für ihn sind es „falsche Gründe“, die zu dieser Entscheidung führten. Der Wächterrathat mit seiner Entscheidung aber auch viele Unterstützer. Einer von ihnen ist Mohammadreza Naqdi, der immerhin Oberbefehlshaber der militärischen Bassij-Organisation ist. Es handelt sich bei den Bassiji um eine Abteilung der Revolutionsgardisten, die nach innen jegliche zivilgesellschaftliche Aktivität mit Gewalt zerschlägt.

Rafsanjani steht nicht alleine. Auch sein Pendant Maschai wurde disqualifiziert. Der disqualifizierte Maschai, Lieblingskandidat von Präsident Ahmadinejad, will sich gemeinsam mit Ahmadinejad direkt an den Revolutionsführer Khamenei wenden und um nachträgliche Qualifizierung als Präsidentschaftskandidat bitten.

Weitere wichtige Personen wie der frühere Geheimdienstminister Ali Fallahian und der frühere Außenminister Ahmadinejads Manuchehr Mottaki wurden ebenfalls disqualifiziert.

Unter den acht qualifizierten Präsidentschaftskandidaten befinden sich zwei ehemalige Atomunterhändler, Said Jalili und Hassan Rohani. Tatsächlich hat Gholam Ali Hadadadel, der vor wenigen Wochen ein Bündnis mit Ghalibaf und Ali Akbar Velayati geschlossen hatte und zugunsten von Velayati zurücktreten wollte, inzwischen gesagt, dass er auch zugunsten von Jalili zurücktreten werde.

Hadadadel sagte, dass er abwarte, falls Jalili verhältnismäßig viele Stimmen hole, werde er zu seinen Gunsten zurücktreten.

Der Revolutionsführer Khamenei will keine Risiken mehr eingehen und die Diktatur stabilisieren, mit aller Gewalt nach innen und nach außen. Der nächste iranische Präsident muss loyal und ein enger Vertrauter Khameneis sein. Diese Aufgabe könnte Jalili erfüllen. Aber es ist keineswegs vorherzusagen, wer der nächste Präsident des Iran wird, was aber nichts mit einer Demokratie oder halben Demokratie zu tun hat.

Die Repressionen im Iran wachsen. In Gefängnissen werden immer mehr Menschen hingerichtet. Immer wieder wird über Hungerstreiks berichtet. Die Arbeiterbewegung meldet sich mit sporadischen Streiks. Die Studenten, Frauen und die Jugend sind unzufriedener als je zuvor. Die soziale Armut wächst täglich.

Weiterhin wird sehr viel Druck auf die religiösen Minderheiten im Iran ausgeübt. Erst am Dienstag wurde Robert Aserian, ein Vertreter der Rabbani-Kirche, einer armenischen Kirche, verhaftet. Den Pfarrern dieser Kirche wird vorgeworfen auch auf Persisch zu predigen. Die totalitären Machthaber haben Angst vor der Verbreitung des Christentums.



Gegenwärtig sitzen allein drei Pfarrer in Haft. Said Abedini, Behnam Irani und Farschid Fathi. Der 33-jährige Said-Abedini hat erneut einen Brief geschrieben, der kürzlich veröffentlicht worden ist. Darin beklagt er die schlimmen Verhältnisse im Gefängnis.

Auch der Druck auf die Juden ist gewachsen. Jede Solidaritätserklärung mit Israel und den USA wird hart bestraft. Die Unterdrückung der Bahai hat massiv zugenommen. Diese religiöse Gemeinschaft ist besonders bedroht.

Gleichzeitig wächst bei den islamischen Machthabern die Angst vor neuen Aufständen. Militärische Einheiten zur Aufstandsbekämpfung beherrschen die Straßen der iranischen Hauptstadt Teheran, berichten verschiedene iranische Exilzeitungen.

Wer bisher die Hoffnung hatte, dass sich die totalitäre Diktatur durch Wirtschaftsbeziehungen mit Europa öffnen würde, muss sich von den historischen Entwicklungen eines Besseren belehren lassen. Die wirtschaftlichen Beziehungen mit dem Iran haben in den letzten Jahrzehnten nur die Diktatur stabilisiert.

Das Ausmaß der totalitären Macht der Staatskleriker, ihrer Technokraten und ihrer militärischen Einheiten nimmt immer mehr zu. Die Tatsache, dass jeder Politiker, der nicht hundertprozentig loyal agiert aus dem engsten Zirkel der Macht herausgestoßen wird, macht deutlich, wie ein Gleichgewicht der Macht zugunsten der totalitären Herrscher hergestellt werden soll. Mit dieser Methode könnte aber die Massendiktatur des Islamismus ihre Basis verlieren.

Rafsanjani hat einmal geäußert, dass die Islamische Republik auch mit nur fünf Prozent Unterstützung aus der Bevölkerung weiterexistieren könnte. Er meinte damals, dass starke Revolutionsgardisten und Bassij-Einheiten durchaus die totalitäre Macht auch ohne eine Massenbasis stabilisieren können. Die Ironie der Geschichte ist, dass er nun selbst Opfer dieser Logik der totalitären Macht wurde.



### 3. Repression und die Abweichler

Zum Repressionsapparat des Iran muss das gesamte Geflecht der totalitären Organe des Iran gezählt werden, die sogar die vermeintlich republikanische Institution des Pseudo-Parlaments von Anfang an so entfremdet haben, so dass auch das Madschless nicht die Bezeichnung eines Parlaments verdient hat. Denn das Repressionsapparat bestehend aus Führer, totalitären Organen wie Wächterrat, nationalem Sicherheitsrat, Geheimdienst, Revolutionsgardisten und Bassiji haben in der gesamten Geschichte der „Islamischen Republik Iran“ nicht zugelassen, dass nicht-islamistische Kräfte sich als Kandidaten für die Wahl zum Abgeordneten aufstellen.

Totalitäre Regime fürchten die Ohnmacht ihrer eigenen Bevölkerung mehr als die Übermacht ihrer Erzfeinde. Genau deswegen wird das eigene Volk mit faktisch militärischer Macht unterdrückt. Die Revolutionsgardisten demonstrieren ihre Macht nach außen und nach innen.

Die unter der Kontrolle der Revolutionsgardisten durchgeführten Zwangsgeständnisse erinnern sehr stark an die stalinistischen Schauprozesse. Gefangene werden gefoltert und werden unter Drogen dem Volk vorgeführt, via Fernsehen. In psychischer Folterhaft werden die Menschen zermürbt, unter Todesängsten werden ihnen Hoffnungen suggeriert, wenn sie Geständnisse abgeben. In Sendungen, die beispielsweise den zynischen Titel tragen, wie „Im Namen der Demokratie“, werden sie vorgeführt.

Zweifellos sind Zwangsgeständnisse eine besonders perfide Methode zur Unterdrückung von Andersdenkenden. Die Machtmonopolisten im Iran bezeichnen inzwischen auch Anhänger von Ayatollah Khomeini und der islamischen Revolution als "Monafeqin", "Heuchler". Die Ideologen des Regimes entscheiden wer der "wahre" und wer der "falsche" Muslim ist.

Wer sich den totalitären Machthabern des Iran nicht unterordnet, wird als „Abweichler“ , „Monharef“ identifiziert und kraft gewaltsamer Repressionspolitik ausgeschaltet. Es betrifft Iraner, die sich zur Bahai-Religion bekennen oder auch Muslime, die zum Christentum übertreten. Es betrifft Muslime und nicht Muslime, die eine Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern fordern und sich gegen die Zwangsverschleierung und Polygamie wenden und Muslime und Nicht-Muslime, die sich für einen säkularen Staat einsetzen. Jeder, der nicht systemkonform denkt und handelt und insofern nicht eingebunden werden kann, spürt eines Tages die Folgen der Repression.



## 208 Jahre Haftstrafe für 34 iranische Frauen 102

Die NGO *Human Rights House of Iran* hat die Namen von 47 inhaftierten Frauen dokumentiert, die nur wegen ihrer gesellschaftspolitischen Aktivitäten und wegen ihrer Überzeugungen im Gefängnis sitzen. 34 von ihnen sind zu insgesamt 208 Jahren und acht Monaten Haftstrafe verurteilt worden. 14 Frauen sitzen noch ohne ein Urteil in Haft. Die Menschenrechtsorganisation betont, dass die Gesamtzahl der gegenwärtig aus politischen Gründen in iranischen Gefängnissen sitzenden Frauen weit höher ist. Es ist die islamistische Gesinnungsjustiz, die alle Andersdenkenden im Iran kriminalisiert. Bereits die Zugehörigkeit zur Bahai-Religion gilt als Verbrechen, ebenso die Konversion zum Christentum und missionarische Aktivitäten.

Die Kurdin **Zeynab Jalalian** ist 30 Jahre alt und sitzt seit ihrem 25. Lebensjahr im Gefängnis. Sie wurde 2009 wegen Zusammenarbeit mit der kurdischen Partei Pejak zum Tode verurteilt. Später wurde die Strafe zu einer lebenslangen Haft umgewandelt.

**Fariba Kamalabadi (48) und Mahvash Sabet (57)** gehören der Bahai-Religion an. Sie gehören zu den sieben in Haft sitzenden Koordinatoren der iranischen Bahai-Gemeinde. Fariba Kamalabadi wurde am 14. Mai 2008 und Mahvash Sabet am 5. März 2008 verhaftet. Sie wurden von einem Richter mit dem Namen Mogheisse von der Abteilung 28 des Teheraner Revolutionsgerichts zu jeweils 20 Jahren Haftstrafe verurteilt. Sie verbrachten ihre bisherige Haftzeit in Rejaishahr, in Karaj in Qarchak und in Waramin, befinden sich aber gegenwärtig im besonders berüchtigten Teheraner Evin-Gefängnis. Sie haben bisher keinen Hafturlaub bekommen.

**Farah Wasehan** wurde am 9. Dezember 2009 im Zuge der Protestbewegung gegen die „Wahl“ von Ahmadinejad verhaftet. Sie wird in Abteilung 209 des Evin-Gefängnisses festgehalten. Sie wurde zunächst zum Tode verurteilt. Das Urteil wurde dann vom Richter Mogheisse zu 17 Jahren Haft und Verlegung in das Gefängnis Rejaishahr geändert. Sie wurde zweimal außerhalb des Gefängnisses medizinisch behandelt, wurde aber wieder ins Evin-Gefängnis zurückgeführt. Ihr gesundheitlicher Zustand ist sehr schlecht.

**Mariam Akbar Monfared** hat ebenfalls an der Protestbewegung des Jahres 2009 teilgenommen. Sie wurde zu 15 Jahren Gefängnisstrafe verurteilt und sitzt im Evin-Gefängnis.

**Motaharreh Bahrami Haghghi (61)** wurde zu zehn Jahren Haft verurteilt. Gemeinsam mit **Reyhane Haj Ibrahim Dabagh**, die zu 15 Jahren Haft verurteilt wurde, gehört sie zu den Gefangenen, die keine politische Vergangenheit haben.

---

<sup>102</sup> <http://europeandemocracy.eu/2012/03/208-years-in-prison-for-34-iranian-women/> 15.03.2012





**Bahare Hedayat** (30) war eine studentische Aktivistin und Sprecherin einer islamischen Studentenorganisation. Sie wurde am 31. Dezember 2009 verhaftet und zu zehn Jahren Haft verurteilt. Ihr wird vorgeworfen, ausländischen Medien Interviews gegeben und den iranischen Präsidenten sowie Revolutionsführer beleidigt zu haben. Ihre Gefängnisstrafe war von neuneinhalb auf 10 Jahre erhöht worden, weil sie aus dem Gefängnis in Briefform eine Erklärung zum "Tag des Studenten" geliefert hat.

**Fateme Rahnama** (52) wurde am 29. Juli 2009 verhaftet. Ihr wird vorgeworfen, mit den Volksmojahedin zusammen gearbeitet zu haben. Sie wurde zu zehn Jahren Haft verurteilt. Sie ist an Krebs erkrankt, hat bisher aber keinen Hafturlaub erhalten. Sie durfte auch an der Beisetzung ihrer Mutter nicht teilnehmen.

**Ronak Safarsar** ist eine kurdische Aktivistin und befindet sich seit 8. Oktober 2007 in Haft. Sie ist Mitglied der Kampagne „Eine Million Unterschriften für Frauenrechte“. Sie wurde zu sechs Jahren und sieben Monaten Haft verurteilt.

**Haniye Farashi** und Ladan Mostofi wurden wegen ihrer Aktivität in einem Internetforum und der Kritik des religiösen Denkens im Juli 2010 verhaftet. Farashi wurde zu sieben Jahren und Mostofi zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilt.

Die Anwältin **Nasrin Sotudeh** wurde am 4. September 2010 verhaftet. Sie befindet sich in Einzelhaft im Evin-Gefängnis. Sie wurde zunächst zu elf Jahren Haft, 20 Jahren Reiseverbot ins Ausland und 20 Jahren Berufsverbot verurteilt. Ihr wird vorgeworfen "gegen das System propagiert, Maßnahmen gegen die nationale Sicherheit unternommen und die Kleiderordnung nicht beachtet zu haben."

Später wurde das Urteil auf sechs Jahre Haft reduziert. Sie hat bisher keinen Hafturlaub bekommen.

**Nasrin Ghadiri, Nahid Ghadiri, Rosita Wasseghi** und **Sima Eschraghi** sind vier Bahai-Frauen, die jeweils zu fünf Jahren Haft verurteilt wurden. Nasrin Ghadiri wurde am 15. Juli 2010, Nahid Ghadiri und Rosita Wasseghi wurden am 15. Juli 2010 und Sima Eschraghi wurde am 27. Januar 2010 verhaftet. Ihnen wird vorgeworfen, die "Bahai-Religion propagiert, die islamischen Heiligtümer beleidigt, gegen das politische System opponiert und Maßnahmen gegen die nationale Sicherheit unternommen" zu haben.

**Monireh Monzawian** ist Bahai und ging am 30. Juni 2009 ins Gefängnis, nachdem sie dazu schriftlich aufgefordert worden war. Sie hat eine dreijährige Haftstrafe abzusitzen.

**Tareh Taghisadeh** ist Bahai. Sie befindet sich seit 8. Januar 2011 im Gefängnis und wurde zu 22 Monaten Haft verurteilt.



**Kobra Banasadeh Amiri** (56) wurde am 16. Januar 2006 im Teheraner Flughafen verhaftet. Sie wollte gemeinsam mit 18 anderen Personen in den Irak reisen, um ihre Söhne und Töchter, die noch im Camp Ashraf wohnten, zu besuchen. Die Volksmujahedin befanden sich dort. Amiri wurde zu fünf Jahren Haft verurteilt.

**Kefayat Malek Mohammadi** (60) wurde am 27. Dezember 2009 verhaftet. Ihr wird vorgeworfen die "nationale Sicherheit gefährdet" zu haben. Sie wurde zu fünf Jahren Haft verurteilt.

**Shabnam Madadsadeh** (33) studierte an der Teheraner Universität und gehörte einer islamischen Studentenorganisation an. Sie wurde am 20. Februar 2009 gemeinsam mit ihrem Bruder Farzad Madadsadeh verhaftet. Sie wurde zu fünf Jahren Haft und Verbannung verurteilt.

**Atefe Nabavi** (38) studierte an der Teheraner Universität und ist eine politische Aktivistin. Sie wurde am 15. Juni 2009 gemeinsam mit sieben anderen Personen in ihrem Haus verhaftet. Ihr wird vorgeworfen, Kontakt mit den Volksmujahedin zu haben und an den großen Demonstrationen gegen Ahmadinejad teilgenommen zu haben.

**Masume Jawari** wurde am 18. September 2009 verhaftet. Sie nahm an den Demonstrationen des Al-Quds-Tages teil, gab aber Parolen gegen Ahmadinejad aus. Sie wurde zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilt.

**Ashraf Alikhani** ist eine Schriftstellerin und Bloggerin. Sie wurde im Juni 2011 verhaftet. Sie wurde zu drei Jahren Haft verurteilt. Ihr wird vorgeworfen, per Internet Kontakt mit ausländischen Websites aufgenommen zu haben. Auch ihr wird die "Gefährdung der nationalen Sicherheit und Teilnahme an verbotenen Demonstrationen" vorgeworfen.

**Zaynab Bayzidi** (30) ist eine kurdische Frauenrechtlerin. Sie wurde am 9. Juli 2007 verhaftet und zu vier Jahren Haft verurteilt.

**Parvin Mokhtare, Farahnas Rahimi** (Bahai), **Tahereh Norousi** (Bahai), **Sima Sabtu** (Bahai) **Someira Momtasian** (Bahai), **Mojdeh Fallah** (Bahai), **Mandana Kamali** (Bahai) **Yekta Fahandaj** (Bahai), **Mojgan Emadi** (Bahai), **Farin Rassekhi** (Bahai) **Shirin Ghanbari** (Christin) sind Frauen, die sich ohne Urteil im Gefängnis befinden.

**Sedighe Moradi** ist eine Bahai, die zu zehn Jahren Haft verurteilt worden ist.

**Mahdiye Golru**, Aktivistin einer Frauenorganisation an der Tabatabai-Universität wurde wegen ihrer Frauenaktivitäten zunächst exmatrikuliert und im Jahr 2006 dann verhaftet. Sie wurde am 2. Dezember 2009 mit ihrem Ehemann Vahid Lalipour verhaftet. Sie wurde zu zwei Jahren und zehn Monaten Haft verurteilt.



**Jila Karamsadeh** wurde am 1. Januar 2012 verhaftet. Sie wurde zu zwei Jahren Haft verurteilt, weil sie sich für Frauenrechte eingesetzt hat. Sie gehört zu der Gruppe der „Mütter von Parke Lale“ in Teheran, die für die Rechte der Inhaftierten kämpfen.

**Mahbube Karami** wurde zu drei Jahren Haft verurteilt, weil sie sich für „Menschenrechte eingesetzt und Propaganda gegen das Regime“ betrieben und die „nationale Sicherheit gefährdet“ habe.

**Nazila Dashti** wurde am 27. Mai 2009 zu drei Jahren Haft verurteilt. Als sie verhaftet wurde, war sie Mutter von zwei politischen Gefangenen, die kürzlich entlassen wurden. Dashti muss noch ihre dreijährige Haft absitzen. Sie war verhaftet worden, weil sie sich für ihre Kinder eingesetzt hatte.

**Fereshte Shirasi** ist eine Frauenaktivistin. Sie wurde am 3. September 2011 verhaftet. Sie ist Aktivistin der Kampagne „Eine Million Unterschriften für Frauenrechte“. Shirasi wurde mit drei Jahren Haft und sieben Jahren Ausreiseverbot bestraft.

**Mariam Jalili** und **Mitra Sahmati** sind Christinnen. Sie wurden im Mai 2011 verhaftet und zu 2,5 Jahren Haft verurteilt.

**Zahra Rahnavard** ist die 48te Frau dieser Liste. Kein Richter hat über ihre Verhaftung ein Urteil ausgesprochen. Sie ist die Ehefrau von Mir Hussein Moussawi. Beide befinden sich im Hausarrest. Rahnavard wurde 1945 geboren. Sie befindet sich seit 15. Februar 2009 in Haft.

Indessen gab die Menschenrechtsorganisation bekannt, dass zwei weitere Bahai-Frauen, **Huriye Mohsseni** und **Negin Ahmadian**, verhaftet worden sind.

### **Friedhofsruhe an den iranischen Universitäten 103**

Am 7. Dezember 1953 wurden in Teheran drei Studenten bei einer Protestdemonstration von der Polizei getötet. Dieser Tag wird seitdem im Gedenken als „Tag des Studenten“ begangen. In diesem Jahr rief eine im iranischen Untergrund arbeitende studentische Organisation die „Woche des Studenten“ aus, die vom 7. bis 14. Dezember dauerte. Es konnten keine öffentlichen Veranstaltungen durchgeführt werden. Zu viele Studenten sitzen in Haft oder wurden exmatrikuliert. Es herrscht Friedhofsruhe an den iranischen Universitäten.

---

<sup>103</sup> <http://europeandemocracy.eu/wp-content/uploads/wp-post-to-pdf-enhanced-cache/1/deathly-silence-in-the-corridors-of-iranian-universities.pdf> 18.11.2012



**Die Machthaber monopolisieren die Universität:** Fünf Studenten, die wegen ihrer Menschenrechtsaktivitäten in Haft sitzen, schrieben eine Erklärung, die aus dem Gefängnis geschmuggelt und ins Internet gesetzt wurde. Sie heißen Javad Alikhani, Arash Sadeghani, Mostafa Neili, Seyyed Mehdi Khodai und Peyman Aref. In ihrer Erklärung, die von der im Exil arbeitenden Menschenrechtsorganisation *Human Rights House in Iran* veröffentlicht wurde, kritisieren sie die Machthaber der „Islamischen Republik“: „Die Totalitaristen kennen sehr gut die kritische und antidespotische Rolle der Universitäten.“ Daher würden die iranischen Machthaber die „Universität nach ihrem ideologischen Geschmack instrumentalisieren und politisch monopolisieren.“

In ihrer Erklärung schreiben sie, dass freie Wahlen auf der Grundlage der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte durchgeführt werden müssen. Sie fordern unter anderem die bedingungslose Freilassung aller politischen Gefangenen, Meinungsfreiheit und die Freilassung aller inhaftierten Journalisten und Freiheit für alle politischen Parteien. Sie warnen die Regierung von Ahmadinejad, nicht weiterhin mit „unüberlegten Reden“ den Iran an den Rand des Krieges zu treiben.

**Die Sternträger:** Seitdem Ahmadinejad an die Macht gekommen ist, kursiert ein neuer Begriff in der akademischen Welt des Iran. Es ist die Rede von den „studentischen Sternträgern“, eine Anspielung auf den gelben Davidstern, den die Juden im deutschen Nationalsozialismus tragen mussten. Das erste Kennzeichen der „studentischen Sternträger“ ist, dass sie nicht studieren dürfen. Sie können zudem allein wegen aufklärerischer Aktionen zu hohen Geld- oder hohen Gefängnisstrafen verurteilt werden. Manchmal „verschwinden“ sie auch, wenn sie frei sind oder im Gefängnis und kommen nie wieder zurück.

In den studentischen Berichten heißt es, dass schon seit dem Beginn der islamischen Revolution kritischen Studenten nicht erlaubt wurde, zu promovieren. Viele bekamen gar nicht erst eine Studierenerlaubnis, beispielsweise die meisten jungen Angehörigen der Bahai-Religion. Allein wegen Menschenrechtsaktivitäten können Studenten nicht nur zwangsexmatrikuliert werden, sondern gleich hohe Gefängnisstrafe bekommen. Viele Hochschullehrer sind entlassen oder in die Frührente geschickt worden. An manchen Universitäten ist die geschlechtsspezifische Segregation in der Lehre eingeführt worden. Unter islamistischem Vorzeichen bedeutet dies einen weiteren Schritt in Richtung einer geschlechtsspezifischen Apartheid in der Politik und Praxis einer totalitären Diktatur. Auf Facebook haben einige der sich inzwischen im US-amerikanischen Exil befindenden Studenten eine Aktion gestartet, die sich „Kampagne Leerer Stuhl“ nennt. Exiliranische Studenten haben in ihren Seminaren einige Stühle in den Hörsälen symbolisch freigehalten, in Erinnerung an die verhafteten Studenten im Iran.

**Die Bassiji-Studenten:** Es überrascht niemanden, dass in diesem Jahr keine Protestveranstaltungen an iranischen Universitäten durchgeführt werden konnten.



Die studentischen Bassiji-Organisationen kontrollieren alle Aktivitäten an den Universitäten. Die Bassiji-Einheiten sind eine paramilitärische Abteilung der iranischen Revolutionsgardisten, der sogenannten Wächter der islamischen Revolution. Sie rekrutieren ihre Mitglieder auch in Schulen und in Universitäten. Dort sollen sie darauf achten, dass die Studenten die Linie der islamischen Revolution nicht verlassen. Es sind studentische Schlägergruppen, die im Dienste der Diktatur jede zivilgesellschaftliche Regung unterdrücken sollen.

Dennoch konnten auch die Bassiji nicht jeden Protest verhindern. Ausgerechnet als der Herausgeber der Zeitung Kayhan, Hussein Schariatmadari, von den Bassiji-Studenten an die Universität Schahid Abaspur eingeladen wurde, ist es zu Protesten gekommen. Kayhan gilt als das Sprachrohr des Revolutionsführers Ali Khamenei. Einige Studenten hielten bei seinem Auftritt Plakate hoch, auf denen zu lesen war, dass "Kayhan die Zeitung der Faschisten" sei, berichtete eben diese Zeitung am 12. Dezember 2012.

Hussein Schariatmadari warf daraufhin den protestierenden Studenten vor, die persischsprachige Sendung von "Radio Israel" nachzuahmen. Dabei hielten die Protestierenden ein Foto des unter Präsident Khatami aktiven reformislamistischen Politikers Mostafa Tajzadeh hoch. Dieser sitzt seit zwei Jahren in Haft. Schariatmadari, der den "Führer" Khamenei in seiner Zeitung offiziell vertritt, warf der Protestbewegung gegen die Wahl des Präsidenten Ahmadinejad vor, zur "fünften Säule des Feindes" zu gehören. Kayhan schreibt, dass die Bassiji-Studenten in der Überzahl waren. Ausgerechnet Schariatmadari spielte aber den Demokraten und erlaubte den wenigen protestierenden Studenten, Fragen zu stellen, auch wenn diese seine Zeitung als faschistisch "beleidigten".

Die iranische Studentenbewegung hat in den letzten drei Dekaden einen hohen Preis bezahlt, um den islamistischen Totalitarismus zu entlarven und zu bekämpfen. Die Studenten verstehen ihren Kampf als einen Teil der gesellschaftlichen Bewegungen für die Demokratisierung der Gesellschaft.

**Der 7. Dezember 1953:** Der „Tag des Studenten“ geht auf die Zeit der Militärdiktatur zurück, als die Demokratiebestrebungen im Iran Opfer des Kalten Krieges wurden. Das im Namen Gottes sich legitimierende Regime ist sogar gegenüber seinen Anhängern, die bis gestern zu den treuesten Dienern gehörten, unbarmherzig. Unter der Diktatur des Schahs waren in der Tat politische Parteien, insbesondere kommunistische Organisationen, aber auch liberal-bürgerliche Parteien verboten. In der islamistischen Diktatur aber werden die kleinsten gesellschaftspolitischen Regungen unterdrückt. Der "Führer" Khamenei und die ihm ergebenden totalitären Organe setzen die staatliche Interpretation der islamischen Gesetze auch an den Universitäten durch. Das islamistische Regime geht heute unvergleichbar brutaler gegen studentische Proteste vor als das des Schahs, die Universitäten werden permanent von studentischen Bassiji-Gruppen überwacht.



Am 19. August 1953 hatten iranische Generäle mit Hilfe der USA einen Putsch gegen den damaligen Ministerpräsidenten Mossadegh durchgeführt. Am 7. Dezember 1953 demonstrierten iranische Studenten gegen die Ankunft des britischen Gesandten in Teheran. Dessen Ankunft und ein Iran-Besuch des damaligen Vizepräsidenten der USA, Richard Milhous Nixon, gaben den Anlass für die Demonstrationen. Die studentischen Proteste dauerten einige Tage. Verschiedene Universitäten wurden von Soldaten besetzt. Damals starben drei Studenten, Mostafa Bosorgnia, der Mitglied des Zentralkomitees der Jugendorganisation der moskauorientierten Tudeh-Partei war, Mehdi Schariat Razawi, der zu den Kadern der Jugendorganisation der Tudeh gehörte, und Ahmad Qandchi, ein Sympathisant der Nationalen Front, die von Mossadegh geführt wurde.

### **Todesurteil für einen Sänger, der in Köln lebt** <sup>104</sup>

Shahin Najafi ist ein Sänger, der aus dem Iran geflohen ist und in Deutschland lebt. Er singt kritische Lieder, die die iranischen Inquisitoren nicht mögen. Sie fordern nun seinen Tod. Die Schiaonline hat ein Kopfgeld auf ihn gesetzt. Der Mörder soll 100.000 Dollar für die Hinrichtung von Najafi in Deutschland oder sonst wo bekommen. Die Fatwa stammt von Ayatollah Safi Golpayegani.

Farsnews hat mehrere Meldungen dazu geschrieben und erklärt, dass Najafi ermordet werden muss und hat zu einer Kampagne zur Hinrichtung von Najafi aufgerufen.

Tatsächlich hatte Farsnews sich auf eine Fatwa von Großayatollah Safi Golpayegani berufen, die sich nicht allein auf Najafi bezieht. Daynews hat die Fatwa des Großayatollahs mit folgendem Wortlaut veröffentlicht. Großayatollah Safi Golpayegani wird wie in einer Fatwa üblich gefragt: „Im Namen Gottes. Seit einiger Zeit sind einige Söldner, die hauptsächlich zur Konterrevolution im Ausland gehören, dabei, ganz einfach im Internet und in ihren Websites und in ihren Webloggs unseren unschuldigen Imam Hadi zu beleidigen. Sie werden unverschämt (mit Witzen, Karikaturen, Beleidigungen. Lügen usw...), was ist das Urteil gegen diese Personen?

Die Antwort des Großayatollahs lautet: Falls sie den Imam verletzt und beleidigt haben, sind sie Abtrünnige.“

Die Fatwa ist, wie es sich gehört, mit Stempel und Unterschrift versehen.

Für Abtrünnige ist im Islam die Todesstrafe vorgesehen.

---

<sup>104</sup> <http://europeandemocracy.eu/2012/05/iran-us-100-000-for-an-execution-in-germany/> 11.05.2012



Daraufhin haben die Revolutionsgardisten und Bassijkräfte, die hinter Websites wie Shiaonline und Farsnews stecken, Schahin Najafi ausfindig gemacht, der zu dieser Fatwa passt. Denn sie gehen davon aus, dass die Musik von Shahin Najafi solche Beleidigungen enthalte. Daynews hat auch eine Reihe von Karikaturen gegen Najafi veröffentlicht, wie er beispielsweise am Galgen hängt. Das Problem ist aber, dass jeder Fanatiker sich nun ermächtigt fühlen kann, eine Person ausfindig zu machen, der in die Kategorie der Fatwa passt.

Die CD von Najafi wird in Deutschland legal verkauft. Dennoch muss Najafi nun in Angst leben. Iran regiert nach Deutschland hinein. Bisher hat die deutsche Politik darauf nicht reagiert. Wie hoch dürfen die Kosten für die guten deutsch-iranischen Beziehungen sein?

Zwar bekommt Najafi inzwischen Polizeischutz, aber man hat ihm geraten Deutschland zu verlassen. Wird er bald zur Persona non Grata erklärt?

### **Iran: Todesfatwas gegen Muslime und Nicht-Muslime<sup>105</sup>**

Shahin Najafi ist der erste, der von den neuen Fatwas der iranischen Großayatollahs betroffen ist. Diese Fatwas richten sich aber generell gegen alle, Muslime und Nicht-Muslime, die die schiitischen Imame und den Propheten Mohammed „beleidigen“. Besonders die zweite Fatwa, die von Großayatollah Makarem Schirasi verkündet wurde, macht explizit deutlich, dass auch Nicht-Muslime mit einer Hinrichtung rechnen müssen, wenn sie einer solchen „Beleidigung“ für schuldig befunden werden.

**Die zweite Fatwa:** Folgende Frage wurde an Großayatollah Makarem Schirasi herangetragen:

„In Anbetracht der Tatsache, dass eine Person namens Shahin Najafi, der ein Sänger im Ausland ist, im Text seines Liedes und in Bildern den Imam Ali al-Naghi al-Hadi beleidigt hat und die Kuppel der heiligen Moschee von Imam Ali ebne Mussa al-Reza geschmäht hat und in Anbetracht der Tatsache, dass die betreffenden Personen die Musikfiles und die Bilder auf viel besuchten Websites installiert haben, bitten wir Sie uns mitzuteilen, was die Antwort auf Grundlage der Sharia der Schiiten und ihrer Freunde in diesem Zusammenhang ist.“

Die auf der Sharia beruhende Antwort des Großayatollahs Makarem Schirasi, die gleichzeitig als eine Fatwa gilt, lautet:

---

<sup>105</sup> <http://europeandemocracy.eu/2012/05/iranian-death-fatwas-issued-on-muslims-and-non-muslims/>  
16.05.2012



„Jede Schmähung der herausragenden Instanz der makellosen Imame und jede offensichtliche Beleidigung von ihnen, macht, wenn diese von einem Muslim begangen wird, diese Person zu einem Apostaten. Wenn diese Tat aber von einem Nicht-Muslim begangen wird, gilt er als ein *Sab ul Nabi*, ein Beleidiger des Propheten.“

Schon Ayatollah Khomeini war der Meinung, dass die Strafe für einen Beleidiger des Propheten Mohammad die Todesstrafe ist und hat deswegen die Hinrichtung Salman Rushdies gefordert. Dessen Übersetzer wurde getötet. Die Vertreter der islamistischen Diktatur haben zwar gesagt, dass sie kein Mordkommando im staatlichen Auftrag zu seiner Hinrichtung losschicken werden, aber die Fatwa ist bis heute gültig. Jeder, der sich berufen fühlt, Salman Rushdie zu töten, kann sich daher vermeintlich auf eine religiöse Legitimation des Mordes berufen.

Auch in Bezug auf die Fatwa von Ayatollah Makrem Schirasi kann sich heute ein religiöser Fanatiker berufen fühlen, einen „Beleidiger“ des Propheten oder der schiitischen Imame ausfindig zu machen und diesen zu töten, ob Muslim, oder Nicht-Muslim, ob im Iran oder andernorts.

Die Fatwa hat aber auch eine positive Seite. Da in der Antwort kein Name genannt wurde, muss sich ein Anhänger dieser Ayatollahs nicht verpflichtet fühlen, jeden umzubringen, der vermeintlich einen der muslimischen Heiligen beleidigt hat.

**Die erste Fatwa:** Tatsächlich hatten im Falle von Shahin Najafi beide Großayatollahs, Safi Golpayegani und Makrem Schirasi, den Namen von Shahin Najafi nicht genannt. Großayatollah Safi Golpayegani war zuerst gefragt worden, welche Sharia-Gesetze befolgt werden müssten, wenn „konterrevolutionäre Söldner“ im Ausland in Internetforen den Imam Hadi mit Witzen, Karikaturen, Schmähungen und Lügen beleidigen würden. Die Antwort des Großayatollahs lautete: „Falls sie die Ehre des Imam verletzt und beleidigt haben, sind sie Abtrünnige.“ Für Abtrünnige gilt im Islam die Todesstrafe.

Daraufhin haben die Revolutionsgardisten, die die Nachrichtenagentur *Farsnews* finanzieren, Shahin Najafi identifiziert und erklärt, dass die Fatwa von Ayatollah Safi Golpayegani auf ihn zutreffe. Sie haben daraufhin seine Hinrichtung gefordert. *Shiaonline* hat 100.000 Dollar Kopfgeld auf ihn ausgesetzt und gibt an, das Geld stamme von einem arabischen Unterstützer, der am Persischen Golf lebt. Laut *Afsaran.ir* soll nun auch Ayatollah Fazel Lankarani eine Fatwa in diesem Kontext erlassen haben. Seine schriftliche Fatwa hierzu ist bisher aber nicht veröffentlicht worden.





## Iran: "Ein Schuss auf den Apostaten"<sup>106</sup>

In einem Online-Computerspiel dürfen Fanatiker nun die Hinrichtung von „Apostaten“ üben. Staatliche Nachrichtenagenturen des Iran ermuntern die Muslime, dieses Spiel herunterzuladen. Die staatliche Nachrichtenagentur *Fars News* meldete, dass das Spiel „Ein Schuss auf den Apostaten“ ins Internet gestellt worden ist. Jeder kann das Spiel umsonst herunterladen und auf den Rapper Shahin Najafi zielen. Das Spiel sei von der Stiftung „Kunst des reinen Islam“ zur Verteidigung der „religiösen Ehre“ entwickelt worden. Der Spieler könne Shahin Najafi, den „Vertreter des Teufels“, nach einigen Übungen ermorden.

Das Ziel dieses Spiels sei es, den „Hass der Schiiten“ sichtbar zu machen. Ein weiteres Ziel sei es, die Bereitschaft für die „Vollstreckung des Todesurteils an diesem verdammten Apostaten“ zu fördern. Najafi und jede andere Person, die die Imame und den Propheten Mohammed beleidigen, müssten nun, ähnlich wie der „dreckige“ Salman Rushdie, bis „zu ihrem Tod in einem Versteck“ leben, meldet *Fars News*.

In diesem Spiel werde Shahin Najafi als eine Marionette von BBC, Facebook, Twitter, Googleplus, Voice of America (VOA) und des „Zionismus“ dargestellt. Der Spieler könne den sich bewegenden Najafi erschießen, mal als Marionette von Facebook, mal des VOA. Weitere Spiele würden bald von derselben Institution bereitgestellt werden.

**Die Cyber-Hizbollah im Dienste der totalitären Diktatur:** Unterdessen veranstaltete die iranische Cyber-Hizbollah ihre achte Konferenz. Die Konferenz wurde im staatlichen Fernsehen ausgestrahlt. Laut eigener Veröffentlichungen gehen die Organisatoren von einem „Internetkrieg“ aus, der gegen den Iran geführt werde. In ihrer Abschlusserklärung verurteilte diese Organisation die „Beleidigungen“ von Shahin Najafi. Nach den „Aufständen“ (Fetne) des Jahres 2009 habe die islamische Revolution im Internet jedoch „eine neue Geburt“ erlebt. Einer der Teilnehmer dieser Konferenz war Fazlinejad, der nicht nur auf Shahin Najafi einging, sondern auch auf dessen Gruppe Tapesh 2012 sowie Golshifte Farahani und Mohssen Namjoo. Sie alle hätten den Islam beleidigt.

Die Cyber-Hizbollah hat Angriffe auf Websites angekündigt, die „Beleidigungen“ wie die von Najafi verbreiten. Diese Organisation lobt zudem die Empfehlung des iranischen Revolutionsführers Ali Khamenei, einen Obersten staatlichen Internetrat zu gründen. Die Cyber-Hizbollah erhofft sich von dieser Entscheidung eine größere staatliche Unterstützung. Denn bisher sei die Cyber-Hizbollah zwar von verschiedenen Ministerien unterstützt worden, aber nun könne die staatliche Unterstützung einheitlicher gestaltet werden.

---

<sup>106</sup> <http://europeandemocracy.eu/2012/06/iranian-state-terrorism-a-shot-at-the-apostates/> 11.06.2012



**Blogger im Widerstand:** Nicht alle Iraner unterstützen die Aufrufe zur Ermordung von Andersdenkenden. Beispielsweise erinnert Siamak Mehr daran, dass viele Iraner ermordet worden seien, weil sie „den Islam beleidigt“ – faktisch geht es um Abweichungen von und Kritik an der islamischen Staatsdoktrin – hätten. Ein Beispiel sei die Ermordung von Fereidun Farokhzad, der am 6. August 1992 in Bonn von fanatischen Muslimen erstochen worden ist und zwei Tage später starb.

In einem BBC-Blog kritisiert der in Deutschland lebende Literaturkritiker und Journalist Faraj Sarkohi den „Monopolanspruch einer Religion“ gegenüber alle anderen religiösen und nicht-religiösen Denkweisen. Anhänger anderer Religionen und auch Atheisten reagierten auf die Verhaltensweisen, die sie als „Beleidigung“ einstufen. Aber manche muslimische Instanzen würden alle Grenzen überschreiten und auf „physische Gewalt“ zurückgreifen.

Sarkohi schreibt, dass manche Handlungen, die in Europa vollzogen wurden, wie Bombenattentate auf Redaktionen, Todesfatwas und Angriffe auf Personen und Gebäude Angst erzeugt hätten. Einige europäische Medien würden inzwischen „Selbstzensur“ ausüben und keine Schriften veröffentlichen, die von manchen Muslimen als „Beleidigung“ aufgefasst werden könnten. Aber irgendwann werde sich die „künstlerische und literarische Kreativität durchsetzen und die Grundlagen für Meinungsfreiheit wieder schaffen“.

Fakt ist, dass das iranische Regime aktiv zur Ermordung von Andersdenkenden auch im Ausland aufruft. Das ist nicht mehr und nicht weniger als Staatsterrorismus.

### **Die iranische Moralpolizei bekämpft den „Virus“: Die Repression gegen „unislamisch“ gekleidete Frauen wird verschärft<sup>107</sup>**

Frauen, die sich nicht „islamisch“ bekleiden, müssen im Iran mit Repressalien der Polizei und der Revolutionsgardisten rechnen. Seit mehr als 30 Jahren findet in der Öffentlichkeit ein alltäglicher Kleinkrieg zwischen Frauen, die sich den Vorschriften des Regimes widersetzen, und den Repressionskräften statt. Immer wieder ordnen die islamistischen Machthaber verschärfte Maßnahmen an, Massenverhaftungen sind die Folge. Derzeit beginnt wieder eine solche Kampagne. Der iranische Polizeichef Ismael Ahmadi Moqadam will mit „moralischem Kapital und der Hilfe von frommen Bürgern“ die Frauen bekämpfen, die sich nicht islamisch kleiden. Er sagte: „Wir dürfen nicht erlauben, dass der Virus von schlecht getragenen Kopftüchern verbreitet wird.“

---

<sup>107</sup> <http://europeandemocracy.eu/wp-content/uploads/wp-post-to-pdf-enhanced-cache/1/irans-moral-police-combat-the-virus-of-western-oriented-women.pdf> 28.06.2012



Fars News zitierte den Polizeichef am 19. Juni: „Wir bemühen uns, unsere gesetzliche und religiöse Pflicht zu erfüllen und werden uns auf diesem Weg äußerst achtsam verhalten, damit niemand dagegen protestiert.“ Die iranischen Frauen werden polizeilich verfolgt, sollen aber nicht dagegen protestieren. Schon am 17. Juni hatte Hojatulislam Seyyed Mehdi Moussawi erklärt, dass die „Westler der Jugend Fallen stellen“ würden, indem sie gegen den Hijab, die Verschleierung, agitieren, berichtete Fars News.

**Revolutionsgardisten bekämpfen Frauen:** Wenn die Islamisten das Machtmonopol im Staat haben, diskutieren sie auch gerne untereinander. Es gibt einen alten Streit unter den Islamisten, ob die Gesellschaft mit Überredungskunst und Erziehungsmaßnahmen, die mit psychischem Druck auf Schüler und Gewalt in der Familie einhergehen, oder mit purer Gewalt der Revolutionsgardisten und der Moralpolizei gegen die Zivilgesellschaft „islamisiert“ werden soll. Der Wille eines großen Teils der iranischen Bevölkerung, frei leben zu wollen, soll letztlich mit Hilfe unterschiedlicher Formen der totalitären Gewalt gebrochen werden.

Tatsächlich wurden in den vergangenen Wochen eine Reihe von Artikeln in Fars News und anderen Medien veröffentlicht, die zur „religiösen Erziehung“ von Familien aufriefen, damit die Frauen sich auch wirklich „islamisch“ kleiden. Fotos von Frauen wurden veröffentlicht, die mit Miniröcken bekleidet in Autos saßen, aber Kopftücher getragen haben. Sie seien sofort von der Moralpolizei verhaftet worden, berichtete Fars News.

Es dauerte nicht lange, bis sich auch die „Kulturabteilung“ der Revolutionsgardisten zu Wort meldete. Im von Islamisten beherrschten Iran bestimmt der Staatsklerus, was die „islamische Kultur“ ist, eine iranisch-säkulare Kultur wird bekämpft. Deswegen haben in der islamistischen Diktatur die Revolutionsgardisten eine „Kulturabteilung“, die dafür sorgt, dass alle „Institutionen“ der iranischen Gesellschaft ihrer „religiösen und gesetzlichen Pflicht“ nachkommen.

Hamidreza Moqadamfar, der Sekretär der Kulturabteilung der Revolutionsgardisten, warnt, dass es nicht ausreiche, wenn „nur kulturelle Arbeit zur Bekämpfung schlechter Kopfbedeckung“ von Frauen durchgeführt werde. Er ist der Meinung, dass die „unislamische“ Bekleidung der Frauen nicht allein ein kulturpädagogisches Problem sei, sondern aktiv bekämpft werden muss, damit das Phänomen von „der Bildfläche der Gesellschaft“ verschwindet.

Die Sätze des Kulturbeauftragten der Revolutionsgardisten machen die paranoide Haltung der Diktatur deutlich, wenn er schreibt, dass das Phänomen der „unislamischen“ Kopfbedeckung „eine von ausländischen und inländischen Elementen organisierte Bewegung“ sei, die sogar manchmal von „Banden“ organisiert werde, die die „Ziele der islamischen Revolution“ bekämpfen wollten.



Die Revolutionsgardisten wollen „ernsthaft“ gegen die Frauen vorgehen, die sich unislamisch kleiden, berichtete Fars News am 20. Juni. Die Teheraner Polizei hat erklärt, dass sie die Frauen stärker ins Visier nehmen will. Dabei sind insbesondere im heißen iranischen Sommer strenge islamische Vorschriften eine Qual für die meisten Iranerinnen.

**Frauen werden überall kontrolliert:** Im Kampf gegen die Frauen, die ihre Kopftücher „unislamisch“ tragen – also etwa eine Haarsträhne sehen lassen – und am liebsten ganz auf sie verzichten würden, arbeiten die Revolutionsgardisten eng mit der Moralpolizei zusammen. Seit dem Beginn der Regierungszeit von Präsident Mahmoud Ahmadinejad wurde ein staatliches Programm zur „Expansion der Kultur des Hijab und Sittsamkeit“ durchgesetzt. Die Teheraner Polizei hat erklärt, dass sie in allen Parkanlagen der Stadt die Kleidung der Frauen kontrollieren werde.

Am 9. Juni berichteten iranische Medien, dass das iranische Innenministerium neue Vorschriften für Studentinnen erlassen habe, wie sie sich „islamisch“ kleiden sollten. Darin wurde kritisiert, dass Studentinnen an den Universitäten die vorgeschriebene Kleiderordnung nicht richtig beachteten. Zwar wolle das Innenministerium keine Uniformen für die Frauen einführen und sie nicht „vereinheitlichen“. Nicht alle Studentinnen müssten schwarze Schleier tragen. Vielmehr dürften die Schleier und die Kopftücher modisch und bunt sein.

Die Teheraner Polizei meldete schon Ende Mai, dass über 80 kleine Lebensmittelläden geschlossen worden seien. Dort sei die islamische Kleidervorschrift für Frauen nicht sorgfältig befolgt worden.

Wie lange will die Welt noch wegschauen, wenn die iranischen Frauen von der geschlechtsspezifischen Apartheidpolitik der islamistischen Diktatur systematisch unterdrückt werden?

### **Ausbeutung im Iran<sup>108</sup>**

Rund 10.000 iranische Arbeiter haben sich in einer Unterschriftenaktion gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung gewandt. Die Mobilisierung zu dieser Protestaktion findet landesweit statt. Die Aktion begann am 1. Mai und dauert bis heute an. In der Erklärung wird beklagt, dass der Durchschnittsverdienst der Arbeiter im Vergleich zu den vergangenen Jahren immens abgenommen habe. Dabei sei Präsident Mahmoud Ahmadinejad bei den Armen mit dem Versprechen auf Stimmenfang gegangen, dass er die Armut im Iran abschaffen wolle. Ahmadinejad habe angekündigt, dass es bald „keinen einzigen Armen mehr im Iran“ geben würde.

---

<sup>108</sup> <http://europeandemocracy.eu/2012/06/exploitation-in-iran/> 29.06.2012



Die städtische Arbeiterschaft leidet besonders unter der Wirtschaftspolitik der Regierung. Der Widerstand könne in Zukunft noch stärker werden, falls die soziale Lage der armen Schichten der Bevölkerung sich nicht verbessere, sagt ein Arbeiteraktivist im Gespräch mit dem persischsprachigen Radiofarda.

**Listige Wirtschaftspolitik:** Ein iranischer Arbeiteraktivist, der inzwischen in Norwegen lebt, sagte, die meisten Arbeiter seien sehr unzufrieden mit den Subventionsgesetzen, die unter Ahmadinejad verabschiedet wurden: „In Wirklichkeit sind diese Gesetze nur eine List, um langsam aber sicher die Subventionspolitik gänzlich abzuschaffen. Es war geplant, dass die Einnahmen aus dem Ölgeschäft in Form der Subventionspolitik die soziale Lage der Arbeiterschaft verbessern.“ Das Gegenteil sei aber der Fall. Die Regierung betreibe „Lohndumping, mit der Ausrede, dass doch Subventionen bezahlt werden“. Die iranischen Arbeiter seien daher sehr unzufrieden und hätten nicht ausreichend Geld, um den Lebensunterhalt ihrer Familien zu sichern.

**Kinderarbeit:** Im Iran sind gegenwärtig rund sieben Millionen Kinder unter 15 Jahren gezwungen, schwere Arbeit zu verrichten. Sie haben keine Chance, eine Ausbildung zu machen. Insbesondere die Kinder aus afghanischen Flüchtlingsfamilien, aber auch Millionen iranische Kinder seien gezwungen, zu arbeiten. Arbeit ohne Lohn: Viele Unternehmer haben schon seit über neun Monaten keine Löhne ausbezahlt. Die Arbeiter kämpfen darum, ohne Lohn versichert zu werden, damit sie wenigstens medizinisch behandelt werden können. Dies trifft unter anderem auf eine Weberei in der Provinz Sanandaj zu, meldet Radiofarda.

**Staatlich unterstützte Maßnahmen gegen Streiks:** Wie Shahrzadnews berichtet, haben mehr als 89 Prozent der iranischen Arbeiter nur zeitlich begrenzte Verträge. So werden sie in ständiger Unsicherheit gehalten, sie sollen gezwungen werden, auch Angst vor der Nichtverlängerung ihrer Verträge alle Zumutungen zu akzeptieren. Die Arbeitgeber in der „Islamischen Republik Iran“ haben keine Verpflichtungen gegenüber den Arbeitern und können sie nach Lust und Laune entlassen, ohne ihnen auch nur irgendeine Form von Kompensation zu geben. Einen islamischen Kündigungsschutz gibt es noch nicht. Die Arbeiter werden bei der Einstellung gezwungen, einen Vertrag zu unterzeichnen, in dem festgelegt wird, dass im Falle einer fristlosen Entlassung der Unternehmer nicht verpflichtet ist, irgendeine Form von Kompensationen zu bieten. Diese Unternehmerstrategie wird von der islamistischen Diktatur mitgetragen, zumal Schätzungen zufolge mehr als 75 Prozent der iranischen Wirtschaft inzwischen von Revolutionsgardisten kontrolliert wird.

Die islamistische Diktatur fürchtet nicht nur unverschleierte Frauen, sondern einen Generalstreik der iranischen Arbeiterschaft. Deswegen sollen die iranischen Arbeiter auch keine Rechte bekommen und insbesondere nicht streiken. Sobald Streiks angekündigt werden, sollen die Arbeiter entlassen werden können. Eine Reservearmee von Arbeitslosen erlaubt der Diktatur, eine solche Politik durchzuführen.



## **Iran: Wie ein General den Bock zum Gärtner macht<sup>109</sup>**

Im Iran erinnern Studenten am „Tag des Studenten“ an antidiktatorische Demonstrationen, die auf den 7. Dezember 1953 zurückgehen. Im Jahr 2012 fällt dieser symbolische Tag auf den 6. Dezember. Während für Studenten Friedhofsruhe vorherrscht, melden sich die Unterdrücker der Studentenbewegung zu Wort. An den Universitäten herrscht eine geschlechtsspezifische Diskriminierung von Frauen. Bahai dürfen nicht studieren.

**Wenn ein General den Studentenfürher spielt.** Während Hunderte studentische Menschenrechtsaktivisten in den iranischen Gefängnissen sitzen, spricht ein Mitglied des Generalstabs der iranischen Armee und Leiter der Bassij-Abteilung der Revolutionsgardisten für die iranischen Studenten. Es handelt sich dabei um General Seyyed Masud Jasaeri. Dieser sprach am 6. Dezember zum Tag der Studenten: „Der antiimperialistische Diskurs und der revolutionäre und religiöse Idealismus haben stets den Kampf der Studenten gegen das Schahregime und dessen Unterstützer, den US-Imperialismus, bis heute bestimmt,“ schreibt ISNA am 6.12.2012.

Die iranische Studentenbewegung würde heute noch dank „richtiger Analysen im Dienste der nationalen Interessen“ stehen. Es ist zynisch, wenn ISNA den iranischen General zitiert, dass die Studentenbewegung noch „lebendig, dynamisch und effektiv“ sei. Seine Ansprechpartner können nur die Studenten der Bassij-Organisation sein, die die demokratische Studentenorganisation stets gewalttätig verdrängt und vertrieben hat, wenn er einerseits vom „Zusammensturz der liberalen Demokratie und des westlichen Kapitalismus“ und andererseits von der „besonderen Front der neuen islamischen Zivilisation, die die gewalttätigen Mächte an der Kreuzung der Geschichte bekämpft,“ spricht. Fakt ist, dass die islamistischen Bassij-Studenten die demokratische Studentenbewegung mit Hilfe der iranischen Generalität gänzlich zerschlagen haben, aber ob dies gleich ein Zeichen dafür ist, dass der Islam die Zukunft der Menschheitsgeschichte bestimmen wird, ist stark zu bezweifeln.

**Wenn die Realität pervertiert wird.** Mohammad Ali Asafnani, Mitglied des islamistischen Pseudo-Parlaments meldete sich ebenfalls zu Wort. Er gehört der Faktion der „Prinzipialisten“ an, d.h. einer besonders fundamentalistischen Machtclique. Ironischerweise sagte er: „Manche politische Bewegungen missbrauchen die studentischen Organisationen“, schrieb ISNA am 6.12.2012.

An diesem Tag konnten sich nur regimetreue islamische Gruppierungen öffentlich zu Wort melden, die den Studentenkampf gegen das Schahregime und nicht gegen die islamistischen Machthaber in den Vordergrund stellten. Beispielsweise zitierte ISNA einen Studenten, der ein Lobeslied auf den Revolutionsführer Ali Khamenei

---

<sup>109</sup> <http://europeandemocracy.eu/2012/12/iranian-oppressors-speak-on-behalf-of-the-oppressed/> 07.12.2012



vorgetragen hat. Es sei der „Führer, der Kritik aushält und in einer freien Atmosphäre die Meinung des Volkes hört. Die Staatsbeamten sollten den Führer als ihr Vorbild nehmen, damit ein kritisches Klima entsteht.“

**Die Empfehlungen des Revolutionsführers an die Studenten.** Ali Khamenei hat am 6.12.2012 den iranischen Studenten genau 25 Empfehlungen gegeben, die ISNA veröffentlicht hat. Die Studenten sollen den Koran und Ayatollah Motahari lesen, sich politisch bilden und den Kontakt mit anderen Teilen der Gesellschaft nicht verlieren. Sie sollen ihre Meinungen dem Staatsapparat mitteilen, ihr Wort halten und aufpassen, was die Sozialisten und Marxisten machen. Die iranischen Studenten sollen Kontakt mit islamischen Studenten weltweit herstellen. Sie sollen die Universitäten moralisch rein halten, um nur einige Punkte zu nennen. Mit solchen Parolen konnte in den letzten 34 Jahren jegliche demokratische Bestrebung der Studentenschaft im Keime erstickt werden.

**Geschlechtsspezifische Diskriminierung bei der Immatrikulation an den Universitäten.** Indessen hat die Menschenrechtsorganisation „Justice for Iran“ erklärt, dass eine Reihe von Studienfächern inzwischen nur Männern vorbehalten ist. Iranische Frauen dürfen 14 Fächer nicht studieren und bei den übrigen Fächern hat das Ausmaß der Diskriminierungen eindeutig zugenommen.

**Bahai dürfen nicht studieren.** Die iranischen Bahai dürfen weiterhin nicht studieren. Bahai-Akademiker werden verfolgt. Die islamistische Diktatur bestraft die Bahai für ihren Bildungsanspruch und ihr Bestreben als Akademiker der iranischen Gesellschaft zu dienen. Die Bahai werden in der „Islamischen Republik Iran“ von der Hochschulbildung ausgeschlossen. Auch ihre informellen Initiativen zur Bildung von jungen Bahai werden systematisch unterbunden. Die islamisierten Universitäten haben die Freiheit auf Bildung gänzlich aufgehoben.

### **Arbeiterproteste im Iran<sup>110</sup>**

Arbeiterstreiks und Proteste häufen sich im Iran. Im Jahr 2012 gab es mehr Arbeiterproteste als in den Jahren zuvor. Die Arbeiter stellen meist ökonomische Forderungen nach Lohnerhöhungen. Ein Gros der iranischen Arbeiterschaft geht aber davon aus, dass sie sich gegen den Gottesstaat wehren dürfen und Widerstand leisten müssen, um auf ihre Rechte in einem Unrechtssystem aufmerksam zu machen.

---

<sup>110</sup> <http://europeandemocracy.eu/2012/12/iran-is-in-social-and-economic-meltdown/> 21.12.2012



In den 90er Jahren wurden Arbeiterstreiks faktisch verboten, auch wenn formal noch Paragraphen 141, 142 und 143 der iranischen Arbeitsgesetzgebung gültig sind, die ein Recht auf Streik der Arbeiter einräumen.

Beispielsweise konnten einige privatisierte Firmen im Zuge der Wirtschaftspolitik von Präsident Ahamdinejad monatelang keine Löhne auszahlen. Die Privatisierungspolitik führte zu massiven Entlassungen in verschiedenen Unternehmen, wie BBC Farsi schon im April 2012 meldete. In einigen Fällen wurden Lohnausfälle gemeldet, die über zwei Jahre andauerten. Eine Plastikfirma entließ mehr als 350 Arbeiter, weil im Zuge der Wirtschaftspolitik der Regierung Löhne nicht ausbezahlt werden konnten.

**Korruption und Kapitalflucht.** Auch Korruption spielt eine große Rolle. Beispielsweise ist eine Rohrfirma im Zuge der Privatisierungspolitik Bankrott gegangen. Ein Unternehmer, der die Firma und die Arbeitsplätze angeblich retten wollte, konnte eine iranische Bank überzeugen ihm Kredite zu geben. Er flüchtete aus dem Iran mitsamt dem Geld. Dies ist kein Einzelfall.

**Warum die iranischen Arbeiter protestieren.** Wie radiofarda, die persische Sendung von Radio Free Europe, meldete, schrieben im September 2012 rund 20.000 iranische Arbeiter einen offenen Brief an den iranischen Arbeitsminister. Darin beklagten sie die Nichtauszahlung von Löhnen und die Tatsache, dass die Löhne nur ein Leben unter der Armutsgrenze ermöglichen würden. Die Arbeiter würden täglich weniger Nahrung zu sich nehmen können, weil alles teurer wird. Die iranischen Arbeiter würden monatlich zwischen 182 bis 243 Euro verdienen. Dabei würde die Teuerungsrate in manchen Fällen über 50 Prozent betragen. Die offizielle Armutsgrenze für das Jahr 2012 im Iran beträgt 609,50 Euro. D.h. wer unter dieser Summe verdient, gilt als arm.

609,50 Euro sind aber etwa 2,5 Mal höher als der höchste Lohn, den ein iranischer Arbeiter erhält. Die soziale Lage der Arbeitslosen ist noch katastrophaler. Im Oktober 2012 meldete BBC Farsi, dass über 5000 Arbeiter eines Industrieunternehmens in Isfahan (Gitipassand) seit Mai 2012 keinen Lohn erhalten hätten. Die Produktion mancher Industriesektoren sei auf 50 Prozent zurückgefahren worden. Bis heute sollen die Arbeiter unregelmäßig Geld bekommen.

Im Oktober 2012 streikten auch Lastwagenfahrer in Isfahan, die Benzin transportieren. In diesem Bereich hat die Privatisierung des Energiesektors besonders stark zu Preiserhöhungen geführt.

Im Jahr 2012 waren Arbeiter der iranischen Metall- und Autoindustrie, aber auch der Webereiindustrie besonders von Entlassungen betroffen. Dies hatte weniger mit der Sanktionspolitik Europas und den USA als viel mehr mit einer aggressiven Form der kapitalistischen Wirtschaftspolitik zu tun, die unter Ahmadinejad im Iran eingeführt worden ist.





**Arbeitsunfälle enden oft tödlich.** BBC Farsi zitierte Sohrab Barandishe, der in der Provinz Kermanschah Direktor einer staatlichen Genossenschaft ist. Er beklagte die Todesrate bei Unfällen während der Arbeitszeit. Barandishe zufolge sterben die Arbeiter bei über 70 Prozent der Arbeitsunfälle. Wie die Menschenrechtlerin Shirin Ebadi betont, sterben täglich fünf Arbeiter im Iran an Folgen von Arbeitsunfällen. Im Dezember 2012 wurde gemeldet, dass Isfahan die Stadt mit der zweithöchsten Rate an Arbeitsunfällen nach Teheran sei. Laut iranischem Arbeitsministerium starben im Jahr 2012 etwa 49 Arbeiter allein in Isfahan. Im Jahr 2011 waren 104 Arbeiter in Isfahan gestorben.

Wie BBC Farsi am 17.12.2012 meldete, ist landesweit die Zahl der Unfälle am Arbeitsplatz mit Todesfolgen im Jahr 2012 um 24 Prozent gestiegen. Die Zahlen sind amtliche Zahlen des Iran.

In den letzten zehn Jahren seien 9.625 Arbeiter am Arbeitsplatz verstorben. Allein im Jahr 2012 seien rund 1100 Minenarbeiter im Iran gestorben, berichtete radiofarda am 18.12.2012. Auch hier wurden staatliche Quellen zitiert. Den Anlass zu dieser Berichterstattung gab aktuell der Tod von acht Minenarbeitern, die in einem Kohlebergwerk in der Stadt Tabas am 17.12.2012 erstickten.

**Entlassungen als Maßnahme gegen den Streik.** Im Jahr 2012 wurden rund 1 Millionen Vertragsarbeiter, die im Produktionssektor der iranischen Wirtschaft tätig waren, entlassen, teilte Fathollah Bayat, ein iranischer Gewerkschafter der Zeitung „Rahe Daneshju“ mit. Bei Bedarf werden offenbar nur noch Tagelöhner eingestellt.

Seit Jahren gibt es die Tendenz, dass nur eine Art islamistische Arbeiteraristokratie, die sich gegenüber der islamistischen Diktatur loyal verhält, feste Verträge in den Unternehmen bekommt. Aus Angst vor organisierten Streiks, die die Räder der Diktatur lahm legen könnten, bekommt die Mehrheit der iranischen Arbeiter keine Verträge mehr, damit sie immer mehr entmutigt werden Streiks durchzuführen. Ohnehin bekommen sie durchschnittlich nur alle vier Monate ihren Lohn.

**Die Versprechen Ahmadinejads und die soziale Armut.** Im Februar 2006 versprach Ahmadinejad die Iraner reicher zu machen. Er versprach iranischen Familien sogenannte „Gerechtigkeitsaktien.“ Diese sollten durch den Verkauf der staatlichen Aktien finanziert werden. Mit dieser Maßnahme wollte Ahmadinejad „soziale Gerechtigkeit“ im Iran herstellen. Iran hat 75 Millionen Einwohner und rund 40 Millionen Menschen sollen diese „Gerechtigkeitsaktien“ in Anspruch genommen haben. Aber die Gerechtigkeit kam nicht; sie kam erst recht nicht bei den Arbeitern an. Diese „Gerechtigkeitsaktien“ wurden an die meisten Arbeiter erst gar nicht gänzlich ausbezahlt. Ohnehin ist dieses Schein-Verteilungssystem ein schwacher Trost, denn eine echte Kompensation für den ausfallenden Lohn der Arbeiter kann eine Aktie, die dem Arbeiter lediglich das Gefühl geben soll, auch ein Kapitalist zu sein, nicht leisten.



Diese „Gerechtigkeitsaktien“ können bis 609 Euro (1 Mio. Tuman) betragen. Die meisten Arbeiter haben nur einen geringen Teil davon erhalten. Dafür haben nicht nur arme Bevölkerungsgruppen, sondern auch manche betuchte Iraner die „Gerechtigkeitsaktie“ bekommen. Es kann nur vermutet werden, dass die Letzteren zu den loyalen Anhängern der islamistisch-totalitären Diktatur gehören.

Ahmadinejad konnte während seiner Präsidentschaftszeit die Armut nicht besiegen, aber einige seiner Anhänger sind auf jeden Fall reicher geworden.

### **Iran: Öffentliche Hinrichtungen und Amputationen<sup>111</sup>**

Die Website der iranischen Justiz der Stadt Schiraz meldete am 24. Januar, dass am Morgen einem Dieb die Hand abgehackt worden ist. Es handelte sich dabei um eine öffentliche Inszenierung. Der 29jährige angebliche Dieb soll in der Vergangenheit mehrfach verhaftet worden sein, in einer unehelichen Beziehung gelebt haben und Kopf einer Bande gewesen sein. Ali Alqassi, Oberstaatsanwalt des Revolutionsgerichts in Schiraz, sagte: „Wiederholt hat der Justizapparat erklärt, dass die Gesetze ohne Nachsicht umgesetzt werden.“

Am 20. Januar waren zwei Menschen wegen Erpressung öffentlich hingerichtet worden. Sadegh Larijani, Chef der iranischen Justiz, verteidigte die öffentlichen Hinrichtungen. Er sagte, dass diese „dem Interesse der islamischen Gesellschaft“ dienen und es um „Sicherheit der Bevölkerung“ ginge: „Seien Sie sich sicher, dass die Lage noch schlimmer wird, wenn wir nicht entschieden gegen solche Verbrechen vorgehen.“

Das iranische Regime will Angst und Schrecken verbreiten, um seine Macht angesichts wachsender Unzufriedenheit in der Bevölkerung zu erhalten. Daher wird auch mit aller Härte gegen tatsächliche und vermeintliche Kriminelle (da auch in solchen Prozessen keine rechtsstaatlichen Regeln gelten, kann der Sachverhalt nicht beurteilt werden) vorgegangen, mit dem Ziel, letztlich auch vor politischen Demonstrationen gegen das Regime zu warnen. Auch die öffentlichen Hinrichtungen dienen der Einschüchterung der Bevölkerung. Die Sorge der Machthaber gilt vor allem ihrer eigenen Sicherheit vor möglichen Massenprotesten und Streiks.

### **Iran: Steinigung als islamisches Gesetz 112**

Im Iran darf gesetzlich gesteinigt werden. In den vergangenen sechs Jahren wurde die Strafgesetzgebung diskutiert. Nun ist es amtlich. Die Steinigung ist in der neuen Fassung der Strafgesetzgebung im Artikel 132, Absatz 3 festgeschrieben worden. Ein Mann oder eine Frau können bei mehrmaligem außerehelichem Geschlechtsverkehr gesteinigt oder auf eine andere Art hingerichtet werden. Im

---

<sup>111</sup> <http://europeandemocracy.eu/2013/01/iran-public-executions-and-amputations/>  
24.01.2013

<sup>112</sup> <http://europeandemocracy.eu/2013/06/irans-new-barbaric-laws/> 04.06.2013



Artikel 225 der neuen Strafgesetzgebung wird hervorgehoben, dass der Mann und die Frau mit Zustimmung des Richters gesteinigt werden können. Sie können auch mit jeweils 100 Peitschenhieben bestraft werden.

Die barbarische Gesetzgebung wurde mit Liebe zum Detail formuliert. Beim ersten unehelichen Geschlechtsakt muss nicht hingerichtet oder gesteinigt werden, 100 Peitschenhiebe reichen aus. Wenn der Mann oder die Frau sich mehrfach beim Ehebruch erwischen lassen, können sie aber hingerichtet oder gesteinigt werden.

Der Menschenrechtsorganisation „Justice for Iran“ zufolge sind gegenwärtig mehrere Inhaftierte von der Gefahr einer Steinigung bedroht: Ashraf Kolhari, Sakine Mohammadi Aschtiani, Mariam Baqersadeh, KheiriyeWalania, Iran Eskandari, Kobra Babai, SariyeEbadi, Rahim Mohammadi, Mohammad Ali Navid Khamami und Naghi Ahmadi. „Justice for Iran“ bezieht sich auch auf Statistiken von amnesty international, denen zufolge seit der islamischen Revolution im Iran 77 Menschen gesteinigt worden sind. Dabei wird davon ausgegangen, dass die tatsächliche Zahl der Steinigungen viel höher liegt.

Zudem dürfen nach der neuen Strafgesetzgebung Minderjährige hingerichtet werden. Amputationen als Strafe sind gesetzlich erlaubt. Mädchen sind nach dem neuen Gesetz schon ab 8 Jahren und neun Monaten strafmündig. Das islamische Gesetz bestimmte nach Mondkalender das Alter von 9 Jahren. Nach dem Sonnenkalender, der im Iran existiert, werden einem Mädchen, das 8 Jahre und neun Monaten alt ist nach einem Diebstahl die Hände abgehackt. Bei Jungen ab 15 Jahren.

Tötungdelikte können durch die Zahlung von Blutgeld gesühnt werden, dieses Blutgeld ist für Frauen halb so hoch wie für Männer.

Nach Artikel 286 können „Unruhestifter“, die die „nationale Sicherheit“ gefährden, hingerichtet werden. Dies ist eine Verschärfung der Gesetzgebung im Vergleich mit den letzten 34 Jahren, und dem Regime geht es nicht um Spione und Saboteure.

Bisher wurden Menschenrechtsaktivisten, Andersdenkende und Andersgläubige wegen der Gefährdung der „nationalen Sicherheit“ zu Haftstrafen zwischen drei und neun Jahren verurteilt. Zudem können Menschen, die bewaffnet gegen das Regime kämpfen, nach Artikel 282 entweder gekreuzigt oder hingerichtet werden. Dem Richter steht es aber frei, ihm oder ihr „den rechten Arm und das linke Bein“ abhacken zu lassen.

In anderen Ländern gibt es vor den Wahlen Versprechen. Den Iranern präsentiert das Regime knapp zwei Wochen vor den Wahlen eine Verschärfung der ohnehin barbarischen Gesetzgebung. Auch das ist eine Art Versprechen: Ändern wird sich nichts, und wer aufbegehrt, muss mit den schlimmsten Strafen rechnen.

### **Iran: Hausarrest ist kein Hausarrest, sagt der Ayatollah** <sup>113</sup>

Diejenigen, die gehofft hatten, dass die reformislamistischen Politiker Mehdi Karoubi und Mir Hussein Mousawi noch vor den iranischen Präsidentschaftswahlen freigelassen werden, könnten enttäuscht werden. Denn es gibt kein Anzeichen dafür. Im Gegenteil, mächtige Staatskleriker des Regimes wie Ayatollah Abbas Kaabi

---

<sup>113</sup> <http://europeandemocracy.eu/2013/04/iranian-cleric-says-house-arrests-dont-exist-in-islam/> 18.04.2013



sprechen sich gegen eine Freilassung von Karoubi und Mousawi aus, berichtete Mehrnews am 18. April 2013. Kaabi ist Mitglied des Expertenrates, dessen Mitglieder den Revolutionsführer wählen.

Kaabi leugnet sogar, dass Hausarrest eine Form der Gefangennahme ist. Er spricht von der legalen Einschränkung der Bewegungsfreiheit, die aber nicht mit einer Inhaftierung vergleichbar sei. Einen wichtigen Unterschied gibt es tatsächlich, wenn man die realen Verhältnisse der iranischen Gefängnisse in Betracht zieht, wo gefoltert, eingeschüchtert und hingerichtet wird.

Es gibt keinen Hausarrest im Islam. Ayatollah Abbas Kaabi meint, dass Hausarrest ein Begriff sei, der von „fremden und westlichen Medien geschaffen“ worden sei. Zwar dürfen Karroubi und Moussawi tatsächlich ihre Häuser nicht verlassen, aber da Hausarrest begrifflich in der islamischen Strafgesetzgebung nicht vorkommt, gibt es auch keinen Hausarrest. Der Terminus „Hausarrest“ existiere weder im islamischen Recht noch in der iranischen Staatsgesetzgebung.

Mir Hussein Mousawi und Karoubi hätten das „Volk unterdrückt und dem System Unrecht getan“, so Ayatollah Kaabi. Deswegen seien ihnen „im Rahmen des Gesetzes Einschränkungen auferlegt worden“. Ansonsten würden ihre Vergehen „sicher noch hart bestraft werden“. Er hob hervor, dass „die liberale Demokratie auf Unwissenheit, Selbstsucht“ beruhe. Daher sei ein liberaldemokratisches System ein „Unterdrückungssystem“, hingegen beruhe das im Iran vorherrschende politische System auf „der Macht Gottes“. Der islamistische Ideologe geht davon aus, dass in der „Islamischen Republik Iran eine Volksherrschaft existiert“.

Ayatollah Kaabi meint, dass „in einem islamischen Staat das islamische Gesetz der Maßstab ist und diejenigen, die die Verfassung des Iran übertreten, damit die „Herrschaft des Gesetzes übertreten“. Von der „Herrschaft des Gesetzes“ hatte auch Präsident Mohammad Khatami gesprochen. Beide meinten und meinen die staatliche Umsetzung der islamischen Scharia, der religiösen Gesetzgebung. Zu dieser Gesetzgebung gehört, dass Homosexualität ein Straftatbestand ist. Und wie schon Ex-Präsident Mohamad Khatami urteilte, sehe das Gesetz dafür eindeutig die Todesstrafe vor.

Kaabi meint zudem, dass „Wali Amr“, d.h. der Revolutionsführer Ali Khamenei herrschen dürfe und solle, solange der Mahdi, der Erlöser, nicht erschienen sei. Dies entspricht in der Tat der khomeinistischen Theorie der islamischen Herrschaft. Der Präsident werde letztendlich vom Führer ernannt: „Der Präsident bekommt seine Legitimität vom Führer.“ Der Khomeinismus ist keine abstrakte Ideologie, sondern spielt in der Praxis der iranischen Staatspolitik eine relevante Rolle.

Totale Kontrolle auch auf Facebook. Im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen will die iranische Polizei Internetforen kontrollieren und diese verbieten. Wie BBC-Farsi berichtet, sollen Diskussionen auf Facebook von der iranischen Internetpolizei verschärft kontrolliert werden, um Demonstrationen im Zuge der Präsidentschaftswahlen zu verhindern.



### 3.1. Repressionsorgane: Geheimdienste, Revolutionsgardisten

Nach Buchta wurde der iranische Geheimdienst im Jahr 1984 unter der Leitung von Hojatoleslam Mohammad Reyschahri neuorganisiert.<sup>114</sup> Der Geheimdienst bekam den Stellenwert eines Ministeriums: VEVAK (Vezarate Ettelaate Va Amniate Kechwar) (Ministerium für Information und Sicherheit –MOIS).

Hochrangige VEVAK-Mitarbeiter, schiitische Iraner und Iraker können seitdem, wie Buchta feststellte, die höchste Karriere bis in das Führer-Büro machen.<sup>115</sup>

Der neueste Bericht von Federal Research Division of the Library of Congress zeigt auf, wie der iranische Geheimdienst gegen Exil-Iraner vorgeht.

VEVAK ist eine Organisation zur Bekämpfung der politischen Opposition. Iraner im Iran und im Ausland werden von dieser Organisation beschattet. VEVAK instrumentalisiert die Sicherheitskräfte und die Justiz und meldet sich lediglich telefonisch oder direkt persönlich.

Nach der islamischen Revolution von 1979 wurden verschiedene nachrichtendienstliche Apparate und Überwachungsorgane gegründet.<sup>116</sup> Zu den offiziellen Nachrichtendiensten gehören: „Das Ministerium für Information und Sicherheit“ (MOIS). MOIS ist für die „Innere Sicherheit“, Spionageabwehr, Kontrolle des Reiseverkehrs, Auslandsaufklärung und für Durchführung von Sondermaßnahmen, was so viel wie Anschläge bedeutet, zuständig.

Der nachrichtendienstliche Apparat der „Revolutionären Garden“ nennt sich die „GHODS-Streitkräfte“. Die GHODS-Einheiten (Heilige) haben auch militärische Aufgaben. Die GHODS (Heilige) haben u.a. die explizite Aufgabe des Revolutionsexports, werden aber auch im Inland eingesetzt.

MOIS besitzt 15 Abteilungen, die jeweils spezifische politische Aufgaben haben.<sup>117</sup>

Laut The Military Balance 2012<sup>118</sup> haben die Revolutionsgardisten insgesamt 523.000 Mitglieder. Davon gehören 350.000 der Armee, 125.000 den Revolutionsgardisten 18.000 der Marine und 40.000-60.000 den paramilitärischen Einheiten an, wobei bis zu 450.000 Freiwillige mobilisiert werden können. Das iranische Regime besitzt auch eine Cyberarmee. Die iranische Cyberarmee greift inländische wie auch exiliranische Websites an und übt nach eigenen Angaben einen Cyber-Jihad.

---

<sup>114</sup> Buchta, Wilfried, Die iranische Schia und die islamische Einheit 1979-1996, Hamburg 1997, S.121

<sup>115</sup> Buchta, Wilfried, Ein Haus mit vielen Herren: divergierende Machtzentren in der Islamischen Republik Iran, in: Orient 39, Hamburg 1998, 1, S.56

<sup>116</sup> Siegmund, Norbert, Der Mykonos-Prozess, Hamburg 2001, S.392f

<sup>117</sup> Buchta, Wilfried, Who Rules Iran? The Structure of Power in the Islamic Republic, Washington 2000, S.69

<sup>118</sup> The International Institute for Strategic Studies, The Military Balance 2012, The annual assessment of global military capabilities and defence economics, London 2012, S.323



## **Der zukünftige iranische Verteidigungsminister hat Terroristen ausgebildet 119**

Iranische Medien berichten, dass der zukünftige iranische Verteidigungsminister Hussein Dehghan bei der Ausbildung der libanesischen Hisbollah eine zentrale Rolle gespielt habe. Zudem hat er bei der Zerschlagung von zivilgesellschaftlichen Aktivitäten in der iranischen Hauptstadt Teheran eine wichtige Rolle gespielt.

Hussein Dehghan kann einen erfolgreichen Lebenslauf nachweisen: Er hat Terroristen ausgebildet und war im Repressionsapparat der totalitären Diktatur insbesondere in Teheran bei der Zerschlagung von zivilgesellschaftlichen Aktivitäten besonders aktiv.

Sepahnews, die Nachrichtenagentur der iranischen Revolutionsgardisten stellt Hussein Dehghan als einen Offizier vor, der in den letzten 33 Jahren im Dienste der bewaffneten Streitkräfte des Iran gestanden habe. Besonders aktiv war Dehghan als Revolutionsgardist im achtjährigen Krieg gegen den Irak (1980-88). Er war Oberbefehlshaber der Revolutionsgardisten in Teheran und in diesem Rahmen habe er nach dem Krieg für Ruhe und Ordnung in der iranischen Hauptstadt Teheran gesorgt, als „konterrevolutionäre Aktivitäten“ die Sicherheit des Landes gefährdet hätten.

Besonders interessant ist, dass Hussein Dehghan ein Oberbefehlshaber der Revolutionsgardisten in Libanon war. Wie Tebyan.net berichtet, war Dehghan für die militärische Ausbildung der libanesischen Hisbollah verantwortlich.

D.h. der zukünftige iranische Verteidigungsminister war ein aktiver Revolutionsgardist, der beim Export der islamischen Revolution und bei der Ausbildung von Terrororganisationen besonders aktiv gewesen ist. D.h. er ist für alle Aktivitäten der Hisbollah insbesondere zu Beginn der achtziger Jahre verantwortlich. Der zukünftige iranische Verteidigungsminister ist für das Selbstmordattentat 1982 auf das israelische militärische Hauptquartier in der Stadt Tyros verantwortlich, bei dem 80 Menschen umkamen. Zudem ist Dehghan für den Anschlag auf die US-Botschaft in Beirut im Jahre 1983 verantwortlich. Bei diesem Anschlag starben 63 Menschen. Auch bei dem Anschlag auf die US-Marines am 23. Oktober 1983 kamen 241 Menschen um und bei einem weiteren Anschlag kamen 58 französische Soldaten um. Auf das Konto von Hassan Rohani geht auch der Anschlag am 20. September 1984 auf die US-Botschaft in Beirut als es sechs Tote und 40 Verletzte gab.

Zudem hatte Dehghan Führungsaufgaben in der Luftwaffe und war speziell für die Übungen mit Boden-Boden-Raketen verantwortlich. Er habe für die Modernisierung der iranischen Armee gesorgt. Sepahnews lobt insbesondere seine Führungskompetenzen in der Armee.

---

<sup>119</sup> <http://europeandemocracy.eu/2013/08/irans-new-defence-minister-and-hezbollah/> 13.08.2013



Zudem war er als Direktor der „Märtyrer Stiftung (Bonyade Shahid) aktiv gewesen und dies sogar in der Lehre. Es sei daran erinnert, dass die „Märtyrer Stiftung“ im Jahre 2005 und 2006 öffentlich und offiziell in verschiedenen Erklärungen bekannt gab, dass die Todesfatwa gegen den Schriftsteller Salam Rushdi nicht aufzuheben sei und ausgeführt werden müsse.

## **Iranischer General träumt von den militärischen Erfolgen altpersischer Könige** **120**

Der iranische General Seyyed Yahya Safawi ist ein hochrangiger Militärberater des Revolutionsführers Ali Khamenei. Farsnews zitierte Safawi am 9. Juni 2013 wie er eine ideologische und propagandistische Militäranalyse der Situation in Syrien und in der Türkei liefert und gleichzeitig vom wachsenden iranischen Einfluss auf die Mittelmeerregion träumt. Tatsächlich stellt er die libanesische Hisbollah als ein Instrument der iranischen Armee dar. Er stellt die iranische Militärstrategie in die Tradition der Kriege der altpersischen Könige im Mittelmeerraum. Zudem propagiert der iranische General die „Zerstörung“ Israels.

Zwar könnte man annehmen, dass dies alles nur nationalistische Propaganda eines iranischen Generals und daher zu unbedeutend sei. In der Geschichte von ideologisch geprägten Diktaturen ist aber zu oft der Versuch unternommen worden, ihre falschen totalitären Utopien in die Tat umzusetzen.

Die Übergangsphase. General Safawi meint, dass die westasiatischen Staaten, zu denen auch Iran zähle, sich aus politischen, wirtschaftlichen und Sicherheitsgründen in einer geopolitischen Übergangsphase befänden. Bis 2030 werde ein strategischer Wendepunkt in der Region erreicht werden.

Safawi meint, dass die USA, Russland, China und teilweise Indien zu den wichtigen Staaten zählen, die von außen einen Einfluss auf die Region der westasiatischen Staaten ausüben. Und die Staaten, die von „innen“ eine Rolle spielten seien Iran, die Türkei und das „zionistische Regime.“

Aus verschiedenen Gründen, die der General nicht benennt, würde die Region bis 2030 ein Zentrum von Konkurrenzen und Auseinandersetzungen von Großmächten bleiben.

Öl und Gas und Zerstörung Israels. Ganz unbeeindruckt von den westlichen Sanktionen setzt der General auf die Rolle der Energieressourcen des Iran. Er sagt, dass die größten Energiereserven der Welt, d.h. sich etwa 63 bis 65 Prozent des Rohöls und mehr als 30 Prozent der Gasreserven der Welt in der Region des Persischen Golfes befinden. Die sieben Anrainerstaaten des Persischen Golfs seien in der Lage mindestens 70 weitere Jahre die Energiebedürfnisse der Welt zu befriedigen.

Täglich würden 15 bis 17 Millionen Barrel Öl aus der Meeresenge von Hormuz in die Welt transportiert werden. General Safawi gibt Israel die Schuld für die Probleme des Iran und sagte: „Bis zur Zerstörung des zionistischen Regimes wird es keine Ruhe in

---

<sup>120</sup> <http://europeandemocracy.eu/2013/06/iran-in-the-mediterranean/> 11.06.2013



der Region geben. Dieses künstliche Regime ist mit der Unterstützung Amerikas die Quelle von Spannungen und Unsicherheit in Westasien und in Nordafrika.“

Tatsächlich ist die Ideologie des genozidalen antiisraelischen Antisemitismus iranische Staatsdoktrin.

Die islamische Revolution als Vorbild. Der iranische General meint zudem, dass die arabischen Revolutionen im Grunde mit dem Sturz des Schahs und der islamischen Revolution von 1979 im Iran begonnen hätten. Er sieht daher keinen Grund dafür, dass solche Revolutionen auch im Iran durchgeführt werden, denn das Vorbild der arabischen Revolutionen sei die islamische Revolution von 1979, so die islamistische Propaganda des Iran.

Manche arabische Regierungen, wie die von Qatar, Saudi-Arabien und der Türkei, hätten dem iranischen General zufolge in Stellvertretung der US-amerikanischen Regierung versucht eine „Alternative für das islamische Erwachen zu erzeugen.“ Sie hätten deswegen über „40.000 Söldner über die Grenzen von Libanon, der Türkei und Jordanien nach Syrien geschickt.“ Er kritisierte auch, dass Al-Qaida-Gruppen finanzielle Unterstützung aus Saudi-Arabien und Qatar bekommen würden, verteidigte aber die Assad-Regierung in Syrien und bezeichnete diese als eine „Herrschaft des Gesetzes.“

Auch wenn jihadistische Gruppen tatsächlich genauso wenig wie die libanesische Hisbollah und die iranischen Revolutionsgardisten eine Alternative für Syrien bieten, scheint die Zahl 40.000 in dem Zusammenhang eine Null zu viel zu haben.

Der iranische General stellte sich zudem hinter die türkischen Demonstranten und meinte, dass die Demonstrationen eine Antwort auf die falsche Syrienpolitik der türkischen Regierung seien.

Iran hat von der falschen Politik der USA profitiert. Tatsächlich verteidigte Safawi auch die irakische Regierung, die es entgegen des US-amerikanischen Willens geschafft habe gute Beziehungen mit dem Iran aufrechtzuerhalten. In den letzten zwei Dekaden seien zwei Feinde des Iran, Saddam Hussein und die afghanischen Taliban verschwunden.

Die Politik der Obama-Regierung sei ebenfalls gänzlich gescheitert und Iran sei der Hauptsieger des Geschehens.

Safawi und die iranischen Könige. Eigentlich wollte Ayatollah Khomeini zu Beginn der Revolution alle altpersischen Symbole zerstören. Persepolis als Symbol der Kultur der altpersischen Könige blieb aber erhalten. Heute stellt absurderweise der iranische General die islamistischen Hegemonialbestrebungen der totalitären Machthaber in die Tradition der altpersischen Könige.

Iran sei in seiner Geschichte drei Mal bis in den Mittelmeerraum vorgedrungen, so der General. Einmal habe Kyros II „Jerusalem befreit“ und auch die Armeen von Xerxes sind in Richtung Griechenland marschiert“, so General Safawi.

Die militärische Macht der libanesischen Hisbollah stehe in der Tradition der Kriege der altpersischen Könige, meint Safawi. Heute spiele die iranische Armee mit Hilfe der libanesischen Hisbollah zum dritten Mal in der iranischen Geschichte eine besondere Rolle in der Mittelmeerregion. General Safawi sagte: „Die Macht der libanesischen Hisbollah ist der lange Arm der Verteidigungsmacht des Iran. Ein Arm, der über dem zionistischen Regime hängt und die Macht der Verteidigungsstrategie





des Iran darstellt, die im Falle eines möglichen zionistischen Angriffs auf die Atomanlagen des Iran zur Geltung kommt.“

Safawi schrieb weiter: „Genauso wie der große Revolutionsführer gesagt hat, wenn die Zionisten Probleme für den Iran machen, werden Haifa und Tel-Aviv dem Erdboden gleichgemacht.“



## 4. Die Europäischen Helfer, einige Beispiele

### Der islamistische Antisemitismus und die Stiftung Schloss Neuhardenberg<sup>121</sup>

Die Stiftung Schloss Neuhardenberg in Brandenburg hat sich von einem ihrer Kuratoriums-Mitglieder, dem stellvertretenden iranischen Außenminister Dr. Mostafa Dolatyar getrennt.

Es gab einen öffentlichen Druck für diese Entscheidung. Es war bekannt geworden, dass Dr. Dolatyar die gleichen Positionen vertritt wie der Revolutionsführer Ali Khamenei und Präsident Ahmadinejad. Dies verträgt sich schwerlich mit dem Stiftungszweck des „Dialoges der Zivilisationen.“

Dr. Dolatyar hatte am 6. Juni 2010 folgenden Satz in Bezug auf Israel gesagt: „Wir hoffen, dass die Prophezeiung des Imam (Ayatollah Khomeini) in Bezug auf den Untergang dieses Regimes sehr bald eintritt.“

Kulturstaatsminister Neumann trat u.a. deswegen aus dem Stiftungskuratorium zurück. Dem Kuratorium gehören auch Brandenburgs Ministerpräsident Matthias Platzeck und Alt-Bischof Wolfgang Huber an. Sie sorgten schnell für die Entlassung des Herrn Dr. Dolatyar. Immerhin standen schon ARD-Journalisten der Sendung Kontraste auf der Matte. Sie hatten eine Sendung vorbereitet, die am 1. Dezember gesendet werden sollte. Dr. Dolatyar war am 1. Dezember aber schon entlassen. Der Tagesspiegel hatte über den Fall schon am 29.11.2011 berichtet.

Dr. Mostafa Dolatyar ist kein unbekannter Politiker. Er wird regelmäßig in iranischen Medien zitiert. Beispielsweise verteidigte er am 7. Juni 2008 die Hamas als eine demokratische Partei. Und in Bezug auf das iranische Atomprogramm sagte er: „Die iranische Bevölkerung wird nie die Ziele des iranischen Atomprogramms aufgeben.“ Wie alle anderen islamistischen Machthaber des Iran spricht der Herrscher im Namen des Volkes. Ausgerechnet am 9. November 2011 warnte Dr. Dolatyar die USA und Israel mit folgenden Worten: „Die Folgen jeder Maßnahme gegen den Iran für Amerika und für das zionistische Regime werden irreversibel sein.“ Dies berichtete die staatliche Nachrichtenagentur IRNA.

Es ist bekannt, dass die persische Sprache sehr blumenreich ist. Der iranische Politiker Dolatyar kann auch symbolische Daten wie den 9.11. nehmen, um den USA und Israel mit irreversiblen Folgen zu drohen. Nur eine Zerstörung kann irreversible Folgen haben.

---

<sup>121</sup> <http://europeandemocracy.eu/wp-content/uploads/wp-post-to-pdf-enhanced-cache/1/iranian-fm-official-dismissed-from-german-foundation.pdf> 12.1.2012



Die Stiftung Schloss Neuhausen hatte Dr. Dolatyar unter dem Motto „Dialog der Kulturen und der Zivilisationen“ in ihr Kuratorium aufgenommen. Das Schreiben über den Rausschmiss aus dem Kuratorium der Stiftung wurde über die deutsche Botschaft in Teheran übermittelt. Es ist erstaunlich, dass in der Stiftung niemand wusste, welche Äußerungen Herr Dr. Dolatyar macht. Auch die Geschichte des Vorgängers von Dr. Dolatyar ist interessant: Der Generalbevollmächtigte der Stiftung Schloss Neuhausen, Bernd Kauffmann, sagte anlässlich der Gründung der Stiftung am 8. Mai 2002:

„Besonders gefreut haben wir uns über die Zusage des Stellvertretenden Außenministers der Islamischen Republik Iran, Sadegh Kharrazi, ebenfalls dem Kuratorium der Stiftung angehören zu wollen, denn die Orientierung nach Osten hin kann am Ural nicht enden. Meine Reise in die Islamische Republik Iran, zu der ich von der iranischen Botschaft eingeladen war und für die ich an dieser Stelle nochmals nachhaltig danken möchte, hat eine Fülle von Anregungen, Kontakten und gemeinsamen Plänen ergeben. Sie werden mit Sicherheit in den nächsten Jahren mit konkretem Leben erfüllt werden. Was die dialogische Hinwendung der Stiftung in den Mittleren Osten betrifft, so wird es weniger um kulturpolitische Verfremdungsübungen unter Ausnutzung des »Weimarer Effendi« Goethe gehen, wie Durs Grünbein in seiner Aufzeichnungen über ein Dichtertreffen im Jemen schreibt. Uns geht es entschieden darum, die Bruchkanten, die Vorbehalte und die Unterschiedlichkeiten herauszuarbeiten, deren Erkennen Toleranz erst tatsächlich und begrifflich möglich macht. Fragen, die der »Dialog der Kulturen und Zivilisationen« immer wieder aufs Neue aufwirft, werden wir auch in Symposien und Gesprächen zur Debatte stellen.“

Es ist richtig, dass Sadegh Kharrazi ein Berater von Ex-Präsident Mohammad Khatami war. Kharrazi ist auch Mitglied des Kuratoriums der Foundation for Dialogue among Civilizations in Geneva. Diese Stiftung wurde von Khatami gegründet. Aber derselbe Sadegh Kharrazi war auch Berater von Akbar Velayati, der verantwortlich ist für die Ermordung von drei kurdischen Sozialdemokraten und ihren iranischen Übersetzern im Berliner Mykonos-Restaurant.

Wussten die Kuratoriumsmitglieder nicht, dass Akbar Velayati laut dem Mykonos-Urteil Mitglied des Komitees für Sonderangelegenheiten war, das für staatsterroristische Aktivitäten im Ausland verantwortlich ist? International bekannte iranische Politiker wie Akbar Haschimi Rafsandjani, Ali Akbar Velayati und das religiöse Oberhaupt Ali Khamenei tragen Mitverantwortung für die staatsterroristischen Aktivitäten des iranischen Regimes. Sadegh Kharrazi war ein Berater von Akbar Velayati. Außerdem nimmt auch Mohammad Khatami jedes Jahr an der Teheraner antiisraelischen Al-Quds-Demonstration teil.

Auch Sadegh Kharrazi ist ein Antisemit. In seinen Artikeln, die auf seine Homepage zu lesen sind, spricht Herr Kharrazi durchgehend vom zionistischen Regime. Der



Grundtenor unterscheidet sich nicht von der antisemitischen Staatsdoktrin des Iran, die Israel kein Existenzrecht einräumt und Israel mit Vernichtung bedroht. Beispielsweise kritisierte Sadegh Kharrazi am 13. November 2010, dass die „Zionisten“ das Ziel verfolgen würden, dass der Dialog über die Atomakte des Iran zerstört wird. Es seien die „Zionisten“, die der Weltdiplomatie vorschreiben würden, was getan werden müsse, heißt es in einem Text, den er am 6. November 2011 auf seiner Homepage veröffentlichte. Er benutzt typische antisemitische Muster, um politische Aussagen zu machen.

Folgende Fragen müssen öffentlich gestellt werden dürfen:

Was wäre, wenn nicht bekannt geworden wäre, dass Dr. Dolatyar die Vernichtung Israels unbedingt noch erleben will?

Was haben Vertreter einer totalitären Diktatur, deren totalitäre Staatsdoktrin hinlänglich bekannt ist, insbesondere in Bezug auf Israel, in Bezug auf die westlichen Demokratien und in Bezug auf die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte etwa mit Dialog der Zivilisationen zu tun?

Die Vertreter der islamistisch-totalitären Diktatur, die über 10 Jahre im Kuratorium der Stiftung Schloss Hardenberg hofiert wurden, sind mitverantwortlich für die massiven Menschenrechtsverletzungen im Iran.

Herr Heinrich Haasis ist sowohl Vorsitzender des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, Berlin als auch Vorsitzender des Aufsichtsrates und des Kuratoriums der Stiftung Schloss Hardenberg. Diese Doppelfunktion lässt vermuten, dass Wirtschaftsinteressen ein Motiv dafür gewesen sein könnten, Dr. Dolatyar und Sadegh Kharrazi in das Kuratorium aufzunehmen, sozusagen als Brücke zum staatlich gesteuerten iranischen Markt. Das ist nur eine Vermutung. Auch der Iran hat natürlich sowohl aus innenpolitischen Gründen als auch aus wirtschaftlichen Gründen ein großes Interesse in deutschen Stiftungen präsent zu sein.

## **Das deutsche Medienrecht und die iranische Hasspropaganda<sup>122</sup>**

Der iranische Nachrichtensender *Press TV* hat einen Zulassungsantrag bei der Medienanstalt Berlin-Brandenburg (mabb) gestellt. Dies erfolgte im Namen eines Unternehmens, das sich PMS Press + Media Services GmbH nennt. Wie satnews berichtet, ist der Lizenzantrag am 16. März bei der mabb eingegangen. Der Antrag wurde jedoch bisher nicht behandelt, teilte die Medienanstalt mit.

---

<sup>122</sup> <http://europeandemocracy.eu/2012/04/german-media-law-and-iranian-hate-propaganda/> 26.12.2012



Die britische Medienanstalt „Office of Communications“ hatte schon im Januar 2012 gegen den staatlichen Propagandasender ein Verbot ausgesprochen. Die Bayerische Landeszentrale für neue Medien gab daraufhin am 3. April 2012 bekannt, dass die Außenstelle der luxemburgischen Satellitenbetreiberfirma SES Astra angewiesen worden sei, mit sofortiger Wirkung die Ausstrahlung des iranischen Senders einzustellen. Als Begründung wurde genannt, dass der iranische Sender keine Lizenz für Europa habe.

**Es gibt ausreichend Gründe, *Press TV* zu verbieten:** Wie die exiliranische Initiative *Justice for Iran* in einer Erklärung schreibt, werden in *Press TV* Zwangsgeständnisse von Gefangenen, die eindeutig unter Folter erfolgt sind, gesendet. Grund genug, um diesen Propagandasender des iranischen Regimes zu verbieten.

Kurz nach der Veröffentlichung eines Berichts der Initiative *Justice for Iran* über massive Menschenrechtsverletzungen im Iran, an dem auch die bekannte iranische Anwältin Shadi Sadr mitgearbeitet hat, sendete *Press TV* Interviews mit einigen der Verhafteten. Darin wurden die Häftlinge als Terroristen bezeichnet.

Die Menschenrechtsorganisation *Justice for Iran* schreibt, dass *Press TV* seit seiner Gründung im Jahr 2007 fortlaufend versucht habe, „Menschenrechtsaktivisten als Terroristen oder Unterstützer terroristischer Operationen zu brandmarken.“

Es ist kein Geheimnis, dass *Press TV* eng mit den Sicherheitskräften und Nachrichtendiensten der „Islamischen Republik Iran“ zusammenarbeitet.

*Justice for Iran* fordert, dass „dieser Sender als juristische Person sowie sämtliche Verantwortlichen als natürliche Personen angesichts der Verletzung der Menschenrechte iranischer Staatsbürger von einem weltweiten Publikum ohne Anspruch auf Immunität zur Rechenschaft gezogen“ werden müssen.

*Press TV* wird von Mohammad Sarafraz, dem Auslandsvertreter des Rundfunks der „Islamischen Republik Iran“ (IRIB) geleitet. Ayatollah Ali Khamenei hat Sarafraz sogar in den „Hohen Rat der Cybersphäre“ berufen. Dieser Rat kann als die staatliche Internet-Zensurbehörde der islamistischen Diktatur bezeichnet werden. Zwar ist die Hauptredaktion dieses Senders in Teheran, aber in Großbritannien ist eine Firma namens *Press TV Ltd.* eingetragen. Die britische Regierung hat die Konten dieser Firma gesperrt, dennoch hat das Londoner Team bisher seine Tätigkeit fortgesetzt. *Press TV* sendet nicht mehr über Sky Satellite. Jenseits des Verbots der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien (BLM) verbreitet *Press TV* seine Hasspropaganda über 14 Satellitenbetreiber, unter ihnen Eutelsat, Hotbird, Intelsat und Galaxy, weltweit.

**German.irib.ir:** In Deutschland gibt es tatsächlich auch deutschsprachige iranische Sender, die Hasspropaganda verbreiten. Insbesondere sei <http://german.irib.ir/>



genannt. Im Bericht des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus wird nachgewiesen, dass *german.trib* antisemitische Propaganda betreibt. *German.trib* entmenschlicht in seiner Propaganda den Staat Israel, leugnet und relativiert den Holocaust und veröffentlicht antisemitische Vernichtungsdrohungen gegen Israel.

Der staatliche Sender IRIB hat seinen Sitz im Bundespressehaus Berlin. *Press TV* und *german.trib* verbreiten antidemokratische und antisemitische Hetze. *German.trib* hat gegenwärtig Narrenfreiheit in Deutschland. Das deutsche Medienrecht muss auch in Bezug auf Sendungen greifen, die eindeutig europäische und deutsche Institutionen nutzen, um ihre islamistische Hasspropaganda zu verbreiten.

### **Die akademische Zusammenarbeit mit einer islamistischen Kaderschule<sup>123</sup>**

Zwischen dem Institut für Religionswissenschaft der Universität Potsdam und einer islamischen Hochschule in Qom findet ein reger Austausch statt. Ab September dieses Jahres sollen etwa sechs Doktoranden aus dem Iran in Potsdam mit ihrer Promotion beginnen.

Wie die Zeitung *Potsdamer Neueste Nachrichten* berichtet, haben der Dekan des religionswissenschaftlichen Instituts der Universität Potsdam, Prof. Dr. Johann Evangelist Hafner und Seyyed Abdulhassan Navab, Dekan der "University of Religions and Denominations" in Qom ein Memorandum unterzeichnet. Sie streben eine kontinuierliche Zusammenarbeit der wissenschaftlichen Institute an. Hafner erklärte in einer Pressemitteilung, die Universität in Qom sei "die einzige im Iran, die sich der Erforschung und der Lehre der lebenden Religionen, ihrer inneren Vielfalt und ihren Spannungen widmet". Es wird davon ausgegangen, dass die "University of Religions and Denominations" (URD) ein "liberales" Institut sei.

Seyyed Abdulhasan Navab, der Dekan dieses "liberalen" Instituts, ist nach eigenen Angaben ein Absolvent der Haghani-Schule, die alles andere als liberal ist. Die Haghani-Schule wurde von Ayatollah Mesbah Yazdi, Ayatollah Jannati, Ayatollah Beheshti, Ayatollah Sadoughu und Ayatollah Taleghani gegründet. Die Haghani Schule lehrt eine extremistisch-schiitische Ideologie und vertritt einen militanten Messianismus, dem zufolge das Erscheinen des Mahdi, des Erlösers, unmittelbar bevorsteht und dem Iran eine besondere Rolle in der Heilsgeschichte zukommt.

Diese Ideologie vertritt auch Präsident Mahmoud Ahmadinejad. Alle Staatskleriker der Haghani-Schule sind Lehrmeister des Antisemitismus und des Anti-Bahaismus. Kein Wunder, dass in der ersten Regierungsperiode von Präsident Ahmadinejad die

---

<sup>123</sup> <http://europeandemocracy.eu/2012/08/academic-collaboration-with-a-college-of-islamist-propaganda-part-i/> 02.08.2012



islamistische Kaderschule der "University of Religions and Denominations" (URD) in Qom gegründet worden ist. Zunächst wurde mit staatlicher Zustimmung im Jahr 2004 ein theologisches Institut gegründet, dem im Herbst 2008 das iranische Wissenschaftsministerium den Status einer Universität zuerkannte. In der totalitären Diktatur der iranischen Islamisten ist eine unabhängige Forschung unmöglich. Freiheitsräume, wie man sich hierzulande von einer solchen Universität erhofft, sucht man an einer religiösen Kaderschule wie die URD vergeblich.

Die URD verbirgt es nicht, wem sie sich verpflichtet fühlt. Am 1. Januar 2012 veröffentlichte das "wissenschaftliche Büro" der URD-Universität unter der Rubrik "Diskurs der Religionen" einen Text des Revolutionsführers Ayatollah Khamenei, der die Motivation der Auseinandersetzung der URD-Universität mit anderen Religionen verdeutlicht: "Eine der Pflichten des Systems der Islamischen Republik ist die direkte Unterstützung einer gesunden Form der Auseinandersetzung mit anderen Ideen. Eine solche Arbeit benötigt einen Rahmen und einen Handlungsraum. Dieser Handlungsraum muss mit Hilfe von akademischem Personal und der religiösen Institutionen in Qom in verschiedenen Gebieten hergestellt werden."

Khamenei sprach vom „freien Denken“, das sich entfalten müsse. Was er unter Freiheit versteht, haben die Iraner in den letzten 33 Jahren erfahren: Haft, Folter und Todesstrafe. Die URD-Universität zitiert Khamenei: "Man darf keine Angst vor 'Freiheit' haben. Man darf nicht vor Diskussionen fliehen. Man darf nicht 'Kritik' als eine Schmuggelware betrachten."

Khamenei meint, dass das „kritische Klima“ sowie „die Führung der Geistlichen“ nötig seien, um das „kulturelle Niveau der Gesellschaft zu heben.“

Khamenei betont, dass dies zur Grundlage der "allgemeinen Werte" einer Universität gehören muss: "Die Universität der Islamischen Republik muss diejenigen erziehen, die eine Stütze unseres Systems sind. D.h. dieses System muss sich auf sie verlassen können, so dass sie aus wissenschaftlicher und praktischer Sicht die kleinen und großen Probleme, die das Leben des Volkes erschweren, lösen."

Khamenei fährt fort: "Ein Professor mag ein Christ sein. Er mag vieles nicht akzeptieren. Er kann dennoch hierher eingeladen werden. Es macht nichts, einen Professor, der nicht betet und nicht religiös ist, einzuladen. Aber passt auf, dass dieser Professor seine Anwesenheit nicht nutzt, um Areligiösität zu verbreiten."

Die URD-Universität orientiert sich gänzlich nach den Worten des Revolutionsführers Ali Khamenei. Ferner gehört Großayatollah Makarem Shirazi zu den Leitfiguren der URD-Universität. Ebenfalls unter der Rubrik "Diskurs der Religionen" des wissenschaftlichen Büros wurde eine Rede dieses Ayatollahs veröffentlicht, der eine Fatwa, ein religiöses Gutachten, geschrieben hat, das den Kontakt von Iranern zu ausländischen Medien und Websites verbietet. Was empfiehlt er aber der URD-Universität?



**Das zweischneidige Schwert:** Auf der Website der vermeintlich liberalen URD-Universität kann man folgende Worte des Großayatollah Makarem Schirazi lesen: "Die Universität der Religionen, wo sie sich auch befindet, ist wie ein zweischneidiges Schwert, das baut und zerstört." Er hebt hervor, dass die Auseinandersetzung mit anderen Religionen ein sehr "sensibles Gebiet" sei. Man müsse "voller Skrupel darauf achten, was dort passiert".

Schirazi spricht die Leitung der URD-Universität an und sagt: "Der nächste wichtige Punkt ist, dass Sie Personen haben, die an dem Unterricht des Herrn Christen und des Herrn Juden teilnehmen, oder auch an dem Unterricht des muslimischen Herren. Sie sollen genau deren Unterricht beobachten. Sie sollen schauen, welchen Einfluss dieser Unterricht hinterlässt. Sie sollen die positiven und negativen Auswirkungen dieses Unterrichts beobachten und sollen Euch dann darüber berichten, was denn in den Unterrichtsstunden passiert ist. Es ist ein sehr sensibles Thema. Es ist wie Seiltanzen, wenn das Gleichgewicht nicht gehalten wird, fällt man." Eine liberale Universität? Die Anweisung ist eher eine Aufforderung zur Bespitzelung.

Unter derselben Rubrik "Diskurs der Religionen" ist ebenfalls eine Rede von Großayatollah Sobhani abgedruckt. Er bezieht sich auf eine Rede Navabs, des Dekans der URD-Universität. Großayatollah Sobhani sagt, vielleicht müsse der Name der Universität der "Religionen" verändert werden. Die URD-Universität habe eine wichtige Aufgabe übernommen.

Großayatollah Sobhani beschreibt die Aufgaben der URD-Universität: "Wir können nicht in einem Zimmer sitzen und die Chinesen und Ostasien belehren (tabliq, propagieren), wenn wir die Sichtweisen der Chinesen und der Inder überhaupt nicht kennen. Nehmen wir an, Sie wollen in Tajikistan den Islam propagieren (Tabliq), obwohl wir keine grundlegenden Informationen über das Land haben. Wir müssen erst ganz genau ihre Religion verstehen und dann müssen wir diese mit unseren Beweisführungen analysieren und gewissenhaft das, was richtig ist, mit Logik erklären."

Großayatollah Sobhani führt dann aus, dass diese Methode in bester Tradition der islamischen Lehre stünde und betont die Notwendigkeit der Existenz einer solchen Universität. Dann führt er aus: "Die Gefahr, die einer Wissenschaft droht, hängt immer von dem Professor und dem Studenten ab." Es sei wichtig, dass der "Student in seinem Glauben gefestigt ist, so dass er im stürmischen Meer der Debatte seine Gedanken nicht verliert".

Großayatollah Sobhani betont daher, dass der Student eine gute religiöse Ausbildung mitbringen müsse. Man müsse die "Gedanken der anderen kennenlernen, sie verstehen und dann diese zugunsten des Islam nutzen". Die Studenten der URD-Universität müssten also "in ihrem Glauben gefestigt sein, damit sie mit Verantwortung sich mit Christus oder mit ostasiatischen Religionen beschäftigen".





Auch die Professoren der URD-Universität müssen Großayatollah Sobhani zufolge "fromm" sein. Wenn all dies befolgt werde, dann könne eine solche Universität "im Dienste des Islam und der Schia" stehen und als ein "Leuchtturm in der Welt" wirken. Sobhani meint, dass die Professoren und die Studenten der URD-Universität "geimpft" sein müssen. "Wenn Sie in eine Apotheke gehen, sehen Sie überall in den dortigen Schränken Medikamente. Manche der Medikamente sind giftig, und niemand darf diese Medikamente antasten, außer bestimmten Personen. Besonders die nicht-islamischen Glaubensvorstellungen, die als Religionen auftauchen, haben den Charakter dieses Giftes. Diese Religionen können auch giftig sein. Man muss sie so einsetzen, dass man davon profitiert." Abschließend betet der Großayatollah Sobhani für den Erfolg des Dekans der URD-Universität. Betet auch jemand für den Dekan der Potsdamer Universität?

Ende 2006 hatte die Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Universität Potsdam mit dem Argument, die Regierung Ahmadinejad im Iran betreibe eine antiisraelische Politik, die im Jahr 2000 geschlossene Hochschulpartnerschaft aufgekündigt. Damals hatte Prof. E. Stölting die Freiheit von Forschung und Lehre verteidigt. Nun sind alle Türen für die Anhänger des Revolutionsführers Ali Khamenei in Potsdam offen. Sechs Absolventen der URD-Universität, die vor allem den Maßstäben des Revolutionsführers Ayatollah Khamenei gerecht werden müssen, werden aufgenommen.

Prof. Dr. Johann Hafner von der Potsdamer Universität erklärte: "In Qom wurden zur Förderung des religionswissenschaftlichen Austauschs im Laufe der letzten Jahre 150 Bücher von zumeist christlichen Theologen und Religionswissenschaftlern ins Persische übersetzt." Eine frohe Botschaft ist das nicht. Das Selbstverständnis der URD-Universität ist es, Kenntnisse über andere Religionen zu erwerben, um „den Islam“, d.h. die islamistische Doktrin des Regimes, zu propagieren und zu lehren. Dies steht in bester Tradition der Politik der totalitären Diktatur der „Islamischen Republik Iran.“

Die Ansicht, dass die URD-Universität "liberal" sei, wird von deren eigenen Aussagen widerlegt. Prof. E. Stölting hatte Recht, dass die Freiheit der Forschung und Lehre an der Potsdamer Universität verteidigt werden muss.

### **Dialog mit Inquisitoren: Die akademische Zusammenarbeit mit einer islamistischen Kaderschule**<sup>124</sup>

Wie im ersten Teil dieses Berichts ausgeführt, herrscht zwischen dem Institut für Religionswissenschaft der Universität Potsdam und einer islamischen Hochschule in Qom eine rege Zusammenarbeit.

---

<sup>124</sup> <http://europeandemocracy.eu/2012/08/academic-collaboration-with-a-college-of-islamist-propaganda-part-ii/> 06.08.2012



Laut einer Meldung der Potsdamer Neuesten Nachrichten ist Dr. Hans Michael Haußig, Mitarbeiter der Potsdamer Universität, der Meinung, dass die Universität in Qom ein „religionswissenschaftliches Interesse“ habe und „andere Religionen verstehen“ wolle. Dr. Haußig führt aus, dass „auch Christen Missionswissenschaft betreiben“ würden. Zudem würden Gespräche zur „Selbstreflexion“ beitragen. Das Gespräch sei wichtiger als ein „Konfrontationskurs.“

Vor diesem Hintergrund lohnt es sich daher zunächst genauer anzuschauen, wie weit das religionswissenschaftliche Verständnis der Mentoren der „University of Religions and Denominations“ (URD) geht. Es wird deutlich, dass der ideologische Kurs der URD-Universität mit der totalitären Staatsideologie des Islamismus gleichgeschaltet ist.

Unter der Rubrik des „Diskurses der Religionen“ der wissenschaftlichen Abteilung der „University of Religions and Denominations“ sind die Leitfiguren der Forschung dieser Universität aufgeführt: Ayatollah Khomeini, Ayatollah Khamenei, Großayatollah Makrem Schirasi, Großayatollah Sobhani und Großayatollah Javadi-Amoli.

Die antiisraelischen Vernichtungsphantasien von Ayatollah Khomeini und Ayatollah Khamenei sind vielen hinlänglich bekannt. Es ist daher wichtig einige Sätze von Großayatollah Makarem Schirasi und Großayatollah Javadi-Amoli kennenzulernen, um die intellektuellen Grundlagen der Leitfiguren der URD-Universität besser nachzuvollziehen. Zumal sie alle eng mit der totalitären Diktatur des Islamismus im Iran verbunden sind und zu der Führung des Staatsapparats im Iran gehören.

**Todesfatwa und Antisemitismus:** Kein Geringerer als Großayatollah Makarem Schirasi, eine der Leitfiguren der in Potsdam als „liberal“ eingestuften URD-Universität, hatte in einer Fatwa den deutsch-iranischen Sänger Schahin Najafi als „Propheten-Beleidiger“ bezeichnet und damit seine Hinrichtung auch im Ausland legitimiert und gefordert.

Derselbe Großayatollah Makarem Schirasi, einer der Mentoren der URD-Universität, hat in einer weiteren Fatwa den Warenhandel mit den USA und mit Israel verboten. Großayatollah Makarem Schirasi sagte am 12. Mai 2012: „Das zionistische Regime ist ein Grundstoff der Fäulnis und des Verderbens in unserem Zeitalter und kann mit Sicherheit vernichtet werden.“

**Homosexuelle sind niederträchtiger als Hunde und Schweine:** Ein weiterer Mentor der „University of Religions and Denominations“ (URD) in Qom ist der konservative Großayatollah Javadi Amoli.

Es sollte bekannt sein, was Großayatollah Javadi-Amoli, ein Brandstifter über Homosexuelle sagte: Sie seien laut Koran „niederträchtiger als Hunde und



Schweine.“ Man muss nicht homosexuell sein, um die Hinrichtungen von Homosexuellen im Iran zu kritisieren und zu verabscheuen.

Das wissenschaftliche Büro der URD-Universität zitierte Ayatollah Javadi Amoli unter der Rubrik “Diskurs der Religionen” wie folgt: “Der Mensch muss in seinem Glauben so stark sein, dass er keinen [fremden] Gedanken zulässt und das ist sehr schwer. Ijtihad bedeutet, dass er den Koran vollständig kennt. Er muss so gefestigt sein, dass wenn er auch einen Gedanken zulässt, er diesen mit dem Koran misst und so die Wahrheit von der Unwahrheit unterscheidet.” Er setzt fort: “Genau so wie wir den Import von Früchten kontrollieren müssen, müssen wir auch den Import von Kultur und die Übersetzungen kontrollieren.”

**Ein Zusammenleben mit dem Zionismus ist nicht möglich:** Großayatollah Javadi-Amoli vertritt selbstverständlich die khomeinistische Ideologie in Bezug auf Israel. Er ist laut IRNA der Überzeugung, dass “die Welt der Arroganz und des Zionismus das islamische System schwächen wollen.”

In einem anderen Artikel, der am 29. April 2012 in der englischsprachigen Version der staatlichen Agentur IRIB stand, sagte der Mentor der URD-Universität Großayatollah Javadi-Ayatollah: “Ein Zusammenleben mit dem Zionismus ist nicht möglich.”

Es ist sicher für hiesige Religionswissenschaftler von Interesse, dass Großayatollah Javadi-Amoli tatsächlich eine religiöse Begründung für seinen antiisraelischen Antisemitismus liefert. Just am 7. März 2012 sagte er: “Die Führung des zionistischen Regimes kann nicht sagen, dass ihre Vorfahren Abraham und Issak waren, die in Palästina lebten und deswegen behaupten, dass sie die eigentlichen Bewohner Palästinas sind und deswegen die Muslime rauswerfen dürfen.” Er sagte weiterhin: “Israel kann heute nicht behaupten, dass das Gebiet ihren Ahnen gehört hat. Die Vorfahren von uns Iranern waren beispielsweise Zoroastrier. Heute können doch die Zoroastrier nicht sagen, dass wir aus dem Iran rausgehen müssen. Unsere Vorfahren haben uns vor rund tausend Jahren den Islam gebracht.” Er verglich die Israelis mit den Pharaonen und sagte, dass “das Denken der Pharaonen untergehen wird. Die Großmächte werden stürzen.”

Die URD-Universität ist nach eigenen Angaben den Leitlinien der genannten Staatskleriker verpflichtet. Falls eines Tages die Mitarbeiter der Potsdamer Universität einen Studenten der URD-Universität von etwas anderem als der ihnen auferlegten totalitären Ideologie überzeugen sollten, werden sie von den Machthabern der khomeinistischen Diktatur des “sanften Krieges” gegen das politische System des Khomeinismus bezichtigt werden.

Mit Studenten der URD-Universität hat sich die Potsdamer Universität das Gegenteil von dem, was die Potsdamer Lehrkräfte behaupten, eingeheimst. Die URD-Universität ist weder liberal noch wird sie liberale Studenten nach Deutschland



schicken, die womöglich in Potsdam gegen das Regime für die Demokratie protestieren. Das totalitäre Regime wird ihre bestens geschulten und indoktrinierten Studenten nach Deutschland schicken, damit diese der "frevelhaften Kultur des Westens" standhalten.

In der nächsten Folge werden konkrete Texte der wissenschaftlichen Abteilung der URD-Universität dargestellt und analysiert, um den deutlichen Zusammenhang zwischen der totalitären Staatsdoktrin und den Inhalten der URD-Universität zu verdeutlichen. Die URD-Universität ist tatsächlich ein ideologischer Arm der totalitären Diktatur.

Wäre es nicht eher angebracht gewesen, wenn die Potsdamer Universität eine Handvoll von den Tausenden iranischen Abiturienten und Studenten, die in der totalitären Diktatur nicht studieren dürfen, lediglich weil sie sich für Menschenrechte einsetzen, nach Potsdam holt, um ein Zeichen zu setzen? Unter ihnen gibt es sicher hervorragende Religionswissenschaftler, die sich der Wissenschaft und der Freiheit verpflichtet fühlen und nicht der Diktatur des Staatsklerus und ihrer Soldaten.

### **„Vergiftete Kultur“: Was der iranische Partner einer deutschen Universität lehrt**

125

Wie im ersten und im zweiten Teil dieses Berichts gezeigt worden ist, arbeitet das Institut für Religionswissenschaft der Universität Potsdam mit einer islamistischen Kaderschule in der iranischen Stadt Qom zusammen. Im Folgenden werden einige Beispiele für die antimodernistischen und antisemitischen Inhalte gezeigt, die die „University of Religions and Denominations“ (URD) lehrt.

In einer Veröffentlichung des wissenschaftlichen Büros der URD wird das Ergebnis eines Forschungsprojekts wiedergegeben. Es geht um die Frage, wie die vom Iran propagierte Version des Islam den Einflüssen der "Modernität" entgegenwirken will. Der Wissenschaftler der URD weist darauf hin, dass der Revolutionsführer Ali Khamenei auf die "Art und Weise, wie die islamische Herrschaft der Modernität und der westlichen Zivilisation entgegenwirken" müsse, aufmerksam gemacht hat. Dieser islamistische Wissenschaftler, der explizit auf der Grundlage der Lehre von Ayatollah Khamenei denkt und arbeitet, kommt zu dem Ergebnis, dass die "Aufgabe der islamischen Revolution nach der Machtübernahme die Bildung einer islamischen Regierung war, um die Grundlagen der neuen islamischen Herrschaft zu bilden."

---

<sup>125</sup> <http://europeandemocracy.eu/2012/08/the-anti-semitic-iranian-partner-of-a-german-university-part-iii/>  
08.08.2012



Diese islamische Herrschaft im gegenwärtigen Iran führe allmählich zur "Auflösung der Modernität und ihrer Erscheinungsformen". Die Frage sei, ob der "Islam die Kapazität zu einer aktiven Konfrontation mit der Modernität besitze". Berücksichtigt wird dabei auch das technologische Potential des Landes. Der Wissenschaftler der URD kommt zu dem Ergebnis, dass der "Islam das nötige Potential für die Gründung einer besonderen Zivilisation und Weltordnung" besitze. Nach seiner Meinung setzt die iranische Regierung die modernen Technologien so ein, wie diese für eine islamische Gesellschaft nötig seien. Er empfiehlt, spezifische Programme zu entwickeln, damit die iranische Gesellschaft die "Übergangsphase von der Modernität in die islamische Zivilisation" vollziehe.

In der Tat handelt es sich um eine fundamentalistisch-totalitäre Vorstellung von islamischer Herrschaft. Diese Sichtweise ist die Perspektive des islamistischen Totalitarismus, die sich als eine islamische Gegenmoderne entwickelt.

**An der URD beschäftigt man sich auch mit dem Judentum.** Ein anderer islamistischer Wissenschaftler der URD geht auf die jüdische Strafgesetzgebung ein. Auffallend ist, dass nicht der Versuch unternommen wird, die heutige Gesetzgebung im jüdischen Staat Israel zu verstehen, sondern das jüdische Gesetz aus fundamentalistischer Perspektive betrachtet wird.

Es wird behauptet, dass das Judentum als älteste abrahamitische Religion auf der "Sharia" aufbaue und daher mit dem Islam vergleichbar sei. Dabei wird "Sharia" als religiöses Gesetz verstanden, wie es in den "zehn Geboten" von Moses zum Ausdruck kommt. Auf dieser Grundlage beschäftigt sich der Wissenschaftler der URD mit der „jüdischen Strafgesetzgebung“, als ob diese heute noch praktiziert würde.

Das jüdische Gesetz wird in drei Epochen analysiert: In der Epoche des Heiligen Buches, eine Zeitperiode von vor 3300 bis vor 2400 Jahren. In dieser Phase sei das Heilige Buch, das Alte Testament, auf Hebräisch entstanden. Die zweite Phase sei die "talmudische Periode", die mit dem Jahr 70, nach der Zerstörung des Tempels in Jerusalem durch die Römer, beginne und im fünften Jahrhundert zu Ende gegangen sei. In dieser Phase sei die "mündliche Sharia", die "Mischna" entstanden. Der Talmud beruhe darauf. Die dritte Phase sei eine post-talmudische Periode, die sich dadurch ausgezeichnet habe, dass jüdische Gelehrte den Talmud interpretierten.

Solche Abschnitte könnte man als einen religionswissenschaftlichen Ansatz eines dogmatischen Instituts der totalitären Diktatur verstehen, aber wie wir bald sehen werden, wird der Blick auf das Judentum antisemitisch gewendet.

Es ist interessant, dass ein großes Interesse für die jüdische Strafgesetzgebung existiert, die im heutigen Judentum überhaupt keine Relevanz hat.



Die Strafgesetzgebung des Judentums wird als Form von "körperlichen Strafen, Freiheitsentzug und Geldstrafen" beschrieben. Zunächst geht der Wissenschaftler der URD auf die "Körperstrafen" im Judentum ein: Er ist bestrebt nachzuweisen, dass das Alte Testament die Verbrennung von Menschen als Strafe vorsieht. Er greift die Geschichte von Judas auf, der Sohn Jakobs, der anordnete, dass Tamar verbrannt werden solle, weil sie Ehebruch begangen habe. Er schreibt, dass die Tochter eines gläubigen Juden lebendig verbrannt wurde, wenn sie eine Prostituierte geworden sei. Es gäbe auch das Gesetz der Steinigung, die schon im alten Babel praktiziert worden sei. Um die Strafen zu verstärken, seien sogar die Leichen von gesteinigten Menschen verbrannt worden.

Fundamentalistisch hebt er hervor, dass es in der Thora drei verschiedene Hinrichtungsformen für Ehebruch und Inzest gebe: Verbrennung, Steinigung und Erhängen. In Bezug auf die Hinrichtungsform des Erhängens schreibt er, dass dieses Gesetz von einem persischen König in das Judentum eingeführt worden sei. Dieser habe den Wiederaufbau des zerstörten Tempels in Jerusalem befohlen. König Dariusch habe auch angeordnet, dass die Gegner des Wiederaufbaus erhängt werden müssten. Die Juden hätten dieses Gesetz übernommen.

In Talmud gebe es vier Formen der Todesstrafe: Steinigung, Verbrennung, die Form des Erstickens und Enthauptung. Im Talmud sei später die Form der Steinigung geändert worden. Der mit dem Tode bestrafte Mensch wurde in eine Grube geworfen, so dass er starb. Dadurch sei das Steine werfende Kollektiv der Ausführenden verdrängt worden.

In einem anderen Szenario geht der iranische Islamist auf die Zeugen eines Verbrechens ein, die den Verurteilten mit einem Tuch so lange gewürgt haben, bis dessen Mund aufgegangen sei. Dann sei eine Fackel in dessen Rachen gesteckt worden, um ihn zu ersticken. Später sei auch heißes Blei in den Rachen der Verurteilten gegossen worden. Götzenanbeter seien entsprechend der römischen Methode geköpft worden.

Dem Alten Testament zufolge gebe es ferner das Gesetz der Blutrache und der Vergeltung. Wenn jemand einem anderen Menschen die Augen herausgerissen habe, müsse auch ihm das Auge herausgerissen werden. Nach den mündlichen Überlieferungen des Talmud könnten auch Geldstrafen angenommen werden. Auch Auspeitschung sei dem Alten Testament zufolge erlaubt. Zwar sei im Altertum die Verbannung von Sträflingen üblich gewesen, die Israeliten kannten diese Strafform jedoch nur bedingt. Mörder, die fahrlässig getötet haben, seien in Strafkolonien verbannt worden.

**Und was empfiehlt die URD deutschen Studenten?** Laut einem anderen Bericht der wissenschaftlichen Abteilung von 8. März 2012 waren einige Studenten der Universität Paderborn in der URD in Qom. Ayatollah Javadi-Amoli sprach zu ihnen. Um die Auseinandersetzung der URD mit dem jüdischen Gesetz zu verstehen, ist es



wichtig, sich kurz anzuschauen, was Ayatollah Javadi-Amoli den deutschen Studenten zu sagen hatte.

Er empfahl seinen "christlichen Brüdern" zu überlegen, wie die Welt aussähe, wenn das Christentum einen Führer wie Imam Khomeini hätte, der zwischen dem amerikanischen Christentum und dem "reinen Christentum" unterschieden habe: "Sie würden dann Jesus Christus richtig verstehen und würden so das Christentum der Welt erklären."

Selbstverständlich erklärte Ayatollah Javadi-Amoli den deutschen Studenten, dass der Islam das Judentum und das Christentum anerkenne, auch wenn der "Islam das göttliche Kalifat" sei. Natürlich wünscht Ayatollah Javadi-Amoli, die "ganze Welt" möge eines Tages das Verständnis von Ayatollah Khomeini über die Religionen übernehmen.

**Antisraelische Propaganda der URD-Universität:** In einem anderen Text der wissenschaftlichen Abteilung der URD-Universität wird vor dem christlichen und jüdischen Zionismus gewarnt. Die US-Amerikaner hätten keine "christliche Identität". Ihre Religion sei eine Mischung, ein „jüdisches Christentum“. Ausgerechnet die Qomer Universität schreibt, dass der US-amerikanische Fundamentalismus ein "jüdisch-israelisches Produkt" sei.

Dort heißt es: "Die amerikanische Solidarität für Israel beschränkt sich nicht nur auf die Haltung des Präsidenten, des Kongresses oder des Pentagons. Es handelt sich vielmehr um eine Solidarität der Bevölkerung, die auf dem fundamentalistisch-religiösen Glauben der Amerikaner beruht. Diese Haltung kann man auch in der westlichen Kultur Europas beobachten."

Das „jüdische Christentum“ hat nach Ansicht dieses Wissenschaftlers der URD mit dem Protestantismus begonnen. Nachdem die britische Regierung die "legale Präsenz der Juden unterbunden hat, hat das jüdische Christentum die Aufgabe übernommen, die Juden vor der Wiederkehr von Jesus Christus nach Jerusalem zu schicken". Daraufhin sei die Idee der "Weltherrschaft" und der "Auferstehung Israels" in Europa verbreitet worden. Schon im 18. Jahrhundert hätten amerikanische Protestanten die Idee der "Rückkehr der Juden nach Palästina verbreitet". Der Glaube, dass Christus wiederkehre und sich die "tausendjährige Herrschaft des Zionismus über die Welt" durchsetze, habe einen "Platz im Gewissen des amerikanischen Volkes eingenommen".

Anfang des 20. Jahrhunderts habe sich dann das "zionistische Denken in der amerikanischen Volkskultur durchgesetzt". Die Abhängigkeit vom "Zionismus" zeige sich dann im "Interesse der amerikanischen Bevölkerung für die Balfour-Erklärung, für die Vormundschaft Englands über Palästina, für die Gründung Israels und schließlich für die Gewährleistung von dessen Sicherheit". Dies alles hätte man



schon vor der Formierung der „jüdischen Lobby in der amerikanischen Politik“ beobachten können.

Während die URD in einem weiteren Text davon spricht, dass „Israel eine vergiftete Kultur“ habe, besteht die Potsdamer Universität auf der Fortsetzung der Zusammenarbeit mit der islamistischen Kaderschmiede, die angeblich nicht politisch motiviert sei, sondern rein religionswissenschaftlichen Ambitionen habe.

### **Dialog mit Antisemiten: Iranische Islamisten in der Frankfurter Buchmesse** <sup>126</sup>

Die Sanktionen gegen den Iran werden verschärft, damit steigt der Druck auf das Regime, alles zu versuchen, um die Isolation zu durchbrechen. Dazu gehören nicht zuletzt vermeintlich harmlose „kulturelle“ Kontakte, und weiterhin gibt es in Deutschland Institutionen, die bereit sind, einen „Dialog“ mit den iranischen Islamisten zu führen. Wie in den ersten drei Teilen des Berichts gezeigt worden ist, arbeitet das Institut für Religionswissenschaft der Universität Potsdam mit einer islamistischen Kaderschule der iranischen Stadt Qom zusammen. Die URD (University of Religions and Denominations) hat auch Kontakte zur Universität Paderborn und zur Universität Frankfurt am Main.

Die islamistische Kaderschmiede URD will in Deutschland noch aktiver werden, nicht nur in der Zusammenarbeit mit Universitäten. In einem Artikel der wissenschaftlichen Abteilung dieses islamistischen Indoktrinationszentrums wird berichtet, dass der offizielle staatliche Auftritt des Iran bei der diesjährigen Frankfurter Buchmesse besser organisiert werden soll.

Der Autor kritisiert aber, dass es im letzten Jahr keine ausreichende Koordination zwischen dem staatlichen Stand und den Ständen anderer iranischer Verlage gegeben habe, mit dem Ergebnis, dass der Platz des offiziellen iranischen Standes auf der Frankfurter Buchmesse abgesperrt worden sei. Dies habe zu einer großen Diskussion zwischen dem iranischen Botschafter in Deutschland und dem Berater des Präsidenten Ahmadinejad sowie dem Kultursekretär des iranischen Ministeriums für islamische Führung und Kultur geführt.

Im letzten Jahr seien verschiedene Verleger individuell aufgetreten, aber der offizielle, d.h. staatliche iranische Bücherstand sei abgesperrt worden. Auch in diesem Jahr sei nicht klar, welche Verlage an der Frankfurter Buchmesse teilnehmen und wie die iranischen Stände dort präsentiert werden. Der Autor fordert, dass Vorfälle des letzten Jahres sich nicht wiederholen dürften. In diesem Jahr sollen die

---

<sup>126</sup> <http://europeandemocracy.eu/2012/08/dialogue-with-anti-semites-iranian-islamists-at-the-frankfurt-book-fair-part-iv/> 15.08.2012





iranischen Verlage zusammenrücken, staatliche und nichtstaatliche Verlage sollen bei der Frankfurter Buchmesse gemeinsam auftreten. Außerdem müsse die „Würde des Iran“ auf der Frankfurter Buchmesse wieder hergestellt werden.

Während der Iran in den letzten Jahren etwa 80 Quadratmeter Platz auf der Frankfurter Buchmesse bekommen habe, stünden in diesem Jahr 96 Quadratmeter für Bücherstände zur Verfügung. Die nötige Bezahlung sei schon erfolgt. Auf der Frankfurter Buchmesse, die zwischen 10. und 14. Oktober stattfinden wird, sollen auch Bücher der URD ausgestellt werden. In den letzten Jahren waren die iranischen Bücherstände auf der Frankfurter Buchmesse in die Kritik geraten, weil sie dort antisemitisches Material ausgestellt haben.

**Purer Antisemitismus:** Ultra-orthodoxe Juden der Gruppe Naturei Karta, die sich auch gerne mit Ahmadinejad treffen und an dessen Konferenzen für Holocaust-Leugner und Feinde Israels teilnehmen, sind auch angesehene Gäste der URD. Auf mehreren Fotos, die die wissenschaftliche Abteilung der URD veröffentlicht hat, sieht man Mitglieder der Naturei Karta. Einer trägt ein „Namensschild“: „Jude, kein Zionist“. Ein anderer trägt ein „Namensschild“, auf dem eine durchgestrichene israelische Flagge abgebildet ist.

Die URD sucht einen „religionswissenschaftlichen Dialog“ ausschließlich mit israelfeindlichen orthodoxen Juden. Diese waren auch als Teilnehmer einer Konferenz der Holocaust-Leugner am 11. und 12. Dezember 2006 in Teheran, die weltweit bekannt wurde. Tatsächlich betrachten Ideologen der Hassschmiede URD die Welt mit einer ultrafundamentalistischen Brille. Für sie sind die „wahren Juden“ die ultraorthodoxen Antizionisten, die gemeinsam mit Islamisten die Zerstörung Israels fordern.

Der Dekan der Philosophischen Fakultät der Universität Potsdam, der Religionswissenschaftler Johann Hafner, hat gegenüber der Märkischen Zeitung gesagt, dass das Interesse an einem Kontakt damals damit begründet wurde, dass die Universität in Qom die einzige im Iran sei, „die sich der Erforschung und der Lehre der lebenden Religionen, ihrer inneren Vielfalt und ihren Spannungen widmet“. Das aber entspricht, wie in den vorherigen Teilen gezeigt wurde, nicht der Realität. Den kooperationsbereiten Wissenschaftlern in Potsdam und an anderen deutschen Universitäten mag tatsächlich an einem Dialog gelegen sein, möglicherweise glauben sie, im Iran für Toleranz werben zu können. Doch die Ziele der islamistischen Diktatur sind andere, es gibt im Iran weder Meinungs- noch Forschungsfreiheit. Kaderschmieden wie die URD stehen im Dienst der Innen- und Außenpolitik, das Studium anderer Religionen dient der Verbreitung der Staatsdoktrin im Ausland und ihrer Durchsetzung im Iran. Die Frage ist, warum Institutionen, die Hasspropaganda der totalitären Diktatur der „Islamischen Republik Iran“ verbreiten, immer wieder in Deutschland hoffähig gemacht werden - dieses Mal unter dem Deckmantel des religionswissenschaftlichen Dialogs.



**Anti-Bahaismus:** Die URD genießt die volle Unterstützung der islamistischen Diktatur und des Staatsapparats im Iran. Mehr als problematisch ist auch die Tatsache, dass das vermeintlich religionswissenschaftliche Qomer Institut eine aktive Rolle bei der Produktion und Verbreitung der Hassideologie gegen die Bahai spielt. Die Angehörigen dieser religiösen Minderheit werden von der khomeinistischen Diktatur des Iran systematisch unterdrückt, ihre Religion soll vernichtet werden.

Das wissenschaftliche Büro der URD bezeichnet die Bahai-Religion als eine "Sekte", eine Bezeichnung, die in den vom Staat verbreiteten Hetzschriften gegen die Bahai üblich ist. Wie die Staatspropaganda unterstellt auch die URD, die Bahai-Religion sei unter dem Einfluss von "Kolonialmächten" gegründet worden. In einer anderen islamistischen Studie kommt der URD-Wissenschaftler zu dem Ergebnis, dass es "einen Mangel an Entgegnungen gegen die Bahai" gebe, als ob die systematische Verfolgung der Bahai im Iran nicht ausreichen würde.

Eine weitere Studie, die an der URD verfasst worden ist, kommt zum selben Ergebnis wie Ayatollah Khomeini. In der Studie, die in Kurzfassung auf der Homepage der URD veröffentlicht worden ist, kommt der Autor zu dem Schluss, dass die Bahai-Religion eine "abweichlerische Sekte" sei. Eine andere Studie beschäftigt sich mit dem höchsten Organ der Bahai-Religion, dem Universalen Haus der Gerechtigkeit. Es werden vollkommen falsche Beschuldigungen auch gegen das Weltzentrum der Bahai-Religion in Haifa erhoben. Fälschlicherweise wird beispielsweise behauptet, dass das Weltzentrum einen "prophetischen Anspruch" hege und den Angehörigen der Bahai-Religion "Befehle" erteile.

Die URD beschäftigt sich besonders mit der Azali-Bewegung, einer Anti-Bahai-Schule der ersten Stunde. Ein Doktorand der URD ist zu dem Ergebnis gekommen, dass die Kritik dieser Anti-Bahai-Gruppe sehr "wissenschaftlich" sei. Die islamistischen Machthaber sollten daher die Kritik der Azali-Bewegung übernehmen. Studien dieser Art legitimieren die staatliche Unterdrückungspolitik.

Die Frage ist, welche Aufgaben sich die deutschen Universitäten 33 Jahre nach der Machtübernahme der Islamisten im Iran stellen. Will man sich mit den Realitäten eines totalitären Gewaltsystems auseinandersetzen oder immer wieder die Diktatur hoffähig machen, indem man einen „religionswissenschaftlichen Dialog“ mit Institutionen führt, deren Aufgabe es ist, eine Repressionspolitik zu legitimieren, die für viele „Abweichler“, Angehörige religiöser Minderheiten, Haftstrafen, Folter und Tod bedeutet? Deutsche Universitäten könnten sich auch die Aufgabe stellen, aus verschiedensten Perspektiven die Gräueltaten und die Folgen der islamistischen Hassideologie zu untersuchen, die das iranische Regime auch unter den Muslimen in Europa verbreiten will.



## Kaderschmiede der Diktatur<sup>127</sup>

„Universität der Religionen und der spirituellen Pfade“ – der Name der nach ihrer englischsprachigen Bezeichnung URD abgekürzten iranischen Hochschule klingt harmlos. Doch kann es in einer islamistischen Diktatur freie Forschung und offenen Meinungs austausch über religiöse Fragen geben? Die Potsdamer Universität kooperiert mit der URD, und im heutigen Tagesspiegel lesen wir, dass der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) sich hinter diese Kooperation der iranischen „Religionshochschule“ gestellt hat, in der Hoffnung, dass intellektueller Austausch „als Mittel gegen starre Ideologien wirken“ kann.

Der folgende Text sollte jedoch deutlich machen, dass die Potsdamer Universität und der DAAD sicher hehre Ziele verfolgen, ihre iranischen Kooperationspartner aber genau zu den Vertretern der starren Ideologie der totalitären Diktatur des Iran gehören. Das islamistische Regime bekämpft nicht nur religiöse Minderheiten, sondern auch von der eigenen Ideologie abweichende Interpretationen des Islam, beispielsweise den Sufismus. Diesen Kampf zu führen, ist auch die Aufgabe von Universitäten wie der URD.

Die Lage der Gonabadi-Derwische im Iran verschlechtert sich täglich. Diese Derwische oder Sufis genannten Leute vermischen ihre spirituelle Praxis nicht mit Politik, nehmen aber an den Wahlen der „Islamischen Republik Iran“ teil. Vier Millionen iranische Derwische haben bei den letzten Präsidentschaftswahlen Karoubi gewählt. Allein dies ist ein Zeichen dafür, dass diese Gruppe im Rahmen der Gesetzgebung der „Islamischen Republik Iran“ handelt. Dennoch ist ihr Leben im Iran gefährdet.

### **Ideologie als Instrument zur Rechtfertigung von Verfolgungen**

Die den iranischen Sicherheitskreisen nahestehende Website „Borhan News“ hat einen neunteiligen Artikel veröffentlicht, der sich der Geschichte und der aktuellen Präsenz der Sufis im Iran widmet und die aus Sicht des Regimes daraus sich ergebenden Gefahren für das System darstellt. Gleiches findet sich auf der aus dem Netz genommenen Website „Adyan News“, deren Nachfolge „Adyan.net“ ist. Die aus Qom betriebenen Seiten geben zu, dass die Sufis in allen iranischen Städten präsent sind. Sie schildern, wie ein Teil der iranischen Bevölkerung die Gebetshäuser der Sufis und die sogenannten „Husseinye“ besucht und die Beliebtheit der friedlich und selbstlos gesinnten Sufis steigt. Sie haben Genossenschaften, Altenheime und Kliniken aufgebaut und sind vor allem in Irans Großstädten erfolgreich. Die Herrscher der Islamischen Republik, die gegen solche Vielfalt sind, haben mit den Sufis ein ernsthaftes und unlösbares Problem.

---

<sup>127</sup> <http://europeandemocracy.eu/2012/08/training-ground-of-the-dictatorship/> 24.08.2012



Dr. Mostafa Azmayesh, Islamwissenschaftler im Exil mit engen Verbindungen in den Iran, der sich für die Rechte verschiedener religiöser Minderheiten im Iran einsetzt, sprach in einem Interview mit Radio Farda über die andauernde Gefahr für die Sufis, die zu einem Verbot der Derwisch-Zentren im Iran führen kann: „Die Tatsache, dass die Gebetshäuser der Derwische noch nicht verboten sind, liegt an unseren Bemühungen, das Problem international bekannt zu machen.“ Azmayesh sagt, dass Websites wie „Adyan News“ und „Borhan News“ ständig Anti-Sufi-Propaganda betreiben.

Die Reaktionen der Herrscher der „Islamischen Republik“ ist auch eindeutig: Wachsender Druck auf die Derwische im Iran. Beispielsweise hatten die Sufis über Jahre eine Informationswebsite, die „Madschzubane Nour“ (Die vom Licht Angezogenen) heißt. Das Büro dieser Website in Teheran ist geschlossen worden. Dr. Azmayesh, der in Paris lebt, sagt: „Sie haben alle Betreiber und Mitarbeiter dieser Website, die Juristen, Anwälte und Schriftsteller sind, gleich verhaftet, um die Website zu verbieten. Seit einem Jahr sind sie alle im Gefängnis, ohne dass sie verurteilt worden sind und ohne, dass sie etwas verbrochen haben.“ Auf die Frage, wo Dr. Azmayesh eigentlich die Ursache für die Anti-Sufi-Politik im Iran sieht, antwortet er, dass es sich um verschiedene Herrschaftsgruppen handelt, die er so kennzeichnet: „Einige Gruppen sind etwas weniger faschistisch als die anderen.“

### **Die konstruierten Überlieferungen**

Dr. Azmayesh kritisiert, dass diese religiös-faschistischen Gruppen sowohl gegen Rationalität und gegen islamische Mystik als auch gegen Eingebungen (vahj) sind. Diese Gruppe nennt der Religionswissenschaftler Dr. Azmayesh „Rewayatgarân“. „Rewayatgarân“ sind Menschen, die sich auf „Überlieferungen von Worten heiliger Personen nach willkürlichen Aussagen einzelner Personen“ berufen. Die Muslime, die zu den „Rewayatgarân“ gezählt werden müssen und im Iran in den letzten 33 Jahren die Staatsmacht in ihren Händen monopolisiert haben, äußern beispielsweise eine persönliche Meinung, wenn sie sagen, dass „Frauen eine Kopfbedeckung tragen müssen“. Doch setzen sie mit Gewalt die Zwangsverschleierung der Frauen durch. Tatsächlich aber gibt es im Koran keinen Satz, der die Zwangsverschleierung der Frauen legitimieren würde, sagt Dr. Azmayesh. Diese Leute beziehen sich auf irgendwelche gefälschten Überlieferungen und behaupten dann, dass die schiitischen Imame dies und jenes gesagt haben und deswegen die Frauen zwangsverschleiert werden müssten.

Dr. Azmayesh geht in dem Interview auch auf die Gruppe der „Amariyoun“ ein, die in Wirklichkeit eine der extrem faschistischen Gruppen in Iran seien. Personen wie Mehdi Taeb, Alireza Panahian, Said Ghassemi, Hassan Abbasi und Mehdi Nassirian gehören diesem Umfeld an. Ihre geistige Ausrichtung hat die gleiche Tendenz, sie grenzen aus und rufen zu Gewalt auf. Die Website der „Amariyoun“ die von Mehdi Nassirian geleitet wird, sei in Wirklichkeit die ideologische Abteilung der „Hadian



Bassij“ (Führer der Bassij). Andere Websites wie „Borhan News“, zählt Azmayesh im übrigen auch zu den extremistischen Faschisten in der Führungsstruktur Irans.

**Das Geflecht der ideologischen Kader.** Wenn man die Website „Borhan News“ genauer untersucht, kommt man zu dem Ergebnis, dass gegenwärtig zwei Zentren in Qom existieren, die sich mit anderen religiösen Richtungen auseinandersetzen. Diese beiden sind das „Islamisches Zentrum zur Erforschung von Religionen und spirituellen Wegen“ (Markaze Taqribe Adjân wa Mazâheb Islami) und das „Internationales Zentrum der Ahl-e Beyt“ (Majma-e Jahânie Ahl-e Beyt). Die Kader von Majma-e Jahanie Ahl-e Beyt führen einen Dialog mit anderen Religionen über Schiismus, z.B. werden sie zum Papst geschickt. Hingegen konzentrieren sich die Mitarbeiter von Markaze Taqribe Adjân wa Mazâheb Islami auf muslimische Länder und kooperieren mit Muslimen im Westen. Beide Zentren werden von Mohsen Araki geführt, einem ehemaligen Leiter des Islamischen Zentrums in London.

Grundsätzlich sind die verschiedenen Zentren, universitären Institute und Kaderschmieden miteinander verflochten. Alle diese Zentren haben in ihrer Führungsspitze eine Runderneuerung erfahren, um die Islamisierung der Bildung stringenter voranzutreiben. So hat der religiöse Führer Ali Khamenei den Leiter der „Islamischen Universität für Religionen und spirituelle Wege“ (1) (Dâneshgah-e wa Adjân wa Mazâheb Islami dar Qom) (2) Abulhassan Navab, obwohl er ein Schüler von Mesbah Yazdi, einem extremistischen Ideologen der Gewalt ist, vor ungefähr einem Jahr abgesetzt, weil Navab einen Lehrstuhl für Sufismus zugelassen hatte. Offensichtlich war Navab nicht extremistisch genug.

Diese Universität wiederum bildet die Kader für die beiden oben genannten Institute aus. Weitere wichtige Kaderschmieden sind Moassesseie-Pajuheshi-e Emam Khomeini (Mesbah Yazdis Institut), Dâneshgâh-e Bâgher, die Online-Universität Jâme-a al-âlamieh al Mostafa mit einigen untergeordneten Instituten, die alle mit oben genannten Instituten kooperieren.

Ein anderes Zentrum in Qom heißt Markaze Pajuheshe Mazâheb wa Feraq dar Qom (Zentrum zur Erforschung von Religionen und Sekten in Qom). Eine weitere ideologische Universität in Teheran heißt Dâneshgâh-e Sadeq und ist eine Kaderschmiede für Regierungsposten (Hedjan-e Sepah-e Padaran). Auch die Website <http://www.adyan.net/> gehöre zu diesem Geflecht.

Alle diese Zentren sind das ideologische Rückgrat des Regimes und vertreten dessen Interessen, wenn sie „Religionen erforschen“. Sie greifen nicht nur die Sufis und die Mystik als verderbliche islamische Sekten an, sondern alle anderen Religionen werden ebenfalls als abweichlerisch und ihre Anhänger als Teufelsanbeter dargestellt. Auf „Borhan News“ werden nach Aussagen von Dr. Azmayesh sogar Mullahs, die sich für Philosophie und islamische Logik interessieren, angegriffen.



## **Iran: Wenn Schulkinder gezwungen werden, zum Islam zu konvertieren 128**

Im August 2012 berichtete Jungle World in einer Reihe von online-Artikeln, dass die „University of Religions and Denominations“ (URD) in der Stadt Qom, eine islamistische Kaderschmiede, mit der Universität Potsdam zusammenarbeitet. Die Universitätsleitung und der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) verteidigten die Zusammenarbeit mit der URD. Inzwischen ist bekannt geworden, dass das iranische „Ministerium für Erziehung“ landesweit Lehrer rekrutiert, um diese in Anti-Bahai-Propaganda zu unterweisen. Die Lehrer werden von zumindest einer Lehrkraft der URD unterrichtet und setzen dann insbesondere Bahai-Schüler unter Druck, damit diese zum Islam konvertieren.

Die Bahai International Community (BIC) hat im März 2013 einen neuen Bericht über die Menschenrechtsverletzungen gegen die Bahai im Iran veröffentlicht. Es werden über 300 Fälle dokumentiert, in denen seit 2005 Schüler zur Konversion gezwungen werden sollten. In vielen Fällen wurden Schulkinder dazu aufgefordert, ihre Religion vor der Klasse zu kritisieren und zum Islam zu konvertieren. Schulkinder und ihre Eltern haben oft Angst, über solche Erlebnisse zu berichten, weil sie befürchten müssen, noch mehr öffentlich drangsaliert zu werden.

Die BIC berichtet, dass Lehrer nach Qom geschickt werden, um dort über die Bahai-Religion „aufgeklärt“ zu werden. Am 23. April 2007 wurde beispielsweise eine Gruppe von Lehrern aus 14 iranischen Provinzen vom Ministerium für Erziehung rekrutiert, um in Qom Lehrgänge zu absolvieren. Seyyed Ali Musavi-Nejad, eine Lehrkraft der URD, die u.a. mit der Universität Potsdam zusammenarbeitet, leitete die Anti-Bahai-Kurse, in denen die Angehörigen der religiösen Minderheit als gefährliche Sektierer dargestellt werden, deren Glauben keine Existenzberechtigung in der „Islamischen Republik Iran“ hat.

Im Februar 2009 wurde im obligatorischen Koran-Unterricht einem Bahai-Schüler vorgehalten, dass der „Koran ausreichend“ sei und man andere religiöse Schriften nicht bräuchte. Eine Bahai-Schülerin verteidigte sich und sagte, dass für sie ihr Glaube am wichtigsten sei. Als sich der Vater der Schülerin am nächsten Tag beim Schuldirektor beschwerte, dass seine Tochter unter Druck gesetzt werde, wurde ihm mitgeteilt, dass die Lehrer staatliche Anordnungen ausführen würden.

Seit 2005 wurden mindestens neun Bahai ermordet oder starben unter mysteriösen Umständen. Die BIC hat einige Fälle dokumentiert. Am 16. Februar 2007 wurde die Leiche einer 85jährigen Frau in ihrem Haus in Abadeh in der Provinz Fars gefunden. Man hatte ihre Arme und Beine gefesselt und sie geknebelt. Am nächsten Tag wurde eine 77jährige Frau in ihrem Haus in Isfahan ermordet. In Yazd verschwand im Februar 2009 ein 82jähriger Mann. Nachdem seine Tochter die Polizei drängte ihn zu suchen, wurde ihr mitgeteilt, dass sein Verschwinden damit zu tun habe, dass er zu viel über die Bahai-Religion gesprochen habe. Die Täter wurden niemals gesucht, obwohl die Äußerungen der Polizisten darauf hindeuten, dass sie bekannt waren. Doch Gewalttaten gegen Bahai bleiben im Iran straflos.

Die BIC dokumentiert, wie Individuen physisch angegriffen werden. Beispielsweise entdeckte ein Bahai im März 2008 Anti-Bahai-Parolen an der Wand seines Geschäftes. Er legte bei der Polizei eine Beschwerde ein. Wenige Tage später bekam er einen Drohbrief, in dem die Bahai-Religion angegriffen wurde. Einige Tage

<sup>128</sup> <http://europeandemocracy.eu/2013/03/iran-children-under-pressure-to-convert/> 08.03.2013



später, als der Bahai-Geschäftsmann zu seinem Auto gehen wollte, näherte sich ihm ein Mann, der nach Benzin fragte, weil er zur nächsten Tankstelle fahren müsse und der Tank seines Autos leer sei. Der Bahai pumpte aus dem Tank seines eigenen Autos Benzin, um es dem Mann zu geben. Plötzlich hielt der Mann mit Hilfe eines Komplizen den Bahai fest. Sie schleppten ihn zum nächsten Baum und fesselten ihn mit Ketten daran. Das Benzin wurde über ihn gegossen. Der zweite Mann versuchte, mit Streichhölzern den Gefesselten anzuzünden, was ihm nicht gelang. Schließlich liefen Nachbarn herbei, um zu verhindern, dass der Bahai öffentlich verbrannt wird. Er konnte gerade noch gerettet werden, wurde aber im Juli 2008 verhaftet. Die Polizei warf ihm vor, diese Geschichte erfunden zu haben, um das islamische Regime zu diffamieren. Er weigerte sich zu gestehen, dass die Geschichte unwahr sei. Er wurde gefoltert. Seine Haut wurde mit der Glut von Zigaretten verbrannt.

In verschiedenen weiteren Fällen wurden Bahai auf offener Straße mit Messern angegriffen oder grundlos zusammengeschlagen. In den meisten Fällen bekamen die Bahai vorher Drohbriefe und als Vorwarnung wurde ihr Eigentum beschädigt. Dieses Vorgehen legt die Vermutung nahe, dass es sich um organisierte Gewalttaten hat.

In Semnan, in Rafsanjan und in einigen anderen Städten wurden Häuser von Bahai angezündet oder zerstört und Bahai-Friedhöfe geschändet. Am 27. Januar 2008 zerstörten maskierte Männer in Abwesenheit des Hauseigentümers mit einem Bulldozer die Wände eines Hauses. Es war kein normaler Raubüberfall. Man wollte nicht nur den Besitz des Bahai, sondern ihm zeigen, dass er als Bahai ein Problem sei. Als der Hauseigentümer nach Hause kam, wurde er zusammengeschlagen. Man nahm alle Bahai-Bücher aus dem Haus und stahl auch, was an wertvollen Gegenständen zu finden war. Am nächsten Tag wurde ein Brief in das zerstörte Haus geworfen, in dem die Bahai als eine „perverse Sekte“ bezeichnet wurden. Ferner warnten die Verfasser des Briefes, dass der Hauseigentümer auch seine Bahai-Freunde warnen solle, denn man wolle die Stadt Abadeh „von Bahai säubern“. In der Stadt Ivel wurden 2010 rund 50 Häuser von Bahai zerstört.

In einigen Fällen handeln die Täter auf staatliche Anweisung, andere Gewalttaten sind das Werk übereifriger religiöser Fanatiker. Diese Angriffe werden nicht nur geduldet, sie sind ein Ergebnis der Hasspropaganda des Regimes. Seyyed Ali Musavi-Nejad von der URD ist maßgeblich verantwortlich dafür, dass Iraner schon in ihrer Kindheit dieser Propaganda ausgesetzt sind. Die Frage ist, wie viele Beweise der DAAD noch braucht, um die Ansicht zu revidieren, der intellektueller Austausch mit islamistischen Hetzern könne „als Mittel gegen starre Ideologien wirken“.

**Die Intentionen des Regimes.** Dr. Azmayesh stellt auch fest, dass die „Universität der Religionen und der spirituellen Pfade“ (URD) in Qom mit verschiedenen Universitäten in der Welt Kontakt pflegt. Er antwortet auf die Frage, warum die Sprecher der „Universität der Religionen und spirituelle Pfade“ zu politischen, religiösen und akademischen Foren in Europa eingeladen werden und wie er den Studentenaustausch von deutschen Universitäten wie Potsdam und Paderborn mit Qom sehen würde: „Das Regime im Iran will Forschungs- und Dialoggruppen rund um die Welt schicken. Sie haben in Bezug auf ihre internationale Tätigkeit zwei Säulen geschaffen. Eine von ihnen heißt ‚Islamisches Zentrum zur Erforschung von Religionen und spirituellen Wegen‘ (Markaze Taqribe Adjân wa Mazâheb Islami) und die andere heißt ‚Internationales Zentrum der Ahl-e Beyt‘ (Majma Jahani Ahl-e Beyt).



Der Führer der ‚Islamischen Republik Iran‘ Ali Khamenei hat vor einiger Zeit Herrn Mohsen Araki in die Position des ‚Direktors des Zentrums für Annäherung von Religionen‘(3) berufen. Der frühere Direktor dieses Instituts Hojatulislam Mohamad Ali Tasskhiri wurde zum Berater des Führers Ali Khamenei für die Belange der islamischen Welt ernannt.“

Herr Araki, der sehr gut Englisch, Arabisch und Persisch spricht, ist, wie Dr. Azamyesh sagt, „ein Mensch, der gerne diskutiert“. Araki ist verantwortlich für die religiöse Propaganda des herrschenden Regimes im Iran für das Ausland. Auf Grund seiner guten Kontakte im Westen sei Araki der Drahtzieher im Hintergrund, wenn Kontakte zwischen iranischen und ausländischen Universitäten zu Stande kommen. Araki wähle Redner wie Dr. Hassan Eslami aus, die an der „Universität für Religionen und spirituelle Pfade“ (URD) lehren, sagt Dr. Azmayesh. Solche Redner halten dann in Koordination mit europäischen Universitäten im Ausland Vorträge. Dr. Eslami hält beispielsweise am 12. September an der Katholischen Akademie in Berlin eine Rede.

Auf die Frage, welche Verbindung das „Internationale Zentrum der Ahl-e Beyt“, das 1990 mit der Zustimmung des Revolutionsführers Ali Khamenei gegründet worden ist, mit der URD hat, sagte Dr. Azmayesh: „Die Weltvereinigung Ahl-e Beyt ist das Rückgrat der URD-Universität.“

Dies bedeutet, dass die URD durch die Vermittlung von Araki in viele Staaten der Welt, in muslimische und europäische Staaten, wie nach Deutschland Redner schickt, damit diese außerhalb des Iran die staatliche Interpretation der Schia propagieren und tatsächlich die religiösen und politischen Positionen der „Islamischen Republik Iran“ verbreiten. Dr. Azmayesh ist der Meinung, dass die Universität Potsdam und andere Universitäten, die mit der URD zusammenarbeiten, sich entweder „sehenden Auges oder aus Leichtsinne einen grundlegenden Fehler machen.“

Herr Dr. Azmayesh sagt, dass das Ziel der Wissenschaftler der URD in der Tat das Studium der anderen Universitäten ist, mit dem Ziel, den Westen auf lange Sicht besser bekämpfen zu können: „Das Ziel der URD-Universität in Qom ist die Förderung von ins Ausland expeditierten Lobbyisten, die das Potential und die Fähigkeit haben westliche Intellektuelle zu überzeugen, dass der Iran die Wahrheit ausspricht und die Meinung der anderen falsch ist.“ Er fügt hinzu: „Die leitenden Funktionäre des herrschenden Systems in Iran glauben nicht an eine offene Gesellschaft, in der verschiedene Gruppierungen und Gemeinschaften existieren und sich tolerieren und austauschen können. Und genau deswegen werden die Sufis, die Bahais, die konvertierten Christen und sogar die Sunniten im Iran verfolgt.“

**Ein Beispiel für das Vorgehen gegen religiöse Minderheiten**  
Vor einem Jahr konnten wir in der Stadt Kavar in der Provinz Fars Zeugen sein, wie zivilgekleidete Sicherheitskräfte und Bassij-Milizen unschuldige Derwische brutal





angriffen. Es lief im selben Stil ab wie die Attacken auf die britische Botschaft. Bewaffnete Sicherheitskräfte beendeten das Geschehen. Vier Gonabadi-Derwische wurden schwer verletzt und einer von ihnen, Vahid Banani, erlag seinen Schusswunden. Die Sicherheitskräfte haben die Derwische beschuldigt, für das Geschehen verantwortlich zu sein. Ihnen wurde sogar vorgeworfen, „Mohareb“ zu sein, d.h. Menschen, die bewaffnet gegen den Islam kämpfen.

Dr. Azmayesh sagt: „Aber im Ausland sind die Anhänger der Menschenrechte der religiösen Minderheiten sehr aktiv und sie versuchen beispielsweise Menschenrechtszentren der Vereinten Nationen und des Europäischen Parlaments und Menschenrechtsorganisationen wie amnesty international über die Verfolgungen im Iran aufmerksam zu machen. Sie hoffen, dass sich die herzerreißende Verfolgung der Derwische in anderen iranischen Städten nicht weiter fortsetzt.“

Es ist eine Tatsache, dass die Einladung der Propagandisten von Zentren, die dem „Forschungszentrum für Religionen und Sekten“ (Markaze Pajuhesh mazaheb und Feraq) unterstehen, die nach Aussage von Dr. Azmayesh zu den „schlimmsten Zentren der Hoseye Elmiye“, des Zentrums der Schia in Qom, gehört, nicht dazu beitragen kann, dass die iranische Gesellschaft sich öffnet. Die iranische Gesellschaft wird von einem geschlossenen politischen System unterdrückt. Eher wird der Austausch mit den religiösen Zentren die Türen für die Propaganda der totalitären Diktatur in Europa öffnen.

- 1) Wird manchmal mit Universität für Religionen und Denominationen übersetzt, was für nicht zutreffend halten
- 2) Auch als URD-Universität bezeichnet, eine Abkürzung, die sich auf die Übersetzung „Universität für Religionen und Denominationen“ bezieht.
- 3) Dies ist die Mantelorganisation für das „Internationale Zentrum der Ahl-e Beyt“ und das „Islamische Zentrum zur Erforschung von Religionen und spirituellen Wegen“.

### **Iran will zehn Millionen Dollar ausgeben, um westliche Medien zu manipulieren<sup>129</sup>**

Mindestens 60 Mitglieder des iranischen Pseudoparlaments haben einen Antrag unterzeichnet, wonach die iranische Regierung ein Budget von sage und schreibe zehn Millionen Dollar dem Ministerium für islamische Führung zur Verfügung stellen soll, damit dieses Einfluss auf die Medien in Europa und in den USA nehmen kann, berichtete ISNA am 17. Oktober 2012.

---

<sup>129</sup> <http://europeandemocracy.eu/2012/10/iran-calls-to-commit-us10-million-to-manipulating-western-media/>  
22.10.2012



Diese Aktivitäten iranischer Politiker entstehen vor dem Hintergrund, dass der europäische Provider EUTELSAT SA die Ausstrahlung der Beiträge verschiedener iranischer Satellitensender verboten hat.

Laut ISNA befürchtet die europäische Politik, dass die Konsumenten iranischer Auslandsmedien mehr Interesse an den iranischen Sender entwickeln.

Bijan Nobaweh, stellvertretender Vorsitzender der Kommission für Kultur des islamistischen Pseudo-Parlaments, Majless, sagte laut ISNA vom 17. Oktober: „Wir können zu Medienanstalten der westlichen Staaten, die nicht wenige sind, nähere Kontakte aufbauen. Ich glaube, dass ein solches Vorhaben sehr effektiv sein kann und wir sollten nun nicht die Hände in den Schoß legen und abwarten.“

Nobaweh will also aktiv werden und aktivieren, dass der Iran die europäischen Medien mehr als je zuvor beeinflusst und will dafür immerhin zehn Millionen US-Dollar freimachen. Er sieht nicht die Probleme der Propaganda für terroristische Bewegungen oder antisemitische Berichterstattung, sondern er geht davon aus, dass die Europäische Union die Ausstrahlung iranischer Medien verboten habe, weil diese über die Occupy Wall Street Bewegung positiv berichtet haben. Nobaweh meinte: „Wenn sie unsere Stimme ersticken wollen, müssen wir andere Wege suchen, um unsere Positionen und die Wahrheit zu vermitteln.“ Die anderen Wege bestehen aus dem Versuch der Manipulation westlicher Medien.

Während die „Islamische Republik Iran“ nach wie vor das größte Gefängnis für Journalisten ist, haben diktaturtragende iranische Journalisten einen neuen gleichgeschalteten Verband gegründet. Der Vorstand des neuen Verbandes besteht aus Journalisten von Farsnews, die nach Angaben des Präsidenten Ahamdinejad den iranischen Sicherheitskräften und dem Militär nahestehen, berichtete Roozonline am 22. Oktober 2012. Der Verband habe sich verpflichtet im Rahmen der im Iran herrschenden islamischen Scharia-Gesetze zu handeln.

Die Exilzeitung Roozonline schreibt, dass dieser staatliche Verband nun gegründet worden sei, nachdem seit 1997 Hunderte Zeitungen und Zeitschriften verboten wurden.

Laut dem Bericht des UN-Sonderberichterstatters für Menschenrechte im Iran, Ahmad Shaheed, sind in den letzten vier Jahren mehr als 400 Journalisten ins Exil geflohen.

Tatsächlich gerieten mit der Regierungsübernahme von Ahmadinejad auch Reformislamisten in Bedrängnis, die selbst seit 1979 dafür gesorgt hatten, dass Tausende säkulare Intellektuelle und Journalisten verhaftet, hingerichtet oder ins Exil verjagt wurden.

Der neue gleichgeschaltete Journalistenverband erwähnt nicht, dass der frühere Journalistenverband am 5. August 2009 verboten worden war.



## **Fabrikbesichtigung in Isfahan: Was deutsche Abgeordnete unter Menschenrechtspolitik verstehen<sup>130</sup>**

Das iranische Regime gerät international immer stärker unter Druck, die verschärften Sanktionen zeigen nun Wirkung. Doch offenbar sind nicht alle deutschen Politiker der Ansicht, dass die islamistischen Machthaber isoliert werden sollten. Wie das „Handelsblatt“ berichtet, wollen drei Bundestagsabgeordnete den Iran besuchen, um die bilateralen Kontakte zu stärken.

Bijan Djir-Sarai, FDP-Abgeordneter im Bundestag, plant als Vorsitzender der deutsch-iranischen Parlamentariergruppe vom 27. Oktober bis zum 2. November in den Iran zu reisen. Der inhaltliche Fokus der Reise liege auf den Themen der Menschenrechte und Kultur. Sarai wird von den Abgeordneten Thomas Feist (CDU) und Angelika Graf (SPD) begleitet. Kerstin Müller (Grüne), die ursprünglich mitreisen wollte, hat ihre Teilnahme aus „persönlichen Gründen“ abgesagt.

Die deutschen Politiker wollen für die „Wiedereröffnung des Goethe-Instituts Teheran, bessere Arbeitsbedingungen für das Deutsche Archäologische Institut und Ausbau der Aktivitäten des DAAD“ werben, schreibt Thomas Feist (CDU) auf seine Facebook-Seite. Zudem wolle man sich für die Rechte von religiösen Minderheiten einsetzen. Feist weiß auch, dass Regime wie das iranische „solche Besuche immer auch für Propaganda“ ausnutzen.

Empfängt das iranische Regime tatsächlich ausländische Besucher, um seine Menschenrechtsverletzungen kritisieren zu lassen? Eher scheint man solche obligatorischen Mahnungen als lästige, aber ungefährliche Nebensächlichkeiten zu werten und ganz andere Erwartungen zu hegen. So heben die iranischen Medien hervor, dass die Parlamentariergruppe der iranischen Autoindustrie einen Besuch abstaten will. Tatsächlich gehört es zu den Aufgaben solcher Parlamentariergruppen, Türen für die deutsche Wirtschaft zu öffnen.

Gegen die Wirtschaftssanktionen haben deutsche Lobbygruppen wie die Deutsch-Iranische Handelskammer lange gekämpft. Nur zögerlich hat die Bundesregierung sich der Sanktionspolitik angeschlossen, und die Kritik der am Iran-Geschäft interessierten Unternehmen ist keineswegs verstummt. Es ist daher im Interesse des iranischen Regimes, lukrative Angebote zu unterbreiten. Eine Kooperation mit der iranischen Autoindustrie könnte ein solches Angebot sein, zumindest ist nicht ersichtlich, welchen Bezug zur Kultur- und Menschenrechtspolitik die Besichtigung der Autofabriken haben könnte.

---

<sup>130</sup> <http://europeandemocracy.eu/2012/10/factory-visits-in-isfahan-german-human-rights-policy-in-action/>  
25.10.2012



Die iranische Zeitung „Bashgahe Khabarnegaran“ schrieb am 21. Oktober: „Wie der außenpolitische Reporter der Bashgahe Khabarnegaran berichtet, wird an der Reise der deutschen Parlamentariergruppe in den Iran Kerstin Müller von der Grünen Partei des deutschen Parlaments, Thomas Feist, Vertreter der CDU, und Angelika Graf von den alten Mitgliedern der SPD teilnehmen. Diese Parlamentariergruppe wird sich mit dem Vorsitzenden des Majless, mit dem Vorsitzenden der Kommission für Außenpolitik, mit dem Vorsitzenden der Kommission für Menschenrechte der Justiz und mit dem Vorsitzenden der Handelskammer treffen. Die parlamentarische Gruppe wird auch eine zweitägige Reise nach Isfahan unternehmen und die einheimischen Autoindustrien besuchen. Zudem muss angemerkt werden, dass der Vorsitzende der deutschen Delegation Bijan Djir-Sarai ist. Er stammt aus dem Iran und ist Mitglied des deutschen Parlaments.“

Die Nachrichtenagentur „Mehrnews“ schrieb am 20. Oktober 2012: „Es muss daran erinnert werden, dass fünf Iraner Mitglied des deutschen Parlaments sind. Dies ist in Anbetracht der Zahl der in Deutschland lebenden Iraner relevant. Denn 120.000 Iraner leben in Deutschland. Und es gibt rund zwei Millionen Türken in Deutschland, die ebenfalls fünf Mitglieder im deutschen Bundestag haben.“

Die Berichte der Staatsmedien wollen vor allem den Eindruck vermitteln, dass der Iran nicht diplomatisch isoliert ist und es ein Interesse an der wirtschaftlichen Zusammenarbeit gibt. Was auch immer die deutschen Besucher über Menschenrechte sagen, werden die Iraner aus den Medien nicht erfahren. Die iranischen Politiker aber wissen, dass deutsche Parlamentarier bei einem offiziellen Besuch deutsche Wirtschaftsinteressen vertreten und eine Kritik an Menschenrechtsverletzungen oftmals nur eine Formalität ist, um die ökonomischen Beziehungen zu einer Diktatur zu rechtfertigen. Um das Sanktionsregime zu schwächen, könnte es aus der Sicht der iranischen Machthaber sinnvoll sein, sich an Deutschland zu wenden, jenen Staat, der sich erst unter erheblichem Druck der US-amerikanischen Regierung zu ernsthaften Maßnahmen durchgerungen hat.

### **Iranischer General glorifiziert die Raketen der libanesischen Hisbollah<sup>131</sup>**

Der Sprecher des iranischen Außenministeriums, Ramin Mehmanparast, hält einen Dialog mit den USA für möglich, berichteten iranische Medien am 11.12.2012. Die Bereitschaft der USA mit dem Iran zu reden mache deutlich, dass die US-Regierung „die Realitäten inzwischen besser erkennt.“ Es habe aber bisher keine offiziellen Angebote seitens der US-Regierung für einen Dialog gegeben.

---

<sup>131</sup> <http://europeandemocracy.eu/2012/12/iranian-general-praises-the-weapons-of-lebanese-hezbollah/>  
12.12.2012



**Kein Sklave des Dollars.** Der iranische Revolutionsführer Ali Khamenei hat in einer aktuellen Rede erneut die USA scharf angegriffen. Er sagte: „Die Feinde haben Angst vor dem islamischen Erwachen.“ Khamenei hält den Islam in der Interpretation von Ayatollah Khomeini für den wahren Islam und fügte hinzu: „Sie machen sich keine Sorgen um einen Islam, der ein Sklave des Dollars ist, ein Islam, der im aristokratischen Leben verfällt, ein Islam, der keine Anhängerschaft in der Bevölkerung hat. Aber sie haben Angst vor einem Islam der Tat und der Maßnahmen. Sie haben Angst vor dem Islam der Massen, vor dem Gott ergebene Islam. Sie erzittern vor dem göttlichen Versprechen“, berichtete Farsnews am 11.12.2012.

Tatsächlich ist es Ayatollah Khamenei, der letztendlich über einen Dialog mit den USA entscheidet. Iranische Politiker fordern die Kapitulation der USA vor der islamistischen Diktatur. Sie meinen, dass eine realistische Außenpolitik der USA sich nur in der Anerkennung der islamistischen Diktatur und anderer islamistischer Bewegungen zeige.

Khamenei sagte: „Amerika wird immer versuchen den Islam und die Islamisten zu vernichten und wird dabei sogar lächeln.“ Er sagte über die Revolutionen in der arabischen Welt: „Wir sagen nicht, dass sie direkt gegen die Welt der Arroganz (den Westen) in den Krieg ziehen sollen. Wenn sie aber nicht zumindest Abstand von ihnen nehmen, werden sie zunichte gemacht werden.“

Solche Aussagen des iranischen Revolutionsführers schaffen aber keine Vertrauensbasis für einen Dialog. Wenn die antiwestlichen militärischen Aktivitäten in Rechnung gestellt werden, muss man feststellen, dass der Iran seine aggressive antiamerikanische und antiisraelische Politik fortsetzt. Eine Politik, die auch nicht von Europa toleriert werden kann.

**Fajr-5 Raketen.** Der iranische General der Luftwaffe, Amirali Hajizadeh, lobpreist die Waffen der libanesischen Hisbollah. Die Hisbollah würde über Fajr-5 Raketen verfügen, die eine „Reichweite von 75 km haben.“ Diese Raketen seien „hundertfach“ stärker als die Waffen, die im achttägigen Krieg gegen Israel „von den Palästinensern in Gaza eingesetzt worden seien.“

Iran habe in Wirklichkeit den Palästinensern in Gaza nicht sehr helfen können, so Hajizadeh. Im Falle von Hisbollah sehe dies aber anders aus, so der iranische General, laut Farsnews vom 10.12.2012.

Khamenei sagte: „Ein Lob für die Hamas, ein Lob für Jihade Islami und die bewaffneten Kräfte in Gaza.“ Er bedankte sich bei den extremistischen islamistischen Gruppierungen. Er bedauerte, dass die islamische Welt über Bahrain schweigen würde. Dort stellen die islamistisch-proiranischen Gruppierungen die Opposition dar und wollen die US-freundliche Regierung stürzen.



Khamenei stellte sich erneut hinter den syrischen Diktator Assad und meinte, dass im Falle von Syrien die Opposition die Verantwortung für die Opfer des Bürgerkrieges trage.

Es ist ein Fakt, dass die iranischen Machthaber einerseits von Dialogbereitschaft sprechen, andererseits aber nicht aufhören den Terrorismus zu unterstützen. Die iranischen Machthaber sehen sich als die Speerspitze des antikolonialen Kampfes.

**Ali Larijanis antikoloniales Dreieck.** Der Vorsitzende des islamistischen Pseudoparlaments Ali Larijani sprach am 5.12.2012 von einem „Kompass des Wandels im Nahen Osten.“ Dieser Kompass werde von den Regeln eines Dreiecks bestimmt: „Der iranische Diamant, die Hisbollah und der palästinensische Widerstand.“ Dieses Dreieck sei die „Achse des antikolonialen Widerstandes in der letzten Dekade.“

Diese sogenannte „Achse des Widerstandes“ wird von Iran finanziell und militärisch unterstützt. Das politische Ziel der iranischen Machthaber ist letztendlich die Stabilisierung ihrer eigenen Machtstrukturen.

**Golfinseln als iranische Militärstationen.** Iranische Inseln im Persischen Golf dienen den islamistischen Machthabern als Militärbasen. Sie werden von iranischen Revolutionsgardisten kontrolliert, die von dort aus den Schiffsverkehr im Persischen Golf immer mehr unter militärische Beobachtung stellen wollen.

Wie Admiral Alireza Tangsiri, stellvertretender Leiter der iranischen Marine, sagte, „sind die Schiffe der südlichen Anrainerstaaten des Iran gezwungen sich diesen Inseln anzunähern“, berichtete Farsnews am 11.12.2012. Er ist der Meinung, dass die geopolitische Lage der militärisch benutzten Inseln „gottgegeben“ sei.

Die Meeresecke des Persischen Golfs sei eine der „wichtigsten strategischen Regionen der Welt.“ Wer die 19 kleinen Inseln besitze, verfüge über „stabile und nicht versenkbare Flugzeugträger“, so der Admiral der iranischen Marine. Es sei daran erinnert, dass die iranische Marine den „Garden der Wächter der islamischen Revolution“, kurz Revolutionsgardisten, untergeordnet ist.

Der Iran will nun nach Angaben des Admirals alle Schiffe kontrollieren. Sie wollen feststellen, wohin die Schiffe fahren, was sie transportieren und wem sie tatsächlich gehören. Der Iran wolle zunächst die Kontrolle per Funk einführen. Wenn die durchfahrenden Schiffe die Fragen zur Identifizierung nicht beantworteten, würden Schnellboote der Revolutionsgardisten diese Schiffe vor Ort kontrollieren.

Der iranische Admiral stellt die Präsenz der US-amerikanischen Schiffe in den Kontext der Kolonialgeschichte. Im 19. Jahrhundert seien zuerst die spanischen und dann die portugiesischen Schiffe in den Persischen Golf gekommen und heute seien es die US-amerikanischen Schiffe, die „die Relevanz“ des Persischen Golfes sichtbar machen würden.



Tangsiri machte die US-amerikanische Marine für die Konflikte verantwortlich und warnte die arabischen Regierungen: „Heute sind es die fremden Kriegsschiffe im Persischen Golf, die für Konflikte sorgen. Sie stören die Sicherheit. Unsere befreundeten Nachbarn müssen dies verstehen.“

Es zeigt sich immer wieder, dass die iranischen Machthaber die arabischen Regierungen anstacheln eine antiamerikanische und antiwestliche Politik zu betreiben.

**Iranischer Admiral und die geopolitische Relevanz des Persischen Golfes.** Der iranische Admiral Tangsiri meint, dass die „südlichen Anrainerstaat des Persischen Golfes angestachelt werden, um Waffen und militärische Ausrüstung zu kaufen.“ Für ihn kommen solche Waffenkäufe einer „Iranphobie“ und „Islamophobie“ gleich. Denn die arabischen Staaten, die Waffen von westlichen Staaten kaufen, würden eine Politik der „Islamophobie“ betreiben.

Der iranische Admiral fordert iranische Wissenschaftler, Politiker und Soldaten auf die geopolitische Relevanz des Persischen Golfes zu erkennen. Wer sein Leben „opfern“ wolle, müsse dies erkennen.

Es wird deutlich, dass der Iran jegliche Kritik gegen die islamistische Ideologie und Herrschaft als „Islamophobie“ und „Iranphobie“ versteht. Sie verteidigen im Namen des Islam die islamistische Diktatur und den blutigen menschenfeindlichen Terrorismus, im Namen des Widerstands.

#### **4. 1. Iran goes East**

Die „Islamische Republik Iran“ ist ein demokratischer Staat, behauptet der iranische Professor Dr. Abbas Maleki. Er verteidigt die im Iran herrschende Staatsideologie des Messianismus. Der Iran meine es ernst mit dem Widerstand gegen Israel und mache auch keine Kompromisse in Bezug auf das Uran-Anreicherungsprogramm. Heute droht die iranische Regierung mit dem Abbruch der Zusammenarbeit mit dem Westen. Dr. Abbas Maleki ist Professor an der Teheraner Scharif-Universität. Er war zwischen 2006-2008 Senior Research Associate an der Harvard Universität. Er hält international Vorträge, auch in Deutschland.

In einem Artikel, der am 9.2.2009 in der iranischen Zeitung Jamejam erschien, verteidigte Dr. Abbas Maleki zunächst die islamische Revolution, geführt von Ayatollah Khomeini. Die islamische Revolution, die er auch als eine iranische bezeichnet, signalisiere das Ende der klassischen Revolutionen und weise auch keine Ähnlichkeiten mit den anderen Revolutionen auf. Generell haben Revolutionen bestimmte Merkmale wie Änderungen bei den herrschenden Schichten in einer Gesellschaft. Die islamische Revolution von 1979 sei die letzte große soziale Revolution in der Welt gewesen.



**Historische Ereignisse, die der Islamischen Revolution vorausgingen.** Dr. Abbas Maleki geht auf eine Reihe von antikolonialen Bewegungen ein, die die islamische Revolution von 1979 beeinflusst haben. Dazu zählt er den Tabakaufstand (1891-92), die konstitutionelle Revolution von 1905, die Nationalisierung des Öls, den von Khomeini geführten Aufstand im Juni 1963 und schließlich die islamische Revolution von 1979.

Bei dem Tabakaufstand handelte es sich um Proteste gegen die Vergabe von billigen Tabak-Konzessionen an einen britischen Unternehmer zum Anbau und Vertrieb von Tabak. Bei der konstitutionellen Monarchie handelte es sich um den historischen Versuch der Einführung einer parlamentarischen Monarchie.

Dr. Abbas Maleki hat einen sehr engen Blick, wenn es um die Faktoren geht, die, wie er sagt, das iranische Denken beeinflussen. Interessant ist, dass er nicht von Menschenrechten und Demokratie spricht, auch wenn diese in der gesamten iranischen Geschichte seit der konstitutionellen Revolution eine Rolle gespielt haben, aber sicher nicht bei Ayatollah Khomeini und den islamistischen Machthabern, die Dr. Maleki verteidigt.

**Nationalistische und religiöse Elemente der Revolution.** Prof. Maleki erinnert daran, dass Iraner „Arier“ seien. Dabei gibt es nur eine menschliche Rasse. Er hebt auch hervor, dass der Iran ein Vielvölkerstaat sei und dass die Schia seit dem Iran des sechzehnten Jahrhunderts eine besonders wichtige Rolle in der iranischen Geschichte gespielt habe. Auch Ayatollah Khomeini sei ein Nationalist gewesen, zumal er sich dagegen ausgesprochen habe den persischen Golf in „islamischen Golf“ umzubenennen. Die Kunst der islamischen Revolution sei es gewesen, nationalistische und islamische Elemente miteinander zu verbinden.

Es sollte hier festgehalten werden, dass Khomeini für Maleki kein Diktator gewesen ist und die islamische Revolution nicht in eine Diktatur, sondern in eine Demokratie geführt hat.

**Führung der Unterdrückten der Welt, die islamische Identität und die Ummat.** Die islamische Revolution, die eine „Widerspiegelung des Islam“ sei, habe „alle Unterdrückten [„Mostasafin“] der Welt“ angesprochen, die Revolution als Vorbild zu nehmen. Dieses Thema stehe mit der Vorstellung der „islamischen Ummat“ in Verbindung. Er schreibt: „Ein weiteres Element der Lehre der islamischen Revolution des Iran ist die Führung der Unterdrückten gegen die arroganten Mächte.“

Die islamische Revolution des Iran wolle zu den „goldenen Zeiten der islamischen Zivilisation zurückkehren.“ Daher sei die Revolution im Iran sowohl eine „traditionelle





als auch eine moderne Revolution gewesen“ und unterscheidet sich von der französischen und der russischen Revolution.

**Wer ist heute der militärische Stellvertreter des Propheten?** Wie fundamentalistisch Prof. Maleki denkt, zeigt sein Verständnis von der Legitimität der islamischen Herrschaft. Dr. Abbas Maleki hebt hervor, dass der Imam, d.h. der Revolutionsführer „nicht nur alle juristischen und exekutiven Vollmachten besitzt, sondern auch der militärische Stellvertreter des Propheten ist.“ Zudem sei der Imam - gegenwärtig Ayatollah Khamenei – auch in der geistigen Dimension ein Nachfolger des Propheten. In der Shia bekomme die Herrschaft nur dann eine Legitimität, wenn diese mit den zwölf Imamen verbunden sei. Maleki liefert sogar Beispiele dafür, dass Schiiten immer wieder gegen islamische Staaten revoltiert haben, wenn diese keine schiitische Legitimation besaßen.

**Revolutionsexport ist das Hauptziel der iranischen Außenpolitik.** Das Selbstverständnis des Kampfes gegen „nicht legitime“ Herrschaft macht auch die Legitimität des Exports von Terror deutlich.

Prof. Maleki schreibt nicht über Waffenlieferungen und Unterstützung von terroristischen Bewegungen. Er liefert die scheinbar saubere Ideologie des Terrors.

Dr. Abbas Maleki schreibt: „Der Export der Revolution oder anders gesagt die Einladung der ganzen Welt die Grundlagen der Revolution kennen zu lernen ist das Hauptziel der iranischen Außenpolitik.“

Der iranische Universitätsprofessor erkennt gleichzeitig, dass die „Völker der islamischen Staaten den Ideen der iranischen Revolution nicht gefolgt sind.“ Er vermutet auch einen Grund dafür: Die Regierungen dieser islamischen Staaten sollen einen Wandel ihrer Gesellschaften nicht erlaubt haben, schreibt er. In Bahrain und Libanon seien beispielsweise Führer der schiitischen Bewegung verhaftet worden. In Saudi-Arabien sei jede antiamerikanische Bewegung unterdrückt worden. Auch in Kuwait seien Schiiten verhaftet worden.

Der iranische Professor schreibt nicht darüber, ob die von iranischen Revolutionsgardisten geführten Schiiten in Kuwait proiranische Aufstände organisieren wollten, ein bekannt gewordener Fakt. Auch bezieht er nicht mit ein, dass vom Iran unterstützte militante schiitische Bewegungen, aber auch nicht-schiitische, den Friedensprozess im Mittleren Osten seit 30 Jahren destabilisieren und blockieren.

**Das Modell der iranischen Revolution.** Dr. Maleki hebt hervor, dass die libanesischen Hisbollah die einzige Macht gewesen sei, die „in der bisherigen



Geschichte Israels geschafft hat diesen Staat mit Gewalt von den arabischen Gebieten zu verjagen.“ Darauf seien „alle Araber stolz“.

Maleki ist sich sicher, dass Irak und Afghanistan unter einem sehr positiven Einfluss des Iran stünden. Der iranische Professor weiß auch, dass der „Marxismus in dem Museum der politischen Geschichte der Welt einen Platz gefunden hat“. Er erinnert auch daran, dass Ayatollah Khomeini einen Brief an Ex-Präsident Gorbatschow geschrieben hatte. Wenig später sei die Sowjetunion zusammen gestürzt. Maleki schreibt: „Das iranische Modell war für aktive regionale Muslime ein wichtiges Motiv. Sie sahen, dass sie nicht alleine mit ihren Sorgen standen und dass ihre Sorgen nicht unlösbar waren.“

**Die amerikanische Hegemonie schwächen, Israel Widerstand leisten und Uran anreichern.** Iran wolle seine nationalen, regionalen und internationalen Interessen mit größten Vorteilen durchsetzen. Prof. Maleki schreibt: „Das internationale System ist reaktionär.“

Maleki sagt, dass der Iran mit vielen internationalen Ereignissen Schritt halte, aber sich keineswegs den Verhaltensnormen der internationalen Gemeinschaft verpflichtet fühle.

In der Tat verfolgt der Iran genau diese von Maleki beschriebene Politik, wenn die universellen Menschenrechte beispielsweise uminterpretiert, islamisiert und ausgehöhlt werden.

Der Iran sei zwar aktiv in internationalen Gremien, betont Dr. Maleki. Aber der Iran meine es beispielsweise „ernst mit seinem Widerstand gegen Israel.“ Zudem versuche der Iran soweit wie möglich die „amerikanische Hegemonie zu schwächen.“

Iran meine es auch ernst, wenn etwas eindeutig den Vorstellungen des Islam widerspreche, beispielsweise „Prophetenbeleidigung.“

Auch im „Falle der Urananreicherung widerspricht der Iran eindeutig der Weltöffentlichkeit,“ hebt Maleki hervor. Er gibt zu, dass die islamische Revolution eine ideologische Revolution gewesen sei. Die iranische Außenpolitik müsse eine „Mischung von Realismus und Idealismus sein.“

**Viertes Jahrzehnt der Revolution und der Messianismus (Mahdaviat).** Dr. Maleki weiß, dass die Zukunft nicht vorhersehbar ist, aber der Messianismus weise in die Zukunft. Es muss hier erklärend hinzugefügt werden, dass in der Schia die apokalyptische Vorstellung eines zurück kehrenden 12. Imam existiert. Wenn er



zurückgekehrt sei, werde er mit Hilfe der Muslime eine letzte Schlacht gegen die Ungläubigen der Welt führen und dann werde der Islam die Welt beherrschen.

Aber gewiss, Dr. Maleki will eine realistische Strategie mit dieser schiitischen Vorstellung vereinbaren.

Er schreibt: „Der Messianismus ist eine Idee mit globalen Effekten, die schließlich die Welt trotz aller Erscheinungen des Verfalls, der Zwietracht und des Materialismus zu einer einheitlichen Weltregierung und zu einer sicheren und freien Gesellschaft führen wird. Die Politik der Revolution im Sinne des Messianismus wird jede ähnlich orientierte Bewegung weltweit und in der Region unterstützen.“ Deswegen brächten die Europäische Union, die Afrikanische Union (AU) oder die Schanghai Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) und andere ähnliche Zusammenschlüsse „keine negative Botschaft für die iranische Revolution mit sich.“ Die Erwartung eines Messias werde die „revolutionäre islamische Bewegung stärken und den Weg für jede äußerliche Bedrohung sperren.“

Die Frage sei erlaubt, ob es ihm nur um den Machterhalt der totalitären Diktatur des Khomeinismus geht, wenn er die Machtverhältnisse in der Welt erkennt.

**Die islamische Revolution und das Weltdorf.** Dr. Maleki erkennt gleichzeitig, dass die Welt infolge der „Revolution der Informationstechnologie“ kleiner geworden ist. Auch er spricht davon, dass die Welt sich zu einem „Weltdorf“ entwickelt habe. Dr. Maleki sieht Chancen für die „Ideen der Revolution“ in der kleiner werdenden Welt.

In der Vergangenheit habe manchmal die Erfolglosigkeit einer diplomatischen Maßnahme zum Krieg geführt. Aber heute sei es nicht mehr so einfach. Ein Krieg gegen einen Staat könne eine ganze Region oder die ganze Menschheit zerstören.

Die Entwicklung der Moderne mache dieser Logik zufolge die Idee der Islamisierung der Welt möglich. Kein Wunder, dass nicht die UN-Charta und die universellen Menschenrechtsnormen für den iranischen Professor eine Alternative sind, sondern die islamischen Gesetze, die ausgerechnet im Iran eine vermeintliche Demokratie ermöglicht haben.

**Aufstieg der islamischen Demokratie und Untergang des Säkularismus.** Dr. Maleki sieht vier Haupttendenzen in der Welt: Globalisierung, Regionalisierung, Demokratisierung und der Untergang des Säkularismus. Dr. Maleki sagt ernsthaft, dass der Iran im Mittleren Osten eine demokratische Ausnahme sei: „Die parlamentarische Demokratie ist im Iran eine lebende Wirklichkeit.“



Ernsthaft spricht Dr. Maleki von der „Ausweitung der subjektiven und gesellschaftlichen Freiheiten.“

Interessant ist auch welche Argumente Dr. Maleki für den Untergang des Säkularismus bringt: „Unglauben“ und die „Nicht-Beachtung von moralischen Werten“. Aber was versteht der iranische Professor unter moralischen Werten? Für Dr. Maleki ist explizit das Hören von Pop und Rockmusik ein Beweis für den „Zerfall der westlichen Gesellschaften“.

Dabei leidet die iranische Gesellschaft in einer extremen Form unter Prostitution und Drogensucht, von Folter, Vergewaltigung in den Gefängnissen und Massenhinrichtungen ganz zu schweigen.

Dr. Maleki sieht positiv in die Zukunft: Er ist der Meinung, dass nach den Terroranschlägen vom 11.9 viele junge Menschen in westlichen Gesellschaften zum Islam übergetreten seien, obwohl Amerika den Islam für den Terrorismus verantwortlich mache. Der iranische Professor übertrifft mit solchen Ansätzen einige Verschwörungstheoretiker.

**„Iran muss neue Verbündete suchen“.** Dr. Maleki schlägt der iranischen Regierung vor die politischen Realitäten in der Welt genauer zu erkennen. Zumal das „internationale System sich in einem Übergang befindet.“ Besonders müsse der Iran die Bedrohungen von außen und seine eigenen politischen Möglichkeiten besser erkennen und die adäquaten Strategien annehmen.

Maleki schlägt daher vor: „Iran muss neue Verbündete suchen“. Man solle nicht mehr auf die blockfreien Staaten, sondern auf die Regionalisierung setzen. Er schreibt: „Der Blick auf Asien kann die strategische Wahl der Zukunft des Iran sein.“ Iran, Russland, China und Indien könnten sich in Zukunft sehr viel mehr annähern.

Offenbar schlagen iranische Strategieplaner der iranischen Regierung "Go East" statt "Go West" vor.

### **Iran setzt auf China und Russland<sup>132</sup>**

Iran will der europäischen Sanktionspolitik trotzen und trifft Gegenmaßnahmen. Ein stärkeres Engagement in der OPEC und der Schanghai Organisation für Zusammenarbeit soll die Abhängigkeit von Europa mindern. Iranische Medien

---

<sup>132</sup> <http://europeandemocracy.eu/wp-content/uploads/wp-post-to-pdf-enhanced-cache/1/iran-focuses-on-its-relationship-with-china-and-russia.pdf> 08.06.2012



berichten, dass der frühere iranische Ölminister Gholamhussein Nowzari sich für das Amt des Generalsekretärs der OPEC (Organization of the Petroleum Exporting Countries) bewerben will. Am 14. Juni soll auf dem Treffen der Ölminister der OPEC-Staaten der neue Generalsekretär gewählt werden. Die zweite Amtszeit von OPEC-Generalsekretär Abdalla Salem al-Badri geht im Dezember 2012 zu Ende. Bisher haben Saudi-Arabien, Irak, Kuwait und Ecuador jeweils ihre eigenen Vorschläge für einen Generalsekretär unterbreitet. Die USA werden am 28. Juni und die Staaten der Europäischen Union am 1. Juli 2012 neue Sanktionen in Kraft treten lassen.

**Rückgang der Exporte:** Öleinnahmen sichern das Überleben der iranischen Wirtschaft und damit des Regimes. Das Ende der Ölexporte nach Europa würde die iranischen Öleinnahmen um etwa 20 Prozent mindern. Denn nur ein Fünftel des iranischen Öls wird nach Europa exportiert, hauptsächlich nach Italien und Spanien. Der Großteil des iranischen Öls wird nach Indien, China, Japan und Südkorea geliefert, doch gehen auch die Ölexporte in diese Staaten zurück. Vor einem Jahr machten sie noch zwei Drittel der gesamten Exporte aus. Die Importe dieser asiatischen Staaten sind wegen der westlichen Sanktionspolitik um rund ein Fünftel zurückgegangen. In diesem Jahr haben Südkorea und Indien zehn Prozent weniger und Japan und China haben gar rund 20 Prozent weniger Öl als im Vorjahr importiert. Südkorea überlegt, gänzlich aus dem Iran-Geschäft auszusteigen.

**Iran unterläuft Sanktionen:** Der Iran versucht immer wieder, die bereits verhängten Sanktionen zu unterlaufen. Beispielsweise werden Öltanker, die in das Iran-Geschäft verstrickt sind, infolge von EU-Sanktionen von internationalen Versicherungen nicht mehr versichert. Der Iran schlägt nun vor, dass Staaten wie China, Pakistan und Indien in ein bargeldloses Geschäft einsteigen, bei dem Ware gegen Ware getauscht wird, auch wenn der Iran dabei Nachteile hinnehmen müsste. Indien bezahlt inzwischen sein aus dem Iran importiertes Öl in der Landeswährung Rupie und in Euro. Im Mai vereinbarten Iran und Indien, ihr Handelsvolumen zu vergrößern. Die Ölexporte des Iran nach Indien sollen von etwa 14 Milliarden Dollar pro Jahr auf mindestens 25 Milliarden Dollar pro Jahr steigen. Der chinesische Staat und Japan wollen nun die Öltanker versichern und Indien verzichtet auf eine Vollversicherung.

**Steigende Öleinnahmen:** Die iranische Zentralbank berichtet, dass der Iran in den ersten elf Monaten des letzten iranischen Jahres (März 2011 bis März 2012) Öleinnahmen in Höhe von 110 Milliarden Dollar hat. Im Jahr zuvor (März 2010 bis März 2012) dagegen waren es nur 75 Milliarden Dollar. Gestiegen sind nicht nur die Öleinnahmen, sondern auch die Importe, die im letzten iranischen Jahr rund 61 Milliarden Dollar und im vorletzten Jahr 73 Milliarden Dollar betragen. In den letzten sechs Jahren hat der Iran rund 560 Milliarden Dollar am Öl- und Gasgeschäft verdient. Während die Öleinnahmen wegen des steigenden Preises Rekordzahlen erreichten, gehen die iranische Ölproduktion und die Ölexporte leicht, aber stetig zurück.



Dem *Monthly Oil Market Report* der OPEC vom Mai 2012 zufolge ist die Ölproduktion des Iran im April 2012 zurückgegangen. Dies kann daran liegen, dass infolge der Sanktionspolitik die Investitionen in die iranische Ölindustrie zurückgegangen sind. Tatsächlich haben Konzerne wie Shell und Total sich aus dem Iran-Geschäft zurückziehen müssen. Bis Juli 2012 können aber noch alte Verträge erfüllt werden. Der iranische Ölminister Rostam Ghassemi behauptet, dass der Iran inzwischen Ersatz für die Konzerne Shell und Total gefunden habe.

Seit dem Beginn der Atomverhandlungen in Bagdad ist der Wert der iranischen Währung gegenüber Euro und Dollar stark gefallen. Und auch wenn der Goldpreis auf dem Weltmarkt nicht gestiegen ist, wurde Gold auf dem iranischen Markt teurer. Gold ist nicht profitabel, gilt aber als sichere Anlage, der steigende Preis könnte daher ein Anzeichen dafür sein, dass wohlhabende Iraner nicht mehr davon ausgehen, dass die Atomverhandlungen mit „P 5 plus 1“ (Mitglieder des UN-Sicherheitsrates plus Deutschland) positive Ergebnisse zeitigen werden und sich auf eine weitere Verschärfung der Wirtschaftskrise vorbereiten.

**Die Misere der iranischen Wirtschaft:** Die Regierung von Präsident Mahmoud Ahmadinejad hat es nicht geschafft, produktive Sektoren der iranischen Wirtschaft aufzubauen. Seine Regierung wechselte die beliebten Dollars des US-amerikanischen Erzfeindes in iranische Rial um, was die Geldmenge in den letzten sieben Jahren um 270 Prozent zunehmen ließ. Das Anwachsen der Geldmenge führte zu einer höheren Inflation. Ferner hat die Regierung Ahmadinejad die staatlichen Subventionen für bestimmte Waren des Grundbedarfs wie Benzin, Strom, Wasser, Weizen, Zucker, Reis, Milch etc. gestrichen. Die Preise solcher Waren stiegen um 20 Prozent und mehr. Besonders die zurückgegangene Milchproduktion stellt ein großes Problem dar. Als Ursache werden hohe Energie- und Transportkosten angegeben.

Gleichzeitig soll aber für gering verdienende Familien dank der Petrodollars ein Existenzminimum gesichert werden. Dafür wurde eine neue staatliche Bürokratie geschaffen, die den tatsächlichen Bedarf der Haushalte, die auf finanzielle Unterstützung angewiesen sind, feststellen soll. Den Iranern geht es trotz der hohen Öleinnahmen der Diktatur wirtschaftlich schlecht. Dies zeigt sich auch darin, dass viele Iraner mit ungedeckten Schecks zahlen, was zu einem ernsthaften Problem geworden ist.

Ohne hohe Ölpreise würde die iranische Wirtschaft wohl zusammenbrechen. Das ist auch der Grund, warum der Iran die OPEC unter Kontrolle bekommen will. Ölsanktionen können den Nerv der iranischen Wirtschaft treffen, auch wenn sie mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit das Regime nicht von seinem Atomprogramm abbringen werden.

**Iran sucht Verbündete:** Aus Angst vor den Folgen der anstehenden europäischen Sanktionen will das iranische Regime nicht nur die OPEC führen. Die aktive



Teilnahme der iranischen Regierung als Beobachter an der zwölften Konferenz der Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit ist ein weiterer Hinweis darauf, wie der Iran sich langsam aber sicher von Europa lösen will.

Ahmadinejad will die Zusammenarbeit mit China ausbauen: „Beide Staaten befinden sich in einer Einheitsfront der Verteidigung des Friedens und der Gerechtigkeit,“ sagte Ahmadinejad. Er würde gern Öl und Gas über Pakistan und Afghanistan nach China liefern und geht davon aus, dass das iranisch-chinesische Handelsvolumen verdoppelt werden könne, als ob der Iran allein die Energiesicherheit Chinas tatsächlich gewährleisten könne. Der iranische Präsident nutzte die Teilnahme an der Konferenz, um vor chinesischen Studenten zu sprechen. Er hielt sich mit seinen bekannten Hasstiraden nicht zurück und bezeichnete die USA als einen „Wolf“, der gemeinsam mit den „Zionisten“ die Welt bedrohe.

In der Abschlusserklärung der Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit wird eine diplomatische Lösung im Atomkonflikt mit dem Iran empfohlen. Gleichzeitig kritisieren die Mitgliedstaaten die NATO-Raketenabwehr, die die „internationale Sicherheit und die global-strategische Stabilität“ gefährde.

Ahmadinejad will auch an der UN-Konferenz Rio plus 20 teilnehmen. Dort sind ebenfalls antisemitische und antidemokratische Hasstiraden zu erwarten. Die Frage, wie der Westen den Iran von seinem militärischen Atomprogramm abhalten wird, ist noch offen. Die Menge an Uran, die derzeit bearbeitet wird, könnte für fünf Atombomben reichen, wenn der Anreicherungsprozess bis zur Herstellung waffenfähigen Materials fortgesetzt wird.

### **Irans Griff nach der "Gurgel der Welt"<sup>133</sup>**

Das iranische Regime betrachtet die Meerenge von Hormuz, die an ihrer schmalsten Stelle 55 Kilometer breit ist, als ihr geographisches Privileg und will diese im Krisenfall blockieren. Täglich passieren 17 Millionen Barrel Rohöl diese Meerenge. Dies entspricht etwa 35 Prozent des auf dem Seeweg transportierten Rohöls. Die Machthaber der islamistischen Diktatur warnen seit Jahren, im Falle eines Angriffs auf den Iran, die Meerenge zu blockieren. Sie sprechen von der "Gurgel der Welt", die sich in ihren Händen befände.

Das iranische Regime geht davon aus, dass die Straße von Hormuz wegen ihrer geographischen Lage zum nationalen Hoheitsgewässer des Iran und des Oman gehört. Im Westen gibt es aber die völkerrechtliche Erklärung, dass die Meerenge von Hormuz zu den internationalen Gewässern gehört.

---

<sup>133</sup> <http://europeandemocracy.eu/2012/07/irans-grip-on-the-strait-of-hormuz/> 18.07.2012



Nach Artikel 44 des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen haben die Meerengenanliegerstaaten Pflichten, zu denen gehört, dass sie die Transitdurchfahrt von Meerengen nicht behindern dürfen. Dort heißt es: “Die Ausübung des Rechts der Transitdurchfahrt darf nicht ausgesetzt werden.”

Es ist daher von Interesse zu verstehen, wie ein iranischer Wissenschaftler, der im Dienste der totalitären Diktatur der “Islamischen Republik Iran” steht, dieses Problem analysiert:

Der iranische Professor Kayhan Barsegar lieferte am 15. Juli eine Analyse der westlichen Sanktionsstrategie und ihrer Folgen für die Straße von Hormuz, die in Tabnak veröffentlicht wurde. Er geht davon aus, dass im Westen zwei verschiedene Sichtweisen auf den Iran existieren.

Die erste Perspektive wird als eine “Verteidigungsstrategie” beschrieben, die davon ausgehe, dass die “iranische Bedrohung nur eine Machtdemonstration” darstelle. Diese Sichtweise gehe prinzipiell davon aus, dass der Iran möglicherweise die Straße von Hormuz für eine kurze Zeit blockieren könne, aber militärisch zu schwach sei den Golf zu kontrollieren. Diejenigen, die Iran aus dieser Perspektive betrachten, würden aus drei Gründen davon ausgehen, dass der Iran die Meerenge von Hormuz nicht blockieren werde: Erstens sei die iranische Wirtschaft von Deviseneinnahmen aus dem Energieexport abhängig. Zweitens würde die militärische Reaktion auf eine Blockade seitens der USA und des Westens sehr hart ausfallen. Drittens könnten andere Nachbarstaaten sehr negativ auf eine iranische Blockade reagieren.

Barsegar meint, dass die zweite westliche Sichtweise von einer “expansiven Strategie” des Iran ausgehe. Danach würde der Iran die Straße von Hormuz blockieren, wenn seine Wirtschaftsinteressen gefährdet würden.

Das iranische Regime würde diese Strategie verfolgen, weil im Falle einer Blockade der Meerenge höhere Ölpreise erzielt werden könnten. Zudem gehe diese Sichtweise davon aus, dass der Iran aus ideologischen Gründen militärisch hart antworten könne und die Sicherheit der prowestlichen arabischen Staaten dadurch gefährden würde.

Die iranische Sichtweise: Barsegar schreibt, die iranische Perspektive sei “ambivalent” und gemischt. Zwar würden die iranischen Wirtschaftsinteressen bedingen, dass die Straße von Hormuz nicht geschlossen werde, aber wenn der Iran seine Sicherheit gefährdet sehe, würden Reaktionen erfolgen. Denn der Energieexport sei eng mit den nationalen Sicherheitsinteressen des Iran verbunden.

Iran habe in den 80er Jahren im “Tankerkrieg” gegen den Irak bewiesen, dass der Krieg “kontrolliert” geführt werden könne. Heute habe der Iran im Vergleich zu den 80er Jahren mehr Macht, insbesondere im asymmetrischen Krieg.





Die blockierende Verteidigungsstrategie: Der iranische Experte bezeichnet den iranischen Weg als die "blockierende Verteidigungsstrategie".

Dadurch würde die "relative Sicherheit" des Iran gewährleistet werden. Denn aus der iranischen Perspektive heiÙe "Unsicherheit für den Iran auch Unsicherheit für die anderen." Wenn der Iran eines Tages kein Öl exportieren könne, würden "Reaktionen gezeigt werden im Hinblick auf die Ölexporte der arabischen Staaten."

Barsegar meint, dass der Iran sich seiner geopolitischen Vorteile in der Region sehr bewusst sei. Für ihn gehört die Straße von Hormuz zu einem "geographischen Vorteil des Iran", der den Schutz des Persischen Golfes gewährleiste.

Mit anderen Worten sieht Barsegar die totalitäre Diktatur der Staatskleriker und ihrer Soldaten als die Schutzmacht im Nahen Osten.

Der iranische Experte erklärt, dass der Iran mittels der "blockierenden Verteidigungsstrategie" lediglich die Schiffe der "feindlichen Staaten" kontrollieren werde. Wie schon früher ein General der iranischen Revolutionsgardisten es gesagt habe, handle es sich bei der "blockierenden Strategie" um eine "intelligente Kontrolle".

Der iranische Experte meint, dass der Iran die Meereseenge von Hormuz nur im Falle eines Angriffs schließen werde und daher sei die Blockade in dem Fall eine "legitime Verteidigung."

Tatsächlich hatte General Firuzabadi erst am 15. Juli damit geprahlt, dass "...wir den Plan für eine Schließung der Straße von Hormuz haben." Die Ausführung des Plans würde aber vom Befehl des Revolutionsführers Ali Khamenei abhängen.

Ein militärischer Konflikt kann nicht vorhergesehen werden, aber im Nahen Osten ist das Fass voll und ein kleiner Zwischenfall kann zum Ernstfall werden.

Die Zeitung Kayhan prahlte am 18. Juli damit, dass die US-amerikanische Marine aus Angst vor den Schnellbooten der iranischen Revolutionsgardisten ein Fischerboot aus den Arabischen Emiraten unter Feuer genommen habe. Und Farsnews veröffentlichte antiamerikanische Karikaturen.

Welche unübersehbaren Folgen würde aber ein versehentlicher Abschuss eines Schnellbootes der iranischen Revolutionsgardisten mit sich bringen?

Der iranische Marineoffizier Ali Fadwi jedenfalls warnte am 18. Juli die USA: "Wenn die Sicherheit des Iran gefährdet wird, hat Amerika keine Sicherheit mehr." Iranische Militärs behaupten, dass die USA nicht in der Lage sei, die Wasserminen des Iran zu beseitigen.



Die Frage ist, ob der iranische Marineoffizier die militärische Übermacht der US-Marine nicht kennt oder mit deren Kenntnis bereit für einen selbstmörderischen Krieg ist?

### **Gescheitert: Irans Versuch, die blockfreien Staaten zu einigen**<sup>134</sup>

Im Vorfeld der Blockfreien-Konferenz in Teheran am 15. August zitierte die staatliche Nachrichtenagentur IRNA den Revolutionsführer Ali Khamenei, der den "Zionisten" vorwarf, die "westlichen Medien" zu kontrollieren. Diese Medien hätten mit Hilfe von "Propagandatricks" ein "imperiales Nachrichtensystem" aufgebaut. Khamenei leugnete zudem erneut den Holocaust und meinte, dass die "westlichen Politiker, Journalisten und Wissenschaftler sich immer noch vor den Krematorien verbeugen, vor dem Märchen, dessen Wahrheitsgehalt noch nicht geklärt ist", so das antisemitische iranische Staatsoberhaupt.

Zwei Wochen später, am 30. August 2012, hielt Ali Khamenei eine Eröffnungsrede für die Repräsentanten der blockfreien Staaten. Zwar hatte der UNO-Generalsekretär die Menschenrechtsverletzungen und die antiisraelische Propaganda des iranischen Regimes scharf kritisiert, aber die meisten anwesenden Politiker nahmen die antisemitische Hassrede des iranischen Revolutionsführers hin, der die "Zionisten als wilde Wölfe" bezeichnete. Es gab keine ernsthaften Proteste der Politiker aus über 120 Staaten dieser Welt, als Ali Khamenei davon sprach, dass die "Zionisten den Terrorismus organisieren" würden. Khamenei wollte als der neue geistige Vater der blockfreien Staaten weise erscheinen, als er den US-amerikanischen Politikern den "Rat" gab, Israel nicht mehr zu unterstützen. Khamenei meinte, die US-Amerikaner und andere westliche Staaten sollten ihr Geld nicht zur Verteidigung Israels ausgeben.

Mal fordert Khamenei die Zerstörung Israels und mal fordert er listig ein "Referendum". Auf der Konferenz der Blockfreien forderte der iranische Revolutionsführer, dass alle Palästinenser, ob im Exil oder in Israel, ob muslimisch oder christlich oder gar jüdisch, in einem Referendum über ein neues politisches System entscheiden sollten. Auf der Konferenz der Blockfreien forderte er, dass faktisch die Mehrheit der Palästinenser weltweit über ein Ende des Staates Israels entscheiden sollte. Dabei hatte er noch am 1. Oktober 2011 laut seiner offiziellen Website verkündet, schon Ayatollah Khomeini habe wiederholt gesagt, dass eines der Ziele der islamischen Revolution des Iran die "Entfernung des Krebsgeschwürs Israel" sei. Und Dutzende seiner hochrangigsten Soldaten haben in den letzten

---

<sup>134</sup> <http://europeandemocracy.eu/2012/09/irans-failed-attempt-at-unifying-the-non-aligned-countries/>  
06.09.2012



Monaten immer wieder mal die Zerstörung gefordert und mal den Untergang Israels prophezeit.

Nur wenige Politiker der 120 anwesenden Staaten interessierten sich für ein direktes Gespräch mit Ali Khamenei. Das iranische Nachrichtenportal Mashreghnews hat einen Bericht aus dem Büro des iranischen Revolutionsführers veröffentlicht, dem zufolge der Revolutionsführer sich mit 18 Vertretern von anderen Staaten persönlich getroffen habe.

Ali Akbar Welayati, einer der Drahtzieher des Mykonos-Attentats in Berlin (17. September 1992) und heute der wichtigste Berater Ali Khameneis für außenpolitische Fragen, war bei all diesen Treffen anwesend und hat den Bericht unterzeichnet.

Welayati berichtet zunächst über die Positionen, die Ali Khamenei bei diesen Treffen vertreten habe: Der Westen, an dessen Spitze die USA stünden, führe demnach einen „mehrdimensionalen Angriff gegen die ganze Welt“. Der US-amerikanische Präsident George H.W. Bush habe nach dem Kollaps der Sowjetunion erklärt, dass die Welt nun unipolar geworden sei und die USA alleine die Welt kontrollierten. Die US-Amerikaner seien der Meinung, dass jedes Hindernis, das ihrem Weltherrschaftsanspruch im Wege stehe, beseitigt werden müsse. Die USA instrumentalisierten zudem die UNO für die Durchsetzung ihrer nationalen Ziele.

Khamenei habe gegenüber seinen Gästen die Meinung vertreten, so Welayati, dass das „Ereignis von 9/11“ gesteuert worden sei, um 2001 Afghanistan und 2003 den Irak anzugreifen. Daraufhin habe Israel unter Druck der USA 2006 den Libanon und 2008 Gaza angegriffen. Parallel dazu seien die „bunten Revolutionen“ in Georgien und in der Ukraine „formiert“ worden. Die USA hätten dort ihre Anhänger an die Macht gebracht. Zudem hätten die USA versucht, ein ähnliches Vorhaben auch im Iran im Jahr 2009 durchzusetzen. Die „Grüne Bewegung“ im Iran habe aber eine Niederlage erlitten. In dieser Zeit habe das „islamische Erwachen“ in den nordafrikanischen Staaten den Westen gezwungen, seine Strategie zu ändern. Der Westen habe dann die westlich orientierten Minderheiten bewaffnet, damit diese „Agenten der bunten Revolutionen“ werden. Dies sei insbesondere in Syrien geschehen.

Welayati berichtet, dass die Vertreter der blockfreien Staaten, die sich mit Ali Khamenei getroffen haben, sich mit ihm einig waren. Beispielsweise habe Yayi Boni dem iranischen Revolutionsführer versichert, dass er als Vorsitzender der Afrikanischen Union für 53 afrikanische Staaten spräche und dass auch er über den politischen Einfluss der US-Regierung und anderer Weltmächte besorgt sei, die im UN-Sicherheitsrat ein Veto-Recht haben. Boni habe Khamenei versichert, dass er nicht nur seinen Vortrag zum Auftakt der Konferenz gehört habe, diesen sogar drei Mal gelesen habe und er garantieren könne, dass die politischen Ziele, die Khamenei angesprochen habe, sich mit denen der Gründer der Organisation der Blockfreien Staaten im Jahr 1955 decken würden. Falls der Bericht der iranischen



Nachrichtenagentur stimmt, hatte Boni zumindest kein Problem mit Khameneis Antisemitismus.

Die gegenwärtige Premierministerin von Bangladesh, Sheikh Hasina, habe dem iranischen Revolutionsführer garantiert, dass Bangladesh Khamenei helfen werde, damit dieser die "Ziele der blockfreien Staaten umsetzt". Der pakistanische Präsident, Asif Ali Zardari, soll Welayati zufolge gesagt haben: "Wir sind hierher gekommen, um von Ihrer Weisheit zu lernen, um Sie zu bitten, für uns zu beten."

Laut Mashreghnews soll der indische Präsident dem iranischen Diktator Ali Khamenei gesagt haben, dass Indien in Bezug auf die Unterstützung der Assad-Regierung in Syrien den iranischen Standpunkt teile. Indien habe der Entscheidung des UN-Sicherheitsrates gegen Syrien nicht zugestimmt.

Welayati berichtet, Khamenei habe die westliche Intervention in Syrien kritisiert und gesagt, dass die europäischen Staaten auch nicht zustimmen würden, wenn eine Macht alle Demonstranten in Portugal, Spanien, Italien und Frankreich mit Waffen versorgen würde, damit diese gegen ihre Regierungen in den bewaffneten Kampf ziehen. Kein Wunder also, dass der iranische Übersetzer des ägyptischen Präsidenten Mursi, der den syrischen Präsidenten Assad kritisierte, systematisch Bahrain „übersetzte“, wenn Musri Syrien sagte. Fälschung ist ein Merkmal einer totalitären Diktatur.

Die islamistische Diktatur hat sicher die blockfreien Staaten nicht einigen können, aber alte Freunde haben sich angenähert. Immerhin hat laut Farsnews Ali Khamenei in seinem Treffen mit dem nordkoreanischen Diktator Kim Jong-nam festgestellt: „Die Islamische Republik Iran und Nordkorea haben gemeinsame Feinde, denn die arroganten Mächte ertragen unabhängige Staaten nicht.“ Beide Staaten haben unter anderem Verträge auf dem Gebiet der Cyber-Sicherheit abgeschlossen. Es ist gut, dass nicht alle blockfreien Staaten sich von Iran und Nordkorea führen lassen.

### **Der Westen wird dasselbe Schicksal erleiden wie Sodom: Angeblich gibt es keine Homosexualität im Osten<sup>135</sup>**

Die Ideologen des islamistischen Regimes im Iran wissen sehr genau, wie sie Feindbilder von außen einsetzen, um ihre Feindbilder nach innen zu bekämpfen. Die Juden, die Israelis, der Westen, die USA werden verteufelt und das westliche System wird als die Ursache der Homosexualität betrachtet, als ob es nicht auch im Iran und in der arabischen Welt seit Jahrtausenden Homosexualität geben würde. Der

---

<sup>135</sup> <http://europeandemocracy.eu/wp-content/uploads/wp-post-to-pdf-enhanced-cache/1/irans-crazed-gay-bashers.pdf> 10.09.2012



Antiamerikanismus und der Antisemitismus dienen den islamistischen Machthabern des Iran vor allem zur Legitimierung der Hinrichtung von Homosexuellen.

Im von Islamisten beherrschten Iran werden Menschen mit homosexueller Neigung nicht nur mit Vorurteil oder Verachtung behandelt, sie werden auch hingerichtet, ähnlich wie im nationalsozialistischen Deutschland. Ein religiöser Mensch oder ein Atheist mag die Homosexualität ablehnen, aber darf Europa schweigen, wenn im 21. Jahrhundert ein Staat Homosexuelle hinrichtet und ihre Hinrichtung mit antisemitischer und antiamerikanischer Propaganda verbrämt?

Das ist mehr als Schwarz-Weiß-Malerei, wenn die iranische Nachrichtenagentur Mashreghnews, die sehr eng mit den Revolutionsgardisten verbunden ist, im Titel eines Hetzartikels von den "offenen und verdeckten Dimensionen der Homosexualität" schreibt.

**Die antiamerikanisch und antisemitisch legitimierte Homophobie**  
Mashreghnews schreibt, dass die westlichen Systeme insbesondere die USA und England mit Hilfe von jüdischem Kapital und Humankapital die Homosexualität unter ihren eigenen Völkern und unter anderen Völkern verbreiten.

Die Zeitung fragt, warum denn die Homosexualität in England unterstützt werde, obwohl sie dort gesellschaftlich eine geringe Rolle spiele. Aus dieser Fragestellung bastelt Mashreghnews eine Verschwörungstheorie: "Beispielsweise sind in England nur 1,5 Prozent der Bevölkerung homosexuell. Die offizielle Anerkennung dieser Minderheit steht in keinem Verhältnis zu ihrer Macht und ihrem Einfluss auf die Politik und Gesellschaft des Landes."

Der Autor fragt, warum in England die Homosexuellen staatliche Unterstützung bekommen, obwohl sie machtpolitisch unbedeutend seien. Er fragt, welchen Nutzen denn der britische Staat von der Unterstützung der Homosexuellen habe und liefert selbst die Antwort, dass eine solche Unterstützung inzwischen ein Teil der "allgemeinen Strategie der westlichen Systeme sei." Deswegen würden sowohl der konservative britische Politiker David Cameron als auch der demokratische Präsident der USA Barack Obama die Homosexuellen verteidigen.

Mashreghnews schreibt, dass in England seit 2004 die homosexuelle Ehe anerkannt werde und bis 2015 solle dort die homosexuelle Ehe gänzlich legal werden. Zudem habe CNN berichtet, dass in den USA 53 Prozent der Bevölkerung die Homosexualität legalisieren wollen.

Für die islamistische iranische Zeitung ist die Homosexualität eine "niederträchtige" Angelegenheit und der "europäische und amerikanische Kultur schaffende Apparat will die Homosexualität von einer schändlichen Sache in eine normale Angelegenheit verwandeln." Steve Ballmer und Bill Gates hätten beide als Leiter von Microsoft jeweils 100.000 Dollar zur Unterstützung der homosexuellen Ehe gespendet. Sie



würden das Internet zu einem Forum zur Verbreitung von Homosexualität umfunktionieren.

In England, den USA und in Kanada würden "jüdische Kapitalisten internationale Literaturpreise vergeben mit dem Thema der Homosexualität." In Kanada würde deswegen der "Dayne Ogilvie"-Preis und in den USA der "Lambada" Preis vergeben werden. Auch in manchen anderen europäischen Staaten und in Japan würden sogar Filmfestivals zum Thema Homosexualität durchgeführt werden, empört sich Mashreghnews. Oft seien die Helden von Hollywood-Filmen homosexuell, um die Homosexualität weltweit zu verbreiten.

Der US-amerikanische Präsident Barack Obama habe vor seiner Wahl versprochen den Homosexuellen mehr Freiheiten zu geben. Obama habe sogar das Gesetz "Don't ask, don't tell", das den Homosexuellen im Militär untersagte, ihre Sexualität zu praktizieren und darüber öffentlich zu sprechen, nur deswegen abgeschafft, um bessere Gewinnchancen bei der nächsten Präsidentschaftswahl 2012 zu bekommen. In Kalifornien würde Homosexualität sogar im Schulunterricht behandelt werden. Auf den "Vorschlag einer jüdischen Universität in Kalifornien sei das Thema der Homosexualität in Schulbüchern eingeführt worden." Eine jüdische Universität würde auch die Lehrbücher verfassen. Ein solcher Unterricht sei in Kalifornien für alle Schüler Pflicht.

#### **"Erneut spielen die Juden eine Rolle"**

Die Zeitung schreibt: "Wie bei den meisten schändlichen Verbrechen, die den Menschen anheimfallen, ist auch hier das jüdische Kapital und das jüdische Humankapital im Dienste der Schaffung einer Kultur zur Verbreitung der Homosexualität, die auf den drei Gebieten der Kunst und Kultur und politischer Propaganda aktiv sind. Zu diesen Aktivitäten gehören die Vergabe von Preisen an Schriftsteller, die Themen wie Homosexualität und die gesellschaftspolitische Solidarität mit dem zionistischen Regime behandeln." Homosexuelle würden diese Form der Solidarität mit Israel in den europäischen Ländern propagieren. Außerdem sei Tel-Aviv nach Informationen von "Gay City" die beliebteste Stadt der Homosexuellen auf der Erde.

Mashreghnews schreibt: „Das zionistische Regime ist eines der Förderer der Homosexualität in der Welt und organisiert in verschiedenen Ländern die Demonstrationen der Homosexuellen.“ Michael Oren, der israelische Botschafter in den USA, habe gesagt, dass "Israel das Paradies der Homosexuellen" sei.

Mashreghnews zufolge gehört es zu den "teuflischen Zielen der globalen Hegemonialmacht, die Menschen zu unterwerfen." Die USA würden alle ihre Potentiale nutzen, um die "Natur der Menschen zu ändern, um ein verunstaltetes Wesen ohne Geist und Seele zu schaffen. Dieses Wesen soll nicht protestieren und zahm sein, was ohne die Zersetzung der Familie nicht möglich sei." Ausgerechnet



eine fanatisch-religiöse und den Revolutionsgardisten nahestehende islamistische Zeitung wirft den USA vor die Menschen zähmen zu wollen.

Mashreghnews argumentiert, dass Homosexuelle prinzipiell unterwürfige Menschen seien, die der “unmenschlichen Kultur des Westens im politischen und kulturellen System des Westens am besten dienen.” Diese Zeitung schreibt: “Die neue Weltordnung ist dabei zur Durchsetzung ihrer Interessen überall unter den Völkern spezielle menschliche Kräfte zu erziehen, die vollkommen zahm sind. Diese sollen kein Gefühl dafür haben was Widerstand bedeutet.”

### **“Das jüdische Kapital unterstützt verschiedene Fronten dieser neuen Weltordnung”**

Mashreghnews schreibt: “Die Politiker, die die Homosexuellen unterstützen und die Homosexuellen selbst machen deutlich, dass ein langfristiger und sehr genauer Plan existiert zur Schaffung von untertänigen, zahmen Menschen.”

Das “teuflische System” des Westens würde nicht nur die Homosexualität verbreiten, sondern auch den Feminismus und die Pornographie. Der Artikel der Mashreghnews endet mit dem folgenden Satz: “Viele Experten sind der Meinung, dass die US-amerikanische Regierung mit dem Ziel der Bevölkerungskontrolle in den USA und in der Welt dabei sind Homosexualität zu verbreiten, damit weniger Ehen geschlossen werden und die Geburtenrate in der eigenen Gesellschaft und in anderen Ländern gestört wird.”

Es klingt absurd, dass eine iranische Zeitung der US-Regierung vorwirft Homosexualität zu verbreiten, um eine erfolgreiche Bevölkerungskontrolle durchzuführen. Aber diese Form der Hasspropaganda passt sehr gut in die Sammlung der sonstigen Verschwörungstheorien der iranischen Islamisten: Wenn sie beispielsweise mit Hilfe von Karikaturen die blockfreien Staaten mit antisemitischer und antiamerikanischer Hasspropaganda aufhetzen.

### **Einige Leserkommentare aus Mashreghnews**

Seyyed schreibt: “In Hoffnung auf Gott wird dieses zionistische Regime von der arischen und muslimischen Jugend vernichtet werden.”

Alireza schreibt: “Es ist die Natur. Wenn ein Mensch geboren wird, weiß er schon, ob er sich vom eigenen Geschlecht oder von dem anderen Geschlecht angezogen fühlt.”

Anonym schreibt: “Der Zionismus steht mit dem Teufel in Verbindung. Der Teufel sagt ihnen wie sie diese Verhaltensformen verbreiten sollen.”

Anonym: “Ich hatte mit ein paar Homosexuellen Kontakt. Die kannten noch nicht einmal den Namen der wichtigsten iranischen Politiker und erst recht kannten sie keinen Zionisten oder Freimaurer.”



Anonym: "Man muss diese Homosexuellen, die Verhaltensstörungen haben, wegen Völkermord bestrafen. Außer diejenigen, die genetische Probleme haben."

Anonym: "Wollt ihr sagen, dass der Schöpfer der Menschen Analphabet war, als er für sie die Todesstrafe bestimmt hat?"

Student: „Einige kabbalistischen Rabbiner verbreiten die Teufelsanbetung und die Homosexualität in der Welt, um zu sagen, dass sie die besten Geschöpfe Gottes sind.“

Mehdi: "Denkt daran wie dieses sogenannte Paradies der Homosexuellen dabei ist sich selbst zu zerstören. Denkt an die Selbstverbrennungen, die in diesem zionistischen Regime stattfinden. Man hört wie diese schmutzigen Tiere in Horden Selbstmord betreiben. Jetzt sagt nur, dass es keine Krankheit ist. Bitte trinkt auch keine Coca Cola und keine Pepsi Cola. Das sind alles Produkte dieser Schufte."

Anonym: "Sie sind Vergewaltiger.... keine Homosexuellen."

Sergey Jamalsadeh: "Die Zionisten wollen alle Nicht-Zionisten von der Erdoberfläche beseitigen. Sie wollen Gottesanbetung abschaffen und stattdessen Götzenanbetung einführen. Ich lebe in Deutschland und diese niederträchtigen Taten sind hier normal geworden. Und wenn du hier den Mund aufmachst, bist du gleich gegen die Menschenrechte. Wenn wir nicht auf die kulturelle Nato aufpassen, werden diese niederträchtigen Lebensweisen auch in den Iran eindringen."

Anonym: "Ein Schaf zu vergewaltigen, ist weniger unrein als Homosexualität."

Mehdi: "Sogar Hunde und Schweine haben mehr Ehre als diese Dreckskerle."

Anonym:" Sage nicht so was. In der nächsten Welt werden sich die Hunde und Schweine wegen eines solchen Vergleichs beschweren."

Ala: "Es gibt unter mehr als 1500 Tieren Homosexualität."

Sajad: "Es ist eine Tatsache, dass der Islam für Homosexualität die höchste Strafe, d.h. Verbrennung vorgesehen hat. Diese Strafe ist höher als die Strafe für den Ehebruch. Gott hat die Stadt Sodom zerstört, wegen seiner Schandtaten. In der Regel sind die jüdischen Einrichtungen und die Freimaurer wegen ihrer unmenschlichen und antireligiösen Verhaltensweisen Förderer dieser schmutzigen Taten. Es wäre erstaunlich, wenn es anders wäre."

Anonym: "Der Westen wird dasselbe Schicksal erleiden wie Sodom."

Seyyedreza: "Gibt es noch den Staat Israel? Israel ist zerstört worden. Es ist nur noch nicht aus einigen Landkarten gelöscht worden."





Salman: "Sodom ist wieder auferstanden.... Gott soll die jüdischen Zionisten verdammen."

Amin: "Israel muss vernichtet werden."

Mahbube: "Vergessen wir nicht, dass die Zionisten Weltbürger sind. Deswegen macht es keinen Sinn das Volk eines Landes zu zerstören. Es geht um die Fortexistenz aller Menschen, die ihre Gleichgesinnten sind und in jedem Land wohnen."

Saman: "Ich studiere Genetik. Homosexualität ist ein genetisches Problem."

Javab: "Du bist kein Student der Genetik. Du bist selber homosexuell."

Said Jalili: "Tod Israel."

Amir: "Wer die Al-Quds-Rede von Ahmad Khatami gehört hat, weiß, dass die Zionisten in alle Dimensionen des menschlichen Lebens eingedrungen sind und sie verdrehen ständig die Wahrheiten. Beispielsweise stellen sie die Homosexualität als etwas Normales dar, obwohl Gott Sodom deswegen vernichtet hat."

### **Verbeugt euch erstmal! Die iranischen Machthaber und ihre Feindschaft gegenüber den USA 136**

Es gibt viele Gerüchte über geheime iranisch-amerikanische Gespräche, die nicht nur von Ali Akbar Welayati, einem Berater des iranischen Revolutionsführers, dementiert werden. Indessen wurde bekannt, dass Anfang November iranische Jagdflugzeuge auf eine US-Drohne geschossen haben, als diese über internationales Gewässer des Persischen Golfs flog. Ein Signal der Dialogbereitschaft war das nicht. Welche ideologischen Barrieren gibt es auf Seiten des iranischen Regimes bezüglich Verhandlungen mit den USA? Die iranische Außenpolitik ist von Leitlinien bestimmt, die der Revolutionsführer Ali Khamenei vorgibt. Demnach darf der Iran nur dann einen Dialog mit den USA führen, wenn die US-Regierung ihre Solidarität mit Israel aufgibt.

**Verhandlungen mit den USA.** Die iranische Zeitung Kayhan schreibt zu Wiederwahl Barack Obamas: „Herr Change ist wieder da. Vier weitere Jahre ohne Veränderung.“ Die USA seien ein „schwacher Staat“, propagierte das Sprachrohr des Revolutionsführers Ali Khamenei am 8. November. Die islamische Revolution werde weiterhin siegreich bleiben, während die USA und Israel immer schwächer werden – eine oft wiederholte Formel der herrschenden islamistischen Ideologie.

<sup>136</sup> <http://europeandemocracy.eu/2012/11/the-iranian-regime-and-its-hostility-toward-the-us/> 9.11.2012



Mohammad Javad Larijani, Scharia-Beauftragter der iranischen Justiz, demagogisch auch Menschenrechtsbeauftragter genannt, sagte am 7. November der Nachrichtenagentur Mehrnews zufolge: „Wenn es im Interesse des Systems ist, werden wir sogar im Abgrund der Hölle mit den Amerikanern verhandeln. (...) Wir müssen aber auch den Feind aushalten können.“ Kein Wunder, denn schon Ayatollah Khomeini hatte gesagt, dass „Iran sogar mit dem Teufel verhandeln werde“, wenn iranische Interessen durchgesetzt werden müssten.

Gleichzeitig hat Ayatollah Amoli Larijani am 7. November eingeräumt, dass ein Dialog mit den USA möglich sei, aber nicht über Nacht beginnen könne. „Die Amerikaner sollen aber nicht denken, dass wir ihnen Tribut zahlen, wenn sie sich mit uns an einen Tisch setzen“, zitiert ihn die Nachrichtenagentur Farsnews. Larijani meint, Obama habe vor vier Jahren zunächst seine „Kooperationsbereitschaft“ bekundet, habe aber „in der Praxis anders gehandelt!“ Sanktionen sind verhängt worden, die „präzedenzlos“ seien. Amerika dürfe nicht mehr solchen Schaden anrichten. Larijani macht dann deutlich, welche Vorbedingungen er für einen Dialog mit dem Iran sieht: „Wenn die USA sich vor der Größe des iranischen Volkes verbeugen, und wenn sie es schaffen, das Vertrauen des iranischen Volkes zu gewinnen, dann zeigen sie, dass sie zu Verstand gekommen sind.“ Ayatollah Amoli Larijani, der für die Hinrichtung Tausender Iraner verantwortlich ist, macht mit solchen Sätzen deutlich, dass er an Verhandlungen nicht interessiert ist. Letztlich fordert er die Kapitulation gegenüber der Diktatur als Vorbedingung für Gespräche.

Feindschaft gegenüber den USA. Tatsächlich ist die Feindschaft gegenüber den USA und den westlichen Demokratien ein zentrales Element der politischen Identität der „Islamischen Republik“. Diese antiwestliche Staatsdoktrin wird seit 34 Jahren täglich in Schulen und Universitäten, in staatlichen Ämtern und in den Medien verbreitet. Der Antiamerikanismus legitimiert die islamistische Herrschaft.

Im Iran zählt das Wort des religiösen Führers Ali Khamenei, und er definierte die Hauptbedingung für eine Annäherung an die USA seiner offiziellen Homepage zufolge bereits am 14. August 1989: „Solange die USA ein schmutziges Regime wie Israel unterstützen, wird es keine Möglichkeit geben, dass wir mit den USA einen Dialog beginnen.“ Diese Leitlinie bestimmt bis heute die iranische Politik, wie in einer Studie der wissenschaftlichen Abteilung des iranischen Majless vom Oktober 2012 deutlich wird.

**Die iranische Atomdiplomatie.** Diese 26seitige Studie des Pseudo-Parlaments entwickelt Richtlinien einer „iranischen Atomdiplomatie“, die auf der Grundlage der Reden des Revolutionsführers Ali Khamenei formuliert worden sind. Khamenei ist dieser Studie zufolge der Meinung, dass der Westen unter dem Vorwand des Kampfes gegen den Terrorismus, Menschenrechtsverletzungen und die Weiterverbreitung von Nuklearwaffen in Wirklichkeit die Atompolitik des Iran verhindern wolle.



Der iranische Revolutionsführer gehe davon aus, dass die USA und ihre Verbündeten das „Atomverhalten der Islamischen Republik Iran ändern wollen“. Khamenei hingegen meint, dass die „herrschende Struktur in der gegenwärtigen Weltordnung verändert werden müsse“ und der „Widerstand gegen die westliche Vorherrschaft die iranische Strategie nur stärkt und den Iran immer mehr als ein Modell des Widerstands für andere Länder bekannt machen wird“.

**Die Atomdiplomatie und der UN-Sicherheitsrat.** Der Revolutionsführer befürworte, dass der Iran eine eigene Atomtechnologie entwickle. Es gäbe keine Abkehr von diesem Standpunkt. Die Autoren der Studie erinnern an Khameneis Positionen während des Iran-Irak-Krieges (1980-88), um die Intransigenz der iranischen Außenpolitik zu belegen. Der UN-Sicherheitsrat habe damals durch die Verabschiedung von Resolutionen den Iran zwingen wollen, den Krieg zu beenden, zu einem Zeitpunkt, als der Irak noch iranischen Boden besetzt hielt. Khamenei habe am 21. März 1985 gesagt: „Es war dieser UN-Sicherheitsrat, der eine Resolution verabschiedete, dass der Krieg beendet werden muss, dass wir keinen Widerstand mehr leisten und uns nicht mehr verteidigen dürfen. Wir haben damals die Resolutionen nicht akzeptiert, weil sie gegen unsere Interessen waren. Wir werden eine Resolution nicht akzeptieren, wenn sie gegen unsere Interessen ist.“

**Islamistische Kompromisslosigkeit.** Um die Kontinuität von Khameneis Politik zu demonstrieren, wird in der Studie ein Zitat vom 4. November 2011 hervorgehoben: „Sie haben sich gegen das iranische Atomprogramm gestellt und haben es groß gemacht. Sie haben Aufruhr hervorgerufen, haben Druck gemacht, dass die Islamische Republik abgeschafft werden muss. Gut, in den letzten sieben Jahren haben sie sich angestrengt, und in dieser Zeit sind zwei Punkte für die Weltöffentlichkeit deutlich geworden: Erstens konnte der Iran einen unerwarteten Fortschritt in seinem Atomprogramm machen. Zweitens wird der Iran nicht einmal nur einen Schritt zurücktreten, trotz des Drucks. Sie haben also zugunsten des Iran gehandelt. Jetzt weiß die ganze Welt, dass Amerika, Europa und ihre gesamten Handlanger mit all dem Druck, den sie ausgeübt haben, es nicht geschafft haben, die Islamische Republik zu besiegen.“

Am 24. Juli 2012 habe Ali Khamenei gesagt, dass „Amerika und seine Verbündeten Druck ausüben, damit die Verantwortlichen der Islamischen Republik ihre Kalkulation überdenken. Ich sage Ihnen, wenn wir die Wirklichkeit in Betracht ziehen, werden wir auf keinen Fall unsere Kalkulation überdenken, im Gegenteil: Wir werden von der Richtigkeit des Weges, den uns die Revolution bestimmt hat, noch mehr überzeugt sein.“ Dem Revolutionsführer zufolge wären die „Sanktionen vor 30 Jahren effektiver gewesen“. Heute aber sei der Iran „kugelsicher gegenüber Sanktionen“ und könne sie „trickreich umgehen.“

Zudem habe Khamenei den „aktiven Widerstand“ gegen die politischen Forderungen der „USA und ihrer Verbündeten“ gefordert. Es sei ein Fehler, so Khamenei, wenn die Amerikaner und die Briten sowie ein paar arabische Regierungen „sich einbilden,



Israel beruhigen zu müssen“. Am 24. Juli 2012 habe Khamenei zudem betont, dass der Westen versucht habe, die Anzahl der iranischen Zentrifugen für die Urananreicherung auf drei zu reduzieren, heute aber verfüge der Iran über 11.000 Zentrifugen.

Wenig Interesse an einem Dialog lassen Khameneis Aussagen vom 18. August 2010 erkennen: „Wir wollen Verhandlungen, aber nicht mit den USA. Der Grund dafür ist, dass die USA nicht ehrlich sind. Sie sollen erst aufhören als Supermacht in Verhandlungen aufzutreten. (...) Sie sollen mit den Sanktionen aufhören, und sie sollen sich auch keine Ziele ausmalen, wohin die Verhandlungen führen sollten.“ Khamenei sagte schon am 27. Oktober 2004, wenn sogar die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) „unlogisch“ vorgehe, werde der Iran die Verhandlungen abbrechen.

Weiterhin zitiert die Studie Khameneis Aussagen vom 22. September 2002. Die „Feinde des Islam“ hätten keine Angst vor dem iranischen Atomprogramm und iranischen Raketen. Sie würden lediglich sehen, dass das „islamische Modell des Iran sich im Bewusstsein der Menschen in der islamischen Welt durchsetzt“. Die westlichen Regierungen fürchteten nicht die Waffen, sondern die Überlegenheit des politischen Systems des Iran.

Diese angebliche ideologische Überlegenheit des islamischen Modells im Iran nannte Khamenei auch am 24. Juli 2012 als Motiv. Es sei eine „Lüge, dass das iranische Atomprogramm das Problem ist. (...) Sie sind in Wirklichkeit gegen das Prinzip der islamischen Revolution.“ Die westlichen Staaten seien verärgert, weil sie nicht mehr im Iran herrschen würden, wie vor der islamischen Revolution von 1979. Das Atomprogramm wird in der Studie als ein Aspekt der „nationalen Sicherheit“ dargestellt. Die Schlussfolgerung der Auslegung der Worte Ali Khamenei ist, dass die Strategie der Atomdiplomatie definiert werde durch die intellektuelle Analyse der Ziele der US-amerikanischen Politik, durch die Infragestellung der Berichte der IAEA und durch die Durchbrechung des Atommonopols. Die iranische Politik müsse dafür sorgen, dass die Zustimmung der Bevölkerung für das Atomprogramm gewährleistet werde. Zudem dürfe die Regierungspolitik keine Angst vor der US-amerikanischen Sanktionspolitik haben.

Diese Studie des islamistischen Pseudo-Parlaments beweist erneut, dass die iranische Staatsdoktrin im Kern anti-amerikanisch, anti-westlich, antidemokratisch, menschenrechtsfeindlich und antisemitisch ist. Bereits für die Aufnahme von Gesprächen mit den USA werden unerfüllbare Vorbedingungen gestellt, dass Zugeständnisse gemacht werden könnten, wird von vorneherein verneint. Im Fall des iranischen Regimes ist die Staatsideologie nicht nur Propaganda, sondern Maßstab des Handelns. Die Machthaber können Ziele wie die Bekämpfung der USA und die Vernichtung Israels kaum aufgeben.



## Iran kritisiert deutsche Waffenexporte<sup>137</sup>

Die iranische Zeitung Mashregh kritisierte die Stationierung des deutschen Patriot-Raketenabwehrsystems an der türkischen Grenze zu Syrien. In den letzten 12 Monaten habe Deutschland rund 15 Milliarden Dollar Waffen an zwei arabische Staaten verkauft.

Mashregh schrieb am 3.12.2012: „Deutschland wird mit seiner aktiveren militärischen Präsenz zu einem der Hauptverkäufer von militärischer Ausrüstung an unterdrückerische arabische Staaten, nach Amerika.“ Die iranische Zeitung weiß, dass die NATO vorhat zwei Startrampen für Patriot an die türkisch-syrische Grenze zu verlegen. Mashregh beanstandet, dass „deutsche Militärs“ an dieser Aktion beteiligt seien.

Mashregh schreibt, dass „Deutschland nicht bestrebt“ sei militärische Ausrüstung zu liefern, aber die USA würden wegen NATO-Verpflichtungen gegenüber der Türkei Druck ausüben. Die Zeitung fragt dann, ob „Deutschland nun in der Region militärisch aktiver werde.“ Mashregh bezieht sich gar auf einen Artikel der US-amerikanischen Zeitschrift Foreign Policy, in dem auf die „komplizierte Rolle Deutschlands“ eingegangen wird. Die deutsche Außenpolitik sei widersprüchlich. Einerseits habe sich Deutschland nicht an dem Irak-Krieg beteiligt und habe sich auch beim Sturz von Gaddafi in Libyen zurückgehalten. Andererseits seien in der Regierungszeit von Bundeskanzlerin Merkel Schiffe an den Golf von Aden geschickt worden, um Seepiraten zu bekämpfen. Es seien auch deutsche Schiffe an die Südgrenze des Libanon geschickt worden.

Mashregh kritisiert die deutsche Außenpolitik und insbesondere die Kanzlerin Angela Merkel: „Obwohl Merkel noch nicht direkt in Syrien interveniert hat, stellt die neueste Handlung dieses Staates bei der Hilfeleistung für die Türkei einen auffallenden Schritt dar, mit dem Deutschland seine Position in der NATO stabilisieren will.“

Deutschland habe in den letzten Dekaden versucht sich aus den „Einschränkungen des zweiten Weltkrieges“ zu befreien. Mashregh schreibt: „Angela Merkel ist dabei England und Frankreich bei der Frage des Verkaufs von Waffen an Israel und an arabischen Staaten zu überholen.“

Mashregh geht durchaus positiv auf die Kritik der Bündnis 90/Die Grünen ein, die den Verkauf von Waffen an Qatar, an Saudi-Arabien und Algerien schon vor einem Jahr scharf kritisiert habe.

---

<sup>137</sup> <http://europeandemocracy.eu/2012/12/iran-criticises-german-arms-exports/> 04.12.2012



Die arabischen Staaten würden sich auf der anderen Seite nicht gegen Waffenlieferungen an Israel wenden, solange sie selbst fortgeschrittene Technologie erhielten.

Deutschland würde sich hier besonders „geschickt“ verhalten. Tel-Aviv und Berlin haben Mashregh zufolge „ein gutes Gleichgewicht zwischen dauerhaftem Verkauf von Delphin U-Booten an Israel und Leopard-Panzern an Saudi-Arabien hergestellt. Aber diese Methode funktioniert nicht immer, denn der Verkauf von deutschen U-Booten an Ägypten bereitet Israel neue Sorgen,“ schreibt Mashregh.

Die radikalislamistische Zeitung bezieht sich nicht nur im positiven Ton auf die Kritik der Bündnis90/Die Grünen, sondern erinnert auch an Günther Grass, der die deutschen Waffenexporte nach Israel kritisiert hatte und ferner behauptet hatte, dass Deutschland mitverantwortlich sei für die „Verbrechen Israels“.

Mashregh schreibt, dass Deutschland vorhabe die Türkei mehr an Europa zu binden. Dies zeige sich in der Verbesserung der deutsch-türkischen Handelsbeziehungen. Mashregh fragt, ob sich Deutschland mit seiner neuen Rolle in der internationalen Politik vielleicht von der NATO ablösen wolle. Die USA bräuchten auf jeden Fall einen „entschlossenen Bündnispartner wie Deutschland.“ Beide hätten „neoimperialistische Träume“ in ihrer Nahostpolitik.

Es wird deutlich, dass die traditionell guten deutsch-iranischen Beziehungen bröckeln. Die islamistische Diktatur des Iran sieht eine stärkere Anbindung der Türkei an Europa auf Kosten Syriens als Gefahr für die iranischen Machthaber an.



## 5. Öl und Diktatur

### Öl und islamistische Diktatur im Iran<sup>138</sup>

Seit einigen Jahren warnt der Iran vor einer Blockade des Persischen Golfes. Eine solche Blockade würde vor allem der iranischen Wirtschaft schaden. Es geht weniger um die Vernichtung des äußeren "Feindes", denn dies würde einem selbstmörderischen Krieg gleich kommen. Vielmehr geht es dem iranischen Regime um die Eliminierung der inneren "Feinde", d.h. um die Eliminierung der Demokratiebewegung.

Diese alten Warnungen des iranischen Regimes sind aus Anlass der US-amerikanischen Sanktionspolitik erneut ausgesprochen worden. Dieses Mal gerieten sie in die Medien. Der Iran verband diese Warnungen tatsächlich mit Manövern der Marine und Tests von Marschflugkörpern (Qadr und Nasr) sowie Raketen (Nur und Mehrab).

Iranische Regierungsstellen behaupten, dass es sich teils um Langstreckenraketen gehandelt habe. Das Seemanöver wurde "Velayat 90" genannt. Nach dem islamischen Sonnenkalender leben wir im Jahr 1390, und Velayat ist eine Anspielung auf die absolute Herrschaft des Klerus (Velayat e-Faqih). Die militärische Machtdemonstration soll die Stabilität der Herrschaft des Staatsklerus demonstrieren.

Der Iran ist als der drittgrößte Ölexporteur der Welt auf den Import von Benzin angewiesen. Das Regime muss rund 40 Prozent des Benzins importieren. Falls der Iran im Ernstfall die 55 km breite Straße von Hormuz schließen sollte, würde mehr als ein Drittel der iranischen Autos kein Benzin haben. Auch viele Fabriken brauchen raffiniertes Öl. Die iranischen Generäle, die mit der Schließung der Straße von Hormuz drohen, würden mit einer solchen Entscheidung vor allem der iranischen Wirtschaft den Todesstoß geben, von den Folgen eines Krieges ganz abgesehen.

Tatsächlich geht es der iranischen Wirtschaft mehr als schlecht. Die staatliche Nachrichtenagentur IRNA berichtete am 4. Januar 2012, dass zwei Mitglieder des islamistischen Pseudo-Parlaments eine Sondersitzung gefordert haben, um das Sinken des Geldwertes der iranischen Währung gegenüber anderen Währungen in einer "nicht-öffentlichen Sitzung" zu untersuchen. Der Antrag wurde von Elias Naderan und Ahmad Tawakoli gestellt, die beide zu den Rivalen des iranischen Präsidenten Ahmadinejad gehören.

Diese zwei islamistischen Politiker werfen der Regierung von Ahmadinejad wirtschaftliche Fehlplanung vor. Seine Regierung habe viel zu viele Rial (die iranische Währung) in den einheimischen Markt gepumpt. Gleichzeitig seien die

---

<sup>138</sup> <http://europeandemocracy.eu/2012/01/oil-and-the-islamist-dictatorship-in-iran/> 18.01.2012



Energiepreise im Winter gestiegen. Insgesamt sei die inländische Produktion zurückgegangen. Zudem hätten die Sanktionen der westlichen Staaten die Importe verteuert.

Tatsächlich ist der Kurs der iranischen Währung Rial gegenüber dem Dollar in den letzten Monaten um rund 35 Prozent gefallen. Arbeitslosigkeit und Inflation steigen. Gegenwärtig kostet ein Barrel (159 Liter) Öl rund 112 Dollar. Falls der Preis auf weniger als 80 Dollar fiel, würde die Stabilität der iranischen Wirtschaft gefährdet werden. Farsnews hat am 3. Januar 2012 berichtet, dass Ahmadinejad stets betont habe, der Dollar habe einen zu hohen Preis und die iranische Währung sei stark. Nun ist das Gegenteil eingetreten. Die Iraner werden ärmer.

Trotzdem kennen die iranischen Militärs sich mit den Wechselwirkungen der Welt- und Ölpolitik sehr gut aus. Sie wissen, dass eine militärische Blockade des Persischen Golfes nur eine militärische Niederlage des Iran zur Folge hätte. Denn die westlichen Regierungen würden nicht zulassen, dass eine islamistische Diktatur nicht nur die eigene Bevölkerung stranguliert, sondern obendrein die Weltwirtschaft lahmlegt. Genau deswegen aber können die iranischen Generäle hoch pokern und gleichzeitig höhere Profite aus dem steigenden Ölpreis erzielen. Denn die Börsen reagieren auf Worte der Politiker. Militärische Drohgebärden des Iran infolge der westlichen Sanktionspolitik haben eine logische Folge: die Ölpreise steigen.

Das Geld aus dem Ölgeschäft wird gebraucht, um den „inneren Feind“ zu besiegen und die totalitäre Macht der Diktatur zu stabilisieren. Die Spannungen mit den ausländischen „Feinden“ nimmt das iranische Regime als Vorwand, um gegen die Andersdenkenden im eigenen Land vorzugehen. Die islamistische Diktatur braucht viel Geld, um ihren totalitären Repressionsapparat auszubauen. Beispielsweise wird gegenwärtig die iranische Cyber-Polizei verstärkt.

Im Iran verfügen inzwischen sowohl die Revolutionsgardisten als auch die regulären Polizeikräfte über Cyber-Spezialisten, die jegliche Opposition im Inland und im Ausland zu kontrollieren versuchen. Am 3. Januar meldeten verschiedene iranische Medien, dass die iranische Cyber-Polizei, die sich selbst explizit auf Englisch „Cyber Police“, nennt, die Besitzer von Internetcafes verpflichtet hat die Identität von allen Internetnutzern an die Polizei weiterzuleiten. Die Polizeieinheit nennt sich „Fata“, „Police Fasaye Tolid wa tabadole Etelaat“ (Polizei für die Kontrolle der Produktion und des Tausches von Informationen). Big Brother lässt grüßen, nun im islamistischen Gewand.

Die iranische Cyber-Polizei behauptet laut iranischen Pressemeldungen, dass „terroristische Maßnahmen in Cyber-Space durchgeführt werden“. Tatsächlich gehören junge Menschen, die in den städtischen Internetcafes an Informationen herankommen, einfach westliche Musik herunterladen oder ihren Freunden über die Misere im Iran berichten wollen, zur Zielgruppe der „Fata“.





Diese neue iranische Polizei-Einheit hat in einer Erklärung an die Internetcafes geschrieben: "Die Internetbüros sind verpflichtet, alle Informationen über die Internetbenutzer zu sammeln. Dazu gehören die genauen Zeiten, wann eine Person das Internet genutzt hat. Zudem müssen IP-Nummern, log files und besuchte Websites mindestens für sechs Monate gespeichert werden." Ferner müssen Kameras in den Internetcafes eingebaut werden, die Fotos von allen Nutzern speichern. Die iranische Polizei stellt ehemalige Hacker ein und zahlt ihnen hohe Gehälter, um gegen junge und alte Menschen, die sich im Internet informieren wollen, vorzugehen.

Solche polizeilichen Maßnahmen kosten neben militärischer Aufrüstung und dem Atomprogramm viel Geld. Das Geld stammt auch aus dem Ölverkauf, der die Kassen der Diktatur füllt. Deswegen sollten die Stimmen ernst genommen werden, die sich für einen Benzinboykott als eine intelligente Sanktionsform einsetzen.

### **Iran: Die Bedeutung der Öl- und Benzinsanktionen**<sup>139</sup>

Der Iran setzt sein Urananreicherungsprogramm fort. Dies ist einer der Gründe, warum Europa voraussichtlich noch im Januar 2012 neue Ölsanktionen gegen den Iran beschließen wird. Europa hat einen Anteil von rund 18 Prozent am gesamten iranischen Ölexport und ist damit nach China der beste Kunde. Von den europäischen Öleinfuhren aus dem Iran gehen sieben Prozent nach Italien, sechs Prozent nach Spanien, zwei Prozent nach Frankreich, ein Prozent nach Deutschland und rund zwei Prozent an die anderen europäischen Staaten.

China ist am meisten auf das iranische Öl angewiesen und kauft gegenwärtig 22 Prozent der gesamten exportierten Menge. Japan kauft 14 Prozent, Indien 13 Prozent, Südkorea zehn Prozent, die Türkei sieben Prozent, Südafrika vier Prozent, Sri Lanka zwei Prozent und Taiwan ein Prozent des iranischen Öls. Alle anderen Staaten importieren zusammen neun Prozent des iranischen Öls. Diese Zahlen stammen von Global Trade Atlas und wurden von BBC veröffentlicht.

Vorweg: Die genannten Zahlen unterscheiden sich von den unten aufgeführten Daten. Die Unterschiede können zustande kommen, weil manche Institute andere Einschätzungen abgeben, als die Daten, die der Iran offiziell veröffentlicht. Zudem können Differenzen auftreten, wenn es sich um Angaben für einen Monat handelt und es bei den Importen von Monat zu Monat starke Schwankungen geben kann.

---

<sup>139</sup> <http://europeandemocracy.eu/wp-content/uploads/wp-post-to-pdf-enhanced-cache/1/iran-the-importance-of-oil-and-gasoline-sanctions.pdf> 18.01.2012



Nach Angaben des monatlich erscheinenden Reports der OPEC (Organisation der Öl exportierenden Staaten) vom Dezember 2011 ist Iran nach Saudi-Arabien der größte Verkäufer von Öl an China. Dies bedeutet, dass China einen unersättlichen Energiedurst hat und nicht auf seinen Einkauf im Iran verzichten will.

Den Statistiken der Eurostat zufolge kauften im Februar 2011 Deutschland für 22,74 Millionen Euro, Frankreich für rund 42 Millionen Euro, Spanien für 1,81 Milliarden Euro, Großbritannien für 1,06 Milliarden Euro, Italien für 1,69 Milliarden Euro, Niederlande für 1,17 Milliarden Euro Öl aus dem Iran. Griechenland importierte im Juli 2011 für 47,7 Millionen Euro Öl aus dem Iran. Im Fall von Sanktionen wären die Einbußen für den Iran groß, aber es gibt noch weitere Kunden wie China, die großes Interesse an iranischem Öl haben und offensichtlich die Ölsanktionen der Europäischen Union nicht mittragen werden.

Diese Zahlen zeigen, dass der Iran auch nach der Verhängung europäischer Sanktionen einen großen Abnehmerkreis für sein Öl hat, zumal die Nachfrage weltweit größer ist als das Angebot. Die islamistische Diktatur des Iran ist ein klassischer Rentierstaat, denn 80 Prozent der Exporteinnahmen und rund 55 Prozent der Staatseinnahmen stammen aus dem Ölverkauf. Die totalitäre Diktatur lebt vom Öl. Damit aber die europäischen Maßnahmen wirklich wirksam werden, müsste Europa gemeinsam mit den USA vor allen China, Japan, Indien, Südkorea und die Türkei vom Nutzen der Ölsanktionen überzeugen.

Ein weiteres Instrument, um Druck auf die totalitäre Diktatur der iranischen Islamisten auszuüben, die offenbar den Bau von Atombomben anstreben, wären Sanktionen bezüglich des Benzinverkaufs. Der Iran exportiert zwar Öl, hat aber nicht ausreichend Raffinerien gebaut, um seinen inländischen Bedarf zu decken. Benzin muss daher importiert werden. Auch hier spielt Europa eine kleinere Rolle als zunächst vermutet werden könnte. Der Iran kauft Benzin überwiegend von Nachbarstaaten, im Jahr 2010 wurden dafür insgesamt 906 Millionen Dollar ausgegeben. Dabei exportierte Singapur für rund 660 Millionen Dollar, Indien für 107 Millionen Dollar, die Vereinten Arabischen Emirate für 55 Millionen Dollar, Turkmenistan für 23,9 Millionen Dollar, Saudi Arabien für rund 25 Millionen Dollar, Bahrain für 24 Millionen Dollar und Azerbaijan für rund 7,3 Millionen Dollar Benzin in den Iran. Diese Daten stammen aus offiziellen iranischen Quellen, die das Statistische Bundesamt Deutschlands veröffentlicht hat.

Die meisten dieser Staaten sind selbst Diktaturen, manche der arabischen Staaten haben aber immense Probleme mit der totalitären Diktatur im Iran, beispielsweise Saudi-Arabien und Bahrain. Europa und die USA können Druck auf solche Staaten ausüben, in Zukunft kein Benzin mehr an den Iran zu verkaufen.



## Tehrans Schwachpunkt<sup>140</sup>

Sanktionen gegen den Ölexport des Iran allein werden das Regime weder vom Bau der Atombombe noch vom Kampf gegen das eigene Volk abhalten.

Europa wird demnächst beschließen die Ölimporte aus dem Iran langsam aber sicher zu drosseln. Eine Reaktion darauf, dass der Iran sein Urananreicherungsprogramm fortsetzt und in absehbarer Zeit Atombomben bauen könnte. Nach dem Iran würden weitere Staaten aufrüsten. Die Sanktionen sind also sinnvoll. Doch ist die Frage noch offen, ob sie als Kriegsvermeidungsstrategie auch erfolgreich durchgesetzt werden können. Denn der Iran setzt auf seine nicht-europäischen Märkte. 18 Prozent seines Öls exportiert der Iran nach Europa. Nach China (22 Prozent) ist die EU damit zwar der größte Kunde, aber der Rest des Ölports ist gut verteilt auf Japan, Indien, Südkorea, die Türkei, Südafrika, Sri Lanka und Taiwan. Der Rest der Welt importiert neun Prozent des iranischen Öls. Die USA alleine werden nicht alle dieser Staaten davon überzeugen können, darauf zu verzichten. China wird eher noch mehr Öl aus dem Iran importieren. Deswegen braucht auch der Iran den Persischen Golf für seine Exporte und wird die angedrohte Blockade kaum durchziehen. Doch die Diktatur zeigt ja auch so Wirkung: Der Iran ist ein Rentierstaat, die Diktatur finanziert sich mit Einnahmen aus Öl und Gas. Der durch die Blockadediskussion gestiegene Ölpreis kommt Teheran also entgegen.

Die Achillesferse des Iran ist vermutlich aber nicht der Export, sondern der Import. Er muss Benzin importieren, um den eigenen Bedarf zu decken. Im Jahr 2010 wurden dafür rund 711 Millionen Euro ausgegeben. Für mehr als zwei Drittel der Gesamtsumme importierte der Iran Benzin aus Singapur, es folgen Indien, die Vereinten Arabischen Emirate, Turkmenistan, Saudi Arabien, Bahrain und Aserbaidschan.

Es geht also bei Sanktionen, wenn sie etwas nützen sollen, nicht nur darum, Druck auf Staaten auszuüben, damit sie kein Öl mehr aus dem Iran importieren. Zugleich müssten auch die Benzinlieferungen versiegen. Das Regime weiß aber, dass der Öl- und Gasbedarf in der Welt höher ist als das Angebot. Es fühlt sich daher nicht ernsthaft von den EU-Sanktionen bedroht - und bleibt selbst bedrohlich. Teherans Islamisten haben eine *ultima irratio*: Die ideologische Diktatur handelt im Namen Gottes selbstmörderisch und zerstörerisch, wenn ihre Machthaber sich in die Enge gedrängt fühlen. Dann könnten sie nicht nur mit Pogromen nach innen, sondern auch mit Terror weltweit ihr wahres Gesicht demonstrieren. Das iranische Regime ist, mit oder ohne Atombombe, eine Gefahr für die Welt.

---

<sup>140</sup><http://www.genios.de/presse-archiv/artikel/KSTA/20120118/teherans-schwachpunkt/KS011820126917577.7129557147.html>, den 18. January 2012



## Das iranisch-islamistische Roulettespiel<sup>141</sup>

Der Iran hat enorme Wirtschaftsprobleme, die die totalitären Machthaber nicht lösen können und wollen. Sie haben im islamistischen Roulettespiel auf eine Farbe und auf eine Zahl gesetzt: Öleinnahmen für Waffen und Atomprogramm.

Akbar Türkan, der Ex-Staatssekretär des iranischen Ölministeriums, stellte kürzlich fest, dass seit 2005, in der Regierungszeit des Präsidenten Ahmadinejad die iranischen Öleinnahmen rund 531 Milliarden Dollar betragen haben. Gegenwärtig bestünden 80 Prozent der iranischen Staatseinnahmen aus dem Öl- und Gasgeschäft.

Im Vergleich dazu habe der Iran zwischen 1973 und 1979 lediglich 112,7 Milliarden US-Dollar eingenommen. Und seit der islamischen Revolution von 1979 bis zur Regierungsübernahme von Ahmadinejad im August 2005 habe der Iran 445,5 Milliarden Dollar eingenommen. D.h. unter Ahmadinejad hat der Iran mehr Öleinnahmen gehabt als in der Zeit zwischen 1979 und 2005. Türkan zufolge sind seit 2005 rund 483 Milliarden Dollar aus den genannten Einnahmen in Höhe von 531 Milliarden Dollar für Warenimporte ausgegeben worden.

Man kann aus den verdeckten offiziellen Statistiken des Iran nicht entnehmen, wie die Distribution der Öl- und Gaseinnahmen stattgefunden hat. Es liegt auf der Hand, dass die staatlichen Rentiereinnahmen weitgehend für das Atom- und Aufrüstungsprogramm, d.h. für den islamistisch-militärisch-industriellen Komplex ausgegeben worden ist.

**Sanktionen und der Rückgang der iranischen Ölexporte:** Nach Aussagen der US-Regierung haben die Sanktionen dazu geführt, dass der Iran in diesem Jahr rund 40 Prozent weniger Öl im Verhältnis zum vorangegangenen Jahr verkauft hat.

Der Wert der iranischen Währung ist binnen weniger Monate gegenüber dem US-Dollar um mehr als die Hälfte gefallen. Am 26. September 2012 betrug der Dollarp reis auf dem iranischen Markt 2650 Tuman, meldete Radio Farda. Dabei verkauft die iranische Zentralbank einen Dollar für 1226 Tuman. D.h. die Iraner sind bereit eine Differenz von 1424 Tuman mehr zu zahlen, um einen Dollar zu bekommen.

**20.000 Arbeiter protestieren:** Die Inflation galoppiert davon. Die iranische Gesellschaft verarmt immer mehr. Die Nachrichtenagentur ILNA meldete, dass rund 20.000 Arbeiter ein Protestschreiben an den iranischen Minister für Arbeit überreicht

---

<sup>141</sup> <http://europeandemocracy.eu/2012/09/iran-oil-revenues-being-diverted-into-military-nuclear-programmes/> 26.09.2012



haben. Sie klagen, dass ihre Löhne meist unter dem Existenzminimum liegen und häufig nicht ausbezahlt werden. Der Lohn eines iranischen Arbeiters beträgt ILNA zufolge rund 147 Dollar, d.h. knapp 114 Euro im Monat.

Die iranischen Arbeiter schreiben, dass die Preise für Lebensmittel in den letzten Monaten um 50 Prozent gestiegen seien, aber ihr Lohn in den letzten zwei Jahren durchschnittlich lediglich 13 Prozent betragen habe. Allein in den letzten Monaten, sei wegen des Anstiegs des Dollarpreises die Kaufkraft eines Arbeiters um 30 Prozent zurückgegangen.

**Esst kein Huhn:** Es hört sich wie ein Witz an, dass der einflussreiche Ayatollah Makarem Schirazi sich tatsächlich nicht schämte zu sagen, dass die Iraner kein Huhn mehr essen sollten. Es war Ayatollah Makrem Schirazi, der sich ernsthaft damit brüstete, dass er selbst kein Huhn mehr esse.

Kein Geringerer als der iranische Polizeichef Ismael Ahmadi Moqadamm forderte die staatliche Fernsehanstalt des Iran sogar auf im Fernsehen keine Bilder mehr zu zeigen, wie Menschen Huhn essen. Manche Menschen würden sich ein Huhn nicht leisten können und würden womöglich auf die Idee kommen sich ein Huhn mit Gewalt zu organisieren. Er sagte, dass manche Eltern sich bei der Polizei bedanken würden, wenn sie die Satellitenschüssel einer Familie beschlagnahmen würden, denn das Auslandsfernsehen würde "unmoralische" Bilder zeigen.

Wie weit muss aber die Moral einer Gesellschaft gesunken sein, wenn Ayatollahs und Polizeichefs aus Verzweiflung der eigenen Bevölkerung vorschlagen keine Hühner mehr zu essen.

**Kriegstrommeln und die Möglichkeit eines iranischen Präventivkrieges:** Für General Mohamad Ali Jafari ist der Krieg inzwischen unvermeidbar. Tatsächlich könnte aber eine vehemente Wirtschaftskrise die islamistische Diktatur in die Knie zwingen. Deswegen brauchen die iranischen Machthaber den Kriegslärm und äußere Feindbilder, um ihre totalitäre Ideologie auch nach innen umzusetzen.

Revolutionsführer Ali Khamenei und die Generäle des herrschenden iranischen Staatsklerus können und werden in puncto Atomprogramm nicht einlenken. Es war General Jafari, der am 22. September Israel als "Krebsgeschwür" bezeichnete. Er warnte, dass "wenn die Zionisten einen Krieg beginnen würden, sie ihr eigenes Ende besiegelt haben." General Jafari sprach davon, dass die "islamische Revolution keine Grenzen habe und sich international verbreitet" habe. Im Falle eines Krieges werde Israel zerstört werden.

General Jafari zweifelt nicht daran, dass es notgedrungen zu einem Krieg gegen Israel kommen werde.

General Amir Ali Hajizadeh warnte indessen, dass im Falle eines Krieges die militärischen Basen der USA ebenfalls angegriffen würden.



Hajizadeh sagte, dass Israel den Krieg beginnen könne, aber der Iran würde "die Art der Antwort und den Endpunkt des Krieges bestimmen und in dem Fall wird das zionistische Regime nicht mehr existieren."

Hajizadeh sprach auch von der Möglichkeit eines iranischen Präventivkrieges, denn wenn die iranische Armee entdecken würde, dass die "Feinde dabei seien uns anzugreifen, werden wir nicht zulassen, dass unsere Kräfte überrascht werden."

Zudem sagte er, dass der Iran Qatar, Bahrain und Afghanistan nicht als unabhängige Staaten betrachten würde. Im Falle eines Krieges würden die US-amerikanischen Militärbasen in diesen Ländern ebenfalls angegriffen werden, die der Iran als US-Territorien betrachtet. Kein Land in der Region werde im Falle eines Krieges als unabhängiger Staat angesehen werden.

Dies bedeutet, dass das iranische Regime zumindest rhetorisch bereit ist einen Krieg gegen die USA und Israel zu riskieren. General Hajizadeh spricht gar von der Möglichkeit eines Dritten Weltkrieges. Tatsächlich hat der Iran in der Nacht von Sonntag auf Montag vier Raad-Raketen getestet. Der iranische Raketentest fand im Gegenzug eines Manövers der USA gemeinsam mit rund 20 weiteren Staaten statt, das das Aufräumen von Minen im Persischen Golf probt.

Manche Experten sprechen seit Jahren davon, dass die Lösung des iranischen Problems darin liegen würde, dass endlich den Machthabern der totalitären Diktatur Sicherheitsgarantien gegeben werden müssten. Das Gegenteil ist wahr. Denn das iranische Regime verfolgt konsequent die Umsetzung seiner totalitären Ideologie und wird kaum einlenken.

Tatsächlich sucht das iranische Regime nach Gründen keine Konzessionen mehr in Bezug auf sein Atomprogramm zu machen. Das Ziel des Iran ist nach wie vor das eigene Volk zu unterdrücken und gleichzeitig das technologische Potential zu erlangen, über Nacht eine Atombombe bauen zu können. Deswegen wirft der Iran auch der Firma Siemens vor explosives Material für die Anlage in Fordow geliefert zu haben.

Präsident Ahmadinejad ist konsequent und fordert daher bei der Vollversammlung der Vereinten Nationen die Kapitulation vor der totalitären Diktatur des Islamismus.

### **Chinesisch-iranischer Tauschhandel<sup>142</sup>**

Die chinesisch-iranischen Handelsbeziehungen sind nach einem Bericht von BBC-Farsi trotz der Sanktionen verhältnismäßig umfangreich und haben in den letzten 10 Jahren Zuwachs verzeichnet.

---

<sup>142</sup> <http://europeandemocracy.eu/2013/05/china-irans-economic-saviour/> 06.05.2013



China ist der zweitgrößte Energiekonsument der Welt, die zweitgrößte Wirtschaft nach den USA. Iran ist auf der anderen Seite einer der größten Energieexporteure der Welt. China ist der größte asiatische Ölimporteur und bezieht sein Öl vor allem aus Saudi-Arabien, an zweiter Stelle steht Angola und der Iran ist der drittgrößte Ölexporteur nach China.

Der Aufschwung des chinesisch-iranischen Handels fing zu Beginn der Regierungszeit des Präsidenten Mohammad Khatami an. Zu Beginn seiner Präsidentschaft im Jahr 1997 importierte der Iran chinesische Waren im Wert von 393 Millionen Dollar und am Ende seiner Amtszeit waren es schon 2,2 Milliarden Dollar. In der Regierungszeit von Präsident Ahmadinejad (Seit Juni 2005) wurden die großen Sprünge gemacht. So betrug das chinesisch-iranische Handelsvolumen im Jahr 2011 rund 45 Milliarden Dollar, davon importierte der Iran chinesische Waren in Höhe von 6,5 Milliarden Dollar. Die Statistiken von Ende 2012 machen deutlich, dass der Iran täglich rund 420.000 Barrel Öl nach China exportiert.

Infolge der Sanktionen ist das chinesisch-iranische Handelsvolumen im Jahr 2012 auf 37 Milliarden US-Dollar gesunken. China hat von den Sanktionen bisher profitiert. Iran ist nach den Arabischen Emiraten der zweitgrößte Importeur von chinesischen Waren. China hat die iranischen Öleinnahmen, die auf chinesischen Banken liegen, gesperrt und zwingt den Iran mit dem Geld nur chinesische Waren zu kaufen. Faktisch findet dann eine neue Art Tauschgeschäft oder Bartering statt, Öl gegen chinesische Billigwaren. Iranische Produzenten haben in der Regierungszeit von Ahmadinejad große Verluste erlitten, weil sie gegen die chinesischen Waren nicht konkurrenzfähig sind. Obendrein hat Ahmadinejad bei seiner Chinareise einen Vertrag geschlossen, der das Ziel verfolgt das chinesisch-iranische Handelsvolumen in den kommenden 10 Jahren auf 200 Milliarden Dollar zu erhöhen.

**Chinesische Investitionen.** China hat sich zudem zu einem der größten ausländischen Investoren in den iranischen Markt aufgeschwungen. Chinesische Unternehmen investieren mehr und mehr in die iranische Öl- und Gasindustrie, in Damm- und Straßenbau. Wie Ladan Salami, BBC-Expertin für die chinesisch-iranischen Handelsbeziehungen hervorhebt, haben die Sanktionen dennoch ihre Wirkung gezeigt. Beispielsweise hätten sich chinesische Investoren aus Investitionen in Gasfeld (South-Pars) zurückgezogen. Es war geplant gewesen, dass China allein in South-Pars rund 20 Milliarden Dollar investiert. Auch beim Bau des Bakhtiari-Damms hat sich China inzwischen zurückgezogen. Vor zwei Jahren betrugen die chinesischen Investitionen in den iranischen Markt jährlich etwa zwischen zwei bis drei Milliarden Dollar. Im Jahr 2012 waren diese Investitionen aber auf 400 Millionen Dollar zurückgegangen.

Iran braucht China als politischen Verbündeten gegen die USA. Iran setzt in seiner antiwestlichen Politik prinzipiell auf China und Russland. Zwar ist China gegen eine iranische Bombe, setzt aber auf eine diplomatische Lösung. Beide Staaten verfolgen auch andere gemeinsame politische Interessen. Beispielsweise werden sie wegen ihrer katastrophalen Menschenrechtspraxis von den Vereinten Nationen immer wieder kritisiert. Auch auf diesem Gebiet haben beide Regime gemeinsame antiwestliche Interessen. Je mehr der Westen seinen Druck auf diese Staaten verstärkt, desto mehr betrachtet Iran die chinesische Regierung als einen „politischen Verbündeten.“ Beispielsweise gehört der gegenwärtige iranische Botschafter in Peking, Mehdi Safari, zu einem der hochrangigsten iranischen Diplomaten. Er war zuvor iranischer Botschafter in Moskau. Er gehörte in den Jahren zwischen 1981-



1988 zu den Oberbefehlshabern der Revolutionsgardisten und machte danach im iranischen Außenministerium Karriere.

China bleibt somit politisch und wirtschaftlich einer der wichtigsten Verbündeten des Iran gegen den Westen.





## 6) Die Atomverhandlungen

### Die zynische Macht des iranischen Atomunterhändlers<sup>143</sup>

Der Iran fordert, dass die Welt sein Atomprogramm akzeptiert und zu Menschenrechtsfragen schweigt. Das schreibt Hossein Mousavian in einem Gastkommentar für Boston Globe. Dabei wollen sich die iranischen Machthaber die Option offenhalten, ob sie irgendwann die Atombombe bauen.

Als zwischen 1990 bis 1993 zwei Deutsche in Libanon von der Hisbollah gefangen genommen wurden, vermittelte er bei den Verhandlungen für die Freilassung der zwei Deutschen. Ebenso vermittelte er bei der Freilassung der Geiseln, die die Hisbollah 1989 bis 1999 festhielt. Dabei finanzierte in derselben Zeit der Iran die libanesische Hisbollah. Damals arbeitete Hossein Mousavian für das iranische Außenministerium.

In Bezug auf die anstehenden Atomverhandlungen mit dem Iran argumentiert Hossein Mousavian optimistisch: Er will einen Durchbruch erzielen. Für ein Weltproblem. In Wirklichkeit will er das Überleben der islamistischen Diktatur absichern. Denn seiner Meinung nach werden die Konfliktparteien nur dann aus der Sackgasse kommen, wenn die Welt vor dem islamistischen Totalitarismus kapituliert.

Hossein Mousavian fordert zuallererst, dass der Westen das iranische Anreicherungsprogramm akzeptieren müsse. Dabei weiß der Ex-Atom-Unterhändler, dass der Westen genau das Gegenteil fordert.

Mousavian, der verlängerte Arm des iranischen Revolutionsführers, sagt es im westlichen Ton und nicht in Form von orientalischen Beschimpfungen, wie wir es von Mahmoud Ahmadinejad und Ayatollah Ali Khamenei und anderen iranischen Politikern gewöhnt sind. Mit scheinbar rationalen Argumenten wiederholt Mousavian, das, was wir von den Hasspredigten der Freitagsgebete kennen. Mousavian spricht Machtworte aus: Sanktionen, verdeckte Aktionen und militärische Schläge werden Irans Atomprogramm nicht stoppen. Denn der Iran habe die „break out capability“ schon vor 10 Jahren erreicht. D.h. der Iran hatte schon im Jahre 2002 genug nuklearen Brennstoff, um mindestens eine Atombombe zu bauen.

**Die zynische Macht der islamistischen Diktatur:** Mousavian argumentiert aus der Position der zynischen Macht. Denn ungeachtet dieser Fähigkeit des Iran würden alle wichtigen Player im Geschehen, die USA, die EU und sogar Israel davon ausgehen, dass der Iran keine Atombombe bauen könne. Iran habe sich noch nicht einmal entschieden die Atombombe zu erlangen. Noch schlimmer: Sie gehen davon aus, dass der Iran weit davon entfernt sei.

---

<sup>143</sup> <http://europeandemocracy.eu/2012/04/deconstructing-irans-game-of-nuclear-deception/> 09.04.2012



Der iranische Unterhändler macht eines deutlich: Der Iran hat schon lange das Potential zum Bau einer Atombombe. Und immer noch stimmt seine Aussage mit der Aussage von Ahmadinejad und Khamenei insoweit überein, als der Iran keine Atombombe brauche. Nicht jetzt. Denn er sagt letztlich: Iran kann die Bombe bauen, wenn er es will. Genau das hatte Ahmadinejad in seinem ZDF-Interview auch Herrn Kleber gesagt. Wenn der Iran die Bombe bauen wolle, wird niemand gefragt werden.

Dennoch baut der Zyniker Mousavian auf den US-amerikanischen Präsidenten, der doch auf diplomatische Lösungen setze. Mousavian will auch eine diplomatische Lösung. Fängt aber mit einem aggressiven Schachzug an: Er macht zunächst deutlich, dass der Westen sich irrt. Denn der Iran habe ein Potential erlangt, das der Westen unterschätzt habe. Vor diesem Hintergrund verlangt Mousavian nun die Kapitulation des Westens. Die USA müsse auf ein Regime Change verzichten.

Nach dieser Lesart soll sich die iranische Bevölkerung auf Ewigkeit dem totalitären Herrschaftsapparat unterordnen. Mousavian ist nicht gerade bescheiden: Er verlangt von der Welt, dass das „unabdingbare Recht“ des Iran auf sein Urananreicherungsprogramm akzeptiert werden müsse. Sanktionen müssten gestoppt werden. Die Welt müsse eben das Atomprogramm eines mörderischen Regimes stillschweigend respektieren. Als Gegenzug bietet Mousavian etwas an, was man im Persischen als „Taarof“ bezeichnet. Es handelt sich dabei um eine verlogene und überzogene Höflichkeitsformel.

Ja, der Iran müsse, wenn der Westen endgültig die Kröte der totalitären Diktatur geschluckt hat auch gegenüber der IAEA Transparenz zeigen. Was dies wiederum bedeutet, hatte Ahmadinejad in seinem ZDF-Interview als eine Gegenfrage verdeutlicht. Würde Deutschland erlauben, dass das Büro der deutschen Bundeskanzlerin von Inspektoren kontrolliert wird? Im Klartext: Das iranische Regime werde niemals die Anlagen, die als militärische Zonen deklariert sind, offenlegen. Höflich mit persischem „Taarof“ gesagt, heißt dies: Transparenz bedeutet für das iranische Regime, das, was aus dessen Perspektive tatsächlich sichtbar werden darf. Der Iran werde dann auch als vertrauensbildende Maßnahme gerne auf die Atombombe verzichten. Wie lange? Ist unklar.

**Spieltheorie:** Die Haltung des iranischen Regimes kann man spieltheoretisch mit folgendem Bild erklären: Man weiß nicht, ob Mousavian nur zu hoch pokert, um zu gewinnen oder ob er tatsächlich gewonnen hat. Denn Mousavian wettet nicht nur um Geld, sondern um Leben und Tod. Wenn Mousavian verliert, könnte gleichzeitig eine Bombe hochgehen und das gesamte Kasino und womöglich mehr könnte in die Luft gehen. Die Frage ist, lässt der Gegenspieler ihn nun gewinnen? Oder wird der Gegenspieler ihn entlarven, indem er womöglich gar den Nachweis haben will, dass Mousavian nicht mit gezinkten Karten spielt.

Der Iran versucht indessen Zeit zu gewinnen, denn wer riskiert schon sein Leben und das Leben von Millionen Menschen. Also gibt Mousavian seinem Gegenspieler ein



Bonbon, damit niemand bei diesem aufregenden Spiel einen Herzinfarkt erleidet. Mousavian verspricht, dass der Iran in dem Fall einer westlichen Kapitulation vor der totalitären Diktatur auf eine zwanzigprozentige Anreicherung verzichten würde. Nur für eine Zwischenpause.

Tatsächlich ist es aber so, dass weder die IAEA noch irgendeine westliche Macht jemals die Gewissheit bekommt, dass der Iran tatsächlich keine versteckten Urananreicherungsanlagen besitzt, die als militärische Sperrzonen deklariert werden. Mousavian und Khamenei brauchen diese Spannung, um Zeit zu gewinnen. Die erzeugte Angst beim Gegner wird doppelt ausgenutzt, denn der Gegner, d.h. P5+1 soll nun vertrauensvoll auch noch Brennstäbe liefern, natürlich nur für ein Teheraner Forschungszentrum.

**Das ist aber nicht das Ende des Feilschens im Bazar.** Der Gegner soll in die Knie gehen: Er soll auch noch auf die Ölsanktionen verzichten und obendrein die iranische Zentralbank wieder freisprechen, damit bitte schön wirklich Vertrauen geschaffen wird.

Ja, wie Ahmadinejad im Interview gegenüber Kleber schon gesagt hat, der Iran werde im Rahmen der „gesetzlichen Bestimmungen“ Transparenz zeigen. Mousavian geht gar einen Schritt weiter: Die IAEA Kontrolleure dürfen auch unangemeldete Kontrollen durchführen, d.h. der Iran würde sogar im Rahmen des Zusatzprotokolls handeln.

Aber der Pokerspieler Mousavian lässt sich immer noch nicht in seine Karten schauen, denn militärisches Sperrgebiet bleibt weiterhin auch für die IAEA eine verbotene Zone. Das Leben bleibt also gefährlich, besonders dann wenn man es mit einem potentiellen Selbstmörder zu tun hat, der in seiner „ultima irratio“ tatsächlich kein Risiko scheut.

Mousavian will der IAEA also „vollständige“ Kontrolle gewährleisten und seine Urananreicherung in den „existierenden Anlagen“ sogar limitieren. Für eine vertrauensbildende Phase solle der Iran sogar auf nicht für den einheimischen Konsum verwendbaren radioaktiven Brennstoff verzichten. Im Gegenzug solle der Westen dann auf die unilateralen Sanktionen verzichten, Flugverbote aufheben und mit Irans friedlichem Atomprogramm zusammenarbeiten.

**Der Pokerspieler Mousavian ist auch ein guter alter Schachspieler.** Denn wie ein guter Schachspieler versucht er zu verheimlichen, was er in seinen nächsten fünf Zügen genau vorhat. Der Gegenspieler soll einen Gegenzug oder zwei Gegenzüge kennen, aber spätestens ab dem dritten Gegenzug soll der Gegenspieler in Angst versetzt werden, womöglich nicht nur seinen König zu verlieren. Denn zu viele militärische Verbotszonen im grauen Dunst bleiben ein Rätsel. Und genau davon profitiert Mousavian. Die Erfüllung jeglicher Vereinbarung bleibt eine Nicht-Erfüllung, wenn ein Spielpartner definiert ob es weiterhin unkontrollierte militärische Grauzonen



gibt oder nicht. Und genau dies ist der Fall. Die totalitäre Diktatur will die Spielregeln bestimmen.

Mousavians Zynismus kennt keine Grenzen, denn er bezeichnet seine Spielregeln mit der berechtigten Unsicherheit seines Gegners als einen seriösen Dialog.

**Offenbar ist es 5 nach 12.** Schon in der Theorie der Außenpolitik der demokratischen Staaten nehmen die Menschenrechte eine der letzten Prioritäten ein. Es geht vor allem um die Erfüllung des nationalen Versprechens das Bruttosozialprodukt zu erhöhen. Mousavian setzt genau an dem herrschenden Instinkt eines kapitalistischen Staates an, der um jeden Preis seine Profitinteressen erfüllen will. Auch die totalitäre Diktatur will überleben. Wer sich für Menschenrechte in diesem Spiel einsetzen will, hat verloren, bevor das Spiel begonnen hat.

Die Frage ist, ob es einen Gewinner gibt, wenn es um das Spiel der totalitären Atomdiktatur geht.

### **Iran fühlt sich als Sieger der Atomverhandlungen**<sup>144</sup>

Die Atomverhandlungen mit dem Iran werden nur dann erfolgreich sein, wenn der Iran sein Urananreicherungsprogramm stoppt, den gehorteten Bestand an angereichertem Uran außer Landes schafft und die unterirdische Anreicherungsanlage Fordo schließt sowie die Anlage abbaut. Das iranische Regime aber wird sich kaum auf solche Forderungen einlassen. Dies machen Kommentare in der Teheraner Zeitung *Kayhan* deutlich, die als Sprachrohr des iranischen Revolutionsführer Ali Khamenei gilt.

**Die „illegalen Sanktionen“ müssen aufgehoben werden:** Am 14. April 2012 schrieb Hussein Schariatmadari, Chefredakteur und Berater von Ali Khamenei, dass der Iran das „selbstverständliche Recht“ besitze, im Rahmen des NPT-Vertrages Uran sogar bis auf 99 Prozent anzureichern. Außerdem habe die iranische Regierung ohnehin bisher die „illegalen UNO-Resolutionen 1737, 1747, 1803, 1835, 1929 ignoriert.“ Die USA und ihre Verbündeten (5+1-Gruppe) wollten dem Iran nur eine Falle stellen und Iran „tributpflichtig“ machen, so der Führerberater.

Schariatmadari glaubt, dass die westlichen Staaten und „das zionistische Regime sich in ihrer schwächsten Zeit befinden.“ Der „islamische Iran“ dagegen sei „stärker als je zuvor.“ Die iranische Regierung habe alles gegeben, um Vertrauen bei den westlichen Regierungen herzustellen, meint Schariatmadari. Daher müsse der Westen im ersten Schritt die „illegalen Sanktionen“ aufheben.

---

<sup>144</sup> <http://europeandemocracy.eu/2012/04/iran-sees-itself-as-victor-in-nuclear-talks/> 20.04.2012



**Die roten Linien des Westens haben sich verschoben:** Am 15. April schrieb Mohammad Mohammadi einen ebenfalls aufschlussreichen Kommentar in *Kayhan*. Er stellte fest, dass sich das „Verhalten der westlichen Staaten bei ihren strategischen Berechnungen geändert“ habe. Die „roten Linien“ des Westens hätten sich verschoben. Sogar die US-Amerikaner würden heute die Urananreicherung als „einen Teil des iranischen Rechts“ betrachten. Mohammadi erklärt aus der iranischen Perspektive, wie die „westliche“ Verhaltensänderung aussieht: Früher hätten die „Amerikaner“ die vollständige Einstellung der Urananreicherung gefordert. Heute würde aber sogar das Institute for Science and International Security (ISIS), das in *Kayhan* als „wissenschaftlicher Arm der CIA“ bezeichnet wird, eine 3 bis 5,5 prozentige Urananreicherung des Iran akzeptieren.

An dieser Stelle muss ergänzt werden, dass dies nur eine Behauptung des iranischen Experten Mohammadi ist. Dieser schlussfolgert: „Die Zeiten, in denen das Recht des Iran auf Urananreicherung geleugnet wurde, sind vorbei.“ Dies sei eine eindeutige Verhaltensänderung des Westens.

Weiterhin würde der Westen inzwischen die Politik der „gegenseitigen Schritte“ verfolgen. Heute würden die westlichen Staaten keine einseitigen Schritte vom Iran verlangen, sondern seien bereit, auf jeden Schritt des Iran mit einer Gegenmaßnahme zu reagieren. Ferner seien sich die westlichen Regierungen untereinander nicht einig. Die Widersprüche innerhalb der 5+1-Gruppe seien größer geworden. Sogar die Meinungen der US-Regierung und der israelischen Regierung würden auseinandergehen. Ganz zu schweigen von den Positionen der chinesischen und der russischen Regierung, die vollständig von denen der westlichen Regierungen abweichen würden.

Der Iran werde seine Atompolitik nicht aufgeben, so Mohammadi. Die westliche Strategie, mit der Druck auf den Iran ausgeübt werden sollte, sei jedenfalls gescheitert.

**Iran, Deutschland, Russland und China gegen den Westen:** Am 16. April schrieb Sadollah Zareai einen weiteren Kommentar zu den Atomverhandlungen mit dem Iran in *Kayhan*. Er ist der Meinung, dass die letzte Verhandlungsrunde in Istanbul einen „Wendepunkt“ bei der Stabilisierung der Lage des Iran in der Region und in der Welt darstellte. Er behauptet, dass der „Westen sich in einer schwachen Lage und der Iran sich in einer starken Position befinden.“

Die Schwäche des Westens führt der iranische Analytiker auf die existierende Wirtschaftskrise zurück. Außerdem habe der Westen große Differenzen mit Russland und China und sogar mit Deutschland.

Interessant ist, dass Zareai Deutschland nicht zum „Westen“ zählt. Daher konstruiert er aus der 5+1-Gruppe eine neue Variante der 3+4-Gruppe. Unter den 3 westlichen Mächten versteht Zareai, die USA, Großbritannien und Frankreich. Dann zählt er den



Iran mit in eine Gruppe gemeinsam mit China, Russland und Deutschland. Er mag sich irren, aber sein Optimismus ist grenzenlos.

Auch Zareai ist der Meinung, dass der Iran das Recht habe, innerhalb des NPT-Vertrages Uran anzureichern, auch höher als 20prozentig.

Zareai ist ein iranisch-islamistischer Realist. Er stellt fest, dass der „Westen nicht bereit ist, den Iran als einen Partner zu betrachten.“

An dieser Stelle sei vermerkt, dass westliche Demokratien sehr wohl einen demokratischen Iran als „Partner“ haben wollen. Aber die Realitäten sind anders.

Zareai schreibt, dass die „Zeit des westlichen Paradigmas abgelaufen“ sei. Er schlägt vor, dass die islamischen Staaten aufstehen müssen, um das „westliche Paradigma zu bekämpfen.“ Er erinnert daran, dass schon Ayatollah Khomeini die Muslime aufgerufen habe, „aufzustehen und sich von den Krallen der verbrecherischen Unterdrücker zu befreien.“ Die islamischen Regierungen sollten sich von „den Kolonialisten befreien.“

Genau unter diesem Vorzeichen sieht das iranische Regime seine Vorteile bei den Atomverhandlungen. Verhaftet in einer totalitären Ideologie geht Zareai vom Versagen des westlichen Systems aus. Es ist die islamistische Ideologie, die die totalitäre Macht auch bei den Atomverhandlungen prägt.

**Iran ist gegen diplomatische Lösungen und gegen eine „sanfte Versöhnung“:** Am 17. April schrieb Hessamudin Boroumand den Hauptkommentar der Teheraner Zeitung *Kayhan*. Auch er kritisiert die „ungerechten Strukturen in den internationalen Beziehungen.“ Die internationale Ordnung sei ein „diskriminierendes System.“ Dort würden „Doppelstandards“ existieren.

Die „Diplomatie“ sei ein „Hebel dieser diskriminierenden internationalen Ordnung.“ Mit Hilfe der Diplomatie versuche jede Seite ihre Interessen in bester Form durchzusetzen. In Wirklichkeit werde aber immer eine Seite „gezwungen nachzugeben und sich den Bedingungen der anderen Seite zu fügen.“ Daher sei oft das Ergebnis der „diplomatischen Spirale eine sanfte Versöhnung.“ Diese „bittere Wahrheit“ werde oft von dem schwächeren Partner akzeptiert.

Die „Supermächte“ würden immer wieder versuchen, falls sie den Krieg vermeiden wollten, mit Hilfe der Diplomatie ihre Positionen durchzusetzen. Aber die zweite Verhandlungsrunde in Istanbul (13. - 14 April 2012) habe gezeigt, dass auch gegen diese Regeln gehandelt werden kann.

Seit 2003 hätten die „westlichen Mächte“ versucht, Druck auf den Iran auszuüben. Sie seien sich sicher gewesen, dass sie erfolgreich sein werden. Die westlichen Regierungen würden aber inzwischen die Macht des Iran anerkennen.



Beispielsweise sei es der Iran gewesen, der bestimmt habe, dass die nächste Verhandlungsrunde in Bagdad am 23. Mai stattfinden müsse.

**23. Mai - ein symbolischer Tag des iranischen Siegeszugs:** Boroumand lüftet ein Geheimnis der iranischen Verhandlungsstrategie. Der Iran habe den Termin und den Ort der nächsten Verhandlungsrunde bewusst ausgewählt. Es handelt sich um den dritten Tag des iranischen Monat Khordad. Am 3. Khordad 1361, d.h. am 24. Mai 1982 befreite der Iran die vom Irak besetzte Stadt Khoramshahr im Iran-Irak-Krieg (1980-88). Der 3. Khordad 1391 ist nun der 23. Mai 2012. Nun triumphiert Boroumand, dass Saeed Jalili gegenüber Catherine Ashton den 23. Mai 2012 in Bagdad als den Verhandlungsort festlegen konnte.

Siegreich betont Boroumand, dass die Position des Iran heute sehr viel gefestigter sei als im Jahr 1982. Viele Iraker würden heute proiranische Gefühle hegen und seien antiamerikanisch.

**Fordo ist kurz vor der Inbetriebnahme:** Am 19. April erschien erneut ein Kommentar von Mohammad Mohamamdi im Teheraner Führerblatt. Er betonte, dass der Iran mit sehr guten Voraussetzungen in die Verhandlungen nach Istanbul gegangen sei. Die Anlage in Fordo sei kurz vor der Inbetriebnahme. Der Iran habe mehr als 100 kg 20prozentiges Uran angereichert. Zudem seien mehrere Tausend Kilogramm 5prozentiges Uran gelagert worden. Der Brennstoff für die Teheraner Anlage sei erfolgreich getestet worden. Neue Reaktoranlagen seien zudem in Planung. Der Westen habe es nicht geschafft, das iranische Atomprogramm zu stoppen.

**Eine Methode der psychologischen Kriegsführung:** Mohammadi schreibt, dass die israelische Regierung die militärischen Drohgebärden einsetze, um die europäischen Regierungen von der Gefahr eines Krieges zu überzeugen, der kommen würde, falls Europa keine Sanktionen durchsetze. Für Mohammadi ist dies alles nur eine Methode der psychologischen Kriegsführung, denn weder Israel noch die USA würden eine militärische Auseinandersetzung wagen. Mohammadi sieht den Iran als den Sieger. Die Sanktionspolitik habe die Ölpreise erhöht und habe die Krise der Wirtschaft der westlichen Staaten verschärft, aber die Konten des iranischen Staates seien gefüllt worden, dank der höheren Einnahmen aus dem Ölgeschäft. Bei der letzten Verhandlungsrunde in Istanbul hätte der Iran deutlich gemacht, dass die iranische Regierung die Option eines Krieges nur als einen Witz betrachte.

**Quintessenz:** Zwar hoffen westliche Politiker und Diplomaten, dass der Iran bei den nächsten Verhandlungsrunden nachgeben wird, aber eines muss klar sein: Die iranische Atomverhandlungsstrategie hat auch einen innenpolitischen Effekt. Die iranischen Machthaber warnen auch die eigene Bevölkerung und demonstrieren diktatorische Macht. Denn die totalitären Machthaber fürchten den Freiheitswillen eines Teils der iranischen Bevölkerung mehr als einen Krieg.



## Iran: Die Atombombe ist nicht verboten <sup>145</sup>

Ali Khamenei, der religiöse Führer des Iran, hat in verschiedenen Reden davon gesprochen, dass eine Atombombe nicht islamisch sei. Gegenwärtig schlussfolgern einige Politiker, Wissenschaftler und Journalisten daraus, dass diese Aussage auf einer Fatwa beruhe und man davon ausgehen könne, dass der Iran die Atombombe nicht bauen wolle. Doch an dieser optimistischen Annahme muss gezweifelt werden.

Um herauszuarbeiten was eine Fatwa ist, lohnt es sich, einen Blick in das Buch „Tosih ul-Masael“ (Erläuterung zu Fragen) von Ayatollah Khomeini zu werfen. Man wird feststellen müssen, dass das, was Ayatollah Khamenei in Bezug auf die Atombombe gesagt hat, von seinen Anhängern nicht befolgt werden muss, da es sich nicht um eine Fatwa, also nicht um ein islamisches Rechtsurteil, handelt.

Unter Frage 5 kann man in Ayatollah Khomeinis „Tosih ul-Masael“ nachlesen, dass eine Fatwa von einem Mojtahed, einem islamischen Gelehrten, ausgesprochen werden müsse. Ferner sei es möglich, eine Fatwa von einem Mojtahed persönlich zu hören oder über eine dritte Vertrauensperson von dieser Fatwa zu erfahren. Es folgen aber gravierende Einschränkungen, die von höchster Relevanz sind: man kann sich nur sicher sein, dass eine Aussage eines Klerikers tatsächlich eine Fatwa, also ein Rechtsurteil, darstellt, wenn diese Aussage in einer religiösen Schrift (Resale) ausdrücklich als Fatwa oder in der Liste der Fatwas aufgeführt wird.

Ali Khamenei hat eine Liste seiner Fatwas beispielsweise auf seiner Homepage stehen. Aber in dieser Liste taucht eine Fatwa über das Thema Atombombe mitnichten auf.

Es ist nicht das erste Mal in der islamischen Geschichte, dass ein Kleriker etwas sagt und die Anhänger des Klerikers nicht wissen, wie verbindlich seine Aussage tatsächlich ist, von der Weltöffentlichkeit ganz zu schweigen. Deswegen wird in Frage 6 von Ayatollah Khomeini festgehalten, dass die Muslime den in den Resalets festgeschriebenen Fatwas folgen sollten, solange nicht sicher ist, ob ein Ayatollah seine einst ausgesprochene Fatwa wieder verändert hat. Es heißt sogar, wenn auch nur die Möglichkeit bestehe, dass die Fatwa geändert worden sei, sei es nicht notwendig überhaupt nachzuschauen, ob ein Rechtsspruch als Fatwa definiert worden ist.

Die Ayatollahs wissen ganz genau, dass auch von Geistlichen viel Unverbindliches gesagt wird. Daher legte Ayatollah Khomeini fest, dass der muslimische Nachahmer nur dann einer Fatwa folgen muss, wenn diese schriftlich in einer religiösen Schrift und in der Liste der Fatwas festgehalten worden ist.

---

<sup>145</sup> <http://europeandemocracy.eu/2012/05/the-west-must-not-rely-on-khameneis-shaky-fatwas/> 14.05.2012





Solange also die Aussage, dass die Atombombe nicht islamisch sei, nicht in schriftlicher Form ausdrücklich als Fatwa festgehalten worden ist, gibt es für Muslime keine religiöse Vorschrift, die den Bau von Atombomben verbietet.

Weder Ali Khamenei noch irgendein anderer Ayatollah haben jemals in ihren schriftlichen Fatwas die Atombombe thematisiert.

Abschließend sollte auch über die Frage der Ethik in einer Diktatur nachgedacht werden. Khomeini sprach vor der Machtergreifung von einer islamischen Demokratie, von Meinungsfreiheit und einer gerechten Gesellschaft. Seine Fatwas waren anders als viele seiner politischen Aussagen.

Beispielsweise ist für die iranischen Machthaber der islamistische Terrorismus eine Taktik des Befreiungskampfes. Ist der Terrorismus etwa deswegen ethisch legitimierbar? Der Iran hätte 1982 nach der Rückeroberung der iranischen Stadt Khoramshahr den Krieg gegen Irak beenden können. Die iranische Führung wollte aber den Krieg aus ideologischen Gründen bis zur Befreiung Jerusalems fortsetzen. Mit Ethik hatte diese Entscheidung kaum zu tun.

Ergo erinnert die Aussage Ayatollah Khameneis, dass die Atombombe nicht islamisch sei, an die Parolen der realsozialistischen Diktaturen über Weltfrieden, Freiheit und Sozialismus.

Die Frage, ob und wann der Iran eine Atombombe baut, bleibt daher offen.

### **Iranischer Botschafter dementiert sein FTD-Interview** <sup>146</sup>

Gestern betitelt die Financial Times Deutschland ein Exklusiv-Interview mit dem iranischen Botschafter Aliresa Scheich Attar: Irans Kehrtwende im Atomstreit: „Wir brauchen die 20 Prozent nicht mehr“.

Prompt dementierte nun der iranische Botschafter sein Interview gegenüber der staatlichen iranischen Nachrichtenagentur *Fars News*: „Der iranische Botschafter hat das in der Financial Times Deutschland veröffentlichte Interview über die zwanzigprozentige Anreicherung von Uran ausdrücklich dementiert.“

Der iranische Botschafter sagte gegenüber *Fars News*: „Was dort veröffentlicht worden ist, ist auf keinen Fall richtig. Meine veröffentlichten Ausführungen sind vollkommen verdreht worden. Ich habe gesagt, dass falls sie unser Recht auf Anreicherung im Rahmen des NPT-Vertrages anerkennen, kann im

---

<sup>146</sup> <http://europeandemocracy.eu/2012/05/iranian-ambassador-denies-his-ftd-interview/> 31.05.2012



Rahmen von technischer Zusammenarbeit über die zwanzigprozentige Anreicherung verhandelt werden.“

Fars News schreibt, dass Financial Times Deutschland behauptet habe, dass Iran bereit sei die 20-Prozent-Anreicherung von Uran zu stoppen. Iran habe vor in Zukunft nur eine Urananreicherung von 5 Prozent vorzunehmen. Es bestünde kein Bedarf mehr an einer Anreicherung von 20 Prozent. Fakt ist, dass der Iran auf Zeit setzt und die technologische Option des Baus einer Atombombe offenhält.

### **Mehr Realismus: Ein iranischer Wissenschaftler warnt seine Regierung vor Übermut** <sup>147</sup>

Ein iranischer Insider, Mahoud Sariulqalam, analysiert aus der machtpolitischen Perspektive des Iran die Politik des Westens und einiger Staaten des Nahen Ostens. Der iranische Politikwissenschaftler und USA-Experte arbeitet an einer Teheraner Universität und gilt als pragmatisch-realistisch. Er verfolgt das Ziel, der islamistischen Diktatur zu einer korrekten Einschätzung ihrer eigenen Macht zu verhelfen, um sich realistisch mit anderen Mächten auseinandersetzen zu können. Der iranische Professor ist genauso antisemitisch wie seine Regierung. Seiner Meinung nach hat Israel alleine nicht erforderliche die militärische Macht, um den Iran anzugreifen. Und die USA wollten unter der Präsidentschaft Obamas keinen Krieg riskieren. Daher verfolgten die USA das Ziel, die Atomverhandlungen zu verlängern.

Sariulqalam lobt die Türkei und Saudi-Arabien. Insbesondere die Türkei entwickle sich zu einem Modell für die islamische Welt, und nicht der Iran. Saudi-Arabien sei die eigentliche wirtschaftliche Macht und die Türkei die diplomatisch-politische Macht in der Region. Der iranische Politikwissenschaftler geht davon aus, dass die Zukunft des Islam in Ägypten entschieden werde und nicht im Iran. Falls Obama wiedergewählt werde, würde die "idealistische Politik" des Panislamismus abnehmen und die arabische Welt sich mehr mit wirtschaftlichen Fragen beschäftigen.

Mit einer solchen Aussage relativiert er natürlich die sonst übliche Propaganda der iranischen Machthaber. Aber auch dieser iranische Wissenschaftler will Wege aufzeigen, wie die islamistische Diktatur des Iran ihre Ziele besser durchsetzen kann.

Sariulqalam ist der Meinung, dass der Iran sich heute weltweit engagieren müsse und sich nicht isolieren dürfe. Dabei stellt er das im Iran herrschende System keineswegs in Frage. Explizit sagt der iranische Wissenschaftler, dass er sich nicht am Westen orientiere, vielmehr seien Staaten der Dritten Welt wie Brasilien für ihn von Interesse. Ein Staat wie Brasilien sei erfolgreich, weil er weltoffen sei. Er

---

<sup>147</sup> <http://europeandemocracy.eu/2012/06/iranian-scholar-warns-his-government-of-arrogance/> 15.06.2012



kritisiert, dass der Iran rund 3000 oder bestenfalls 4000 Manager habe, die überdies kaum Fremdsprachen sprechen würden. Daher schlägt er vor, dass auch religiöse und fromme Menschen Beziehungen zur Welt aufbauen müssen. Er verteidigt mitnichten eine offene säkulare Demokratie. Im Gegenteil, auch die „Islamische Republik Iran“ müsse mit der Welt umgehen können. Er will die islamistische Diktatur erhalten und dafür sorgen, dass diese ihre Interessen in der Welt besser durchsetzt. Deswegen argumentiert er in der Tat aus der islamistischen Machtperspektive pragmatischer, aber dafür nicht weniger entschlossen als die herrschenden Ideologen im islamistischen Pseudo-Parlament oder in der Regierung Mahmoud Ahmadinejads.

Als Realist kritisiert der iranische Professor, dass die Russen und die Iraner für ihre idealistische Mentalität bekannt seien. Der Realismus sei aber eine Tugend und brauche eine Methodologie und eine Philosophie. Sariulqalam verteidigt den chinesischen Weg. Die chinesische Führung habe zwar keine positive Meinung über Europa und die USA. Dennoch versuche China von der Welt zu lernen, um die eigenen Ziele besser durchsetzen zu können.

Die verschiedenen Staaten der Region des Nahen Ostens würden lediglich machtpolitisch miteinander konkurrieren. Dieser Konkurrenzkampf habe zwar manchmal auch ein religiöses Gesicht, aber die eigentlich konkurrierten Iran, Saudi-Arabien, der Türkei und Ägypten um politische Macht. Es sei die westliche Propaganda, die einen Gegensatz zwischen der schiitischen und der arabisch-sunnitischen Welt sehen wolle. Iran habe überhaupt nicht die logistische Macht, die Schiiten gegen die Sunniten zu organisieren. Zwar seien 15 Prozent der Muslime Schiiten, aber sogar der schiitische Staat Azerbaijan habe Konflikte mit dem Iran.

Sariulqalam räumt ein, dass in Zukunft Änderungen in der syrischen Regierung vorstellbaren seien, aber es sei nicht klar, wie "die politische Matrix" nach einem Machtwechsel in Syrien aussehen würde. Russland, Europa, die USA, aber auch regionale Staaten wie der Iran würden eine Rolle bei der Gestaltung der Zukunft Syriens spielen.

Der iranische Politologe meint, dass der Iran die wirtschaftlichen Beziehungen mit seinen Nachbarstaaten ausbauen müsse, auch mit Saudi-Arabien. Es gebe eine gute wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Staaten der Region wie Jordanien, Saudi-Arabien und Tunesien. So würden diese Staaten auch ihre einseitige Abhängigkeit von den USA aufgeben. Besonders die Zusammenarbeit zwischen der Türkei und Saudi-Arabien sei sehr wichtig. Diese beiden Staaten würden die Zukunft Ägyptens und des politischen Islam bestimmen. Die US-Regierung, aber auch die Türkei und Saudi-Arabien wollten, dass auch die ägyptische Muslimbruderschaft sich stärker und pragmatische mit wirtschaftlichen Problemem auseinandersetzt, statt rein ideologischen Fragen zu debattieren.



Sariulqalam meint, dass Obama keine Konfrontationspolitik im Nahen Osten verfolge. Die US-Regierung wolle nicht ein direktes Problem für den „arabischen Frühling“ werden und verfolge die Strategie der "remote leadership", d.h. sie versuche, aus der Ferne Einfluss zu nehmen und zu führen. In Bezug auf die US-amerikanische Sicht auf den Iran ist er der Meinung, dass die US-Regierung aus geopolitischen Gründen die territoriale Integrität des Iran erhalten wolle. Iran habe im Vergleich mit seinen Nachbarstaaten eine entwickelte Gesellschaft.

Der iranische Professor äußert sich antisemitisch und folgt hier der iranischen Staatsdoktrin. Die US-Regierung würde programmatisch alles tun, was die "jüdische Lobby" von ihr fordere. Obama könne es sich nicht leisten, gegenüber der "jüdischen Lobby" gleichgültig zu sein. Deswegen sei die iranische Atomakte von Wien (Sitz der Internationalen Atomenergiebehörde IAEA) nach New York (Hauptquartier des UN-Sicherheitsrates) gegangen und deswegen seien mehrere Resolutionen gegen den Iran verabschiedet worden. Auch der pragmatische Politikwissenschaftler, der im Dienste der islamistischen Diktatur arbeitet, muss die politische Verschwörungstheorie propagieren, der zufolge die Juden schuld daran seien, dass Resolutionen gegen den Iran verabschiedet werden.

Israel habe nicht die militärische Macht, den Iran anzugreifen, sagt der iranische Professor. Israelische Kampfflugzeuge müssten mindestens zwei Mal in der Luft tanken, wenn sie den Iran angreifen wollten, ganz gleich ob sie vom Westen oder vom Süden anfliegen würden. Israel sei daher auf die militärische Macht der USA angewiesen. Der iranische Wissenschaftler weiß auch, dass die USA die israelische Regierung vor einem Krieg gegen den Iran abhalten wollen. Gerade weil der Iran im Falle eines Angriffs mit einem asymmetrischen Krieg, d.h. mit Terrorismus, antworten würde, könne sich ein US-amerikanischer Präsident, der wiedergewählt werden wolle, einen riskanten Krieg nicht leisten. Dennoch wollten die USA die Sanktionspolitik gegen den Iran fortsetzen, um eine wirtschaftliche, sicherheitspolitische und politische Krise infolge eines Krieges zu vermeiden.

Obama müsse beweisen, dass das iranische Atomprogramm unter Kontrolle sei, dabei tue er gleichzeitig alles, was die "jüdische Lobby" von ihm fordere. Dennoch sei der Iran für die US-amerikanischen Experten ein langfristiges Thema. Die USA hätten keine Probleme mehr mit dem Iran, wenn die Probleme mit dem Atomprogramm gelöst würden. Insbesondere verfolge die USA das Ziel, den russischen und den chinesischen Einfluss auf den Iran zu vermindern. Der Iran sei in der US-Politik kein parteipolitisches Thema, sondern ein großes strategisches und politisches Thema der Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Die Politik der US-Regierung unter Obama unterscheide sich nur in den taktischen Fragen von der Politik der Bush-Regierung.

Demokraten arbeiteten generell programmatischer als die Republikaner, meint der iranische Experte. Die Bush-Regierung habe trotz 9/11 und der militärischen Angriffe auf den Irak und Afghanistan gegenüber dem Iran eine vorsichtige Politik verfolgt.



Prinzipiell würden die US-Regierungen die Probleme des Nahen Ostens aus geopolitischer Sicht betrachten. Viele würden denken, dass die USA wegen Ölinteressen im Nahen Osten aktiv seien. Dies sei falsch, da die USA nur sehr wenig Öl aus dem Iran beziehen würden. Die USA haben aber geopolitische Interessen, die weitreichender seien als Ölinteressen. Die USA wollten die Region unter Kontrolle bekommen, um sich gegen China und Russland zu behaupten. Der Iran spiele im Kampf der Großmächte nur eine geringfügige Rolle, er sei eben nur eine mittlere Macht und eine Regionalmacht. Mit solchen Aussagen dämpft der iranische Politologe die Allmachphantasien mancher iranischer Staatskleriker.

Für die US-Regierung sei es sehr wichtig, dass die Ölpreise niedrig bleiben. Sariulqalam geht davon aus, dass die USA gegenwärtig nicht vorhaben, militärisch gegen den Iran vorzugehen. Der iranische Experte meint aber, dass sich das politische Verhalten der US-Regierung nach den nächsten Präsidentschaftswahlen ändern könne. Man wolle das Problem des iranischen Atomprogramms in der Schwebe halten bis die Präsidentschaftswahl vorbei ist. Die USA wollten die Verhandlungen über das iranische Atomprogramm verzögern und einen langfristigen Dialog mit dem Iran eröffnen.

Ähnlich wie die iranische Regierung fordert Sariulqalam, dass die iranische Akte von New York wieder nach Wien zurückgeschickt werden müsse. Der Iran verhalte sich bei den Atomverhandlungen sehr realistisch. Das iranische Verhandlungskomitee agiere im Rahmen der Anordnungen, die es von der Regierung bekommen habe. Der iranische Experte will den Atomunterhändlern nur dann die beste Note geben, wenn sie mit geringfügigen Zugeständnissen die iranische Atomakte von New York wieder nach Wien zurückholen. Er fordert ein Ende der Sanktionspolitik.

Sariulqalam ist einer der Experten, die die Welt für die iranischen Machthaber erklären. Er gehört zu den iranischen Wissenschaftlern, die an den besten US-amerikanischen Universitäten studiert haben, um gemeinsam mit der totalitären Macht der „Islamischen Republik“ gegen die Interessen Europas und der USA zu kämpfen.

### **Iran: Bassij-Jihadisten sind so unkontrollierbar wie die Atombombe** <sup>148</sup>

Iranische Militärs bezeichnen die Bassij-Jihadisten als die eigentliche iranische Atombombe und warnen vor ihren Racheakten. Der Iran antwortet auf die Sanktionen des Westens mit Manövern und droht mit jihadistischen Selbstmordaktionen.

---

<sup>148</sup> <http://europeandemocracy.eu/2012/07/irans-bassiji-jihadists-as-uncontrollable-as-the-atomic-bomb/>  
03.07.2012



Morteza Mirian, ein Oberbefehlshaber der Bassij-Jihadisten, vergleicht seine Einheiten mit den japanischen Soldaten im zweiten Weltkrieg, die trotz der „militärtechnologischen Unterlegenheit ihre Toten sehr gut gerächt haben.“ Die Bassij-Jihadisten sind eine paramilitärische Organisation, die den Revolutionsgardisten untergeordnet ist.

Mirian meint, die Japaner hätten zwar gut gekämpft, am Ende des Krieges aber ihren Mut verloren. Für ihn sind die Feinde Japans im zweiten Weltkrieg dieselben, die auch heute die „Islamische Republik Iran“ anfeinden würden. Er meint, dass die „Feinde“ des Iran sehr „verletzbar“ seien.

**Mirian setzt auf die ideologische Moral:** Heute verteidige die islamische Welt dank des „islamischen Erwachens“ und dank des „Modells der islamischen Revolution“ die „Islamische Republik Iran.“ Mirian meint, dass die US-Marine nichts gegen dreitausend Boote unternehmen könne, die als Fischer- und Handelsboote im Persischen Golf unterwegs seien. Mirian warnt damit zivile Schiffe als Schutzschilder im Persischen Golf zu nutzen, falls der Krisenfall eintreten sollte.

Mirian meint, dass die Bassij-Jihadisten die eigentliche iranische Atombombe seien. Denn die „zerstörerischen Dimensionen“ der Bassij-Jihadisten seien genauso unkontrollierbar wie die Atombombe. Der „Feind“, der Westen ist gemeint, könne nicht die „Zerstörungsdimensionen der Bassij-Jihadisten einschätzen.“ Die Bassij-Jihadisten seien in der Lage von einem „Punkt Null an der iranischen Grenze auf den angreifenden Staat zu schießen.“

Mirian fügt hinzu: „Wir haben Millionen Bassij-Mojaheds, die geschulte Muslime, Märtyrer im Dienste des Führers, Märtyrer des Islam, des Volkes und des Staates sind. Sie sind bereit bewaffnet vom Bauch des Feindes bis zu dessen Herzen vorzudringen.“

Mirian ist nicht nur ein Soldat, sondern ein totalitärer Ideologe, der deutlich machen will, dass die religiöse Moral der iranischen Bassij-Jihadisten stärker ist, als die der japanischen Soldaten im zweiten Weltkrieg. Deswegen würde der „Feind“ es nie schaffen den Iran zu erobern. Mirian meint, dass die „Bassij-Jihadisten auf dem Wege Gottes immer siegreich sind, ganz gleich, ob sie töten oder getötet werden, ganz anders als die Feinde, die im Krieg am Leben bleiben wollen.“

**Zwei Millionen Bassij-Jihadisten:** Ali Fazli, stellvertretender Direktor der Bassij-Jihadisten meint, dass sich in diesem Jahr über zwei Millionen Bassij-Jihadisten in Camps versammeln werden.

Fazli spielt die Relevanz der Sanktionen für den Iran herunter und meint, dass sie für den Iran keine Rolle spielen würden. Seit 32 Jahren habe der Iran verschiedene Sanktionen erlebt, aber diese hätten nichts bewirken können. Die Sanktionspolitik des Westens würde dazu führen, dass die iranische Jugend neue „Wege für den



Fortschritt“ findet. Welche neuen Wege dies sein könnten, hat der Bassij-Revolutionär nicht verraten. Im letzten Jahr hätten sich rund dreitausend dieser Jihadisten versammelt. In diesem Jahr sollen doppelt so viele Bassij-Jihadisten mobilisiert werden.

Die Bassij-Jihadisten wurden im Krieg gegen den Irak (1980-1988) als Selbstmordattentäter, aber auch als Kräfte, die den regulären Einheiten helfen, die militärische Infrastruktur aufzubauen, eingesetzt.

Am Dienstag, den 3. Juli testeten die Revolutionsgardisten auch eine Reihe von Kurz-, Mittel- und Langstreckenraketen. Das Manöver wurde explizit als eine Antwort auf die Sanktionspolitik des Westens bezeichnet.

**„Sagt nicht ach“:** Iranische Politiker versuchen den Iranern einzureden, dass die Sanktionen nichts bewirken können. Sie sollen sich hinter die islamistischen Machthaber stellen, fordert der Staatskleriker Ahmad Khatami.

Während die islamistische Diktatur Millionen Dollar für die Aufrüstung und militärische Manöver ausgibt, empfiehlt der Staatskleriker Ahmad Khatami den Iranern „Geduld“ zu haben und Ruhe zu bewahren. Ahmad Khatami: „Sagt nicht ach, denn dann wird die Welt der Arroganz denken, dass sie ihre Ziele erreicht hat.“ Der islamistische Staatskleriker fordert von den Iranern den Druck der Sanktionen auszuhalten und dabei nicht „ach“ zu sagen, denn das könnte als Zeichen der Schwäche aufgefasst werden.

Und die Zeitung Resalat führte die Teuerungsrate auf die „intrigenhaften Sanktionen“ der westlichen „Feinde“ zurück. Kritisiert werden iranische Händler, die Konsumwaren horten und teurer verkaufen. Verschwiegen wird dabei, dass die Revolutionsgarden, die das Zollamt und mehr als 75 Prozent des iranischen Marktes kontrollieren, gleichermaßen an der Teuerung verdienen.

### **Iran: „Der Prozentsatz unserer Anreicherung geht niemanden etwas an.“ 149**

Im Iran entscheidet letztlich der „Führer“ über das Atomprogramm und nicht die Atomunterhändler, die lediglich den Auftrag haben die Verhandlungen möglichst in die Länge zu ziehen.

Die Freitagsprediger im heutigen Iran unterscheiden sich von der großen Masse der Prediger. Sie bestimmen die Politik der Diktatur und verbreiten sie, im Namen der Religion und des Gebets und in der Form der Hasspropaganda.

Ayatollah Kazem Sedighi hat am 1. März 2013 eine Freitagspredigt gehalten und betonte, dass „Iran niemals von seinem selbstverständlichen Atom-Recht

---

<sup>149</sup> <http://europeandemocracy.eu/2013/03/sedighi-iran-will-never-give-up-its-right-to-enrich-uranium/>  
01.03.2013



zurückweichen wird.“ Er fügte hinzu: „Der Prozentsatz unserer Anreicherung geht niemanden etwas an,“ berichtete Farsnews.

Sedighi sagte: „Die Gespräche von Herrn Jalili mit 5+1 haben gezeigt, dass die Positionen des Iran beständig und unerschütterlich sind.“ Er bestätigte aber auch, dass dieses Mal die „Positionen der 5+1 realistischer waren als in der Vergangenheit.“

Dann sagte er: „Aber manche Nachrichtenagenturen haben Unsinn erzählt, dass Iran sich bereit erklärt habe, die 20prozentige Anreicherung zu stoppen. Dieses Gerede hat keine Grundlage. Das iranische Volk ist nuklear.“ Iran werde je nach seinem Bedarf anreichern und „hat keine Angst vor irgendeiner Macht“.

Er erinnerte daran, dass der US-amerikanische Präsident gesagt hatte, dass die USA niemals erlauben würden, dass der Iran Atombomben bekommt. Sedighi sagte dazu, dass „der Iran nicht auf die Erlaubnis des amerikanischen Präsidenten wartet.“ Iran baue keine Atombomben, weil „der große Führer davon ausgeht, dass der Bau einer Atombombe ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit sei.“

Die USA hätten es noch nicht einmal geschafft Pakistan, Indien und Nordkorea daran zu hindern, Atombomben zu bauen. Erst recht würden die USA nichts im Falle des Iran unternehmen können.

Ayatollah Sedighi sagte: „Wenn wir keine Maßnahmen in Bezug auf die Atombombe treffen, hat dies etwas mit den Ansichten und Glaubensvorstellungen des Führers des islamischen Systems zu tun.“

Sedighi sprach dennoch davon, dass der Iran Waffen habe, die den Feind davon abhalten würden, den Iran anzugreifen.

Natürlich rief die Masse der Frommen: „Tod Israel“ und „Tod Amerika“.

### **Iran: Die irrationalen Akteure einer totalitären Macht <sup>150</sup>**

Manche deutsche Politiker, Wissenschaftler und Journalisten meinen, dass die iranischen Machthaber „rationale Akteure“ seien, auf die man bauen könne.

Wie rational ist aber der iranische Revolutionsführer Ali Khamenei, wenn er sagt: „Die islamische Welt muss sich gegenüber den Feinden unverletzbar machen, indem sie sowohl ihre Glaubenskraft stärkt als auch dank des wissenschaftlichen und technologischen Fortschritts die Fähigkeit des Baus von Ausrüstungen erlangt, seien dies Waffen oder auch anderes.“ Wohlgedenkt, er will solche Ausrüstungen, die auch Waffen sein können für das „Leben“ einsetzen. Etwa für das Überleben der Diktatur?

Kann man etwa tatsächlich ausschließen, dass Ayatollah Khamenei, der iranische Revolutionsführer, doch eines Tages die Atombombe befürworten wird, mit genau

---

<sup>150</sup> <http://europeandemocracy.eu/2012/11/just-how-rational-are-iranian-authorities/> 21.11.2012





diesem Argument, das er just am 21.11.2012 vorbrachte, dass die islamische Welt sich "unverletzbar" machen müsse?

Wie rational ist der Vorsitzende eines islamistischen Pseudoparlaments, Ali Larijani tatsächlich, wenn er "alle islamischen Staaten auffordert Palästina militärische Hilfe zu leisten." Der angeblich „moderate“ Politiker sagte erst am 18.11.2012 im Zusammenhang der Pflicht von Waffenlieferungen an Hamas: "Tod ist besser als Schande und Erniedrigung." Ist ein solcher Satz nur Rhetorik oder wann könnte tatsächlich ein Machtpolitiker einer totalitären Diktatur den Tod der Schande vorziehen? Etwa wenn dessen Macht empfindlich in Frage gestellt ist?

Wie rational ist ein iranischer General Seyyed Masud Jasaeri, wenn er sagt: "Amerika; England und die arabische Reaktion wollen die Existenz des Krebsgeschwürs Israel sichern." Jaseri, der immerhin stellvertretender Stabsleiter der gesamten bewaffneten Kräfte des Iran ist, sprach nicht von einer Eisenkuppel, sondern von einer "Stahlkuppel", die Israel besitzt. Er sagte in Bezug auf das israelische Raketenabwehrsystem Iron Dome: "Keine Stahlkuppel wird die Raketen des Widerstandes abwehren können. Außerdem sind viele Potentiale des Widerstandes noch gar nicht in die Kriegsarena eingezogen." Der iranische General ist tatsächlich ein irrationaler Akteur, wenn er von den Niederlagen Israels spricht und davon, dass "jede Art von militärischer Drohung der Zionisten nur ein Witz" sei.

Welcher rationale Akteur würde wagen am 21 November 2012 zu sagen: "Die Folge dieses Krieges ist, dass die Besatzer verstanden haben, dass sie keinen Platz in diesem Gebiet haben und dass sie Palästina den Palästinensern überlassen müssen," so wie die iranische Nachrichtenagentur Farsnews berichtete.

General Jasaeri, stellvertretender Stabsleiter der gesamten bewaffneten Kräfte, will weder einen Frieden noch einen Waffenstillstand, wenn er sagt, dass "wenn der Krieg fortgesetzt wird, werden viele Zionisten fliehen."

Der einflussreiche iranische General ist geradezu von der totalitären Ideologie des Islamismus verblendet und mitnichten ein rationaler Akteur, wenn er tatsächlich sagt: "Mit den Niederlagen, die die Front der Arroganz erlebt, wird die Menschheit sich immer mehr den Idealen der islamischen Revolution annähern."

Der Iran hat nach eigenen Angaben "Grad"-Raketen an die terroristische Organisation der Hamas exportiert. Die iranische Zeitung "Maschregh" schilderte am 18.11.2012 die Geschichte der „Grad“-Raketen. Diese Rakete sei eine Weiterentwicklung der russischen Katjuscha-Rakete. Russland habe diese Rakete im zweiten Weltkrieg eingesetzt, die damals den Namen Stalinorgel getragen habe.

Wie rational sind eigentlich die Machthaber einer totalitären Diktatur, die einer terroristischen Organisation Waffen, die im zweiten Weltkrieg eingesetzt wurden, schenkt, im Namen der Fortsetzung der islamischen Revolution? Bekanntlich hat die



Hamas zudem "Fajr 3" und "Fajr 5" Raketen aus dem Iran erhalten. Kann es sich tatsächlich um die Tat eines "rationalen" Akteurs handeln, wenn Todeswaffen an Terroristen verschenkt werden, während Millionen Iraner unter dem Existenzminimum leben müssen?

Die iranischen Politiker und Generäle besitzen eine "ultima irratio". Sie beweisen dies auch durch die Tatsache, dass sie aus rein ideologischen Gründen sogar bereit sind es sich mit den USA zu verscherzen, auch militärisch: Kein Geringerer als General Ali Qadawi sagte am 21. November 2012, dass die "Amerikaner stets Angst vor den iranischen Minen" im Persischen Golf haben. Glaubt ein rationaler Akteur etwa, dass die iranische Armee tatsächlich der militärischen Übermacht der USA Widerstand leisten kann?

Die totalitären Machthaber des Iran mögen rational handeln, solange sie ihre Marktinteressen gegenüber europäischen Unternehmern absichern wollen, um ihre totalitäre Macht zu stabilisieren. Parallel dazu agieren sie aber stets kraft einer heimtückischen Politik als die größten Unterstützer eines modernen Kleinkrieges gegen einen legitimen Staat Israel, ganz abgesehen von der brutalen Unterdrückung der eigenen Bevölkerung. Zu welchen Dramen diese abenteuerliche und irrationale Politik führen kann, haben die kriegerischen Auseinandersetzungen der letzten Tage gezeigt.

### **„Berechnend vorgehen“: Die Atomstrategie des iranischen Präsidenten Rohani 151**

Als „rational“ und „pragmatisch“ wird der neue iranische Präsident Hassan Rohani in westlichen Medien häufig bezeichnet. Damit wird oft die Hoffnung verbunden, nun seien Fortschritte bei den Verhandlungen über das iranische Atomprogramm möglich. Tatsächlich kann Rohani im Hinblick auf das Atomprogramm als Experte gelten, rational und pragmatisch ist er allerdings nur in der Wahl der Mittel, die Interessen der „Islamischen Republik“ durchzusetzen. Das belegt eine bemerkenswerte Rede, die Hojatulislam Hassan Rohani am 30. September 2005 vor dem Obersten Rat der Kulturrevolution des Iran hielt. Er war damals Sekretär des Obersten Nationalen Sicherheitsrates des Iran.

Es handelt sich um eine ausführliche Darlegung seiner Strategie aus der Schlüsse für seine Politik und seine Taktik im Umgang mit Europa gezogen werden können. Die Rede ist in gedruckter Form auf Persisch 31 Seiten lang. Explizit macht er in dieser Rede deutlich, dass er gegen Europa und den Westen insgesamt eingestellt ist. Er verteidigt das Vorhaben, den geschlossenen Atomkreislauf für den Iran zu realisieren.

Der geschlossene Atomkreislauf, zu dem Urananreicherung und Wiederaufarbeitung von Brennstäben gehören, ermöglicht die Produktion nuklearer Waffen, hebt Rohani

---

<sup>151</sup> <http://europeandemocracy.eu/2013/07/a-calculating-act/> 01.07.2013



in seiner Rede hervor. Rohani betont, einen geschlossenen Atomkreislauf herzustellen, gebe die „Fähigkeit zum Bau einer Atombombe“. Wenn ein Staat in der Lage sei, Uran bis 3,5 Prozent (den für Brennstäbe erforderlichen Grad) anzureichern, habe er auch das Potential, Uran auf über 90 Prozent (der für eine Atombombe erforderliche Grad) anzureichern. Deswegen würden manche internationale Kreise sehr sensibel auf dieses Thema reagieren. Der Druck auf einen Staat, der dabei sei, diese Fähigkeit zu erlangen, würde daher wachsen, so Rohani.

Die „Islamische Republik Iran“ beschäftige sich seit 1981/82 damit, den geschlossenen Atomkreislauf zu erreichen. Denn Iran wollte schon damals Atomkraftwerke besitzen und sei seitdem auch bestrebt gewesen, den Brennstoff der Reaktoren in einheimischen Anlagen zu produzieren. Zunächst habe man versucht, die nötige Technologie aus der Sowjetunion und aus China zu kaufen, aber kein Staat sei bereit gewesen, dem Iran die nötige Technologie zu liefern. Rohani gibt in diesem Vortrag zu, dass der Iran sogar versucht habe, diese Technologie auf dem „Schwarzmarkt“ zu kaufen.

Rohani sagte damals, dass er sehr bemüht gewesen sei zu verhindern, dass die iranische Atomakte im November 2003 an den UN-Sicherheitsrat geschickt werde. Nur zu diesem Zweck habe er die Zusammenarbeit mit der IAEA befürwortet. Seine Strategie erwies sich als erfolgreich, er konnte verhindern, dass die iranische Atomakte an den UN-Sicherheitsrat geschickt wurde.

Rohani diskutierte in seinem Vortrag sogar die Frage, „ob wir der IAEA ein vollständiges Bild unseres Atomprogramms der letzten Jahre geben sollten oder nicht“ – dazu hat sich der Iran eigentlich vertraglich verpflichtet. Doch für Rohani war die Frage, ob die Transparenz des Atomprogramms überhaupt ein Problem gelöst hätte. Wenn der Iran das Atomprogramm offen gelegt hätte, wäre die Akte an den UN-Sicherheitsrat geschickt worden, und wenn nicht, wäre der Iran trotzdem bestraft worden, weil nicht alles offen gelegt worden sei.

Solche Passagen aus dem Vortrag, den er 2005 hielt, klingen wie ein Geständnis, dass sie etwas geheim zu halten haben. Rohani sagte, dass er damals von der iranischen Seite gewählt worden sei, um drei europäische Außenminister in den Iran einzuladen. Diese Minister hätten bei ihrem Treffen mit ihm versprochen, dass sie gegenüber den USA Widerstand leisten würden, die Akte an den UN-Sicherheitsrat zu schicken, wenn der Iran sein Atomprogramm offenlege. Die russische Delegation im Gouverneursrat der IAEA sei erstaunt gewesen, denn sogar Großbritannien habe gegen die USA gestimmt, so dass die Akte nicht an den UN-Sicherheitsrat geschickt worden sei.

Besonders aufschlussreich auch für die heutige Diskussion über das Verbot der terroristischen Organisation der Hisbollah ist die Aussage Rohanis, dass Europa anders als die USA damals keine zusätzlichen Themen wie die Unterstützung des Terrorismus thematisieren wollte. Er ging 2005 davon aus, dass die „Europäer uns keine weiteren Probleme machen wollen“. Tatsächlich zögert Europa auch heute noch, die Hisbollah auf die Terrorliste zu setzen.

Rohani ging damals so weit zu sagen, dass alle arabischen Staaten und ihre Ölressourcen in den Händen der Amerikaner seien. Nur Iran sei „frei“ und bereit mit Europa zu verhandeln. Interessant ist zudem, dass Rohani damals das libysche Verhalten kritisierte, weil das Land dabei sei, „Israel anzuerkennen und den Frieden mit Israel zu akzeptieren“, aber die brasilianische Atomdiplomatie lobte. Da Brasilien selbst einen geschlossenen Atomkreislauf habe und verhindern wolle, dass eines



Tages jemand Maßnahmen dagegen ergreife, wende das Land gegen den geschlossenen Atomkreislauf des Iran nicht ein.

Rohani betont auch, dass der Iran nur den Abschnitt des Atomprogramms ausgesetzt habe, der für den Iran technisch schon beherrschbar und daher zeitweilig verzichtbar gewesen sei. D.h. man war in der Lage diesen Abschnitt immer wieder zum gegebenen Zeitpunkt wieder reaktivieren.

Aber die Anlage in Isfahan, wo „gelber Kuchen“ hergestellt wurde und UF4 zu UF6 weiterverarbeitet wurde, sei in der Zeit des Moratoriums vervollständigt worden. Während des Dialoges mit den drei europäischen Ministern sei noch in Isfahan sehr viel Arbeit zu tun gewesen, die dann aber in Ruhe erledigt worden sei. D.h. die Abschnitte des Atomprogramms, die nicht gleich abrufbar waren weiter in Betrieb gehalten, um die Technologie vollkommen zu beherrschen.

In der Tat waren diese Überlegungen „rational“ und „pragmatisch“. Rohani bekennt aber – und die Fakten bestätigen seine Darstellung –, dass er die Europäer mit scheinbaren Zugeständnissen getäuscht hat, um heimlich das iranische Atomprogramm voranzutreiben und dem geschlossenen Atomkreislauf und damit dem Potential zum Bau der Atombombe näher zu bringen.

Rohani differenziert in der Tat: China und Russland seien zwar gegen einen geschlossenen Atomkreislauf des Iran, sie seien aber auch Rivalen der USA und Europas. Tatsächlich verfolgt Rohani in seiner diplomatischen Strategie eine Spaltpolitik. Er behauptet, dass China, Russland und Europa antiislamsich seien. Man müsse, sagt er aber im Jahr 2005, sehen, dass diese Großmächte unterschiedliche Interessen haben. Iran müsse die Konkurrenz zwischen den Rivalen zu seinen Gunsten ausnutzen – auch eine „rationale“ und „pragmatische“ Strategie.

Rohani sagte im Jahr 2005: „Es ist deutlich, dass Europa nicht unser Freund ist und keine gute Beziehung zum Islam hat, aber wegen der strategischen Position des Iran will Europa den Iran nicht verlieren.“

Was Rohanis Rede schließlich besonders brisant macht, ist seine Entschlossenheit, Fakten zu schaffen, die nicht revidierbar sind: Der Iran müsse „vollendete Tatsachen schaffen“. Rohani brachte schon damals den Vergleich, dass wenn der Iran eines Tages den vollständigen atomaren Kreislauf realisiert habe, er in derselben Lage sein werde wie Brasilien und Pakistan. Brasilien habe den geschlossenen Kreislauf erreicht und Pakistan habe sogar die Atombombe hergestellt, doch die Welt musste dies akzeptieren.

Interessant ist abschließend auch, wie „rational“ Rohani darüber sprach, dass Moratorien vorzeitig abgebrochen werden könnten: „Wir müssen uns nicht beeilen. Wir müssen Geduld haben und für den Abbruch des Moratoriums den besten Zeitpunkt finden. Wenn wir trotz der Ablehnung des Westens mit der Urananreicherung beginnen wollen, müssen wir den besten Zeitpunkt und die besten Bedingungen dafür finden. Und wenn wir warten wollen, müssen wir alle unsere Fähigkeiten nutzen, müssen uns nicht beeilen. Wir müssen sehr berechnend vorgehen.“

Da Rohani sich im Wahlkampf vehement gegen den Vorwurf wehrte, er sei bei den Atomverhandlungen zu weich gegenüber dem Westen gewesen, muss man davon ausgehen, dass er die Strategie des Tarnens und Täuschens auch zukünftigen Verhandlungen anwenden und keine wirklichen Zugeständnisse machen wird.



## Iranische Uran-Diplomatie: Krieg oder Akzeptanz des Atomprogramms 152

Die Nachrichtenagentur *Tabnak*, die dem Ex-General der Revolutionsgardisten Mohssen Rezai nahesteht, veröffentlichte am 14. März 2013 ein Interview mit dem iranischen Wissenschaftler Dr. Kayhan Barsegar. Er ist Professor für internationale Beziehungen an der Azad-Universität in Teheran und vertritt die Position, dass nur das Thema des Atomprogramms eine Basis für einen bilateralen Dialog zwischen dem Iran und den USA sein kann und nicht die Probleme, die die Region betreffen.

Barsegar meint, dass der Iran mit dem „Instrument der Urananreicherung ein Gleichgewicht bei den Verhandlungen“ herstellen könne. „Die USA müssen entweder gegen den Iran in einen Krieg ziehen oder das iranische Atomprogramm aushalten.“

Tatsächlich ist das Tabu einer Diskussion über einen iranisch-amerikanischen Dialog gebrochen, auch wenn der „Revolutionsführer“ Ali Khamenei einem solchen Dialog noch nicht zugestimmt hat. Barsegar meint, dass die „Natur des iranischen Atomprogramms einen Dialog fast unvermeidbar“ mache, da dieses Problem irgendwann gelöst werden müsse. Der Iran wisse, dass die USA der Key Player seien.

Tatsächlich aber baut Barsegar eine argumentative Zwickmühle auf, in der die USA gezwungen sind das iranische Atomprogramm zu akzeptieren. Nach Meinung des iranischen Wissenschaftlers ist der Iran mit seinem Atomprogramm auf der Siegerseite. Weder spielt in seiner Argumentation die Diktatur eine Rolle noch die Unterstützung der Terrorbewegungen seitens des Iran. Das Machtmonopol und die aggressive Außenpolitik stehen für die Repräsentanten des islamistischen Machtapparats nicht zur Debatte. Barsegar setzt auf die Machtposition des Iran, die nicht infrage gestellt werden könne. Demokratiefragen und Menschenrechtsverletzungen spielen in seinem Denken überhaupt keine Rolle.

**Zu gefährlich für die USA.** Der iranische Professor glaubt, dass die „USA es verstanden haben, dass die Fortsetzung des iranischen Atomprogramms und ein überhöhter wirtschaftlicher und politischer Druck auf das Land gefährliche Folgen für die USA haben könnten“. Er gesteht aber, dass beide Seiten in einer ernsten Krise seien. Beide Seiten würden einen Krieg nicht befürworten, aber sich wegen mangelnden Vertrauens nicht tolerieren. Beide Seiten gingen davon aus, kurz vor dem Sieg zu stehen. Diese Siegesgewissheit sei ebenfalls gefährlich. Das Misstrauen des Iran gegenüber den USA sei sehr groß, da die USA eine Großmacht mit einem stetigen „Potential für Abenteuer“ seien. Dass die US-Regierung dem Iran misstraut, ist dem Denken des islamistischen Wissenschaftlers fremd.

**Urananreicherung als Hebel.** Der iranische Wissenschaftler ist stolz darauf, dass der Iran eine „Macht“ in der Region sei und warnt, dass es keine Verhandlungen mehr geben wird, falls der Iran keinen Nutzen aus ihnen ziehe. Tatsächlich geht Barsegar davon aus, dass die US-Regierung gezwungen sei, mit dem Iran zu reden und obendrein die iranischen Positionen zu akzeptieren. Iran habe den „Hebel der unabhängigen Urananreicherung“.

---

<sup>152</sup> <http://europeandemocracy.eu/2013/03/acceptance-or-resistance-irans-nuclear-ambitions/> 15.03.2013



Der iranische Wissenschaftler meint, dass die US-Regierung Vertrauen schaffen müsse und nicht der Iran. Man könne mit Gesprächen über regionale Probleme anfangen, aber das Hauptthema sei das Atomprogramm. Das Atomprogramm sei für den Iran ein nationales Anliegen und daher könne man mit diesem Thema gut „manövrieren“.

**Urananreicherung auf 60 Prozent gilt als legitim.** Barsegar bezweifelt, dass die Sanktionen das iranische Atomprogramm aufhalten können. Zu diesem Ergebnis seien auch einige westliche Experten gekommen. Der iranische Wissenschaftler sagt, es sei „viel zu spät“ für ein iranisches Einlenken. Denn die iranische Regierung müsste erklären, warum ein solches Nachgeben nicht vor der zeitlichen Verhängung der Sanktionen erfolgt sei. Iran könne und dürfe sogar sein „legales Recht“ der Anreicherung von Uran auf 50 Prozent und gar auf 60 Prozent wahrnehmen, um Brennstoff für seine U-Boote zu bekommen. Iran könne sogar aus dem Atomwaffensperrvertrag aussteigen. Daher sollte die US-Regierung abwägen, ob sie sich dieser Gefahr aussetzen wolle.

Der iranische Wissenschaftler zitiert zynischerweise den antiisraelischen US-amerikanischen Wissenschaftler Stephan Walt, der zu Recht gesagt habe, dass der Iran im Jahre 2002 lediglich 20 Zentrifugen besessen habe. D.h. es sei der Fehler der US-amerikanischen Regierung gewesen, zu ihrem eigenen Nachteil den Iran unter Druck gesetzt zu haben, mit dem Ergebnis, dass das iranische Atomprogramm sich immens entwickelt habe.

**Dialog ist möglich.** Barsegar geht nicht davon aus, dass das Jahr 2013 diplomatische Lösungen mit sich bringen werde, die der US-Regierung gefallen könnten. Er meint, dass ein US-amerikanisch-iranischer Dialog möglich sei, denn dies sei auch im Falle von China möglich gewesen. Und ein solcher Dialog sei nur von Erfolg gekrönt, wenn die USA die iranische Machtposition im Nahen Osten akzeptieren würden. Barsegar fordert damit eine politische Kapitulation der USA vor der totalitären Diktatur. Auf jeden Fall werde der Iran niemals ein Freund der USA werden können.

**Entweder Krieg oder Akzeptanz des Atomprogramms.** Barsegar sagt: „Die USA müssen entweder gegen den Iran in einen Krieg ziehen oder das iranische Atomprogramm aushalten.“ Dieser iranische Wissenschaftler geht davon aus, dass die USA keinen Krieg gegen den Iran führen, weil Iran mächtige Freunde wie Russland und China habe, und daher Schritt für Schritt das iranische Atomprogramm akzeptieren müssten. Iran werde nach Meinung des iranischen Wissenschaftlers mindestens noch zwei oder gar drei Jahre gegen die Sanktionen Widerstand leisten und in dieser Zeit würden die US-Amerikaner das iranische Atomprogramm mitnichten aufhalten können.

Der iranische Wissenschaftler setzt auf den neuen US-amerikanischen Verteidigungsminister Chuck Hagel, der zumindest nicht anti-iranisch eingestellt sei. Er sieht auch die Rolle von US-Außenminister John Kerry sehr positiv. Gleichzeitig sagt Barsegar, dass die iranische Regierung eines Tages gezwungen sein werde, mit der US-Regierung zu sprechen.

Barsegar sagt, dass Syrien für den Iran lediglich aus Gründen des „Gleichgewichts der Macht“ wichtig sei. Ähnlich wie China und Russland wolle auch der Iran nicht, dass seine Konkurrenten in der Region zu stark werden.



**Ägypten und Iran.** Er glaubt, dass Iran und Ägypten die Achsen eines Gleichgewichts im Nahen Osten darstellen und nicht die Türkei oder Saudi-Arabien. Die USA würden zwar Ägypten unterstützen, aber dessen Regierung hege keine Feindseligkeit mehr gegen den Iran wie zu Zeiten von Mubarak. Die Türkei könne sich nicht erlauben, in Syrien einzugreifen. Der Westen wolle aber nicht, dass Ägypten und Iran sich annäheren. Beide Länder müssen sich nach Meinung des iranischen Experten stärker annähern, und zwar auf der Grundlage der gemeinsamen „geopolitischen Interessen.“

### **Iran: „Niemand kann den Erfolg des iranischen Atomprogramms stoppen!“<sup>153</sup>**

„Kein Stop für das iranische Atomprogramm“, mit diesen Worten trat der iranische Präsident Ahmadinejad heute an die Öffentlichkeit. Er fuhr fort: „Iran ist heute atomar und niemand kann es uns nehmen,“ so Ahmadinejad. Der iranische Präsident, der auch Vorsitzender des Nationalen Sicherheitsrates ist, sagte: „Es wäre gut, dass die Leute, die meinen die Welt zu regieren, in der politischen Auseinandersetzung ihren Verstand einsetzen würden.“ Es könne nicht sein, dass sich „vier Leute zusammensetzen und sagen, wir sind die Herren dieser Welt und der Rest sind Sklaven.“

Ahadinejad meinte zudem, dass die „Zeit des Kolonialismus und der Sklaverei vorbei ist.“ Er meinte, dass „niemand den Erfolg des iranischen Atomprogramms stoppen“ könne. Iran plane die Inbetriebnahme von fünf weiteren Atomkraftwerken.

Wie erwartet hat der iranische Präsident neue Errungenschaften des iranischen Atomprogramms bekannt gegeben. Der iranische Präsident Ahmadinejad gab laut einer Meldung der iranischen Nachrichtenagentur IRNA vom 9. April bekannt, dass zwei Uran-Bergbau-Anlagen, Saqand 1 und Saqand 2 und eine Fabrik zur Produktion von „Gelbem Kuchen“ in einer neuen Anlage in Ardakan ab heute in Betrieb genommen wurden. Die Anlage in Ardakan wurde „Märtyrer Rezainejad“ genannt. Rezainejad war einer der getöteten Atomwissenschaftler. Die Anlage in Ardakan wurde von dem Bruder von Rezainejad eingeweiht. Ahmadinejad, der den Befehl zur Inbetriebnahme der Anlagen per Videokonferenz bekannt gab, benutzte den Code: „Oh Messias, oh Messias, oh Messias.“ Die neue Anlage in Ardakan soll 60 Tonnen „Gelben Kuchen“ im Jahr produzieren können.

Das Projekt Saqand in der Provinz Yazd soll Uraniumstein, der 350 Meter tief in der Erde liegt, fördern. In Ardakan wird dann aus dem bearbeiteten Uran-Gestein „Gelber Kuchen“ hergestellt.

Dr. Nasser Schariflu, Direktor der Technischen Universität in Teheran sagte am 9. April gegenüber IRNA, dass der Iran inzwischen sogar in der Lage sei ein Atomkraftwerk ohne fremde Hilfe zu bauen. Noch nicht einmal China könne auf der Grundlage von nationaler Technologie eigene Kraftwerke bauen und sei auf die Hilfe Russlands angewiesen. Iran wolle in den kommenden fünf Jahren in den Kreis der Atomkräfte eindringen, die eigenständig Atomkraftwerke bauen können. Iran verfüge schon jetzt über das technologische Know-How, berichtete IRNA.

---

<sup>153</sup> <http://europeandemocracy.eu/2013/04/no-stop-for-irans-nuclear-ambitions/> 09.04.2013



**Der Nationale Tag der Atomtechnologie.** Der 9. März wurde im Iran als „der nationale Tag der Atomtechnologie“ gefeiert. Die staatliche Nachrichtenagentur IRNA fasste die „atomaren Errungenschaften des Iran“ zusammen. Sie seien „Früchte der Unterstützung und des Widerstands des Führers, der Regierung und des Volkes.“ Iran würde die 20prozentige Uran-Anreicherung fortsetzen und habe zudem neue Uran-Mienen im Iran gefunden.

In den letzten acht Jahren habe das iranische Atomprogramm trotz der vielen Widerstände, wie der Tötung von Atomwissenschaftlern, große Fortschritte gemacht. Der „Tag der Atomtechnologie“ sei am 9. April 2006 von Präsident Ahmadinejad eingeführt worden.

Diese Errungenschaften werden wie folgt zusammengefasst: Am 11. April 2006 habe Ahmadinejad erklärt, dass der Iran über einen „geschlossenen Brennstoffkreislauf“ verfüge. Iran sei technisch in der Lage Uran anzureichern.

Ahmadinejad habe die „heilige Parole“ ausgerufen: „Die Atomenergie ist unser selbstverständliches Recht.“

Am 8. April 2008 habe Ahmadinejad angekündigt, dass der Iran begonnen habe 6.000 Zentrifugen in Natanz anzubringen.

Am 9. April 2009 habe er im UCF-Zentrum in Isfahan bekannt gegeben, dass der Iran zum ersten Mal atomaren Brennstoff produziert habe. Damit habe der Iran die Fähigkeit errungen, selbst produzierten Brennstoff in den Atomreaktoren einzusetzen. Der Iran könne seitdem Uran erschließen und anreichern. Zudem sei der Iran in der Lage atomaren Brennstoff und Brennstäbe für Reaktoren herzustellen.

Am 7. Februar 2009 habe Ahmadinejad den Befehl zur Produktion von 20prozentig angereichertem Uran gegeben. Nach Ahmadinejads Lesart, weil die USA, Russland und Frankreich dem Iran 20prozentiges Uran nicht zur Verfügung gestellt haben. In Natanz sei dann mit der Produktion von 20-prozentigem Uran begonnen worden. Der Revolutionsführer Ali Khamenei habe später kommentiert, dass der Iran mit diesem Schritt nicht mehr als „Geisel“ genommen werden könne und seine Bedürfnisse befriedigen könne.

Im März 2010 wurde die dritte Generation von iranischen Zentrifugen zur Urananreicherung vorgestellt. Diese neue Generation soll sehr viel effektiver sein als die vorherigen. 10 kg Brennstoff sollen mit einer „Geschwindigkeit von 565 Meter pro Sekunde oder 900 Hertz Geschwindigkeit Uran anreichern können.

Im März 2011 kündigte Ahmadinejad die Produktion von Schwerem Wasser in der Anlage in Arak an. Das besondere Problem hier ist, dass der Iran in die Lage versetzt wird Plutoniumbomben zu bauen.

Am 15. Februar 2012 gab Ahmadinejad bekannt, dass in den Zentrifugen der Teheraner Anlage 3,5prozentiges Uran angereichert werden könne. Und auch in Natanz und in Isfahan wurde die erste Generation von Maschinen eingeweiht, die 20prozentiges Uran anreichern können. Angeblich braucht der Iran das 20prozentige Uran für medizinische Untersuchungen in der Teheraner Anlage.

Am 23. Februar 2013 gab Ahmadinejad dann bekannt, dass der Iran langfristig 16 weitere Atomanlagen bauen wolle. Iran habe in den letzten drei Dekaden weitere Uranerzvorkommen entdeckt. IRNA zufolge sind die Uranerzvorkommen des Iran fünf Mal größer als bis vor einigen Jahren angenommen. Nach iranischen Angaben besitzt der Iran 33.000 Tonnen Uranerzreserven.





**Ist die Diplomatie gescheitert?** Außenminister Guido Westerwelle sagte in einer Erklärung, dass er die intensiven Gespräche der Gruppe der E3+3 mit Iran über Fragen des Atomprogramms begrüße. Er stellte auch eine „deutliche Kluft zwischen den Positionen der Staatengemeinschaft auf der einen und Irans auf der anderen Seite“ fest. Um einen Krieg zu vermeiden sprach er sich erneut für eine diplomatische Lösung aus. Dennoch stellt sich die Frage, ob die Diplomatie nicht in eine Sackgasse geraten ist.

### **Das Recht auf die Bombe: Nach Ansicht des iranischen Regimes muss der Westen umdenken<sup>154</sup>**

Die islamistische Diktatur hat einen Grund zu feiern. Sie hat im Konflikt um ihr Atomprogramm wieder Zeit gewonnen und die Gegenseite hat keinen einzigen Punkt gemacht. Auf der Expertenebene sollen die Verhandlungen mit dem Iran am 17. und 18. März in Istanbul weitergehen und die fünf Vetomächte des UN-Sicherheitsrats sowie Deutschland wollen ihre Gespräche mit den iranischen Atomunterhändlern am 5. und 6. April in Almaty fortsetzen.

Die Frage ist, wem die Gespräche bislang genutzt haben. Der Iran kann sein Atomprogramm vorantreiben, und die islamistischen Machthaber gehen davon aus, dass der Westen umdenken müsse und nicht etwa sie selbst.

Der Iran besitzt einem Bericht der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) vom 21. Februar 2013 zufolge 280 kg angereichertes Uran, verarbeitet zu Uranhexafluorid (UF<sub>6</sub>). Davon wurden 167 kg auf 20 Prozent angereichert, ein Grad, der eine schnelle weitere Anreicherung auf die für die Bombenproduktion erforderlich Konzentration erlaubt. Die iranische Regierung ist nicht bereit, diese Menge außer Landes zu schaffen, wie es als Kompromiss bei den Atomverhandlungen vorgeschlagen wurde, und plant den Bau weiterer Reaktoren. Fereidun Abassi, Vizepräsident der iranischen Atomenergieorganisation, hat noch am 28. November 2012 betont, dass der Iran mit aller Härte sein Urananreicherungsprogramm fortsetzen werde. Inzwischen wird gemeldet, dass der Iran dabei ist, Schwerwasser in der Anlage in Arak herzustellen. Schwerwasser, dessen Produktion sehr teuer ist, kann in einem Reaktor zur Plutoniumproduktion eingesetzt werden. Verdächtig ist vor allem die Kombination, denn Schwerwasserreaktoren können mit Natururan betrieben werden, dann aber wäre die ebenfalls sehr kostspielige Urananreicherung überflüssig. Überdies geht die Anreicherung auf 20 Prozent über den für kommerzielle Nutzung erforderlichen Grad von drei bis fünf Prozent weit hinaus.

Das iranische Regime scheint beide Methoden zur Atombombenproduktion (Urananreicherung und Plutoniumproduktion) zu nutzen. Kompromissbereitschaft bei den Verhandlungen ist nicht erkennbar. Kayhan, ein Sprachrohr des Revolutionsführers Ali Khamenei, schrieb am 28. Februar 2013, einen Tag nach den jüngsten Verhandlungen, dass der „Iran niemals von seinem selbstverständlichen Recht abrücken“ werde. Außerdem habe der Westen die Notwendigkeit einer Verhaltensänderung erkannt.

---

<sup>154</sup> <http://europeandemocracy.eu/2013/02/iranian-regime-p51-must-change-its-policy/>  
28.02.2013



Zwar geht die Geschichte des iranischen Atomprogramms auf die Regierungszeit von Schah Mohammad Reza Pahlavi zurück. Schon im Jahr 1959 hatte Präsident Eisenhower der Universität Teheran einen Forschungsreaktor übergeben. Das eigentliche Drama des iranischen Atomprogramms begann 2001, als ein geheimes Atomprogramm entdeckt wurde.

Die islamistische Diktatur betrieb ein Doppelspiel. Der Iran hat ein öffentliches Atomprogramm und ein geheimes. Mit dem Bau des Leichtwasserreaktors in Bushehr wurde 2002 begonnen, mit Hilfe Russlands. In diesem Jahr bezeichnete US-Präsident George W. Bush den Iran als einen Teil der „Achse des Bösen“. Zwischen Februar und Mai 2003 führte die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) Inspektionen durch. Der Iran gab nun bekannt, dass in Natanz und in Arak Urananreicherungsanlagen gebaut werden sollen.

Ferner stellte die IAEA im Jahr 2003 fest, dass der Iran einen Teil seiner Aktivitäten geheim hält. Gleichzeitig schloss das Weiße Haus nicht mehr aus, dass der Iran über ein militärisches Waffenprogramm verfügt. Ende 2001 hatte der Krieg in Afghanistan, im März 2003 dann der Krieg im Irak begonnen. Der Iran profitierte scheinbar von den Kriegen in seiner Nachbarschaft, wurde aber von Tag zu Tag ein größeres Problem für die Welt.

Im November 2003 erklärte die IAEA, der Iran habe die Produktion von Plutonium zugegeben. Zudem habe der Iran seit etwa 1985 unangemeldet – und somit illegal, da das Land 1970 den Atomwaffensperrvertrag (NPT) unterzeichnet hat – ein hoch entwickeltes Urananreicherungsprogramm betrieben. Im Oktober 2003 verhandelten Großbritannien, Frankreich und Deutschland mit dem Iran. Die „Islamische Republik Iran“ versprach daraufhin, ihr Urananreicherungsprogramm zu suspendieren. Am 27. Februar 2013, rund elf Jahre später, melden westliche Medien, dass der Iran höchst wahrscheinlich einen Plan B zum Bau einer Plutoniumbombe verfolge.

Spätestens ab 2004 wurde Uran mit Gaszentrifugen angereichert. Für diesen Schritt geben manche Apologeten der totalitären Diktatur stets den USA die Schuld. Schließlich habe der Iran 2003 in Afghanistan geholfen, al-Qaida zu bekämpfen und sogar über die Schweizer Botschaft ein Fax geschickt und Verhandlungsbereitschaft signalisiert.

Tatsächlich taucht die Schweizer Botschaft als Vermittler zwischen der US-Regierung und dem iranischen Regime auf. Das nicht unterzeichnete und formlose Schreiben sagte jedoch kaum etwas aus. Eher wurde seitens der islamistischen Diktatur Anerkennung gefordert, nicht nur für das Atomprogramm, sondern im Endeffekt für die schweren Menschenrechtsverletzungen und die totalitäre Herrschaft der Islamisten.

Das Hauptziel blieb damals wie heute, den Westen und vor allem die USA aus dem Nahen und Mittleren Osten zu verdrängen, denn die Region werde nur glücklich und wohlhabend unter der Hegemonie der Islamischen Republik.

Im Jahr 2004 wurden auch Satellitenbilder veröffentlicht, die auf ein militärisches Programm hinweisen. Nachdem die Außenminister der Troika Deutschland, Großbritannien und Frankreich in den Iran reisten und nichts erreichten, drohten die Europäische Union und die US-Regierung, die iranische Akte an den UN-Sicherheitsrat zu schicken.

Russland betrieb damals wie heute eine dubiose Politik und entschied im Jahr 2004, Brennstäbe für den Reaktor in Bushehr zu schicken. Schon in diesem Jahr boten die



europäischen Regierungen dem Iran wirtschaftliche Anreize an und forderten Gegenleistungen. Vergeblich, denn iranische Politiker scheinen nur ein Ziel zu haben: ihre Agenda kompromisslos voranzubringen.

Mit der Regierungsübernahme von Präsident Ahmadinejad im Jahr 2005 verließ Seyyed Hussein Mousavian das iranische Verhandlungsteam und an seine Stelle trat Saeed Jalili, ein Kriegsveteran. Im Mai 2007 wurde Mousavian verhaftet. Er bekam für fünf Jahre Berufsverbot. Anscheinend hatte er zu viel mit ausländischen Politikern gesprochen. Während Mousavian es sich heute leistet, an der Princeton-Universität Gastwissenschaftler zu spielen und den Iran in den wichtigsten Medien der Welt letztlich doch zu verteidigen, läuft das iranische Atomprogramm weiter. Und Saeed Jalili, der Kriegsveteran der 80er Jahre, jubelt immer noch, denn er ist ein Meister der Verzögerungstaktik.

Am 31. Juli 2006 wurde die Resolution 1696 des UN-Sicherheitsrats gegen den Iran verabschiedet. In den folgenden Jahren wurde die iranische Außenpolitik immer aggressiver. Das Regime sprach von Frieden und unterstützte gleichzeitig nicht nur wie traditionell die Hizbollah, Hamas und Jihade Islami, sondern auch die militanten Kräfte im Irak und in Afghanistan.

Am 23. Dezember 2006 folgte die Resolution 1737 des UN-Sicherheitsrates. Doch je entschiedener der UN-Sicherheitsrat den Iran verurteilte, desto härter wurde die iranische Position, denn das Regime kann nicht seine totalitären Ziele aufgeben, ohne damit seine ideologische Legitimation aufzugeben. Wie der Terror gegen die Bevölkerung gehört auch die aggressive Außenpolitik zu den Existenzbedingungen der Diktatur.

Im Dezember 2007 veröffentlichten die US-Geheimdienste einen Bericht, in dem sie festhielten, dass man „mit hoher Gewissheit“ davon ausgehe, dass der Iran sein militärisches Atomprogramm 2003 gestoppt habe. Man könne aber über das gegenwärtige Atomprogramm keine Aussage treffen. Die Geschäftswelt und manche Regierungen jubelten, denn das Geschäft könne weitergehen, dachten sie. Die Geschichte verlief anders. Offenbar wollten die US-Geheimdienste insbesondere den Europäern deutlich machen, dass sie am Zug seien. Überdies stellte sich heraus, dass sie über einige Elemente des Atomprogramms, etwa die Arbeit an der Entwicklung von Sprengköpfen, schlicht nicht informiert gewesen waren.

Die Euphorie dauerte nicht lange, denn am 3. März 2008 folgte die Resolution 1803. Und am 27. September 2008 die Resolution 1835 des UN-Sicherheitsrates. Im Jahr 2009 wurde die Atomanlage in Fordo entdeckt, die der Iran ebenfalls nicht schließen will, auch nicht vorübergehend. Weitere Resolutionen verabschiedete der Sicherheitsrat am 9. Juni 2010 (1929), am 9. Juni 2011 (1984) und am 7. Juni 2012 (2049), Schritt für Schritt wurden die Sanktionen verschärft.

Auch die Europäische Union hat den Handel mit dem Iran eingeschränkt, insbesondere auf den Gebieten des Energiesektors und auch in Hinblick auf das Versicherungssystem für iranische Unternehmen. Dies hat zur Folge, dass die Öltanker nicht mehr versichert sind und das Risiko für die Importländer des iranischen Öls stark gewachsen ist. Am 23. Januar 2012 beschloss die Europäische Union sogar ein Ölembargo, das im Juli desselben Jahres in Kraft trat, und am 17. März 2012 wurden alle iranischen Banken, die von EU-Sanktionen betroffen sind, vom SWIFT-System ausgeschlossen, so dass Kapitaltransaktionen erschwert werden.



Die Atomverhandlungen mit dem Iran sind nun erneut gescheitert. Manch einer mag dennoch auf den Erfolg von weiteren Verhandlungen hoffen, doch gibt es auch „Experten“ und Politiker, die mehr oder weniger offen bekunden, man müsse akzeptieren, dass der Iran sich Atombomben verschafft. Nuklearwaffen in den Händen der iranischen Islamisten sind jedoch eine Gefahr für den Frieden in der Region und der Welt.

### **Iranische Debatten nach dem Ausstieg der USA aus dem Atomabkommen<sup>155</sup>**

Am 8. Mai 2018 sind die USA aus dem Atomabkommen mit dem Iran ausgestiegen. In der iranischen Politik und in den Medien werden die Folgen dieses Ausstiegs turbulent diskutiert. Das Land befindet sich in einer schweren wirtschaftlichen Krise, insbesondere auf ihr Raketenprogramm und ihre regionale Präsenz wollen die iranischen Machthaber dennoch nicht verzichten.

Nach dem Ausstieg der USA aus dem Atomabkommen und den Forderungen nach erneuten Verhandlungen formulierte der iranische Außenminister Mohammad Javad Zarif die Position der iranischen Regierung, abgestimmt mit den Revolutionsgarden und Ali Khamenei, dem Führer des Iran: Es wird kein Zusammentreffen iranischer und amerikanischer Regierungsmitglieder geben.<sup>156</sup> Der Iran ist der Meinung, dass die Sanktionen aufgehoben werden müssen. Das iranische Raketenprogramm habe nichts zu tun mit den Atomvereinbarungen. Einen Schritt weiter ging der oberste geistliche Führer des Iran, der weitere Gespräche mit der Trump-Regierung überhaupt verbieten will.<sup>157</sup>

Der Iran befindet sich in einer schweren wirtschaftlichen Krise. Der Dollar ist auf 10.500 Tuman gestiegen. Die Wirtschaft lahmt, die Kaufkraft der iranischen Bevölkerung sinkt. Investitionen gehen zurück. Das Land leidet unter desaströser Korruption; rund neun Milliarden Dollar an Devisen, so teilte jüngst ein Mitglied des iranischen Pseudo-Parlaments in einem Interview mit, seien aus der Staatskasse verschwunden.<sup>158</sup> Während im Iran die Proteste wegen des dramatisch zunehmenden Wassermangels und der hohen Arbeitslosigkeit nicht verebben, wollen die iranischen Machthaber weder auf das höchst umstrittene Raketenprogramm, noch auf die extrem kostspielige Präsenz des Iran in Syrien und anderswo in der Region verzichten.

**Iran in Den Haag. Ein Witz der Geschichte?** Als Reaktion auf den amerikanischen Ausstieg aus dem Atom-Deal hat der Iran vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag eine Klage eingereicht: Die Vereinigten Staaten von Amerika seien einseitig

---

<sup>155</sup> <https://www.mena-watch.com/mena-analysen-beitraege/iranische-debatten-nach-dem-ausstieg-der-usa-aus-dem-atomabkommen/> 22.08.2018

<sup>156</sup> *Tasnim*, 11.08.2018

<sup>157</sup> *Radio Farda*, 14.08.2018

<sup>158</sup> *Tasnim*, 09.08.2018



aus dem Atomabkommen von 2015 ausgestiegen, weitere Sanktionen will der Iran nicht hinnehmen.

Kourosh Ahmadi, Experte für internationales Recht, kritisierte diesen Schritt in der dem Reformlager zugehörigen Zeitung *Shargh*.<sup>159</sup> Der *Joint Comprehensive Plan of Action* (JCPOA), wie der Wiener Atomdeal offiziell heißt, sei „kein internationaler Vertrag oder Übereinkommen“. Es gebe keine juristische Notwendigkeit, dieses Abkommen umzusetzen oder einen Ausstieg zu verhindern. Das Abkommen sei nicht von den Parlamenten der jeweiligen Staaten bewilligt worden, der JCPOA lediglich „ein freiwilliger Aktionsplan“.

Ahmadi schrieb, dass insbesondere der Iran von diesen Besonderheiten des Abkommens profitieren und der JCPOA gerade deswegen den Interessen des Iran dienen würde. „Denn der Iran konnte und sollte nicht vertragliche Verpflichtungen übernehmen, die den NPT-Vertrag [den Atomwaffensperrvertrag von 1968], die Grenzen des Zusatzprotokolls oder die vereinbarten Sicherheitsklauseln überschreiten könnten.“ Das Atomabkommen habe keine juristischen Verpflichtungen für die Vertragspartner erzeugt, und keiner von ihnen könne beim Internationalen Gerichtshof eine Handlungspflicht einfordern. Zudem könne der Internationale Gerichtshof nur aktiv werden, wenn alle Vertragsparteien ihre Zustimmung geben würden. Es sei jedoch undenkbar, dass die USA einer Zusammenarbeit mit dem Gerichtshof zustimmen würden. In der Tat haben weder der Iran noch die USA die obligatorische Zuständigkeit des Internationalen Gerichtshofes anerkannt.

Ahmadi argumentierte weiters, dass in den Paragraphen 36 und 37 des JCPOA sogar Schlichtungsmechanismen vorgesehen seien, so dass es keinen Sinn mache, sich an den Internationalen Gerichtshof zu wenden. Abschließend schrieb der Jurist, dass auch Resolution 2231 des UN-Sicherheitsrates nur Empfehlungen gebe, die die Staaten zur Umsetzung des Abkommens motivieren sollten. „Auch wenn diese Resolution verpflichtend wäre, würde sie nicht automatisch dafür sorgen können, dass der Internationale Gerichtshof ein Verfahren einleitet.“ Der Experte empfahl dem Iran, sich trotz des amerikanischen Ausstiegs weiter an das Abkommen zu halten.

In einem weiteren Artikel analysierte *Shargh*, dass die Europäische Union bereit gewesen wäre, unter bestimmten Bedingungen die US-Sanktionen zu umgehen. Der Iran habe das jedoch nicht akzeptiert, sondern gefordert, dass die Europäische Union Angebote machen müsse, die „die iranischen Interessen garantieren“ würden.<sup>160</sup> Europa habe eine Garantie angeboten, täglich 1 Million Barrel Öl aus dem Iran zu importieren. Zudem habe die Europäische Union Kapitalinvestitionen in Höhe von etwa 10 Milliarden Dollar vorgeschlagen. Der Iran habe dies jedoch abgelehnt.

---

<sup>159</sup> Shargh, 05.07.2018

<sup>160</sup> Shargh, 4.7.2018



**Die „Mutter aller Kriege“ und die Drohung mit der Sperre der Straße von Hormuz.** Es war Saddam Hussein, der 1990 von der „Mutter aller Schlachten“ sprach und damit den sogenannten Zweiten Golfkrieg meinte, der im Januar 1991 begann, als US-Präsident Bush den Befehl zur „Operation Wüstensturm“ („Operation Desert Storm“) gab.

Mitte Juli 2018 ließ der iranische Präsident Hassan Rohani diese Rhetorik des mittlerweile toten irakischen Ex-Diktators wiederauferstehen und warnte die USA: „Wir haben mit niemanden Streit und Krieg. Aber die Feinde müssen gut verstehen, dass ein Krieg gegen den Iran die Mutter aller Kriege sein wird und ein Frieden mit dem Iran die Mutter des Friedens. Wir haben nie Angst vor Drohungen bekommen und werden gegen Drohungen unsererseits drohen.“ Diese Worte sprach der vermeintlich moderate Rohani vor hohen Mitarbeitern der iranischen Vertretungen im Ausland, berichtete die Nachrichtenagentur ICANA<sup>161</sup>

Zuvor hatte der iranische Präsident bei einem öffentlichen Treffen mit in der Schweiz lebenden Iranern im Zusammenhang mit einem drohenden Ölboykott gesagt:

*„Die Amerikaner behaupten, dass sie die iranischen Ölexporte zur Gänze verhindern wollen. Die verstehen die Bedeutung eines solchen Geredes nicht. Denn es macht überhaupt keinen Sinn, dass das iranische Öl nicht exportiert werden sollte (...) Wenn Sie meinen, das zu schaffen, sollen sie es doch machen. Sie werden das Ergebnis schon spüren.“<sup>162</sup>*

Und nach einer Erwiderung durch Präsident Trump ritt Rohani eine Verbalattacke gegen Israel:

*„Der Herr, der in den USA an die Macht gekommen ist, stellt sowohl eine Bedrohung als auch eine Chance dar. Heutzutage ist klar sichtbar geworden, dass die Grundlagen des zionistischen Regimes Aggression und Besatzung sind. Sie sind so unverschämt geworden, dass sie behaupten, Palästina sei kein islamisches Land. Die Richtigkeit dessen, was wir ständig der arabischen Welt über das Wesen Israels gesagt haben, ist inzwischen bewiesen worden.“*

Rohani fuhr fort:

*„Es gibt keinen Staat, der die Menschenrechte mehr verletzt, als das zionistische Regime. Bisher haben sie gesagt, dass Israel ein Modell für die Demokratie in der Region ist. Heute ist bewiesen, dass es der Mittelpunkt der Apartheid ist. (...) Jemand, der etwas von Politik versteht, sagt nicht, dass man die Ölexporte des Iran verhindern werde. Wir haben sehr viele Meeresengen, der wir uns bedienen können, und nicht nur die Meeresenge von Hormuz.“*

---

<sup>161</sup> ICANA, 23.07.2018

<sup>162</sup> <http://etemaadonline.ir>, 05.07.2018



Rohani schloss mit den Worten: „Herr Trump, spiele nicht mit dem Schweif des Löwen.“<sup>163</sup>

Es ist unklar, ob ein Hinweis Rohanis auf ‚andere Möglichkeiten‘, die dem Iran zur Verfügung stünden, defensiv gemeint war, oder ob das eine Anspielung auf den Terrorismus und den asymmetrischen Krieg sein sollte, mit dem der Iran in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder gedroht hat. In der Vergangenheit haben mehrere hochrangige Militärs jedenfalls des Öfteren über den Einsatz asymmetrischer Kriegsmaßnahmen spekuliert – und es ist kein Geheimnis, dass das iranische Regime über beste Kontakte zu Terrororganisationen wie der Hisbollah, der Hamas, dem Islamischen Dschihad und der PFLP verfügt, deren Vertreter sich regelmäßig mit den iranischen Machthabern in Teheran treffen.

„**1.000 Raketen auf Saudi-Arabien**“. Die von Rohani zumindest implizit formulierte Drohung mit einer Schließung der Straße von Hormuz, durch die ein beträchtlicher Teil des internationalen Ölhandels läuft, stellt beileibe kein Novum dar: Schon im Jahr 2006 drohten führende iranische Revolutionsgardisten die Schließung dieses bedeutenden Seeweges an – schon damals ging es um das iranische Raketenprogramm, das auch heute noch im Zusammenhang mit dem Atomprogramm höchst umstritten ist.<sup>164</sup>

Dieses Raketenprogramm wird vom iranischen Regime seit Anfang 2016, also seit unmittelbar vor Inkrafttreten des Wiener Atomabkommens, mit verstärktem Aufwand vorangetrieben. Iranischen Medien zufolge habe Präsident Rohani dem iranischen Verteidigungsminister Hossein Dehghan, der schon im Kabinett von Ahmadinejad gedient hatte, den Auftrag gegeben, die serielle Produktion von mehreren Raketensystemen in Angriff zu nehmen. In der veröffentlichten Anordnung schrieb Rohani, da die US-Regierung ihre „feindselige Politik“ fortsetze, müsse der Iran seine „Verteidigungsmacht stärken.“ Daher müsse das Raketenprogramm schnellstens forciert werden.<sup>165</sup>

Auch wenn Rohani und seine Minister der Welt stets weismachen wollen, dass das iranische Raketenprogramm mit dem Atomprogramm nichts zu tun habe und sie beide strikt getrennt voneinander gesehen haben wollen, ergeben die beiden Programme nach übereinstimmenden Einschätzungen ausländischer Nachrichtendienste nur gemeinsam Sinn: Nur im Zusammenhang mit einem militärischen Atomprogramm würde das Raketenprogramm jene große abschreckende Wirkung gegenüber fremden Mächten entfalten können, mit der sich iranische Machthaber so gerne und wortreich brüsten. Kein Geringerer als General Seyyed Yahya Rahim Safawi, der als rechte Hand und Berater des religiösen

<sup>163</sup> <http://etemaadonline.ir>, 22.07.2018.

<sup>164</sup> Wahdat-Hagh, Wahied, Europäische Diplomatie in der Sackgasse, *Internationale Politik* 3/2006, S. 67-73.

<sup>165</sup> *Alef*, 01.01.2016.



Führers der Islamischen Republik Ali Khamenei gilt, sagte Anfang Juni an die Adresse von Saudi-Arabien gerichtet: „Am ersten Tag eines Übergriffs auf Iran werden 1.000 Raketen auf sie und auf ihre Schlösser in Riad geschossen werden.“

General Safawi gab sich überzeugt, dass der Iran die „erste Macht in der Region sei und kein Problem ohne den Iran gelöst“ werden könne. Der frühere Oberbefehlshaber der Wächter der Islamischen Revolution (Revolutionsgarden) brüstete sich damit, dass „unsere Macht heute bis ans Mittelmeer reicht und Amerika und die Zionisten schwach geworden sind. Wenn sie mächtig wären, hätten sie Baschar Assad beseitigt“, den syrischen Diktator, der nur dank iranischer und russischer Hilfe noch an der Macht ist. Safawi hob hervor, dass Ali Khamenei dem Atomabkommen von Anfang an misstraut, der Rohani-Regierung aber erlaubt habe, dem Deal zuzustimmen. Jetzt stelle sich freilich heraus, dass die Regierung einen falschen Weg gegangen sei.

In Hinblick auf die innenpolitischen Turbulenzen warnte der General: „Manchmal hat man den Eindruck, dass das Land besser verwaltet würde, wenn es keine Regierung gäbe.“ Die Bevölkerung würde sich an die staatlichen Institutionen richten, aber ihre Probleme würden nicht gelöst werden. So entstünde Unzufriedenheit. Er hob die Macht der Revolutionsgarden hervor und gab zu Bedenken: „Es war die Macht der Revolutionsgarden, die Amerika in Syrien geschwächt hat.“<sup>166</sup>

**Khameneis Forderungen an die Europäer.** Wie das iranische Regime auf den amerikanischen Ausstieg aus dem Atomabkommen reagieren wird, hängt selbstverständlich in erster Linie vom obersten geistlichen Führer des Landes Ali Khamenei ab. Laut *Kayhan* hebt dieser hervor, dass der Iran weiterhin der Politik und dem Weg des „großen Khomeini“ folgen und den Feinden Widerstand leisten werde. Er fügte hinzu, dass die Fortschritte des Atomprogramms einer der Schwerpunkte der technologischen Errungenschaften des Iran seien. Die iranischen Wissenschaftler hätten für medizinische Zwecke 20-prozentiges Uran angereichert. Zudem seien die iranischen Raketen wichtig für die „Sicherheit des Staates.“ Der Iran habe sich zu einer „regionalen Raketenmacht Nummer 1 entwickelt und die Feinde wissen, dass, wenn sie eine Rakete schießen, sie zehn Raketen als Antwort bekommen.“ Bestimmte Kreise außerhalb und innerhalb des Landes würden es in ihrer Propaganda so darstellen, als ob der Iran mit Krieg rechnen müsse, wenn er den Atomvertrag nicht akzeptiere, so wie sie ihn haben wollten. Es mache den Anschein, als ob manche Regierungen der irrigen Annahme anhängen, dass der Iran sowohl die Sanktionen aushalten, als auch auf seine atomaren Aktivitäten verzichten müsse. Doch der Iran sei für die Zukunft auf die Anreicherung von Uran angewiesen.<sup>167</sup>

---

<sup>166</sup> *Kayhan*, 08.06.2018.

<sup>167</sup> <https://www.tasnimnews.com>, 04.06.2018





Der religionspolitische Führer des Iran Ali Khamenei, der stets den politischen Kurs des Landes vorgibt, geht davon aus, dass die US-Regierung einen Sturz der Islamischen Republik Iran plane und ihre Verpflichtungen nicht einhalte.<sup>168</sup> Khamenei ist der Überzeugung, dass es Zeiten gegeben habe, in denen man dem Iran noch nicht einmal erlauben wollte, zwei bis drei Zentrifugen zur Urananreicherung zu betreiben. Doch die „gläubige Jugend des Iran“ habe sich darüber hinweggesetzt und „eine 20-prozentige Urananreicherung vollbracht.“

Khamenei glaubt zu wissen, dass die europäischen Staaten „in kritischen Momenten stets den Amerikanern zustimmen.“ Er ist der Meinung, dass man die iranische Wirtschaft nicht in Gang bringen könne, wenn sich nur die Europäer an das Atomabkommen hielten. Die europäischen Staaten müssten sich verpflichten, „niemals eine Diskussion über die Raketen und über die iranische Präsenz in der Region zu entfachen“. Zudem müssten sie den Kauf jener Menge von Öl garantieren, die der Iran fordere. Khamenei sagte, dass er den Verantwortlichen der iranischen Atomenergiebehörde befohlen habe, alles vorzubereiten, um gegebenenfalls möglichst sofort die 20-prozentige Urananreicherung erneut zu beginnen.

**Vier angebliche US-Strategien.** Hossein Kazemi Ghomi, ein ehemaliger iranischer Diplomat in Irak, vertrat in seiner interessanten Analyse auf *Farsnews* die Meinung, dass die USA vier Strategien bezüglich des iranischen Atomprogramms verfolgten, die schon in der Amtszeit des Präsidenten Obama begonnen hätten.<sup>169</sup> Laut Kazemi Ghomi sei das Atomprogramm nur als „Vorwand“ genommen worden, um „wirtschaftlichen Druck“ auf den Iran auszuüben.

Die US-Regierung wolle demnach erstens verhindern, dass der Iran sein volles Abschreckungspotential erreichen könne. In dieser Absicht solle das iranische Raketenprogramm eingeschränkt werden. Zweitens solle die „Gesamtstruktur der Sanktionen“ aufrechterhalten bleiben. Drittens solle verhindert werden, dass der Iran eine Rolle bei der Bekämpfung des Terrorismus spiele. Viertens wolle die US-Regierung sich in die inneren Angelegenheiten des Iran einmischen und für Unruhen im Land sorgen.

Diese vier Punkte seien schon während der Atomverhandlungen sichtbar geworden. Man habe immer wieder neue Personen auf die Sanktionsliste gesetzt und zunehmend die internationalen Bankgeschäfte mit dem Iran blockiert. Diese Politik habe nichts mit Trump als Person zu tun, sondern sei die amerikanische Strategie, die unabhängig von der Person des jeweiligen Präsidenten verfolgt werde. Es gebe in Bezug auf den Richtungsstreit in der Iran-Politik der USA keinen prinzipiellen Unterschied zwischen Demokraten und Republikanern, sondern grundlegende „ideologische Feindseligkeiten“, die „gegen die Ideologie der Islamischen Republik

---

<sup>168</sup> *Shargh*, 3.3.2018

<sup>169</sup> *Farsnews*, 02.07.2018



Iran“ an sich gerichtet seien. Das amerikanische System sei „ideologischer als jedes andere System.“ Weil die US-Regierung „unaufrichtig“ sei, müssten die „inländischen Potentiale des Iran gestärkt werden.“

Kazemi Ghomi ist davon überzeugt, dass die USA nicht nur an einer Einschränkung des iranischen Atom- und Raketenprogramms interessiert seien, sondern an der Abschaffung der Islamischen Republik insgesamt. Daher würde es auch nichts nützen, wenn der Iran sein Raketenprogramm einschränken würde. Er schrieb: „Die regionale Präsenz und die Raketenindustrie sind zwei Säulen der Macht des Staates. Wenn der Feind diese zwei Säulen des Iran beseitigt hat, wird er uns schwächen und infolge angreifen.“ Die USA seien aus dem Atomabkommen ausgestiegen, weil der Iran nicht bereit gewesen sei, sein Raketenprogramm einzuschränken. Die USA hätten der Europäischen Union die Aufgabe erteilt, in Verhandlungen mit dem Iran alles zu versuchen. Er sei zwar nicht gegen Verhandlungen mit der Europäischen Union, aber man könne sich auch auf Europa nicht verlassen. Auf die Frage, ob der Iran aus dem Atomabkommen austreten solle, wie es der iranische Chefunterhändler Araghchi in Betracht gezogen hat, antwortet er indirekt, der Iran müsse sich neu orientieren.

**Die „Heilige Verteidigung“ lebt wieder auf.** In *Kayhan*, dem Sprachrohr des religionspolitischen Führers Ali Khamenei, schiebt Mohammad Sarfi in einem Kommentar, Präsident Rohani ginge davon aus, dass die US-Regierung gegenwärtig einen Wirtschaftskrieg gegen den Iran führe, der mit dem Ausstieg der USA aus dem Atomabkommen begonnen habe. Das Ziel bestünde darin, den Iran in die Knie zu zwingen.<sup>170</sup>

Sarfi kritisiert nun, dass Rohani sich irre, denn die USA führten schon seit mindestens 15 Jahren einen solchen Wirtschaftskrieg gegen den Iran. Daher sollten sich „alle Institutionen des Staates, der private Sektor sowie die Sicherheitsinstitutionen und die militärischen Einheiten auf die Heilige Verteidigung“ vorbereiten.

Zudem spiele in jedem Krieg die „Informationsbeschaffung“ eine besonders wichtige Rolle. Je mehr Informationen über die „Taktik und Strategie des Feindes“ existierten und umgekehrt je weniger der Feind Informationen über die „Schwächen und Pläne“ des Iran habe, umso größer werde die Wahrscheinlichkeit eines iranischen Sieges.

Die Formulierung „Heilige Verteidigung“ wurde im Iran für den ersten Golfkrieg verwendet, der von 1980 bis 1988 dauerte. Mohammad Sarfi benutzt genau diesen Begriff, um die – bislang jedenfalls – nicht militärisch geführte Auseinandersetzung mit den USA zu bezeichnen.

---

<sup>170</sup> *Kayhan*, 29.06.2018.



**Kritik an Präsident Rohani.** Ebenfalls in *Kayhan* kritisierte Hossein Schariatmadari, ein Berater des religionspolitischen Führers des Iran, die Vorgehensweise von Präsident Rohani<sup>171</sup>, der den USA erst versichert habe, dass der Iran sich an das Abkommen halten werde, wenn die USA ihrerseits ihren vereinbarten Verpflichtungen nachkämen, und dann trotz des amerikanischen Ausstiegs das iranische Festhalten am Abkommen verkündete. Das Ergebnis sei nun, dass die Einschränkungen des iranischen Atomprogramms bestehen blieben, während die USA keine Auflagen mehr zu erfüllen hätten.

Und schlimmer noch: Schariatmadari zufolge hätte Präsident Rohani eine derart weitreichende Entscheidung wie die Frage der weiteren Einhaltung oder Kündigung des Atomabkommens nicht ohne Rücksprache mit dem nationalen Sicherheitsrat treffen dürfen. Unter dem Eindruck des amerikanischen Ausstiegs hätten die Europäer plötzlich eine Einschränkung des iranischen Raketenprogramms gefordert und betont, dass die „regionale Rolle des Iran gezügelt“ werden müsse. Trotzdem habe Rohani der Europäischen Union garantiert, nicht aus dem Atomabkommen auszusteigen.

### **Rettet europäische, russische und chinesische Hilfe vor dem Kollaps?**

Die totalitäre Diktatur der iranischen Islamisten stabilisiert ihre Macht durch einen weltweit agierenden Geheimdienst, durch die Revolutionsgarden, Bassij- und Quds-Einheiten und die Armee, durch staatlich monopolisierte Medien und durch eine Justiz, die islamische Gesetze mit bitterer Gewalt gegen den Willen der Bevölkerung durchsetzt.

Die Verschärfung des Drucks durch die USA, der von den iranischen Machthabern als ein neues Kapitel im fortdauernden Angriff Amerikas auf die Islamische Republik insgesamt verstanden wird, bringt das Land an den Rand des wirtschaftlichen Ruins. Mehr als fraglich ist, ob Europa, Russland und China die amerikanischen Sanktionen abfedern und die iranische Wirtschaft retten können. Und offen ist, ob der drohende wirtschaftliche Kollaps das Regime ernsthaft in Bedrängnis zu bringen vermag.

Die iranischen Machthaber können ihre islamistische Staatsdoktrin nicht aufgeben, ohne sich selbst abzuschaffen. Sie sind bei der Islamisierung der eigenen Gesellschaft gescheitert und können gleichzeitig den wirtschaftlichen Interessen der Bevölkerung nicht gerecht werden. Aufgrund der Korruption der islamistischen Eliten, der Arbeitslosigkeit und ökologischer Katastrophen sowie angesichts der Tatsache, dass die iranische Wirtschaft immer schwächer wird, sehen die Machthaber sich gezwungen, die Zügel immer straffer anzuziehen. Direkte Folgen davon sind vorläufig die zunehmende Militarisierung der Gesellschaft und des Staates.

---

<sup>171</sup> *Kayhan*, 12.05.2018.



## 7) Fazit: Der islamistische Totalitarismus

Der islamistische Totalitarismus ist im Kontext der Totalitarismen des 20. Jahrhunderts zu betrachten, d.h. des Nationalsozialismus und der kommunistischen Diktaturen. Beim islamistischen Totalitarismus geht es nicht um die Superiorität der Rasse oder der Klasse. Vielmehr wird eine monopolisierte Form der staatlichen Interpretation des Islam zum Träger der islamistischen Ideologie. Sittlichkeit und Moral werden totalitär, wenn sie als staatliche Ideologie zur Legitimation der Interessen bestimmter Institutionen und Führungspersonen einer Diktatur dienen. In Anlehnung an Bracher ist das religiöse Vorurteil der Träger der totalitären Form der Weltveränderung, die die bestehenden Verhältnisse umwälzt und eine „neue Gemeinschaft und Weltordnung“<sup>172</sup> durchsetzen will.

Die Parallelen zu der islamistischen Form des Totalitarismus sind kaum zu leugnen, wobei die neue Ideologie einer islamistischen Gemeinschaft das Ideal einer alten Urgemeinschaft und die neue islamistische Weltordnung eine alte Weltordnung ist, die für die arabischen Sippen von vor 1300 Jahren konzipiert worden ist. Der neue revolutionäre Träger ist der politisch instrumentalisierte gläubige Mensch, der in verschiedenen Funktionen der Diktatur Superioritätsansprüche stellt und als religiöser Fanatiker eine neue ahistorische Diktatur stabilisieren will, die im Namen von Gott, Führer und der islamischen Gemeinschaft herrscht.

Eisenstadt stellt fest, dass allumfassende totalitäre Ideologien eine „völlige Neugestaltung der sozialen Ordnung durch organisiertes politisches Handeln“ realisieren wollen.<sup>173</sup> Der Islamismus ist tatsächlich eine Bewegung, die sich moderner Technologien bedient, um gegen die Moderne zu agieren. Zwar ist ein totalitärer Anspruch historisch nicht durchsetzbar, aber die iranischen Islamisten versuchen die Realität mit diktatorischer Gewalt ihrer Ideologie anzupassen. Letztlich, und wie aus der Erfahrung mit den Totalitarismen des 20. Jahrhunderts auch bekannt, erfolglos.

Der islamistische Totalitarismus im Iran konnte sich historisch durchsetzen, weil das Schahregime nicht in der Lage war, die konkreten und dringlichen Probleme, wie die materielle Not der Massen zu lösen, die der Modernisierungsprozeß mit sich brachte. Die „Islamische Republik Iran“, die im Zuge einer Revolution mit demokratischem Anspruch, aber ohne Demokraten entstand, ist weder islamisch noch republikanisch, gestaltete sich aber im Prozeß der Revolution und des achtjährigen Krieges gegen den Irak zu einem paradigmatischen System der totalitären Gegenmoderne.

Der totalitäre Herrschaftsanspruch der Machthaber im Iran hat sich in den letzten Jahren stark entfaltet. Zwar sollte ein Sozialwissenschaftler keine Prophezeiungen für

---

<sup>172</sup> Bracher, Karl Dietrich, *Zeit der Ideologien*, Stuttgart 1982, S.170

<sup>173</sup> Eisenstadt, S.N., *Die Vielfalt der Moderne*, Göttingen 2000, S.170



die Zukunft wagen, aber von einer „spättotalitären Ideokratie“<sup>174</sup> kann im Falle des Iran noch keine Rede sein. Denn das Herrschaftssystem stabilisiert seine Macht inzwischen mit militärischer Hilfe und verstärkt dabei sein totalitäres Potential. Die Beseitigung der Reformislamisten vom Zentrum der Macht gilt als ein konkreter historischer Beweis für die Zuspitzung des totalitären Machtanspruchs der iranischen Islamisten. Die Herrschaft des Staatsklerus, gestärkt von der militärischen Hilfe der Revolutionsgardisten, stellt keine reine Theokratie, sondern eine moderne totalitäre Diktatur mit einer religiös verbrämten Ideologie dar.

Das politische System der „Islamischen Republik Iran“ ist vollständig diesseitsorientiert. Dies stärkt den totalitären Anspruch der khomeinistischen Machthaber, die durchaus mit immer mehr Erfolg die Gesellschaft bis in die Privatsphäre der Bevölkerung hinein kontrollieren.

Kein Geringerer als Mehdi Karoubi, Ex-Sprecher des islamistischen Pseudo-Parlaments, sagte in einem Interview kurz vor seiner Verhaftung im Februar 2011, dass er zu Beginn der islamischen Revolution dem Volk die „soziale Gerechtigkeit“ versprochen habe. Karoubi sagte: „Aber wir konnten unsere Ideale nicht umsetzen.“ Dies reichte aus, um gemeinsam mit seiner Frau verhaftet zu werden. Auch wenn der Anhänger und Vertreter einer falschen totalitären Utopie nach 30 Jahren erkennt, dass die totalitären Utopien nicht umgesetzt wurden, wird er in einem totalitären Staat verhaftet.

Die ideologische Legitimation des politischen Systems bröckelt. Mit der Verhaftung von Mehdi Karoubi und Mir-Hussein Moussawi ist den reformislamistischen Faktionen, die ohnehin auch in ihrer Regierungszeit keine Reformen durchsetzen konnten, ein klares Zeichen gesetzt worden. Die Phase des islamistischen Dualismus, gespalten in einen islamistischen Flügel, der massenorientiert war und einen Flügel, der sich lediglich auf den Führer stützte, hat ein Ende gefunden. Schon die Reformislamisten unter Ex-Präsident Khatami konnten keine Reformen durchsetzen und es ist sehr wahrscheinlich, dass Reformislamisten in absehbarer Zeit gänzlich aus dem Zirkel der Macht entfernt werden.

Die Miliz und der Sicherheitsapparat sollen dem Herrschaftsapparat machtpolitisch Legitimation und Sicherheit verleihen. Der iranische Geheimdienst gehört zu den berüchtigten Geheimdiensten der Welt. Hinzu kommen die Revolutionsgardisten und die Bassij-Kräfte, die die Gesellschaft massiv in Schach halten. Die Bassijkräfte sorgen inzwischen als eine Abteilung der Revolutionsgardisten für die Islamisierung der Universitäten und der Schulen. Sie betreiben die soziale Kontrolle der Gesellschaft im Sinne der Islamisierung.

---

<sup>174</sup> Backes, Uwe, Geschichtspolitik als Kernelement der Herrschaftslegitimation autokratischer Systeme, in: Totalitarismus und Demokratie, Göttingen 2009, S.276



Der islamistische Totalitarismus beruht auf einem religiösen Vorurteil, dessen *ultima irratio* in letzter Instanz mörderisch ist. Zwar weiß ein Gros der iranischen Bevölkerung, dass die Zeit der „Islamischen Republik Iran“ eines Tages ablaufen wird. Umgekehrt propagieren die iranischen Machthaber jedoch, dass die islamische Revolution von 1979 ein Modell auch für die gegenwärtigen arabischen Bewegungen sei. Die Herrschenden im Iran glauben, dass sie das letzte Wort Gottes auf Erden staatlich umsetzen. Der Anspruch selbst übertrifft alle Erwartungen, denn für Gott stirbt der Mensch nicht im Tod. Dieser göttliche Anspruch in der iranischen Staatspolitik hat durchaus Konsequenzen für die Weltpolitik, denn iranische Politiker haben immer wieder im Falle eines ernsthaften Konfliktes mit einer ausländischen Macht vor einer Blockade des Persischen Golfes gewarnt, mit dem Ziel die Weltenergieversorgung lahmzulegen. Bei der Freitagsgebetsveranstaltung vom 2. September 2011 in Teheran sprach der General der iranischen Luftwaffe Amir Farzad Ismaili. Als Antwort auf die Warnungen des französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy, der vor einem Krieg gegen den Iran gewarnt hatte, erwiderte Ismaili: „Der islamische Iran wird ihnen eine Hölle auf der Erde, im Himmel und im Wasser schaffen.“ Dabei hatte Sarkozy betont, dass Frankreich keinen Krieg gegen den Iran anstrebe. Der Nahe Osten ist ein Pulverfass und ein unvorhergesehener Zwischenfall kann eine kriegerische Katastrophe herbeiführen. Das islamistische Herrschaftssystem im Iran repräsentiert den Totalitarismus des 21. Jahrhunderts *par excellence*.